



freie berufe
professions libérales
libere professioni
professiuns libras



Institut suisse de droit comparé
Schweizerisches Institut für Rechtsvergleichung
Istituto svizzero di diritto comparato
Swiss Institute of Comparative Law

AVIS SUR LES PROFESSIONS LIBÉRALES ET LA LIBRE CIRCULATION DES SERVICES

**ALLEMAGNE, ANGLETERRE
AUTRICHE, FRANCE, ITALIE**

**Avis 07 – 011
7 OCTOBRE 2008**

TABLE DES MATIÈRES

ARCHITECTES	3
AVOCATS	41
DENTISTES	99
FIDUCIAIRES	150
GÉRANTS DE FORTUNE	184
INGÉNIEURS	246
MÉDECINS	281
PHARMACIENS	344
PSYCHOLOGUES – PSYCHOTHÉRAPEUTES	380
VÉTÉRINAIRES	427



Institut suisse de droit comparé
Schweizerisches Institut für Rechtsvergleichung
Istituto svizzero di diritto comparato
Swiss Institute of Comparative Law

**AVIS SUR LES PROFESSIONS LIBÉRALES ET
LA LIBRE CIRCULATION DES SERVICES
ARCHITECTES**

Allemagne, Angleterre, Autriche, France et Italie

Avis 07-011

Lausanne, 7 octobre 2008
EGR/EA/KJD/SL/EL/GPR/ba

TABLE DES MATIÈRES

ALLEMAGNE	5
ANGLETERRE	17
AUTRICHE	20
FRANCE	29
ITALIE	31

ALLEMAGNE

I. EINLEITUNG

A. Rechtsquellen

1. Europäisches Recht

a. Primärrecht

- Art. 39ff, 43ff und 49ff EG-Vertrag (EG) (ABl. 24.12.2002 C 325/33)
- Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits über die Freizügigkeit vom 21.6.1999, in Kraft seit 1.6.2002, Stand 27.12.2006 (0.142.112.681) in Deutschland BGBl. II 2001 S. 810 und BGBl. II 2002, S. 1692.

b. Sekundärrecht

- Richtlinie 2005/36/EG vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen (ABl. EU Nr. L 255 S. 22, 2007 Nr. L 271 S. 18).

2. Deutsches Recht

a. Gesetze

Die auf auswärtige Architekten anwendbaren Normen befinden sich in den Gesetzen der Länder, die den Beruf des Architekten regeln, wie beispielsweise das Niedersächsische Architektengesetz¹, das Baden-Württembergische Architektengesetz² oder das Gesetz über die Bayerische Architektenkammer und die Bayerische Ingenieurkammer-Bau, die die Vorgaben zur Führung der Berufsbezeichnung des Architekten und die Anerkennung von Hochschulabschlüssen anderer Staaten beinhalten. Im Rahmen dieser Studie wird beispielhaft insbesondere auf **Bayern** Bezug genommen, da dieses Bundesland bereits die Richtlinie 2005/36/EG umgesetzt hat.

- **Bsp.: [Gesetz über die Bayerische Architektenkammer und die Bayerische Ingenieurkammer-Bau \(Baukammerngesetz - BauKaG\)](#)** vom 9. Mai 2007 (GVBl S. 308) BayRS 2133-1-I. Dieses Gesetz dient auch zur Umsetzung der Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen (ABl EU Nr. L 255 S. 22).
- **Verordnung über die Verfahren bei den Baukammern und deren Eintragungsausschüssen ([Baukammernverfahrensverordnung – BauKaVV](#))** vom 1. Juni 2007.

¹ **Niedersächsisches Architektengesetz (NArchTG)** in der Fassung vom 26. März 2003 (NdsGVBl. S. 177) zuletzt geändert durch Art. 1 G zur Änderung des Nds. ArchitektenG und zur Neufassung Nds IngenieurG vom 12.7.2007 (Nds. GVBl. S. 324).

² **Architektengesetz (BW)** in der Fassung vom 5.10.1999 (GBGl. S. 411), zuletzt geändert am 25.4.2007 (GBI. S 252)

B. Verhältnis zu europarechtlichen Vorgaben

1. Umsetzung der Richtlinie 2005/36/EG

Die Richtlinie 2005/36/EG wurde im bayerischen BauKaG bereits umgesetzt.

2. Verhältnis zum Freizügigkeitsabkommen Schweiz-EG

Die nationale Gesetzgebung bezieht die Richtlinie bereits ein, die allerdings für die Schweiz noch nicht gilt. Mit der Entscheidung für die Richtlinienanwendung in der Schweiz ist daher anzunehmen, dass auf Schweizer Berufstätige die gleichen Grundsätze Anwendung finden werden, die für Staatsangehörige der EU-Mitgliedsstaaten gelten, und die Voraussetzungen der Anerkennung von Berufsqualifikationen und der Niederlassung Schweizer Staatsangehöriger in EU-Staaten erleichtert wird.

II. LÄNDERBERICHT DEUTSCHLAND

A. Niederlassung als Architekt

1. Titel

Die Berufsbezeichnung Architekt ist in Deutschland rechtlich geschützt. Daher darf gemäß Art. 1 BayBauKaG die Berufsbezeichnung „Architektin“, „Architekt“, „Innenarchitektin“, „Innenarchitekt“, „Landschaftsarchitektin“ oder „Landschaftsarchitekt“ nur führen und unter dieser Bezeichnung tätig sein, wer in die **Architektenliste** des jeweiligen Landes eingetragen ist oder nach den Vorschriften über die Führung der Berufsbezeichnung (Art. 2) dazu berechtigt ist. Die Berufsbezeichnungen „Stadtplanerin“ und „Stadtplaner“ darf nur führen, wer in die Stadtplanerliste eingetragen oder zur Führung der Berufsbezeichnung (Art. 2) berechtigt ist. Art. 1 BayBauKaG präzisiert noch dass Wortverbindungen mit den genannten Berufsbezeichnungen oder ähnliche Bezeichnungen nur verwenden darf, wer die entsprechende Berufsbezeichnung zu führen befugt ist.

Hierbei werden die Berufsaufgaben des **Architekten** als die gestaltende, technische, wirtschaftliche, umweltgerechte und soziale Planung von Bauwerken sowie die Orts- und Stadtplanung innerhalb ihrer oder seiner Fachrichtung umschrieben. Die des **Innenarchitekten** als die gestaltende, technische, wirtschaftliche, umweltgerechte und soziale Planung von Innenräumen und der damit verbundenen baulichen Änderung von Gebäuden, die des **Landschaftsarchitekten** als die gestaltende, technische, wirtschaftliche, umweltgerechte und soziale Planung von Landschaft, Freianlagen und Gärten sowie die Orts- und Stadtplanung innerhalb ihrer oder seiner Fachrichtung. Berufsaufgaben des **Stadtplaners** sind die gestaltende, technische, wirtschaftliche, umweltgerechte und soziale Stadt- und Raumplanung sowie die Erarbeitung städtebaulicher Pläne. In allen Fällen gehört zu den Aufgaben auch die Beratung, Betreuung und Vertretung des Auftraggebers in den mit der Planung, Ausführung und Steuerung des Vorhabens zusammenhängenden Angelegenheiten sowie die Überwachung der Ausführung und die Projektentwicklung.

Haben Architekten weder in Bayern einen Wohnsitz noch eine Niederlassung oder überwiegende berufliche Beschäftigung hat, darf die Berufsbezeichnung ohne Eintragung in die jeweilige Liste nur geführt werden, wenn der Betreffende

1. die Bezeichnung auf Grund einer Regelung eines **Landes** der Bundesrepublik Deutschland, in dem er seinen Wohnsitz, seine Niederlassung oder überwiegende Beschäftigung hat, führen darf oder

Allemagne

2. hinsichtlich der Berufsbezeichnung nach Art. 1 Abs. 1 die nachfolgend erörterten **Voraussetzungen an die Berufsqualifikation** erfüllt.

Bei Staatsangehörigen eines EU-Mitgliedstaates oder eines EWR-Vertragsstaates genügt es, wenn sie zur Ausübung desselben Berufs rechtmäßig in einem Mitglied- oder Vertragsstaat niedergelassen sind und einen Beruf mit einer in Art. 1 genannten Berufsbezeichnung mindestens **zwei** Jahre während der vorhergehenden **zehn** Jahre in diesem Staat ausgeübt haben; die Bedingung, dass der Dienstleister den Beruf zwei Jahre ausgeübt haben muss, gilt nicht, wenn entweder der Beruf oder die Ausbildung zu diesem Beruf **reglementiert** ist.

Dies gilt entsprechend für **Drittstaatsangehörige**, soweit sich nach dem EG-Recht eine Gleichstellung ergibt (so die **Schweizer** über die bilateralen Verträge).

2. Dauernde Berufszulassung

a. Erfordernisse

aa. Voraussetzungen der Eintragung

Nach Art. 4 BayBauKaG sind in die Architektenliste als freiberuflicher, angestellter, beamteter oder in der Bauwirtschaft tätiger Architekt einzutragen, wer

1. **Wohnsitz, Niederlassung oder überwiegende berufliche Beschäftigung in Bayern** hat,
2. eine **erfolgreiche Abschlussprüfung** in einem **Studium**
 - a) mit einer mindestens **vierjährigen** Regelstudienzeit für die Fachrichtung Architektur (Hochbau) oder
 - b) mit einer mindestens **dreijährigen** Regelstudienzeit für die Fachrichtungen Innen- oder Landschaftsarchitekturan einer deutschen Hochschule, an einer deutschen öffentlichen oder staatlich anerkannten Ingenieurschule (Akademie) oder an einer dieser gleichwertigen deutschen Lehreinrichtung abgelegt und
3. eine nachfolgende **praktische Tätigkeit** in der betreffenden Fachrichtung von mindestens **zwei** Jahren ausgeübt hat, wobei berufsfördernde Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen der Architektenkammer im Aufgabenbereich der technischen und wirtschaftlichen Planung sowie des Baurechts anzurechnen sind.

Die Voraussetzungen an die Ausbildung erfüllt auch, wer ein entsprechendes ausländisches Studium mit einer mindestens **dreijährigen** Regelstudienzeit erfolgreich abgeschlossen und danach eine mindestens **sechsjährige** praktische Tätigkeit in der entsprechenden Fachrichtung unter Aufsicht einer Architektin oder eines Architekten ausgeübt hat. Der Erwerb der entsprechenden Kenntnisse ist durch eine vom Eintragungsausschuss der Architektenkammer durchzuführende **Prüfung** auf Hochschulniveau nachzuweisen.

Die Voraussetzung für die **Fachrichtung Architektur** erfüllt auch, wer einen **gleichwertigen** Studienabschluss an einer **ausländischen Hochschule** oder an einer sonstigen ausländischen Einrichtung nachweisen kann. Bei Staatsangehörigen eines EU-Mitgliedstaates oder eines EWR-Vertragsstaates und bei Drittstaatsangehörigen, soweit sich hinsichtlich der Anerkennung der Ausbildungsnachweise nach dem Recht

Allemanne

der Europäischen Gemeinshaft eine Gleichstellung ergibt (Schweiz) gelten als gleichwertig die nach Art. 21, 46 und 47 der Richtlinie 2005/36/EG³ iVm. Anhang V Nr. 5.7.1. bekannt gemachten oder als genügend anerkannten Ausbildungsnachweise sowie die Nachweise nach Art. 23 und 49 der Richtlinie 2005/36/EG in Verbindung mit deren Anhang VI Nr. 6.

Diese Voraussetzungen sind auch erfüllt, wenn ein Staatsangehöriger eines EU-Mitgliedstaates oder eines EWR-Vertragsstaates aus besonderen und außergewöhnlichen Gründen im Sinn des Art. 10 Buchst. b, c, d und g der Richtlinie 2005/36/EG die Voraussetzungen für eine Anerkennung seiner Ausbildungsnachweise auf der Grundlage der Koordinierung der Mindestanforderungen an die Ausbildung im Sinn der Richtlinie 2005/36/EG nicht erfüllt, wenn im Übrigen die Voraussetzungen des Art. 13 der Richtlinie 2005/36/EG vorliegen; dabei sind Ausbildungsgänge im Sinn des Art. 12 der Richtlinie 2005/36/EG gleichgestellt. **Dies gilt entsprechend für Drittstaatsangehörige, soweit sich hinsichtlich der Anerkennung der Ausbildungsnachweise nach dem Recht der Europäischen Gemeinshaft eine Gleichstellung ergibt.**⁴

Die Voraussetzung der **Fachrichtungen Innen- und Landschaftsarchitektur** erfüllt auch, wer einen gleichwertigen Studienabschluss an einer ausländischen Hochschule oder an einer sonstigen ausländischen Einrichtung nachweisen kann. Dies gilt für Angehörige eines EU-Mitgliedstaates oder eines EWR-Vertragsstaates auf Grund eines Ausbildungsnachweises, der mindestens dem Niveau des Art. 11 Buchst. c der Richtlinie 2005/36/EG entspricht, in einem EU-Mitgliedstaat oder einem EWR-Vertragsstaat über die Voraussetzungen für die Aufnahme und Ausübung dieses Berufs verfügt. Hier genügt es zudem, wenn der Antragsteller den Beruf vollzeitlich **zwei** Jahre lang in den vorhergehenden **zehn** Jahren in einem anderen Mitglied- oder Vertragsstaat, der diesen Beruf nicht reglementiert, ausgeübt hat, sofern sie oder er im Besitz eines oder mehrerer Befähigungs- oder Ausbildungsnachweise ist; die zweijährige Berufserfahrung darf nicht gefordert werden, wenn der Ausbildungsnachweis der Antragstellerin oder des Antragstellers eine reglementierte Ausbildung abschließt, die mindestens dem Niveau des Art. 11 Buchst. c der Richtlinie 2005/36/EG entspricht. Für die Anerkennung nach den Sätzen 2 und 3 müssen im Übrigen die Voraussetzungen des Art. 13 der Richtlinie 2005/36/EG vorliegen; dabei sind Ausbildungsgänge oder -nachweise im Sinn der Art. 3 Abs. 3 und Art. 12 der Richtlinie 2005/36/EG gleichgestellt. Dies gilt entsprechend für Drittstaatsangehörige, soweit sich hinsichtlich der Anerkennung der Ausbildungsnachweise nach dem EG-Recht eine Gleichstellung ergibt (Schweiz).

4. Die Eintragung in die Architektenliste ist gem. Art. 6 BayBauKaG zu versagen, wenn Tatsachen vorliegen, aus denen sich ergibt, dass die Bewerberin oder der Bewerber nicht die für den Beruf der Architektin, des Architekten, der Innenarchitektin, des Innenarchitekten, der Landschaftsarchitektin, des Landschaftsarchitekten, erforderliche Zuverlässigkeit besitzt.

³ Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen (ABI EU Nr. L 255 S. 22), geändert durch Richtlinie 2006/100/EG des Rates vom 20. November 2006 (ABI EU Nr. L 363 S. 141).

⁴ Dies gilt auch entsprechend für Personen, die zur Führung der Berufsbezeichnung Architekt auf Grund eines Gesetzes ermächtigt worden sind, das der zuständigen Behörde eines EU-Mitgliedstaates oder eines EWR-Vertragsstaates die Befugnis zuerkennt, diesen Titel Staatsangehörigen der EU-Mitgliedstaaten der oder der EWR-Vertragsstaaten zu verleihen, die sich durch die Qualität ihrer Leistungen auf dem Gebiet der Architektur besonders ausgezeichnet haben.

Allemagne

bb. Bereits in anderen Bundesländern eingetragene Architekten

Eine Bewerberin oder ein Bewerber, die oder der in die Liste der jeweiligen Fachrichtung bei der Architektenkammer eines anderen Landes der Bundesrepublik Deutschland eingetragen ist, ist auf Antrag ohne Prüfung der Befähigung nach Abs. 2 in die Liste ihrer oder seiner Fachrichtung einzutragen. Ist die Eintragung in die Liste der jeweiligen Fachrichtung bei der Architektenkammer eines anderen Landes der Bundesrepublik Deutschland nur gelöscht worden, weil die Wohnung oder berufliche Niederlassung in diesem Land aufgegeben worden ist, so ist die Bewerberin oder der Bewerber innerhalb eines Jahres nach Löschung aus der Liste des anderen Landes auf Antrag ohne Prüfung der Befähigung nach Abs. 2 in die Liste ihrer oder seiner Fachrichtung einzutragen.

b. Antragsinhalt

Am Beispiel des Antrags in Bayern⁵

Nach Art. 4 BayBauKaG erfolgt die Eintragung in die Architektenliste auf **Antrag**. Dieser muss beim Eintragungsausschuss der Architektenkammer mit folgenden Unterlagen eingereicht werden:

- **Angaben** über Namen und Geburtsdatum, den Wohnsitz, den Ort der Niederlassung oder überwiegenden beruflichen Beschäftigung und die Staatsangehörigkeit.
- Nachweis über Wohnsitz bzw. Angaben über Ort der **Niederlassung** oder die überwiegende berufliche Beschäftigung in Bayern
- Amtliches **Führungszeugnis**
- Zwei **Passbilder**
- Beleg über die Einzahlung der Eintragungsgebühr von € 300, 00 bei Neueintrag
- **folgende Befähigungsnachweise:**
 1. bei einem Staatsangehörigen eines EU-Mitgliedstaates oder eines EWR Vertragsstaates bzw. gem. § 4 Abs 3 BauKVV bei einem Drittstaatsangehörigen, soweit sich nach dem Recht der Europäischen Gemeinschaft eine Gleichstellung ergibt, ein als **genügend anerkannter Ausbildungsnachweis** oder Nachweise nach Art. 23 und 49 der Richtlinie 2005/36/EG und Nachweise über Art, Umfang, Zeit und Ort einer **praktischen Tätigkeit** sowie
 2. in anderen Fällen Angaben, warum bei einem Staatsangehörigen eines EU-Mitgliedstaates oder eines EWR-Vertragsstaates bzw. gem. § 4 Abs 3 auch bei einem Dritt-

⁵ **Der Antragsinhalt variiert leicht von Bundesland zu Bundesland: Mit dem Antrag** auf Eintragung in die niedersächsische Architektenliste beim Eintragungsausschuss der Architektenkammer **in Niedersachsen etwa sind** folgende Unterlagen einzureichen:

- Antragsformular
- Nachweis über die Berechtigung der Führung eines akademischen Grades
- Bescheinigungen des Arbeitgebers über eine mindestens zweijährige praktische Tätigkeit
- Eigene Arbeiten: mindestens zwei Pläne zu drei Objekten sowie zu einem Objekt mindestens zwei Ausführungs- und Detailzeichnungen
- Nachweis über den Besuch von acht eintägigen Fortbildungsveranstaltungen im Rahmen der praktischen Tätigkeit
- Nachweis der aktuellen Beschäftigungsart
- Beleg über die Zahlung der Eintragungsgebühr von €290, 00 für den Ersteintrag
- Nachweis über Berufshaftpflichtversicherung für freischaffende Architekten

Allemanne

staatsangehörigen, soweit sich nach dem Recht der Europäischen Gemeinschaft eine Gleichstellung ergibt, aus besonderen und außergewöhnlichen Gründen die Voraussetzungen für eine **allgemeine Anerkennung** der Ausbildungsnachweise vorliegen, oder ein Nachweis, dass die Antragstellerin oder der Antragsteller auf Grund eines Gesetzes zur Führung der Berufsbezeichnung Architekt ermächtigt worden ist.

3. Bei **gleichwertigen** Studienabschlüssen

- a) ein Nachweis über eine gleichwertige, erfolgreich abgelegte Abschlussprüfung an einer ausländischen Hochschule oder sonstigen ausländischen Einrichtung oder
- b) bei einem Staatsangehörigen eines EU-Mitgliedstaates oder eines EWR-Vertragsstaates bzw. gem. § 4 Abs 3 BayBauKaVV bei Drittstaatsangehörigen, soweit sich nach dem Recht der Europäischen Gemeinschaft eine Gleichstellung ergibt,
 - aa) Nachweise, aus denen sich ergibt, dass dieser auf Grund eines Ausbildungsnachweises, der mindestens dem Niveau des Art. 11 Buchst. c der Richtlinie 2005/36/EG entspricht, in einem Mitglied- oder Vertragsstaat über die Voraussetzungen für die Aufnahme und Ausübung dieses Berufs verfügt, oder
 - bb) Nachweise, dass dieser den Beruf vollzeitlich **zwei** Jahre lang in den vorhergehenden **zehn** Jahren in einem anderen Mitglied- oder Vertragsstaat, der diesen Beruf nicht reglementiert hat, ausgeübt hat und dass er im Besitz eines oder mehrerer Befähigungs- oder Ausbildungsnachweise ist; der Nachweis über die Berufserfahrung darf nicht gefordert werden, wenn der Ausbildungsnachweis eine reglementierte Ausbildung nachweist, die mindestens dem Niveau des Art. 11 Buchst. c der Richtlinie 2005/36/EG entspricht;

4. gegebenenfalls der Nachweis über die **Eintragung** in die Architektenliste eines anderen Landes der Bundesrepublik Deutschland;

Die Eintragungsausschüsse können darüber hinaus weitere in Art. 7 der Richtlinie 2005/36/EG genannte Nachweise und Informationen verlangen.

c. **Zuständige Behörde, Verfahren, Fristen**

aa. *Zuständige Behörden*

Adressen der Landesarchitektenkammern:

Architektenkammer Baden-Württemberg

Danneckerstraße 54
70182 Stuttgart
TEL: 0711 / 21960
FAX 0711 / 2196103
www.akbw.de
E-Mail: info@akbw.de

Bayerische Architektenkammer

Waisenhausstraße 4
80637 München.
TEL: 089 / 1398 80-0
FAX: 089 / 13 9880-99
www.byak.de
E-Mail: info@byak.de

Allemagne

Architektenkammer Berlin

Karl-Marx-Allee 78
10243 Berlin
TEL: 030 / 29 33 07 0
Fax: 030 / 29 33 07 16
www.ak-berlin.de
E-Mail: kammer@ak-berlin.de

Brandenburgische Architektenkammer

Kurfürstenstraße 52
14467 Potsdam
TEL: 0331 / 27591-0
FAX: 0331 / 294011
www.ak-brandenburg.de
E-Mail: info@ak-brandenburg.de

Architektenkammer der Freien Hansestadt Bremen

Geeren 41 / 43
28195 Bremen
TEL: 0421 / 170007
FAX: 0421 / 302692
www.architektenkammer-bremen.de
E-Mail: info@architektenkammer-bremen.de

Hamburgische Architektenkammer

Grindelhof 40
20146 Hamburg
TEL: 040 / 44 18 41 - 0
FAX: 040 / 44 18 41 - 44
<http://www.ak-hh.de>
E-Mail: info@ak-hh.de

Architekten- und Stadtplanerkammer Hessen

Bierstadter Straße 2
65189 Wiesbaden
TEL: 0611 / 17380
FAX: 0611 / 173840
www.AKH.de
E-Mail: info@akh.de

Architektenkammer Mecklenburg-Vorpommern

Karl-Marx-Strasse 32
19055 Schwerin
TEL: 0385 / 59079-0
FAX: 0385 / 59079-30
www.architektenkammer-mv.de
E-Mail: info@architektenkammer-mv.de

Architektenkammer Niedersachsen

Friedrichswall 5
30159 Hannover
TEL: 0511 / 28096-0
FAX: 0511 / 28096-19
www.aknds.de
E-Mail: info@aknds.de

Allemagne

Architektenkammer Nordrhein-Westfalen

Zollhof 1
40221 Düsseldorf
TEL: 02 11 / 49 67 0
FAX: 02 11 / 49 67 99
<http://www.aknw.de>
E-Mail: info@aknw.de

Architektenkammer Rheinland-Pfalz

Hindenburgplatz 2-6
55118 Mainz
TEL: 06131 / 99600
FAX: 06131 / 614926
www.akrp.de
E-Mail: lgs@akrp.de

Architektenkammer des Saarlandes

Neumarkt 11
66117 Saarbrücken
TEL 0681 / 95441-0
FAX 0681 / 95441-11
www.aksaarland.de
E-Mail: info@aksaarland.de

Architektenkammer Sachsen

Goetheallee 37
01309 Dresden
TEL 0351 / 317460 oder 3105301
FAX 0351 / 3111286
www.aksachsen.org
E-Mail: dresden@AKSachsen.org

Architektenkammer Sachsen-Anhalt

Fürstenwall 3
39104 Magdeburg
TEL: 0391 / 53 611-0
Fax: 0391 / 56 19 29 6
www.ak-lsa.de
E-Mail: info@ak-lsa.de

Architekten- und Ingenieurkammer Schleswig-Holstein

Düsternbrooker Weg 71
24105 Kiel
TEL: 0431 / 57065-0
FAX: 0431 / 57065-25
www.aik-sh.de
E-Mail: webmaster@aik-sh.de

Architektenkammer Thüringen

Bahnhofstraße 39
99084 Erfurt
TEL 0361 / 210500
FAX 0361 / 2105050
www.architekten-thueringen.de
E-Mail: info@architekten-thueringen.de

Allemagne

bb. Verfahren

Näheres zum Verfahren regelt die **Verordnung über die Verfahren bei den Baukammern und deren Eintragungsausschüssen (BauKaVV)**.

Die Eintragungsausschüsse bestätigen den Antragstellern binnen **eines Monats** den Empfang der Unterlagen und teilen ihnen gegebenenfalls mit, welche Unterlagen fehlen. Die Verfahren müssen innerhalb kürzester Frist abgeschlossen werden, spätestens jedoch **drei Monate** nach Einreichung der vollständigen Unterlagen. Diese Frist kann in Fällen der Anerkennung von Ausbildungsnachweisen nach der Allgemeinen Regelung der Richtlinie 2005/36/EG (Art. 10 ff.) um einen Monat verlängert werden.

Ist eine **Prüfung auf Hochschulniveau** durchzuführen so gilt gem. § 8 BayBauKVV: Die Prüfung beginnt mit der Anfertigung von **vier** schriftlichen Aufsichtsarbeiten an **drei** aufeinander folgenden Tagen. Prüfungsinhalt ist am ersten Tag **Baurecht, Baudurchführung**, am zweiten Tag **Entwurf und Gestaltung** und am dritten Tag **Technik und Konstruktion**. Die Arbeitszeit für die beiden Aufgaben des ersten Tags beträgt insgesamt vier Stunden, für die Aufgabe des zweiten Tags acht Stunden und für die Aufgabe des dritten Tags sechs Stunden. Die Aufgaben für die Aufsichtsarbeiten werden von einer Prüfungskommission festgesetzt und jeweils von zwei Mitgliedern der Prüfungskommission bewertet. In kritischen Fällen findet noch eine einstündige mündliche Prüfung vor mindestens drei Mitgliedern der Prüfungskommission statt. Die Prüfung kann zweimal wiederholt werden.

Die Kammern erteilen den zuständigen Behörden des Herkunftsstaates **Informationen** über

1. die Rechtmäßigkeit der Niederlassung,
2. die gute Führung sowie
3. das Vorliegen oder Nichtvorliegen berufsbezogener disziplinarischer oder strafrechtlicher Sanktionen von in bayerische Listen eingetragenen Architekten.

d. Rechtsstellung

Die Mitglieder der Kammern sind **verpflichtet**, ihren Beruf gewissenhaft auszuüben, dem ihnen im Zusammenhang mit ihrem Berufsstand entgegen gebrachten Vertrauen zu entsprechen und alles zu unterlassen, was dem Ansehen ihres Berufsstandes schaden kann. Sie sind neben dem Einhalten der **Berufsordnungen** insbesondere verpflichtet (Art. 24 BayBauKaG).

1. sich **beruflich fortzubilden**,
2. sich **kollegial** zu verhalten und **unlauteren Wettbewerb zu unterlassen**,
3. sich ausreichend gegen **Haftpflichtansprüche** zu versichern.

Auch ein außerhalb der Berufstätigkeit liegendes Verhalten ist eine Berufspflichtverletzung, wenn es nach den Umständen des Einzelfalls in besonderem Maß geeignet ist, Achtung und Vertrauen in einer für das Ansehen des Berufsstandes bedeutsamen Weise zu beeinträchtigen.

B. Dienstleistungsfreiheit

1. Bedingungen für Dienstleistungen

a. Meldepflicht

Auswärtige **Architekten**, Innen- und Landschaftsarchitekten, die nicht Mitglied einer deutschen Architektenkammer sind, sowie auswärtige Stadtplaner, die nicht in eine deutsche Stadtplanerliste eingetragen sind, haben das **erstmalige Erbringen** von Leistungen vorher der Architektenkammer anzuzeigen.

Die genannten Personen sind in einem gesonderten Verzeichnis zu führen, ihnen ist eine auf fünf Jahre befristete Bescheinigung auszustellen, aus der sich auch die Berechtigung zur Führung der Berufsbezeichnung ergibt. Die Bescheinigung ist auf Antrag um **höchstens fünf Jahre** zu verlängern. Der Anzeige und der Eintragung in das Verzeichnis bedarf es nicht, wenn die auswärtige Person bereits über eine ihrer Berufsgruppe entsprechende Bescheinigung einer deutschen Architekten- oder Ingenieurekammer verfügt.

Antragsinhalt

Gem. § 3 BayBauKVV muss die Anzeige für das erstmalige Erbringen von Leistungen durch auswärtige Dienstleister mindestens folgende Angaben und Unterlagen beizufügen:

1. **Angaben** über Namen und Geburtsdatum, den Wohnsitz, den Ort der Niederlassung oder überwiegenden beruflichen Beschäftigung und die Staatsangehörigkeit.
2. ein **amtliches Führungszeugnis**.
3. den für die Eintragung in die Architektenliste im konkreten Fall jeweils erforderlichen **Befähigungsnachweis** (vgl. oben)
4. gegebenenfalls der Nachweis über die Eintragung in die Architektenliste eines **anderen Landes** der Bundesrepublik Deutschland;
5. bei Staatsangehörigen eines Mitgliedstaates der Europäischen Union oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum und Drittstaatsangehörigen, soweit sich nach dem Recht der Europäischen Gemeinschaft eine Gleichstellung ergibt, Nachweise, aus denen sich ergibt, dass der auswärtige Dienstleister zur Ausübung desselben Berufs **rechtmäßig** in einem Mitgliedstaat oder einem Vertragsstaat **niedergelassen** ist und diesen Beruf mindestens **zwei** Jahre während der vorhergehenden **zehn** Jahre in diesem Staat ausgeübt hat; ist entweder der Beruf oder die Ausbildung zu diesem Beruf **reglementiert**, ist jedoch kein Nachweis über die Berufsausübung zu fordern.
6. Die Eintragungsausschüsse können darüber hinaus weitere in Art. 7 der Richtlinie 2005/36/EG genannte Nachweise und Informationen verlangen.

2. Zuständige Behörden

Eintragungsausschüsse der Kammern, Adressen siehe oben.

3. Rechtsstellung

Auswärtige Architekten, Innen- und Landschaftsarchitekten sind wie Mitglieder der Architektenkammer, zu behandeln und haben die jeweiligen Berufspflichten zu beachten, wenn sie

Allemagne

nicht bereits Mitglieder der entsprechenden Kammer eines anderen Landes der Bundesrepublik Deutschland sind.

Sie sind wie Mitglieder der Ingenieurkammer-Bau zu behandeln und haben die jeweiligen **Berufspflichten** zu beachten, wenn sie nicht bereits Mitglieder der entsprechenden Kammer eines anderen Landes der Bundesrepublik Deutschland sind..

C. Sozietäten– Zusatzinformationen

Für Gesellschaften enthält Art. 8 BayBauKaG detaillierte Vorgaben.

1. Inländische Gesellschaften

Architekten können in einer **Partnerschaftsgesellschaft** oder einer **Kapitalgesellschaft** tätig werden, unter der Berufsbezeichnung Architekten allerdings nur, wenn die Gesellschaft in das von der Architektenkammer geführte Gesellschaftsverzeichnis eingetragen oder als auswärtige Gesellschaft hierzu berechtigt ist. Aus den Gesellschaftsverzeichnissen müssen neben der Firma der Sitz der Gesellschaft, der Geschäftsgegenstand, der Geschäftsführer und die Gesellschafter mit den für die Eintragung in die Architektenliste maßgeblichen Angaben ersichtlich sein. Der Eintragung in das Gesellschaftsverzeichnis der Architektenkammer steht die Eintragung in ein entsprechendes Gesellschaftsverzeichnis einer anderen deutschen Architektenkammer gleich, wenn die Gesellschaft in Bayern weder Sitz noch Niederlassung hat.

Eine Gesellschaft ist auf Antrag in das Gesellschaftsverzeichnis bei der Architektenkammer einzutragen, wenn sie

1. ihren **Sitz oder ihre Niederlassung in Bayern** hat,
2. das Bestehen einer ausreichenden **Berufshaftpflichtversicherung** nachweist und
3. der Gesellschaftsvertrag oder die Satzung regelt, dass
 - a) Gegenstand des Unternehmens die Wahrnehmung von Berufsaufgaben der Architekten, Innenarchitekten und Landschaftsarchitekten ist,
 - b) Mitglieder der Architektenkammer die Mehrheit des Kapitals und der Stimmanteile innehaben; die Berufszugehörigkeit der Gesellschafter, die mindestens ein Viertel des Kapitals oder der Stimmanteile innehaben, ist in geeigneter Weise kenntlich zu machen,
 - c) die Gesellschaft verantwortlich von Mitgliedern der Architektenkammer geführt wird,
 - d) Kapitalanteile nicht für Rechnung Dritter gehalten und Stimmrechte nur persönlich ausgeübt werden dürfen,
 - e) bei einer Aktiengesellschaft und einer Kommanditgesellschaft auf Aktien die Aktien auf den Namen lauten,
 - f) die Übertragung von Gesellschafts- und Kapitalanteilen an die Zustimmung der Gesellschaft gebunden ist und
 - g) die für die Berufsangehörigen nach diesem Gesetz bestehenden Pflichten von der Gesellschaft beachtet werden.

Allemagne

Hiervon abweichend darf eine Gesellschaft die Berufsbezeichnungen des **Architekten und des Beratenden Ingenieurs** führen, wenn beide Berufsgruppen zusammen mindestens zwei Drittel des Kapitals und der Stimmanteile innehaben und jede der im Namen der Gesellschaft genannten Berufsgruppen mindestens ein Viertel des Kapitals und der Stimmanteile hält. Die Gesellschaft ist in diesem Fall in dem Gesellschaftsverzeichnis der Kammer einzutragen, deren Kammerangehörige innerhalb der Gesellschaft über das größere Gewicht des Kapitals und der Stimmanteile verfügen. Bei gleichem Gewicht ist in das Gesellschaftsverzeichnis der Kammer einzutragen, die über den Schutz der Berufsbezeichnung wacht, die im Namen der Gesellschaft an vorderster Stelle steht.

Die Gesellschaften haben zur Deckung der sich aus ihrer Tätigkeit ergebenden Haftpflichtgefahren eine **Berufshaftpflichtversicherung** für die Dauer der Eintragung in das jeweilige Gesellschaftsverzeichnis abzuschließen sowie für eine Nachhaftungszeit von mindestens fünf Jahren aufrecht zu erhalten. Die Mindestversicherungssumme für jeden Versicherungsfall muss dabei 1 500 000 EUR für Personenschäden sowie 300 000 EUR für sonstige Schäden betragen. Die Leistungen des Versicherers für alle innerhalb eines Versicherungsjahres verursachten Schäden können auf den dreifachen Betrag der Mindestversicherungssumme begrenzt werden.

2. Auswärtige Gesellschaften

Gesellschaften, die in der Bundesrepublik Deutschland nicht in einem Gesellschaftsverzeichnis eingetragen sind (**auswärtige Gesellschaften**), dürfen in ihrer Firma oder ihrem Namen die Berufsbezeichnung und Wortverbindungen nur führen, wenn sie nach dem Recht ihres Herkunftsstaates befugt sind, diese oder vergleichbare Berufsbezeichnungen zu führen. Die auswärtigen Gesellschaften haben das erstmalige Erbringen von Leistungen der Architektenkammer vorher anzuzeigen. Das Führen der Berufsbezeichnung ist einer auswärtigen Gesellschaft durch die zuständige Kammer zu untersagen, wenn die Gesellschaft auf Verlangen nicht nachweist, dass sie oder ihre Gesellschafter und gesetzlichen Vertreter die die Kammer betreffende Tätigkeit nach dem Recht des Herkunftsstaates der Gesellschaft rechtmäßig ausüben.

Die auswärtigen Gesellschaften haben die **inländischen Berufspflichten** zu beachten.

ANGLETERRE

I. INTRODUCTION

A. Sources normatives pertinentes

1. Législation

Architects Act 1997
*Architects Registration Board's General Rules*⁶

2. Jurisprudence

Royal Incorporation of Architects in Scotland v Revenue & Customs [2007] UKVAT V20252 (12 July 2007) discusses the mandatory professional **indemnity insurance** that all architects must hold in addition to their registration with the "Architects Registration Board" (the "ARB").⁷

3. Interrelation avec le droit européen⁸

The **84/384 Council Directive (EEC)** on the mutual recognition of diplomas, certificates and other evidence of formal qualifications in architecture, including measures to facilitate the effective exercise of the right of establishment and freedom to provide services, repealed by European Parliament and Council Directive 2005 / 36 (EC), was **implemented in England and Wales by SI 2002 / 2842 Architects' Qualifications (EC Recognition) Order 2002.**

II. RAPPORT

A. Liberté d'établissement

1. Conditions pour la reconnaissance de la qualification professionnelle

Under section 5 of the *Architects Act 1997*, a national of a State in the European Economic Area ("EEA") is **entitled to be registered as an architect in the United Kingdom if he holds a recognised EEA qualification, an established EEA qualification or a relevant EEA certificate.**

2. Demande pour la reconnaissance et son contenu

Under section 6 of the *Architects Act 1997*, the ARB may **require an applicant for registration to pay an application fee of a prescribed amount.**

⁶ The Architects Registration Board Rules can be found on the website of the Architects Registration Board at <<http://www.arb.org.uk/about/general-rules.shtml>>

⁷ Several disciplinary decisions are recorded on the website of the ARB and also discuss mandatory insurance requirements: see <<http://www.arb.org.uk/regulation/pcc-decisions.shtml>>.

⁸ See Halsbury's Statutory Instruments, EC Legislation Implementator 2007: The Guide to the Implementation of Community Directives (London: LexisNexis Butterworths, 2007).

3. Autorité compétente

The competent authority that deals with applications for registration as an architect in the UK is the **ARB**.

4. Procédure

Pursuant to Rule 11 of the *Architects Registration Board's General Rules*, every applicant for registration **must complete and sign the appropriate application form**, together with acceptable documentary evidence satisfying the Registrar of their identity; submit documentary evidence of **award of qualification or certification of completion of studies or examinations** in architecture and / or a **certificate from the relevant competent authority** in the Member State; submit evidence of **practical training and experience** in architecture undertaken; provide **name and regular business address** for inclusion in the Register; and provide such **other information** as the Registrar may from time to time require.

5. Délais

The Registrar shall give the applicant its decision **within three months of the application**. However, if the ARB consults an EEA State in respect of an application for registration, the period **may have to be extended** until the ARB received a reply.

6. Décision et possibilité de recours

Under section 22 of the *Architects Act 1997*, an aggrieved person may appeal a decision to **remove his name from the Register** by appealing to the **High Court or the Court of Session** within **three months** from the date on which notice of the decision or order concerned is served on him. The Court may make any order which appears appropriate, and no appeal shall lie from any decision of the Court on such an appeal.

7. Effets de la reconnaissance

Once registered, an architect may use the title "architect" in the UK.

B. Liberté de prestation de services

1. Conditions pour l'autorisation à la prestation des services

Pursuant to section 12 of the *Architects Act 1997*, the Registrar maintains a list of **visiting EEA architects showing the name and qualifications** of each person enrolled in it and the **period** for which and services in respect of which each enrolment is effective. A national of an EEA State is entitled to be **enrolled on the list of visiting EEA architects**.

2. Demande pour l'autorisation et son contenu

Under section 12 of the *Architects Act 1997*, an application is made by supplying a declaration in writing **giving particulars of the services to be provided** by the person while visiting the UK and the **period or periods** for which he expects to provide them; and a certificate (or

Angleterre

certificates) issued **not more than twelve months** previously by the competent authority of an EEA State in which he is established as an architect showing that **he is lawfully pursuing activities in the field of architecture in an EEA State** other than the United Kingdom and holds an acceptable qualification or certificate.

3. Autorité compétente

The competent authority that deals with applications for registration as an architect in the United Kingdom is the **ARB**.

4. Procédure

See no. 2 above. **No fee** shall be charged for enrolment on the list of visiting EEA architects.

5. Délais

The **processing time** for an application for registration as a visiting architect is approximately three months.

6. Décision et possibilité de recours

A person shall **not be enrolled on the list of visiting EEA architects** at a time when he is subject to a **disqualifying decision** in another EEA State; he is required to satisfy the Board of his competence to practise but **has not done so**; or his name has been **removed** from the Register because of a suspension order or an erasure order and has not been re-entered. The general appeals provisions at section 22 of the *Architects Act 1997* may apply to section 12 of the *Architects Act 1997*.

7. Effets de l'autorisation

Enrolment on the list of visiting EEA architects shall be for such period or periods and in respect of such services **as the Registrar considers appropriate** having regard to the particulars given in the declaration made by the visiting architect.

AUTRICHE

I. EINLEITUNG

Rechtsquellen

1. Europäisches Recht

a. Primärrecht

- Art. 39ff, 43ff und 49ff EG-Vertrag (EG) (ABl. 24.12.2002 C 325/33)
- Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits über die Freizügigkeit vom 21.6.1999, in Kraft seit 1.6.2002, Stand 27.12.2006 (0.142.112.681) in Deutschland BGBl. II 2001 S. 810 und BGBl. II 2002, S. 1692.

b. Sekundärrecht

- Richtlinie 2005/36/EG vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen (ABl. EU Nr. L 255 S. 22, 2007 Nr. L 271 S. 18).

2. Nationales Recht

- [Ziviltechnikergesetz 1993](#) - ZTG, BGBl. Nr. 156/1994 i.d.F. BGBl. I Nr. 164/2005. **Die letzten Änderungen in BGBl. I 8/2008 und BGBl. I 9/2008 wurden eingearbeitet.** Die Novelle 59/2008 ist noch in Bearbeitung und kann daher in diesem Gutachten noch **nicht** berücksichtigt werden.
- Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten über die Umsetzung zwischenstaatlicher Vereinbarungen betreffend die Architekten ([EWR-Architektenverordnung - EWR-ArchV](#)) BGBl. Nr. 694/1995

3. Nationale Rechtsprechung

- VwGH 2006/06/0173, 23.10.2007; Verleihung der Befugnis eines "Ziviltechnikers für EWR Architekten"

A. Verhältnis zu europarechtlichen Vorgaben

1. Umsetzung der Richtlinie 2005/36/EG

Die Richtlinie 2005/36/EG wurde im Architektenrecht **in den jüngsten Änderungen von Anfang 2008** umgesetzt. Der Bericht ist gleichwohl als provisorisch zu betrachten, da eine derzeit in Bearbeitung befindliche Novelle 59/2008 noch nicht veröffentlicht ist.

II. LÄNDERBERICHT ÖSTERREICH

Ohne Dienstleistungsanzeige bzw. abgeschlossenes Niederlassungsverfahren ist die Erbringung von Planungsleistungen in Österreich nicht erlaubt.

A. Niederlassung als Architekt

In Österreich spricht man von **Ziviltechnikern**. Ziviltechniker werden eingeteilt in:

1. **Architekten** und
2. **Ingenieurkonsulenten**.

Staatlich befugte und beeidete Ziviltechniker sind natürliche Personen, die auf ingenieurwissenschaftlichen oder naturwissenschaftlichen Fachgebieten aufgrund einer vom Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit verliehenen Befugnis freiberuflich tätig sind.

Ziviltechniker sind, sofern bundesgesetzlich nicht eine besondere Berechtigung gefordert wird, auf dem gesamten, von ihrer Befugnis umfassten Fachgebiet zur Erbringung von planenden, prüfenden, überwachenden, beratenden, koordinierenden, mediativen und treuhänderischen Leistungen, insbesondere zur Vornahme von Messungen, zur Erstellung von Gutachten, zur berufsmäßigen Vertretung vor Behörden und Körperschaften öffentlichen Rechts, zur organisatorischen und kommerziellen Abwicklung von Projekten, ferner zur Übernahme von Gesamtplanungsaufträgen, sofern wichtige Teile der Arbeiten dem Fachgebiet des Ziviltechnikers zukommen, berechtigt.

Architekten sind befugt zur Planung von Projekten ihres Fachgebietes, insbesondere von Monumentalbauten, Theatern, Festhallen, Ausstellungsgebäuden, Museumsbauten, Kirchen, Schulen und Spitälern des Bundes, der Länder und Gemeinden, sofern sie vom künstlerischen, kulturellen oder vom sozialen Standpunkt von Bedeutung sind.

1. Dauernde Berufszulassung

Schweizer, deren Schwerpunkt der beruflichen Tätigkeit in Österreich liegt, müssen einen **Niederlassungsantrag** stellen um die österreichische Berufsberechtigung als **Ziviltechniker** (Architekt oder Ingenieurkonsulent) zu erlangen.

Dies erfordert die Mitgliedschaft in einer **österreichischen Kammer**.

a. Erfordernisse für die Niederlassung

Gem. § 5 und § 33 ZivTechnG ist die **Befugnis** eines Ziviltechnikers österreichischen Staatsbürgern, Staatsangehörigen eines EU-Mitgliedstaates oder eines EWR-Vertragsstaates bzw. Staatsangehörigen der Schweizerischen Eidgenossenschaft oder den durch sonstige zwischenstaatliche Vereinbarungen den österreichischen Staatsbürgern gleichgestellten Personen zu verleihen, die in ihrem Herkunftsmitgliedstaat den Beruf eines freiberuflichen Architekten befugt ausüben, wenn **kein Ausschlussgrund** vorliegt, die für die Ausübung erforderliche **fachliche Befähigung** nachgewiesen wurde. Die **Befugnis** eines Architekten verleiht der Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit.

Auriche

aa. *Ausschließungsgründe sind:*

1. Personen, die in ihrer **Handlungsfähigkeit beschränkt** sind,
2. über deren Vermögen der **Konkurs** anhängig ist oder innerhalb der letzten drei Jahre eröffnet worden ist, sofern nicht der Konkurs nach einem Zwangsausgleich oder nach Bestätigung des Zahlungsplans aufgehoben worden ist,
3. über deren Vermögen der Konkurs mangels Bestätigung eines hinreichenden Vermögens innerhalb der letzten drei Jahre nicht eröffnet worden ist,
4. denen die **Befugnis aberkannt** wurde
5. die in einem öffentlichen Dienstverhältnis des Dienststandes, es sei denn ausschließlich als Lehrer an öffentlichen oder mit Öffentlichkeitsrecht ausgestatteten Lehranstalten, stehen oder die aus dem öffentlichen Dienst auf Grund eines Disziplinarerkenntnisses entlassen wurden,
6. die **nicht** über die zur Ausübung erforderliche **Zuverlässigkeit** verfügen.

bb. *Fachliche Befähigung*

Gem. § 6 ZivTechnG erfolgt der Nachweis der fachlichen Berechtigung durch

1. die Absolvierung des der angestrebten Befugnis entsprechenden Studiums,
2. die praktische Betätigung
3. und die erfolgreiche Ablegung der Ziviltechnikerprüfung.

Die Voraussetzung der **Absolvierung des der angestrebten Befugnis entsprechenden Studiums** (Ziffer 1) ist erfüllt, wenn das Fachgebiet für das eine Befugnis angestrebt wird, dem absolvierten Universitätsstudium oder Fachhochschul-Studiengang entspricht. Studienabschlüsse an ausländischen Universitäten bedürfen der Nostrifizierung⁹ nur dann, wenn es sich nicht um Studienabschlüsse an einer Universität oder Fachhochschule eines EU-Mitgliedstaates oder eines EWR-Vertragsstaates oder der Schweizerischen Eidgenossenschaft handelt.¹⁰ (Zu den Voraussetzungen der Diplomanerkennung vgl. sogleich unter b.)

Die **Praxis** (Ziffer 2) muss mindestens drei Jahre umfassen, nach Abschluss des Studiums zurückgelegt werden und geeignet sein, die für die Ausübung der Befugnis erforderlichen Kenntnisse zu vermitteln. Sie ist durch glaubwürdige Zeugnisse und eine eingehende Darstellung der Art und Dauer nachzuweisen.

Sie muss hauptberuflich

1. in einem Dienstverhältnis freier Dienstverträge oder
2. als persönlich ausübender Gewerbetreibender eines reglementierten Gewerbes oder

⁹ § 90 des Universitätsgesetzes 2002, BGBl. I Nr. 120/2002, in der jeweils geltenden Fassung. Studienabschlüsse an ausländischen Fachhochschulen bedürfen der Nostrifizierung gemäß § 5 Abs. 4 und 5 Fachhochschul-Studiengesetz, BGBl. Nr. 340/1993, in der jeweils geltenden Fassung.

¹⁰ Diplome, Prüfungszeugnisse und sonstige Befähigungsnachweise im Bereich der Richtlinie 85/384/EWG, die außerhalb der Europäischen Union erworben wurden und bereits in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union anerkannt worden sind, sowie die dazu in einem Mitgliedstaat absolvierten Ausbildungsgänge und/oder die dort erworbene Berufserfahrung sind im Rahmen eines Antrages auf Zulassung zur Ziviltechnikerprüfung oder Verleihung der Befugnis innerhalb einer Frist von drei Monaten zu prüfen.

Auriche

3. im öffentlichen Dienst absolviert worden sein.

Von der praktischen Betätigung muss mindestens ein Jahr entfallen:

1. bei Absolventen des Studiums der Architektur und bei Absolventen eines auf einem bautechnischen Fachgebiet gelegenen Studiums/Fachhochschul-Studienganges auf eine praktische Betätigung auf Baustellen und
2. bei Absolventen des Studiums/Fachhochschul-Studienganges des Vermessungswesens auf eine praktische Betätigung auf dem Gebiet der Grenzvermessung für alle Zwecke der grundbücherlichen Teilungen sowie Ab- und Zuschreibungen gemäß dem Liegenschaftsteilungsgesetz

b. Antragsinhalt

Dem Antrag um Verleihung der Befugnis eines Architekten an einen ausländischen Bewerber sind folgende Unterlagen und Bescheinigungen anzuschließen:

1. **Staatsangehörigkeitsnachweis,**
2. **Befähigungsnachweis des Herkunftsmitgliedstaates,** der zur Aufnahme des Berufes eines freiberuflichen Architekten berechtigt,
3. Bescheinigungen der zuständigen Behörden des Herkunftsmitgliedstaates über das Vorliegen der **Zuverlässigkeit,**
4. Bescheinigungen der zuständigen Behörden des Herkunftsmitgliedstaates über das Vorliegen der **Konkursfreiheit,**
5. Bescheinigungen der zuständigen Behörden des Herkunftsmitgliedstaates über das **Nichtvorliegen eines standeswidrigen Verhaltens.**

Diese Bescheinigungen dürfen bei ihrer Vorlage **nicht älter als drei Monate** sein.

Nach § 36 ZTG ist die **fachliche Befähigung** durch die Vorlage eines Nachweises im Sinne des Art. 11 lit. e der Richtlinie 2005/36/EG nachzuweisen. Hierbei handelt es sich um einen Nachweis, mit dem dem Inhaber bestätigt wird, dass er einen postsekundären Ausbildungsgang von **mindestens vier Jahren** oder eine Teilzeitausbildung von entsprechender Dauer an einer Universität oder einer Hochschule oder in einer anderen Ausbildungseinrichtung mit gleichwertigem Niveau und gegebenenfalls die über den postsekundären Ausbildungsgang hinaus erforderliche berufliche Ausbildung erfolgreich abgeschlossen hat. jeder Ausbildungsnachweis und jede Gesamtheit von Befähigungsnachweisen, die von einer zuständigen Behörde in einem Mitgliedstaat ausgestellt wurden, sofern sie eine in der Gemeinschaft erworbene Ausbildung abschließen und von diesem Mitgliedstaat als gleichwertig anerkannt werden und in Bezug auf die Aufnahme oder Ausübung des Berufs eines freiberuflichen Ingenieurkonsulenten dieselben Rechte verleihen oder auf die Ausübung dieses Berufs vorbereiten, sind den genannten Ausbildungsnachweisen gleichgestellt.

Nicht gleichwertig ist eine Berufsqualifikation wenn sich die geltend gemachte Ausbildung auf Fächer bezieht, die sich wesentlich von den nach diesem Bundesgesetz vorgeschriebenen Ausbildungsnachweisen unterscheiden. Die mangelnde Gleichwertigkeit der geltend gemachten Berufsqualifikation zur fachlichen Befähigung ist durch die Absolvierung einer **Eignungsprüfung** oder eines höchstens zweijährigen **Anpassungslehrganges** auszugleichen.

Auriche

Die Eignungsprüfung soll nachweisen, dass der Antragstellers befähigt ist, den Beruf eines Ziviltechnikers auszuüben. Der Anpassungslehrgang erfolgt im Rahmen eines Dienstverhältnisses. Er soll nicht weniger als ein Jahr und nicht mehr als zwei Jahre dauern.

Nach § 37 ZTG hat der Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit mit den zuständigen Behörden der anderen EU-Mitgliedstaaten, der EWR-Vertragsstaaten oder der Schweizerischen Eidgenossenschaft **zur Anwendung der Richtlinie 2005/36/EG eng zusammenzuarbeiten und Amtshilfe zu leisten.**

c. Titelführung

Gem. § 38 ZTG dürfen die Bezeichnungen "Ziviltechniker", "Architekt", "Ingenieurkonsulent", "Zivilgeometer" und "Zivilingenieur" von Personen, denen eine entsprechende Befugnis nicht verliehen wurde, nicht geführt werden.

Die Worte "Ziviltechniker", "Architekt", "Ingenieurkonsulent", "Zivilgeometer" und "Zivilingenieur" dürfen nur der Firma einer berufsbefugten Ziviltechnikergesellschaft beigefügt werden.

Die Bezeichnung "Zivilgeometer" darf nur von Personen geführt werden, denen die Befugnis auf dem Fachgebiet des Vermessungswesens verliehen wurde.

d. Pflichten

Der ausländische Bewerber unterliegt den inländischen Pflichten der Ziviltechniker; er ist insbesondere zur Verschwiegenheit über die ihm in Ausübung seines Berufes vertrauten oder bekanntgewordenen Angelegenheiten seines Auftraggebers verpflichtet.

e. Zuständige Behörden

Landesarchitekten und Ingenieurskonsulentenkammern

Kammer der Architekten und Ingenieurskonsulenten Wien, Niederösterreich

Burgenland,

Karlsgasse 9/1
1040 Wien
Tel 01/505 17 81-0
Fax 01/505 10 05

Oberösterreich

Kaarstrasse 2/II
A- 4040 Linz
Tel: 0732/7383-94-0
Fax 0732/738394-4

Salzburg

Gebirgsjägerplatz 10
A- 5020 Salzburg
Tel. 0662/872383
Fax: 0662/8723834

Autriche

Kammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten für Tirol und Vorarlberg

Rennweg 1
6020 Innsbruck
Tel: +43 512 588335
arch.ing.office@kammerwest.at

Kammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten für Steiermark und Kärnten

Kammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten
(Stmk) für Steiermark und Kärnten
Schönaugasse 7/1
A-8010 Graz
Tel: +43 (0)316 82 63 44 - 0
Fax: +43 (0)316 82 63 44 - 25
http: www.aikammer.org
email: office@aikammer.org

Bundeskammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten

Karlsgasse 9/2
A-1040 Wien
Telefon: (01) 505 58 07
Telefax: (01) 505 32 11

Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit

A-1011 Wien
Stubenring 1
Tel.: +43/1/71100-0

B. Dienstleistungsfreiheit

1. Bedingungen für Dienstleistungen

Gem. § 30 Abs. 1 ZTG sind Staatsangehörige eines EU-Mitgliedstaates, eines EWR-Vertragsstaates oder Staatsangehörige der Schweizerischen Eidgenossenschaft, die in einem anderen EU-Mitgliedstaat der oder in einem anderen EWR-Vertragsstaat oder in der Schweiz niedergelassen sind und dort den Beruf eines freiberuflichen Architekten oder eines freiberuflichen Ingenieurkonsulenten befugt ausüben, sind berechtigt, wenn kein Ausschließungsgrund vorliegt, nach Maßgabe unter Beachtung der Berufs- und Standesregeln vorübergehend und gelegentlich Dienstleistungen auf diesem Fachgebiet zu erbringen.

a. Meldepflicht

Sofern eine temporäre projektbezogene grenzüberschreitende Dienstleistung erbracht werden soll, ist bei der jeweiligen Kammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten in deren Bereich die Leistung erbracht werden soll, eine **schriftliche Dienstleistungsanzeige** einzubringen. Der Betreffende ist in die Liste der Dienstleistungserbringer aufzunehmen.

Auriche

Die Voraussetzungen für die Erbringung von vorübergehenden und gelegentlichen Dienstleistungen sind:

1. die Staatsangehörigkeit eines EU-Mitgliedstaates, EWR-Vertragsstaates oder die Staatsangehörigkeit der Schweizerischen Eidgenossenschaft,
2. die Niederlassung in einem Mitgliedstaat bzw. in der Schweiz, sowie eine aufrechte Befugnis zur freiberuflichen Ausübung des Berufes eines Architekten oder eines Ingenieurkonsulenten
3. die fachliche Befähigung,
4. die Ausübung des Berufes eines freiberuflichen Architekten oder eines freiberuflichen Ingenieurkonsulenten während der vorhergehenden zehn Jahre mindestens zwei Jahre lang, sofern dieser Beruf in dem Niederlassungsstaat des Dienstleisters nicht reglementiert ist.

b. Informationspflicht

Der Dienstleister ist verpflichtet, vor Erbringung der Dienstleistung den **Dienstleistungsempfänger** über Folgendes zu informieren:

1. das **Register**, in dem er eingetragen ist, sowie die Nummer der Eintragung oder gleichwertige, der Identifikation dienende Angaben aus diesem Register,
2. Namen und Anschrift der **zuständigen Aufsichtsbehörde des Niederlassungsstaates**,
3. die **Berufskammern** oder vergleichbare Organisationen, denen der Dienstleister angehört,
4. die **Berufsbezeichnung** oder seinen **Befähigungsnachweis**,
5. die **Umsatzsteueridentifikationsnummer** und Einzelheiten zu seinem **Versicherungsschutz** in Bezug auf die Berufshaftpflicht

2. Zuständige Behörden

Zuständige Landeskammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten

3. Rechtsstellung

Wie inländische Ziviltechniker

C. Sozietäten – Zusatzinformationen

Für Ziviltechnikergesellschaften gelten die §§ 21 ff ZTG

Ziviltechniker zum ausschließlichen Zweck dauernder Ausübung des Ziviltechnikerberufes offene Gesellschaften, Kommanditgesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung und Aktiengesellschaften mit eigener, vom Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit verliehener Befugnis bilden (Ziviltechnikergesellschaften). Die Bildung einer Gesellschaft bürgerlichen Rechtes mit Gewerbetreibenden ist nur zulässig, wenn diese zu ausführenden Tätigkeiten nicht berechtigt sind.

Autriche

Die Befugnis wird gem. § 22 ZTG vom Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit auf Antrag der Gesellschaft für einen bestimmten Sitz verliehen. Gesellschaften, die ihre Rechtspersönlichkeit erst durch spätere Eintragung in das Firmenbuch erlangen, sind im Verfahren über die Verleihung der Befugnis parteifähig und von den vorgesehenen Organen zu vertreten. Die Befugnis ist zu verleihen, wenn: sämtliche Inhalte der beantragten Gesellschaftsbefugnis durch ausgeübte Befugnisse von geschäftsführungs- und vertretungsbefugten Ziviltechnikern, die Gesellschafter oder Vorstandsmitglieder sind, gesetzmäßig nachgewiesen sind und der Gesellschaftsvertrag den Bestimmungen des ZTG entspricht.

Ziviltechnikergesellschaften müssen ihren Sitz in Österreich am Kanzleisitz eines der geschäftsführungs- und vertretungsbefugten Gesellschafter oder Vorstandsmitglieder haben. Der Firma ist der Zusatz "Ziviltechnikergesellschaft" unter Beachtung der allgemeinen firmenrechtlichen Bestimmungen beizufügen. Das Wort "Ziviltechniker" darf mit "ZT" abgekürzt werden.

Gesellschafter einer Ziviltechnikergesellschaft dürfen nur natürliche Personen und berufsbefugte Ziviltechnikergesellschaften sein. Gewerbetreibende, deren Tätigkeit der Befugnis einer Ziviltechnikergesellschaft fachlich entspricht, sowie geschäftsführungs- und vertretungsbefugte Gesellschafter oder leitende Angestellte solcher Gewerbetreibenden dürfen nicht Gesellschafter dieser Ziviltechnikergesellschaft sein. In Geschäftspapieren sind die Namen und Befugnisse aller geschäftsführungs- und vertretungsbefugten Gesellschafter anzuführen. Ziviltechniker müssen ihre Gesellschafterstellung im eigenen Namen und für eigene Rechnung innehaben und ausüben. Die treuhändige Übertragung und Ausübung von Gesellschaftsrechten ist unzulässig.

Geschäftsführer und organschaftliche Vertreter einer Ziviltechnikergesellschaft dürfen nur physische Personen sein, die Gesellschafter mit aufrechter Befugnis sind und gemeinsam mehr als die Hälfte der Gesellschaftsanteile innehaben. In Geschäftsfällen, in denen fachverschiedene Befugnisse mehrerer Ziviltechniker erforderlich sind, hat der Gesellschaftsvertrag einschlägig befugte Geschäftsführer jedenfalls zu gemeinsamem Handeln zu verpflichten.

Über fachliche Fragen der Berufsausübung der Ziviltechnikergesellschaft entscheiden in den jeweils zuständigen Gesellschaftsorganen ausschließlich die Gesellschafter mit ausgeübter Befugnis. Gegen den Willen jener Gesellschafter, die über die für den Gegenstand der Entscheidung fachlich einschlägige Befugnis verfügen, darf keine Entscheidung getroffen werden.

Sofern Ziviltechnikergesellschaften eingetragene Personengesellschaften sind, dürfen Gesellschafter, die keine ausgeübte Befugnis haben, nur Kommanditisten sein.

Sofern Ziviltechnikergesellschaften Aktiengesellschaften sind, hat die Satzung ausschließlich Namensaktien vorzusehen. Die Übertragung der Aktien ist an die Zustimmung der Hauptversammlung zu binden. Die Hauptversammlung ist zu verpflichten, der Übertragung nur unter Beachtung der Vorschriften dieses Bundesgesetzes und der Landesregeln zuzustimmen.

Sonstiges

Es existierten verschiedene nicht verpflichtende **Honorarordnungen**, deren Einhaltung jedoch empfohlen wird.

Autriche

Haftung und Gewährleistung: Nach österreichischem Werkvertrags- und Schadensersatzrecht im ABGB ¹¹

Es muss im Fall der Niederlassung eine **Pflichtversicherung** abgeschlossen werden (Kontaktstelle: Architektenkammer).

11

FRANCE

A la date du 10 avril 2008, la Directive 2005/36/CE du Parlement européen et du Conseil du 7 septembre 2005 relative à la reconnaissance des qualifications professionnelles n'ayant pas encore été transposée en France, il ne nous a pas été possible de livrer le rapport commandé pour ce pays.

Le gouvernement a été autorisé par la loi n° 2007-1774 du 17 décembre 2007 portant diverses dispositions d'adaptation au droit communautaire dans les domaines économique et financier, à prendre par voie d'ordonnance, dans un délai de **douze mois** à compter de la date de publication de la présente loi, les dispositions relevant du domaine de la loi nécessaire pour transposer la Directive 2005/36/CE.

SITUATION ACTUELLE

Dispositions internes applicables à la profession¹² :

[Loi n° 77-2 du 3 janvier 1977 sur l'architecture](#)

[Décret n°78-67 du 16 janvier 1978](#) pris pour l'application des articles 10, 11 et 38 de la loi n° 77-2 du 3 janvier 1977 sur l'architecture et relatif aux conditions requises pour l'inscription au tableau régional d'architectes

[Décret n° 80-217 du 20 mars 1980](#) portant code des devoirs des architectes

[Décret n° 80-218 du 20 mars 1980](#) relatif au port du titre de titulaire du diplôme d'architecte et à l'honorariat pris pour l'application de la loi n°77-2 du 3/01/1977 sur l'architecture

Modifiés en vu de transposer la directive sectorielle :

Directive 85/384/CEE du Conseil, du 10 juin 1985, visant à la reconnaissance mutuelle des diplômes, certificats et autres titres du domaine de l'architecture et comportant des mesures destinées à faciliter l'exercice effectif du droit d'établissement et de libre prestation de services, modifiée par la directive 2001/19/CE du Parlement européen et du Conseil du 14 mai 2001.

Accord conclu le 21 juin 1999 entre la communauté européenne et ses Etats membres, d'une part et la Confédération Helvétique d'autre part, ratifié par la France : [loi n° 2001-1117 du 28 novembre 2001](#) – [décret n° 2002-946 du 25 juin 2002](#) (Annexe III)

¹² Les textes peuvent être consultés sur le site : <http://www.legifrance.gouv.fr>

France

S'adresser à :

[Ministère de la Culture et de la Communication](#)

Direction de l'architecture et du patrimoine
Bureau des professions, de l'emploi et de l'économie
8, rue Vivienne –
75002 Paris
Bureau des enseignements
Tél. : 01 40 15 32 58 ou 01 40 15 32 97

Conseil National de l'Ordre des Architectes
Tour Maine Montparnasse
33 avenue du Maine - BP 154
75755 Paris Cedex 15
Tél : 01 56 58 67 00 - Fax : 01 56 58 67 01

ITALIE

I. INTRODUZIONE

A. Fonti normative

Tre sono, ad oggi (20 dicembre 2007), le principali fonti normative della regolamentazione italiana dell'esercizio, in Italia, della professione di **architetto** da parte di chi è in possesso di un **titolo estero**:

- **Decreto legislativo 9 novembre 2007 n. 206** recante "Attuazione della direttiva 2005/36 CE relativa al riconoscimento delle qualifiche professionali, nonché della direttiva 2006/100/CE che adegua determinate direttive sulla libera circolazione delle persone a seguito dell'adesione della Bulgaria e Romania" (qui di seguito: "**D. Lgs. 206/2007**")
- **Decreto legislativo 27 gennaio 1992, n. 129** recante « Attuazione delle direttive n. 85/384/CEE, n. 85/614/CEE e n. 86/17/CEE in materia di riconoscimento dei diplomi, delle certificazioni ed altri titoli nel **settore dell'architettura** » (qui di seguito: "**D. Lgs. 129/1992**")
- **Decreto 10 giugno 1994, n. 776** emanato dal Ministero dell'università e della ricerca scientifica e tecnologica recante "Regolamento contenente norme ed integrazioni della disciplina dei procedimenti di riconoscimento ed iscrizione **all'albo degli architetti**" (qui di seguito: "**Decreto 776/1994**").

Si rileverà che il D. Lgs. 206/2007, attesa la sua recente approvazione, **non** è ancora stato completato da una **disciplina di dettaglio** relativa alla specifica **professione di architetto**. **Si è perciò tenuto conto qui di seguito del D. Lgs. 129/1992, che è ancora in vigore, dunque è ancora oggi applicabile, quanto meno nella misura in cui è compatibile con il D. Lgs. 206/2007.**

B. Interrelazione con il diritto europeo

La legge n. 364 del 15 novembre 2000 ha ratificato per l'Italia l'Accordo tra la Comunità europea ed i suoi Stati membri e la Confederazione svizzera del 21 giugno 1999 (l'« **Accordo** »). L'Accordo disciplina la **libera circolazione delle persone** tra la Comunità Europea e la Confederazione Svizzera e **stabilisce l'applicabilità delle direttive comunitarie in tema di riconoscimento delle qualifiche professionali anche ai cittadini elvetici**. Pertanto, sono state introdotte agevolazioni **tali da rendere di fatto la situazione dei cittadini elvetici analoga a quella dei cittadini comunitari**. Viene in particolare in considerazione l'art. 9 dell'Accordo, il cui testo è il seguente.

« Articolo 9 – Diplomi certificati e altri titoli

Per agevolare ai cittadini degli Stati membri della Comunità europea e della Svizzera l'accesso alle attività dipendenti e autonome e il loro esercizio, nonché la prestazione di servizi, le parti contraenti adottano, conformemente all'allegato III, le misure necessarie per quanto riguarda il **riconoscimento reciproco dei diplomi dei certificati e di altri titoli** e il coordinamento delle disposizioni legislative, regolamentari e amministrative delle parti contraenti in materia di accesso alle attività dipendenti e autonome e dell'esercizio di queste, nonché di prestazione di servizi ».

In base all'Accordo dunque, i professionisti che intendano ottenere il riconoscimento del titolo professionale conseguito nella Confederazione Svizzera possono presentare domanda al **Ministero competente** – per la **professione di architetto, il Ministero dell'Università e della ricerca** (v. art. 5 D. Lgs. 206/2007) – ed inviando la documentazione necessaria. Si segnala che l'art. 2 del D. Lgs. 206/2007 dispone, al comma 3, che **“per il riconoscimento dei titoli di formazione acquisiti dai cittadini (...) della Confederazione svizzera, si applicano gli accordi in vigore con l'Unione europea”**.

II. RAPPORTO

A. Libertà di stabilimento

Il D. Lgs. 206/2007 regola la **libertà di stabilimento** agli artt. 16 s. Tale decreto si applica, tra l'altro, come detto, **alla professione di architetto**, alla quale sono peraltro specificamente dedicati gli art. 52 s. Finché non verrà emanata la legislazione secondaria di **esecuzione** di tale decreto nell'ambito della professione qui in analisi, **pare logico avere riguardo al D. Lgs. 129/1992**. Distingueremo qui di seguito i due regimi, quello di cui al D. Lgs. 206/2007 (A.1) e quello di cui al D. Lgs. 129/1992 (A.2).

A.1. Regime di cui al D. Lgs. 206/2007

Il D. Lgs. 206/2007 pone, al titolo III capo I, rubricato « norme procedurali », **alcune regole generali**, che valgono per **tutte le professioni cui esso si applica, ivi compresa la professione di architetto**.

1. Condizioni e domanda per il riconoscimento

Ai sensi dell'art. 17 D. Lgs. 206/2007, la domanda per il riconoscimento è **corredata** dei seguenti documenti:

- un certificato o copia di un documento che attesti la **nazionalità** del prestatore;
- una copia degli **attestati di competenza o del titolo di formazione** che dà accesso alla professione ed eventualmente un attestato dell'**esperienza professionale** dell'interessato;

Le autorità competenti – per la professione di *architetto*: il **Ministero dell'Università e della ricerca** (art. 5 D.Lgs. 206/2007) – possono invitare il richiedente a **fornire informazioni** quanto alla sua formazione nella misura necessaria a **determinare l'eventuale esistenza di differenze sostanziali rispetto alla formazione richiesta sul territorio dello Stato italiano**. Qualora sia impossibile per il richiedente fornire tali informazioni, le autorità competenti si rivolgono al punto di contatto, all'autorità competente o a qualsiasi altro organismo pertinente dello Stato membro di origine.

Qualora l'accesso a una professione regolamentata sia subordinato ai **requisiti dell'onorabilità e della moralità**, o l'esercizio di tale professione possa essere **sospeso o vietato** in caso di gravi mancanze professionali o di condanne per reati penali, la sussistenza di tali requisiti si considera provata da **documenti rilasciati da competenti autorità dello Stato membro di origine o dello Stato membro da cui proviene l'interessato**.

Nei casi in cui l'ordinamento dello Stato membro di origine o dello Stato membro da cui proviene l'interessato non preveda il rilascio dei documenti di cui sopra, questi possono essere sostituiti da una **dichiarazione giurata** o, negli Stati membri in cui tale forma di dichiarazione non è contemplata, da una **dichiarazione solenne**, prestata dall'interessato

Italie

dinanzi ad un'autorità *giudiziaria* o *amministrativa* competente o, eventualmente, dinanzi ad un *notaio* o a un *organo qualificato* dello Stato membro di origine o dello Stato membro da cui proviene l'interessato.

Qualora l'accesso ad una professione regolamentata sia subordinato al **possesso di sana costituzione fisica o psichica**, tale requisito si considera dimostrato dal **documento prescritto** nello Stato membro di origine o nello Stato membro da cui proviene l'interessato. Qualora lo Stato membro di origine o di provenienza non prescriva documenti del genere, le autorità competenti accettano un attestato rilasciato da un'autorità competente di detti Stati.

Qualora l'esercizio di una professione regolamentata sia subordinato al possesso di **capacità finanziaria** del richiedente o di assicurazione contro i danni derivanti da responsabilità professionale, tali requisiti si considerano dimostrati da un **attestato rilasciato da una banca o società di assicurazione con sede in uno Stato membro**.

I documenti di cui sopra al momento della loro presentazione non devono essere di data anteriore a **tre mesi**.

La domanda è corredata da un **certificato dell'autorità competente dello Stato membro di origine attestante che il titolo di formazione soddisfa i requisiti stabiliti dalla normativa comunitaria** in materia di riconoscimento dei titoli di formazione in base al coordinamento delle **condizioni minime di formazione** (Art. 17 del D. lgs. 206/2007).

2. Formazione richiesta

La formazione di **architetto** comprende (ai sensi dell'art. 52 D. lgs. 206/2007), almeno **quattro anni** di studi a tempo pieno oppure **sei anni** di studi, di cui almeno **tre** a tempo pieno, in un'università o un istituto di insegnamento comparabile. Tale formazione deve essere sancita dal superamento di un **esame di livello universitario**. Questo insegnamento di livello universitario il cui elemento principale è l'architettura, deve mantenere un **equilibrio** tra gli aspetti teorici e pratici della formazione in architettura e garantire l'acquisizione delle seguenti conoscenze e competenze:

- capacità di creare progetti architettonici che soddisfino le esigenze estetiche e tecniche;
- adeguata conoscenza della storia e delle teorie dell'architettura nonché delle arti, tecnologie e scienze umane ad essa attinenti;
- conoscenza delle belle arti in quanto fattori che possono influire sulla qualità della concezione architettonica;
- adeguata conoscenza in materia di urbanistica, pianificazione e tecniche applicate nel processo di pianificazione;
- capacità di cogliere i rapporti tra uomo e opere architettoniche e tra opere architettoniche e il loro ambiente, nonché la capacità di cogliere la necessità di adeguare tra loro opere architettoniche e spazi, in funzione dei bisogni e della misura dell'uomo;
- capacità di capire l'importanza della professione e delle funzioni dell'architetto nella società, in particolare elaborando progetti che tengano conto dei fattori sociali;
- conoscenza dei metodi d'indagine e di preparazione del progetto di costruzione;
- conoscenza dei problemi di concezione strutturale, di costruzione e di ingegneria civile connessi con la progettazione degli edifici;
- conoscenza adeguata dei problemi fisici e delle tecnologie, nonché della funzione degli edifici, in modo da renderli internamente confortevoli e proteggerli dai fattori climatici;
- capacità tecnica che consenta di progettare edifici che rispondano alle esigenze degli utenti, nei limiti imposti dal fattore costo e dai regolamenti in materia di costruzione;

Italie

- conoscenza adeguata delle industrie, organizzazioni, regolamentazioni e procedure necessarie per realizzare progetti di edifici e per l'integrazione dei piani nella pianificazione generale.

In deroga all'articolo 52 appena menzionato, è riconosciuta sufficiente anche la formazione acquisita nel quadro della **promozione sociale** o di **studi universitari a tempo parziale**, nonché la formazione sancita dal superamento di un esame in architettura da parte di chi lavori da **sette anni** o più nel settore dell'architettura **sotto il controllo di un architetto o di un ufficio di architetti**. L'esame deve essere di **livello universitario ed equivalente** a quello di fine di studi di cui all'articolo 52 (v. supra).

3. Procedura

Ai fini del riconoscimento professionale, l'interessato presenta apposita **domanda** all'autorità competente (Ministero dell'Università e della ricerca, ex art. 5 D. Lgs. 206/2007). Entro **trenta giorni** dal ricevimento della domanda, l'autorità accerta la **completezza** della documentazione esibita, e ne **dà notizia** all'interessato. Ove necessario, l'autorità competente richiede le eventuali necessarie **integrazioni**.

Per la valutazione dei **titoli acquisiti**, il D. Lgs. 206/2007 prevede, come regola generale, che l'autorità indica una « **conferenza di servizi** », previa consultazione, per le attività di architetto, del *Consiglio Universitario Nazionale*, alla quale partecipano **rappresentanti**:

- delle amministrazioni dell'autorità competente;
- del Dipartimento per il coordinamento delle politiche comunitarie;
- del Ministero degli affari esteri.

Nella conferenza dei servizi sono sentiti **un rappresentante dell'Ordine o Collegio professionale** ovvero della categoria professionale interessata (art. 16, comma 3 D. Lgs. 206/2007).

Sul riconoscimento provvede l'autorità competente con **decreto motivato**, da adottarsi nel termine di **tre mesi** dalla presentazione della documentazione completa da parte dell'interessato. Il decreto è **pubblicato** nella Gazzetta Ufficiale della Repubblica italiana.

4. Effetti del riconoscimento

Ai sensi dell'art. 3 del D. lgs. 206/2007, disposizione **generale** in tema di « **effetti del riconoscimento** », il riconoscimento delle qualifiche professionali operato ai sensi del D. Lgs. 206/2007 permette di **accedere**, se in possesso dei requisiti specificamente previsti, **alla professione corrispondente per la quale i soggetti richiedenti sono qualificati nello Stato membro d'origine e di esercitarla alle stesse condizioni previste dall'ordinamento italiano**. La professione che l'interessato eserciterà sul territorio italiano sarà quella per la quale è qualificato **nel proprio Stato membro d'origine**, se le attività sono comparabili.

Per quanto riguarda la **specifica** professione di architetto, il D. Lgs. 206/2007 dispone che il riconoscimento attribuisce ai diplomi, certificati ed altri titoli, **la stessa efficacia** dei diplomi rilasciati dallo Stato italiano per l'accesso all'attività nel settore dell'architettura e per il suo esercizio con il **titolo professionale di architetto**. Il riconoscimento attribuisce **il diritto di far uso del titolo di architetto secondo la legge italiana e consente di far uso del titolo riconosciuto e della relativa abbreviazione, secondo la legge dello Stato membro di origine o di provenienza e nella lingua di questi** (art. 54 D. Lgs. 206/2007)

Si menzionerà infine che i Consigli dell'ordine degli architetti, in collaborazione con il Consiglio nazionale dell'ordine degli architetti, **forniscono agli interessati le necessarie informazioni sulla legislazione e deontologia professionale**. Gli ordini possono **attivare corsi**, con oneri

Italia

a carico degli interessati, per fornire loro le conoscenze linguistiche necessarie all'esercizio dell'attività professionale (art. 54 D. Lgs. 206/2007).

A.2. Regime di cui al D. Lgs. 129/1992

1. Condizioni per il riconoscimento

Il D. Lgs. 129/1992 disciplina il riconoscimento dei diplomi, certificati e altri titoli rilasciati a cittadini di uno Stato membro dell'Unione europea e, per effetto dell'Accordo, a cittadini svizzeri, **per l'accesso o l'esercizio in Italia dell'attività di architetto a titolo permanente o con carattere di temporaneità**. Il D. Lgs. 129/1992 si applica anche a coloro che **intendono svolgere l'attività professionale di architetto in qualità di lavoratore dipendente**.

In Svizzera, i diplomi cui la disciplina è applicabile sono i seguenti:

- i diplomi rilasciati da **Politecnici Federali**: « arch. dipl. PF ».
- i diplomi rilasciati dall' « **Ecole d'architecture de l'Université de Geneve** »:
« **architecte diplômé EAUG** »,
- i certificati dalla Fondazione dei Registri svizzeri degli ingegneri, degli architetti e dei tecnici (REG): « **architetto REG A** »;

Sono riconosciuti i diplomi, certificati ed altri titoli rilasciati a conclusione di un corso di studi di livello universitario, che **presentino i seguenti requisiti** (art. 2 D. Lgs. 129/1992) :

- la formazione deve riguardare **principalmente** l'architettura ed essere **equilibratamente ripartita** tra gli aspetti tecnici e pratici ;
- la durata della **formazione** deve comprendere almeno **quattro anni di studi a tempo pieno** presso un'università o un istituto d'istruzione analogo, ovvero almeno **sei anni di studio** presso un'università o analogo istituto, di cui non meno di **tre a tempo pieno**, ed essere sancita, a conclusione del corso di studi, dal superamento di un **esame di livello universitario**.

La formazione data dal corso di studi deve assicurare le stesse capacità e conoscenza elencate all'art. 52 del D. Lgs. 206/2007 ed enumerate *supra*, al punto A.1. 2.

2. Domanda

I soggetti interessati devono presentare al **Ministero dell'istruzione, dell'università e della ricerca** domanda per il **riconoscimento del proprio titolo** ai fini dell'ammissione all'esercizio dell'attività di architetto nel territorio della **Repubblica italiana** (art. 4 D. Lgs. 129/1992)

La domanda, redatta in **lingua italiana** ed in carta da bollo, deve indicare la **provincia** nella quale l'interessato ha intenzione di stabilirsi o di operare, ed essere corredata dei seguenti documenti:

- il **diploma, certificato, o titolo** o insieme di titoli di cui si chiede il riconoscimento, in **copia autenticata**, o un **attestato** rilasciato dalla stessa autorità che ha conferito il diploma, certificato o altri titoli, che, riportando gli stessi dati, ne conferma la veridicità;
- un certificato rilasciato da un'autorità competente dello Stato membro d'origine o di provenienza, che dichiari **soddisfatti i requisiti di moralità o di onorabilità** in esso richiesti per l'accesso all'attività di architetto.

Se lo Stato membro d'origine o di provenienza non richiede tale attestato, in sostituzione deve essere presentato un estratto del **casellario giudiziario** o, in mancanza, un documento equipollente rilasciato dalla competente autorità di

Italia

quello Stato. Se nessuno dei predetti documenti viene rilasciato nello Stato membro d'origine o di provenienza, deve essere presentato un attestato che faccia fede che l'interessato ha **reso una dichiarazione giurata** o, negli Stati in cui tale giuramento non esista, una **dichiarazione solenne davanti ad una competente autorità giudiziaria o amministrativa**, ad un notaio o ad un organismo professionale qualificato dello Stato membro d'origine o di provenienza;

- un **certificato di cittadinanza o copia di altro documento** dalla quale si evinca la cittadinanza dell'interessato.

Il **Ministero** può richiedere che i documenti, se redatti in lingua diversa dall'italiano, siano accompagnati da una **traduzione ufficiale in lingua italiana** del testo originale qualora sia impossibile acquisire, attraverso altri canali, le necessarie informazioni dai documenti prodotti. Al momento della loro presentazione i documenti non devono essere di data anteriore **a tre mesi**.

3. Procedura

Entro **trenta giorni** dalla data di presentazione della documentazione, il Ministero dell'istruzione, dell'università e della ricerca accerta la completezza e la regolarità della domanda e della relativa documentazione, richiedendo all'interessato le **eventuali integrazioni**.

Per la **valutazione dei titoli**, il Ministero dell'istruzione, dell'università e della ricerca indice, previa consultazione del **Consiglio universitario nazionale**, una **conferenza di servizi**.

A tale conferenza **partecipano**:

- il Dipartimento per il coordinamento delle politiche comunitarie;
- il Ministero degli affari esteri;
- il Ministero della giustizia;
- il Consiglio nazionale degli architetti, pianificatori, paesaggisti e conservatori.
- In relazione a casi specifici, un rappresentante del Consiglio nazionale degli ingegneri.

Il procedimento si conclude con l'**adozione**, da parte del Ministero dell'istruzione, dell'università e della ricerca, **del decreto di riconoscimento o del provvedimento di rifiuto entro tre mesi dalla presentazione della domanda o della sua integrazione**. Il decreto di riconoscimento o il provvedimento di rifiuto sono **comunicati all'interessato**. Il decreto è altresì **trasmesso al Consiglio degli architetti**, pianificatori, paesaggisti e conservatori territorialmente competente per l'iscrizione nell'albo. Il provvedimento è debitamente motivato e **può essere impugnato dinanzi agli organi giurisdizionali competenti**. Il richiedente può ricorrere anche in assenza di decisioni **entro il termine stabilito**.

Se i titoli attestano una formazione non conforme ai requisiti di cui sopra, il riconoscimento può essere **condizionato al superamento di una prova attitudinale**, tenuto conto anche **dell'esperienza professionale** acquisita nello Stato membro che ha riconosciuto detto titolo.

4. Iscrizione all'albo

Sono ammessi all'esercizio dell'attività nel settore dell'architettura con il **relativo titolo professionale** e sono iscritti all'**albo degli architetti** i cittadini degli Stati membri delle Comunità europee che: a) sono in possesso di un **titolo riconosciuto**; b) presentano **requisiti di moralità ed onorabilità**; c) hanno **residenza o domicilio** in Italia (art. 5 comma 1 D. Lgs. 129/1992).

Ai fini dell'iscrizione all'**albo** degli architetti, i cittadini degli Stati membri delle Comunità europee e, per effetto dell'Accordo, i cittadini svizzeri, in possesso di un titolo

Italie

riconosciuto che li abilita all'esercizio in Italia dell'attività nel settore dell'architettura, presentano all'Ordine degli architetti, nella cui circoscrizione intendono stabilirsi, **domanda redatta in lingua italiana**, corredata dai documenti qui di seguito indicati.

Coloro nei cui confronti sia intervenuto il decreto di riconoscimento del titolo, presentano, con la domanda di iscrizione, **soltanto il certificato di residenza o una dichiarazione sostitutiva** attestante il proprio domicilio in Italia, qualora la **presentazione della domanda avvenga entro sessanta giorni** dalla comunicazione all'interessato del decreto di riconoscimento da parte del Ministero dell'università e della ricerca scientifica e tecnologica. Dopo la scadenza del termine, la domanda deve essere corredata anche del **certificato, attestato o dichiarazione solenne** di cui sopra e del decreto legislativo e del **certificato di cittadinanza**.

Il Consiglio dell'ordine degli architetti del **luogo di residenza o domicilio** dell'interessato provvede **all'iscrizione** sulla base del decreto di riconoscimento o, se l'iscrizione sia richiesta in epoca successiva, previo accertamento dei requisiti di moralità ed onorabilità nei modi. L'iscrizione comporta il **godimento dei diritti e l'osservanza degli obblighi previsti dall'ordinamento professionale**.

Sono ammessi altresì all'esercizio dell'attività nel settore dell'architettura con l'uso del relativo titolo e sono iscritti all'albo degli architetti, i cittadini di uno Stato membro delle Comunità europee (e, per effetto dell'Accordo, i cittadini elvetici) autorizzati a servirsi di tale titolo in applicazione d'una disposizione legislativa, che conferisce all'autorità competente d'uno Stato membro la facoltà di attribuire questo titolo ai cittadini degli Stati membri, che si siano **particolarmente distinti per la qualità delle loro realizzazioni nel campo dell'architettura**.

Gli interessati devono allegare alla domanda di iscrizione il **provvedimento, in originale o in copia autenticata**, dell'autorità competente dello Stato membro d'origine o di provenienza, **con il quale l'interessato è stato autorizzato a servirsi del titolo di architetto**, ovvero un certificato rilasciato dalla medesima autorità dal quale risultino gli estremi del provvedimento di autorizzazione e della disposizione legislativa in forza della quale il provvedimento stesso è stato emanato.

5. Effetti del riconoscimento

Il riconoscimento attribuisce ai diplomi, certificati ed altri titoli, la **stessa efficacia dei diplomi rilasciati dallo Stato italiano per l'accesso all'attività nel settore dell'architettura e per il suo esercizio con il titolo professionale di « architetto »**. In particolare, il riconoscimento attribuisce il diritto di far uso del **titolo** di « Architetto » secondo la legge italiana e consente di far uso del **titolo riconosciuto e della relativa abbreviazione**, secondo la legge dello Stato membro di origine o di provenienza e nella lingua di questi (art. 3 D. Lgs. 129/1992).

I Consigli dell'ordine degli architetti, in collaborazione con il Consiglio nazionale dell'ordine degli architetti, **forniscono agli interessati le necessarie informazioni sulla legislazione e deontologia professionale**. Gli ordini possono attivare corsi, con oneri a carico degli interessati, per fornire loro le conoscenze linguistiche necessarie all'esercizio dell'attività professionale (art. 10 D. Lgs. 129/1992).

B. Libera prestazione di servizi

Il D. Lgs. 206/2007 regola la **libera prestazione di servizi** agli artt. 9-15. Tale decreto si applica, tra l'altro, come detto, alla professione di *architetto*. Finché non verrà emanata la legislazione secondaria di **esecuzione** di tale decreto nell'ambito delle professioni qui in ana-

lisi, **pare logico avere riguardo alla D. Lgs. 129/1992**. I due regimi saranno illustrati separatamente.

B.1. Regime di cui al D. Lgs. 206/2007

1. Condizioni per l'esercizio

La **libera prestazione di servizi** sul territorio nazionale **non** può essere limitata per ragioni attinenti alle qualifiche professionali:

- se il prestatore è **legalmente stabilito** in un altro Stato membro per esercitarvi la corrispondente professione;
- in caso di **spostamento del prestatore**; in tal caso, se nello Stato membro di stabilimento la professione **non è regolamentata**, il prestatore deve aver esercitato tale professione per almeno **due anni** nel corso dei **dieci anni** che precedono la prestazione di servizi.

Tale libertà è concessa al solo prestatore che si **sposta** sul territorio dello Stato per esercitare la professione « **in modo temporaneo e occasionale** ». Il carattere « temporaneo e occasionale » della prestazione è valutato, dall'autorità competente, **caso per caso**, tenuto conto anche della **natura** della prestazione, della **durata** della prestazione stessa, della sua **frequenza**, della sua **periodicità** e della sua **continuità** (Art. 9 D. Lgs. 206/2007).

2. Comunicazione

Il prestatore che si sposta per la prima volta da un altro Stato membro sul territorio nazionale per fornire servizi è tenuto **ad informare 30 giorni prima**, salvo i casi di urgenza, l'autorità competente con una **dichiarazione scritta**, contenente informazioni sulla prestazione di servizi che intende svolgere, nonché sulla **copertura assicurativa o analoghi mezzi di protezione personale o collettiva** per la responsabilità professionale. Tale dichiarazione ha validità per l'anno in corso e deve essere rinnovata, se il prestatore intende successivamente fornire servizi temporanei o occasionali in tale Stato membro. Il prestatore può fornire la dichiarazione con **qualsiasi mezzo idoneo** di comunicazione.

In occasione della **prima** prestazione, o in qualunque momento interviene un **mutamento** oggettivo della situazione attestata dai documenti, la dichiarazione di cui sopra deve essere corredata di:

- un certificato o copia di un documento che attesti la **nazionalità** del prestatore;
- una certificazione dell'autorità competente che attesti che il titolare è **legalmente stabilito in uno Stato membro** per esercitare le attività in questione e che non gli è vietato esercitarle, anche su base temporanea, al momento del rilascio dell'attestato;
- un documento che comprovi il **possesso delle qualifiche professionali**;
- nei casi in cui la professione non è regolamentata, una prova con qualsiasi mezzo che il prestatore ha esercitato l'attività in questione per almeno **due anni** nei precedenti dieci anni;
- per le professioni nel settore della **sicurezza** la prova di **assenza di condanne penali**.

Il prestatore deve **informare** della sua prestazione, prima dell'esecuzione o, in caso di urgenza, immediatamente dopo, **l'ente di previdenza obbligatoria competente per la professione esercitata**. La comunicazione, che **non comporta obblighi di iscrizione o di contribuzione**, può essere effettuata con **qualsiasi mezzo idoneo** (Art. 10 D. Lgs. 206/2007).

3. Diritti ed obblighi

In caso di **spostamento**, il prestatore è soggetto alle **norme che disciplinano l'esercizio della professione che è ammesso ad esercitare**, quali : la **definizione** della professione, l'**uso** dei titoli e la **responsabilità** professionale connessa direttamente e specificamente alla tutela e sicurezza dei consumatori, nonché alle **disposizioni disciplinari** applicabili ai professionisti che, sul territorio italiano, esercitano la professione corrispondente (art. 9 comma 4 D.lgs. 206/2007).

Per le professioni di cui al titolo III, capo IV del D. Lgs. 206/2007 – tra le quali vi è quella dell'architetto – la prestazione di servizi è effettuata **con il titolo professionale previsto dalla normativa italiana**.

Copia delle dichiarazioni di cui sopra è trasmessa dall'autorità competente al **competente Ordine o Collegio** professionale che provvede ad una **iscrizione automatica in apposita sezione degli albi istituiti e tenuti presso i consigli provinciali e il consiglio nazionale** con oneri a carico dell'Ordine o Collegio stessi. L'iscrizione è assicurata per la durata di efficacia della dichiarazione. L'iscrizione all'ordine **non comporta l'iscrizione ad enti di previdenza obbligatoria** (Art. 13 D.lgs. 206/2007).

Le informazioni pertinenti circa la **legalità** dello stabilimento e la **buona condotta** del prestatore, nonché l'**assenza** di sanzioni disciplinari o penali di carattere professionale sono richieste e assicurate dalle autorità competenti. Queste provvedono affinché lo **scambio di tutte le informazioni necessarie** per un reclamo del destinatario di un servizio contro un prestatore avvenga correttamente. I destinatari sono **informati** dell'esito del reclamo (Art. 14 D. Lgs. 206/2007).

B.2. Regime di cui al D. Lgs. 129/1992

1. Condizioni per l'esercizio

Sono ammessi all'esercizio dell'attività di architetto, con carattere di **temporaneità**, previa **dichiarazione al Consiglio nazionale** degli architetti, pianificatori, paesaggisti e conservatori, i **cittadini degli Stati membri e, per effetto dell'Accordo, i cittadini elvetici** che: a) sono **in possesso** di uno dei titoli sopra menzionati; b) esercitano **legalmente l'attività relativa al settore dell'architettura** nello Stato membro in cui sono stabiliti o, per effetto dell'Accordo, in Svizzera (art. 9 D. Lgs. 129/1992). Tali norme **non** si applicano **se vi è stabilimento in Italia della sede principale o secondaria di uno studio professionale**.

2. Comunicazione

Per essere ammesso alle prestazioni dei servizi successive alla prima, nella circoscrizione dell'ordine provinciale nel cui registro è iscritto, l'**interessato** deve presentare all'ordine medesimo la **dichiarazione preliminare relativa a tali prestazioni**.

In base all'art. 9 comma 2 D. Lgs. 129/1992, sembra che la dichiarazione preliminare è fatta soltanto "**se la prestazione di servizi comporta la realizzazione di un progetto nel territorio italiano**".

Il Consiglio dell'Ordine, qualora venga a conoscenza di **fatti gravi e specifici sopravvenuti**, rilevanti ai fini dell'ammissione all'esercizio della professione o della libera prestazione dei servizi, ne informa al riguardo, per il tramite del Ministero dell'università e della ricerca scientifica e tecnologica, la **competente autorità** dello Stato membro in cui il professionista è stabilito o, per effetto dell'Accordo, in Svizzera.

Italia

Il Consiglio dell'Ordine degli architetti delibera sulla domanda dell'interessato **entro trenta giorni dalla data della presentazione e dispone l'iscrizione nel registro delle prestazioni dei servizi**. Il presidente dell'Ordine dà **immediata comunicazione** all'interessato dell'accoglimento o del rigetto della domanda a mezzo lettera raccomandata con avviso di ricevimento. Avverso la delibera con la quale viene respinta la domanda è ammesso **ricorso al Consiglio nazionale degli architetti entro trenta giorni** dalla data di ricevimento della comunicazione. L'interessato è ammesso all'espletamento della prestazione dalla data della deliberazione di accoglimento della domanda (art. 8 Decreto 10 giugno 1994, n. 776).

3. Iscrizione al registro

La prestazione di servizi comporta l'**iscrizione in appositi registri**, istituiti e tenuti presso i **Consigli provinciali** ed il **Consiglio nazionale** degli architetti, pianificatori, paesaggisti e conservatori, con oneri a carico degli ordini. Ai fini dell'iscrizione nel registro, in occasione della *prima* prestazione di servizi, da parte dell'interessato è **presentata domanda**, redatta in lingua italiana, all'Ordine degli architetti **nella cui circoscrizione sarà svolta la prestazione** (Art. 7 Decreto 10 giugno 776/1994).

Alla domanda sono allegati:

- un attestato comprovante il **possesso dei requisiti** che lo abilitano alla professione di architetto
- un certificato, di data non anteriore a *dodici* mesi, rilasciato dall'autorità competente dello Stato membro d'origine o di provenienza dal quale risulti che l'interessato **esercita legalmente l'attività nel settore dell'architettura** nello Stato medesimo
- una dichiarazione relativa alla **prestazione da effettuare**, nella quale deve indicare la natura e la presumibile durata dell'attività da svolgere e la eventuale sede temporanea in cui sarà svolta.

Nel registro delle **prestazioni dei servizi**, tenuto dal **Consiglio dell'Ordine** provinciale degli architetti, **per ciascun iscritto, sono annotati**:

- le generalità complete
- la cittadinanza
- lo Stato di origine o provenienza
- il titolo che lo abilita all'attività nel settore dell'architettura e gli eventuali estremi del decreto di riconoscimento
- le prestazioni di servizi effettuate.

Nel registro tenuto dal **Consiglio nazionale** degli architetti sono annotati, per ciascun professionista, il **nome e cognome, lo Stato di origine o provenienza e gli estremi della deliberazione del competente Consiglio dell'Ordine che lo iscrive nel registro provinciale**. Le deliberazioni del Consiglio dell'Ordine concernenti le iscrizioni nel registro provinciale e le dichiarazioni preliminari relative alle prestazioni dei servizi successive alla prima sono trasmesse, in copia conforme, al **Consiglio nazionale degli architetti** (Art. 9 Decreto 234/1994).

4. Effetti

Ai cittadini iscritti nel registro, si applicano le disposizioni relative al **godimento dei diritti ed alla osservanza degli obblighi previsti dall'ordinamento professionale in quanto compatibili** (art. 9 D. Lgs. 129/1992).



Institut suisse de droit comparé
Schweizerisches Institut für Rechtsvergleichung
Istituto svizzero di diritto comparato
Swiss Institute of Comparative Law

**AVIS SUR LES PROFESSIONS LIBÉRALES ET
LA LIBRE CIRCULATION DES SERVICES
AVOCATS**

Allemagne, Angleterre, Autriche, France et Italie

Avis 07-011

Lausanne, le 7 octobre 2008
ECR/GPR/EL/IV/mb

TABLE DES MATIÈRES

ALLEMAGNE	43
ANGLETERRE	66
AUTRICHE	71
FRANCE	80
ITALIE	90

ALLEMAGNE

I. EINLEITUNG

A. Rechtsquellen

1. Europäisches Recht

a. Primärrecht

- Art. 39ff, 43ff und 49ff EG-Vertrag (EG) (ABl. 24.12.2002 C 325/33)
- Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits über die Freizügigkeit vom 21.6.1999, in Kraft seit 1.6.2002, Stand 27.12.2006 (0.142.112.681) in Deutschland BGBl. II 2001 s. 810 und BGBl. II 2002, S. 1692.

b. Sekundärrecht

Niederlassungsfreiheit

- Richtlinie 98/5/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 1998 zur Erleichterung der ständigen Ausübung des Rechtsanwaltsberufs in einem anderen Mitgliedstaat als dem, in dem die Qualifikation erworben wurde (ABl. Nr. L 077 vom 14.3.1998 S. 36 – 43)
- Richtlinie 89/48/EWG des Rates vom 21. Dezember 1988 über eine allgemeine Regelung zur Anerkennung der Hochschuldiplome, die eine mindestens dreijährige Berufsausbildung abschließen“ (Hochschuldiplomanerkennungs-Richtlinie) ABl. EG, RL 89/48/EWG ersetzt durch Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen (ABl. L 255 vom 30.9.2005)

Dienstleistungsfreiheit

- Richtlinie 77/249/EWG des Rates vom 22. März 1977 zur Erleichterung der tatsächlichen Ausübung des freien Dienstleistungsverkehrs der Rechtsanwälte
- Richtlinie 2006/123/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 über Dienstleistungen im Binnenmarkt (ABl. L 376 vom 27/12/2006 S. 36 – 68)

2. Deutsches Recht

a. Gesetze

- Gesetz über die Tätigkeit europäischer Rechtsanwälte in Deutschland (EuRAG) vom 9. März 2000 (BGBl. I S. 182, ber. S. 1349), (als Art. 1 des Gesetzes „zur Umsetzung von Richtlinien der Europäischen Gemeinschaft auf dem Gebiet des Berufsrechts der Rechtsanwälte“; veröffentlicht im Bundesgesetzblatt 2000 Teil I Nr. 9, 13.3.2000), zuletzt geändert am 26. 3. 2007 (Artikel 2 Gesetz zur Stärkung der Selbstverwaltung der Rechtsanwaltschaft (RASvStG) (BGBl. I S. 358))¹³

¹³ Dieses Gesetz setzt die Richtlinie 2001/19/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Mai 2001 zur Änderung der Richtlinien 89/48/EWG und 92/51/EWG des Rates über

Allemagne

- Bundesrechtsanwaltsordnung (BRAO) vom 1. August 1959, (BGBl. I S. 565), zuletzt geändert am 20. 3. 2007 (BVerfG-Entscheidung - 1 BvR 2576/04; BGBl. I S. 495)¹⁴
- Rechtsberatungsgesetz (RBerG) vom 13.12.1935 (RGBl. S. 1478), zuletzt geändert durch Artikel 21a des Gesetzes vom 21.06.2002 (BGBl. I S. 2072)

b. Rechtsverordnungen

- Berufsordnung für Rechtsanwälte in der Fassung vom 1. Juli 2006 (BRAK-Mitt. 2006, 79)
- Berufsregeln der Rechtsanwälte der Europäischen Gemeinschaft (CCBE) in der Fassung vom 28.11.1998 – Anlage zu § 29 Abs. 1 BerufsO
- Verordnung über die Eignungsprüfung für die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft vom 18. Dezember 1990 (EigPrüfVO, BGBl. I S. 2881), geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 26. Oktober 2003 (BGBl. I S. 2074).

B. Rechtsprechung

1. EuGH – Niederlassungsfreiheit

- EuGH, *Reyners*, Slg. 1974, 631 (Anwendung der Vorschriften über den freien Personenverkehr auf den Beruf des Rechtsanwalts, Art. 45 EG gilt nicht)
- EuGH, *Klopp*, Slg. 1984, 2971 (Schaffung mehrerer Niederlassungen in der Gemeinschaft)
- EuGH, *Gebhard*, Slg. 1995, I-4165 (Grundfreiheiten sind allgemeine Beschränkungsverbote für Marktzugang von Niederlassungswilligen aus anderen EU-Staaten)
- EuGH, C-506/04, 19.9.2006, *Wilson* (Die Eintragung eines Rechtsanwalts bei der zuständigen Stelle eines anderen Mitgliedstaats zu dem Zweck dort unter seiner ursprünglichen Berufsbezeichnung tätig zu sein darf nicht von einer vorherigen Überprüfung der Beherrschung der Sprachen des Aufnahmestaats abhängig gemacht werden); hierzu auch EuGH, C-193/05, 19.9.2006, *Kommission gegen Luxemburg*

eine allgemeine Regelung zur Anerkennung beruflicher Befähigungsnachweise und der Richtlinien 77/452/EWG, 77/453/EWG, 78/686/EWG, 78/687/EWG, 78/1026/EWG, 78/1027/EWG, 80/154/EWG, 80/155/EWG, 85/384/EWG, 85/432/EWG, 85/433/EWG und 93/16/EWG des Rates über die Tätigkeiten der Krankenschwester und des Krankenpflegers, die für die allgemeine Pflege verantwortlich sind, des Zahnarztes, des Tierarztes, der Hebamme, des Architekten, des Apothekers und des Arztes (ABl. EG Nr. L 206 S. 1) um, soweit sie die Anerkennung beruflicher Befähigungsnachweise von Rechtsanwälten, Patentanwälten, Steuerberatern und Wirtschaftsprüfern betrifft.

¹⁴ Dieses Gesetz setzt folgende Richtlinien um: In Artikel 1 §§ 1, 2 bis 15, 36 bis 42 die Richtlinie 98/5/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 1998 zur Erleichterung der ständigen Ausübung des Rechtsanwaltsberufs in einem anderen Mitgliedstaat als dem, in dem die Qualifikation erworben wurde (ABl. EG Nr. L 77 S. 36); in Artikel 1 §§ 1, 16 bis 24, 36, 40 die Richtlinie 89/48/EWG des Rates der Europäischen Gemeinschaften vom 21. Dezember 1988 über eine allgemeine Regelung zur Anerkennung der Hochschuldiplome, die eine mindestens dreijährige Berufsausbildung abschließen (ABl. EG 1989 Nr. L 19 S. 16); in Artikel 1 §§ 1, 25 bis 35, 40, 42 die Richtlinie 77/249/EWG des Rates vom 22. März 1977 zur Erleichterung der tatsächlichen Ausübung des freien Dienstleistungsverkehrs der Rechtsanwälte (ABl. EG Nr. L 78 S. 17).

Allemagne

- EuGH, *Vlassopoulou*, Slg. 1991, I-2357 (Art. 43 EG verpflichtet zu einem Vergleich der Ausbildungen die dem ausländischen und inländischen Diplom zugrundeliegen)

2. EuGH – Dienstleistungsfreiheit

EuGH, *Van Binsbergen*, Slg. 1974, 1299 (kein Wohnsitzerfordernis bei Dienstleistung in einem Staat, ausser wenn sachlich geboten)

EuGH, *Webb*, Slg. 1981, 3305 (keine pauschale Anwendung von für Dauertätigkeiten konzipierten nationalen Normen auf vorübergehende Tätigkeiten)

EuGH, *Broede/Sandker*, Slg. 1996, I-6511 (Rechtfertigung des Rechtsberatungsmonopols in Deutschland).

3. Nationale Rechtsprechung

AnwGH Naumburg, 19.5.2006, -1 AnwGH 14/05 (Voraussetzungen für die Zulassung eines europäischen Rechtsanwalts zur deutschen Rechtsanwaltschaft)¹⁵.

B. Verhältnis zu europarechtlichen Vorgaben

1. Umsetzung berufsspezifischer Richtlinien

Umsetzung der Richtlinien 98/5/EG vom 16. Februar 1998 zur Erleichterung der ständigen Ausübung des Rechtsanwaltsberufs in einem anderen Mitgliedstaat als dem, in dem die Qualifikation erworben wurde (ABl. Nr. L 077 vom 14.3.1998 S. 36 – 43), 89/48/EWG vom 21. Dezember 1988 über eine allgemeine Regelung zur Anerkennung der Hochschuldiplome, die eine mindestens dreijährige Berufsausbildung abschließen (ABl. EG, RL 89/48/EWG) und 77/249/EWG vom 22. März 1977 zur Erleichterung der tatsächlichen Ausübung des freien Dienstleistungsverkehrs der Rechtsanwälte im Gesetz über die Tätigkeit europäischer Rechtsanwälte in Deutsch-

¹⁵

AnwGH Naumburg, 19.5.2006, -1 AnwGH 14/05 Leitsätze: 1. Die Frage, ob einem europäischen Rechtsanwalt im Rahmen der vorgeschriebenen Eignungsprüfung Prüfungsleistungen erlassen werden, fällt nicht in die Entscheidungskompetenz der Rechtsanwaltskammer, sondern in diejenige des Prüfungsamts für die Zweite Juristische Staatsprüfung. Das gilt auch für die Entscheidung über den Erlass sämtlicher Prüfungsleistungen, das heißt die Erteilung eines Negativattestes.

² Mit den §§ 16 ff. EuRAG und der EigPrüfVO hat der deutsche Gesetzgeber die Vorgaben der Richtlinie 89/48/EWG des Rates vom 21. 12. 1988 vollständig in nationales Recht umgesetzt. Ein europäischer Rechtsanwalt kann deshalb aus dieser Richtlinie keinen unmittelbaren europarechtlichen Anspruch auf Zulassung zur Rechtsanwaltschaft herleiten.

³ Ob die Richtlinie 2005/36/EG vom 7. 9. 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen auch für die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft gilt, bleibt offen; die Umsetzung der Richtlinie in nationales Recht muss bis zum 20. 10. 2007 erfolgen.

⁴ Für den Nachweis einer überwiegenden Berufsausbildung in der EU reicht die Vorlage der Urkunde über die Zulassung als englischer Solicitor nicht aus. Auch ein Universitätsstudium in der Bundesrepublik Deutschland ist hierfür nur dann zu berücksichtigen, wenn die im Ausland erworbene Berufszugangsqualifikation als Rechtsanwalt wesentlich auf diesem Studium beruht.

⁵ Der Erlass sämtlicher Prüfungsleistungen der Eignungsprüfung gem. § 5 EigPrüfVO ist europarechtlich nicht allein deshalb geboten, weil der europäische Rechtsanwalt das Erste Juristische Staatsexamen in der Bundesrepublik Deutschland abgelegt hat.

⁶ Dass die unmittelbare Zulassung eines europäischen Rechtsanwalts zur Rechtsanwaltschaft von der Ablegung einer Eignungsprüfung nach §§ 16 ff. EuRAG abhängig gemacht wird, verstößt auch nicht gegen die in Art. 43 EG gewährleistete Niederlassungsfreiheit.

land (EuRAG) vom 9. März 2000 (BGBl. I S. 182, ber. S. 1349), zuletzt geändert am 26. 3. 2007 (BGBl. I S. 358).

2. Verhältnis zum Freizügigkeitsabkommen Schweiz-EG

Einbeziehung der EG-Richtlinien in Annex III des Freizügigkeitsabkommens Schweiz-EG (Abschnitt A 1 und B 4) und Ausweitung des Gesetzes über die Tätigkeit europäischer Rechtsanwälte in Deutschland (EuRAG) vom 9. März 2000 (BGBl. I S. 182, ber. S. 1349), zuletzt geändert am 26. 3. 2007 (BGBl. I S. 358) auf Staatsangehörige der Schweiz.

II. LÄNDERBERICHT DEUTSCHLAND

Anwälte aus der Schweiz können über die Bestimmungen der bilateralen Abkommen¹⁶ wie Anwälte aus EU-Staaten (Art. 39 ff, 43 ff, 49 ff EG) oder Anwälte aus Vertragsstaaten des EWR (Art. 28 ff des EWR-Abkommens) weitgehende Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit genießen und in den Genuss der EG-rechtlichen Grundfreiheiten sowie des umgesetzten EG-Sekundärrechts kommen. Gleiches gilt über Art. 48 EG für Zusammenschlüsse von Anwälten unabhängig von ihrer Rechtsform (BGB-Gesellschaften oder Anwalts-GmbHs).

Maßgebend für die vorübergehende Betätigung oder dauerhafte Niederlassung eines zugelassenen Rechtsanwalts aus einem anderen EU-Staat einem EWR-Staat oder der Schweiz sind die deutschen Umsetzungsnormen der primär- und sekundärrechtlichen Vorgaben des EG-Rechts, die für die Tätigkeit des Rechtsanwalts auf einfachgesetzlicher Ebene im EuRAG, in der BRAO und in den Standesregeln der Anwaltschaft bzw. für Rechtsbeistände im RBerG erfolgte.

Die für Fragen der **Berufsausübung und der Zulassung zur Rechtsanwaltschaft** in Deutschland zentralen Vorschriften enthalten für europäische Rechtsanwälte das Gesetz über die Tätigkeit europäischer Rechtsanwälte in Deutschland (EuRAG) und die Verordnung über die Eignungsprüfung für die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft vom 18. Dezember 1990 (EigPrüfVO)¹⁷. Als europäische Rechtsanwälte gelten gem. § 1 EuRAG Staatsangehörige der Mitgliedstaaten der Europäischen Union, der anderen Vertragsstaaten des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum und der Schweiz, die berechtigt sind, als Rechtsanwalt unter einer der in der Anlage zu § 1 EuRAG genannten Berufsbezeichnungen selbständig tätig zu sein. Hiervon sind auch die angestellten Anwälte umfasst.¹⁸ Diese Berufsbezeichnungen umfassen für die Schweiz: *Advokat, Rechtsanwalt, Anwalt, Fürsprecher, Fürsprech/Avocat/Avvocato*. Hat der Schweizer Jurist diese Qualifikation nicht erworben, gelten die in der Niederlassungsrichtlinie speziell geregelten und in das deutsche EuRAG übernommenen Freizügigkeitsregeln nicht.

¹⁶ Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits über die Freizügigkeit vom 21.6.1999, in Kraft seit 1.6.2002, Stand 27.12.2006 (0.142.112.681).

¹⁷ Gesetz über die Tätigkeit europäischer Rechtsanwälte in Deutschland (EuRAG) vom 9. März 2000 (BGBl. I S. 182, ber. S. 1349), zuletzt geändert am 26. 3. 2007 (BGBl. I S. 358). Die §§ 206f BRAO gelten, trotz ihres Wortlautes ausschliesslich für Anwälte aus Drittstaaten (Weder Eu noch EWR noch Schweiz).

¹⁸ BT-Drs. 14/2269, S. 22; vgl. auch Henssler/Prütting, Bundesrechtsanwaltsordnung, Kommentar, 2. Aufl. 2004, § 1 EuRAG, Rn. 14.

A. Niederlassung als Rechtsanwalt

1. Voraussetzungen für die Anerkennung der Berufsqualifikationen

a. Niederlassung unter der ausländischen Berufsbezeichnung

Gem. § 2 EuRAG ist derjenige, der als europäischer Rechtsanwalt in die für den Ort seiner Niederlassung zuständige Rechtsanwaltskammer aufgenommen wurde (niedergelassener europäischer Rechtsanwalt) berechtigt, in Deutschland unter der **Berufsbezeichnung seines Herkunftsstaates** die Tätigkeit eines Rechtsanwalts gemäß §§ 1 bis 3 der Bundesrechtsanwaltsordnung (BRAO) auszuüben.¹⁹ Er muss allerdings Mitglied der für ihn zuständigen Rechtsanwaltskammer werden, um als Rechtsanwalt im Inland tätig zu werden.

b. Niederlassung unter der deutschen Berufsbezeichnung „Rechtsanwalt“

Andere Voraussetzungen gelten hingegen, wenn der ausländische Anwalt unter der deutschen Berufsbezeichnung „Rechtsanwalt“ tätig werden möchte. Hierfür sieht das Gesetz mehrere Möglichkeiten vor:

Der deutsche Titel kann –ohne jegliche Prüfung– geführt werden, wenn der Bewerber eine mindestens **dreijährige effektive und regelmässige Tätigkeit** auf dem **Gebiet des deutschen Rechts einschliesslich des Gemeinschaftsrechts** nachweisen kann (§ 11 EuRAG). Erst dann hat ein europäischer Anwalt die gleichen Rechte und Pflichten wie der in Deutschland ausgebildete deutsche Anwalt. Die Berufsbezeichnung des Herkunftsstaates kann dann zusätzlich geführt werden.

Bei **mindestens dreijähriger effektiver Tätigkeit als in Deutschland niedergelassener europäischer Rechtsanwalt** erfolgt die Zulassung unter der Berufsbezeichnung „Rechtsanwalt“ auch bei einer **geringeren Tätigkeit im deutschen Recht**, sofern der Antragsteller Nachweise für die von ihm behandelten Rechtssachen im deutschen Recht erbringt und alle Auskünfte erteilt und Unterlagen übermittelt die seine Berufserfahrungen im deutschen Recht belegen können und ein **Prüfungsgespräch** absolviert, in welchem er zeigt, dass er imstande ist die Anwaltstätigkeit als auf dem Gebiet des deutschen Rechts auszuüben.

Zudem kann ein europäischer Rechtsanwalt, die Zulassung unter der deutschen Berufsbezeichnung „Rechtsanwalt“ auch dann erreichen, wenn er gem. § 16 EuRAG eine **Eignungsprüfung** besteht, sofern er in seinem Land eine Berufsausbildung abgeschlossen hat, die zum unmittelbaren Zugang zum Anwaltsberuf berechtigt. Allerdings kann diese ganz oder teilweise entfallen, wenn der Antragsteller während seiner Berufserfahrung Kenntnisse erworben hat, die für die Berufsstellung in Deutschland erforderlich sind (§ 17 Abs. 3 EuRAG). Sofern die Berufsausbildung nicht überwiegend in EU- oder EWR-Mitgliedstaaten bzw. der Schweiz stattgefunden hat, ist der Antragsteller nur zur Ablegung der Eignungsprüfung berechtigt, wenn er den Beruf eines europäischen Rechtsanwalts tatsächlich und rechtmässig mindestens drei Jahre ausgeübt hat und dies von demjenigen der genannten Staaten bescheinigt wird, der die Ausbildung anerkannt hat.

¹⁹ Der Rechtsanwalt ist unabhängiges Organ der Rechtspflege (§ 1 BRAO), Freiberufler (§ 2 Abs. 1 BRAO) und unabhängiger Berater und Vertreter in allen Rechtsangelegenheiten (§ 3 Abs. 1 BRAO), der das Recht hat, in Rechtsangelegenheiten aller Art vor Gerichten, Schiedsgerichten oder Behörden aufzutreten (§ 3 Abs. 2 BRAO).

2. Antrag und Antragsinhalt

a. Niederlassung unter der ausländischen Berufsbezeichnung

Gem. § 3 Abs. 1 EuRAG hat der europäische Rechtsanwalt die **Aufnahme in die Rechtsanwaltskammer** bei der für ihn zuständigen Rechtsanwaltskammer zu beantragen.²⁰

Dem Antrag eines europäischen Rechtsanwalts sind gem. § 3 Abs. 2 EuRAG und § 7 EuRAG, 51 BRAO folgende Bescheinigungen bzw. Nachweise beizufügen:

ein Nachweis der Staatsangehörigkeit;

eine Bescheinigung der im Herkunftsstaat zuständigen Stelle über die Zugehörigkeit des europäischen Rechtsanwalts zu diesem Beruf. Diese ist gem. § 6 Abs. 2 EuRAG nach Niederlassung jährlich neu vorzulegen.

Die Rechtsanwaltskammer kann gem. § 3 Abs. 2 Nr. 2 Satz 2 verlangen, dass diese Bescheinigung zum Zeitpunkt ihrer Vorlage jeweils nicht älter als drei Monate ist.

Nachweis der Berufshaftpflichtversicherung (Original), entweder gemäß § 51 BRAO über eine im Inland abgeschlossene Versicherung oder eine gleichwertige Versicherung im Herkunftsstaat (§ 7 I EuRAG)

Gem. § 3 Abs. 3 sind alle Unterlagen in deutscher Sprache einzureichen, soweit sie vom Antragsteller stammen, bzw. zusammen mit einer beglaubigten Übersetzung ins Deutsche vorzulegen, wenn sie nicht in deutscher Sprache abgefasst sind.

In den Antragsformularen werden weiter zusätzliche Informationen erfragt, um sachgerecht über den Antrag entscheiden zu können. So werden auch die Informationen zu den Gründen verlangt, die kraft Gesetzes (§ 4 Abs. 1 EuRAG, § 7 BRAO) Versagungsgründe der Zulassung zur Rechtsanwaltschaft sind²¹:

Die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft ist gem. § 7 BRAO zu versagen,

1. wenn der Bewerber nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts ein Grundrecht verwirkt hat;
2. wenn der Bewerber infolge strafgerichtlicher Verurteilung die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter nicht besitzt;
3. wenn der Bewerber durch rechtskräftiges Urteil aus der Rechtsanwaltschaft ausgeschlossen ist und seit Rechtskraft des Urteils noch nicht acht Jahre verstrichen sind, Nummer 5 bleibt unberührt;

²⁰ § 3 Abs. 1 und Abs. 2 Nr. 2 wurden mWv 1. 6. 2007 durch G v. 26. 3. 2007 (BGBl. I S. 358) geändert. Früher war die jeweilige Landesjustizverwaltung die zuständige Stelle. Deren Zuständigkeit wurde jedoch bereits vorher durch Landesgesetz auf die Rechtsanwaltskammern übertragen. Vgl. etwa die bayerische Verordnung zur Übertragung von Aufgaben und Befugnissen der Landesjustizverwaltung nach §§ 224, 224a der Bundesrechtsanwaltsordnung und nach § 41 Abs. 2 des Gesetzes über die Tätigkeit europäischer Rechtsanwälte in Deutschland vom 14. Juni 2000 (GVBl S. 387), die gem. § 1 Abs. 1 die der Landesjustizverwaltung nach der BRAO zustehenden Aufgaben und Befugnisse und die der Landesjustizverwaltung nach den §§ 2 bis 10 (Teil 2), §§ 11 bis 15 (Teil 3) und §§ 36 bis 39 (Teil 6) EuRAG zustehenden Aufgaben und Befugnisse auf die Rechtsanwaltskammern übertrug.

²¹ Vgl. den Fragebogen zum Zulassungsantrag im Anhang.

Allemagne

4. wenn gegen den Bewerber im Verfahren über die Richteranklage auf Entlassung oder im Disziplinarverfahren auf Entfernung aus dem Dienst in der Rechtspflege rechtskräftig erkannt worden ist;
5. wenn der Bewerber sich eines Verhaltens schuldig gemacht hat, das ihn unwürdig erscheinen läßt, den Beruf eines Rechtsanwalts auszuüben;
6. wenn der Bewerber die freiheitliche demokratische Grundordnung in strafbarer Weise bekämpft;
7. wenn der Bewerber aus gesundheitlichen Gründen nicht nur vorübergehend unfähig ist, den Beruf eines Rechtsanwalts ordnungsgemäß auszuüben;
8. wenn der Bewerber eine Tätigkeit ausübt, die mit dem Beruf des Rechtsanwalts, insbesondere seiner Stellung als unabhängiges Organ der Rechtspflege nicht vereinbar ist oder das Vertrauen in seine Unabhängigkeit gefährden kann;
9. wenn der Bewerber sich im Vermögensverfall befindet; ein Vermögensverfall wird vermutet, wenn ein Insolvenzverfahren über das Vermögen des Bewerbers eröffnet oder der Bewerber in das vom Vollstreckungsgericht zu führende Verzeichnis (§ 26 Abs. 2 der Insolvenzordnung, § 915 der Zivilprozeßordnung) eingetragen ist;
10. wenn der Bewerber Richter, Beamter, Berufssoldat oder Soldat auf Zeit ist, es sei denn, daß er die ihm übertragenen Aufgaben ehrenamtlich wahrnimmt oder daß seine Rechte und Pflichten auf Grund der §§ 5, 6, 8 und 36 des Abgeordnetengesetzes vom 18. Februar 1977 (BGBl. I S. 297) oder entsprechender Rechtsvorschriften ruhen.

b. Niederlassung unter der deutschen Berufsbezeichnung „Rechtsanwalt“

Für die Vollintegration nach § 11 EuRAG, d.h. den Antrag auf Aufnahme in die Rechtsanwaltskammer als deutscher „Rechtsanwalt“ hat der Antragsteller **zusätzlich** gem. § 12 EuRAG die **dreijährige effektive und regelmässige Tätigkeit und die Anzahl und Art der von ihm bearbeiteten Rechtssachen** nachzuweisen. Dabei stehen Unterbrechungen der Tätigkeit bis zu einer Dauer von drei Wochen der Annahme einer regelmässigen und effektiven Tätigkeit nicht entgegen (§ 11 Abs 2 EuRAG). Bei längeren Unterbrechungen kommt es auf Grund, Dauer und Häufigkeit der Unterbrechungen an. Bei aussergewöhnlichen Unterbrechungen kommt es darauf an inwieweit die Unterbrechung der Annahme einer effektiven und regelmässigen Tätigkeit entgegensteht. Eine solche Unterbrechung wird bei der Berechnung des Drei-Jahreszeitraums jedenfalls nicht mitberücksichtigt (§ 11 Abs. 3 EuRAG).

Der Antragsteller ist zur **Auskunftserteilung und Übermittlung aller Unterlagen zum Nachweise seiner Tätigkeit** verpflichtet. Der Nachweis der bearbeiteten Rechtssachen erfolgt durch Falllisten, welche Aktenzeichen, Gegenstand, Zeitraum, Art und Umfang der Tätigkeit und den Sachstand erhalten müssen. Ebenso sind anonymisierte Arbeitsproben vorzulegen. Auch diese Unterlagen sind nach § 12 Abs. 1 Satz 4 und § 3 Abs. 3 in deutscher Sprache einzureichen. Auf Anforderung hat der Bewerber diese mündlich oder schriftlich zu erläutern. Dabei handelt es sich nicht um eine Prüfung der Kenntnisse oder Fähigkeiten des Anwalts sondern um die Ermöglichung einer vollständigen Überprüfung der eingereichten Unterlagen.

Bei **mindestens dreijähriger effektiver Tätigkeit als in Deutschland niedergelassener europäischer Rechtsanwalt aber einer noch nicht mindestens dreijährigen Tätigkeit im deutschen Recht** hängt die Zulassung der Tätigkeit unter der deutschen Berufsbezeichnung „Rechtsanwalt“ von zusätzlichen Bedingungen ab. Gem. § 14, 12, 3 Abs. 3 EuRAG hat der Antragsteller in deutscher Sprache Nachweise für die von ihm behandelten Rechtssachen im deutschen Recht zu erbringen und alle Auskünfte zu erteilen und Unterlagen zu übermitteln,

Allemagne

die seine Berufserfahrungen im deutschen Recht belegen können. Hierbei werden nach § 13 Abs. 2 EuRAG Art und Umfang der beruflichen Tätigkeit sowie sämtliche Kenntnisse und Berufserfahrungen im deutschen Recht, die Teilnahme an Kursen und Seminaren im deutschen Recht einschliesslich des Berufsrechts der Rechtsanwälte berücksichtigt. Zudem wird gem. § 15 EuRAG in einem Gespräch überprüft, ob der Bewerber effektiv und regelmässig auf dem Gebiet des deutschen Rechts tätig war und ob er in der Lage ist, diese Tätigkeit tatsächlich weiter auszuüben. Der Gesprächsgegenstand richtet sich gem. § 15 Satz 2 hierbei nach der nachgewiesenen beruflichen Praxis des Antragstellers und seinen sonstigen Erfahrungen im deutschen Recht.

Zudem kann ein europäischer Rechtsanwalt, die Zulassung unter der deutschen Berufsbezeichnung „Rechtsanwalt“ auch dann erreichen, wenn er gem. § 16 EuRAG eine **Eignungsprüfung** besteht, sofern er in seinem Land eine Berufsausbildung abgeschlossen hat, die zum unmittelbaren Zugang zum Anwaltsberuf berechtigt. Sofern die Berufsausbildung nicht überwiegend in EU- oder EWR-Mitgliedstaaten bzw. der Schweiz stattgefunden hat, ist der Antragsteller nur zur Ablegung der Eignungsprüfung berechtigt, wenn er den Beruf eines europäischen Rechtsanwalts tatsächlich und rechtmässig mindestens drei Jahre ausgeübt hat und dies von demjenigen der genannten Staaten bescheinigt wird, der die Ausbildung anerkannt hat.

Die Einzelheiten des Verfahrens und der Prüfung sind in der Eignungsprüfungsverordnung (EigPrüfVO) geregelt.²²

Der Antragsteller hat die Zulassung zur Prüfung bei dem zuständigen Prüfungsamt beantragen und seinem Antrag gem. § 3 Abs. 2 und 3 EigPrüfVO folgende Unterlagen in deutscher Sprache sofern vom Antragsteller verfasst und sonst in beglaubigter Übersetzung beizufügen:

1. ein eigenhändig geschriebener Lebenslauf,
2. ein Nachweis der Berechtigung zum unmittelbaren Zugang zum Beruf des europäischen Rechtsanwalts (§ 16 Abs. 1, § 1 EuRAG),
3. ein Nachweis, dass der Antragsteller mehr als die Hälfte der Mindestausbildungszeit in Mitgliedstaaten der Europäischen Union oder in anderen Vertragsstaaten des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder der Schweiz abgeleistet hat, oder eine Bescheinigung über eine mindestens dreijährige Berufsausübung in einem dieser Staaten,
4. ein Nachweis der Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaates der Europäischen Union oder eines anderen Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder der Schweiz,
5. die Bestimmung je eines Wahlfaches aus den beiden Wahlfachgruppen und des Faches für die zweite Aufsichtsarbeit,
6. die Versicherung, daß der Antragsteller die Zulassung zur Eignungsprüfung bei keinem anderen Prüfungsamt beantragt hat,
7. eine Erklärung darüber, ob und bei welchen Prüfungsämtern sich der Antragsteller ohne Erfolg Eignungsprüfungen unterzogen hat

Zugleich kann der Antragsteller gem. § 5 EigPrüfVO beantragen, dass ihm Teile der Prüfungsleistungen erlassen werden, wenn er entsprechend § 12 EuRAG durch Prüfungszeugnisse und Berufserfahrung nachweist, dass er in seiner bisherigen Ausbildung oder durch

²² Verordnung über die Eignungsprüfung für die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft vom 18. Dezember 1990 (BGBl. I S. 2881), geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 26. Oktober 2003 (BGBl. I S. 2074).

Allemagne

anschliessende Berufsausübung in einem Prüfungsgebiet die für die materiellrechtlichen und verfahrensrechtlichen Kenntnisse im deutschen Recht erworben hat.

3. Zuständige Behörde, Verfahren, Fristen

a. Anträge auf Zulassung zur Rechtsanwaltschaft

Zuständig für die Entscheidung über die verschiedenen Anträge ist jeweils die Rechtsanwaltskammer des Oberlandesgerichtsbezirks in dem der europäische Rechtsanwalt seine Zuständigkeit beantragen will (§ 18 iVm. § 8 Abs. 2 BRAO). Im Bundesgebiet gibt es insgesamt 28 Rechtsanwaltskammern, die Aufsichts- und Dienstleistungsfunktionen ausüben.²³

b. Eignungsprüfung

Für die Eignungsprüfung nach § 16ff EuRAG ist gem. § 18 das Prüfungsamt zuständig, das für die zweite juristische Staatsprüfung zuständig ist. Das zuständige Prüfungsamt hängt hier vom jeweiligen Bundesland ab, in welchem sich der europäische Rechtsanwalt niederlassen möchte. Dabei haben die Bundesländer von der Ermächtigung in § 18 Abs. 2 Satz 1 EuRAG Gebrauch gemacht, durch Staatsvertrag ein gemeinsames Prüfungsamt für mehrere Länder zu bilden.²⁴

Eignungsprüfungen für die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft werden in Deutschland von folgenden Prüfungsämtern durchgeführt:

- Gemeinsames Prüfungsamt des Landes Baden-Württemberg und der Freistaaten Bayern und Sachsen beim Justizministerium Baden-Württemberg, Urbanstraße 3270182 Stuttgart
[Homepage des Gemeinsamen Prüfungsamts des Landes Baden-Württemberg und der Freistaaten Bayern und Sachsen beim Justizministerium Baden-Württemberg](#)
- Gemeinsames Prüfungsamt der Länder Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Thüringen zur Abnahme der Eignungsprüfung für die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft Martin-Luther-Platz 40 40212 Düsseldorf
[Homepage des Gemeinsamen Prüfungsamts der Länder Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Thüringen zur Abnahme der Eignungsprüfung für die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft](#)
- Gemeinsames Prüfungsamt der Länder Berlin, Brandenburg, Freie Hansestadt Bremen, Freie und Hansestadt Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein Salzburger Str. 21 – 25 10825 Berlin-Schöneberg
[Homepage des Gemeinsamen Prüfungsamts der Länder Berlin, Brandenburg, Freie Hansestadt Bremen, Freie und Hansestadt Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein](#)
- Prüfungstermine und Zulassungsvoraussetzungen können bei den genannten Prüfungsämtern erfragt werden.

Die Prüfung besteht aus einem schriftlichen und einem mündlichen Teil und wird in deutscher Sprache abgelegt (§ 21 EuRAG).

²³ Dir Rechtsanwaltskammern in Bamberg, Berlin, Brandenburg, Braunschweig, Bremen, Celle, Düsseldorf, Frankfurt, Freiburg, Hamburg, Hamm, Karlsruhe, Kassel, Koblenz, Köln, Mecklenburg-Vorpommern, München, Nürnberg, Oldenburg, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein, Stuttgart, Thüringen, Tübingen und Zweibrücken.

²⁴ Vgl etwa für Bayern, Baden-Württemberg und Sachsen: Staatsvertrag über die Bildung eines gemeinsamen Prüfungsamtes zur Abnahme der Eignungsprüfung für die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft (BayGVBI 2005, S. 554).

Allemanne

Inhaltlich umfasst die Prüfung ein Pflichtfach (Zivilrecht) und zwei Wahlfächer aus zwei Wahlfachgruppen (1. öffentliches Recht oder Strafrecht bzw. 2. Handelsrecht, Arbeitsrecht oder durch das Pflichtfach nicht abgedeckte weitere Bereiche des Zivilrechts sowie, soweit nicht bereits in Wahlfachgruppe 1 gewählt öffentliches Recht oder Strafrecht) sowie dem Berufsrecht der Rechtsanwälte (§ 20 Abs. 1 EuRAG).

Ersteres erstreckt sich gem. § 6 Abs. 1 EigPrüfVO auf den Allgemeinen Teil des BGB das Schuld- und Sachenrecht einschließlich besonderer Ausprägungen außerhalb des BGB sowie das dazugehörige Verfahrensrecht, mit den Grundlagen des Gerichtsverfassungsrechts und der Grundzüge des Zwangsvollstreckungs- und Insolvenzrechts.

Im Wahlfach erstreckt sich die Prüfung je nach Fach auf die in § 6 Abs. 2 EigPrüfVO genannten Fragen.²⁵

Der schriftliche Teil besteht aus zwei Aufsichtsarbeiten, je einer im Pflichtfach und Wahlfach. Dabei handelt es sich um Aufgaben aus der beruflichen Rechtsanwaltspraxis, die in 5 Stunden zu bearbeiten sind. Genügt mindestens eine schriftliche Arbeit den Anforderungen wird der Bewerber zur mündlichen Prüfung zugelassen, Diese besteht aus einem 15-minütigen Kurzvortrag, der binnen zwei Stunden vorzubereiten ist sowie einem 45minütigen Prüfungsgespräch, die sich jeweils ebenfalls auf die berufliche Praxis beziehen (§ 8 EigPrüfVO).

Die Eignung wird im Anschluss an den mündlichen Teil der Eignungsprüfung durch Mehrheitsentscheid von der Prüfungskommission festgestellt, die aus mindestens drei Prüfern besteht. Je nach Landesrecht können die schriftlichen Leistungen auch von zwei Prüfern bewertet werden, die der Kommission nicht angehören müssen. (§ 22 EuRAG, § 18 EigPrüfVO).

²⁵

Die Eignungsprüfung erstreckt sich in dem Wahlfach

1. Öffentliches Recht auf
 - a) die Grundrechte,
 - b) das allgemeine Verwaltungsrecht und das allgemeine Verwaltungsverfahrenrecht,
 - c) die Grundzüge des Baurechts und des Rechts der öffentlichen Sicherheit und Ordnung,
 - d) das Verwaltungsprozessrecht einschließlich der Grundlagen im Gerichtsverfassungsrecht,
2. Strafrecht auf
 - a) die allgemeinen Lehren des Strafrechts,
 - b) den Besonderen Teil des Strafgesetzbuchs,
 - c) das Strafprozessrecht einschließlich der Grundlagen im Gerichtsverfassungsrecht,
3. Zivilrecht auf
 - a) die Grundzüge des Familienrechts und des Erbrechts,
 - b) das dazugehörige Verfahrensrecht einschließlich der Grundlagen im Gerichtsverfassungsrecht,
4. Handelsrecht auf
 - a) die Grundzüge des Handelsrechts und des Gesellschaftsrechts,
 - b) die Grundzüge des Wertpapierrechts ohne das Wechsel- und Scheckrecht,
 - c) das dazugehörige Verfahrensrecht einschließlich der Grundlagen im Gerichtsverfassungsrecht,
5. Arbeitsrecht auf
 - a) die Grundzüge des Individualarbeitsrechts und des kollektiven Arbeitsrechts,
 - b) das dazugehörige Prozessrecht einschließlich der Grundlagen im Gerichtsverfassungsrecht.

4. Entscheidung und Rechtsbehelfe

a. Aufnahme in die Rechtsanwaltskammer

Über die Aufnahme in die Rechtsanwaltskammer entscheidet die Rechtsanwaltskammer. Für die Entscheidung über den Antrag auf Aufnahme in die Rechtsanwaltskammer gelten gem. § 4 EuRAG sinngemäß <http://rsw.beck.de/bib/bin/show.asp?vpath=%2Fbibdata%2Fges%2FEuRAG%2Fcont%2FEuRAG%2EP4%2Ehtm> - FN1#FN1 weitgehend die gleichen Verfahrensvorschriften des zweiten Teils der BRAO (Art. 4 – 42 BRAO, Zulassungsfragen und Verfahrensvorschriften bei Anträgen auf gerichtliche Entscheidung etc.) wie für Bewerber mit inländischer Berufsqualifikation.²⁶

- aa. Bei **Untätigkeit** der Kammer (Nichtbescheidung eines Antrags auf Zulassung zur Rechtsanwaltschaft ohne zureichenden Grund innerhalb von drei Monaten) kann der Bewerber einen schriftlichen **Antrag auf gerichtliche Entscheidung** beim Anwaltsgerichtshof bei dem Oberlandesgericht stellen, in dessen Bezirk der Bewerber erstmals als Rechtsanwalt zugelassen werden will. Wird der Antrag auf gerichtliche Entscheidung darauf gestützt, dass die Rechtsanwaltskammer innerhalb von drei Monaten einen Bescheid nicht erteilt hat, so ist gem. § 37 Abs. 3 BRAO die beantragte Amtshandlung zu bezeichnen.
- bb. Erfolgt die **Aufnahme** in die Rechtsanwaltskammer, so wird dies nicht nur dem Antragsteller sondern auch der zuständigen Stelle des Herkunftsstaates mitgeteilt, um letzterer die Ausübung der Berufsaufsicht zu ermöglichen. (§ 4 Abs. 3 EuRAG). Die Aufnahme gem. § 2 EuRAG (als Anwalt unter der Berufsbezeichnung des Herkunftsstaates) und die Aufnahme unter der deutschen Bezeichnung „Rechtsanwalt“ nach §§ 11, 13 EuRAG kostete früher je 130 € (§ 39 EuRAG a.F.). Seit 26.3.2007 obliegt die Bestimmung der Gebühren der Kammerversammlung der jeweiligen Rechtsanwaltskammer (vgl. § 89 Abs. 2 Nr. 2 und § 192 BRAO).
- cc. Gem. § 11 BRAO kann der **Antrag auf Aufnahme auch ablehnend beschieden** werden. In diesem Fall wird der Bescheid mit Gründen versehen und dem Bewerber zugestellt. Gegen einen ablehnenden Bescheid kann der Bewerber innerhalb eines Monats nach Zustellung beim Anwaltsgerichtshof bei dem Oberlandesgericht den schriftlichen **Antrag auf gerichtliche Entscheidung** zu stellen, in dessen Bezirk der Bewerber erstmals als Rechtsanwalt zugelassen werden will. Gem. § 37 BRAO hat der Antrag auf gerichtliche Entscheidung den Bescheid oder die Verfügung, gegen die er sich wendet, zu bezeichnen, anzugeben, inwieweit der angefochtene Bescheid oder die angefochtene Verfügung aufgehoben und zu welcher Amtshandlung die Rechtsanwaltskammer verpflichtet werden soll. Die zur Begründung des Antrags dienenden Tatsachen und die Beweismittel sollen im Einzelnen angeführt werden.
- dd. Die **Aufnahme in die Rechtsanwaltskammer kann zurückgenommen oder widerrufen** werden. Sie ist zu widerrufen, wenn die Berechtigung zur Berufsausübung im Herkunftsstaat dauernd entzogen wird und kann widerrufen werden, wenn der Entzug der Berechtigung zur Berufsausübung im Herkunftsstaat nur vorläufig oder zeitweilig erfolgt (§ 4 Abs. 2 EuRAG). Mit dem Widerruf der Aufnahme in die Rechtsanwaltskammer darf der niedergelassene europäische Rechtsanwalt gem. § 5 Abs. 3 EuRAG die Berufsbezeichnung, die er im Herkunftsstaat nach dem dort geltenden Recht zu führen berechtigt ist, in Deutschland nicht mehr verwenden. Ist dem niedergelassenen europäischen Rechtsanwalt seitens der zuständigen Stelle des

²⁶ Der Zweite Teil der BRAO umfasst die §§ 4 bis 42. Lediglich die Vorschriften über den Zugang zum Beruf (§ 4 BRAO), zur Freizügigkeit innerhalb des Bundesgebietes bei in einem Bundesland erworbener Berufsqualifikation (§ 5 BRAO), zum Zulassungsantrag bei inländischer Berufsqualifikation und zur Berufsbezeichnung „Rechtsanwältin“ oder „Rechtsanwalt“ nach Zulassung (§ 12 Abs. 4 BRAO) finden keine Anwendung.

Allemagne

Herkunftsstaates die Berechtigung zur Ausübung seiner beruflichen Tätigkeit vorläufig, zeitweilig oder dauernd entzogen worden hat er gem. § 6 Abs. 4 EuRAG hat der seine Berufsausübung in Deutschland einzustellen.

Auch für die Rücknahme und den Widerruf der Aufnahme in die Rechtsanwaltskammer und die Möglichkeiten des Rechtsschutzes gelten gem. § 4 EuRAG sinngemäß <http://rsw.beck.de/bib/bin/show.asp?vpath=%2Fbibdata%2Fges%2FEuRAG%2Fcont%2FEuRAG%2EP4%2Ehtm> - FN1#FN1 weitgehend die gleichen Verfahrensvorschriften des zweiten Teils der BRAO wie für Bewerber mit inländischer Berufsqualifikation.

Rücknahme und Widerruf der Aufnahme werden der zuständigen Stelle des Herkunftsstaates mitgeteilt. (§ 4 Abs. 3 EuRAG). Durch Bestandskraft von Rücknahme oder Widerruf der Zulassung oder durch ein rechtskräftiges Urteil auf Ausschließung aus der Rechtsanwaltschaft erlischt die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft (§ 13 BRAO).

b. Eignungsprüfung

Auch gegen die Ergebnisse der Eignungsprüfung hat der Bewerber Rechtsschutzmöglichkeiten. Gegen die Bewertung der Prüfungsleistungen kann der Antragsteller gem. § 23 EuRAG Einwendungen erheben.

Einwendungen gegen die schriftlichen Auftragsarbeiten sind binnen eines Monats nach Bekanntgabe der Prüfungsentscheidung zu erheben und binnen zwei Monaten im Einzelnen und nachvollziehbar zu begründen.

Einwendungen gegen die mündliche Prüfung sind unverzüglich nach Bekanntgabe der Prüfungsentscheidung zu erheben und binnen eines Monats im Einzelnen und nachvollziehbar zu begründen.

Die Einwendungen werden den Prüfern zugeleitet, sofern sie diesen Anforderungen entsprechen.

Bei Nichtbestehen kann die Prüfung gem. § 24 EuRAG, § 12 EigPRüfVO zweimal wiederholt werden. Hierbei kann dem Bewerber eine Frist gesetzt werden, vor welcher die Prüfung nicht wiederholt werden darf, die allerdings nicht mehr als ein Jahr betragen darf.

5. Rechtsstellung der europäischen Anwälte

a. Aufnahme unter der Berufsbezeichnung des Herkunftsstaates

Der europäische Rechtsanwalt hat bei seiner Tätigkeit in Deutschland gem. § 5 EuRAG die Berufsbezeichnung zu verwenden, die er nach dem Recht seines Herkunftsstaat zu führen berechtigt ist. Lautet diese „Rechtsanwalt“ muss die Berufsorganisation angefügt werden, der der europäische Rechtsanwalt in seine, Herkunftsstaat angehört. Durch die Bezeichnung „Mitglied der Rechtsanwaltskammer“ kann ein europäischer Rechtsanwalt deutlich machen, dass er der deutschen Rechtsanwaltskammer angehört. Allerdings ist die Bezeichnung „europäischer Rechtsanwalt“ keine offizielle und daher nicht gestattete Berufsbezeichnung, die daher auch weder als Berufsbezeichnung noch in der Werbung verwendet werden darf.

Für die **Rechtsstellung** nach Aufnahme in die Rechtsanwaltskammer gelten über § 6 EuRAG die Vorschriften zur Berufsausübung der Rechtsanwaltsordnung über die Rechte und Pflichten des Rechtsanwalts, die berufliche Zusammenarbeit der Rechtsanwälte, die Rechtsanwaltskammern, die Ahndung anwaltlicher Pflichtverletzungen und das anwaltsgerichtliche Verfahren.

Allemande

Hinsichtlich der **Kanzleipflicht** im Inland gelten gem. § 29a BRAO gelten Sondervorschriften für Anwälte mit Kanzleien in anderen Staaten. Erstens kann der Rechtsanwalt auch in anderen Staaten Kanzleien einrichten oder unterhalten, zweitens befreit die Rechtsanwaltskammer einen Rechtsanwalt, der seine Kanzleien ausschließlich in anderen Staaten einrichtet, von der Kanzleipflicht nach § 27, sofern nicht überwiegende Interessen der Rechtspflege entgegenstehen. Auch hier bestehen allerdings Mitteilungspflichten: der Rechtsanwalt hat die Anschrift seiner Kanzlei und seines Wohnsitzes in einem anderen Staat sowie deren Änderung der Rechtsanwaltskammer mitzuteilen. Gem. § 4 I EuRAG i.V.m. § 35 I 3 BRAO muß allerdings binnen 3 Monaten nach der Aufnahme in die Rechtsanwaltskammer eine Kanzlei eingerichtet werden.

Hinsichtlich der **Versicherungspflicht** gilt Folgendes: Gem. § 7 EuRAG ist der niedergelassene europäische Rechtsanwalt von der Verpflichtung befreit, eine Berufshaftpflichtversicherung nach § 51 BRAO zu unterhalten, wenn er der Rechtsanwaltskammer nachweist, dass er über eine nach den Vorschriften des Herkunftsstaates geschlossene Versicherung oder Garantie verfügt, die hinsichtlich der Bedingungen und des Deckungsumfangs einer Versicherung gemäß § 51 BRAO gleichwertig ist. Die zum Nachweis vorgelegten Unterlagen sind mit einer beglaubigten Übersetzung vorzulegen, wenn sie nicht in deutscher Sprache abgefasst sind. Fehlt diese Gleichwertigkeit ist durch Zusatzversicherung oder ergänzende Garantie ein § 51 BRAO gleichwertiger Schutz zu schaffen. Auch hier ist die Bescheinigung der Versicherung jährlich vorzulegen, aus der sich die Versicherungsbedingungen und der Deckungsumfang ergeben. (§ 7 Abs. 2 EuRAG). Im Fall der Beendigung oder Kündigung des Versicherungsvertrages und Änderungen des Versicherungsvertrages, die den nach § 51 BRAO vorgeschriebenen Versicherungsschutz beeinträchtigt ist der Rechtsanwaltskammer unverzüglich mitzuteilen. Ein Verstoss gegen diese Pflichten kann zum Widerruf der Aufnahme in die Rechtsanwaltskammer führen.

b. Aufnahme unter der deutschen Berufsbezeichnung „Rechtsanwalt“

Hat ein europäischer Anwalt die Eingliederungsvoraussetzungen nach dem Gesetz über die Tätigkeit europäischer Rechtsanwälte in Deutschland vom 9. März 2000 (BGBl. I S. 182) erfüllt oder die Eignungsprüfung nach diesem Gesetz bestanden, ist der europäische Anwalt „**vollintegriert**“ und wird gem. § 4 BRAO iVm. §§ 11 ff EuRAG zur (deutschen) Rechtsanwaltschaft zugelassen. Er unterliegt dann wie ein deutscher Anwalt den Bestimmungen der BRAO.

Hinsichtlich der **Kanzleipflicht** gelten die obigen Ausführungen zu § 29a BRAO.

Gem. Art. 7 Abs. 3 EuRAG gelten allerdings die Vorschriften über die **Haftpflichtversicherung** in § 7 EuRAG auch für die Anwälte, die unter der deutschen Berufsbezeichnung auftreten.

B. Dienstleistungsfreiheit

1. Bedingungen für Anwaltsdienstleistungen

Für die vorübergehende Tätigkeit eines europäischen Rechtsanwalts, der Dienstleistungen gem. Art. 50 EG erbringt (dienstleistender europäischer Rechtsanwalt) gelten gem. § 25 EuRAG andere Vorschriften.²⁷

Für die **Führung der Berufsbezeichnung** gelten die Vorschriften zur Niederlassungsfreiheit entsprechend (§ 5 Abs. 1 und 2 Satz 2 EuRAG). Der niedergelassene europäische Rechtsanwalt hat also die Berufsbezeichnung zu verwenden, die er nach dem geltenden Recht seines Herkunftsstaates dort zu führen berechtigt ist.

²⁷ Für Rechtsanwälte, die den Beruf des Anwalts wegen Rücknahme der Zulassung oder ähnlichen Gründen nicht ausüben dürfen, greifen die Vorschriften nicht.

2. Anträge und zuständige Behörden

Bei Erbringung von Dienstleistungen hat er der Rechtsanwaltskammer, dem Gericht oder der Behörde, vor der er auftritt, auf Verlangen nachzuweisen, dass er zur Berufsausübung im Herkunftsstaat berechtigt ist. Die Ausübung der Tätigkeit hängt dann von der Erbringung des Nachweises ab. Die zuständige Rechtsanwaltskammer bestimmt sich in diesen Fällen nach § 32 Abs. 4 EuRAG, für dienstleistende Schweizer Anwälte ist nach § 32 Abs. 4 Abs. 6 EuRAG die Rechtsanwaltskammer Freiburg zuständig.

Sonstige Voraussetzungen für die Ausübung der Tätigkeit gibt es nicht, so greifen die Vorschriften über die **Zugehörigkeit zu einer Rechtsanwaltskammer** und die **Kanzleipflicht** gem. § 27 Abs. 1 Satz 1 EuRAG für den dienstleistenden Europäischen Anwalt **nicht**.

3. Umfang der Tätigkeit

Gem. § 27 EuRAG hat der dienstleistende europäische Rechtsanwalt bei Vertretung oder Verteidigung eines Mandanten im Bereich der Rechtspflege oder vor Behörden die Stellung eines Rechtsanwalts, kann also als solcher unter der ausländischen Berufsbezeichnung auftreten. Damit kommen ihm grundsätzlich auch die Rechte und Pflichten eines Anwalts zu. Gem. § 27 EuRAG hat der dienstleistende europäische Rechtsanwalt bei Vertretung oder Verteidigung eines Mandanten im Bereich der Rechtspflege oder vor Behörden im Übrigen aber die Stellung eines Rechtsanwalts. Damit kommen ihm auch dessen Rechte und Pflichten zu. Auch hat er die für einen Rechtsanwalt geltenden Regeln einzuhalten (insb. die §§ 43, 43a, 43b und 45 BRAO - Gewissenhafte Berufsausübung, Unabhängigkeits- und Verschwiegenheitspflicht, rein sachliche Werbung und Verbot der Tätigkeit in Berufen mit Interessenkollision). Diese Regeln gelten allerdings nur, soweit sie wegen ihrer allgemeinen Bedeutung beachtet werden können und ihre Einhaltung gerechtfertigt ist, um eine ordnungsgemäße Ausübung des Rechtsanwaltsberufs und die Wahrung des Ansehens und Vertrauens des Rechtsanwaltsberufs erfordert.

Allerdings gelten abgesehen von den Ausnahmen im Hinblick auf die Zugehörigkeit zu einer deutschen Rechtsanwaltskammer und die Kanzleipflicht einige **Beschränkungen der Tätigkeit**.

- Beschränkungen der **Vertretungsbefugnis**, die sich aus dem Erfordernis der Zulassung bei einem Gericht ergeben, gelten gem. § 27 Abs. 1 Satz 2 EuRAG nur für die Vertretung vor dem Bundesgerichtshof.
- Die Tätigkeit des dienstleistenden europäischen Anwalts ist hinsichtlich der **Vertretung und Verteidigung im Bereich der Rechtspflege** insofern eingeschränkt, als er in Fällen, in welchen **Anwaltszwang**, besteht nur im Einvernehmen mit einem sogenannten **Einvernehmensanwalt** tätig werden darf, der selbst zur Vertretung oder Verteidigung befugt ist (§ 28 EuRAG) und dessen Einvernehmen schriftlich nachgewiesen werden kann. Dieser hat die Aufgabe zu übernehmen, auf die Einhaltung der Erfordernisse einer geordneten Rechtspflege hinzuwirken.
- Im Fall der **Verteidigung eines Mandaten in einem Strafverfahren bei gerichtlicher oder behördlicher Freiheitsentziehung** hat der Einvernehmensanwalt zudem für Besuchs- oder Schriftverkehr die Begleitungs- bzw. Mittlerposition einzunehmen, wenn nicht das Gericht oder die Behörde von dieser Anforderung befreien (§ 30 Abs. 1 und 2 EuRAG). Der deutsche Einvernehmensanwalt unterliegt in diesem Fall relativ hohen Anforderungen.
- Zudem hat für Zustellungen im behördlichen und gerichtlichen Verfahren ein **Zustellungsbevollmächtigter** tätig zu werden, gegenüber dem Gericht oder der Behörde

Allemanne

zu benennen. Die Aufgabe übernimmt, wenn nichts Ausdrückliches vereinbart ist, der Einvernehmensanwalt.

Die dienstleistenden europäischen Anwälte unterstehen der **Aufsicht** bestimmter Rechtsanwaltskammern. Für dienstleistende Anwälte aus der Schweiz ist gem. § 32 Abs. 4 Nr. 6 die Rechtsanwaltskammer in Freiburg zuständig.

Auch für Fragen der **Anwaltsgerichtsbarkeit und der Ahndung von Pflichtverletzungen** gelten die Vorschriften der BRAO, allerdings beschränken sich vorläufige Massnahmen und Verbote ausschliesslich auf das Bundesgebiet (vgl. §§ 33, 34 EuRAG).

C. Sozietäten – Zusatzinformationen

Ein niedergelassener europäischer Anwalt kann sich wie deutsche Anwälte an Sozietäten deutscher Rechtsanwälte beteiligen oder mit anderen europäischen Rechtsanwalts in Sozietäten zusammenschliessen und kann, da nach deutschem Berufsrecht zulässig, auch interprofessionelle Partnerschaften eingehen.²⁸ Es gelten die gleichen Vorschriften wie für deutsche Anwälte.

Sofern der europäische Anwalt in seinem Herkunftsstaat einer Sozietät (Zusammenschluss zur gemeinschaftlichen Berufsausübung) angehört, hat er der Rechtsanwaltskammer die Bezeichnung des Zusammenschlusses und die Rechtsform mitzuteilen (§ 8 EuRAG) und gegebenenfalls auf Anforderung der Rechtsanwaltskammer weitere zweckdienliche Auskünfte über den Zusammenschluss zu geben. Hierdurch soll die Präsenz ausländischer Zusammenschlüsse in Deutschland überschaubar bleiben.²⁹

Gibt der niedergelassene europäische Rechtsanwalt im Rechtsverkehr die **Bezeichnung eines Zusammenschlusses zur gemeinschaftlichen Berufsausübung an, dem er im Herkunftsstaat angehört**, was ihm grundsätzlich offensteht, hat er auch die Rechtsform des Zusammenschlusses im Herkunftsstaat anzugeben.

Die persönlichen Haftung des niedergelassenen europäischen Rechtsanwalts auf Ersatz schuldhaft verursachter Schäden wird durch die Rechtsform des Zusammenschlusses im Herkunftsstaat nur ausgeschlossen oder beschränkt, soweit eine Berufshaftpflichtversicherung oder Garantie besteht, die den Voraussetzungen des § 59j der Bundesrechtsanwaltsordnung entspricht.³⁰ Dies bedeutet, dass im Falle des Ausschlusses oder die Beschränkung

²⁸ Henssler/Prütting, Bundesrechtsanwaltsordnung, Kommentar, 2 Aufl. 2004, § 8 EuRAG, Rn. 1.

²⁹ Henssler/Prütting, Bundesrechtsanwaltsordnung, Kommentar, 2 Aufl. 2004, § 8 EuRAG, Rn. 3.

³⁰ § 59j BRAO Berufshaftpflichtversicherung

- (1) Die Rechtsanwaltsgesellschaft ist verpflichtet, eine Berufshaftpflichtversicherung abzuschliessen und die Versicherung während der Dauer ihrer Zulassung aufrechtzuerhalten; § 51 Abs. 1 bis 3 und 5 bis 7 ist entsprechend anzuwenden.
- (2) 1Die Mindestversicherungssumme beträgt 2 500 000 Euro für jeden Versicherungsfall. 2Die Leistungen des Versicherers für alle innerhalb eines Versicherungsjahres verursachten Schäden können auf den Betrag der Mindestversicherungssumme, vervielfacht mit der Zahl der Gesellschafter und der Geschäftsführer, die nicht Gesellschafter sind, begrenzt werden. 3Die Jahreshöchstleistung für alle in einem Versicherungsjahr verursachten Schäden muß sich jedoch mindestens auf den vierfachen Betrag der Mindestversicherungssumme belaufen.
- (3) Das Bundesministerium der Justiz wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates nach Anhörung der Bundesrechtsanwaltskammer die Mindestversicherungssumme anders festzusetzen, wenn dies erforderlich ist, um bei

Allemagne

der persönlichen Haftung niedergelassener europäischer Anwälte einer ausländischen Sozietät nur bei Vorhandensein einer Berufshaftpflichtversicherung zulässig ist, bei welcher die Mindestversicherungssumme 2 500 000 Euro für jeden Versicherungsfall beträgt. Zum Schutz der Mandanten und Dritter stellt § 8 EuRAG ein § 59j BRAO gleichwertiges Schutzniveau her. Ausländische Gesellschaften haben daher eine entsprechende Versicherung abzuschliessen.

ANHANG

Beispiel eines Zulassungsantrags (Rechtsanwaltskammer Hamburg)

einer Änderung der wirtschaftlichen Verhältnisse einen hinreichenden Schutz der Geschädigten sicherzustellen.

- (4) Wird die Berufshaftpflichtversicherung nicht oder nicht in dem vorgeschriebenen Umfang unterhalten, so haften neben der Gesellschaft die Gesellschafter und die Geschäftsführer persönlich in Höhe des fehlenden Versicherungsschutzes.

Antrag
einer europäischen Rechtsanwältin bzw.
eines europäischen Rechtsanwalts
auf Aufnahme in die Hanseatische Rechtsanwaltskammer

und Zulassung bei einem Gericht

An den
Präsidenten der
Hanseatischen Rechtsanwaltskammer
Bleichenbrücke 9
20354 Hamburg

- Anlagen:**
1. Lebenslauf mit Lichtbild
 2. Staatsangehörigkeitsnachweis (§ 3 II 1 EuRAG)
 3. Bescheinigung der im Heimatstaat zuständigen Stelle über die Zugehörigkeit zu dem Beruf nebst beglaubigter Übersetzung (nicht älter als 3 Monate, § 3 II 2 EuRAG)
 4. Nachweis der Berufshaftpflichtversicherung (Original), entweder gemäß § 51 BRAO über eine im Inland abgeschlossene Versicherung oder eine gleichwertige Versicherung im Herkunftsstaat (§ 7 I EuRAG)

Antragsteller/in (Name, Vornamen, ggf. auch Geburtsname)	
Wohnung (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)	Tagsüber erreichbar unter Tel.-Nr.:
Geburtsdatum und -ort, ggf. Staat	Staatsangehörigkeit

Ich beantrage die Aufnahme in die Hanseatische Rechtsanwaltskammer und meine Zulassung bei dem:

<input type="checkbox"/> Landgericht Hamburg	Mit der Zulassung bei dem Landgericht Hamburg ist nach dem Gesetz die Möglichkeit zur anwaltlichen Tätigkeit bei den Gerichten in der Bundesrepublik gegeben, sofern keine speziellen Zulassungsvoraussetzungen (OLG'e, BGH) existieren.
<input type="checkbox"/> Amtsgericht	Einer weiteren Zulassung bedarf es nicht; sie wird auf Antrag jedoch für ein Amtsgericht erteilt. (Amtsgericht Hamburg, Amtsgericht Hamburg-Altona, Amtsgericht Hamburg-Bergedorf, Amtsgericht Hamburg-Blankenese, Amtsgericht Hamburg-Harburg, Amtsgericht Hamburg-Wandsbek)

Allemagne

Meine Kanzlei werde ich einrichten
(Straße, Hausnummer, Ort)

bei _____

an meinem Wohnsitz.

(Hinweis: gemäß § 4 I EuRAG i.V.m. § 35 I 3 BRAO muß die Kanzlei binnen 3 Monaten nach der Aufnahme eingerichtet sein)

Ort und Datum

Unterschrift

Fragebogen

zum Aufnahmeantrag in die Hanseatische Rechtsanwaltskammer und Zulassungsantrag bei einem Gericht

	Frage	Erläuterungen	Antworten Zutreffendes bitte ankreuzen und ggf. durch zusätzliche Angaben ergänzen. Reicht der vorgesehene Platz nicht aus, bitte vollständige Angaben auf unterschiedlichem, besonderem Blatt beifügen.
1	Haben Sie bereits anderweitig oder früher die Aufnahme in eine Rechtsanwaltskammer beantragt?	§ 4 I EuRAG i.V.m. § 18 BRAO	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja:
2	a) Sind gegen Sie Strafen verhängt worden ? b) Haben Sie nach einer Entscheidung des BVerfG ein Grundrecht verwirkt?	Ggf. erkennende Stelle (Gericht, Staats- anwaltschaft) und Aktenzeichen angeben. Es sind auch Verurteilungen und Maß- nahmen anzugeben, die nicht in ein Führungszeugnis oder ein Behörden- führungszeugnis aufgenommen werden, sofern diese Verurteilungen im Bundes- zentralregister nicht zu tilgen sind. Die Rechtsanwaltskammer hat gem. § 41 Abs. 1 Nr. 11 BZRG ein Recht auf unbeschränkte Auskunft aus dem Register, so daß ihr gegenüber keine Rechte aus § 53 Abs. 1 Nr. 1 BZRG hergeleitet werden können (§ 53 Abs. 2 BZRG). § 4 I EuRAG i.V.m. § 7 Nrn. 1-5 BRAO	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja: <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja:
3	Sind gegen Sie beamten- oder richterrechtliche Disziplinar- maßnahmen oder anwalts- gerichtliche bzw. ehren- gerichtliche Maßnahmen verhängt worden?		<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja:
4	Sind oder waren gegen Sie auch außerhalb der Bundes republik a) Strafverfahren b) Disziplinarverfahren c) anwaltsgerichtliche bzw. ehrengerichtliche Verfahren oder Ermittlungsverfahren zu den o.g. Verfahrensarten anhängig, die nicht zu einer Bestrafung oder Ahndung geführt haben?		<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja:
5	Haben Sie vor Antragstellung eine andere berufliche Tätig- keit als die des Anwalts ausgeübt?	Ggf. nähere Angaben auf besonderem Blatt. § 4 I EuRAG i.V.m. § 7 Nr. 5 BRAO	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja:

Allemanne

6	Ist Ihnen die Aufnahme in einer anderen Rechtsanwaltskammer oder die Zulassung bei einem Gericht bereits einmal versagt, widerrufen oder zurückgenommen worden?	§ 4 I EuRAG i.V.m. § 7 Nrn. 3 und 5 BRAO	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja:
7	Versichern Sie, daß Sie die freiheitliche demokratische Grundordnung nicht in strafbarer Weise bekämpfen?	§ 4 I EuRAG i.V.m. § 7 Nr. 6 BRAO	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein:
8	Leiden Sie an einer Sucht oder bestehen sonstige gesundheitliche Beeinträchtigungen, die Sie nicht nur vorübergehend an der ordnungsmäßigen Berufsausübung hindern können?	§ 4 I EuRAG i.V.m. § 7 Nr. 7 BRAO	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja:
9	Wollen Sie nach Ihrer Zulassung neben dem Rechtsanwaltsberuf noch eine sonstige Tätigkeit ausüben?	§ 4 I EuRAG i.V.m. § 7 Nrn. 8 und 10 BRAO Siehe außerdem gesondertes Merkblatt „Ausübung einer sonstigen beruflichen Tätigkeit“	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja:
10	a) Sind Ihre Vermögensverhältnisse geordnet? b) Sind Sie in einem der Schuldnerverzeichnisse bei einem Amtsgericht (§ 100 Abs. 2 KO, § 26 Abs. 2 InsO, § 915 ZPO) eingetragen? c) Ist in den letzten drei Jahren ein Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens über Ihr Vermögen gestellt worden oder läuft ein solches Verfahren?	§ 4 I EuRAG i.V.m. § 7 Nr. 9 BRAO; ggf. nähere Angaben, insbesondere über gegen Sie gerichtete Zwangsvollstreckungsmaßnahmen, auf gesondertem Blatt.	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein: <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja: <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja:
11	Sind Sie durch gerichtliche Anordnung in der Verfügung über Ihr Vermögen beschränkt?	§ 4 I EuRAG i.V.m. § 7 Nr. 9 BRAO	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja:
12	Sind oder waren Sie innerhalb der letzten fünf Jahre in dem Bezirk des Landgerichts, in dem Sie zugelassen werden sollen, als Richter bzw. als Beamter auf Lebenszeit eingestellt?	§ 4 I EuRAG i.V.m. § 20 I Nr. 1 BRAO	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja:

Allemagne

16	Gehören Sie in Ihrem Herkunftsstaat einem Zusammenschluß zur gemeinsamen Berufsausübung an? Wenn ja, wie sind dessen Bezeichnung und Rechtsform.	§ 8 EuRAG	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja:
-----------	---	-----------	--

Die vorstehenden Fragen habe ich in Kenntnis des § 36a BRAO vollständig und wahrheitsgemäß beantwortet.

Gemäß § 6 II EuRAG ist jährlich eine Bescheinigung der im Herkunftsstaat zuständigen Behörde über die Zugehörigkeit zu dem Beruf vorzulegen.

Die Verwaltungsgebühr in Höhe von 100,00 Euro habe ich am _____ durch

- Überweisung auf das Konto der Hanseatischen Rechtsanwaltskammer bei der Hamburger Sparkasse 1002/240420 (BLZ 200 505 50)
- Erteilung einer Einzugsermächtigung
- _____ entrichtet.

Ort und Datum

Unterschrift

Merkblatt für Bewerber, die eine nichtanwaltliche Tätigkeit ausüben

Die Aufnahme in die Rechtsanwaltskammer ist gemäß § 4 I EuRAG i.V.m. § 7 Nr. 8 Bundesrechtsanwaltsordnung (BRAO) zu versagen, wenn der Bewerber eine Tätigkeit ausübt, die mit dem Beruf des Anwalts, insbesondere seiner Stellung als unabhängigem Organ der Rechtspflege, nicht vereinbar ist oder das Vertrauen in seine Unabhängigkeit gefährden kann.

Diese Bestimmungen sind mit dem Grundgesetz vereinbar, wie sich aus der Entscheidung des Bundesverfassungsgericht vom 4. November 1992 (NJW 93/317) ergibt. In diesem Beschluss sind auch die entscheidenden Auslegungsmerkmale für die zitierten Vorschriften genannt:

- Grundsätzlich sind andere Erwerbstätigkeiten neben dem Anwaltsberuf zulässig.
- Unzulässig ist eine Tätigkeit im öffentlichen Dienst, die mit der Wahrnehmung hoheitlicher Aufgaben und einer Vertretung nach außen verbunden ist. Gegen eine wissenschaftliche Mitarbeit an der Universität bestehen im allgemeinen keine Bedenken.
- Im Übrigen ist die Aufnahme in die Rechtsanwaltskammer zu versagen, wenn sich die Gefahr einer Interessenkollision deutlich abzeichnet und dieser nicht durch Berufsausübungsregeln begegnet werden kann. Dies hat der Bundesgerichtshof zum Beispiel für den Versicherungsmakler angenommen (NJW 1995, 2357).
- In jedem Fall muss der Anwalt rechtlich und tatsächlich die Möglichkeit, das heißt insbesondere genügend Zeit für eine nennenswerte und nicht nur gelegentliche Beratungs- und Vertretungstätigkeit haben.

Damit die Vereinbarkeit der anderweitigen Tätigkeit mit dem Beruf des Anwalts geprüft werden kann, muss der Bewerber diese Tätigkeit im Einzelnen beschreiben. Bewerber, die in einem ständigen Beschäftigungs- oder Auftragsverhältnis stehen, müssen darüber hinaus darlegen, in welchem Umfang sie durch diese Tätigkeit zeitlich in Anspruch genommen werden. In der Regel ist es deshalb erforderlich, den Anstellungsvertrag und eine Freistellungsbescheinigung des Arbeitgebers für jede anwaltliche Tätigkeit vorzulegen.

Hinweis:

Nach § 56 Abs. 2 Nr. 1 BRAO hat der Anwalt dem Vorstand der Rechtsanwaltskammer unverzüglich anzuzeigen, daß er ein Beschäftigungsverhältnis eingeht, oder daß eine wesentliche Änderung eines bestehenden Beschäftigungsverhältnisses eintritt.

Allemagne

Bitte zurücksenden an:

Hanseatische Rechtsanwaltskammer
Bleichenbrücke 9
20354 Hamburg

**Einzugsermächtigung
betreffend Aufnahmegebühr
einer europäischen Rechtsanwältin bzw.
eines europäischen Rechtsanwalts
in die Hanseatische Rechtsanwaltskammer und
Zulassung bei einem Gericht**

Hiermit ermächtige ich den Vorstand der Hanseatischen Rechtsanwaltskammer,
die Aufnahmegebühr in Höhe von 100,00 Euro für den Aufnahmeantrag von
Frau / Herrn

(Bitte Vor- und Nachnamen in Druckbuchstaben)

von dem Bankkonto

Bankinstitut:

Kontonummer:

BLZ:

Kontoinhaber:

einziehen.

Hamburg, den

.....
Unterschrift des Kontoinhabers

ANGLETERRE

I. INTRODUCTION

A. Sources normatives pertinentes

- [Qualified Lawyers Transfer Regulations 1990](#)
- [The European Communities \(Lawyer's Practice\) Regulation 2000](#) (as revised by the statutory instruments listed below, hereafter "Regulation")
- [The European Communities \(Lawyer's Practice\) \(Amendment\) Regulations 2001](#), S.I. 2001 No. 644
- [The European Communities \(Lawyer's Practice\)\(Amendment\) Regulations 2004](#), S.I. 2004 No. 1628.
- The [European Communities \(Lawyer's Practice and Services of Lawyers\) \(Amendment\) Regulations 2008](#)

B. Interrelation avec le droit européen

According to the European Communities (Lawyer's Practice) Regulation 2000 **Swiss lawyers are treated as EU lawyers for the purposes of the European Communities (Lawyer's Practice) Regulation 2000**. As a result, **any reference to "European lawyers" herebelow must be intended to also cover Swiss lawyers**.

II. RAPPORT

A. Liberté d'établissement

English law seems to make **no distinction** between the requirements for *establishment* and those for *provision of services*. **Registration is required to practice law** – UK law or one's home country law. **Admission to the rolls of solicitor and/or barrister is possible** – even facilitated under certain circumstances – **but not required**. For the purposes of this report, we have listed the **requirements for admission to the bar** under this heading, and **registration** under the heading of "*prestation de services*".

1. Conditions pour la reconnaissance de la qualification professionnelle

A European **lawyer** may apply for admission to the **Bar of England & Wales**. To be **eligible** for admission as a **barrister**, one must:

- be a **national** of a Member State of the European Union
- have **rights of audience in the courts of a Member State** of the European Union
- have a **genuine intention** to practise at the Bar of England and Wales
- if approved, an applicant will normally be required to undertake the **Aptitude Test** in full, with the exception of Irish barristers who have been qualified for at least 3 years, who are automatically exempt from this requirement.

A European lawyer wishing to qualify as a **solicitor** must ordinarily pass the **Qualified Lawyers Transfer Test**. An application for admission as a solicitor of England and Wales must include a **standard disclosure from the Criminal Records Bureau**, which includes

Angleterre

details of any current and spent convictions, police cautions, reprimands and final warnings held on the Police National Computer. The **Law Society** (see *infra*, for definition) also makes use of **overseas criminal records information services** whenever appropriate.

If, however, a registered European lawyer has been practising **in the UK for three years** and practising **UK law** (including EC law) for the whole of that time (or, under some circumstances, for a somewhat shorter period) he **may apply to the professional body for an exemption of the examination requirement.**³¹

All European lawyers are **exempt from pupillage**. However, it is advised that one completes some period of pupillage on a **voluntary basis** and attends the **pupillage courses**³².

2. Demande pour la reconnaissance et son contenu

See section 1, *supra*.

3. Autorité compétente, instruction, procédure, délais

The **Law Society** is the competent authority with respect to **solicitors**. The **General Council of the Bar of England and Wales** and the **Inns of Court** are competent authorities with respect to **barristers**.

4. Décision et possibilité de recours

The professional body to whom an application for exemption from the examination requirement may **refuse** to grant an exemption if it **considers that the registered European lawyer would be unfit to practise as a solicitor or a barrister**. The professional body must **notify the applicant**, including the reasons for rejection if **such request is rejected**, within **four months** of receipt of the application. If the professional body **fails** to take its decision and notify the European lawyer within the deadline, **it is deemed to have rejected the application.**³³

The lawyer may appeal any such decision **within three months of notification** or later, with the permission of the appeal body. The relevant appeal bodies are **The Master of the Rolls** for **solicitors** and the **Visitors to the Inns of Court** for **barristers.**³⁴

5. Effets de la reconnaissance

Once granted entry into the profession of solicitor or barrister, the lawyer may continue to practise in England and Wales **under his home professional title, alongside the title of solicitor or barrister**, provided that he continues to be **authorised in his home State** to pursue professional activities under that title, however, **such practise will be subject to the rules of professional conduct of the U.K.**

6. Prospective changes

The Solicitors Regulation Authority (SRA) is fundamentally reviewing the Qualified Lawyers Transfer Regulations (QLTR). The review aims to ensure that anyone who qualifies under the regulations has the knowledge and skills required to practise as a solicitor of England and Wales. The review will also provide assurances about fitness for purpose, standards and integrity of the Qualified Lawyers Transfer Test. In December 2007, the SRA published draft

³¹ Regulation § 29.

³² <http://www.barcouncil.org.uk/trainingandeducation/careers/transfertothebar/europeanlawyers/>.

³³ ECLPR § 19.

³⁴ Id. § 20.

interim requirements³⁵, inviting feedback by 31 January—with the intention that the requirements would take effect on 1 March 2008. However, the feedback the SRA received revealed some significant concerns, and several misunderstandings about the proposed interim requirements. Therefore, the introduction of these requirements has been postponed and the SRA has published a consultation paper to elicit wider input. The consultation period ends on 14 April 2008.

B. Liberté de prestation de services

1. Conditions pour la reconnaissance de la qualification professionnelle

A European lawyer is entitled to practice law in the UK **upon registration with the local bar or law society**. Lawyers practicing in another EU state are subject **to the same rights and obligations as local lawyers in addition to both their home and host state rules and ethical obligations**.³⁶ A European lawyer **may not be registered at the same time** both with one of the solicitors' professional bodies and with one of the barristers' professional bodies.³⁷

2. Demande pour la reconnaissance et son contenu

European³⁸ lawyers are required to register with a competent authority in England and to **comply with the rules of conduct concerning barristers and solicitors**, respectively. They must also comply with **UK requirements for insurance**. Registration must be **renewed every year**.

3. Autorité compétente, instruction, procédure, délais

As mentioned above, the **Law Society** is one of **two competent authorities** in England and Wales and is competent with respect to **solicitors**. In order to register with the Law Society, a lawyer **must complete an application for registration ("Form RF6")** and provide a **Certificate of Attestation** which is less than 3 months old from each jurisdiction in an Establishment Directive State in which the lawyer is admitted to practice. This Certificate must **confirm the date of admission, whether or not there is any training period, probationary period or "stage" required after admission**, that the lawyer's name is **held on register** and that such lawyer is entitled to **practice**, as well as that there are **no disciplinary orders or pending proceedings** against such lawyer. The fee for an initial registration is **£715** plus a contribution to the **Compensation Fund of £60**.

The General Council of the Bar of England and Wales and the Inns of Court are **competent authorities** with respect to **barristers**. In order to register with the Council of the Bar a lawyer must provide

- a **certificate**, not more than **three months old**, attesting to the **applicant's registration** with the competent authority in his home Member State as a lawyer qualified to practise under his home country professional title
- evidence that the applicant **is of good character and repute**
- evidence that the applicant **has not been suspended or prohibited** from practising in

³⁵ Available at: <http://www.sra.org.uk/consultations/472.article>.

³⁶ MR-85: *International Market Insight: Entry into the European Union Legal Services Market: Prospects for non-EU Lawyers*, US Mission to the European Union.

³⁷ European Communities (Lawyer's Practice) Regulation ("ECLPR") 2000 § 18(1).

³⁸ See the European Communities (Lawyer's Practice) Regulation 2000 § 1(2-4).

Angleterre

his Member State by virtue of **professional misconduct or commission of a criminal offence**

- evidence that that the applicant has **not been adjudicated bankrupt** or been the **subject of a similar order in any jurisdiction**
- evidence of the **professional body** of which the applicant is a member in his home Member State and of the judicial authority before which the applicant **is entitled to practise**
- English translations of **every certificate and other document** on which the applicant rely which is **not in the English language**
- **fee of £300.**

4. Décision et possibilité de recours

The professional body to whom an application for registration is submitted must notify the lawyer applying of the **acceptance or rejection, and any conditions thereof**, within **four months of receipt of the application**. If the professional body fails to take its decision and notify the European lawyer within the deadline, **it is deemed to have rejected the application**.³⁹

The lawyer may appeal **any such decision within three months** of notification or later, with the **permission of the appeal body**. The relevant appeal bodies are **The Master of the Rolls** for solicitors and the **Visitors to the Inns of Court** for barristers.⁴⁰

5. Effets de la reconnaissance

Lawyers practicing in another EU state are **subject to the same rights and obligations as local lawyers in addition to both their home and host state rules and ethical obligations**.⁴¹ A lawyer who is required to register under the Directive and who fails to do so **commits a criminal offence and is not permitted to enforce payment of his or her fees**.

C. Sociétés professionnelles

1. Ouverture d'une succursale

a. Conditions pour l'autorisation

A registered European lawyer may carry out professional activities under his home professional title **as part of a joint practice to the same extent and in the same manner as a member of the professional body with which he is registered with a member of such professional body, or any person registered with such professional body or with another European lawyer** who is practising on a permanent basis under his home professional title in the home state of the registered lawyer.⁴²

Unless prohibited by the **rules of conduct** of the relevant professional body, a registered European lawyer **can use the name of his home state joint practice** with his home professional title when practising as a registered European lawyer in the UK. Such rules of conduct

³⁹ ECLPR § 19.

⁴⁰ Id. § 20.

⁴¹ MR-85: *International Market Insight: Entry into the European Union Legal Services Market: Prospects for non-EU Lawyers*, US Mission to the European Union.

⁴² Regulation § 8.

Angleterre

may prohibit his use of the name of a joint practice to the extent that the name is also used by persons who are not European lawyers or solicitors of any part of the U.K. and those rules **prohibit members of that professional body from using that name.**

It should be noted that, at present, **barristers are not allowed to form firms**; they must be solo practitioners. As a result, **any Swiss lawyer wishing to register as a Registered European Lawyer with the Bar Council, may not subsequently join a firm.** If he or she wishes to do so, he or she must **register with the Law Society, which does permit its members to form firms.** A Legal Services Bill is currently before the House of Commons and will go back to the House of Lords subsequently. The **current position concerning barristers is likely to change when the Legal Services Bill comes into force**, most likely at the end of this year.⁴³

b. Demande et son contenu

A European lawyer who is a member of a **joint practice** in his home State must inform the professional body with which he intends to register and **provide it with the following information :**

1. the **name** of the joint practice
2. his **place of business**
3. the **name** and **place of business** of any member of his joint practice; and
4. **any other information** about the joint practice requested by the professional body.⁴⁴

⁴³ Based on correspondence between the author of this opinion and Christian Wisskirchen, International Relations Manager, Bar council of England & Wales of 3-4 September, 2007.

⁴⁴ Regulation § 10.

AUTRICHE

I. EINLEITUNG

A. Rechtsquellen

Bundesgesetz über den freien Dienstleistungsverkehr und die Niederlassung von europäischen Rechtsanwälten in Österreich (EuRAG) (BGBl. Nr. 27/2000), letzte Änderung durch BGBl. II Nr. 24/2007.

Rechtsanwaltsordnung (RAO), RGBl. Nr. 96/1868, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 93/2006.

Bundesgesetz vom 12. Dezember 1985, mit dem Bestimmungen über die Rechtsanwaltsprüfung und über sonstige Erfordernisse zur Ausübung der Rechtsanwaltschaft getroffen werden (Rechtsanwaltsprüfungsgesetz - RAPG, BGBl. Nr. 556/1985) zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 128/2004.

B. Verhältnis zu europarechtlichen Vorgaben

1. Umsetzung berufsspezifischer Richtlinien

Umsetzung der Richtlinien 98/5/EG vom 16. Februar 1998 zur Erleichterung der ständigen Ausübung des Rechtsanwaltsberufs in einem anderen Mitgliedstaat als dem, in dem die Qualifikation erworben wurde (ABl. Nr. L 077 vom 14.3.1998 S. 36 – 43), 89/48/EWG vom 21. Dezember 1988 über eine allgemeine Regelung zur Anerkennung der Hochschuldiplome, die eine mindestens dreijährige Berufsausbildung abschließen (ABl. EG, RL 89/48/EWG) und 77/249/EWG vom 22. März 1977 zur Erleichterung der tatsächlichen Ausübung des freien Dienstleistungsverkehrs der Rechtsanwälte im Bundesgesetz über den freien Dienstleistungsverkehr und die Niederlassung von europäischen Rechtsanwälten in Österreich (EuRAG) die Ausübung der Rechtsanwaltschaft in Österreich durch Staatsangehörige der Schweizerischen Eidgenossenschaft (BGBl. Nr. 27/2000, letzte Änderung durch BGBl. II Nr. 24/2007).

2. Verhältnis zum Freizügigkeitsabkommen Schweiz-EG

Einbeziehung der EG-Richtlinien in Annex III des Freizügigkeitsabkommens Schweiz-EG (Abschnitt A 1 und B 4) und Anwendung des EuRAG auf Staatsangehörige der Schweizerischen Eidgenossenschaft.

II. LÄNDERBERICHT ÖSTERREICH

A. Niederlassungsfreiheit

Österreich regelt den freien Dienstleistungsverkehr und die Niederlassung von europäischen Rechtsanwälten in Österreich im EuRAG.⁴⁵ Es regelt die Ausübung der Rechtsanwaltschaft in Österreich durch Staatsangehörige der EU-Mitgliedstaaten, der anderen Vertragsstaaten des EWR-Abkommens sowie durch Staatsangehörige der Schweizerischen Eidgenossenschaft, die berechtigt sind, in ihrem Herkunftsstaat als Rechtsanwalt unter einer der in der Anlage zum EuRAG angeführten Bezeichnungen beruflich tätig zu sein (europäische Rechtsanwälte). Für die Schweiz sind dies der *Advokat*, *Rechtsanwalt*, *Anwalt*, *Fürsprecher*, *Fürsprech/Avocat/Avvocato*.

⁴⁵ EuRAG BGBl. Nr. 27/2000.

1. Bedingungen für die Anerkennung beruflicher Qualifikationen

a. Tätigkeit unter der Berufsbezeichnung des Herkunftsstaates

Gemäss § 9 EuRAG steht es europäischen Anwälten iSd § 1 EuRAG frei, sich in Österreich niederzulassen, und unter der Berufsbezeichnung des Herkunftsstaates auf Dauer die Rechtsanwaltschaft auszuüben. Sie müssen jedoch beantragen, in die österreichische Liste der niedergelassenen europäischen Rechtsanwälte eingetragen zu werden.

Hierfür reicht grundsätzlich, dass sie sich als „europäischer Rechtsanwalt“ iSd EuRAG qualifizieren, d.h. einen im Anhang zum EuRAG spezifizierten Titel in ihrem Herkunftsstaat erworben haben. Gem. § 12 EuRAG werden niedergelassene europäische Rechtsanwälte unter der Berufsbezeichnung tätig, die sie nach dem Recht ihres Herkunftsstaats zu führen berechtigt sind. Sofern diese der österreichischen Berufsbezeichnung "Rechtsanwalt" oder „Anwalt“ entspricht, ist zusätzlich die Berufsorganisation anzugeben, der der europäische Anwalt im Herkunftsstaat angehört (vgl. auch § 8 Abs. 4 RAO). Die im EuRAG verwendete Bezeichnung „europäischer Rechtsanwalt“ ist keine offizielle Berufsbezeichnung und darf gem. § 38 EuRAG als Berufsbezeichnung und in der Werbung nicht verwendet werden. Jede Änderung der Ausübung der Rechtsanwaltschaft im Herkunftsstaat, und jede Änderung ihrer Berufsbezeichnung im Herkunftsstaat ist der österreichischen Rechtsanwaltskammer mitzuteilen.

b. Tätigkeit unter der österreichischen Berufsbezeichnung

Gem. § 18 EuRAG kann die Tätigkeit des europäischen Anwalts in Österreich auch unter der österreichischen Berufsbezeichnung „Rechtsanwalt“ erfolgen, wenn der europäische Anwalt eine **mindestens dreijährige effektive und regelmäßige Tätigkeit als niedergelassener europäischer Rechtsanwalt in Österreich auf dem Gebiet des österreichischen Rechts einschließlich des Gemeinschaftsrechts** nachweist.

Dabei gilt als effektive und regelmäßige Tätigkeit die tatsächliche Ausübung des Berufs ohne Unterbrechung. Letztere werden bei der Beurteilung der Dauer der effektiven und regelmäßigen Tätigkeit nicht eingerechnet. Unterbrechungen auf Grund von Ereignissen des täglichen Lebens bleiben hierbei allerdings außer Betracht. Die Beurteilung der Art der Unterbrechung obliegt der zuständigen Rechtsanwaltskammer, die alle Umstände des Einzelfalls zu beachten und Grund, Dauer und Häufigkeit der Unterbrechung zu berücksichtigen hat.

Gem. § 20 EuRAG kommt dieses Privileg auch demjenigen zu, **der mindestens drei Jahre effektiv und regelmäßig als niedergelassener europäischer Rechtsanwalt in Österreich tätig war und sich im österreichischen Recht nur für kürzere Zeit betätigt hat**, wenn er seine Fähigkeit nachweisen kann, diese Tätigkeit weiter auszuüben.

Gem. § 21 EuRAG kann die Berechtigung zur Tätigkeit als Rechtsanwalt unter der österreichischen Berufsbezeichnung auch durch eine bestandene **Eignungsprüfung** erfolgen (§ 21 EuRAG), wenn der Bewerber Staatsangehöriger eines EU- Mitgliedstaates, eines anderen Vertragsstaates des EWR-Abkommens oder der Schweizerischen Eidgenossenschaft ist, und durch ein dortiges Diplom zum unmittelbaren Zugang zu einem in der Anlage zum EuRAG angeführten Beruf⁴⁶ berechtigt ist.

⁴⁶ Folgende Berufe: Advokat, Rechtsanwalt, Anwalt, Fürsprecher, Fürsprech/Avocat/Avvocato.

2. Anträge

a. Tätigkeit unter Berufsbezeichnung des Herkunftsstaates

Der Antrag auf Eintragung als niedergelassener europäischer Rechtsanwalt in die Liste der Rechtsanwälte ist unter Angabe des Kanzleisitzes im Inland an den Ausschuss der danach zuständigen österreichischen Rechtsanwaltskammer zu richten (§10 Abs. 1 EuRAG).

Dem vorzüglich in deutscher Sprache verfassten Antrag sind folgende weiteren **Unterlagen** beizufügen:

1. ein **Nachweis der Staatsangehörigkeit** eines Mitgliedstaats der Europäischen Union oder eines anderen Vertragsstaats des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum
2. eine **Bescheinigung** der im Herkunftsstaat zuständigen Stelle über die Zugehörigkeit des europäischen Rechtsanwalts zu diesem Beruf, wobei die Rechtsanwaltskammer verlangen kann, dass diese Bescheinigung zum Zeitpunkt ihrer Vorlage nicht älter als drei Monate ist
3. der **Nachweis einer Berufshaftpflichtversicherung oder Garantie** im Sinn des § 15 EuRAG

Hierbei sind der Antrag und die beizufügenden Unterlagen sind - soweit sie vom Bewerber stammen - in deutscher Sprache einzureichen; sonstige Unterlagen sind mit einer beglaubigten Übersetzung vorzulegen, wenn sie nicht in deutscher Sprache abgefasst sind.

Jeder Rechtsanwalt hat grundsätzlich vor Eintragung in die Liste der Rechtsanwälte der Rechtsanwaltskammer den Nachweis einer **Haftpflichtversicherung** gem. § 21 a RAO zu erbringen. In Österreich niedergelassene, europäische Rechtsanwälte sind gem. § 15 EuRAG von einer inländischen Berufshaftpflichtversicherung befreit, wenn sie der Rechtsanwaltskammer eine nach den Vorschriften des Herkunftsstaates bestehende Versicherung oder Garantie nachweisen, die hinsichtlich der Bedingungen sowie des Deckungsumfanges einer Versicherung gem. § 21a RAO gleichwertig ist und auch die berufliche Tätigkeit in Österreich deckt (Haftpflichtversicherung, bei der die Mindestversicherungssumme insgesamt 400 000 Euro für jeden Versicherungsfall beträgt)⁴⁷. Bei fehlender Gleichwertigkeit ist durch eine Zusatzversicherung oder ergänzende Garantie ein Schutz zu schaffen, der den Anforderungen des § 21a der Rechtsanwaltsordnung gleichkommt.

Niedergelassene europäische Rechtsanwälte haben eine vertragliche Vereinbarung mit dem ausländischen Versicherer oder der ausländischen Berufsgarantiekasse zu schließen, die diese zu den im § 21a Abs. 6 RAO geregelten Meldungen an die zuständige Rechtsanwaltskammer verpflichtet, und diese Vereinbarung der Rechtsanwaltskammer nachzuweisen.

Hat der Bewerber diese Erfordernisse erbracht, ist er § 11 Abs. 1 EuRAG in die Liste der niedergelassenen europäischen Rechtsanwälte einzutragen, ohne dass seine Vertrauenswürdigkeit im Sinn des § 5 Abs. 2 RAO zu prüfen wäre. Die Rechtsanwaltskammer hat die zuständige Stelle des Herkunftsstaats von der Eintragung in Kenntnis zu setzen.

b. Tätigkeit unter der österreichischen Berufsbezeichnung

Im Fall des § 18 EuRAG (**Mindestens dreijährige effektiver und regelmäßige Tätigkeit als niedergelassener europäischer Rechtsanwalt in Österreich auf dem Gebiet des österreichischen Rechts einschließlich des Gemeinschaftsrechts**) hat der Bewerber,

⁴⁷ Für Gesellschaften gelten Besonderheiten vgl. unten unter C.

Autriche

der unter der österreichischen Berufsbezeichnung tätig werden will, gem. § 19 EuRAG den Nachweis seiner dreijährigen Tätigkeit und seiner Sachkenntnis zu erbringen. Dies erfolgt gem. § 19 EuRAG durch Auskünfte und Unterlagen, die die Anzahl und die Art der von ihm im österreichischen Recht bearbeiteten Rechtssachen sowie die Dauer seiner Tätigkeit nachweisen (Falllisten mit Aktenzeichen, Gegenstand, Zeitraum, Art und Umfang der Tätigkeit und gegebenenfalls anonymisierte Arbeitsproben wie etwa Schriftsätze), gegebenenfalls ergänzt durch mündliche oder schriftliche Erläuterungen.

Im Fall des § 20 EuRAG (**dreijährige effektiver und regelmäßige Tätigkeit als niedergelassener europäischer Rechtsanwalt in Österreich aber Betätigung im österreichischen Recht nur für kürzere Zeit**), sind folgende Nachweise zu erbringen:

Nachweis der dreijährigen Tätigkeit durch Erteilen aller Auskünfte und Vorlage von Unterlagen, die als Nachweis für seine Kenntnisse und Berufserfahrungen im österreichischen Recht geeignet sind, Anzahl und die Art der von ihm im österreichischen Recht bearbeiteten Rechtssachen sowie die Dauer seiner Tätigkeit belegen (Falllisten mit Aktenzeichen, Gegenstand, Zeitraum, Art und Umfang der Tätigkeit und gegebenenfalls anonymisierte Arbeitsproben wie etwa Schriftsätze) gegebenenfalls ergänzt durch mündliche oder schriftliche Erläuterungen.

Zusätzlich überprüft die Rechtsanwaltskammer in einem **Gespräch**, ob der Bewerber als niedergelassener europäischer Rechtsanwalt auf dem Gebiet des österreichischen Rechts tätig war und ob er zur Ausübung dieser Tätigkeit in der Lage ist. Dabei hat der Inhalt des Gesprächs auf die berufliche Praxis und die Erfahrungen des Bewerbers im österreichischen Recht zu fokussieren. Sämtliche Kenntnisse und Berufserfahrungen im österreichischen Recht, die Teilnahme an Kursen und Seminaren im österreichischen Recht einschließlich des Berufs- und Standesrechts der Rechtsanwälte sind bei der Entscheidung zu berücksichtigen.

Zudem kann die Berechtigung der Tätigkeit als Rechtsanwalt unter der österreichischen Berufsbezeichnung **jederzeit** durch Ablegung einer **Eignungsprüfung** des niedergelassenen europäischen Rechtsanwalts erfolgen (§ 21 EuRAG), wenn der Bewerber Staatsangehöriger eines EU- Mitgliedstaates, eines anderen Vertragsstaates des EWR-Abkommens **oder der Schweizerischen Eidgenossenschaft** ist, und durch ein Diplom zum unmittelbaren Zugang zu einem in der Anlage zum EuRAG angeführten Beruf⁴⁸ berechtigt ist. Wurde das Diplom auf Grund einer Ausbildung erworben, die nicht überwiegend in der EU oder im EWR stattgefunden hat [*Anm.: Das Gesetz erwähnt die Schweizerische Eidgenossenschaft hier nicht explizit*], muss der Bewerber den in der Anlage zum EuRAG angeführten Beruf mindestens drei Jahre rechtmässig ausgeübt haben, was vom Herkunftsstaat zu bescheinigen ist.

Dem Antrag auf Zulassung zur Eignungsprüfung sind gem. § 28 EuRAG folgende **Unterlagen** beizufügen:

1. Diplome, Prüfungszeugnisse bzw. Befähigungsnachweise (§ 24 Abs. 2);
2. ein Nachweis, dass der Bewerber mehr als die Hälfte der Mindestausbildungszeit in einem EU-Staat oder EWR- Staat abgeleistet hat, oder eine Bescheinigung über eine mindestens dreijährige Berufsausübung in einem derartigen Staat; [*Anm.: Das Gesetz erwähnt die Schweizerische Eidgenossenschaft hier nicht explizit*]
3. ein Nachweis der Staatsangehörigkeit eines EU-/EWR-Mitgliedstaats
4. die Bestimmung der Wahlfächer;
5. der Beleg über die Einzahlung der Prüfungsgebühr;

⁴⁸ Folgende Berufe: Advokat, Rechtsanwalt, Anwalt, Fürsprecher, Fürsprech/Avocat/Avvocato.

Autriche

6. allfällige Prüfungszeugnisse die nachweisen, dass der Bewerber in seiner bisherigen Ausbildung oder Berufstätigkeit in einem Prüfungsfach die für die Ausübung des Rechtsanwaltsberufs in Österreich erforderlichen materiellrechtlichen und verfahrensrechtlichen Kenntnisse im österreichischen Recht erworben hat.

Der Antrag und die beizufügenden Unterlagen, soweit sie vom Bewerber stammen, sind in deutscher Sprache einzureichen, sonstige Unterlagen sind mit einer beglaubigten Übersetzung vorzulegen.

Hat der Bewerber die Prüfung bestanden, sind dem in deutscher Sprache einzureichenden Antrag auf Eintragung das Zeugnis über die erfolgreich abgelegte Eignungsprüfung und zum Nachweis der Vertrauenswürdigkeit iSd. § 5 Abs. 2 RAO eine Bescheinigung über die disziplinarische Unbescholtenheit, die Bescheinigung der Konkursfreiheit und ein polizeiliches Führungszeugnis anzuschließen. Diese Bescheinigungen dürfen bei ihrer Vorlage nicht älter als drei Monate sein und sind in beglaubigter Übersetzung vorzulegen.

3. Zuständige Stellen, Verfahren, Fristen

a. Eintragungsantrag

Der **Antrag auf Eintragung** in die Liste der Rechtsanwälte ist an den Ausschuss der zuständigen österreichischen Rechtsanwaltskammer zu richten (§10 Abs. 1, 18, 20, 35 Abs. 2 EuRAG). **Örtlich zuständig** ist die Rechtsanwaltskammer in dem Sprengel, in dem der Antragsteller seinen Kanzleisitz nimmt.

b. Eignungsprüfung

Die Eignungsprüfung wird von einer **Rechtsanwaltsprüfungskommission** durchgeführt. Deren **örtliche Zuständigkeit** richtet sich gem. § 26 Abs. 2 Nr. 4 EuRAG nach dem Herkunftsstaat des Bewerbers, wenn dieser nicht bereits als niedergelassener europäischer Anwalt in Inland tätig ist. Für Bewerber der **Schweizerischen Eidgenossenschaft** ist die Rechtsanwaltsprüfungskommission beim **Oberlandesgericht Innsbruck** zuständig. Über den Antrag auf Zulassung zur Eignungsprüfung wird gem. § 27 EuRAG spätestens vier Monate nach Vorlage der vollständigen Unterlagen durch den Bewerber entschieden.

Beantragt ein **bereits niedergelassener europäischer Rechtsanwalt** die Zulassung zur Eignungsprüfung ist die nach dem **inländischen Kanzleisitz** des niedergelassenen europäischen Rechtsanwalts örtlich zuständige Rechtsanwaltsprüfungskommission.

Die in deutscher Sprache abzulegende Eignungsprüfung besteht **inhaltlich** gem. § 30 EuRAG aus einem schriftlichen und einem mündlichen Teil.

Die **schriftliche Prüfung** umfasst zwei Arbeiten zwingend auf dem Gebiet des Zivilrechts, der Bewerber hat an Hand von Gerichtsakten eine Rechtsmittelschrift gegen eine Entscheidung erster Instanz oder auf Grund einer schriftlichen Information Klage, Klagebeantwortung und Entscheidung auszuarbeiten. Die andere Arbeit ist nach Wahl des Bewerbers auf dem Gebiet des Strafrechts oder des Verwaltungsrechts abzulegen. Bei Wahl des Gebietes Strafrecht ist an Hand von Gerichtsakten eine Rechtsmittelschrift gegen eine Entscheidung erster Instanz, bei Wahl des Gebietes Verwaltungsrecht auf Grund eines Bescheides eine Rechtsmittelschrift oder eine Beschwerde an den Verfassungs- oder an den Verwaltungsgerichtshof auszuarbeiten.

Die **mündliche Prüfung** umfasst zwingend bürgerliches Recht sowie Grundzüge des Arbeitsrechts und des Sozialrechts; Handelsrecht; Berufs- und Standesrecht der Rechtsanwälte sowie rechtsanwaltliches Kostenrecht. Außerdem hat der Bewerber ein Wahlfach (Strafrecht; Verfassungs- und Verwaltungsrecht; bzw. Abgabenrecht) zu wählen, das nicht bereits in der schriftlichen Prüfung behandelt wurde. Die Materien umfassen jeweils auch das zugehörige Verfahrensrecht.

4. Rekursmöglichkeiten

Hat der Bewerber die Eintragungserfordernisse nach § 10 erbracht, ist er § 11 EuRAG in die Liste der niedergelassenen europäischen Rechtsanwälte einzutragen.

Soll die Eintragung verweigert werden, ist der Bewerber vorher zu hören. Bei Verweigerung der Eintragung steht dem Antragsteller ein Rechtsbehelf zu. Gem. § 22, 35 Abs. 1 EuRAG gilt für die Rechtsmittelbefugnis des Bewerbers gegen die Entscheidungen über den Antrag auf Zulassung des Ausschusses der Rechtsanwaltskammer § 5a RAO sinngemäß. Nach § 5a Abs. 1 steht dem Bewerber **gegen die Verweigerung der Eintragung in die Liste der Rechtsanwälte das Recht der Berufung an die Oberste Berufungs- und Disziplinar-kommission** zu.

Der Bewerber kann sich ferner gegen die Entscheidungen der Prüfungskommission im Rahmen der Eignungsprüfung wenden. Hier gelten gem. § 34 EuRAG die Vorschriften des Rechtsanwaltsprüfungsgesetzes. Gegen die Nichtzulassung zur Eignungsprüfung steht ihm über § 34 EuRAG, § 8 RAprüfG unter sinngemässer Anwendung des § 5a RAO das Recht auf Berufung an die Oberste Berufungs- und Disziplinarkommission zu.

Im Hinblick auf die Eignungsprüfung gestattet § 33 EuRAG die zweimalige Wiederholung der Prüfung. Entsprechend § 25 RAprüfG ist erst nach Ablauf eines Zeitraum von wenigstens drei und höchstens zwölf Monaten erneut die Zulassung zur Prüfung zu beantragen.

5. Rechtsstellung der europäischen Anwälte

a. Tätigkeit unter der Berufsbezeichnung des Herkunftsstaates

In Österreich niedergelassene, europäische Rechtsanwälte haben gemäss § 13 EuRAG weitgehend die Stellung eines in die Liste der Rechtsanwälte eingetragenen österreichischen Rechtsanwalts, allerdings **mit einigen Einschränkungen**.

Gemäss § 13 Abs. 1-3 EuRAG sind den in die österreichische Liste der Rechtsanwälte eingetragenen, niedergelassenen europäischen Rechtsanwälten **folgende Tätigkeiten bzw. Stellungen verwehrt**.

1. zu einem Organ der Rechtsanwaltskammer, des Österreichischen Rechtsanwaltskammertags, des Disziplinarrats, der Obersten Berufungs- und Disziplinarkommission sowie zum Kammeranwalt gewählt zu werden
2. Rechtsanwaltsanwärter auszubilden
3. zum Verfahrenshilfe-Rechtsanwalt, Verfahrenshilfe-Verteidiger oder Amtsverteidiger bestellt zu werden;

Niedergelassene europäische Rechtsanwälte haben daher auch keinen Anspruch auf Verwendung der Pauschalvergütung für ihre Alters-, Berufsunfähigkeits- und Hinterbliebenenversorgung.

Gem. § 14 EuRAG haben niedergelassene europäische Rechtsanwälte zudem in Verfahren, in denen sich die Partei durch einen Rechtsanwalt vertreten lassen oder ein Verteidiger beigezogen werden muss, **einen Einvernehmensrechtsanwalt** nach § 5 beizuziehen. Dies gilt allerdings nicht, wenn der niedergelassene europäische Rechtsanwalt eine Eignungsprüfung absolviert hat.

Auriche

Gem. § 17 unterliegen niedergelassene europäische Rechtsanwälte der **Aufsicht** der Rechtsanwaltskammer (§ 23 RAO) und der Disziplinarbehandlung durch den Disziplinarrat und die Oberste Berufungs- und Disziplinarkommission.

Disziplinarstrafen werden nur mit Wirksamkeit für das Inland ausgesprochen.

Die zuständige Stelle des Herkunftsstaats ist hierüber unter Angabe aller zweckdienlichen Einzelheiten und durch Übersendung aller wichtigen Verfahrensentscheidungen zu informieren.

b. Tätigkeit unter der österreichischen Berufsbezeichnung

Sind europäische Rechtsanwälte gem. §§ 19, 20 oder 21 EuRAG berechtigt, die **österreichische Berufsbezeichnung „Rechtsanwalt“** zu verwenden, können sie daneben auch die Berufsbezeichnung des Herkunftsstaats weiterführen.

Den Anwälten kommt dann **weitgehend die gleiche Stellung** eines österreichischen Anwalts mit in Österreich erworbener Berufsqualifikation zu.

B. Freier Dienstleistungsverkehr

Europäische Rechtsanwälte dürfen grundsätzlich, soweit sie Dienstleistungen im Sinn des Art. 49 EG erbringen, in Österreich vorübergehend rechtsanwaltliche Tätigkeiten wie ein in die Liste der Rechtsanwälte einer österreichischen Rechtsanwaltskammer eingetragener Rechtsanwalt erbringen (vgl. § 2 EuRG).

Gemäss der Rechtsprechung des EuGH ist der vorübergehende Charakter einer Dienstleistung unter Berücksichtigung ihrer Dauer, ihrer Häufigkeit, ihrer regelmässigen Wiederkehr und ihrer Kontinuität zu beurteilen.

1. Bedingungen für Anwaltsdienstleistungen

In Ausübung des freien Dienstleistungsverkehrs haben europäische Anwälte die Berufsbezeichnung, die sich im Staat ihrer Niederlassung bzw. Herkunftsstaat nach dem dort geltenden Recht zu führen berechtigt sind, zu verwenden sowie die Berufsorganisation, der sie im Herkunftsstaat angehören, anzugeben. Des Weiteren können europäische Rechtsanwälte in Österreich auf Verlangen des Gerichts oder der Verwaltungsbehörde vor welcher sie ihre Dienstleistung erbringen wollen, angehalten werden, ihre Berechtigung nach § 1 EuRAG nachzuweisen. Wird dieses Verlangen gestellt, so dürfen sie ihre Tätigkeit erst bei erbrachtem Nachweis ausüben. Der Nachweis kann auch von der nach § 7 Abs. 1 EuRAG zuständigen Aufsichtspflicht Rechtsanwaltskammer verlangt werden. Zum Nachweis einer zureichenden Berechtigung für die Ausübung des europäischen Rechtsanwaltes haben sie das Diplom ihres Herkunftsstaates vorzulegen. Sofern die europäischen Rechtsanwälte in Österreich eine Tätigkeit ausüben, die mit der Vertretung oder Verteidigung eines Mandanten im Bereich der Rechtspflege oder vor Behörden zusammenhängt, haben sie vor der erstmaligen Ausübung einer derartigen Tätigkeit in Österreich die zuständige Rechtsanwaltskammer (§ 7 Abs. 1) schriftlich zu verständigen.

2. Anforderungen an die Ausübung der Tätigkeit, Anträge und zuständige Behörden

Zuständig für alle die dienstleistenden europäischen Anwälte betreffenden Fragen ist die Rechtsanwaltskammer am jeweiligen Ort der inländischen Dienstleistungserbringung.

Autriche

Im Rahmen des freien Dienstleistungsverkehrs unterliegen europäische Rechtsanwälte **keiner Registrierungspflicht** in die Liste einer österreichischen Rechtsanwaltskammer (§ 8 EuRAG) und **keiner Kanzleipflicht**. Eine inländische Kanzleieinrichtung dürfen sie nur insoweit unterhalten, als dies zur Erbringung der vorübergehenden Dienstleistungen erforderlich ist. Diese ist die Begründung einer –nach § 8 Satz 2 bei dienstleistenden Anwälten nur eingeschränkt zulässigen Kanzleieinrichtung- schriftlich mitzuteilen (§ 8 Satz 3 EuRAG).

Gemäss § 7 Abs. 1 EuRAG unterliegen dienstleistende europäische Rechtsanwälte bei Ausübung des freien Dienstleistungsverkehrs der **Aufsicht** der Rechtsanwaltskammer (§ 23 RAO) am jeweiligen Ort der inländischen Dienstleistungserbringung. Auch unterstehen sie der Disziplinarbehandlung durch den Disziplinarrat. Hier richtet sich die Zuständigkeit im Disziplinarverfahren nach der Kammerzugehörigkeit des Einvernehmensanwalts und nur subsidiär nach dem Ort der Begehung des Disziplinarvergehens. Schliesslich unterstehen sie auch in sinngemässer Anwendung des Disziplinarstatuts für Rechtsanwälte und Rechtsanwaltsanwärter der obersten Berufungs- und Disziplinarkommission.

3. Rechtsstellung der dienstleistenden europäischen Anwälte

§ 4 EuRAG erläutert Rechte und Pflichten europäischer Rechtsanwälte, welche ihre Dienstleistungen in Österreich erbringen. Grundsätzlich haben dienstleistende europäische Rechtsanwälte die in Österreich geltenden Standesregeln einzuhalten, soweit diese für eine ordnungsgemässe Ausübung des Rechtsanwaltsberufes sowie die Beachtung der Würde des Berufes und der Unvereinbarkeiten nötig sind.

Es gelten allerdings folgende Besonderheiten:

- Die **Zugehörigkeitspflicht** zu einer Rechtsanwaltskammer und die Vorschriften über den **Kanzleisitz** greifen **nicht** (vgl. aber oben § 8 EuRAG).
- In Verfahren mit Anwaltszwang dürfen dienstleistende europäische Rechtsanwälte als Vertreter oder Verteidiger einer Partei gem. § 5 Abs. 1 EuRAG nur im Einvernehmen mit einem in die Liste der Rechtsanwälte einer österreichischen Rechtsanwaltskammer eingetragenen Rechtsanwalt (**Einvernehmensrechtsanwalt**) auftreten, welcher darauf hinzuwirken hat, dass bei Vertretung oder Verteidigung die Erfordernisse einer geordneten Rechtspflege beachtet werden. Das Einvernehmen ist bei der ersten Verfahrenshandlung gegenüber dem Gericht schriftlich nachzuweisen. Dies gilt allerdings nicht, wenn der dienstleistende europäische Rechtsanwalt mit Erfolg eine Eignungsprüfung abgelegt hat (§ 5 Abs. 3 EuRAG).
- Für Zustellungen in gerichtlichen und behördlichen Verfahren haben dienstleistende europäische Rechtsanwälte einen im Inland wohnhaften **Zustellungsbevollmächtigten** zu benennen (§ 6 EuRAG). Wurde kein Zustellungsbevollmächtigter benannt übernimmt diese Aufgabe der Einvernehmensrechtsanwalt.

4. Rekursmöglichkeiten

Disziplinarstrafen sowie einstweilige Massnahmen, die die Berufsausübung des Rechtsanwaltes beschränken, dürfen nur mit Wirksamkeit für das Inland ausgesprochen werden (Verbot, im Inland Dienstleistungen zu erbringen). Massnahmen der Rechtsanwaltskammer gemäss § 23 RAO sind der zuständigen Stelle des Herkunftsstaates mitzuteilen. Der Rekurs gegen Disziplinarstrafen unterliegt der Obersten Berufungs- und Disziplinarkommission, in sinngemässer Anwendung des Disziplinarstatuts für Rechtsanwälte und Rechtsanwaltsanwärter.

C. Zusatzinformationen für Sozietäten

Gem. § 16 haben niedergelassene europäische Rechtsanwälte, die in ihrem Herkunftsstaat einem Zusammenschluss zur gemeinschaftlichen Berufsausübung angehören dies der Rechtsanwaltskammer **mitzuteilen**, die Bezeichnung des Zusammenschlusses und die Rechtsform anzugeben und gegebenenfalls weitere zweckdienliche Auskünfte über den betreffenden Zusammenschluss zu geben.

Im Geschäftsverkehr können niedergelassene europäische Rechtsanwälte die **Bezeichnung ihres Zusammenschlusses im Herkunftsstaat** führen und ihre Tätigkeit auch im Rahmen einer Zweigniederlassung dieser Gesellschaft ausüben. Die **Rechtsform** des Zusammenschlusses im Herkunftsstaat ist allerdings anzugeben.

Im Fall ausländischer Anwaltszusammenschlüsse, in einer Rechtsform die zu nur **beschränkter Haftung führt**, gelten zum Mandanten- und Drittschutz zusätzliche Vorschriften im Hinblick auf die Versicherungspflicht.

Gem. § 15 Abs. 1 EuRAG IVm. § 21a RAO sind niedergelassene europäische Rechtsanwälte nur von der Verpflichtung zum Abschluss der Berufshaftpflichtversicherung befreit, wenn sie der Rechtsanwaltskammer eine nach den Vorschriften des Herkunftsstaats bestehende Versicherung oder Garantie nachweisen, die hinsichtlich der Bedingungen und des Deckungsumfangs einer Versicherung nach § 21a RAO gleichwertig ist. Bei einer Rechtsanwalts-Gesellschaft in Form einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung muß die Mindestversicherungssumme zudem insgesamt **2 400 000 Euro** für jeden Versicherungsfall betragen. Wird die Berufshaftpflichtversicherung nicht oder nicht im vorgeschriebenen Umfang unterhalten, so haften neben der Gesellschaft auch die Rechtsanwalts-Gesellschafter unabhängig davon, ob ihnen ein Verschulden vorzuwerfen ist, persönlich in Höhe des fehlenden Versicherungsschutzes.

FRANCE

I. INTRODUCTION⁴⁹

A. Sources normatives pertinentes

1. Législation primaire

- Loi n° 2004-130 du 11 février 2004 réformant le statut de certaines professions judiciaires ou juridiques
- Loi n° 71-1130 du 31 décembre 1971 relative aux conditions d'accès à la profession d'avocat
- Loi n° 66-879 du 29 novembre 1966 relative aux sociétés civiles professionnelles.

2. Législation secondaire (règlement, arrêté, décret, directive administrative)

- Décret n° **93-492 du 25 mars 1993** modifié par le décret n° 2004-852 du 23 août 2004, pris pour l'application à la profession d'avocat du titre IV de la loi n° 90-1258 du 31 décembre 1990 relative à **l'exercice sous forme de sociétés des professions libérales** soumises à un statut législatif ou réglementaire ou dont le titre est protégé
- Décret n° **92-680 du 20 juillet 1992**, article 43 pris pour l'application à la **profession d'avocat** de la loi n° 66-879 du 29 novembre 1966 relatives aux **sociétés professionnelles**
- Décret n° **91-1197 du 27 novembre 1991** organisant la **profession d'avocat**, précisément en son article 99 modifié par le décret n°2005-626 du 30 mai 2005, article 7.

B. Interrelation avec le droit européen

La Directive 77/249 du conseil, du 22 mars 1977, tendant à faciliter l'exercice effectif de la libre prestation de service par les avocats **a été transposée par les mesures nationales suivantes** :

- [Décret n° 2004-1123, 2004-10-14, relatif aux conditions d'inscription et d'exercice des avocats ressortissants des Etats membres de la Communauté européenne ou de la Confédération suisse](#)
- [Decret n° 91-1197, 1991-11-27, organisant la profession d'avocat](#)
- [Loi n° 90-1259, 1990-12-31, portant réforme de certaines professions judiciaires et juridiques](#)
- [Decret n° 79-223, 1979-03-13, fixant pour l'année 1979 le montant et les modalités de versement de la contribution due par chaque régime de prestations familiales du fonds d'action sociale pour les travailleurs migrants.](#)

La Directive 89/48/CEE du 21 décembre 1988 relative à un système de reconnaissance des diplômes d'enseignement supérieur qui **sanctionnent des formations professionnelles d'une durée minimale de trois ans** a été transposée par les mesures nationales suivantes :

⁴⁹ Remarque préalable : le présent rapport est inspiré des présentations mises à disposition en ligne par le Conseil national des barreaux (<http://www.cnb.avocat.fr/>).

France

- [Décret n° 2004-1123, 2004-10-14, relatif aux conditions d'inscription et d'exercice des avocats ressortissants des Etats membres de la Communauté européenne ou de la Confédération suisse](#)
- [Ordonnance n° 2001-199, 2001-03-01, relative à la transposition des directives 89/48/CEE du Conseil du 21 décembre 1988 et 92/51/CEE du Conseil du 18 juin 1992 prévoyant un système général de reconnaissance des diplômes d'enseignement supérieur et des formations professionnelles](#)
- [Arrêté n° 1993-01-07, fixant le programme et les modalités de l'examen de contrôle des connaissances prévu à l'article 100 du décret 911197 du 27-11-1991 organisant la profession d'avocat.](#)

II. RAPPORT

A. Liberté d'établissement

Il convient de distinguer **deux hypothèses** : celle dans laquelle l'avocat **exerce en France sous son titre professionnel d'origine**, et celle dans **lequel il exerce avec le titre français d'avocat**.

1. Conditions pour la reconnaissance de la qualification professionnelle

1.1 Les avocats exerçant avec leur titre professionnel d'origine

L'article 83 de la loi 71-1130 portant **réforme de certaines professions judiciaires et juridiques** énonce que tout ressortissant de l'un des États membres de la Communauté européenne **peut exercer en France la profession d'avocat à titre permanent sous son titre professionnel d'origine**, à l'exclusion de tout autre, si ce titre professionnel figure sur une liste fixée par décret.

Dans cette hypothèse, l'avocat est **inscrit sur une liste spéciale du barreau de son choix**. Cette inscription est « **de droit** sur production d'une **attestation délivrée par l'autorité compétente** de l'État membre de la Communauté européenne auprès de laquelle il est inscrit, établissant que ladite autorité **lui reconnaît le titre** » (art. 84 de la loi 71-1130).

Le professionnel doit être **ressortissant de l'Union Européenne ou de la Suisse et titulaire de l'un des titres professionnels** indiqués à l'art. 201 du décret n°91-1197⁵⁰.

1.2 Les avocats souhaitant obtenir le titre français d'avocat

Il convient de distinguer entre les personnes ayant acquis la qualité d'avocat dans un État membre de la **Communauté européenne ou dans un autre État partie à l'accord sur l'Espace économique européen ou dans la Confédération helvétique (A)** et les personnes qui ont acquis cette qualité dans un État n'appartenant **pas** à l'une de ces entités (B).

⁵⁰ En Belgique : avocat, advocaat, rechtsanwalt ; - en République tchèque : advokajt ; - au Danemark : advokat ; - en Allemagne : rechtsanwalt ; - en Estonie : vandeadvokaat ; - en Grèce : dikigoros ; - en Espagne : abogado, advocat, avogado, abokatu ; - en Irlande : barrister, solicitor ; - en Italie : avvocato ; - à Chypre : dikigoros ; - en Lettonie : zverinats advokalts ; - en Lituanie : advokatas ; - au Luxembourg : avocat ; - en Hongrie : ügyvéd ; - à Malte : avukat, prokuratur legali ; - aux Pays-Bas : advocaat ; - en Autriche : rechtsanwalt ; - en Pologne : adwokat, radca prawny ; - au Portugal : advogado ; - en Slovénie : odvetnik, odvetnica ; - en Slovaquie : advokajt, komercpn prajvnik ; - en Finlande : asianajaja, advokat ; - en Suède : advokat ; - au Royaume-Uni : advocate, barrister, solicitor ; - en Suisse : avocat, advokat, anwalt, fürsprecher, fürsprech, avvocato, rechtsanwalt.

France

A. *Les avocats d'un État membre de l'Union Européenne, de l'Espace économique européen ou de la Suisse*

L'article 99 du décret n°91-1197 du 27 novembre 1991 a transposé en droit français la directive 89/48/CEE sur la **reconnaissance mutuelle des diplômes**. Cette disposition permet, sous **certaines conditions**, aux ressortissants d'un État membre de la Communauté, de l'Espace Economique Européen et de **la Suisse**, non titulaires du CAPA, **de devenir avocats en France**.

Suivant cet article, peuvent être inscrites au tableau du barreau les personnes qui ont :

- suivi avec succès un cycle d'études postsecondaires d'une durée minimale de trois ans ou d'une durée équivalente à temps partiel dans une université ou dans un établissement d'enseignement supérieur ou dans un autre établissement d'un niveau équivalent de formation et, le cas échéant, la formation professionnelle requise en plus de ce cycle d'études,
- et qui ont, alternativement,

obtenu les **diplômes** permettant l'exercice de la profession dans un État membre de la Communauté européenne ou dans un autre État partie à l'accord sur l'Espace économique européen ou dans la **Confédération helvétique** délivrés :

- soit par l'autorité compétente de cet État et sanctionnant une formation acquise de façon prépondérante dans l'Espace économique européen ;
- soit par **un pays tiers**, à condition que soit fournie **une attestation émanant de l'autorité compétente de l'État membre** ou partie qui a **reconnu** les diplômes, certificats ou autres titres, certifiant que leur titulaire a une **expérience professionnelle de trois ans au moins dans cet État** ;

exercé la profession à plein temps pendant deux ans au moins au cours des dix années précédentes dans un État membre ou partie qui ne réglemente pas l'accès ou l'exercice de cette profession, à condition que cet exercice soit attesté par l'autorité compétente de cet État. Toutefois, la condition d'expérience professionnelle de deux ans n'est pas exigée lorsque le ou les titres de formation détenus par le demandeur sanctionnent une formation réglementée directement orientée vers l'exercice de la profession.

L'intéressé doit ensuite réussir un **examen d'aptitude**, à moins que les connaissances qu'il a acquises au cours de son expérience professionnelle **ne soient de nature à rendre cette vérification inutile**. L'examen d'aptitude sera notamment requis si la formation du candidat porte sur des **matières substantiellement différentes** de celles qui figurent aux programmes d'accès à un centre régional de formation professionnelle et du certificat d'aptitude à la profession d'avocat.

Régime d'exception

Par dérogation au système mis en place, certains professionnels de l'Union Européenne ou de la Suisse **se voient exonérés** du passage de cette épreuve. Les articles 89 et 90 de loi 71-1130 prévoient en effet un **système assoupli d'obtention du titre français d'avocat** au bénéfice des avocats justifiant **d'une activité effective et régulière sur le territoire national d'une durée au moins égale à trois ans en droit français**. Peut également bénéficier de ce système dérogatoire l'avocat exerçant sous son titre professionnel d'origine qui justifie d'une activité effective et régulière sur le territoire national d'une **durée au moins égale à trois ans mais d'une durée moindre en droit français**. Dans cette dernière hypothèse, le **conseil de l'ordre apprécie le caractère effectif et régulier** de l'activité exercée ainsi que la capacité de l'intéressé à la poursuivre.

France

- B. *Les avocats ayant acquis cette qualité dans un État ou une unité territoriale n'appartenant ni à l'Union Européenne, ni à l'Espace économique européen, ni à la Suisse*

L'article 11 dernier alinéa de la loi n°71-1130 du 31 décembre 1971 et l'article 100 du décret n°91-1197 du 27 novembre 1991 permettent à une personne ayant obtenu la qualité d'avocat dans un État n'appartenant pas à l'Union Européenne **d'être inscrite à un Barreau français après avoir réussi un examen de contrôle des connaissances en droit français.**

Deux conditions parmi celles requises pour pouvoir être autorisé à se présenter à l'examen revêtent une **importance particulière.**

- Il faut tout d'abord justifier de la **possession de la qualité d'avocat** inscrit à un Barreau dans un Etat non communautaire à la date de présentation de la demande auprès du Conseil National des Barreaux.
- D'autre part, le candidat, s'il ne possède pas la nationalité d'un Etat membre de l'Union européenne, de l'Espace Economique Européen ou la nationalité suisse **doit justifier de la réciprocité avec son Etat d'origine.**

2. Demande pour la reconnaissance et son contenu

2.1 Les avocats exerçant avec leur titre professionnel d'origine

L'avocat s'inscrit au **barreau de son choix**. Chaque **tribunal de grande instance** a un barreau. Il lui faut donc s'adresser directement au barreau auprès duquel il souhaite exercer⁵¹.

2.2 Les avocats souhaitant obtenir le titre français d'avocat

- A. *Les avocats d'un État membre de l'Union Européenne, de l'Espace économique européen ou de la Suisse*

La requête afin d'être autorisé à se présenter à cet examen doit être adressée au **Président du Conseil National des Barreaux** par lettre recommandée avec avis de réception.

La requête doit comprendre :

- l'exposé du **fondement juridique** de la saisine du Conseil National des Barreaux ;
- l'indication du **choix du Centre Régional de Formation Professionnelle d'avocats (CRFPA)** devant lequel le candidat souhaite passer les épreuves de l'examen de contrôle des connaissances.

Les pièces doivent être produites **en original** ou en **copie certifiée conforme** et être, le cas échéant, **traduites en langue française par un traducteur inscrit sur la liste nationale des experts judiciaires** ou sur l'une des listes d'experts judiciaires dressées par les cours d'appel. Le dossier doit être adressé en **deux exemplaires** au Conseil National des Barreaux. A défaut de l'une ou l'autre pièce du dossier, le requérant se voit **notifier l'incomplétude du dossier et est invité à y remédier.**

Le Conseil national des barreaux se prononce par **décision motivée** dans un délai de **quatre mois** à compter de la réception du dossier de l'intéressé. **A défaut de notification**

⁵¹ La liste des coordonnées des barreaux français est accessible sur le site internet du Conseil national des barreaux à l'adresse suivante : http://www.cnb.avocat.fr/VieProfessionAvocat/VPA_vie_barreaux_CoordonneesBarreaux.php.

France

d'une décision dans ce délai, la demande est rejetée et l'intéressé peut se pourvoir devant la Cour d'appel de Paris.

La décision du Conseil National des Barreaux est notifiée, par lettre recommandée avec avis de réception, dans les **quinze jours au candidat ainsi qu'au Centre Régional de Formation Professionnelle d'avocats** qu'il a choisi (le dossier complet du candidat est également joint). La décision du Conseil national des barreaux fixant la liste des candidats admissibles à l'examen **précise les matières sur lesquelles ceux-ci doivent être interrogés** compte tenu de leur formation initiale et de leur expérience professionnelle.

Le président du Conseil d'administration du CRFPA adresse, par lettre recommandée avec demande d'avis de réception, une **convocation individuelle** au candidat au moins un **mois avant la date de la première épreuve**. Il fixe également les **dates** et lieux des épreuves.

Le jury du CRFPA **arrête les sujets des épreuves**. Chacune des matières mentionnées dans la décision du Conseil National des Barreaux fait l'objet d'une **épreuve orale de vingt minutes environ**, après une **préparation d'une demi-heure**.

Dans l'hypothèse où **quatre épreuves** sont imposées au candidat, le Conseil National des Barreaux en détermine **une qui fera l'objet d'une épreuve écrite d'une durée de quatre heures**. Les candidats sont autorisés à se servir de codes et recueils de lois et décrets comportant des références d'articles de doctrine et de jurisprudence. Sont toutefois exclus les codes annotés et commentés par des professionnels du droit. Il est interdit de se **présenter plus de trois fois** à l'examen d'aptitude.

Tableau relatif à l'utilisation de cette voie d'accès⁵²

	2000	2001
Dossiers déposés	54	60
Décisions positives	52	63

Régime d'exception

Dans le cadre du régime d'exception prévu à l'article 89 de la loi 71-1130 (voir *supra*), et dès lors que le candidat satisfait aux conditions de cet article, **le conseil de l'ordre ne peut refuser son inscription que sur le fondement des dispositions de l'article 11 (4°, 5° et 6°) visant les cas d'incompatibilité ou d'atteinte à l'ordre public.**

B. Les avocats ayant acquis cette qualité dans un État ou une unité territoriale n'appartenant ni à l'Union Européenne, ni à l'Espace économique européen, ni à la Suisse

La requête afin d'être autorisé à se présenter à cet examen doit être adressée au **Président du Conseil National des Barreaux** par lettre recommandée avec avis de réception.

La requête doit comprendre :

- l'exposé du **fondement juridique de la saisine** du Conseil National des Barreaux ;

⁵² Source : Conseil national des barreaux : http://www.cnb.avocat.fr/VieDuConseil/VDC_viedescommissions_admission.php.

France

- l'indication du **choix** du Centre Régional de Formation Professionnelle d'avocats devant lequel le candidat souhaite passer les épreuves de l'examen de contrôle des connaissances ;
- l'indication de la **matière choisie pour la deuxième épreuve** de rédaction d'une consultation juridique.

Les pièces doivent être produites **en original ou en copie certifiée conforme** et être, le cas échéant, traduites en **langue française par un traducteur y habilité** (traducteur inscrit sur la liste nationale des experts judiciaires ou sur l'une des listes d'experts judiciaires dressées par les Cours d'appel).

Le dossier doit être adressé en **deux exemplaires** au Conseil National des Barreaux. Celui-ci se prononce par **décision motivée** dans un **délai de quatre mois** à compter de la délivrance du récépissé et notifie sa décision au candidat par lettre recommandée avec accusé de réception. En cas d'incomplétude du dossier, le candidat est **invité à produire les pièces complémentaires nécessaires à l'instruction de son dossier**.

La décision du Conseil National des Barreaux est notifiée, par lettre recommandée avec avis de réception, dans les **quinze jours** au candidat et au Centre Régional de Formation Professionnelle d'avocats choisi par le candidat. Le candidat a la possibilité de **contester la décision** du Conseil National des Barreaux **devant la Cour d'appel de Paris** dans le délai d'un **mois** suivant sa notification.

Les **dates et lieux des épreuves** sont fixés par le Président du Conseil d'Administration du Centre, qui adresse par lettre recommandée avec **demande d'avis de réception** une convocation individuelle au candidat au moins un **mois avant la date de la première épreuve**.

La convocation précise, le cas échéant, les épreuves **dont le candidat a été dispensé** par décision du Conseil National des Barreaux au vu de ses travaux universitaires ou scientifiques. L'examen de contrôle des connaissances comprend :

- deux épreuves écrites d'une durée de trois heures chacune :
 - une épreuve de conclusions en matière civile ;
 - une épreuve de rédaction d'une consultation juridique dans une matière choisie par le candidat en droit administratif, droit commercial, droit du travail ou droit pénal ; les trois matières non choisies par le candidat ne font pas l'objet d'un examen.
- deux épreuves orales :
 - un exposé de **vingt minutes environ**, après une préparation d'**une heure** sur un sujet tiré au sort par le candidat, portant sur la procédure civile, pénale ou administrative, ou l'organisation judiciaire française ;
 - un **entretien avec le jury** portant notamment sur la réglementation et la **déontologie** de la Profession.

Le jury arrête les **sujets** des épreuves écrites auxquelles doit être soumis le candidat. Les candidats sont autorisés à se servir de codes et recueils de lois et décrets comportant des références d'articles de doctrine et de jurisprudence, à l'exclusion toutefois de codes annotés et commentés par des professionnels du droit. Les candidats ne peuvent se présenter plus de **trois fois** à l'examen de contrôle des connaissances en droit français.

France

Les CRFPA de Paris et de Versailles organisent chacun **une session** d'examens par année : mars ou avril pour Paris et novembre pour Versailles. Les autres Centres organisent également des sessions dont les dates peuvent être connues en les contactant.

Tableau relatif à l'utilisation de cette voie d'accès⁵³

	2000	2001
Dossiers déposés	91	128
Décisions positives	63	104

3. Autorité compétente, instruction, procédure, délais

3.1 Les avocats souhaitant exercer avec leur titre professionnel d'origine

Les avocats souhaitant exercer avec leur titre professionnel d'origine **doivent s'inscrire au barreau** auprès duquel ils souhaitent travailler⁵⁴.

3.2 Les avocats souhaitant obtenir le titre français

A. *Les avocats d'un État membre de l'Union Européenne, de l'Espace économique européen ou de la Suisse*

La requête afin d'être autorisé à se présenter à l'examen **doit être adressée au Président du Conseil National des Barreaux** par lettre recommandée avec **avis de réception** à l'adresse suivante : **Conseil National des Barreaux 22, rue de Londres 75 009 Paris.**

Régime d'exception

Les personnes visées à l'article 89 de la loi 71-1130 doivent adresser **leur demande au conseil de l'ordre du barreau** au sein duquel elles entendent exercer sous le titre d'avocat.

B. *Les avocats ayant acquis cette qualité dans un État ou une unité territoriale n'appartenant ni à l'Union Européenne, ni à l'Espace économique européen, ni à la Suisse*

La requête afin d'être **autorisé à se présenter** à l'examen doit être adressée au Président du Conseil National des Barreaux par lettre recommandée avec avis de réception à l'adresse suivante : **Conseil National des Barreaux 22, rue de Londres 75 009 Paris**

4. Décision et possibilité de recours

4.1 Les avocats souhaitant exercer avec leur titre professionnel d'origine

Sans objet. La **reconnaissance est de droit.**

4.2 Les avocats souhaitant obtenir le titre français d'avocat

A. *Les avocats d'un État membre de l'Union Européenne, de l'Espace économique européen ou de la Suisse*

⁵³ Source : Conseil national des barreaux : http://www.cnb.avocat.fr/VieDuConseil/VDC_viedes-commissions_admission.php.

⁵⁴ La liste des coordonnées des barreaux français est accessible sur le site internet du Conseil national des barreaux à l'adresse suivante : http://www.cnb.avocat.fr/VieProfessionAvocat/VPA_vie_barreaux_Co-ordonneesBarreaux.ph.

France

Dans le délai d'**un mois** suivant sa notification ou, à défaut de notification, à l'**issue d'un délai de quatre mois**, le candidat a la possibilité de **contester** la décision du Conseil National des Barreaux devant la Cour d'appel de Paris.

B. Les avocats ayant acquis cette qualité dans un État ou une unité territoriale n'appartenant ni à l'Union Européenne, ni à l'Espace économique européen, ni à la Suisse

Dans le **délai d'un mois** suivant sa notification ou, à défaut de notification, à l'issue d'un **délai de quatre mois**, le candidat a la possibilité de contester la décision du Conseil National des Barreaux devant la Cour d'appel de Paris.

5. Effets de la reconnaissance

5.1 Les avocats exerçant avec leur titre professionnel d'origine

Les avocats exerçant avec leur titre professionnel d'origine **exercent leurs fonctions dans les mêmes conditions qu'un avocat inscrit au barreau français**. Ils sont notamment soumis aux **règles professionnelles françaises**. En cas de manquement à celles-ci, le bâtonnier **adresse à l'autorité compétente de l'État dans lequel le titre professionnel a été acquis les informations utiles sur la procédure disciplinaire envisagée** (art. 203-1 du décret n°91-1197 du 27 novembre 1991 organisant la profession d'avocat).

Les avocats exerçant à titre permanent sous leur titre professionnel d'origine sont tenus de s'assurer pour les risques et selon les règles prévues à l'article 27 de la loi n° 71-1130⁵⁵, conformément aux dispositions de l'article 86 alinéa 1^{er} de cette même loi.

5.2 Les avocats souhaitant obtenir le titre français d'avocat

A. Les avocats d'un État membre de l'Union Européenne, de l'Espace économique européen ou de la Suisse

L'admission est **prononcée par le jury** au vu de la moyenne obtenue par le candidat à l'épreuve ou aux épreuves qu'il a subies. Cette moyenne doit être au moins égale à 10 sur 20. La réussite aux examens est sanctionnée par la délivrance, par le Président du Centre d'examen, d'une **attestation qui permet au candidat de demander son inscription auprès du Barreau français de son choix** et d'exercer, après **prestation de serment**, sous le titre professionnel français d'« avocat ».

Régime d'exception

Les personnes bénéficiant du régime d'exception prévu à l'article 89 de la loi 71-1130 **sont inscrites au barreau après avoir prêté serment**.

B. Les avocats ayant acquis cette qualité dans un État ou une unité territoriale n'appartenant ni à l'Union Européenne, ni à l'Espace économique européen, ni à la Suisse

⁵⁵

Article 27 de la loi n° 71-1130 : «Il doit être justifié, soit par le barreau, soit collectivement ou personnellement par les avocats, soit à la fois par le barreau et par les avocats, d'une assurance garantissant la responsabilité civile professionnelle de chaque avocat membre du barreau, en raison des négligences et fautes commises dans l'exercice de leurs fonctions. Il doit également être justifié d'une assurance au profit de qui il appartiendra, contractée par le barreau ou d'une garantie affectée au remboursement des fonds, effets ou valeurs reçus. Les responsabilités inhérentes aux activités visées au deuxième alinéa de l'article 6 et à l'article 6 bis sont supportées exclusivement par les avocats qui les exercent ; elles doivent faire l'objet d'assurances spéciales qui sont contractées à titre individuel ou collectif, dans les conditions fixées par la loi du 13 juillet 1930 relative au contrat d'assurance. »

France

La réussite aux examens est **sanctionnée par la délivrance, par le Président du Centre d'examen, d'une attestation** qui permet de demander son inscription auprès du Barreau français de son choix et d'exercer, **après prestation de serment, sous le titre professionnel français d'« avocat »**.

B. Liberté de prestation de services

Les articles 202 à 203-1 du décret n°91-1197 du 27 novembre 1991 visent cette question.

1. Conditions pour l'autorisation à la prestation des services

Le professionnel doit être ressortissant de l'Union Européenne ou de la Suisse et titulaire de l'un des **titres professionnels suivants indiqués à l'art. 201** du décret n° 91-1197.

2. Demande pour l'autorisation et son contenu

Le décret **ne fait pas état** de la nécessité d'une autorisation. Toutefois, le **procureur général** près la Cour d'appel dans le ressort de laquelle est assurée la prestation de services, le **bâtonnier de l'ordre des avocats** territorialement compétent, le **président et les membres de la juridiction ou de l'organisme juridictionnel ou disciplinaire** ou le représentant qualifié de **l'autorité publique** devant lequel se présente l'avocat peuvent lui demander de **justifier de sa qualité** (art. 202). Les avocats **font usage en France de leur titre, exprimé dans la ou l'une des langues de l'État où ils sont établis**, accompagné du nom de l'organisme professionnel dont ils relèvent ou de celui de la juridiction auprès de laquelle ils sont habilités à exercer en application de la législation de cet État (art. 202).

L'avocat assure la représentation ou la défense de son client en justice ou devant les autorités publiques **dans les mêmes conditions qu'un avocat inscrit au barreau français**. Il **respecte les règles professionnelles françaises, sans préjudice des obligations non contrares qui lui incombent dans l'État dans lequel il est établi**.

En matière civile, lorsque la représentation est **obligatoire** devant le tribunal de grande instance, **il ne peut se constituer qu'après avoir élu domicile auprès d'un avocat établi près le tribunal saisi et auquel les actes de la procédure sont valablement notifiés**. Il joint à l'acte introductif d'instance ou à la constitution en défense, selon le cas, un document, signé par cet avocat, **attestant l'existence d'une convention qui autorise l'élection de domicile pour l'instance considérée**. Devant la Cour d'appel, il doit agir de **concert avec un avoué près cette Cour d'appel** ou un avocat habilité à représenter les parties devant elle (art. 202-1).

A tout moment, l'un ou l'autre des avocats signataires de la convention mentionnée à l'alinéa précédent **peut y mettre fin par dénonciation notifiée à son confrère** ainsi qu'aux avocats **représentant les autres parties**, sous réserve **qu'un autre avocat ait été désigné par l'avocat prestataire de service mentionné à l'article 201**. La partie la plus diligente en avise la **juridiction** en lui communiquant le **nom de l'avocat chez qui il a été temporairement élu domicile** (art. 202-1).

C. Sociétés professionnelles

1. Ouverture d'une succursale

Le décret n°92-680 du 20 juillet 1992 pris pour l'application à la profession d'avocat de la loi n°66-879 du 20 novembre 1966 relative aux **sociétés civiles professionnelles ne prévoit pas de dispositions spéciales** visant le cas de l'ouverture d'une **succursale d'une société étrangère**. Il dispose en son article 2 que les **sociétés civiles professionnelles d'avocats**

France

« peuvent être constituées entre avocats inscrits au tableau ou sur la liste du stage appartenant soit au même barreau, soit à des barreaux différents ».

Il apparaît donc que les avocats étrangers **ayant obtenu le titre français ne rencontrent pas** de difficulté pour l'ouverture **d'une succursale d'une société étrangère. Nous n'avons toutefois pas à ce jour pu déterminer si l'article 2 inclut les avocats justifiant d'un titre étranger.**

2. Liberté de prestations de services

L'article 83 de la loi 71-1130 et les articles 200 et suivants du décret 91-1197 introduisent la possibilité pour tout ressortissant de l'un des États membres de la Communauté européenne et de la Suisse d'exercer en France la profession d'avocat sous son titre professionnel d'origine⁵⁶. L'article 87 de cette même loi précise qu'il **peut**, « **après en avoir informé le conseil de l'ordre qui a procédé à son inscription, exercer au sein ou au nom d'un groupement d'exercice régi par le droit de l'État membre où le titre a été acquis** ».

Cet article soumet cette faculté à **certaines conditions** :

- 1° Que plus de la moitié du capital et des droits de vote soit détenue par des personnes exerçant au sein ou au nom du groupement d'exercice sous le titre d'avocat ou sous l'un des titres figurant sur la liste prévue à l'article 83 ;
- 2° Que le complément du capital et des droits de vote soit détenu par des personnes exerçant la profession d'avocat, sous le titre d'avocat ou sous l'un des titres figurant sur la liste prévue à l'article 83, ou par des personnes exerçant l'une des autres professions libérales juridiques ou judiciaires soumises à un statut législatif ou réglementaire ou dont le titre est protégé ;
- 3° Que les titulaires des pouvoirs de direction, d'administration et de contrôle exercent leur profession au sein ou au nom du groupement ;
- 4° Que l'usage de la dénomination du groupement soit réservé aux seuls membres des professions mentionnées au 1°.

Lorsque les conditions prévues aux 1° à 4° ne sont pas remplies, **l'intéressé peut toutefois faire mention de la dénomination du groupement** au sein ou au nom duquel il exerce dans l'Etat d'origine (art. 87).

⁵⁶ Les dispositions du décret visent expressément les avocats ressortissants de la Confédération suisse. Ils ne sont en revanche pas mentionnés dans la loi. S'agit-il d'un oubli du législateur ? Nous n'avons pas à ce jour trouvé de réponse précise à cette interrogation.

ITALIE

I. INTRODUZIONE

A. Fonti normative

- **Decreto legislativo 2 febbraio 2001, n. 96** (qui di seguito il « **Decreto** ») recante « Attuazione della Direttiva 98/5/CE volta a facilitare l'**esercizio permanente della professione di avvocato** in uno stato membro diverso da quello in cui è stata acquisita la qualifica professionale »
- **Regio decreto-legge 27 novembre 1933, n. 1578** recante «**Ordinamento delle professioni di avvocato e procuratore**», convertito, con modificazioni, dalla legge 22 gennaio 1934, n. 36, e ulteriormente modificato con legge 23 novembre 1939, n. 1949, e con legge 24 febbraio 1997, n. 27
- [legge n. 364 del 15 novembre 2000](#) di « Ratifica dell'Accordo tra la Comunità europea ed i suoi Stati membri e la Confederazione svizzera del 21 giugno 1999 »
- **Legge 9 febbraio 1982, n. 31** recante « Libera **prestazione di servizi** da parte degli avvocati cittadini degli Stati membri delle Comunità europee ».

B. Interrelazione con il diritto europeo

La [legge n. 364 del 15 novembre 2000](#) ha ratificato per l'Italia l'Accordo tra la Comunità europea ed i suoi Stati membri e la Confederazione svizzera del 21 giugno 1999 (l'« **Accordo** »). L'Accordo disciplina la **libera circolazione delle persone** tra la Comunità Europea e la Confederazione Svizzera e **stabilisce l'applicabilità delle direttive comunitarie in tema di riconoscimento delle qualifiche professionali anche ai cittadini elvetici**. Pertanto, sono state introdotte agevolazioni **tali da rendere di fatto la situazione dei cittadini elvetici analoga a quella dei cittadini comunitari**. Viene in particolare in considerazione l'art. 9 dell'Accordo, il cui testo è il seguente.

« **Articolo 9 – Diplomi certificati e altri titoli**

Per agevolare ai cittadini degli Stati membri della Comunità europea e della Svizzera l'accesso alle attività dipendenti e autonome e il loro esercizio, nonché la prestazione di servizi, le parti contraenti adottano, conformemente all'allegato III, le misure necessarie per quanto riguarda il **riconoscimento reciproco dei diplomi dei certificati e di altri titoli** e il coordinamento delle disposizioni legislative, regolamentari e amministrative delle parti contraenti in materia di accesso alle attività dipendenti e autonome e dell'esercizio di queste, nonché di prestazione di servizi ».

In base all'Accordo dunque, i professionisti che intendano ottenere il riconoscimento del titolo professionale conseguito nella Confederazione Svizzera possono presentare domanda al **Ministero competente** – per la [professione di avvocato, il Ministero della Giustizia](#) – ed inviando la documentazione necessaria. Qui di seguito si esaminano le **condizioni ed effetti del riconoscimento in Italia dei titoli acquisiti in Svizzera**.

II. RAPPORTO

A. Libertà di stabilimento

L'esercizio permanente in Italia dalla professione di avvocato da parte di cittadini di uno Stato membro dell'Unione europea – e, per il tramite dell'Accordo, di un **cittadino elvetico** – in possesso del titolo professionale d'origine, è disciplinato dai titoli I e III del **Decreto legislativo 2 febbraio 2001, n. 96** (il « **Decreto** »). Il titolo professionale che i **cittadini elvetici** possono utilizzare per l'esercizio in Italia della professione di avvocato è quello di « **avvocato/avocat/Rechtsanwalt** » (Art. 2 del Decreto).

Ai fini del Decreto si considera: « **Stato membro di origine** », lo Stato membro dell'Unione europea nel quale il cittadino di uno degli Stati membri ha acquisito il titolo professionale che lo abilita all'esercizio della professione di avvocato in detto Stato; « **titolo professionale di origine** », uno dei titoli professionali acquisito in uno degli Stati membri e, per effetto dell'Accordo, in Svizzera, prima dell'esercizio in Italia della professione di avvocato; « **titolo di avvocato** », il titolo professionale acquisito in Italia, mediante **iscrizione nell'albo degli avvocati**.

Il Decreto effettua una **distinzione importante** tra **due** qualifiche professionali che può rivestire in Italia il cittadino svizzero che ha il titolo di « avvocato/avocat/Rechtsanwalt » :

- « **avvocato stabilito** » è il cittadino elvetico che esercita stabilmente in Italia la professione di avvocato **con il titolo professionale di origine** e che è iscritto in una « sezione speciale » dell'albo degli avvocati. L'**avvocato « stabilito** ha diritto di esercitare la **professione di avvocato utilizzando il titolo professionale di origine**, alle condizioni e secondo le modalità previste nel [Decreto] » (art. 4, co. 1°).
- « **avvocato integrato** », il cittadino elvetico che ha acquisito il **diritto di utilizzare in Italia il titolo di « avvocato** » (Art. 3). L'**avvocato integrato** ha diritto di esercitare la professione di avvocato **alle stesse condizioni e secondo le stesse modalità previste per il professionista che esercita la professione in Italia con il titolo di « avvocato** » (italiano) (art. 4 co. 2°).

L'avvocato stabilito e l'avvocato integrato sono tenuti all'osservanza delle norme legislative, **professionali e deontologiche che disciplinano la professione di avvocato**. All'avvocato stabilito e all'avvocato integrato si applicano altresì le norme sulle **incompatibilità** che riguardano l'esercizio della professione di avvocato.

A.1. « Avvocato stabilito »

1. Condizioni per il riconoscimento della qualifica professionale

Per l'esercizio permanente in Italia della professione di avvocato, i cittadini elvetici in possesso del titolo di « avvocato/avocat/Rechtsanwalt » sono **tenuti ad iscriversi in una sezione speciale dell'albo** costituito nella circoscrizione del tribunale **in cui hanno fissato stabilmente la loro residenza o il loro domicilio professionale**, nel rispetto della normativa relativa agli **obblighi previdenziali**. L'iscrizione nella sezione speciale dell'albo è subordinata alla **iscrizione dell'istante presso la competente organizzazione professionale** dello Stato membro di origine. Il Decreto disciplina la domanda d'iscrizione (A), la delibera sulla domanda (B) e gli effetti dell'accoglimento della domanda (C).

2. Domanda per il riconoscimento

La domanda di iscrizione deve essere corredata dai **seguenti documenti**: a) **certificato di cittadinanza** elvetica o dichiarazione sostitutiva; b) **certificato di residenza** o dichiarazione sostitutiva ovvero **dichiarazione dell'istante** con la indicazione del domicilio professionale;

Italia

c) **attestato di iscrizione** alla organizzazione professionale dello Stato membro di origine, rilasciato in data non antecedente a tre mesi dalla data di presentazione, o dichiarazione sostitutiva.

Se l'interessato fa parte di una **società** nello Stato membro di origine, è tenuto ad indicare nella domanda la denominazione, la relativa forma giuridica e i nominativi dei **membri** che operano in Italia. La domanda di iscrizione deve essere redatta in **lingua italiana**; i documenti, ove redatti in una lingua diversa da quella italiana, devono essere accompagnati da una **traduzione autenticata**.

3.-4. **Decisione e possibilità di ricorso ; autorità competente, istruttoria, procedura, termini**

Il Consiglio dell'ordine degli avvocati territorialmente competente, **entro trenta giorni** dalla data di presentazione della domanda o dalla sua integrazione, accertata la **sussistenza** delle condizioni richieste, qualora **non ostino motivi di incompatibilità**, ordina l'iscrizione nella sezione speciale dell'albo e ne **dà comunicazione** alla corrispondente autorità dello Stato membro di origine.

Il rigetto della domanda non può essere pronunciato se non dopo avere **sentito l'interessato**. La deliberazione è **motivata** ed è notificata in copia integrale entro **quindici giorni** all'interessato ed al procuratore della Repubblica. Qualora il Consiglio dell'ordine non abbia provveduto sulla domanda nel termine suddetto, l'interessato può, entro **dieci giorni** dalla scadenza di tale termine, **presentare ricorso al Consiglio nazionale forense**, il quale decide sul merito dell'iscrizione.

5. **Effetti dell'iscrizione**

1. *Uso del titolo professionale*

Nell'esercizio della professione l'avvocato stabilito è **tenuto a fare uso del titolo professionale** di origine, indicato per intero nella lingua o in una delle lingue ufficiali dello Stato membro di origine, in modo comprensibile e tale da evitare confusione con il titolo di avvocato. Alla indicazione del titolo professionale l'avvocato stabilito è **tenuto ad aggiungere l'iscrizione presso l'organizzazione professionale ovvero la denominazione della giurisdizione presso la quale è ammesso a patrocinare nello Stato membro di origine**. L'avvocato stabilito, se esercita la professione quale membro di una società costituita nello Stato membro di origine, è tenuto ad aggiungere al titolo professionale la denominazione di tale studio, nonché la forma giuridica e i nominativi dei membri che operano in Italia (art. 7).

2. *Obblighi*

Con l'iscrizione nella sezione speciale dell'albo, l'avvocato stabilito acquista il **diritto di elettorato attivo**, con esclusione di quello passivo. Successivamente all'iscrizione, l'avvocato stabilito è tenuto a presentare **annualmente** al Consiglio dell'ordine un **attestato di iscrizione all'organizzazione professionale di appartenenza**, rilasciato in data non antecedente a tre mesi dalla data di presentazione, ovvero dichiarazione sostitutiva (art. 6). In materia di assicurazione contro la responsabilità professionale l'avvocato stabilito è tenuto agli **stessi obblighi** previsti per legge a carico del professionista che esercita con il titolo di avvocato. L'avvocato stabilito è tenuto a **frequentare i corsi di formazione permanenti**, anche se già previsti nello Stato membro di origine, ove tale frequenza sia obbligatoria per il professionista che esercita con il titolo di avvocato (art. 5).

3. *Attività giudiziale*

Nell'esercizio delle attività relative alla **rappresentanza, assistenza e difesa nei giudizi civili, penali ed amministrativi**, nonché nei procedimenti disciplinari nei quali è necessaria la nomina di un **difensore**, l'avvocato stabilito deve **agire di intesa con un professionista**

Italie

abilitato ad esercitare la professione con il titolo di avvocato, il quale assicura i rapporti con l'autorità adita o procedente e nei confronti della medesima è responsabile dell'osservanza dei doveri imposti dalle norme vigenti ai difensori. L'intesa deve risultare da **scrittura privata autenticata** o da **dichiarazione resa da entrambi gli avvocati** al giudice adito o all'autorità procedente, anteriormente alla costituzione della parte rappresentata ovvero al primo atto di difesa dell'assistito (art. 8).

Nei giudizi dinanzi alla **Corte di Cassazione** ed alle altre giurisdizioni superiori l'avvocato stabilito può assumere il patrocinio se iscritto in una **sezione speciale** dell'albo ferma restando l'intesa di cui sopra, con un avvocato abilitato ad esercitare davanti a dette giurisdizioni. Per l'iscrizione nella sezione speciale dell'albo, l'avvocato stabilito deve farne domanda al Consiglio nazionale forense e dimostrare di avere esercitato la professione di avvocato **per almeno dodici anni in uno o più degli Stati membri**, tenuto conto anche dell'attività professionale eventualmente svolta in Italia (art. 9)

4. *Attività stragiudiziale*

L'avvocato stabilito ha diritto di esercitare, senza limitazioni, l'attività **professionale stragiudiziale**, fornendo in particolare consulenza legale sul **diritto dello Stato membro di origine, sul diritto comunitario ed internazionale, nonché sul diritto nazionale** (art. 10).

5. *Sanzioni disciplinari*

Nell'esercizio dell'attività professionale, l'avvocato stabilito è soggetto, per ogni violazione delle disposizioni contenute o richiamate nel presente titolo, al **potere disciplinare** del Consiglio dell'ordine competente. Sono ad esso applicabili, con le modalità e le procedure previste dall'ordinamento professionale, le **sanzioni disciplinari** contemplate dalle norme in materia vigenti.

- Prima di avviare un procedimento disciplinare, il Consiglio dell'ordine ne **dà immediata comunicazione** alla competente organizzazione professionale dello Stato membro di origine, fornendo ogni informazione utile, con l'avvertenza che i dati non possono essere utilizzati al di fuori dei fini propri dell'organizzazione.
- Per l'istruttoria dei procedimenti disciplinari il Consiglio dell'ordine può **richiedere direttamente le informazioni** necessarie alla competente organizzazione professionale dello Stato membro di origine ovvero all'autorità giurisdizionale davanti alla quale l'avvocato stabilito è ammesso ad esercitare la professione.
- L'organizzazione professionale dello Stato membro di origine, a mezzo di rappresentanti, **può assistere alle udienze** del procedimento disciplinare e può presentare osservazioni, anche dinanzi al Consiglio nazionale forense nel caso di ricorso avverso la decisione del Consiglio dell'ordine.
- Le decisioni adottate in materia disciplinare dai Consigli dell'ordine e dal Consiglio nazionale forense sono **immediatamente comunicate** all'organizzazione professionale dello Stato membro di origine.
- I provvedimenti dell'organizzazione professionale dello Stato membro di origine che comportano il divieto definitivo o temporaneo di esercizio della professione determinano **automaticamente** il divieto definitivo o temporaneo di esercitare in Italia la professione con il titolo professionale di origine.
- Per i provvedimenti che comportano effetti diversi, il Consiglio dell'ordine competente adotta i provvedimenti opportuni, sulla base delle norme di carattere sostanziale e procedurale previste dall'ordinamento forense e dal presente decreto (art. 11).

Italia

Si segnala che in Italia, non esiste, ad oggi, per l'esercizio della professione d'avvocato, alcun obbligo di contrarre una polizza assicurativa contro la responsabilità civile.

A.2 « Avvocato integrato »

1. Condizioni per il riconoscimento della qualifica professionale

L'avvocato stabilito che per almeno **tre anni**, a decorrere dalla data di iscrizione nella sezione speciale dell'albo degli avvocati, **abbia esercitato in Italia**, in modo effettivo e regolare, la professione con il titolo professionale di origine è **dispensato dalla prova attitudinale** normalmente necessaria per l'acquisto del titolo di « avvocato » da parte di chi ha un equivalente titolo professionale straniero.

Per esercizio effettivo e regolare della professione si intende **l'esercizio reale dell'attività professionale esercitata senza interruzioni** che non siano quelle dovute agli eventi della vita quotidiana. Nel caso di interruzioni dovute ad eventi di altra natura, l'attività svolta è presa in esame se la stessa ha avuto una durata almeno triennale, senza calcolare il periodo di interruzione, e se non vi siano ragioni che ostino ad una valutazione dell'attività come effettiva e regolare.

L'avvocato stabilito che è stato dispensato dalla prova attitudinale, se concorrono le altre condizioni previste dalle disposizioni in materia di ordinamento forense, **può iscriversi nell'albo degli avvocati e per l'effetto esercitare la professione con il titolo di « avvocato »** (art. 12).

2. Domanda di dispensa

La domanda di dispensa si propone al Consiglio dell'ordine presso il quale l'avvocato stabilito è iscritto. La domanda è corredata dalla **documentazione relativa al numero e alla natura delle pratiche trattate, nonché dalle informazioni idonee** a provare l'esercizio effettivo e regolare dell'attività professionale svolta nel **diritto nazionale**, ivi compreso il diritto comunitario, per il periodo minimo di **tre anni**.

Il Consiglio dell'ordine verifica la regolarità e l'esercizio effettivo dell'attività esercitata, anche mediante richiesta di informazioni agli uffici interessati e, ove ritenuto opportuno, invita l'avvocato a fornire chiarimenti o precisazioni in ordine agli elementi forniti e alla documentazione prodotta.

3. Istruttoria e delibera

La procedura di deliberazione s'articola nelle **fasi seguenti** :

- La deliberazione in merito alla dispensa è assunta dal Consiglio dell'ordine nel termine di *tre* mesi dalla data di presentazione della domanda o dalla scadenza del termine per la sua integrazione.
- La deliberazione è motivata e notificata entro quindici giorni all'interessato e al Procuratore della Repubblica, al quale sono altresì trasmessi i documenti giustificativi.
- Nei dieci giorni successivi il Procuratore della Repubblica riferisce con parere motivato al Procuratore generale presso la Corte di appello.
- Quest'ultimo e l'interessato possono presentare, entro venti giorni dalla notificazione, ricorso al Consiglio nazionale forense. Il ricorso del pubblico ministero ha effetto sospensivo.

Italie

La deliberazione è altresì comunicata al Ministero della giustizia per l'esercizio delle funzioni di vigilanza. Anche prima della verifica dell'attività professionale svolta, il Consiglio dell'ordine può **rigettare** la domanda in pendenza di procedimenti disciplinari per altri gravi motivi, qualora sussistano ragioni di ordine pubblico.

- Qualora il Consiglio non abbia deliberato nel termine, gli interessati e il pubblico ministero possono **presentare ricorso, entro venti giorni dalla scadenza di tale termine, al Consiglio nazionale forense**, il quale decide sul merito delle iscrizioni (art. 13).

L'avvocato stabilito che per almeno tre anni, a decorrere dalla data di iscrizione nella sezione speciale dell'albo, ha esercitato la professione con il titolo professionale di origine, ma ha trattato pratiche attinenti al diritto nazionale per **un periodo inferiore**, è dispensato dalla prova attitudinale se l'attività effettiva e regolare svolta e la capacità di proseguirla, da valutare **sulla base di un colloquio**, consentono di ritenere verificata la condizione di cui sopra. Ai fini della dispensa, oltre all'attività effettiva e regolare svolta, si considerano le **conoscenze e le esperienze professionali acquisite nel diritto italiano**, nonché la partecipazione a **corsi o seminari sul diritto italiano**, anche relativi all'ordinamento forense e alla deontologia professionale. Il colloquio si svolge davanti al Consiglio dell'ordine. Il **procedimento** per la dispensa è disciplinato dalle disposizioni di cui sopra.

4. Effetti dell'iscrizione

L'avvocato integrato il quale ha ottenuto l'iscrizione nell'albo degli avvocati ed esercita la professione con il titolo di avvocato, **ha diritto di aggiungere a tale titolo quello professionale di origine**, indicato nella lingua o in una delle lingue ufficiali dello Stato membro nel quale è stato acquisito (art. 15).

B. Libera prestazione di servizi

La **prestazione di servizi « con carattere di temporaneità »** da parte di **avvocati cittadini degli Stati membri dell'Unione europea** e, per effetto dell'Accordo, di **avvocati cittadini elvetici**, è regolata dalla **legge 9 febbraio 1982, n. 31**. Non è prevista alcuna **procedura diretta**, dunque **alcun riconoscimento** in senso proprio del termine, ma una semplice **« comunicazione »** agli ordini professionali italiani.

1. Condizioni per l'esercizio

L'art. 1 della legge 9 febbraio 1982, n. 31, enuncia che gli avvocati di cui sopra **sono ammessi all'esercizio delle attività professionali** dell'avvocato, in sede giudiziale e stragiudiziale, con **carattere di temporaneità** e secondo le modalità stabilite dalla legge stessa (Art. 2) e di cui si dà conto qui di seguito.

2. Comunicazione e registro

Prima dell'inizio delle attività professionali nel territorio della Repubblica, gli **avvocati** che desiderano esercitare le attività professionali dell'avvocato con carattere di temporaneità sono tenuti ad **inviare, direttamente al presidente dell'ordine degli avvocati nella cui circoscrizione l'attività stessa deve essere svolta, apposita comunicazione in lingua italiana** contenente: 1) **nome, cognome, luogo e data di nascita, cittadinanza e residenza o domicilio professionale**; 2) **titolo professionale** posseduto ed **organizzazione professionale** cui sono iscritti ovvero **autorità giurisdizionale** presso la quale esercitano la

Italia

professione a norma delle disposizioni vigenti nello Stato di provenienza; 3) **recapito in Italia nel periodo di permanenza**; 4) **dichiarazione, sotto la propria responsabilità**, di non trovarsi in alcuna delle condizioni di incompatibilità indicate al precedente previste dall'art. 3 del regio decreto-legge 27 novembre 1933, n. 1578 e di non aver riportato sanzioni penali, amministrative o professionali che possano influire sull'esercizio della attività professionale; 5) eventuale **appartenenza a società professionali**; 6) per lo svolgimento delle attività di rappresentanza e difesa in giudizio, **indicazione dell'avvocato o procuratore** di cui alla lettera b) dell'[art. 6](#) (v. infra, « prestazioni giudiziali »), nonché della **durata prevista dell'attività da svolgere** (Art. 9).

I consigli dell'ordine degli avvocati **trasmettono al Consiglio nazionale forense** copia delle comunicazioni di cui sopra e lo informano delle determinazioni adottate nei confronti degli avvocati in questione. Sia i **consigli dell'ordine** sia il **Consiglio nazionale forense** prendono nota, in **apposito registro**, degli avvocati che svolgono attività professionale in applicazione della presente legge e delle decisioni adottate, in materia disciplinare, nei loro confronti (Art. 12).

3. Diritti ed obblighi

1. *Uso del titolo professionale*

Gli avvocati debbono fare uso del **proprio titolo professionale**, espresso nella **lingua o in una delle lingue dello Stato membro di provenienza**, con indicazione dell'**organizzazione** professionale cui appartengono ovvero dell'**autorità giurisdizionale** presso la quale sono ammessi ad esercitare la professione a norma delle disposizioni vigenti in detto Stato (Art. 3).

2. *Obblighi*

Per l'esercizio delle loro attività professionali, gli avvocati sono tenuti all'**osservanza delle vigenti norme legislative, professionali e deontologiche**, ad eccezione di quelle riguardanti il requisito della **cittadinanza italiana**, il **possesso del diploma di laurea in giurisprudenza**, il **superamento dell'esame di Stato**, l'**obbligo della residenza nel territorio della Repubblica**, l'**iscrizione in un albo degli avvocati** e l'**obbligo del giuramento** (Art. 4).

3. *Prestazioni giudiziali*

Nell'esercizio delle attività relative alla **difesa nei giudizi civili, penali ed amministrativi**, gli avvocati sono tenuti all'osservanza delle seguenti condizioni: a) l'assunzione dell'incarico deve essere **tempestivamente comunicata all'autorità adita** nonché al presidente dell'**ordine degli avvocati competente per territorio**; b) le prestazioni connesse con l'incarico debbono essere **svolte di concerto con un avvocato o procuratore iscritto all'albo ed abilitato all'esercizio della professione dinanzi all'autorità adita**; c) l'avvocato od il procuratore di cui alla lettera b **assicura i rapporti con l'autorità adita** e si impegna, nei confronti della medesima e nello svolgimento delle prestazioni professionali considerate, **all'osservanza dei doveri imposti ai difensori dalle norme vigenti** (Art. 6).

4. *Prestazioni stragiudiziali*

Nello svolgimento delle **prestazioni stragiudiziali**, gli avvocati sono altresì tenuti all'osservanza delle norme che garantiscono il **corretto esercizio dell'attività professionale** e la **dignità della professione**, ivi comprese le norme riguardanti il **segreto professionale**, la **riservatezza ed il divieto di pubblicità** (Art. 7).

5. *Sanzioni*

Nell'esercizio delle loro attività professionali, gli avvocati sono soggetti, per ogni violazione delle disposizioni contenute o richiamate nel presente titolo, **al potere disciplinare del**

consiglio dell'ordine competente per territorio. Sono ad essi applicabili, con le modalità e le procedure previste dall'ordinamento professionale, le **sanzioni disciplinari** contemplate dalle norme vigenti. Per l'**istruttoria** nei procedimenti disciplinari, il consiglio dell'ordine può richiedere direttamente le **informazioni necessarie all'organizzazione professionale di appartenenza dell'interessato ovvero all'autorità giurisdizionale** presso cui è ammesso a esercitare la professione. Le **decisioni** adottate, in materia disciplinare, dai consigli dell'ordine degli avvocati e dal Consiglio nazionale forense sono **immediatamente e direttamente comunicate all'organizzazione o all'autorità giurisdizionale straniera di cui sopra** (Art. 11).

C. Associazione e società d'avvocati

Gli avvocati **stabiliti**, anche se provenienti da Stati membri diversi, possono « **associarsi** » tra loro ovvero con uno o più professionisti, per la migliore organizzazione della propria attività. Gli avvocati stabiliti che si associano sono tenuti ad usare la dizione di « **studio associato** », seguito dal nome e dal cognome degli associati. Gli incarichi sono assunti direttamente dagli associati; **l'associazione non può assumere incarichi in proprio**. Le associazioni **non sono soggette all'obbligo di iscrizione nell'albo**.

Gli avvocati stabiliti, provenienti anche da Stati membri diversi, possono essere **soci di una società tra avvocati**, purché **almeno uno degli altri soci sia in possesso del titolo di « avvocato »**. Per l'esercizio dell'attività di rappresentanza, assistenza e difesa in giudizio il socio che sia avvocato stabilito è tenuto ad agire **di intesa con altro socio in possesso del titolo di avvocato**, abilitato ad esercitare davanti all'autorità adita o procedente.

La società tra avvocati cui partecipano avvocati stabiliti è soggetta alle disposizioni del titolo II del Decreto in materia di « società d'avvocati » e a tutte le disposizioni legislative, professionali e deontologiche ivi richiamate (art. 35).

1. Libertà di stabilimento

Le **società d'avvocati estere**, anche secondo tipi diversi, possono svolgere in Italia l'attività professionale di rappresentanza, assistenza e difesa in giudizio **tramite propri soci**, nell'ambito di una **sede secondaria** con rappresentanza stabile, purché tutti i soci siano professionisti esercenti la professione di avvocato. La società si considera costituita tra persone non esercenti l'attività professionale di avvocato, qualora il capitale sociale sia detenuto in tutto o in parte ovvero la ragione sociale sia utilizzata o il potere decisionale venga esercitato, anche di fatto, **da persone prive di uno dei titoli professionali ovvero del titolo di avvocato**.

Per l'esercizio dell'attività professionale di cui sopra, la società deve inoltre assicurare, anche mediante specifica previsione dell'atto costitutivo :

- la personalità della prestazione
- il diritto del cliente di scegliere il proprio difensore
- la piena indipendenza dell'avvocato nello svolgimento dell'attività professionale e la sua responsabilità personale
- la soggezione della società ad un concorrente regime di responsabilità e alle regole deontologiche proprie delle professioni intellettuali e specifiche della professione di avvocato.

Per l'attività di rappresentanza, assistenza e difesa in giudizio il socio che sia avvocato stabilito è tenuto ad **agire d'intesa con altro socio** in possesso del titolo di avvocato, abilitato ad esercitare davanti all'autorità adita o procedente (art. 36).

Italie

Le società di cui sopra, le quali stabiliscono in Italia **una o più sedi secondarie con rappresentanza stabile per l'esercizio dell'attività professionale di rappresentanza**, assistenza e difesa in giudizio **sono tenute, per ciascuna sede, all'iscrizione nella sezione speciale dell'albo degli avvocati presso il Consiglio dell'ordine nella cui circoscrizione è posta la sede secondaria.** Ai soci che esercitano con il titolo professionale di origine nell'ambito della sede secondaria con rappresentanza stabile, nonché alle sedi secondarie si applicano rispettivamente le disposizioni relative agli avvocati stabiliti ed integrati del Decreto e le altre disposizioni che disciplinano l'istituzione di una o più sedi secondarie in Italia da parte di società costituite all'estero (art. 37).

2. Libera prestazione di servizi

La legge 9 febbraio 1982 n. 31 prevede la possibilità che l'avvocato interessato a prestare attività in Italia con **carattere di temporaneità sia membro di una società professionale.** Lo si desume dall'art. 9, n. 5, che prevede che, nella comunicazione da inviare al presidente dell'ordine degli avvocati nella cui circoscrizione l'attività deve essere svolta, l'« **eventuale appartenenza a società professionali** » (v. supra, B.2). Se ne desume che le norme di cui *supra*, lettera B, **sono estensibili alla libera prestazione di servizi di avvocati membri di società professionali.**



Institut suisse de droit comparé
Schweizerisches Institut für Rechtsvergleichung
Istituto svizzero di diritto comparato
Swiss Institute of Comparative Law

AVIS SUR LES PROFESSIONS LIBÉRALES ET LA LIBRE CIRCULATION DES SERVICES DENTISTES

Allemagne, Angleterre, Autriche, France et Italie

Avis 07-011

Lausanne, le 7 octobre 2008
ECR/LF/KJD/SL/EL/GPR/ba

TABLE DES MATIÈRES

ALLEMAGNE	101
ANGLETERRE	120
AUTRICHE	127
FRANCE	139
ITALIE	140

ALLEMAGNE

I. EINLEITUNG

A. Rechtsquellen

1. Europäisches Recht

a. Primärrecht

- Art. 39ff, 43ff und 49ff EG-Vertrag (EG) (ABl. 24.12.2002 C 325/33)
- Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits über die Freizügigkeit vom 21.6.1999, in Kraft seit 1.6.2002, Stand 27.12.2006 (0.142.112.681) in Deutschland BGBl. II 2001 S. 810 und BGBl. II 2002, S. 1692.

b. Sekundärrecht

- Richtlinie 2005/36/EG vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen (ABl. EU Nr. L 255 S. 22, 2007 Nr. L 271 S. 18).

2. Deutsches Recht

a. Gesetze

- [Gesetz über die Ausübung der Zahnheilkunde](#) in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. April 1987 (BGBl. I S. 1225), zuletzt geändert durch Artikel 41 der Verordnung vom 31. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2407), Änderung durch Art. 9 G v. 2.12.2007 BGBl. I 2686 (Nr. 60), 6.12.2007 noch nicht im online verfügbaren Gesetzestext aber im vorliegenden Gutachten berücksichtigt.
- [Approbationsordnung für Zahnärzte \(Zahnärzteapprobationsordnung\), \(ZAppO\), \[I-K-12-A\]](#), Vom 26.1.1955 (BGBl. I S. 37), Zuletzt geändert am 23.3.2005 (BGBl. I S. 931, 966), Änderung durch Art. 9 G v. 2.12.2007 BGBl. I 2686 (Nr. 60), 6.12.2007 noch nicht im online verfügbaren Gesetzestext aber im vorliegenden Gutachten berücksichtigt. Die Rechtsverordnung enthält weitere Einzelheiten zum Verfahren und zur Frist bei Antragstellern, die Staatsangehörige eines der übrigen EU-Mitgliedstaaten, eines anderen EWR-Vertragsstaates oder eines Vertragsstaates sind, dem Deutschland und EG bzw. EU einen entsprechenden Rechtsanspruch eingeräumt haben, insbesondere die Vorlage der vom Antragsteller vorzulegenden Nachweise und die Ermittlung durch die zuständigen Behörden.
- [Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlamentes und des Rates über die Anerkennung von Berufsqualifikationen der Heilberufe vom 2.12.2007](#), BGBl. I S. 2686.
- **Landes-Heilberufs- und Heilberufskammergesetze**
- Landesgesetze über die Weiterbildung von Ärzten, Zahnärzten, Tierärzten und Apothekern, Beispiel: Berlin, Gesetz vom 20. Juli 1978, zuletzt geändert durch Art. II G zur Umsetzung der RL 2005/36/EG im Recht der Gesundheitsberufe vom 15. 12. 2007 (GVBl. S. 617).
- Weiterbildungsordnungen der Landesärztekammern.

Allemagne

- [Zulassungsverordnung für Vertragszahnärzte in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 8230-26, veröffentlichten bereinigten Fassung](#), zuletzt geändert durch Art. 40 G v. 2.12.2007 (I 2686).

B. Verhältnis zu europarechtlichen Vorgaben

1. Umsetzung der Richtlinie 2005/36/EG

Das Gesetz über die Ausübung der Zahnheilkunde (ZHG) und die Approbationsordnung für Zahnärzte (Zahnärzteapprobationsordnung), (ZAppO) werden durch das Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlamentes und des Rates über die Anerkennung von Berufsqualifikationen der Heilberufe sehr stark im Detail geändert. Diese Änderungen flossen bislang nicht in eine **konsolidierte** Gesetzesfassung ein. Das vorliegende Gutachten basiert daher auf einer **neuen Rechtslage und sehr komplexen Gesetzmaterialien**.

2. Verhältnis zum Freizügigkeitsabkommen Schweiz-EG

Die nationale Gesetzgebung bezieht die Richtlinie bereits ein, die allerdings für die Schweiz noch nicht gilt. Mit der Entscheidung für die Richtlinienanwendung in der Schweiz ist daher anzunehmen, dass auf Schweizer Zahnärzte die gleichen Grundsätze Anwendung finden werden, die für Staatsangehörige der EU-Mitgliedsstaaten gelten, und die Voraussetzungen der Anerkennung von Berufsqualifikationen und der Niederlassung Schweizer Staatsangehöriger in EU-Staaten erleichtert wird.

II. LÄNDERBERICHT DEUTSCHLAND

A. Niederlassung als Zahnarzt

1. Titel

Gem. § 1 ZHG bedarf die dauernde Ausübung der Zahnheilkunde in Deutschland

- der **Approbation** als Zahnarzt nach Maßgabe des Zahnheilkundengesetzes (ZHG). Diese berechtigt zur Führung der Bezeichnung "Zahnarzt" oder "Zahnärztin".
- Eine vorübergehende Ausübung der Zahnheilkunde für eine Zeitdauer von bis zu drei Jahren bei gleichzeitiger Niederlassung im Bundesgebiet bedarf der **Erlaubnis** (§ 13 ZHG) und berechtigt ebenfalls zur Führung des Titels
- Gleiches gilt bei Staatsangehörigen eines EU-Mitgliedstaats oder eines anderen EWR-Vertragsstaates oder eines Vertragsstaates, dem Deutschland und EG bzw. EU vertraglich einen entsprechenden Rechtsanspruch eingeräumt haben, die **vorübergehend und gelegentlich als Erbringer von Dienstleistungen** im Sinne des Artikels 50 des EG-Vertrages im Geltungsbereich dieses Gesetzes tätig werden.

2. Dauernde Berufszulassung

a. Erfordernisse

Die Approbation als Zahnarzt ist gem. § 1 Abs. 1 auf Antrag zu erteilen, wenn der Antragsteller

Allemande

1. Deutscher im Sinne des Art.116 GG oder **Staatsangehöriger eines** der übrigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union oder eines anderen Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder eines **Vertragsstaates, dem Deutschland und die EG oder Deutschland und die EU vertraglich einen entsprechenden Rechtsanspruch eingeräumt haben (hierunter fallen die Schweizer)**, oder heimatloser Ausländer im Sinne des Gesetzes über die Rechtsstellung heimatloser Ausländer ist,
2. sich nicht eines Verhaltens schuldig gemacht hat, aus dem sich seine **Unwürdigkeit** oder **Unzuverlässigkeit** zur Ausübung des zahnärztlichen Berufs ergibt,
3. nicht in **gesundheitlicher Hinsicht** zur Ausübung des Berufs ungeeignet ist;
4. über die entsprechende **Berufsqualifikation** verfügt; hier sind die Detailregelungen kompliziert; in der Regel erfordert die Approbation das Bestehen der zahnärztlichen Prüfung nach **mindestens fünfjährigem Studium der Zahnheilkunde** an einer wissenschaftlichen Hochschule im Geltungsbereich des ZHG.

Allerdings gilt als solche **auch eine abgeschlossene zahnärztliche Ausbildung in einem** der übrigen EU-Mitgliedstaaten oder in einem anderen EWR-Vertragsstaat oder in einem **Vertragsstaat, dem Deutschland und die EG bzw. EU vertraglich einen entsprechenden Rechtsanspruch eingeräumt haben, wenn sie durch Vorlage eines entsprechenden Ausweises⁵⁷ eines dieser Staaten nachgewiesen wird.**

Der Ausbildungsnachweis muss den in der Anlage zum ZHG aufgeführten Diplomen entsprechen, diese Anlage kann entsprechend des Anhangs V Nr. 5.3.2. der RiL 2005/36/EG durch Rechtsverordnung angepasst werden.

Für die Schweiz sind dies nach der Anlage:

Diplome fédéral de médecin-dentiste / Eidgenössisches Zahnarzt Diplom / Diploma federale di dentista (Departement fédéral de l'intérieur / Eidgenössisches Departement des Innern / Dipartimento federale dell'interno); Stichtag ist der **1. Juni 2002.**

Entscheidend ist auch das Datum der Ausbildung und des Ausweises. Bei Vertragsstaaten, denen Deutschland und die EG bzw. EU vertraglich einen entsprechenden Rechtsanspruch eingeräumt haben, gilt der per Übereinkommen als massgeblich vereinbarte Zeitpunkt. Wurde die Ausbildung **vor** dem maßgebenden Datum aufgenommen und genügt sie nicht allen Mindestanforderungen, kann die zuständige Behörde zusätzlich zu den Ausbildungsnachweisen die Vorlage einer **Bescheinigung** des Herkunftsstaates verlangen, aus der sich ergibt, daß der Antragsteller während der letzten **fünf Jahre** vor der Antragstellung **mindestens drei Jahre** den zahnärztlichen Beruf ununterbrochen und rechtmäßig ausgeübt hat.

Gleichwertig sind nach dem Stichtag ausgestellte Ausbildungsnachweise, die den in der Anlage zum ZHG genannten Ausbildungsnachweisen nicht entsprechen sind ausreichend, wenn sie mit einer **Bescheinigung** der zuständigen Behörde oder Stelle des Herkunftsstaates vorgelegt werden, daß sie eine Ausbildung abschließen, die den Mindestanforderungen des Artikels 34 der Richtlinie 2005/36/EG entspricht, und daß sie den für diesen Staat in der Anlage zum ZHG aufgeführten Nachweisen gleichstehen.

⁵⁷

Bei Ausweisen andere EU- oder EWR-Staaten muss der Ausweis nach dem 27. Januar 1980 von anderen EU-Staaten ausgestellt worden und in der Anlage zum ZHG aufgeführt sein bzw. nach dem 31. Dezember 1992 von einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum ausgestellt worden sein.

Allemanne

Sind diese Voraussetzungen **nicht** erfüllt, ist die Approbation gleichwohl zu erteilen, wenn etwa eine im Ausland abgeschlossene Zahnarztanbildung erworben wurde und die Gleichwertigkeit des Ausbildungsstandes gegeben ist oder in einem Drittland ausgestellte Ausbildungsnachweise erworben wurden, die von einem Mitgliedstaat nach Art. 2 Abs. 2 RiL 2005/37/EG anerkannt wurden und dieser Staat entsprechende Berufserfahrung bescheinigt und die Unterschiede nicht gravierend sind.

In die Prüfung der Gleichwertigkeit des Ausbildungsstandes sind bei einem Antragsteller, der Staatsangehöriger eines Staates ist, dem Deutschland und die EG bzw. EU vertraglich einen Rechtsanspruch eingeräumt haben, die in einem anderen Staat absolvierten Ausbildungsgänge oder die dort erworbene Berufserfahrung einzubeziehen. Ein gleichwertiger Kenntnisstand ist **nachzuweisen**, wenn

1. die Gleichwertigkeit des Ausbildungsstandes nicht gegeben ist,
2. eine Prüfung der Gleichwertigkeit des Ausbildungsstandes nur mit unangemessenem zeitlichen oder sachlichen Aufwand möglich ist, weil die erforderlichen Unterlagen und Nachweise aus Gründen, die nicht in der Person des Antragstellers liegen, von diesem nicht vorgelegt werden können, oder
3. der Zahnarzt die Anforderungen der tatsächlichen und rechtmässigen Berufspraxis nach Artikel 23 oder Artikel 37 der Richtlinie 2005/36/EG nicht erfüllt.

Der Nachweis wird durch das Ablegen einer **Prüfung** erbracht, die sich auf den Inhalt der staatlichen Abschlussprüfung erstreckt. Diese Prüfung beschränkt sich jedoch auf diejenigen Bereiche, in denen die Ausbildung hinter nach ZHG und der Approbationsordnung für Zahnärzte geregelten Ausbildung zurückbleibt.

5. Zudem muss der Antragsteller über die für die Ausübung der Berufstätigkeit erforderlichen Kenntnisse der **deutschen Sprache** verfügen.

b. Antragsinhalt

Vorzulegen sind für den Antrag auf Approbation gem. § 1 Abs. 6 ZHG (und § 59 ZAppO) die **folgende Unterlagen**. Soweit die Nachweise nicht in deutscher Sprache ausgestellt sind, sollten sie zusätzlich in beglaubigter Übersetzung vorgelegt werden.

1. ein **Staatsangehörigkeitsnachweis**,
2. eine **amtlich beglaubigte Kopie der Befähigungsnachweise** oder des Ausbildungsnachweises, der zur Aufnahme des entsprechenden Berufs berechtigt, sowie gegebenenfalls eine Bescheinigung über die von der betreffenden Person erworbene Berufserfahrung,
3. die Unterlagen, die von den zuständigen Behörden des Herkunftsmitgliedstaats ausgestellt wurden und belegen, dass die Erfordernisse der **Zuverlässigkeit** zur Berufsausübung erfüllt werden (nicht älter als **drei Monate**).
4. der Nachweis der **gesundheitlichen Eignung** (nicht älter als **drei Monate**), wobei ein entsprechender Nachweis, der im Herkunftsmitgliedstaat gefordert wird, anerkannt wird oder, wenn im Herkunftsmitgliedstaat kein derartiger Nachweis verlangt wird, eine von einer zuständigen Behörde des Herkunftsmitgliedstaats ausgestellte Bescheinigung,
5. eine Bescheinigung der zuständigen Behörden des Herkunftsmitgliedstaats, aus der hervorgeht, dass die Nachweise über die geforderten Ausbildungsvoraussetzungen den in der Richtlinie verlangten Nachweisen **entsprechen**,
6. bei in einem **Drittland** erworbenen Ausbildungsnachweisen zusätzliche Angaben, um feststellen zu können, ob sich die Ausbildung auf Inhalte bezieht, die sich wesentlich

Allemagne

von denen unterscheiden, die durch die Ausbildung nach diesem Gesetz und die Approbationsordnung für Zahnärzte vorgeschrieben sind,

7. für den Fall, dass sich Ausbildungsnachweise, die von der zuständigen Behörde eines EU-Mitgliedstaats, eines anderen EWR-Vertragsstaates oder eines Vertragsstaates, dem Deutschland und die EG bzw. EU vertraglich einen entsprechenden Rechtsanspruch eingeräumt haben, ausgestellt wurden, auf eine Ausbildung beziehen, die ganz oder teilweise in einer rechtmässig im Hoheitsgebiet eines **anderen** der genannten Staaten niedergelassenen Einrichtung absolviert wurde, Unterlagen darüber,
- a) ob der Ausbildungsgang in der betreffenden Einrichtung von der Ausbildungseinrichtung des Ausstellungsmitgliedstaats offiziell bescheinigt worden ist,
 - b) ob der ausgestellte Ausbildungsnachweis dem entspricht, der verliehen worden wäre, wenn der Ausbildungsgang vollständig im Ausstellungsmitgliedstaat absolviert worden wäre, und
 - c) ob mit dem Ausbildungsnachweis im Hoheitsgebiet des Ausstellungsmitgliedstaats dieselben beruflichen Rechte verliehen werden.

Haben die zuständigen Behörden berechnigte Zweifel an der Authentizität der in dem jeweiligen Herkunftsmitgliedstaat ausgestellten Bescheinigungen und Ausbildungsnachweise, können sie von den zuständigen Behörden des Herkunftsmitgliedstaats eine Bestätigung der Authentizität dieser Bescheinigungen und Nachweise sowie eine Bestätigung darüber verlangen, dass der Antragsteller die Mindestanforderungen der Ausbildung erfüllt, die in Artikel 34 der Richtlinie 2005/36/ EG verlangt werden.

An sich sollten die nach § 9 Abs. 1 Nr. 1 und 2 ZApprO erforderlichen Nachweise (**kurz gefasster Lebenslauf und Geburtsurkunde oder ein Auszug aus dem Familienbuch der Eltern, bei Verheirateten auch die Heiratsurkunde oder ein Auszug aus dem für die Ehe geführten Familienbuch**) nicht verlangt werden, in der Praxis scheint man dies jedenfalls bislang allerdings zu fordern.

Soweit die Nachweise nicht in deutscher Sprache ausgestellt sind, sollten sie zusätzlich in durch einen gesetzlich vereidigten Übersetzer beglaubigter **Übersetzung** vorgelegt werden.

Die Unterlagen sind in beglaubigter Kopie einzureichen oder als Original mit einfacher Kopie (Unterlagen werden zurückgesandt)

Die Kosten der Approbation sollten bei c.a. 120 € liegen (ohne Gewähr).

Die Voraussetzungen für die Approbation weichen abgesehen von der Frage der Ausbildungsnachweise insgesamt nur leicht von denen ab, die inländische Bewerber zu erfüllen haben (vgl. § 59 ZApprO). Man gewährt ausländischen Bewerbern in der Regel sogar Vorteile (z.B. können Gesundheits- und Führungszeugnisse bis zu drei Monate alt sein, bei inländischen Bewerbern nur einen Monat).

c. Kammermitgliedschaft

Die Kammermitgliedschaftspflicht für approbierte niedergelassene Zahnärzte ergibt sich aus den Landes- Heilberufekammergesetzen, wie etwa dem baden-württembergischen HBKG.

Nach dessen § 2 Abs. 1 Nr. 2 gehören der Landes Zahnärztekammer alle Zahnärztinnen und Zahnärzte an die approbiert sind oder eine Ausübungserlaubnis bekommen haben.

Allemagne

Adressen der Landes Zahnärztekammern

Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg

Herdweg 59
70174 Stuttgart
Tel.: 0711/22 845-0 / Fax: 0711/22 845-40

Zahnärztekammer Nordrhein

Emanuel-Leutze-Str. 8
40547 Düsseldorf
Tel.: 0211/52 60 50 / Fax: 0211/5260521

Bayerische Landes Zahnärztekammer

Fallstr. 34
81369 München
Tel.: 089 72480-0 / Fax: 089 72480131

Landes Zahnärztekammer Rheinland-Pfalz

Frauenlobplatz 2
55118 Mainz
Tel.: 06131/9 61 36 60 / Fax: 06131/9 61 36 89

Zahnärztekammer Berlin

Stallstraße 1
10585 Berlin
Tel. 030/34808-0 / Fax: 030/34808-240

Ärztekammer des Saarlandes, Abt. Zahnärzte

Puccinistr. 2
66119 Saarbrücken
Tel.: 0681/58 60 80 / Fax: 0681/5860814

Landes Zahnärztekammer Brandenburg

Parzellenstraße 94
03046 Cottbus
Tel.: 0355/38148-0 / Fax: 0355/38148-48

Landes Zahnärztekammer Sachsen

Schützenhöhe 11
01099 Dresden
Tel.: 0351/80 66 - 0 / Fax: 0351/8066241

Zahnärztekammer Bremen

Universitätsallee 25
28359 Bremen
Tel.: 0421/2 20 07-0 / Fax: 0421/22007-31

Zahnärztekammer Sachsen-Anhalt

Große Diesdorfer Str. 162
39110 Magdeburg
Tel.: 0391/73 93 90 / Fax: 0391/73 93 920

Zahnärztekammer Hamburg

Möllner Landstr. 31
22111 Hamburg
Tel.: 040/73 34 05-0 / Fax: 040/7325828

Allemagne

Zahnärztekammer Schleswig-Holstein

Westring 498
24106 Kiel
Tel.: 0431/26 09 26- 0 / Fax: 0431/26 09 26 -15

Landeszahnärztekammer Hessen

Aarstraße 1/Dürerplatz
65195 Wiesbaden
Tel.: 0611/40 80 - 0 / Fax: 0611/40 80-111

Landeszahnärztekammer Thüringen

Barbarosahof 16
99092 Erfurt
Tel.: 0361/74 32 0 / Fax: 0361/7432150

Zahnärztekammer Mecklenburg-Vorpommern

Wismarsche Str. 304
19055 Schwerin
Tel.: 0385/59108-0 / Fax: 0385/59108-20

Zahnärztekammer Westfalen-Lippe

Auf der Horst 29
48147 Münster
Tel.: 0251/507-0 / Fax: 0251/507570

Zahnärztekammer Niedersachsen

Zeißstraße 11 a
30519 Hannover
Tel.: 0511/83 391 -0 / Fax: 0511/83 391 - 116

d. Kassenzulassung

Zu unterscheiden ist auch danach, ob ein Zahnarzt Privat- oder Kassenpatienten oder beide behandeln möchte. Zur Behandlung von Kassenpatienten benötigt ein Zahnarzt eine **Kassenzulassung** (Verträge mit Versicherern der Gesetzlichen Krankenversicherung), Vertragszahnärzte sind wiederum Zwangsmitglieder in der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung (KZBV), bzw. deren Landesverband. Die Eintragung als Kassenzahnarzt in das Zahnarztregister ist bei der (regional) zuständigen Kassenzahnärztlichen Vereinigung zu beantragen.

Voraussetzungen für die Eintragung sind die Approbation als Zahnarzt, sowie an sich die Ableistung einer mindestens zweijährigen Vorbereitungszeit in einer zugelassenen Praxis oder in einer Zahnklinik im Anschluss an das Studium. Die Vorbereitung muß eine mindestens sechsmonatige Tätigkeit als Assistent oder Vertreter eines oder mehrerer Kassenzahnärzte umfassen; eine Tätigkeit als Vertreter darf nur anerkannt werden, wenn der Zahnarzt eine vorausgegangene mindestens einjährige Tätigkeit in unselbständiger Stellung als Assistent eines Kassenzahnarztes oder in oben genannten Einrichtungen nachweisen kann. Für die übrige Zeit kann die Vorbereitung durch Tätigkeiten in unselbständiger Stellung in Universitätszahnkliniken, Zahnstationen eines Krankenhauses oder des öffentlichen Gesundheitsdienstes oder der Bundeswehr oder in Zahnkliniken abgeleistet werden.

Dies gilt allerdings nicht für Zahnärzte, die in einem EU- oder EWR-Mitgliedstaat oder einem Vertragsstaat, dem Deutschland und EG bzw. EU vertraglich einen entsprechenden Rechtsanspruch eingeräumt haben, einen nach den gemeinschaftsrechtlichen Vorschriften aner-

Allemanne

kannten Ausbildungsnachweis erworben haben und zur Berufsausübung zugelassen sind (darunter fallen auch Schweizer, wobei die Rechtslage in der Übergangszeit bis zur Annahme der RiL 2005/36/EG durch die Schweiz unklar bleibt).

Fehlt dem Zahnarzt die Kassenzulassung, kann eine Abrechnung ärztlicher Leistungen nur auf privatrechtlicher Basis erfolgen (private Krankenversicherung). In der Regel wird ein Zahnarzt jedoch eher selten als reiner Privatarzt tätig sein wollen. Die Kassenzahnärztlichen Vereinigungen sind nach Bundesländern aufgegliedert (jeweils eigene kassenzahnärztliche Vereinigung). Auf Bundesebene kommt die Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung (KZBV) hinzu.

Kontaktadresse: Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung in Köln, Universitätsstr. 73, 50931 Köln, Postfach 41 01 69, 50861 Köln Telefon: 0221 / 4001 - 0 Telefax: 0221 / 40 40 35; E-Mail: post@kzbv.de.

e. Zuständige Behörde, Verfahren, Fristen

aa. Zuständige Behörden

Gem. § 16 Abs 1 ZHG erteilt die Approbation bei Bewerbern aus dem Ausland die zuständige Behörde des Landes, in dem der zahnärztliche Beruf ausgeübt werden soll. Dies gilt auch für Widerruf und Rücknahme der Approbation, diese Entscheidungen trifft ebenfalls die zuständige Behörde des Landes, in dem der zahnärztliche Beruf ausgeübt wird oder zuletzt ausgeübt worden ist. Die zuständigen Behörden werden durch Landesrecht bestimmt. So ergibt sich etwa aus § 1 Nr. 11 der hessischen Zahnärzte-Prüfungs-Zuständigkeitsanordnung (ZÄPZustAO), dass in der Regel das Landesprüfungsamt für Heilberufe die zuständige Behörde für die Entgegennahme des Antrags auf Approbation als Zahnarzt und die Ausstellung der Approbationsurkunde ist. Für andere Bundesländer sind andere Behörden zuständig, der Einfachheit halber wird nachfolgend eine **Liste der zuständigen Behörden pro Land** beigefügt

Adressen der zuständigen Behörden

Baden-Württemberg:

Regierungspräsidium Stuttgart
- Referat 26 -
Postfach 80 07 09
70 507 Stuttgart
Tel.: 0711 / 904-0
Fax: 0711 / 904-3162

Bayern:

Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung,
Familie, Frauen und Gesundheit
Winzererstr. 9
80797 München
Tel. 0 89/12 61-01

Allemagne

Berlin:

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales und Frauen
Oranienstr. 106
10969 Berlin
Tel. 030/90 28-0

Brandenburg:

Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen
Heinrich-Mann-Allee 103
14473 Potsdam

Bremen:

Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales
Contrescarpe 73
28195 Bremen

Hamburg:

Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales
Landesprüfungsamt für Heilberufe
Billstraße 80
20539 Hamburg
Tel. 040/42837-3796

Hessen:

Hessisches Landesprüfungsamt (für EG-Staatsangehörige)
für Heilberufe
Adickesallee 36
60322 Frankfurt am Main

Regierungspräsidium Gießen (für Nicht-EG-Staatsangehörige)
Ludwigsplatz 13
35390 Gießen

Mecklenburg:

Sozialministerium
Vorpommern: Werderstr. 124
19055 Schwerin

Niedersachsen:

Niedersächsisches Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 2
30159 Hannover

zuständig:

Bezirksregierung Braunschweig
Dezernat 205.
PF 32 47
38022 Braunschweig

Bezirksregierung Lüneburg
Dezernat 205.
PF 25 20
21332 Lüneburg

Allemagne

Bezirksregierung Weser-Ems
Dezernat 205.
Theodor-Thantzehn-Platz 8
26106 Ordenburg

Bezirksregierung Hannover
Dezernat 205.
PF 2 03
30002 Hannover

Nordrhein- Westfalen:

Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales
Fürstenwall 25
40190 Düsseldorf

zuständig:

Regierungspräsident Arnsberg
Seibertzstr. 1
59821 Arnsberg

Regierungspräsident Detmold
Leopoldstr. 13 - 15
32756 Detmold

Regierungspräsident Münster
Domplatz 1 - 3
48143 Münster

Regierungspräsident Düsseldorf
Georg-Glock-Str. 4
40474 Düsseldorf

Regierungspräsident Köln
Zeughausstr. 2 - 10
50667 Köln

Rheinland-Pfalz:

Landesamt für Jugend und Soziales
Rheinallee 97 - 101
55118 Mainz

Saarland:

Ministerium für Frauen, Arbeit, Gesundheit und Soziales
Franz-Josef-Röder-Str. 23
66119 Saarbrücken

Sachsen:

Sächs. Staatsministerium für Soziales, Gesundheit,
Jugend und Familie
Albertstr. 10
01097 Dresden

Allemagne

Sachsen-Anhalt:

Ministerium für Gesundheit und Soziales
Turmschanzenstraße 25
39114 Magdeburg

Schleswig-Holstein:

Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes
Schleswig-Holstein
Adolf-Westphal-Str. 4
24143 Kiel

Thüringen:

Thür. Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit
Werner-Seelenbinder-Str. 14
99096 Erfurt (rkr)

bb. Verfahren, Fristen

Die **Frist** für die Erteilung der Approbation an ausländische Zahnärzte ist gem. § 3 Abs. 2 ZHG für alle Bundesländer einheitlich (Abs. 3) in der Approbationsordnung geregelt. Gem. § 59 Abs. 6 Satz 1 ist über den Antrag eines Staatsangehörigen eines EU-Mitgliedstaats, eines anderen EWR-Vertragsstaates oder eines Vertragsstaates, dem Deutschland und EG bzw. Die EU vertraglich einen entsprechenden Rechtsanspruch eingeräumt haben kurzfristig, spätestens drei Monate nach Vorlage der Unterlagen durch den Antragsteller zu entscheiden.⁵⁸ Die zuständige Behörde bestätigt dem Antragsteller zudem binnen eines Monats nach Eingang des Antrags den Antragseingang und den Empfang der Unterlagen und teilt ihm mit, welche Unterlagen fehlen.

cc. Anzeigepflichten der inländischen Behörden

Nach einem neuen § 1 Abs. 1a ZHG haben die zuständigen Behörden des Bundeslandes, in welchem der Beruf zuletzt ausgeübt wird, den Behörden im Herkunftsmitgliedstaat über das Vorliegen strafrechtlicher Sanktionen und Rücknahme und Widerruf oder das Ruhen der Approbation **anzuzeigen**.

f. Entscheidung und Rechtsbehelfe

Soll die Approbation wegen Fehlens einer der Voraussetzungen abgelehnt werden, muss der Betroffene **angehört** werden.

Rücknahme und Widerruf sind gem. § 4 ZHG möglich, wenn die Voraussetzungen tatsächlich nicht vorlagen oder nachträglich weggefallen sind, etwa weil die Zuverlässigkeit nicht gegeben ist oder die Gleichwertigkeit des Ausbildungsstandes nicht vorgelegen hat. Gem. 5 ZHG kann ihre Ruhen angeordnet werden, wenn der Zahnarzt nicht über die erforderlichen Kenntnisse der deutschen Sprache verfügt.

g. Rechtsstellung

aa. Berufspflichten

Die ausländischen Zahnärzte haben hinsichtlich der Berufsausübung die gleichen Rechte und Pflichten wie die inländischen Berufsangehörigen. Dies regeln Landes-Heilberufe-

⁵⁸ Nur wenn es um die Anerkennung eines Diploms geht, dass in einem Drittland erworben wurde, steht statt drei vier Monate zur Verfügung.

Allemagne

gesetze wie etwa § 16 des **Hessischen Heilberufsgesetzes**⁵⁹, das insbesondere die Rechte und Pflichten nach den §§ 22 und 23 zur gewissenhaften Berufsausübung, Fortbildung, Teilnahme am Notfalldienst und zur Dokumentation sowie die Pflicht zur Anerkennung der berufsständischen, gesetzlichen oder verwaltungsrechtlichen Berufsregeln nach Maßgabe des Art. 5 Abs. 3 der Richtlinie 2005/36/EG und den jeweiligen Berufsordnungen festsetzt. Dokumentationspflichten gelten insbesondere in folgenden Bereichen:

- Anwendung von Röntgenstrahlen am Menschen (Röntgenpass)
- Verwendete Materialien (für Zahnersatz, Implantate und Füllungen)
- Allgemeine Dokumentation der durchgeführten Therapie in der Patientenakte
- Dokumentation der durchgeführten Instrumentenaufbereitung (Desinfektion und Sterilisation)
- Dokumentation der regelmäßig durchgeführten Unterweisungen des Personals

Auch nach Art. 17 des **bayerischen Heilberufe-Kammergesetzes** sind die Ärzte verpflichtet, ihren Beruf gewissenhaft auszuüben und dem ihnen im Zusammenhang mit dem Beruf entgegengebrachten Vertrauen zu entsprechen. Gem. § 18 BayHKaG haben sie insbesondere die Pflicht, sich im fachlichen Rahmen ihrer Berufsausübung beruflich fortzubilden und sich dabei über die für ihre Berufsausübung geltenden Bestimmungen zu unterrichten. soweit sie in eigener Praxis tätig sind, am Notfall- und Bereitschaftsdienst teilzunehmen, über in Ausübung ihres Berufs gemachte Feststellungen und getroffene Maßnahmen Aufzeichnungen zu fertigen.

Gem. **§ 29, 30 des Baden-Württembergischen Heilberufekammergesetzes** (HBKaG) sind alle Kammermitglieder verpflichtet, ihren Beruf **gewissenhaft auszuüben** und dem ihnen in Zusammenhang mit dem Beruf entgegengebrachten Vertrauen zu entsprechen, nachzukommen. **Praktizierende** Kammermitglieder haben zudem die Pflicht, sich beruflich fortzubilden und sich dabei auch über die für ihre Berufsausübung geltenden Bestimmungen zu unterrichten, sind verpflichtet, an Maßnahmen ihrer Kammer oder eines von der Kammer beauftragten Dritten mitzuwirken, die der Sicherung der Qualität der beruflichen Leistungen dienen, haben über die in Ausübung ihres Berufes gemachten Feststellungen und die getroffenen Maßnahmen Aufzeichnungen zu fertigen; sie haben grundsätzlich am Notfalldienst teilzunehmen und sich hierin fortzubilden. **Sie müssen sich** vor der Durchführung klinischer Versuche am Menschen, vor der Forschung mit vitalen menschlichen Gameten und lebendem embryonalem Gewebe, vor der epidemiologischen Forschung mit personenbezogenen Daten sowie vor Maßnahmen nach den §§ 8 und 9 TFG durch eine Ethikkommission gemäß § 5 Abs. 1 Satz 1 oder Abs. 5 beraten lassen.

⁵⁹

Gesetz über die Berufsvertretungen, die Berufsausübung, die Weiterbildung und die Berufsgerichtsbarkeit der Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte, Apotheker, Psychologischen Psychotherapeuten und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten in der Fassung vom 7. Februar 2003, zuletzt geändert am 16. 10. 2006 (GVBl. I S. 519) (GVBl. I S. 66, ber. S. 242) GVBl. II 350-6 das bereits der Umsetzung der Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen (ABl. EG Nr. L 255 S. 22) dient.

Allemagne

bb. Zu beachtende Rechtsvorschriften

In Deutschland wird im Rahmen der Heilberufe sehr viel Wert auf die Beachtung der gesetzlichen Vorgaben zur Berufsausübung gelegt und in zunehmendem Maße Kontrollen von den zuständigen Behörden (z.B. Gesundheitsämter, staatliche Ämter für Arbeitsschutz) durchgeführt. Diese Gesetze können im Rahmen dieses Gutachten nicht erörtert werden, sollen aber gleichwohl Erwähnung finden, da sie in der täglichen Berufspraxis relevant werden:

So sind im Zusammenhang mit der Behandlung der Patienten zu berücksichtigen:

- Röntgenverordnung nebst Richtlinien
- Medizinproduktegesetz
- Medizinproduktebetriebsverordnung
- Medizinprodukteverordnung
- Medizinprodukte-Sicherheitsplanverordnung
- Infektionsschutzgesetz
- Anforderungen an die Hygiene in der Zahnmedizin (Robert Koch-Institut)
- Anforderungen an die Hygiene bei der Aufbereitung von Instrumenten
- Trinkwasserverordnung
- Arzneimittelgesetz
- Betäubungsmittelverschreibungsverordnung
- Zahnheilkundengesetz
- Heilberufsgesetz
- Berufsordnungen der Länder
- Verpflichtung zum Abschluss einer Berufshaftpflicht-Versicherung

Im Zusammenhang mit dem Personal sind zu berücksichtigen:

- Biostoffverordnung
- Technische Regel Biologische Arbeitsstoffe
- Betriebsärztliche und Sicherheitstechnische Betreuung
- Diverse Unfallverhütungsvorschriften
- Diverse Technische Regeln der Berufsgenossenschaft
- Gefahrstoffverordnung
- Mutterschutzgesetz
- Jugendarbeitsschutzgesetz
- Arbeitszeitgesetz
- Arbeitsstättenverordnung
- Gerätesicherheitsgesetz

Bei Betrieb einer Zahnarztpraxis sind zudem zu berücksichtigen:

- Gewerbeabfallverordnung
- Bundesdatenschutzgesetz
- Richtlinien der Landesarbeitsgemeinschaft Abfall (Entsorgung)
- Abwasserverordnung
- Indirekteinleiterverordnung
- Maßnahmen im Bereich der Geräteüberwachung

h. Zahnärztliche Weiterbildung

In Deutschland sind für Angelegenheiten zahnärztlicher Weiterbildung die Länder zuständig. Geregelt ist sie in Landesweiterbildungsgesetzen- oder -ordnungen. Hinsichtlich der Details zu Spezialisierungen der Zahnärzte verweisen wir als Beispiel auf das Gesetz über die Weiterbildung von Ärzten, Zahnärzten, Tierärzten und Apothekern des Landes Berlin

Allemanne

(Gesetz vom 20. Juli 1978, zuletzt geändert durch Art. II G zur Umsetzung der RL 2005/36/EG im Recht der Gesundheitsberufe vom 15. 12. 2007 (GVBl. S. 617)), das die Richtlinie über die Anerkennung von Berufsqualifikationen bereits berücksichtigt, sowie die dortige Weiterbildungsordnung, die gem. § 9 ÄWbG die Richtlinie 2005/36/EG zu beachten hat. Nach diesem Landesgesetz können Zahnärzte nach erfolgreichem Abschluß einer Weiterbildung die Bezeichnung führen, die auf eingehende Kenntnisse, Erfahrungen und Fertigkeiten in einem bestimmten beruflichen Gebiet (Facharztbezeichnung), in einem gebietsspezifischen Schwerpunkt (Schwerpunktbezeichnung) oder auf andere zusätzlich erworbene besondere Kenntnisse und Erfahrungen im beruflichen Bereich (Zusatzbezeichnung) hinweisen. Die Weiterbildung in den Gebieten und gebietsspezifischen Schwerpunkten oder Teilgebieten umfaßt praktische Berufstätigkeit und theoretische Unterweisung zur Vertiefung der Kenntnisse und Fähigkeiten. Die Weiterbildung in den Gebieten darf drei Jahre, in den gebietsspezifischen Schwerpunkten oder Teilgebieten zwei Jahre nicht unterschreiten. Die Weiterbildung für Zahnärzte umfaßt in den jeweiligen Gebieten insbesondere die Behandlung von Zahn-, Mund- und Kieferkrankheiten einschließlich der Wechselbeziehungen zwischen Mensch und Umwelt sowie die notwendigen Maßnahmen der Rehabilitation. Für Zahnärzte bestimmt die Zahnärztekammer Gebietsbezeichnungen in den Fachrichtungen Konservative Zahnheilkunde - Operative Zahnheilkunde - Präventive Zahnheilkunde und in Verbindung dieser Fachrichtungen. Gebietsbezeichnung ist auch die Bezeichnung „Öffentliches Gesundheitswesen“.

Hierbei werden gem. § 7a ÄWbG Berlin nach der Richtlinie 2005/36/EG Berufsqualifikationsnachweise wie folgt anerkannt:

Staatsangehörige EU oder EWR-Staates oder eines Staates, dem die EU-Mitgliedstaaten vertraglich einen entsprechenden Rechtsanspruch eingeräumt haben, die ein fachbezogenes Diplom, ein fachbezogenes Prüfungszeugnis oder einen sonstigen fachlichen Weiterbildungsnachweis besitzen, das oder der gegenseitig anerkannt wird oder einer solchen Anerkennung auf Grund erworbener Rechte nach dem Recht der Europäischen Union gleichsteht, erhalten auf Antrag die Anerkennung ihres Weiterbildungstitels.

Liegen die Voraussetzungen der gegenseitigen Anerkennung oder Gleichstellung nicht vor und liegt die Dauer der Weiterbildung mindestens ein Jahr unter der von der Kammer festgelegten Weiterbildungszeit oder unterscheiden sich die Inhalte wesentlich von der durch die Kammer bestimmten Weiterbildung, wird über die Anerkennung erst nach Absolvierung eines höchstens dreijährigen Anpassungslehrganges oder Ablegung einer Eignungsprüfung (Anpassungsmaßnahmen) entschieden. Über Umfang und Inhalt der Anpassungsmaßnahme entscheidet die Kammer nach Maßgabe der gegenüber der durch die jeweilige Weiterbildungsordnung festgelegten Weiterbildung auszugleichenden Unterschiede.

Wurde die Weiterbildung in einem Drittland abgeschlossen und von einem anderen EU-oder EWR-Staat oder einem Staat anerkannt, dem die EU-Mitgliedstaaten vertraglich einen entsprechenden Rechtsanspruch eingeräumt haben, und von diesem Staat eine dreijährige Tätigkeit in dem jeweiligen Arbeitsfeld der Weiterbildung in seinem Hoheitsgebiet bescheinigt oder kann der Antragsteller die Anforderungen an die erworbenen Rechte nach EU-Recht deshalb nicht erfüllen, weil ihm die erforderliche Berufspraxis fehlt, sind für die Entscheidung über die Anerkennung ebenfalls Anpassungsmaßnahmen (Lehrgang oder Prüfung) nachzuweisen.

i. Erlaubnis zur Berufsausübung von bis zu drei Jahren

Personen, mit abgeschlossener zahnärztlicher Ausbildung kann die Erlaubnis zur vorübergehenden Ausübung der Zahnheilkunde erteilt werden und zwar widerruflich und nur bis zu einer Gesamtdauer von **höchstens drei Jahren**. Eine weitere Erteilung oder Verlängerung der Erlaubnis ist nur für den Zeitraum möglich, der erforderlich ist, damit der Antragsteller

Allemagne

eine unverzüglich nach Erteilung der Erlaubnis begonnene zahnärztliche Weiterbildung abschließen kann, die innerhalb von drei Jahren aus von ihm nicht zu vertretenden Gründen nicht beendet werden konnte. Eine weitere Erteilung oder Verlängerung ist nur zulässig, wenn die Weiterbildung innerhalb dieses Zeitraumes abgeschlossen wird und darf den Zeitraum von einem Jahr nicht überschreiten.⁶⁰

Ausnahmen gelten nur, wenn etwa der Antragsteller mit einem Deutschen, einem EU- oder EWR-Staatsangehörigen oder eines Vertragsstaates, dem Deutschland und die EG oder EU vertraglich einen entsprechenden Rechtsanspruch eingeräumt haben, verheiratet ist oder eine Lebenspartnerschaft führt, der seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Geltungsbereich dieses Gesetzes hat oder im Besitz einer Einbürgerungszusicherung ist.

Erleichterungen gelten, wenn der Antragsteller Ehegatte oder Kind eines Unionsbürgers bzw. eines Staatsangehörigen eines EWR- oder Vertragsstaates ist dem Deutschland und die EG bzw. EU einen entsprechenden Rechtsanspruch eingeräumt haben (z.B. Schweiz).

In Ausnahmefällen kann eine Erlaubnis zur vorübergehenden Ausübung der Zahnheilkunde auch Personen erteilt werden, die außerhalb des Geltungsbereichs dieses Gesetzes eine zahnärztliche Ausbildung erworben, aber noch nicht abgeschlossen haben, wenn

1. der Antragsteller auf Grund einer das Hochschulstudium abschließenden Prüfung außerhalb des Geltungsbereichs dieses Gesetzes die Berechtigung zur beschränkten Ausübung des zahnärztlichen Berufs erworben hat und
2. die auf Grund der Erlaubnis auszuübende Tätigkeit zum Abschluß einer zahnärztlichen Ausbildung erforderlich ist.

Die Erlaubnis ist in diesen Fällen auf bestimmte Tätigkeiten und Beschäftigungsstellen zu **beschränken**. Und kann mit der Auflage verbunden werden, daß die vorübergehende Ausübung der Zahnheilkunde unter Aufsicht eines Zahnarztes, der die Approbation oder die Erlaubnis nach Absatz 1 besitzt, erfolgt. Sie darf nur unter dem Vorbehalt des Widerrufs und nur bis zu einer Gesamtdauer der zahnärztlichen Tätigkeit erteilt werden, deren es zum Abschluß der Ausbildung bedarf.

Personen, denen eine Erlaubnis zur Ausübung der Zahnheilkunde erteilt worden ist, haben im Übrigen die **Rechte und Pflichten eines Zahnarztes**.

⁶⁰ Gem. § 13 Abs. 3 darf eine Erlaubnis ausnahmsweise über die in Absatz 2 genannten Zeiträume hinaus erteilt oder verlängert werden, wenn es im Interesse der zahnärztlichen Versorgung der Bevölkerung liegt oder wenn der ausländische Antragsteller

1. unanfechtbar als Asylberechtigter anerkannt ist,
2. eine Niederlassungserlaubnis nach § 23 Abs. 2 des Aufenthaltsgesetzes besitzt,
3. mit einem Deutschen im Sinne des Artikels 116 des Grundgesetzes oder mit einem Staatsangehörigen der Europäischen Union, des Europäischen Wirtschaftsraumes oder eines Vertragsstaates, dem Deutschland und die Europäische Gemeinschaft oder Deutschland und die Europäische Union vertraglich einen entsprechenden Rechtsanspruch eingeräumt haben, verheiratet ist oder eine Lebenspartnerschaft führt, der seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Geltungsbereich dieses Gesetzes hat,
4. im Besitz einer Einbürgerungszusicherung ist, der Einbürgerung jedoch Hindernisse entgegenstehen, die der Antragsteller nicht selbst beseitigen kann.

B. Dienstleistungsfreiheit

1. Bedingungen für Dienstleistungen

a. Meldepflicht

Die vorübergehende Ausübung der Zahnheilkunde unterliegt gem. § 1 Abs. 1 a.E. ZHG geringeren Voraussetzungen. Zahnärzte, die Staatsangehörige eines Mitgliedstaates der Europäischen Union oder eines anderen Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder eines Vertragsstaates sind, dem Deutschland und die Europäische Gemeinschaft oder Deutschland und die Europäische Union vertraglich einen entsprechenden Rechtsanspruch eingeräumt haben (hierunter fällt die Schweiz), dürfen den zahnärztlichen Beruf im Geltungsbereich dieses Gesetzes **ohne Approbation als Zahnarzt oder ohne Erlaubnis** zur vorübergehenden Ausübung der Zahnheilkunde ausüben, sofern sie vorübergehend als Erbringer von Dienstleistungen im Sinne des Artikels 50 des EG-Vertrages tätig werden. § 13a präzisiert, dass dies erlaubt ist, auf Grund einer nach deutschen Rechtsvorschriften abgeschlossenen zahnärztlichen Ausbildung oder auf Grund eines in der Anlage zu § 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 oder 3 bezogenen Ausbildungsnachweises, der berechtigt ist, dürfen als Dienstleistungserbringer im Sinne des Artikels 50 des EG-Vertrages vorübergehend und gelegentlich den zahnärztlichen Beruf im Geltungsbereich dieses Gesetzes ausüben.

Wann eine Dienstleistung **vorübergehenden Charakter** hat, regelt ein neuer § 13a Satz 2: Danach ist der vorübergehende und gelegentliche Charakter der Erbringung von Dienstleistungen im Einzelfall zu beurteilen, insbesondere anhand der Dauer, der Häufigkeit, der regelmässigen Wiederkehr und der Kontinuität der Dienstleistung zu beurteilen. Eine Berechtigung zur Ausübung der Dienstleistung besteht nicht, wenn die Voraussetzungen einer Rücknahme, eines Widerrufs oder einer Ruhensanordnung, die sich auf die Tatbestände nach § 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 oder 3 beziehen, vorliegen, eine entsprechende Massnahme mangels deutscher Berufszulassung jedoch nicht erlassen werden kann

In diesen Fällen unterliegen die Dienstleistungserbringer jedoch einer vorherigen **schriftlichen Meldepflicht und haben bestimmte Unterlagen vorzulegen**. Diese Meldung ist einmal jährlich zu erneuern, wenn der Dienstleistungserbringer beabsichtigt, während des betreffenden Jahres vorübergehend oder gelegentlich Dienstleistungen in Deutschland zu erbringen.

b. Antragsinhalt

Bei der Anzeige oder bei wesentlichen Änderungen gegenüber der in den Dokumenten bescheinigten Situation hat der Dienstleistungserbringer der zuständigen Behörde folgende Dokumente vorzulegen:

1. den Nachweis über seine **Staatsangehörigkeit**,
2. eine Bescheinigung darüber, dass er in einem Mitgliedstaat **rechtmässig** als Zahnarzt niedergelassen ist und dass ihm die Ausübung dieses Berufs zum Zeitpunkt der Vorlage der Bescheinigung nicht, auch nicht vorübergehend, untersagt ist, und
3. seinen **Berufsqualifikationsnachweis**.

Vom Dienstleistungserbringer im Sinne des Absatzes 1 können dabei Informationen über Einzelheiten zum Versicherungsschutz oder einer anderen Art des individuellen oder kollektiven Schutzes in Bezug auf die Berufshaftpflicht verlangt werden. Die für die Ausübung der Dienstleistung erforderlichen Kenntnisse der **deutschen Sprache** müssen vorliegen.

Allemagne

Nach § 13a Abs. 3 n.F. ZHG hat der Dienstleistungserbringer beim Erbringen der Dienstleistung im Geltungsbereich dieses Gesetzes **die Rechte und Pflichten eines Zahnarztes**. Er kann den berufsständischen, gesetzlichen oder verwaltungsrechtlichen Berufsregeln und den geltenden Disziplinarbestimmungen unterworfen werden; so etwa Regelungen für die Definition des Berufs, das Führen von Titeln und schwerwiegende berufliche Fehler in unmittelbarem und speziellem Zusammenhang mit dem Schutz und der Sicherheit der Verbraucher.“

Die nationalen Behörden können von den zuständigen Behörden des Niederlassungsmitgliedstaats für jede Dienstleistungserbringung Informationen über die Rechtmäßigkeit der Niederlassung, die gute Führung, Informationen über das Nichtvorliegen strafrechtlicher Sanktionen gegen den Dienstleister, über Rücknahme, Widerruf und Ruhen der Approbation etc. anfordern. Die Informationen sind nach Artikel 56 RiL 2005/36/EG zu übermitteln.

Die zuständige Behörde in Deutschland hat ihrerseits unverzüglich die zuständige Behörde des Herkunftsstaates des Dienstleistungserbringers über Sanktionen gegen den Dienstleistungserbringer etc. zu unterrichten und kann hinsichtlich o.g. Umstände Informationen verlangen.

Einem Staatsangehörigen eines EU-Mitgliedstaates, eines EWR-Vertragsstaates oder eines Vertragsstaates, dem Deutschland und die EG bzw. EU vertraglich einen entsprechenden Rechtsanspruch eingeräumt haben, der im Geltungsbereich dieses Gesetzes den zahnärztlichen Beruf auf Grund einer **Approbation** als Zahnarzt oder einer Erlaubnis zur vorübergehenden Ausübung der Zahnheilkunde ausübt, sind auf Antrag für Zwecke der Dienstleistungserbringung in einem **anderen** Mitgliedstaat der Europäischen Union oder einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder einem Vertragsstaat, dem Deutschland und die Europäische Gemeinschaft oder Deutschland und die Europäische Union vertraglich einen entsprechenden Rechtsanspruch eingeräumt haben, Bescheinigungen darüber auszustellen, daß er

1. er in Deutschland **rechtmässig** als Zahnarzt **niedergelassen** ist,
2. ihm die Ausübung dieser Tätigkeit zum Zeitpunkt der Vorlage der Bescheinigung nicht, auch **nicht** vorübergehend, **untersagt** ist und
3. den erforderlichen **Berufsqualifikationsnachweis** besitzt.

2. Zuständige Behörden

Die Anzeige nach § 13a Abs. 2 ZHG nimmt die zuständige Behörde des Landes entgegen, in dem die Dienstleistung erbracht werden soll oder erbracht worden ist. Die Unterrichtung des Herkunftsstaates über Sanktionen, gute Führung und weitere o.g. Umstände erfolgt durch die zuständige Behörde des Landes, in dem die Dienstleistung erbracht wird oder erbracht worden ist. Die Bescheinigung nach § 13a Abs. 4 ZHG stellt die zuständige Behörde des Landes aus, in dem der Antragsteller den zahnärztlichen Beruf ausübt.

3. Rechtsstellung

Die ausländischen Dienstleistenden haben hinsichtlich der Berufsausübung die **gleichen Rechte und Pflichten** wie die inländischen Berufsangehörigen. Dies regeln Landes-Heilberufegesetze wie etwa **das Hessische Heilberufsgesetz**⁶¹, das gem. § 3 Abs. 3

⁶¹ Gesetz über die Berufsvertretungen, die Berufsausübung, die Weiterbildung und die Berufsgerichtsbarkeit der Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte, Apotheker, Psychologischen Psychotherapeuten

Allemagne

Dienstleistungserbringer aus dem Ausland hinsichtlich der Berufsausübung den gleichen Rechten und Pflichten unterwirft, wie die niedergelassenen Berufsangehörigen, so insbesondere den Rechten und Pflichten zur gewissenhaften Berufsausübung, zur Fortbildung, zur Teilnahme am Notfalldienst und zur Dokumentation sowie die Pflicht zur Anerkennung der berufsständischen, gesetzlichen oder verwaltungsrechtlichen Berufsregeln nach Maßgabe des Art. 5 Abs. 3 der Richtlinie 2005/36/EG. Zudem gelten die Berufsordnungen auch für Dienstleistungserbringer.

Ähnliches ergibt sich aus § 2a Abs 4 des **baden-württembergischen Heilberufekammergesetzes** (HKaG). Danach sind Dienstleister bei Erbringung ihrer Dienstleistung den gleichen Rechten und Pflichten zur Ausübung des Berufs unterworfen wie die Berufsangehörigen die der Kammer zugehören, so insbesondere den Pflichten zur gewissenhaften Berufsausübung und zum Abschluss einer Haftpflichtversicherung. Sie unterliegen den berufsständischen, gesetzlichen oder verwaltungsrechtlichen Berufsregeln einschließlich der Berufsgerichtsbarkeit nach Maßgabe des Art. 5 Abs. 3 der Richtlinie 2005/36/EG.

a. Keine Kammermitgliedschaft

Für Staatsangehörige eines anderen EU-Mitgliedstaates oder eines anderen EWR-Vertragsstaates oder eines Vertragsstaates, dem Deutschland und die EG bzw. EU vertraglich einen entsprechenden Rechtsanspruch eingeräumt haben, gilt bei vorübergehender und gelegentlicher Ausübung der Berufstätigkeit nach EG-Recht ohne inländische Niederlassung **keine Kammermitgliedschaftspflicht**, solange diese in einem anderen europäischen Staat oder Vertragsstaat beruflich niedergelassen sind.

C. Sozietäten – Zusatzinformationen

Der Zusammenschluss niedergelassener Ärzte zur gemeinsamen ambulanten Leistungserbringung ist möglich. Die gebräuchlichste Struktur für die gemeinsame ärztliche Berufsausübung ist die **Gemeinschaftspraxis** (Gesellschaft bürgerlichen Rechts). Zudem steht die Möglichkeit der Partnerschaftsgesellschaft zur Verfügung. Kapitalgesellschaften haben sich nicht durchsetzen können, auch aus berufsrechtlichen Gründen. Hier finden sich teils ausdrückliche Einschränkungen in den Landes-Heilberufegesetzen, so etwa in Art. 18 Satz 2 des **Bayerischen Heilberufekammergesetzes**,⁶² nach welchem die Führung einer ärztlichen Praxis in der Rechtsform einer **juristischen Person des privaten Rechts nicht statthaft ist**.

Die Rechtsprechung und Gesetzgebung zeigt jedoch eine Tendenz zur Zulassung der Zahnärzte-GmbH. Der Bundesgerichtshofs hatte die Rechtmäßigkeit einer Zahnärzte-GmbH bereits 1993 bejaht (BGHZ 124, 224 ff) und festgestellt, dass § 1 ZHG ambulante Zahnbehandlungen als eigene vertragliche Leistung einer Zahnärzte-GmbH nicht verbietet. Diese Gesellschaftsform bringt jedoch nicht die Haftungsentlastung, die sie vermuten lässt,

und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten in der Fassung vom 7. Februar 2003, zuletzt geändert am 16. 10. 2006 (GVBl. I S. 519) (GVBl. I S. 66, ber. S. 242) GVBl. II 350-6 das bereits der Umsetzung der Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen (ABl. EG Nr. L 255 S. 22) dient.

⁶² Gesetz über die Berufsausübung, die Berufsvertretungen und die Berufsgerichtsbarkeit der Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte, Apotheker sowie der Psychologischen Psychotherapeuten und der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten (Heilberufekammergesetz - HKaG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. Februar 2002 (GVBl. S. 43), zuletzt geändert am 24. 7. 2007 (GVBl. S. 498).

Allemagne

denn die Begrenzung des haftungsrechtlichen Risikos nach den §§ 1, 13 GmbHG, die die GmbH ausmacht greift bei Ärzten nur beschränkt, das diese für Behandlungsfehler und Verletzung von Aufklärungspflichten gleichwohl über die deliktische Haftung aus § 823 Abs. 1 BGB mit ihrem Privatvermögen auf Schadensersatz und Schmerzensgeld haften.

Eine spürbare Haftungsreduzierung des Arzthaftungsrechts wird durch die Gründung einer Arzt-GmbH nicht erreicht. Die vertragliche Haftungsentlastung hilft nur bei Verträgen mit Herstellern teurer Instrumente und Apparate und im Hinblick auf das Personal. In der Praxis werden sich die Hersteller von Apparaturen jedoch bei Verträgen mit einer GmbH anderweitig absichern wollen

ANGLETERRE

I. INTRODUCTION

A. Sources normatives pertinentes

1. Législation

Dentists Act 1984, 1984 c. 24⁶³

The General Dental Council (Registration Appeals) Rules Order of Council 2006 (No. 1668)

2. Jurisprudence

Recently, the **General Dental Council** (the “**GDC**”), successfully prosecuted Mr Andrew White of Aspire Dental Laboratories Limited, Bakewell, for **three counts of illegally practising dentistry**. Mr White pleaded guilty to the three offences at Chesterfield Magistrates Court on 8 August 2007. Mr White was **not registered with the GDC** and was fined **£2,250**.⁶⁴

In *Commission of the European Communities v. United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland*, [2005] ECJ C-505/04 (20 October 2005), the Court of Justice of the European Communities (Sixth Chamber) declared that, by failing to adopt, so far as **Gibraltar** was concerned, the laws, regulations and administrative provisions necessary to comply with Directive **2001/19/EC** of the European Parliament and of the Council of 14 May 2001 amending Council Directives 89/48/EEC and 92/51/EEC on the general system for the recognition of professional qualifications and Council Directives 77/452/EEC, 77/453/EEC, 78/686/EEC, 78/687/EEC, 78/1026/EEC, 78/1027/EEC, 80/154/EEC, 80/155/EEC, 85/384/EEC, 85/432/EEC, 85/433/EEC and 93/16/EEC concerning the professions of nurse responsible for general care, dental practitioner, veterinary surgeon, midwife, architect, pharmacist and doctor, the **United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland had failed to fulfil its obligations under that directive**.

3. Interrelation avec le droit européen⁶⁵

3.1 Basic acts

Council Directive (EEC) 78 / 686 concerning the mutual recognition of diplomas, certificates and other evidence of the formal qualifications of practitioners of dentistry, including measures to facilitate the effective exercise of the right of establishment and freedom to provide services, which was repealed by European Parliament and **Council Directive 2005 / 36 (EC)**, was implemented in England and Wales by **SI 1986 / 23 Medical and Dental Qualifi-**

⁶³ As amended by *The Dentists Act 1984 (Amendment) Order 2005 Transitional Provisions Order of Council 2006* (No. 1671), *The Dentists Act 1984 (Amendment) Order 2005* (No. 2011), *The Dentists Act 1984 (Dental Auxiliaries) Order 2002* (No. 1399), *The Dentists Act 1984 (Amendment) Order 2001* (No. 3926), *The Dentists Act 1984 (Amendment) Order 1998* (No. 1546), *The National Health Service (Dentists' Remuneration-Special Arrangement) Order 1991* (No. 580), *The Dentists Act 1984 (Dental Auxiliaries) Amendment Order 1991* (No. 1705).

⁶⁴ This case has not yet been cited.

⁶⁵ See Halsbury's Statutory Instruments, EC Legislation Implementator 2007: The Guide to the implementation of Community directives (London: LexisNexis Butterworths, 2007). See also attached document, which provides guidance from the General Dental Council regarding the European Parliament Directive 2004/38/EC.

cations (EEC Recognition – Spain and Portugal) Order 1986 and SI 1998 / 811 European Primary and Specialist Dental Qualifications Regulations 1998.

Council Directive EC 78 / 687 concerning the co-ordination of provisions laid down by law, regulation or administrative action in respect of the activities of dental practitioners which was repealed by European Parliament and Council Directive 2005 / 36 (EC) was implemented in England and Wales by **SI 1996 / 1496 Dental Qualifications (Recognition) Regulations 1996** and by **SI 1998 / 811 European Primary and Specialist Dental Qualifications Regulations 1998**.

3.2. Amendments

2001 / 19 European Parliament and Council Directive (EC) OJ L206 31.07.01 p. 1 amending 77 / 452, 77 / 456, 76 / 686, 76 / 787, 78 / 1026, 78 / 1027, 80 / 154, 80 / 155, 85 / 384, 85 / 432, 85 / 433, 89 / 48, 92 / 52, 93 / 16

- Date of Transposition **31.12.02** (art. 16)
- Implemented in England and Wales by
 - (i) **SI 2002 / 2934 European Communities (Recognition of Professional Qualifications (Second General System) Regulations 2002**
 - (ii) **SI 2003 / 3148 European Qualifications (Health Care Professions) Regulations 2003**
 - (iii) **SI 2005 / 18 European Communities (Recognition of Professional Qualifications (First General System) Regulations 2005**

89 / 594 Council Directive (EEC) OJ L341 23.11.89 p. 19 amending 75 / 362, 75 / 363, 77 / 452, 78 / 686, 78 / 1026, 78 / 1027, 80 / 154, 80 / 155

- Date of Transposition 08.05.91 (art. 28)
- Implemented in England and Wales by
 - (i) **SI 1996 / 1496 Dental Qualifications (Recognition) Regulations 1996**

81 / 1057 Council Directive (EEC) OJ L385 31.12.81 p. 25 supplementing 75 / 362, 77 / 452, 78 / 686, 78 / 1026

- Date of Transposition 30.06.82 (art. 2)
- Implemented in England and Wales by
 - (i) **SI 1986 / 23 Medical and Dental Qualifications (EEC Recognition – Spain and Portugal) Order 1986**

The **Department for Innovation, Universities and Skills (DIUS)** leads overall on implementation of Directive 2005/36/EC in the UK. Their *European Communities (Recognition of Professional Qualifications) Regulations 2007 (SI 2781 of 2007* – referred to as the “*DIUS regulations*”) – apply to all **general systems professions**. Some of these provisions also apply to the **five health professions** covered by existing “sectoral” Directives (doctors, dentists, nurses responsible for general care, midwives, pharmacists – referred to as “sectoral” professions). DIUS have provided **separate guidance on their regulations**⁶⁶, The Department of Health has transposed measures relating to the five sectoral health professions named above in the *European Qualifications (Health and Social Care Professions) Regulations 2007 (SI 2007/3101)*, which complement and should be considered alongside the DIUS Regulations.

⁶⁶ See <<http://www.dius.gov.uk/>>.

Directive 2005/36/EC aims to make it easier for qualified professionals to practise their professions across European borders with a **minimum of restrictions**, but with **appropriate safeguards** where there is a risk to public health and safety. It provides for the mutual recognition of diplomas etc. in order to assist the free movement of professionals throughout the EU. It does this by **repealing the existing “sectoral” Directives** setting out the current mutual recognition arrangements for doctors, dentists, nurses, midwives and pharmacists; **repealing the existing “general systems” Directives** which cover current mutual recognition arrangements for everyone else; replacing them with a single consolidated piece of legislation, most of which varies little from the current Directives; and introducing new arrangements for migrants who only want to provide services on a “temporary and occasional” basis.

II. RAPPORT

A. Liberté d'établissement

1. Conditions pour la reconnaissance de la qualification professionnelle

By law, **all dentists have to register with the GDC in order to work in the UK**. Recognition of professional qualifications depends on the **potential registrant's nationality and educational background**. Potential registrants of any nationality, who graduated from a dental school in the UK, **and potential registrants who are EU or Swiss nationals**, who graduated from a dental school in an EEA country, **must generally satisfy the same conditions in order to ensure that their professional qualifications are recognised in the UK. These conditions include the completion of an application and the payment of a registration fee.**

2. Demande pour la reconnaissance et son contenu

The application form for potential registrants **must** include the following: **registration details** that will appear on the Dentists Register if the application is successful; a **health certificate**, completed by a registered medical practitioner who is not a member of the potential registrant's family; and a **character declaration** from the head of the dental school from which the potential registrant graduated or another professional such as a doctor, dentist or lawyer who has known the potential registrant for over one year and who is not a member of the potential registrant's family.

3. Autorité compétente

The competent authority that deals with applications for registration in the UK is the **GDC**.

4. Procédure

The potential registrant must submit a **completed application form, certified copies of passports, diplomas / degrees in dentistry and certificates of good standing**. Where such documents are in a language other than English, they must be accompanied by **certified English translations**. Additionally, the potential registrant must pay **registration fees**, the amount of which depends on the **month** of the application and on whether an annual retention fee applies. The registration fees are as follows for **2008**: January - £438, February - £401.50, March - £365, April - £328.50, May - £292, June - £255.50, July - £219, August - £182.50, September - £146, October - £109.50, November - £73, and December - £36.50.

5. Délais

The processing time for applications is approximately **4 to 6 weeks**.

6. Décision et possibilité de recours

Once the potential registrant's application has been processed, the GDC will **register** him or her. Registered details, including name, registered address and qualification(s) will then be **publicly available** and included on the GDC's **online register**.

A potential registrant who graduated from a dental school in the UK or EEA, but whose application is **unsuccessful** may **appeal** pursuant to *The General Dental Council (Registration Appeals) Rules Order of Council 2006* (No. 1668). The right of appeal lies to a panel of **three**, the chairman of which must be a **lawyer** holding a 10-year general qualification and the two other members must be **registered dentists**. Determinations made pursuant to *The General Dental Council (Registration Appeals) Rules Order of Council 2006*, (No. 1668) can be appealed to the Director of Appeals to set aside a determination and if necessary, a **civil suit** may also be brought against the GDC.⁶⁷

B. Liberté de prestation de services

1. Conditions pour l'autorisation à la prestation des services

Dentists with **temporary registration** can only practise under the **supervision of a registered named consultant**. Temporary registration is granted for a minimum of **84 days** and a maximum of **365 days** at a time. Temporary registration may be **renewed**, by means of applying for up to a maximum of 1826 days (5 years).

A dentist with temporary registration is **registered under specific restrictions**. These restrictions allow dentists to hold **valid registration** only for **specific posts** and in the **hospital(s) or institution(s)** listed in the direction and **for a specified time**. If a dentist would like to continue in a post after the end of a direction, he or she needs to make an application to the GDC for renewal.

A direction is a type of registration a dentist with **temporary registration holds**. Directions are granted on the basis of the **confirmation** by medical staffing certifying that the applicant is competent to practise in the specific approved post offered during the relevant direction dates and the confirmation by a supervising consultant certifying that there will be a **registered dentist on the premises** able to give **adequate supervision** in the hospital(s) or institution(s) at all times when the dentist is **practising during the relevant direction dates**.

⁶⁷ See for example *Lynch v. General Dental Council*, [2003] EWHC 2987 (Admin), which dealt with the right of appeal against a refusal of an application for registration as a "Specialist in Orthodontics". The appellant in that case had qualified as a dental practitioner in Australia and had not provided sufficient evidence of his expertise in orthodontics in the application, which he made to the GDC for recognition as a "Specialist in Orthodontics". After a discussion of the implications of recognition as a specialist in orthodontics in the EEA, as well as a brief discussion of the relevant EEA directive which specifies how that status can be achieved, the High Court of Justice found that the appellant was entitled to another opportunity to persuade an appeal panel of his expertise in orthodontics.

Angleterre

Temporary registration is granted for **approved posts** in National Health Service hospitals, **dental schools** and **other approved institutions**. It is not currently granted for work in general or private practice, or in the community dental services.

The Council made a **policy decision in 2006**, approving **Dental Attachment** posts in the Primary Care Setting (i.e. Dental practices). To be eligible for these posts, potential registrants must have passed **an examination**, the **Overseas Registration Examination** (“**ORE**”), and have an examination date or be on a waiting list for part C of the ORE. It was approved that up to **25 posts** be available for Temporary Registration each year.

2. Demande et son contenu

The application form for temporary registration must include **supporting documents: certified copies of** passports, **qualifying** dental degrees or diplomas, and an **original** certificate of good standing from the dental authority of the country in which the potential registrant was last working as a dentist.

3. Autorité compétente

The competent authority that deals with applications for temporary registration as a dentist in the United Kingdom is the **GDC**.

4. Procédure

Once the potential registrant has an offer of employment for an **approved post** in the UK, he or she must contact the GDC to confirm the **title** and **institution** of the post, as well as to request an **application form**. Along with the application form, the potential registrant must pay an application fee of **£438** as of 2008.

5. Délais

The processing time for applications is approximately **4-6 weeks**.

6. Décision et possibilité de recours

Once the potential registrant's application has been processed, the GDC will **register** him or her, and registered details, including name, registered address and qualification(s) will be **publicly available** and included on the GDC's **online register**. A potential registrant whose application is unsuccessful may **appeal** pursuant to *The General Dental Council (Registration Appeals) Rules Order of Council 2006*, (No. 1668).

7. Effets de l'autorisation

Temporary registration allows dentists who are not eligible for full registration to practise dentistry in the UK **in supervised posts for training, teaching, or research purposes only, and for a limited period**. Posts approved for temporary registration by the GDC allow dentists to work in **dental schools or hospitals** and, in a limited number of cases, in **primary care dental settings**. Apart from these approved settings, temporary registration will **not allow dentists to work in general or private practice**, or in the community dental services.

C. Quelques informations supplémentaires sur les sociétés professionnelles

Dental Bodies Corporate (DBC)

The GDC is **not** a licensing body and a corporate body does not require the GDC's approval to set itself up as a **Dental Bodies Corporate** (DBC). However, in autumn 2007 the GDC will be establishing a **list of all corporate bodies** carrying on the business of dentistry under the provisions of the amended Dentists Act.

Once the new list has been established, the **Council's Professional Conduct Committee** (PCC) will have the power to impose a **financial penalty** of up to £5000 on a corporate body for failing to provide **required information** in its annual return or **failing to pay certain fees**. In these cases, the PCC will also have the power to impose a financial penalty of up to £1000 on **individual directors**, unless they can show that they had taken all reasonable steps to ensure that the company complied with these requirements. Directors and companies ordered to pay a penalty by the PCC will have the **right to appeal to the Court** against that penalty.

An Order to amend the **Dentists Act (1984)** was made in **July 2005** which removed **key restrictions on DBCs**. **Any corporate body can now carry out the business of dentistry provided that it can satisfy the requirements in relation to directors of bodies corporate set out in section 43 of the Dentists Act**. The requirements are:

“1. A majority of the directors of a DBC **must be registered dentists or registered Dental Care Professionals (DCPs)**, or a combination of dentists and DCPs; and

2. A person whose name is currently erased or suspended from one of the specified statutory registers will be committing an offence punishable by a fine not exceeding level 5 on the standard scale set in UK law⁶⁸ if he/she is the director of a DBC. The **specified statutory registers** are kept by: The General Chiropractic Council; The General Dental Council (etc.)”.

Corporate bodies starting the business of dentistry after the GDC has set up its list will need to provide **certain information** to the GDC **within 3 months** of starting the business of dentistry. Subsequently, all corporate bodies carrying on the business of dentistry must make an **annual declaration** to the GDC. The information to be provided to the GDC will be in accordance with section 43 of the Dentists Act above.

If a corporate body intends to use a **business name** which includes the word 'dental' or 'dentistry', the corporate body must first obtain a **letter of non-objection** from the GDC because these two names are restricted under *The Building Societies (Business Names) Regulations 1998*, (No. 3186).

Indemnity Insurance

All GDC registrants are required to make sure there are adequate and appropriate arrangements in place so that patients can claim any compensation they may be entitled to. The only appropriate arrangements recognised by the GDC are: dental defence organisation membership, i.e. Dental Protection, Dental Defence Union and the Medical and Dental Defence Union of Scotland; professional indemnity insurance held by the dentist or his or her employer; or NHS indemnity.

⁶⁸ Level 5 on the standard scale in UK law corresponds to a fine of £5,000: See Ashworth et al., *Criminal Justice Act 1991 Legal Points: Commentary & Annotated Guide for Practitioners* (Winchester: Waterside Press, 1992).

Angleterre

If all of the work that a dentist does, which could lead to claims against the dentist, is carried out by the dentist in a wholly employed context, and the employer has made arrangements which cover fully the litigation risks, there is no GDC rule that says the dentist must have his or her own policy and/or defence organisation membership. However, the GDC would find it unacceptable for a registrant in this situation to rely on unfounded assumptions about the employer's insurance coverage.

Relationship with National Health Service (NHS)

The NHS is divided into two sections: primary and secondary care. Primary care is generally regarded as a "frontline" service. It is the first point of contact for most people and is delivered by a wide range of independent contractors such as dentists. Primary Care Trusts (PCTs) are in charge of primary care and have a major role around commissioning secondary care, providing community care services. The PCTs oversee 18,000 NHS dentists.

An NHS dentist is a dentist who has agreed with their local PCT to provide NHS dental services for the local community. Most dentists that worked for the NHS prior to 1 April 2006 are continuing to provide NHS dental services. However since April 2006 some have decided to either change the amount of NHS dentistry they provide, or to stop providing NHS dentistry altogether.

All necessary care and treatment, including dentures is available on the NHS. Treatment that is purely cosmetic (for example, tooth whitening, large white fillings or white crowns on back teeth) can be done privately. A dentist may provide a mixture of NHS and private care. The NHS services that the dentist provides depends on local needs and the contract the dentist signs with the patient's primary care trust.

III. OBSTACLES

- **Fees**
- **Mandatory insurance** for all dentists registered in the UK
- Requirement that **Certified English translations** of diplomas / degrees and certificates of good standing be provided where originals in a language other than English

AUTRICHE

I. EINLEITUNG

A. Rechtsquellen

1. Europäisches Recht

a. Primärrecht

- Art. 39ff, 43ff und 49ff EG-Vertrag (EG) (ABl. 24.12.2002 C 325/33)
- Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits über die Freizügigkeit vom 21.6.1999, in Kraft seit 1.6.2002, Stand 27.12.2006 (0.142.112.681) in Deutschland BGBl. II 2001 S. 810 und BGBl. II 2002, S. 1692.

b. Sekundärrecht

- Richtlinie 2005/36/EG vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen

2. Österreichisches Recht

a. Gesetze

- Bundesgesetz über die Ausübung des zahnärztlichen Berufes und des Dentistenberufs ([Zahnärztegesetz](#) – ZÄG) (BGBl. I NR. 126/2005, bislang letzte Änderung BGBl. I 80/ 2006), [Zahnärzterechts-Novelle 2007 zur **Umsetzung der Richtlinie 2005/36/EG - zum Zeitpunkt der Gutachtenserstellung nur im Entwurf verfügbar**, vgl. http://www.epstein.at/pls/portal/docs/page/PG/DE/XXIII/ME/ME_00038/FNAM_EORIG_074085.HTML]; mittlerweile novelliert: BGBl. I Nr. 57/2008.
- **Bundesgesetz über die Standesvertretung der Angehörigen des zahnärztlichen Berufes und des Dentistenberufs** ([Zahnärztekammergesetz](#) – ZÄKG) (BGBl. I Nr. 154/2005, bislang letzte Änderung BGBl. I 80/ 2006), [noch nicht in elektronischer Form im BGBl. verfügbar; in Kraft getreten am 20. Oktober 2007 (8.11.2007)] Siehe auch die Information des österreichischen Rechtsinformationssystems: Novelle in Bearbeitung (BGBl. I Nr. 57/2008)

B. Verhältnis zu europarechtlichen Vorgaben

1. Umsetzung der Richtlinie 2005/36/EG

Das österreichische neugefasste ZÄG lag uns zum Zeitpunkt der Gutachtenserstellung nur in der **Entwurfassung** vor. Durch dieses Bundesgesetz werden umgesetzt.

1. die Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen, ABl. Nr. L 255 vom 30. September 2005 S. 22, zuletzt geändert durch die Richtlinie 2006/100/EG des Rates vom 20. November 2006 zur Anpassung bestimmter Richtlinien im Bereich Freizügigkeit anlässlich des Beitritts Bulgariens und Rumäniens, ABl. Nr. L 363 vom 20. Dezember 2006, S. 141;

Aurtriche

2. das Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Schweizerischen Eidgenossenschaft andererseits über die Freizügigkeit, ABl. Nr. L 114/6 vom 30. April 2002, BGBl. III Nr. 133/2002, in der Fassung des Protokolls im Hinblick auf die Aufnahme der Tschechischen Republik, Estland, Zypern, Lettland, Litauen, Ungarn, Malta, Polen, Slowenien und Slowakei als Vertragsparteien infolge ihres Beitritts zur Europäischen Union, ABl. Nr. L 89/30 vom 28. März 2006, BGBl. III Nr. 162/2006;
3. die Richtlinie 2003/109/EG des Rates vom 25. November 2003 betreffend die Rechtsstellung der langfristig aufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen, ABl. Nr. L 16 vom 23. Jänner 2004, S. 44;
4. die Richtlinie 2004/38/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 über das Recht der Unionsbürger und ihrer Familienangehörigen, sich im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten frei zu bewegen und aufzuhalten, zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1612/68 und zur Aufhebung der Richtlinien 64/221/EWG, 68/360/EWG, 72/194/EWG, 73/148/EWG, 75/34/EWG, 75/35/EWG, 90/364/EWG und 93/96/EWG, ABl. Nr. L 158 vom 30. April 2004, S. 77, in der berichtigten Fassung, ABl. Nr. L 229 vom 29. Juni 2004, S. 35

Die Richtlinie 2005/36/EG über die Anerkennung von Berufsqualifikationen, die im Zentrum der Gesetzesnovelle steht, bezieht sich im Hinblick auf die automatische Anerkennung bestimmter Titel allerdings ausdrücklich auf die Berufsbezeichnungen der Mitgliedsstaaten.

Die Schweiz ist hiervon in Ermangelung einer Aufnahme der Richtlinie in Anhang III der Bilateralen Verträge von den Vorgaben der Richtlinie **noch nicht** direkt umfasst.

2. Verhältnis zum Freizügigkeitsabkommen Schweiz-EG

Die nationale Gesetzgebung bezieht die Richtlinie bereits ein, das Gesetz bleibt allerdings noch im Entwurfsstadium. Mit der Entscheidung für die Richtlinienanwendung in der Schweiz ist daher anzunehmen, dass auf Schweizer Zahnärzte die gleichen Grundsätze Anwendung finden werden, die für Staatsangehörige der EU-Mitgliedsstaaten gelten, und die Voraussetzungen der Anerkennung von Berufsqualifikationen und der Niederlassung Schweizer Staatsangehöriger in EU-Staaten erleichtert wird.

II. LÄNDERBERICHT ÖSTERREICH

A. Niederlassung als Zahnarzt

Der zahnärztliche Beruf darf in Österreich nur nach Maßgabe des Zahnärztegesetzes (ZÄG) ausgeübt werden. Für die Niederlassung ausländischer Staatsangehöriger als Zahnarzt in Österreich gelten die Bestimmungen der §§ 5 bis 9 ZÄG.

1. Titel

Gem. § 5. Abs. 1 ZÄG haben die zur Ausübung des zahnärztlichen Berufs berechtigten Personen die Berufsbezeichnung "Zahnarzt"/"Zahnärztin" zu führen. Gem. § 5 Abs. 2 ZÄG dürfen Staatsangehörige der Schweizerischen Eidgenossenschaft, die zur selbständigen Ausübung des zahnärztlichen Berufs oder zur Erbringung von zahnärztlichen Dienstleistungen berechtigt sind, die in ihrem Heimat- bzw. Herkunftsstaat rechtmäßige Ausbildungsbezeichnung und deren Abkürzung in der jeweiligen Sprache dieses Staates führen, müssen aber neben diesem Name und Ort der Ausbildungsstätte führen, die diese Ausbildungsbezeichnung verliehen hat. Die Bezeichnung darf nicht mit einer Bezeichnung verwechselt werden, die in Österreich eine zusätzliche Ausbildung voraussetzt, wenn diese von der betreffenden

Autriche

Person nicht erworben wurde. Der Berufsbezeichnung und Ausbildungsbezeichnung dürfen nur im In- und Ausland erworbene oder verliehene Titel und Würden, Diplome über die erfolgreiche Absolvierung einer fachlichen Fort- oder Weiterbildung, die von der Österreichischen Zahnärztekammer verliehen oder anerkannt wurden, und Zusätze hinzugefügt werden, die auf die gegenwärtige Verwendung hinweisen. Sofern Zusätze zur Verwechslung mit inländischen Amts- oder Berufstiteln geeignet sind, dürfen sie nur mit Bewilligung des zuständigen Ministeriums oder in der von diesem festgelegten Form geführt werden.

Zahnärzte, die mit der dauernden Leitung eines im Rahmen einer Krankenanstalt geführten Instituts oder eines selbständigen Ambulatoriums betraut sind und denen mindestens fünf zur selbständigen Berufsausübung berechnete hauptberuflich tätige Angehörige des zahnärztlichen Berufs unterstellt sind, ist die Berechtigung zur Führung des Berufstitels "Primarius" / "Primaria" zu verleihen.

Die Führung anderer als der gesetzlich zugelassenen Berufsbezeichnungen, einer Bezeichnung oder eines Titels gemäß Abs. 1 bis 4 durch hiezu nicht berechnete Personen oder anderer verwechslungsfähiger Bezeichnungen oder Titel, die geeignet sind, die Berechtigung zur Ausübung des zahnärztlichen Berufs oder einzelner zahnärztlicher Tätigkeiten vorzutäuschen, durch hiezu nicht berechnete Personen ist verboten.

2. Antrag und Antragsinhalt

Gem. § 6 Abs. 1 ZÄG sind zur selbständigen Ausübung des zahnärztlichen Berufs diejenigen Personen berechnete, die die in § 6 Abs. 1 ZÄG genannten **Erfordernisse** erfüllen.

1. Der Zahnarzt hat über die **Eigenberechnung** zu verfügen.
2. Er muss über die zur Ausübung des zahnärztlichen Berufs erforderliche **Vertrauenswürdigkeit** verfügen.
3. Weiter muss er die zur Ausübung des zahnärztlichen Berufs erforderliche **gesundheitliche Eignung** aufweisen.
4. Er muss die zur Ausübung des zahnärztlichen Berufs erforderlichen **Kenntnisse der deutschen Sprache** nachweisen können.
5. Ferner muss er einen **Qualifikationsnachweis gemäss §§ 7 ff.** erbringen.
6. Er muss zudem in die **Zahnärzteliste** eingetragen sein.

Die entsprechende Nachweise der einzelnen Eintragungsvoraussetzungen sind bei Eintragung in die Zahnärzteliste (Nr. 6) in deutscher Sprache vorzulegen. Die zahnärztliche Tätigkeit darf erst nach Erhalt der Bestätigung über die Eintragung in die Zahnärzteliste aufgenommen werden.

Zu den einzelnen Punkten ist insbesondere Nachfolgendes zu präzisieren:

a) Vertrauenswürdigkeit, § 6 Abs. 1 Nr. 2 ZÄG

Die **Vertrauenswürdigkeit** gem. § 6 Abs. 2 ZÄG liegt jedenfalls in folgenden zwei Fällen nicht vor: einmal bei Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe wegen einer oder mehrerer mit Vorsatz begangener strafbarer Handlungen, solange die Verurteilung nicht getilgt ist, und zweitens wenn nach der Eigenart der strafbaren Handlung und nach der Persönlichkeit des Verurteilten die Begehung der gleichen oder einer ähnlichen strafbaren Handlung bei Ausübung des zahnärztlichen Berufs zu befürchten ist.

Dies ist durch eine **Strafregisterbescheinigung** oder einen vergleichbaren Nachweis des Heimat- oder Herkunftsstaats und sofern dies die Rechts- und Verwaltungsvorschriften des Heimat- oder Herkunftsstaats vorsehen, eine Disziplinarstrafregisterbescheinigung oder ein vergleichbares Dokument nachzuweisen, die zum Zeitpunkt der Anmeldung zur Eintragung nicht älter als drei Monate sein dürfen.

Autriche

Hat die Österreichische Zahnärztekammer von einem Sachverhalt Kenntnis, der außerhalb des Bundesgebiets eingetreten ist und geeignet sein könnte, Zweifel im Hinblick auf die Vertrauenswürdigkeit des Eintragungswerbers zu begründen, so kann sie die zuständige Stelle dieses Staats davon unterrichten und sie ersuchen, den Sachverhalt zu prüfen und ihr innerhalb von drei Monaten mitzuteilen, ob wegen dieses Sachverhalts gegen die betreffende Person in diesem Staat ermittelt wird, ein disziplinarrechtliches, verwaltungsstrafrechtliches oder strafrechtliches Verfahren anhängig ist oder eine disziplinarrechtliche, verwaltungsstrafrechtliche oder strafrechtliche Maßnahme verhängt wurde.

b) **Gesundheitliche Eignung § 6 Abs. 1 Nr. 3 ZÄG**

Zum Nachweis der gesundheitlichen Eignung ist ein **ärztliches Zeugnis** vorzulegen, das zum Zeitpunkt der Anmeldung zur Eintragung nicht älter als drei Monate sein darf.

c) **Qualifikationsnachweis, § 6 Abs. 1 Nr. 5 ZÄG**

Als **Qualifikationsnachweis** für die Ausübung des zahnärztlichen Berufs im Sinn des **§ 7 Abs. 1 ZÄG** gelten

1. ein an einer Medizinischen Universität oder der Medizinischen Fakultät einer Universität in der Republik Österreich erworbenes Doktorat der Zahnheilkunde, wobei hier gem. § 8 im Ausland erworbene zahnmedizinische Doktorate von **Professoren bzw. Professorinnen die** aus dem Ausland an eine Medizinische Universität in der Republik Österreich berufen wurden und die Lehrbefugnis als Universitätsprofessoren/Universitätsprofessorinnen erworben haben, als in Österreich nostrifizierte Doktorate der Zahnheilkunde gelten.
2. ein im Ausland erworbener und in Österreich als Doktorat der Zahnheilkunde **nostrifizierter akademischer Grad**.
3. ein in einem EWR-Vertragsstaat **oder in der Schweizerischen Eidgenossenschaft erworbener zahnärztlicher Qualifikationsnachweis gemäss § 9**.

Hinsichtlich der **Qualifikationsnachweise gem. § 9**, die auch für Angehörige Schweizerischen Eidgenossenschaft gelten verweist § 9 Abs. 1 ZÄG auf eine Reihe verschiedener Titel, die als zahnärztliche Qualifikationsnachweise nach den Bestimmungen der Richtlinie 2005/36/EG anzuerkennen sind. Dieser Verweis auf die Vorgaben der Richtlinie führt zu einer etwas komplizierten Regelungsstruktur. Vereinfacht ausgedrückt gilt Folgendes:

- aa) Die Grundsätze der **automatischen Anerkennung** gelten unter den nachfolgenden Voraussetzungen, wobei die Richtlinienbestimmungen wie erwähnt noch nicht auf die Schweiz abzielen:
1. Bestimmte Ausbildungsnachweise sind automatisch von allen Mitgliedsstaaten anzuerkennen (Art. 21 Abs. 1 RiL 2005/36/EG), so die in Anhang V Nummer 5.3.2 RiL 2005/36/EG geführten Titel, die die Mindestanforderungen an die Grundausbildung zum Zahnarzt nach den Art. 34 ff RiL 2005/36/EG erfüllen. Hier handelt es sich allerdings um Titel, der EU-Mitgliedsstaaten, die Schweizer Titel sind hier in Ermangelung der Aufnahme der Richtlinie in Anhang III der Bilateralen Verträge noch nicht berücksichtigt; künftig wird dies auch für die Schweiz gelten.
 2. Anerkannt werden auch zahnärztliche Ausbildungsnachweise einschliesslich einer Bescheinigung gemäss Artikel 23 Abs. 1, 2, 4, 5 oder 6 der Richtlinie 2005/36/EG; Gem. Art. 23 werden unbeschadet der spezifischen erworbenen Rechte bei Staatsangehörigen der Mitgliedstaaten (bzw. künftig der Schweiz) die Ausbildungsnachweise als ausreichend anerkannt, die die Aufnahme des Berufes des Zahnarztes und des Fachzahnarztes im Ursprungsstaat gestatten, auch wenn diese Ausbildungs-

Autriche

nachweise nicht alle Anforderungen an die Ausbildung nach den Art. 34 und 35 RiL 2005/36 erfüllen, sofern diese Nachweise den Abschluss einer Ausbildung belegen, die vor dem für das jeweilige Land in Anhang V Nummer 5.3.2. aufgeführten Stichtag begonnen wurde, und sofern ihnen eine Bescheinigung darüber beigelegt ist, dass der Inhaber während der letzten **fünf Jahre** vor Ausstellung der Bescheinigung mindestens drei Jahre lang ununterbrochen tatsächlich und rechtmäßig die betreffenden Tätigkeiten ausgeübt hat. Die Schweiz wird jedoch noch nicht in Anhang V unter 5.3.2. geführt. Zudem erkennt jeder EU-Staat für Zahnärzte Ausbildungsnachweise als ausreichend an, auch wenn sie den in Anhang V Nummern 5.3.2., 5.3.3. aufgeführten Bezeichnungen nicht entsprechen, wenn ihnen eine von den zuständigen Behörden oder Stellen ausgestellte Bescheinigung beigelegt ist. Diese Bescheinigung gilt als Nachweis, dass diese Ausbildungsnachweise den erforderlichen Abschluss einer Ausbildung bescheinigen, die den in den Art. 34, 35 RiL 2005/36 genannten Bestimmungen entspricht, und dass sie von dem Mitgliedstaat, der sie ausgestellt hat, den Ausbildungsnachweisen gleichgestellt werden, deren Bezeichnungen in Anhang V Nr. 5.3.2., 5.3.3. aufgeführt sind.

3. Die Anerkennung erfolgt auch hinsichtlich der Ausbildungsnachweise der Zahnärzte einschliesslich einer Bescheinigung gemäss Artikel 37 Abs. 1 oder 2 der Richtlinie 2005/36/EG, der **erworbene Rechte** von Zahnärzten sichert. Hier handelt es sich allerdings um bestimmte Nachweise bestimmter Mitgliedsstaaten, die bei entsprechender Berufsausübungsdauer zu einer Anerkennung führen und für die Tätigkeit von Schweizern im EU Ausland nicht relevant sind.
- bb) Andere Ausbildungsnachweise als die Genannten fallen unter die **Allgemeine Anerkennungsregelung** der Art. 11 ff RiL 2006/25/EG, die momentan auch für Schweizer Staatsangehörige gilt:
1. Für Ausbildungsnachweise der Zahnärzte, die gem. **Artikel 10 lit. b** der Richtlinie 2005/36/EG **nicht** unter die genannten Bestimmungen über die automatische Anerkennung fallen oder die aus besonderen und außergewöhnlichen Gründen die Voraussetzungen hierfür nicht erfüllen, gelten, wenn etwa die Anforderungen der tatsächlichen und rechtmässigen Berufspraxis gemäss Art. 37 nicht erfüllt sind, die **allgemeinen Regelungen über die Anerkennung von Ausbildungsnachweisen**. Hierzu erfolgt eine Gleichwertigkeitsprüfung der Ausbildungsnachweise (Art. 12 der RiL 2005/36/EG) und die Anerkennung ist dann gem. Art. 13 an folgende Bedingungen geknüpft: Bei reglementierten Berufen berechtigen in einem anderen Mitgliedstaat erworbene Berufsqualifikationen zur Aufnahme und Ausübung dieses Berufs unter denselben Voraussetzungen wie bei Inländern. Die Befähigungs- oder Ausbildungsnachweise müssen allerdings in einem Mitgliedstaat von der dort zuständigen Behörde ausgestellt worden sein und bescheinigen, dass das Berufsqualifikationsniveau des Inhabers zumindest unmittelbar unter dem Niveau (vgl. auch Art. 11 RiL 2006/35/EG) liegt, das der Aufnahmemitgliedstaat fordert. Die Aufnahme und die Ausübung eines in einem Mitgliedstaat reglementierten Berufs müssen ebenfalls gestattet werden, wenn dieser Beruf vollzeitlich **zwei Jahre** lang in den vorhergehenden zehn Jahren in einem anderen Mitgliedstaat, der diesen Beruf nicht reglementiert, ausgeübt hat, sofern er jedoch im Besitz eines oder mehrerer Befähigungs- oder Ausbildungsnachweise ist, die die genannten Voraussetzungen erfüllen und bescheinigen, dass der Inhaber auf die Ausübung des betreffenden Berufs vorbereitet wurde. Eine Ausnahme von der zweijährigen Berufserfahrung gilt nach Massgabe des Art. 13 Abs. 2 Unterabsatz 3 RiL 2005/36/EG.
 2. Gem. Artikel 10 lit. g RiL 2005/36/EG gelten Ausbildungsnachweise der Zahnärzte einschliesslich einer Bescheinigung gemäss Art. 3 Abs. 3 der Richtlinie 2005/36/EG für Migranten aus Drittländern, die gem. Art. 3 Abs. 3 erfüllen. Danach ist jeder in einem Drittland ausgestellte Ausbildungsnachweis, einem inländischen gleichgestellt sofern sein Inhaber in dem betreffenden Beruf drei Jahre Berufserfahrung im

Autriche

Hoheitsgebiet des Mitgliedstaats, der diesen Ausbildungsnachweis nach Art. 2 Abs. 2 RiL 2005/36/EG anerkannt hat, besitzt und dieser Mitgliedstaat diese Berufserfahrung bescheinigt.

- cc) Daneben kann gem. Art. 14 der RiL 2005/36/EG der Aufnahmemitgliedsstaat jedoch in bestimmten Konstellationen fordern, dass der Antragsteller einen **höchstens dreijährigen Anpassungslehrgang absolviert oder nach Wahl des Bewerbers eine Eignungsprüfung ablegt**. Dies gilt allerdings nur dann, wenn die Ausbildungsdauer mindestens ein Jahr unter der Ausbildungsdauer des Aufnahmestaates liegt, wenn sich die Fächer in denen der Antragsteller ausgebildet wurde wesentlich von denen unterscheidet, die im Herkunftsstaat erfordert werden und wenn der reglementierte Beruf im Aufnahmemitgliedsstaat eine oder mehrere reglementierte Tätigkeiten umfasst, die im Herkunftsmitgliedstaat nicht Bestandteil des entsprechenden reglementierten Berufs sind und wenn dieser Unterschied in einer besonderen Ausbildung besteht, die im Aufnahmemitgliedstaat gefordert wird und sich auf Fächer bezieht, die sich wesentlich von denen unterscheiden, die von dem Befähigungs- oder Ausbildungsnachweis abgedeckt werden, den der Antragsteller vorlegt. (Art. 14 Abs. 1 RiL 2005/36/EG).

Die bisherigen Regelungen über Drittlanddiplome in § 10 ZÄG, der auch für die Angehörigen der Schweizerischen Eidgenossenschaft galt, entfällt in der Zahnärztegesetz- Novelle.⁶⁹

3. Eintragung in die Zahnärzteliste

a) Eintragungsvoraussetzungen

Gem. § 12 ZÄG sind Personen, die den zahnärztlichen Beruf in Österreich auszuüben beabsichtigen und die Erfordernisse gemäß § 6 Abs. 1 Z 1 bis 5 erfüllen, vor Aufnahme ihrer zahnärztlichen Tätigkeit bei der Österreichischen Zahnärztekammer im Wege der örtlich zuständigen Landes Zahnärztekammer mittels eines **Formblatts** und unter eigenhändiger Unterschriftsleistung oder mittels elektronischer Signatur anzumelden und die erforderlichen **Personal-** und **Ausbildungsnachweise** vorzulegen.

Hier sind die o.g. Nachweise der in § 6 genannten Eignungsvoraussetzungen zu erbringen, so insbesondere neben der Vorlage der

- **Befähigungsnachweise** die Vorlage einer
- **Strafregisterbescheinigung** und sofern vorgesehen eine Disziplinarstrafregisterbescheinigung oder ein vergleichbarer Nachweis , jeweils nicht älter als drei Monate und eines
- **ärztlichen Zeugnisses**, nicht älter als drei Monate

⁶⁹ § 10 ZÄG a.F.: Als Qualifikationsnachweise gemäß § 7 Abs. 1 Z 3 [Anm. entfällt ebenfalls] gelten zahnärztliche Diplome, Prüfungszeugnisse oder sonstige Befähigungsnachweise, die einem/einer Staatsangehörigen eines EWR-Vertragsstaats oder der Schweizerischen Eidgenossenschaft außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums oder der Schweizerischen Eidgenossenschaft ausgestellt wurden, sofern
1. dieser/diese in einem der übrigen EWR-Vertragsstaaten oder der Schweizerischen Eidgenossenschaft zur selbständigen Ausübung des zahnärztlichen Berufs berechtigt ist und
2. von der Österreichischen Zahnärztekammer die Gleichwertigkeit der Qualifikation unter Berücksichtigung der im Europäischen Wirtschaftsraum oder der Schweizerischen Eidgenossenschaft erworbenen zahnärztlichen Berufserfahrung und Ausbildung festgestellt wurde.

4. Zuständige Behörde, Verfahren, Fristen

Relevante Bestimmungen sind die §§ 11 Abs. 1, 12 ZÄG und 20, 35 ZÄKG, wonach die Österreichische Zahnärztekammer in Zusammenarbeit mit den Landes Zahnärztekammern die Anmeldungen für die Ausübung des zahnärztlichen Berufs entgegenzunehmen und eine Liste der zur Berufsausübung berechtigten Angehörigen des zahnärztlichen Berufs (Zahnärzteliste) zu führen hat. Bewerber haben sich bei der Österreichischen Zahnärztekammer, allerdings aber im Wege der **örtlich zuständigen Landes Zahnärztekammer** mittels Formblatt anzumelden und dort die erforderlichen Personal- und Ausbildungsnachweise vorzulegen.

Die Österreichische Zahnärztekammer hat jede Anmeldung im Prinzip **ohne unnötigen Aufschub zu erledigen**, spätestens aber binnen drei Monaten nach Einlangen der vollständigen Unterlagen. Diese Frist wird nur gehemmt, wenn Zweifel an der Vertrauenswürdigkeit des Bewerbers bestehen und gem. § 12 Abs. 5 ZÄG um Auskünfte der ersuchten ausländischen Stelle nachgesucht wurde. Die Österreichische Zahnärztekammer hat das Verfahren dann jedoch unverzüglich nach Einlangen der Auskünfte oder, sofern die Auskünfte nicht innerhalb von drei Monaten nach Übermittlung des Ersuchens gemäß Abs. 5 einlangen, unverzüglich nach Ablauf der drei Monate fortzusetzen. Die Österreichische Zahnärztekammer hat den Angehörigen des zahnärztlichen Berufs, die in die Zahnärzteliste eingetragen sind, einen mit ihrem Lichtbild versehenen Berufsausweis (Zahnärzteausweis) auszustellen.

Die Adressen der Landesärztekammern sind die Folgenden:

Landes Zahnärztekammer Burgenland

Kohlmarkt 16/1/13,
1010 Wien
Tel: +43 (0) 5 05 11 - 7000
office@bgl.zahnaerztekammer.at

Landes Zahnärztekammer Kärnten

Neuer Platz 7/1
9020 Klagenfurt
Tel: 05 05 11 - 9020
Fax: 05 05 11 - 9023
office@ktn.zahnaerztekammer.at

Landes Zahnärztekammer Niederösterreich

Kremser Gasse 20
3100 St. Pölten
Tel: +43 (0) 5 05 11 - 3100 Fax: +43 (0) 5 05 11 - 3109
office@noe.zahnaerztekammer.at

Landes Zahnärztekammer Oberösterreich

Spittelwiese 8/1
4010 Linz
Tel: +43 (0) 5 05 11 - 4010 Fax: +43 (0) 5 05 11 - 4010
office@ooe.zahnaerztekammer.at

Landes Zahnärztekammer Salzburg

Rochusgasse 4
5020 Salzburg
Telefon
Tel: +43-05-0511-5020
office@sbg.zahnaerztekammer.at

Autriche

Landeszahnärztekammer Steiermark

Kaiserfeldgasse 29/3
8010 Graz
Tel.: 050511-8020, Fax: 050511-8080
office@stmk.zahnaerztekammer.at

Landeszahnärztekammer Tirol

Anichstraße 7/3
6020 Innsbruck
Tel: +43 (0) 5 05 11 - 6020
Fax: +43 (0) 5 05 11 – 6026
office@tiroler.zahnaerztekammer.at

Landeszahnärztekammer Vorarlberg

Schulgasse 19/1
6850 Dornbirn
Tel: +43 (0) 5 05 11 - 6850
Fax: +43 (0) 5 05 11 - 6854
office@vlbg.zahnaerztekammer.at

Landeszahnärztekammer Wien

Kohlmarkt 11/6
1010 Wien
Tel: +43 (0) 5 05 11 - 1010
Fax: +43 (0) 5 05 11 - 1014
office@wr.zahnaerztekammer.at

Adresse der Österreichischen Zahnärztekammer

Österreichische Zahnärztekammer

Kohlmarkt 11/6
1010 Wien
Tel: ++43 (0) 5 05 11
Fax: ++43 (0) 5 05 11 - 1167
office@zahnaerztekammer.at

5. Entscheidung und Rechtsbehelfe

Erfüllt die betreffende Person die Erfordernisse gemäß § 12 Abs. 1 und 2 ZÄG nicht, hat die Österreichische Zahnärztekammer die Eintragung in die Zahnärzteliste gem. § 13 ZÄG zu versagen. Gegen Versagungsbescheide der Österreichischen Zahnärztekammer steht die **Berufung** an den Landeshauptmann offen, in dessen Bereich die Anmeldung in die Zahnärzteliste gemäß § 12 Abs. 1 eingebracht wurde.

6. Rechtsstellung

Gem. § 16 unterliegen ausländische Zahnärzte wie die inländischen folgenden Berufspflichten:

Zum einen der **allgemeinen Berufspflicht**, die Patienten ohne Unterschied der Person gewissenhaft zu betreuen und deren Wohl und Schutz nach Maßgabe der zahnmedizinischen

Autriche

schen Wissenschaft und Erfahrung sowie unter Einhaltung der bestehenden Vorschriften zu wahren.

Weiter unterliegen sie gem. § 17 ZÄG einer **Fortbildungspflicht** und haben sich über die neuesten Entwicklungen und Erkenntnisse der zahnmedizinischen und anderer berufsrelevanter Wissenschaften, insbesondere im Rahmen anerkannter Fortbildungsprogramme der Österreichischen Zahnärztekammer, regelmäßig fortzubilden.

Sie unterliegen gem. § 18 ZÄG der **Aufklärungspflicht** über die Diagnose, den geplanten Behandlungsablauf, die Risiken der zahnärztlichen Behandlung, die Alternativen der bzw. zur zahnärztlichen Behandlung, die Kosten der zahnärztlichen Behandlung sowie den Anteil der Kostentragung durch den Träger der Sozialversicherung bzw. der Krankenfürsorge und die Folgen der zahnärztlichen Behandlung sowie eines Unterbleibens dieser Behandlung. Die Aufklärung über die vom Patienten zu tragenden Kosten hat im Fall von in Art und den Umfang der Behandlung wesentlichen Kosten in Form eines schriftlichen Heil- und Kostenplans zu erfolgen.

Angehörige des zahnärztlichen Berufs sind gem. § 19 ZÄG **dokumentationspflichtig**, Aufzeichnungen über jede zur zahnärztlichen Beratung oder Behandlung übernommene Person zu führen (Anamnese, Diagnose, Aufklärung sowie Dokumentation von Art und Umfang der zahnärztlichen Leistungen einschließlich der Anwendung und Verordnung von Arzneispezialitäten), die mindestens zehn Jahre aufzubewahren sind.

Zudem unterliegen Zahnärzte gem. § 20 ZÄG der **Auskunftspflicht** gegenüber Patienten, deren gesetzlichen Vertretern, Auskunftsberechtigten und anderen Angehörigen der Gesundheitsberufe, die die betroffenen Patienten behandeln, hinsichtlich der für die Behandlung und Pflege erforderlichen Auskünfte.

Sie unterliegen gem. § 21 ZÄG der **Verschwiegenheitspflicht**.

Zudem haben sie gem. § 22 ZÄG **Qualitätssicherungspflichten** und eine umfassende Evaluierung der Qualität durchzuführen und die Ergebnisse der Österreichischen Zahnärztekammer zu übermitteln.

7. Kassenzulassung

Es gibt in Österreich Vertragszahnärzte, die Verträge mit den Gebietskrankenkassen abgeschlossen haben (Kassenzulassung) oder Wahlzahnärzte. Unter letztere fallen alle freiberuflich tätigen Zahnärzte, die mit der Kasse keinen Vertrag über die Sachleistungsverrechnung abgeschlossen haben.

Voraussetzung für eine Invertragnahme bei der Gebietskrankenkasse im Rahmen einer selbständigen Tätigkeit (Kassenplanstelle) ist eine **Bewerbung um eine ausgeschriebene** (neue oder bestehende) **Stelle (Ordination)**.

Ohne Bewerbung auf eine Ausschreibung kann eine Invertragnahme nicht erfolgen. Bewerben können sich alle Zahnärzte die die jeweilige Berufsberechtigung für die ausgeschriebene Stelle besitzen, egal wo sie momentan tätig sind. Zur ordnungsgemäßen Bewerbung ist es notwendig, das von der jeweiligen Landes Zahnärztekammer vorgesehene Bewerbungsfomular auszufüllen und an die Ärztekammer zu übermitteln.⁷⁰

⁷⁰ Vgl. etwa für die Zahnärztekammer Wien die Formulare unter:
<http://wr.zahnaerztekammer.at/page.php?katid=323>

Autriche

Die Vergabe erfolgt nach einem Punkteverfahren, das in einer Vereinbarung zwischen Ärztekammer und Gebietskrankenkasse für Fachärzte für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde bzw. Zahnärzte bindend vereinbart wurde.

Nach Einlangen aller Bewerbungsunterlagen werden diese von der Zahnärztekammer geprüft und die Punkte gemäß den Reihungskriterien für Bewerber und Stelle ausgewertet. Die errechneten Punkte werden der Gebietskrankenkasse übermittelt und dann von dieser geprüft und die Reihung der Bewerber aufgestellt.

Es ist damit zu rechnen, dass ungefähr drei bis sechs Wochen nach Ende der Bewerbungsfrist die Veröffentlichung der Ergebnisse des Auswertungsverfahrens vorliegen und dass das gesamte Vergabeverfahren c.a. zwei Quartale dauert.

B. Dienstleistungsfreiheit

Für vorübergehende Tätigkeiten gilt § 31 ZÄG, der durch die Zahnärztegesetz-Novelle ebenfalls Änderungen unterzogen wird. § 31 Abs. 1 sichert den Grundsatz des **Freien Dienstleistungsverkehrs** und gestattet Staatsangehörigen eines EWR-Vertragsstaats oder der Schweizerischen Eidgenossenschaft, die den zahnärztlichen Beruf in einem der übrigen EWR-Vertragsstaaten oder der Schweizerischen Eidgenossenschaft rechtmässig ausüben, von ihrem ausländischen Berufssitz oder Dienstort aus im Rahmen des Dienstleistungsverkehrs vorübergehend ohne Eintragung in die Zahnärzteliste unter der Berufsbezeichnung des Herkunftslandes in Österreich zahnärztlich tätig zu werden.

Gem. eines neuen § 31 Abs. 2 soll vor der erstmaligen Ausübung einer Tätigkeit im Sinne des Abs. 1, die einen vorübergehenden Aufenthalt im Bundesgebiet erfordert, hat der Dienstleistungserbringer der Österreichischen Zahnärztekammer im Wege der Landes Zahnärztekammer jenes Bundeslandes, in dem die Dienstleistung erbracht werden soll, schriftlich Meldung zu erstatten. Er hat dabei folgende Unterlagen vorzulegen:

1. Nachweis über die **Staatsangehörigkeit**,
2. **Bescheinigung** der zuständigen Behörde des Heimat- oder Herkunftsstaats, aus der hervorgeht, dass der Dienstleistungserbringer rechtmässig zur Ausübung des zahnärztlichen Berufs niedergelassen ist und dass ihm die Ausübung des zahnärztlichen Berufs zum Zeitpunkt der Vorlage der Bescheinigung nicht, auch nicht vorübergehend, untersagt ist,
3. **Qualifikationsnachweis** gemäß § 9 (vgl. die entsprechenden Erörterungen zur Niederlassungsfreiheit).

Nach einem neuen Abs. 2a soll die Meldung ist einmal jährlich zu erneuern sein, wenn der Dienstleistungserbringer beabsichtigt, während des betreffenden Jahres grenzüberschreitende Dienstleistungen zu erbringen. Im Fall einer wesentlichen Änderung gegenüber dem in den vorgelegten Urkunden bescheinigten Sachverhalt sind zudem die entsprechenden Urkunden erneut vorzulegen.

Nach einem neuen Abs. 2b gilt ferner:

Legt ein Dienstleistungserbringer bei der Meldung einen in einem EWR-Vertragsstaat oder der Schweizerischen Eidgenossenschaft erworbenen zahnärztlichen Ausbildungsnachweis vor, der **nicht alle Anforderungen an die Ausbildung gemäß Artikel 34 RiL 2005/36/EG erfüllt, ohne die für die automatische Anerkennung erforderliche mindestens dreijährige ununterbrochene tatsächliche und rechtmässige selbständige zahnärztliche Berufsausübung nachweisen zu können** (Artikel 10 lit. b der Richtlinie 2005/36/EG), oder

Autriche

einen außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums oder der Schweizerischen Eidgenossenschaft ausgestellten zahnärztlichen Ausbildungsnachweis einschließlich einer Bescheinigung über eine dreijährige zahnärztliche Berufserfahrung im Hoheitsgebiet jenes EWR-Vertragsstaats oder der Schweizerischen Eidgenossenschaft, der diesen Ausbildungsnachweis anerkannt hat (Artikel 10 lit. g in Verbindung mit Artikel 3 Abs. 3 der Richtlinie 2005/36/EG), kann die Österreichische Zahnärztekammer vor Aufnahme der Tätigkeit im Sinne des Abs. 1 die zahnärztliche Qualifikation des Dienstleistungserbringers **nachprüfen**, um auf Grund dessen mangelnder Berufsqualifikation eine schwerwiegende Beeinträchtigung der Gesundheit des Dienstleistungsempfängers zu verhindern.

Bei grenzüberschreitender Dienstleistung von in Österreich eingetragenen und praktizierenden Zahnärzten Schweizer Staatsangehörigkeit oder bei Staatsangehörigen eines EWR-Vertragsstaats hat die Österreichische Zahnärztekammer zum Zweck der Dienstleistungserbringung in einem anderen EWR-Vertragsstaat oder der Schweizerischen Eidgenossenschaft auf Antrag eine Bescheinigung darüber auszustellen, dass der Betreffende den zahnärztlichen Beruf in Österreich **rechtmäßig** ausübt und den für die Berufsausübung erforderlichen **Qualifikationsnachweis** besitzt. Wird dem Betreffenden die Berechtigung zur Berufsausübung entzogen (§ 45 ZÄG) oder die Berufsausübung untersagt (§§ 46 f ZÄG), ist diese Bescheinigung für die Dauer der Entziehung oder Untersagung einzuziehen.

1. Bedingungen für Dienstleistungen

Gem. § 31 Abs. 3 ZÄG unterliegen ausländische Dienstleistungserbringer den für Angehörige des zahnärztlichen Berufs, die in die Zahnärzteliste eingetragen sind, geltenden Berufspflichten und Disziplinarvorschriften. Verstößt der Dienstleistungserbringer gegen diese Pflichten, hat die Österreichische Zahnärztekammer dies unverzüglich bei der zuständigen Behörde seines Herkunftsstaats anzuzeigen.

2. Anträge und zuständige Behörden

Vor der erstmaligen Ausübung einer Tätigkeit, ist die **Landeszahnärztekammer** (s.oben) jenes Bundeslandes zu kontaktieren., in dem die Dienstleistung erbracht werden soll.

3. Verfahren, Rechtsmittel

Über die Entscheidung betreffend die **Nachprüfung** der Berufsqualifikation bzw. deren Ergebnis hat die Österreichische Zahnärztekammer den Dienstleistungserbringer innerhalb **eines Monats** nach vollständiger Meldung zu unterrichten. Treten Schwierigkeiten auf, die zu einer Verzögerung der Entscheidung führen könnten, ist der Dienstleistungserbringer innerhalb eines Monats über die Gründe der Verzögerung sowie über den Zeitplan der Entscheidung zu unterrichten. Die Entscheidung betreffend die Nachprüfung hat spätestens innerhalb von zwei Monaten nach Vorlage der vollständigen Unterlagen zu erfolgen. Ergibt die Nachprüfung gemäß Abs. 2c, dass ein wesentlicher Unterschied zwischen der zahnärztlichen Qualifikation des Dienstleistungserbringers und dem österreichischen zahnärztlichen Qualifikationsnachweis besteht, der die Gesundheit des Dienstleistungsempfängers gefährden könnte, hat die Österreichische Zahnärztekammer dem Dienstleistungserbringer innerhalb eines Monats ab Zustellung der Entscheidung die Möglichkeit zu geben, im Rahmen einer Eignungsprüfung die fehlenden Kenntnisse und Fertigkeiten nachzuweisen. Kann der Dienstleistungserbringer die fehlenden Kenntnisse und Fertigkeiten im Rahmen der Eignungsprüfung nicht nachweisen, hat die Österreichische Zahnärztekammer diesem die Ausübung von Tätigkeiten gemäß Abs. 1 zu untersagen. Gegen diese Entscheidung ist **kein ordentliches Rechtsmittel** zulässig.

C. Sozietäten– Zusatzinformationen

1. Ordinations- und Apparategemeinschaften

Gem. § 25 Abs. 1 können freiberuflich tätige Angehörige des zahnärztlichen Berufs untereinander oder mit freiberuflich tätigen Angehörigen anderer Gesundheitsberufe im Sinne des § 24 Abs. 1 bei Wahrung der Eigenverantwortlichkeit jedes Berufsangehörigen zusammenarbeiten und Ordinationsräume (Ordinationsgemeinschaft) oder zahnmedizinische bzw. medizinische Geräte (Apparategemeinschaft) gemeinsam nutzen. Ordinations- und Apparategemeinschaften können auch zwischen freiberuflich tätigen Zahnärzten und einer Gruppenpraxis begründet werden.

2. Gruppenpraxen

Die Zusammenarbeit von freiberuflich tätigen Zahnärzten kann gem. § 26 ZÄG als selbständig berufsbeeugte Gruppenpraxis erfolgen, die in der Rechtsform einer Gesellschaft im Sinne des § 105 Unternehmensgesetzbuch (UGB), BGBl. I Nr. 120/2005 zu errichten ist. Eine Gruppenpraxis kann nur einen Berufssitz im Bundesgebiet haben. Jeder Sitz einer Gruppenpraxis ist auch gleichzeitig Berufssitz der an ihr beteiligten Berufsangehörigen. Die Tätigkeit der Gesellschaft muss auf die Ausübung des zahnärztlichen bzw. ärztlichen Berufs einschließlich der erforderlichen Hilfstätigkeiten und die Verwaltung des Gesellschaftervermögens beschränkt sein. Einer Gruppenpraxis dürfen nur zur selbständigen Berufsausübung berechnigte Zahnärzte sowie Ärzte als persönlich haftende Gesellschafter angehören. Andere Personen ihr nicht als Gesellschafter angehören und daher nicht am Umsatz oder Gewinn beteiligt sein. In der Firma der Gruppenpraxis sind jedenfalls der Name eines/einer Gesellschafter/Gesellschafterin und die in der Gruppenpraxis vertretenen Berufs- bzw. Fachrichtungen anzuführen. Jeder Gesellschafter ist gem. § 26 Abs. 3 ZÄG allein zur Geschäftsführung und Vertretung befugt. Eine Untersagung der Berufsausübung (§§ 46 f) bis zur Dauer von sechs Monaten hindert die Berufsangehörigen nicht an der Vertretung und an der Geschäftsführung, allerdings aber an der Zugehörigkeit zur Gesellschaft. Über Fragen der Ausübung eines bestimmten Berufs entscheiden ausschließlich die entsprechend berufsbeeugten Gesellschafter. Gegen den Willen jener Gesellschafter, die über die den Gegenstand einer Entscheidung überwiegend betreffende Berufsberechtigung verfügen, darf keine Entscheidung getroffen werden. Alle Gesellschafter müssen ihre Rechte in eigenem Namen und auf eigene Rechnung innehaben. Die selbständige Ausübung des zahnärztlichen Berufs darf nicht an eine Weisung oder Zustimmung der Gesellschafter (Gesellschafterversammlung) gebunden werden. Jeder einer Gruppenpraxis als persönlich haftender Gesellschafter angehörende Angehörige des zahnärztlichen Berufs hat, insbesondere durch eine entsprechende Gestaltung des Gesellschaftsvertrags, für die Einhaltung der Bestimmungen dieses Bundesgesetzes, insbesondere der Meldepflicht gemäß § 14 Abs. 1 Z 4, zu sorgen. Er/Sie ist für die Erfüllung seiner/ihrer Berufs- und Standespflichten persönlich verantwortlich, diese Verantwortung kann weder durch den Gesellschaftsvertrag noch durch Beschlüsse der Gesellschafter/Gesellschafterinnen oder Geschäftsführungsmaßnahmen eingeschränkt oder aufgehoben werden.

FRANCE

A la date du 10 avril 2008, la Directive 2005/36/CE du Parlement européen et du Conseil du 7 septembre 2005 relative à la reconnaissance des qualifications professionnelles n'ayant pas encore été transposée en France, il ne nous a pas été possible de livrer le rapport commandé pour ce pays.

Le gouvernement a été autorisé par la loi n° 2007-1774 du 17 décembre 2007 portant diverses dispositions d'adaptation au droit communautaire dans les domaines économique et financier, à prendre par voie d'ordonnance, dans un délai de **douze mois** à compter de la date de publication de la présente loi, les dispositions relevant du domaine de la loi nécessaire pour transposer la Directive 2005/36/CE.

SITUATION ACTUELLE

Dispositions applicables à la profession⁷¹ :

[Code de la Santé publique](#)

Partie législative :

- Articles L. 4141-1 et suivants

Partie réglementaire :

- Articles D. 4111-1 et suivants

[Arrêté du 9 mai 1994 portant modification des arrêtés du 18 juin 1981 et du 6 février 1981](#)

fixant respectivement les listes des diplômes, certificats et autres titres de médecins et de chirurgiens-dentistes délivrés par les Etats membres de la Communauté européenne, visées à l'article L. 356-2 du code de la santé publique, pour la mise en œuvre de l'accord sur l'espace économique européen.

(les 1° et 2° de l'article L. 356-2 du Code de la Santé Publique ont été recodifiés aux articles L. 4131-1 et L. 4141-3 du même code)

Transposant les dispositions de la directive sectorielle :

Directive 78/686/CEE du Conseil du 25 juillet 1978 visant à la reconnaissance mutuelle des diplômes, certificats et autres titres du praticien de l'art dentaire et comportent des mesures destinées à faciliter l'exercice effectif du droit d'établissement et de la libre prestation de services.

Accord conclu le 21 juin 1999 entre la communauté européenne et ses Etats membres, d'une part et la Confédération Helvétique d'autre part, ratifié par la France : [loi n° 2001-1117 du 28 novembre 2001](#) – [décret n° 2002-946 du 25 juin 2002](#) (Annexe III)

S'adresser à :

[Conseil national de l'Ordre des chirurgiens dentistes](#)

22 rue Emile Ménier

B.P. 2016

75761 Paris Cédex 16

Tel : 01 44 34 78 80

⁷¹ Les textes peuvent être consultés sur le site : <http://www.legifrance.gouv.fr>

ITALIE

I. INTRODUZIONE

A. Fonti normative

Due sono, ad oggi (**20 dicembre 2007**), le principali fonti normative per la regolamentazione dell'esercizio in Italia della professione di **odontoiatra** (come qui di seguito definita) da parte di chi possiede un titolo estero:

- **Decreto legislativo 9 novembre 2007 n. 206** recante “attuazione della direttiva 2005/36 CE relativa al riconoscimento delle qualifiche professionali, nonché della direttiva 2006/100/CE che adegua determinate direttive sulla libera circolazione delle persone a seguito dell’adesione della Bulgaria e Romania” (qui di seguito: “**D. Lgs. 206/2007**”)
- **Legge 24 luglio 1985, n. 409**, recante “Istituzione della professione sanitaria di odontoiatria e disposizioni relative al diritto di stabilimento ed alla libera prestazione di servizi da parte dei **dentisti** cittadini di Stati membri delle Comunità europee” (qui di seguito: “**Legge 409/1985**”)

Si rileverà che il D. lgs. 206/2007, attesa la sua recente approvazione, **non** è ancora stato completato da una **disciplina di dettaglio** relativa alla specifica **professione degli odontoiatri**. **Si è perciò tenuto conto qui di seguito della Legge 409/1985, che è ancora in vigore, dunque è ancora oggi applicabile, quanto meno nella misura in cui è compatibile con il D. lgs. 206/2007.**

B. Interrelazione con il diritto europeo

La legge n. 364 del 15 novembre 2000 ha ratificato per l'Italia l'Accordo tra la Comunità europea ed i suoi Stati membri e la Confederazione svizzera del 21 giugno 1999 (l'« **Accordo** »). L'Accordo disciplina la **libera circolazione delle persone** tra la Comunità Europea e la Confederazione Svizzera e **stabilisce l'applicabilità delle direttive comunitarie in tema di riconoscimento delle qualifiche professionali anche ai cittadini elvetici**. Pertanto, sono state introdotte agevolazioni **tali da rendere di fatto la situazione dei cittadini elvetici analoga a quella dei cittadini comunitari**. Viene in particolare in considerazione l'art. 9 dell'Accordo, il cui testo è il seguente.

« **Articolo 9 – Diplomi certificati e altri titoli**

Per agevolare ai cittadini degli Stati membri della Comunità europea e della Svizzera l'accesso alle attività dipendenti e autonome e il loro esercizio, nonché la prestazione di servizi, le parti contraenti adottano, conformemente all'allegato III, le misure necessarie per quanto riguarda il **riconoscimento reciproco dei diplomi dei certificati e di altri titoli** e il coordinamento delle disposizioni legislative, regolamentari e amministrative delle parti contraenti in materia di accesso alle attività dipendenti e autonome e dell'esercizio di queste, nonché di prestazione di servizi ».

In base all'Accordo dunque, i professionisti che intendano ottenere il riconoscimento del titolo professionale conseguito nella Confederazione Svizzera possono presentare domanda al **Ministero competente** – per la **professione di odontoiatra, il Ministero della Sanità** – ed inviando la documentazione necessaria. Va segnalato che l'art. 2 del D.lgs. 206/2007 dispone, al comma 3, che “**per il riconoscimento dei titoli di formazione acquisiti dai cittadini (...) della Confederazione svizzera, si applicano gli accordi in vigore con l'Unione europea**”.

II. RAPPORTO

Formano oggetto della professione di **odontoiatra** secondo il diritto italiano le attività inerenti alla **diagnosi ed alla terapia delle malattie ed anomalie congenite ed acquisite dei denti, della bocca, delle mascelle e dei relativi tessuti**, nonché alla **prevenzione** ed alla **riabilitazione** odontoiatriche. Gli odontoiatri possono prescrivere **tutti i medicinali** necessari all'esercizio della loro professione (Art. 1 della legge 409/1985, richiamato dall'art. 41 ult. comma del D. Lgs. 206/2007).

A titolo di premessa, si dirà che la professione dell'odontoiatra rientra nelle c.d. "**professioni sanitarie**" per il cui esercizio è necessaria l'iscrizione ad un albo (v. Art. 8 del D.Lgs. 13 settembre 1946, n. 233 e art. 1 della Legge 24 luglio 1985, n. 409). L'Albo è tenuto dagli Ordini dei medici-chirurghi e degli odontoiatri, organizzati **su base provinciale** (art. 7 del D.Lgs. 233/1946 e art. 6 della Legge 409/1989). Gli Ordini provinciali sono riuniti in una Federazione nazionale con sede a Roma, nel caso dei medici-chirurghi la **Federazione Nazionale degli Ordini dei Medici Chirurghi e degli Odontoiatri**.

Le **sedi e gli indirizzi** degli Ordini provinciali sono indicati sul sito: <http://portale.fnomceo.it/Jcmsfnomceo/Jsezione.jsp?lingua=It&idsezione=94>. Competente per le questioni relative al riconoscimento dei titoli e della formazione professionale è il **Ministero della Salute, Direzione generale risorse umane e professioni sanitarie, Via Giorgio Ribotta, 5 - 00144 Roma**.

Ai sensi dell'art. 4 della legge 409/1989, "Presso ogni Ordine dei medici-chirurghi è istituito un **separato Albo professionale** per l'iscrizione di coloro che sono in possesso della laurea in odontoiatria e protesi dentaria e dell'abilitazione all'esercizio professionale conseguita a seguito di superamento di apposito esame di Stato. (...). L'iscrizione al predetto Albo è incompatibile con l'iscrizione ad altro Albo professionale. **L'odontoiatra iscritto all'Albo ha la facoltà di esercitare la professione in tutto il territorio dello Stato**". Si segnalerà che, ai sensi dell'Art. 5 della legge 409/1989, "fatto salvo quanto previsto dal secondo comma dell'articolo 4, i laureati in medicina e chirurgia abilitati all'esercizio professionale, che siano in possesso di un diploma di specializzazione in campo odontoiatrico, possono essere iscritti all'Albo dei medici-chirurghi, con apposita annotazione riguardante la specifica specializzazione, conservando il diritto all'esercizio della professione di odontoiatra.

A. Libertà di stabilimento

Il D. lgs. 206/2007 regola la **libertà di stabilimento** agli artt. 16 s. Tale decreto si applica, tra l'altro, come detto, alle professioni di *odontoiatra* ed *odontoiatra specialista*. Finché non verrà emanata la legislazione secondaria di **esecuzione** di tale decreto nell'ambito delle professioni qui in analisi, **pare logico avere riguardo alla legge 409/1985, che regola la libertà di stabilimento agli artt. 1 s.**

A.1. Regime di cui al D. lgs. 206/2007

1. Condizioni e domanda per il riconoscimento

La domanda per il riconoscimento è corredata dei seguenti documenti:

- un certificato o copia di un documento che attesti la **nazionalità** del prestatore;
- una copia degli **attestati di competenza o del titolo di formazione** che dà accesso alla professione ed eventualmente un attestato dell'**esperienza professionale** dell'interessato;

Italie

Le autorità competenti possono invitare il richiedente a **fornire informazioni** quanto alla sua formazione nella misura necessaria a **determinare l'eventuale esistenza di differenze sostanziali rispetto alla formazione richiesta sul territorio dello Stato italiano**. Qualora sia impossibile per il richiedente fornire tali informazioni, le autorità competenti si rivolgono al punto di contatto, all'autorità competente o a qualsiasi altro organismo pertinente dello Stato membro di origine.

Qualora l'accesso a una professione regolamentata sia subordinato ai **requisiti dell'onorabilità e della moralità** o all'assenza di dichiarazione di fallimento, o l'esercizio di tale professione possa essere **sospeso o vietato** in caso di gravi mancanze professionali o di condanne per reati penali, la sussistenza di tali requisiti si considera provata da **documenti rilasciati da competenti autorità dello Stato membro di origine o dello Stato membro da cui proviene l'interessato**.

Nei casi in cui l'ordinamento dello Stato membro di origine o dello Stato membro da cui proviene l'interessato non preveda il rilascio dei documenti di cui sopra, questi possono essere sostituiti da una **dichiarazione giurata** o, negli Stati membri in cui tale forma di dichiarazione non è contemplata, da una **dichiarazione solenne**, prestata dall'interessato dinanzi ad un'autorità *giudiziaria* o *amministrativa* competente o, eventualmente, dinanzi ad un *notaio* o a un *organo qualificato* dello Stato membro di origine o dello Stato membro da cui proviene l'interessato.

Qualora l'accesso ad una professione regolamentata sia subordinato al **possesso di sana costituzione fisica o psichica**, tale requisito si considera dimostrato dal **documento prescritto** nello Stato membro di origine o nello Stato membro da cui proviene l'interessato. Qualora lo Stato membro di origine o di provenienza non prescriva documenti del genere, le autorità competenti accettano un attestato rilasciato da un'autorità competente di detti Stati.

Qualora l'esercizio di una professione regolamentata sia subordinato al possesso di **capacità finanziaria** del richiedente o di assicurazione contro i danni derivanti da responsabilità professionale, tali requisiti si considerano dimostrati da un **attestato rilasciato da una banca o società di assicurazione con sede in uno Stato membro**.

I documenti di cui sopra al momento della loro presentazione non devono essere di data anteriore a **tre mesi**.

La domanda è corredata da un **certificato dell'autorità competente dello Stato membro di origine attestante che il titolo di formazione soddisfa i requisiti stabiliti dalla normativa comunitaria** in materia di riconoscimento dei titoli di formazione in base al coordinamento delle **condizioni minime di formazione** (Art. 17 del D. lgs. 206/2007).

2. Formazione

Il D. lgs. 206/2007 di attuazione della Direttiva 2005/36 ha dettato una regolamentazione specifica per quanto attiene alla formazione dell'odontoiatra, distinguendo a seconda che si tratti di *odontoiatra* o di *odontoiatra specialista*.

Odontoiatra. L'ammissione alla formazione di odontoiatra è subordinata al **possesso di un diploma di scuola secondaria superiore** che dia accesso, per tali studi, alle università. La formazione dell'odontoiatra comprende un **percorso di studi teorici e pratici della durata minima di cinque anni svolti a tempo pieno**. Il **programma di studi**, che permette il conseguimento del diploma di laurea in odontoiatria e protesi dentaria, corrisponde almeno a quello di cui all'allegato V, punto 5.3.1 del D. Lgs. 206/2007 (che qui si omette). Detti studi

Italie

sono effettuati **presso un'università** o **sotto il controllo** di un'università. La formazione dell'odontoiatra garantisce l'acquisizione da parte dell'interessato delle seguenti conoscenze e competenze:

- adeguate conoscenze delle **scienze** sulle quali si fonda l'odontoiatria, nonché una buona comprensione dei **metodi scientifici** e, in particolare, dei principi relativi alla misura delle funzioni biologiche, alla valutazione di fatti stabiliti scientificamente e all'analisi dei dati;
- adeguate conoscenze **della costituzione, della fisiologia e del comportamento di persone sane e malate**, nonché del modo in cui l'ambiente naturale e sociale influisce sullo stato di salute dell'uomo, nella misura in cui ciò sia correlato all'odontoiatria;
- adeguate conoscenze **della struttura e della funzione di denti, bocca, mascelle e dei relativi tessuti, sani e malati**, nonché dei loro **rapporti** con lo stato generale di salute ed il benessere fisico e sociale del paziente;
- adeguata conoscenza delle **discipline e dei metodi clinici** che forniscano un quadro coerente delle **anomalie, lesioni e malattie dei denti, della bocca, delle mascelle e dei relativi tessuti**, nonché dell'odontoiatria sotto l'aspetto preventivo, diagnostico e terapeutico;
- adeguata **esperienza clinica** acquisita sotto opportuno controllo.

Odontoiatra specialista. L'art. 42 del D. Lgs. 206/2007 contiene una regolamentazione speciale per la formazione dell'odontoiatra specialista. In base ad essa l'ammissione alle scuole di specializzazione in odontoiatria presuppone il **possesso di un diploma di laurea in odontoiatria e protesi dentaria**, corredato della relativa **abilitazione** all'esercizio professionale. Tale diploma attesta il compimento con successo di **cinque anni di studi teorici e pratici nell'ambito del ciclo di formazione** previsto per l'odontoiatra. La formazione dell'odontoiatra specialista comprende un **insegnamento teorico e pratico** che si svolge presso una università, una azienda ospedaliera o un istituto accreditato a tale fine dalle università. La formazione di odontoiatra specialista si svolge a **tempo pieno, per un periodo non inferiore a tre anni, sotto il controllo delle autorità od organi competenti**. Essa richiede la **partecipazione personale** dello specializzando alle attività e responsabilità proprie della disciplina.

3. **Decisione e possibilità di ricorso ; autorità competente, istruttoria, procedura, termini**

Ai fini del riconoscimento professionale, l'interessato presenta apposita **domanda** all'autorità competente (Ministero della salute, ex art. 5 D. Lgs. 206/2007). Entro **trenta giorni** dal ricevimento della domanda, l'autorità accerta la **completezza** della documentazione esibita, e ne **dà notizia** all'interessato. Ove necessario, l'autorità competente richiede le eventuali necessarie **integrazioni**.

Per la valutazione dei **titoli acquisiti**, il D. Lgs. 206/2007 prevede, come regola generale, che l'autorità indica una « **conferenza di servizi** » ai sensi della legge 7 agosto 1990, n. 241 alla quale partecipano **rappresentanti**:

- delle amministrazioni dell'autorità competente;
- del Dipartimento per il coordinamento delle politiche comunitarie;
- del Ministero degli affari esteri.

Nella conferenza dei servizi sono sentiti **un rappresentante dell'Ordine o Collegio professionale** ovvero della categoria professionale interessata.

Italie

La necessità di indire una « conferenza di servizi » non si applica, tra l'altro, nei casi di cui al capo IV del titolo III, sezione IV, cioè alla professione di odontoiatra.

Sul riconoscimento provvede l'autorità competente con **decreto motivato**, da adottarsi nel termine di **tre mesi** dalla presentazione della documentazione completa da parte dell'interessato. Il decreto è **pubblicato** nella Gazzetta Ufficiale della Repubblica italiana.

Se l'esercizio della professione in questione è condizionato alla **prestazione di un giuramento** o ad una **dichiarazione solenne**, al cittadino interessato è proposta una formula appropriata ed equivalente nel caso in cui la **formula** del giuramento o della dichiarazione **non** possa essere utilizzata da detto cittadino (art. 16 D. lgs. 206/2007).

4. Effetti del riconoscimento

Ai sensi dell'art. 3 del D. lgs. 206/2007, in tema di « **effetti del riconoscimento** », il riconoscimento delle qualifiche professionali operato ai sensi del D. lgs. 206/2007 permette di **accedere**, se in possesso dei requisiti specificamente previsti, **alla professione corrispondente per la quale i soggetti richiedenti sono qualificati nello Stato membro d'origine e di esercitarla alle stesse condizioni previste dall'ordinamento italiano**. La professione che l'interessato eserciterà sul territorio italiano sarà quella per la quale è qualificato **nel proprio Stato membro d'origine**, se le attività sono comparabili.

Riguardo all'uso del titolo professionale, il prestatore può usare nella professione la **denominazione del proprio titolo di studio**, ed eventualmente la **relativa abbreviazione**, nella **lingua** dello Stato membro nel quale il titolo di studio è stato conseguito. L'uso di detta denominazione o dell'abbreviazione non è tuttavia consentito se idoneo ad **ingenerare confusione** con una professione regolamentata nel territorio nazionale, per la quale l'interessato non ha ottenuto il riconoscimento della qualifica professionale; in tal caso la denominazione potrà essere utilizzata a condizione che ad essa siano apportate le modifiche o aggiunte idonee alla differenziazione, stabilite dall'autorità competente. Tuttavia, L'art. 16 comma 10 del D.lgs. 206/2007, che deroga a tale disposizione, e che pare ben applicabile alla professione di *odontoiatra*, prevede che i beneficiari del riconoscimento esercitano la professione **facendo uso della denominazione del titolo professionale e della sua eventuale abbreviazione, prevista dalla legislazione italiana**.

A.2. Regime di cui alla legge 409/1985

1. Condizioni e domanda per il riconoscimento della qualifica professionale

Le disposizioni relative al diritto di stabilimento contenute nella legge 409/1985 si applicano anche agli odontoiatri che intendono svolgere la loro attività nell'ambito di un **rapporto di lavoro subordinato** (Art. 11 della legge 409/1985). L'istituzione del rapporto di lavoro fra gli **odontoiatri cittadini di altri Stati membri** delle Comunità europee e le **strutture sanitarie pubbliche** è disciplinata dall'articolo 11 del decreto del Presidente della Repubblica 20 dicembre 1979, n. 761. Tale articolo dispone che i cittadini degli Stati membri della Comunità economica europea esercenti le professioni mediche, paramediche e farmaceutiche **possono prestare la loro attività nell'ambito del Servizio sanitario nazionale**, in base alle condizioni e ai requisiti previsti dalle norme di attuazione dell'art. 57 del Trattato CEE di Roma.

La legge 409/1985 distingue a seconda che si tratti di *odontoiatra* (1.1.) o di *odontoiatra specialista* (1.2.).

1.1. Odontoiatra

Per ottenere l'autorizzazione all'esercizio della professione di odontoiatra l'interessato deve presentare al **Ministero della sanità** domanda in **lingua italiana** corredata dai seguenti documenti:

- **uno dei titoli** previsti dall'**allegato B della legge 409/1985** (che qui si omette) in originale o in copia autentica;
- un **certificato di buona condotta**, ovvero un certificato di **moralità e di onorabilità** o equipollente, rilasciato dalla **competente autorità dello Stato di origine o di provenienza**; qualora detto Stato ai fini dell'esercizio della professione **non** richieda tale certificato, l'interessato deve presentare un **estratto del casellario giudiziario** ovvero un documento equipollente rilasciato dalla competente autorità dello Stato stesso.

I documenti, se redatti in una lingua straniera, devono essere accompagnati da una **traduzione italiana** certificata conforme al testo originale dalle autorità diplomatiche o consolari italiane del Paese din cui i documenti sono stati redatti, oppure da un traduttore ufficiale

La formazione di odontoiatra conferisce le competenze necessarie per esercitare **tutte le attività inerenti alla prevenzione, alla diagnosi e alla cura delle anomalie e delle malattie dei denti, della bocca, delle mascelle e dei relativi tessuti.**

1.2. Odontoiatra specialista

Qualora l'interessato chieda anche il riconoscimento del titolo di "**odontoiatra specialista**", egli dovrà presentare **uno dei titoli** previsti dall'allegato C della legge 409/1985 (che qui si omette), in originale o copia autentica. La documentazione di cui alla predetta lettera b) deve portare una data **non anteriore di più di tre** mesi rispetto a quella di presentazione della domanda (Art. 8 della legge 409/1985).

Nei confronti degli odontoiatri cittadini di uno Stato membro delle Comunità europee, in possesso di diplomi, certificati od altri titoli rilasciati dagli Stati di origine o di provenienza, che comprovino una formazione ultimata **prima del 28 luglio 1978**, ovvero ultimata dopo tale data ma **iniziata prima** della data stessa, e **non rispondente** all'insieme delle esigenze minime di formazione richieste dalla normativa comunitaria, si applicano le seguenti disposizioni:

- ai fini del riconoscimento del titolo di *odontoiatra* e dell'esercizio della relativa professione, ovvero per la **prestazione di servizi**, gli interessati devono presentare al Ministero della sanità, un **attestato**, rilasciato dall'autorità competente, dal quale risulti che hanno **effettivamente e lecitamente svolto la specifica professione od attività per un periodo di almeno tre anni consecutivi nel corso dei cinque anni che precedono il rilascio dell'attestato**;
- ai fini del riconoscimento del titolo di *odontoiatra specialista*, gli interessati devono presentare al Ministero della sanità, un **attestato**, rilasciato dall'autorità competente, dal quale risulti che essi si sono effettivamente dedicati alla specifica attività specialistica per un **periodo equivalente al doppio della differenza tra la durata di formazione specialistica richiesta nello Stato di origine o di provenienza e la durata minima di formazione prevista dalle direttive comunitarie in tre anni (Art. 18 della Legge 409/1985)**

I diplomi, certificati ed altri titoli di odontoiatra e di odontoiatra specialista rilasciati dagli Stati membri che **non** corrispondono alle denominazioni che figurano negli allegati alla Legge 409/1985 (che qui si omettono) sono riconosciuti come corrispondenti se

Italie

corredati di un **certificato rilasciato dalle autorità competenti attestante che essi sono rilasciati a conclusione di una formazione conforme alle disposizioni previste dalla normativa comunitaria e sono assimilati da parte dello Stato membro che li ha rilasciati a quelli la cui denominazione figura negli allegati** (Art.18-bis della Legge 409/1985).

2. **Decisione e possibilità di ricorso ; autorità competente, istruttoria, procedura, termini**

Il **Ministero della sanità, d'intesa con il Ministero della pubblica istruzione**, accerta la regolarità della domanda e della relativa documentazione **entro tre mesi** dalla data di ricezione della domanda stessa, e provvede alla **sua trasmissione all'Ordine professionale corrispondente alla provincia indicata dall'interessato**, dandone **comunicazione** al medesimo.

Il Ministero della sanità, nel caso di **fondato dubbio** circa l'autenticità dei diplomi, dei certificati e degli altri titoli, svolge i **necessari accertamenti** presso la competente autorità dello Stato di origine o di provenienza e chiede **conferma** della autenticità degli stessi, nonché del possesso, da parte del beneficiario, di tutti i requisiti di **formazione** prescritti.

Nel caso in cui il Ministero della sanità, venga a conoscenza di **fatti gravi e specifici**, verificatisi fuori del territorio nazionale, che possano influire sull'ammissione del richiedente all'esercizio della professione, domanda al riguardo **informazioni**, tramite il Ministero degli affari esteri, alla competente autorità dello Stato di origine o di provenienza.

Per il periodo di tempo necessario ad acquisire tali informazioni il termine di cui al primo comma **è sospeso**. La sospensione non può eccedere i **tre mesi**. La procedura di ammissione riprende alla scadenza de tre mesi anche se lo Stato consultato non ha fatto pervenire la risposta.

Il rigetto dell'istanza da parte del Ministero della sanità, **deve essere motivato**. L'Ordine professionale competente, **nel termine di un mese** dalla data di ricezione della domanda, corredata dalla documentazione inviata dal Ministero, **completa la procedura per l'iscrizione all'Albo** (art. 9 della Legge 409/1985).

3. **Effetti dell'iscrizione**

1. *Usò del titolo professionale*

L'uso dei titoli di odontoiatra e di odontoiatra specialista e delle relative abbreviazioni è **consentito sia nella lingua dello Stato d'origine o di provenienza, sia nella lingua italiana** (art. 7 della Legge 409/1985).

2. *Obblighi*

Il cittadino di altri Stati membri delle Comunità che abbia ottenuto l'iscrizione all'Albo professionale ha gli stessi diritti **ed è soggetto agli stessi obblighi e sanzioni disciplinari previsti per gli odontoiatri italiani**.

Il Ministero della sanità, comunica all'autorità competente dello Stato di origine o provenienza le **sanzioni disciplinari** adottate nei confronti dei cittadini degli altri Stati membri delle Comunità europee, autorizzati ad esercitare la professione di odontoiatra, nonché quelle penali per reati concernenti l'esercizio della professione. A tal fine l'Ordine professionale

Italie

competente **dà comunicazione al Ministero della sanità**, di tutte le sanzioni che incidono sull'esercizio professionale (Art. 10 della Legge 409/1985).

3. *Altri effetti*

Il Ministero della sanità, d'intesa con il Ministero della pubblica istruzione, sentite le regioni e le province autonome di Trento e di Bolzano, nonché la competente Federazione degli Ordini dei medici-chirurghi e degli odontoiatri, promuove, se ne ravvisa la necessita, **corsi facoltativi di deontologia professionale** e di legislazione sanitaria nonché corsi che consentano l'acquisizione delle **conoscenze linguistiche** necessarie all'esercizio della professione (Art. 12 della Legge 409/1985).

4. *Codice deontologico*

Se ne deve dedurre che gli iscritti, quale che sia la loro **nazionalità** ed il Paese nel quale hanno ottenuto il **titolo**, sono tenuti all'osservanza del **Codice di deontologia medica 2006**, disponibile sul sito <http://portale.fnomceo.it/Jcmsfnomceo/Jarticolo.jsp?lingua=It&idsezione=11&idarticolo=3694>. Ai sensi dell'art. 1, infatti, "il **Codice di Deontologia Medica** contiene principi e regole che il medico-chirurgo e l'odontoiatra, iscritti agli **albi professionali dell'Ordine dei Medici Chirurghi e degli Odontoiatri**, devono osservare nell'esercizio della **professione (...)**".

5. *Assicurazione obbligatoria*

Non vi è, attualmente, per l'esercizio della professione del medico odontoiatra in Italia, alcun obbligo di assicurazione contro la responsabilità civile, anche se l'assicurazione professionale è largamente diffusa (e diversi progetti di legge, dal destino parlamentare tuttavia ad oggi alquanto incerto, intendono introdurla).

B. Libera prestazione di servizi

Il D. lgs. 206/2007 regola la **libera prestazione di servizi** agli artt. 9-15. Tale decreto si applica, tra l'altro, come detto, alle professioni di *odontoiatra* ed *odontoiatra specialista*. Finché non verrà emanata la legislazione secondaria di **esecuzione** di tale decreto nell'ambito delle professioni qui in analisi, **pare logico avere riguardo alla Legge 409/1985, che regola la materia agli artt. 13 e s.**

B.1. Regime di cui al D. Lgs. 206/2007

1. Condizioni per l'esercizio

La **libera prestazione di servizi** sul territorio nazionale **non** può essere limitata per ragioni attinenti alle qualifiche professionali:

- se il prestatore è **legalmente stabilito** in un altro Stato membro per esercitarvi la corrispondente professione;
- in caso di **spostamento del prestatore**; in tal caso, se nello Stato membro di stabilimento la professione **non è regolamentata**, il prestatore deve aver esercitato tale professione per almeno **due anni** nel corso dei **dieci anni** che precedono la prestazione di servizi.

Tale libertà è concessa al solo prestatore che si **sposta** sul territorio dello Stato per esercitare la professione « **in modo temporaneo e occasionale** ». Il carattere « temporaneo e

occasionale » della prestazione è valutato, dall'autorità competente, **caso per caso**, tenuto conto anche della **natura** della prestazione, della **durata** della prestazione stessa, della sua **frequenza**, della sua **periodicità** e della sua **continuità** (Art. 9 D. Lgs. 206/2007).

2. Comunicazione

Il prestatore che si sposta per la prima volta da un altro Stato membro sul territorio nazionale per fornire servizi è tenuto **ad informare 30 giorni prima**, salvo i casi di urgenza, l'autorità competente con una **dichiarazione scritta**, contenente informazioni sulla prestazione di servizi che intende svolgere, nonché sulla **copertura assicurativa o analoghi mezzi di protezione personale o collettiva** per la responsabilità professionale. Tale dichiarazione ha validità per l'anno in corso e deve essere rinnovata, se il prestatore intende successivamente fornire servizi temporanei o occasionali in tale Stato membro. Il prestatore può fornire la dichiarazione con **qualsiasi mezzo idoneo** di comunicazione.

In occasione della **prima** prestazione, o in qualunque momento interviene un **mutamento** oggettivo della situazione attestata dai documenti, la dichiarazione di cui sopra deve essere corredata di:

- un certificato o copia di un documento che attesti la **nazionalità** del prestatore;
- una certificazione dell'autorità competente che attesti che il titolare è **legalmente stabilito in uno Stato membro** per esercitare le attività in questione e che non gli è vietato esercitarle, anche su base temporanea, al momento del rilascio dell'attestato;
- un documento che comprovi il **possesso delle qualifiche professionali**.

Il prestatore deve **informare** della sua prestazione, prima dell'esecuzione o, in caso di urgenza, immediatamente dopo, **l'ente di previdenza obbligatoria competente per la professione esercitata**. La comunicazione, che **non comporta obblighi di iscrizione o di contribuzione**, può essere effettuata con **qualsiasi mezzo idoneo** (Art. 10 D. Lgs. 206/2007).

3. Diritti ed obblighi

In caso di **spostamento**, il prestatore è soggetto alle **norme che disciplinano l'esercizio della professione che è ammesso ad esercitare**, quali : la **definizione** della professione, l'**uso** dei titoli e la **responsabilità** professionale connessa direttamente e specificamente alla tutela e sicurezza dei consumatori, nonché alle **disposizioni disciplinari** applicabili ai professionisti che, sul territorio italiano, esercitano la professione corrispondente (art. 9 comma 4 D.lgs. 206/2007).

Per le professioni di cui al titolo III, capo IV – medico chirurgo, infermiere responsabile dell'assistenza generale, odontoiatra, veterinario, ostetrica, farmacista e architetto – la prestazione di servizi è effettuata **con il titolo professionale previsto dalla normativa italiana**.

Copia delle dichiarazioni di cui sopra è trasmessa dall'autorità competente al **competente Ordine o Collegio** professionale che provvede ad una **iscrizione automatica in apposita sezione degli albi istituiti e tenuti presso i consigli provinciali e il consiglio nazionale** con oneri a carico dell'Ordine o Collegio stessi. L'iscrizione è assicurata per la durata di efficacia della dichiarazione. L'iscrizione all'ordine **non comporta l'iscrizione ad enti di previdenza obbligatoria** (Art. 13 D. Lgs. 206/2007).

Italie

Le informazioni pertinenti circa la **legalità** dello stabilimento e la **buona condotta** del prestatore, nonché l'**assenza** di sanzioni disciplinari o penali di carattere professionale sono richieste e assicurate dalle autorità competenti. Queste provvedono affinché lo **scambio di tutte le informazioni necessarie** per un reclamo del destinatario di un servizio contro un prestatore avvenga correttamente. I destinatari sono **informati** dell'esito del reclamo (Art. 14 D. Lgs. 206/2007).

B.2. Regime di cui alla legge 409/1985

1. Condizioni per l'esercizio

I cittadini degli altri Stati membri delle Comunità europee sono ammessi alla prestazione di servizi odontoiatrici di **carattere temporaneo** nel territorio dello Stato italiano **senza essere tenuti alla iscrizione nell'Albo professionale**, nei limiti dell'attività professionale loro consentita nel Paese di origine o di provenienza (Art. 13 della Legge 409/1985).

2. Comunicazione

Essi devono presentare al Ministero della sanità:

- una **dichiarazione redatta in lingua italiana dalla quale risulti la prestazione che l'interessato intende effettuare, il luogo di esecuzione della stessa e l'indicazione dello studio odontoiatrico autorizzato** presso il quale la prestazione sarà effettuata;
- un certificato della competente autorità dello Stato di origine o di provenienza da cui risulti che **l'interessato esercita legalmente la specifica professione in detto Stato**, con l'indicazione delle eventuali **limitazioni** al campo di attività professionale;
- un certificato attestante che l'interessato è in **possesso dei diplomi** o altri titoli di cui all'allegato B alla legge 409/1985, che qui si omette).

In caso di **urgenza** la dichiarazione, unitamente alla documentazione sopra indicata, deve essere presentata **entro il termine massimo di quindici giorni dalla effettuazione della prestazione**.

Il Ministero della sanità, comunica all'**Ordine professionale territorialmente** competente il contenuto della dichiarazione presentata dall'interessato.

La documentazione prevista dal presente articolo deve portare una data anteriore di non più di **dodici mesi** rispetto a quella di presentazione della dichiarazione (Art. 13 della Legge 409/1985).

3. Diritti ed obblighi

Il cittadino degli altri Stati membri delle Comunità europee ha, nell'esercizio dell'attività di cui al precedente articolo, gli **stessi diritti dell'odontoiatra cittadino italiano** ed è soggetto agli stessi obblighi e alle stesse sanzioni disciplinari. E' in ogni caso **vietata la titolarità di uno studio odontoiatrico**. Nel caso di abusi o di mancanze tali da comportare, se commessi da odontoiatri italiani, la sospensione dall'esercizio della professione o la radiazione dall'Albo professionale, l'Ordine professionale territorialmente competente **diffida l'odontoiatra, cittadino di un altro Stato membro delle Comunità europee, dall'effettuare ulteriori prestazioni**. Del provvedimento è data tempestiva **comunicazione** all'autorità competente dello Stato di origine o di provenienza (Art. 14 della Legge 409/1985).



Institut suisse de droit comparé
Schweizerisches Institut für Rechtsvergleichung
Istituto svizzero di diritto comparato
Swiss Institute of Comparative Law

AVIS SUR LES PROFESSIONS LIBÉRALES ET LA LIBRE CIRCULATION DES SERVICES FIDUCIAIRES

Allemagne, Angleterre, Autriche, France et Italie

Avis 07-011

Lausanne, le 7 octobre 2008
ECR/EA/KJD/SL/EL/GPR/ba

Table des matières

ALLEMAGNE	152
ANGLETERRE	162
AUTRICHE	167
FRANCE	174
ITALIE	176

ALLEMAGNE

I. EINLEITUNG

A. Rechtsquellen

1. Europäisches Recht

a. Primärrecht

- Art. 39ff, 43ff und 49ff EG-Vertrag (EG) (ABl. 24.12.2002 C 325/33)
- Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits über die Freizügigkeit vom 21.6.1999, in Kraft seit 1.6.2002, Stand 27.12.2006 (0.142.112.681) in Deutschland BGBl. II 2001 S. 810 und BGBl. II 2002, S. 1692.

b. Sekundärrecht

- Richtlinie 2005/36/EG vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen (ABl. EU Nr. L 255 S. 22, 2007, Nr. L 271 S. 18).⁷²
- Richtlinie 2006/43/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Mai 2006 über Abschlussprüfungen von Jahresabschlüssen und konsolidierten Abschlüssen, zur Änderung der Richtlinien 78/660/EWG und 83/349/EWG des Rates und zur Aufhebung der Richtlinie 84/253/EWG des Rates (ABl. EU Nr. L 157 S. 87). Die Richtlinie 2006/43/EG ist spätestens bis zum 29. Juni 2008 in nationales Recht umzusetzen. Die EU-Mitgliedsstaaten können bei der Umsetzung zahlreiche Wahlrechte in Anspruch nehmen. Da dieser Umsetzungsprozess noch nicht abgeschlossen ist, sind die konkreten Auswirkungen derzeit nicht klar absehbar.

2. Nationales Recht

- **Gesetz über eine Berufsordnung der Wirtschaftsprüfer (Wirtschaftsprüferordnung)** (BGBl. I S. 2803) in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. November 1975, zuletzt geändert durch Art. 9 Abs. 9 Versicherungsvertrags-ReformG vom 23. 11. 2007 (BGBl. I S. 2631)
- **Prüfungsverordnung für Wirtschaftsprüfer** nach §§ 14 und 1311 der Wirtschaftsprüferordnung (Wirtschaftsprüferprüfungsverordnung – WiPrPrüfV) vom 20. Juli 2004 (BGBl. I S. 1707) zuletzt geändert durch Gesetz vom 3. September 2007 (BGBl. I S. 2178)
- **Verordnung über die Berufshaftpflichtversicherung der Wirtschaftsprüfer und der vereidigten Buchprüfer** (Wirtschaftsprüfer-Berufshaftpflichtversicherungsverordnung - WPBHV) vom 18. Dezember 1998 (BGBl. I S. 3820), geändert durch das Gesetz vom 26. Oktober 2003 (BGBl. I S. 2074) und das Wirtschaftsprüfungsexamens-Reformgesetz vom 1. Dezember 2003 (BGBl. I S. 2446)

⁷²

ABl. Nr. L 255 vom 30.09.2005 S. 22, zuletzt geändert durch die Richtlinie 2006/100/EG zur Anpassung bestimmter Richtlinien im Bereich Freizügigkeit anlässlich des Beitritts Bulgariens und Rumäniens, ABl. Nr. L 363 vom 20.12.2006, S. 141.

B. Verhältnis zu europarechtlichen Vorgaben

1. Umsetzung der Richtlinie 2005/36/EG

Die Richtlinie ist noch nicht im nationalen Recht umgesetzt. Die Darstellung ist insoweit provisorisch.

2. Verhältnis zum Freizügigkeitsabkommen Schweiz-EG

Über das Freizügigkeitsabkommen wurden die Vorschriften der WPO und der WPrPrüfV, die auf EU- und EWR-Staatler Anwendung finden, auf Schweizer erstreckt.

II. LÄNDERBERICHT DEUTSCHLAND

A. Niederlassung als Wirtschaftsprüfer

1. Tätigkeitsfeld des Wirtschaftsprüfers

Wirtschaftsprüfer haben nach dem deutschen Recht die berufliche Aufgabe, **betriebswirtschaftliche Prüfungen, insbesondere solche von Jahresabschlüssen wirtschaftlicher Unternehmen, durchzuführen und Bestätigungsvermerke über die Vornahme und das Ergebnis solcher Prüfungen zu erteilen**. Sie sind befugt, ihre Auftraggeber **in steuerlichen Angelegenheiten nach Maßgabe der bestehenden Vorschriften zu beraten und zu vertreten** und

1. unter Berufung auf ihren Berufseid auf den Gebieten der wirtschaftlichen Betriebsführung als **Sachverständige** aufzutreten;
2. in wirtschaftlichen Angelegenheiten zu **beraten** und **fremde Interessen zu wahren**;
3. Die **treuhänderischen Verwaltung** wahrzunehmen.

Berufsangehörige müssen unmittelbar nach ihrer Bestellung eine berufliche Niederlassung begründen und eine solche unterhalten. Berufliche Niederlassung eines selbständigen Wirtschaftsprüfers ist die eigene Praxis, von der aus er seinen Beruf überwiegend ausübt.

Die öffentliche Bestellung als Wirtschaftsprüfer setzt den Nachweis der **persönlichen und fachlichen Eignung** voraus.

Abzugrenzen ist der Beruf vom **Vereidigten Buchprüfer**. Dieser hat die Aufgabe, Prüfungen auf dem Gebiet des betrieblichen Rechnungswesens (Buch- und Bilanzprüfungen) durchzuführen (vgl. § 129 Abs. 1 WPO), sofern es sich nicht um grosse Unternehmen handelt, bei welchen nur Wirtschaftsprüfer prüfen dürfen (vgl. § 267 Abs. 3, § 319 HGB). Zu den beruflichen Aufgaben des vereidigten Buchprüfers gehört daher insbesondere die Prüfung des Jahresabschlusses von **mittelgroßen Gesellschaften** mit beschränkter Haftung und Personengesellschaften. Vereidigter Buchprüfer ist, wer nach den Vorschriften der WPO als solcher anerkannt oder bestellt ist. Er hat im beruflichen Verkehr die Berufsbezeichnung "vereidigter Buchprüfer", zu führen, Buchprüfungsgesellschaften führen die Bezeichnung "Buchprüfungsgesellschaft". Er ist **Mitglied der Wirtschaftsprüferkammer**. Wird ein vereidigter Buchprüfer zum Wirtschaftsprüfer bestellt, erlischt die Bestellung als vereidigter Buch-

Allemagne

prüfer. Vereidigte Buchprüfer sind befugt, ihre Auftraggeber in steuerlichen Angelegenheiten nach Maßgabe der bestehenden Vorschriften zu beraten und zu vertreten. Sie sind weiter befugt unter Berufung auf ihren Berufseid auf den Gebieten des betrieblichen Rechnungswesens als Sachverständige aufzutreten, in wirtschaftlichen Angelegenheiten zu beraten und fremde Interessen zu wahren und die treuhänderische Verwaltung wahrzunehmen. Dieser Beruf läuft allerdings zunehmend aus und **geht im Beruf des Wirtschaftsprüfers auf**.

2. Berufsausübung

Die Berufszulassung **ausländischer** Bewerber erfordert eine **Eignungsprüfung**. Die Eignungsprüfung ist eine ausschließlich die beruflichen Kenntnisse des Bewerbers betreffende Prüfung, mit der seine Fähigkeit, den Beruf eines Wirtschaftsprüfers in der Bundesrepublik Deutschland auszuüben, beurteilt werden soll. Die Eignungsprüfung muss dem Umstand Rechnung tragen, dass der Bewerber oder die Bewerberin in einem EU-Mitgliedstaat oder in einem anderen EWR-Vertragsstaat des Abkommens oder in der Schweiz über die beruflichen Voraussetzungen verfügt, die für die Zulassung zur Pflichtprüfung von Jahresabschlüssen und anderer Rechnungsunterlagen in diesem Staat erforderlich sind. Die Prüfung gliedert sich in eine schriftliche und eine mündliche Prüfung. Sie wird in deutscher Sprache abgelegt. Die Prüfungsgebiete werden in der WiPrpfPrV (§§ 25ff) näher festgelegt (Bereiche des wirtschaftlichen Prüfungswesens (rechtliche Vorschriften), des Wirtschaftsrechts, des Steuerrechts und das Berufsrecht der Wirtschaftsprüfer).

a. Erfordernisse der Berufszulassung

aa. Eignungsprüfung

Die **Eignungsprüfung** als Wirtschaftsprüfer kann gem. 131g Abs. 1 WPO ablegen, wer als Staatsangehöriger eines EG-Mitgliedstaats oder eines anderen Vertragsstaates des EWR-Abkommens oder der Schweiz, der in einem EG-Mitgliedstaat oder in einem anderen EWR-Vertragsstaat oder der Schweiz ein **Diplom** erlangt hat, aus dem hervorgeht, daß er über die beruflichen Voraussetzungen verfügt, die für die unmittelbare Zulassung zur Abschlussprüfung im Sinne des Artikels 2 Nr. 1 der Richtlinie 2006/43/EG⁷³ in diesem Mitgliedstaat oder in einem anderen EWR-Vertragsstaat oder der Schweiz erforderlich sind,

Solche Diplome sind Diplome, Prüfungszeugnisse oder sonstige Befähigungsnachweise im Sinne des Artikels 1 Buchstabe a der Richtlinie (89/48/EWG).[die Rechtslage ist noch nicht an die Richtlinie 2005/376/EG angepasst]⁷⁴ Ein Diplom auf Grund einer Ausbildung, die **nicht** überwiegend in den Europäischen Gemeinschaften oder in einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder in der Schweiz stattgefunden hat, berechtigt zur Ablegung der Eignungsprüfung, wenn der Inhaber tatsächlich und rechtmäßig mindestens **drei Jahre** Berufserfahrung als gesetzlicher Abschlußprüfer hat und dies von einem der genannten Staaten bzw. dem Staat bescheinigt wird, der das Diplom ausgestellt oder anerkannt hat.

⁷³ Richtlinie 2006/43/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Mai 2006 über Abschlussprüfungen von Jahresabschlüssen und konsolidierten Abschlüssen, zur Änderung der Richtlinien 78/660/EWG und 83/349/EWG des Rates und zur Aufhebung der Richtlinie 84/253/EWG des Rates (ABl. EU Nr. L 157 S. 87).

⁷⁴ Richtlinie des Rates vom 21. Dezember 1988 über eine allgemeine Regelung zur Anerkennung der Hochschuldiplome, die eine mindestens dreijährige Berufsausbildung abschließen (89/48/EWG) - ABl. EG Nr. L 19 (1989) S. 16.

Über die Zulassung zur Eignungsprüfung entscheidet die Prüfungsstelle.

*bb. Antragsinhalt für den Zulassungsantrag zur Eignungsprüfung
(§ 131I WPO, 25 WPrPrüfV)*

Der Antrag auf Zulassung zur Prüfung ist schriftlich einzureichen. Der Antrag auf Zulassung zur Eignungsprüfung ist an die „**Prüfungsstelle für das Wirtschaftsprüfungsexamen bei der Wirtschaftsprüferkammer**“ zu richten.

Dabei gilt für **Steuerberater** und Bewerber (§ 13 WPO), die die Prüfung als Steuerberater bestanden haben, dass sie die Prüfung in B ablegen können. Hier entfällt die schriftliche und mündliche Prüfung im Steuerrecht. Gleiches gilt für vereidigte Buchprüfer. Bei der Prüfung in verkürzter Form entfällt für **vereidigte Buchprüfer**, die Steuerberater sind, die schriftliche und mündliche Prüfung im Steuerrecht, in Angewandter Betriebswirtschaftslehre und Volkswirtschaftslehre, für vereidigte Buchprüfer und vereidigte Buchprüferinnen, die Rechtsanwälte oder Rechtsanwältinnen sind, im Wirtschaftsrecht, in Angewandter Betriebswirtschaftslehre und Volkswirtschaftslehre. Hier gelten allerdings bestimmte Antragsfristen (bis spätestens 31. Dezember 2007 formgerecht eingereicht, Prüfungen müssen bis spätestens 31. Dezember 2009 abgelegt sein).

Ausserdem gilt gem. § 13b WPO:, dass **Prüfungsleistungen**, die im Rahmen einer Hochschulausbildung erbracht werden, angerechnet werden, wenn ihre Gleichwertigkeit in Inhalt, Form und Umfang mit den in § 4 der Wirtschaftsprüferprüfungsverordnung⁷⁵ aufgeführten

75

§ 4 Prüfungsgebiete

Prüfungsgebiete sind

A. Wirtschaftliches Prüfungswesen, Unternehmensbewertung und Berufsrecht

1. Rechnungslegung

a) Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht,

b) Konzernabschluss und Konzernlagebericht, Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen,

c) international anerkannte Rechnungslegungsgrundsätze,

d) Rechnungslegung in besonderen Fällen,

e) Jahresabschlussanalyse;

2. Prüfung

a) Prüfung der Rechnungslegung: rechtliche Vorschriften und Prüfungsstandards, insbesondere Prüfungsgegenstand und Prüfungsauftrag, Prüfungsansatz und Prüfungsdurchführung, Bestätigungsvermerk, Prüfungsbericht und Bescheinigungen, andere Reporting-Aufträge,

b) sonstige gesetzlich vorgeschriebene Prüfungen, insbesondere aktienrechtliche Sonderprüfungen, Prüfung von Risikofrüherkennungssystemen, Geschäftsführungsprüfungen, c) andere betriebswirtschaftliche Prüfungen, insbesondere Due-Diligence-Prüfungen, Kreditwürdigkeitsprüfungen, Unterschlagungsprüfungen, Wirtschaftlichkeitsprüfungen, Prüfung von Sanierungskonzepten;

3. Grundzüge und Prüfung der Informationstechnologie;

4. Bewertung von Unternehmen und Unternehmensanteilen;

5. Berufsrecht, insbesondere Organisation des Berufs, Berufsaufsicht, Berufsgrundsätze und Unabhängigkeit.

B. Angewandte Betriebswirtschaftslehre, Volkswirtschaftslehre

1. Angewandte Betriebswirtschaftslehre

a) Kosten- und Leistungsrechnung,

b) Planungs- und Kontrollinstrumente,

c) Unternehmensführung und Unternehmensorganisation,

d) Unternehmensfinanzierung sowie Investitionsrechnung, einschließlich methodischer Problemstellungen der externen Rechnungslegung, der Corporate Governance und der Unternehmensbewertung;

2. Volkswirtschaftslehre

Allemagne

Anforderungen der Prüfungsgebiete Angewandte Betriebswirtschaftslehre, Volkswirtschaftslehre oder Wirtschaftsrecht im Zulassungsverfahren durch die Prüfungsstelle festgestellt wird. Bei der Prüfung in verkürzter Form entfällt die schriftliche und mündliche Prüfung in dem entsprechenden Prüfungsgebiet.

Dem Antrag auf Zulassung zur Prüfung sind beizufügen:

1. ein tabellarischer **Lebenslauf**, der genaue Angaben über die Vorbildung und den beruflichen Werdegang enthält;
2. eine Bescheinigung der zuständigen **Behörde** eines Staates gemäß § 131g Abs. 1 der Wirtschaftsprüferordnung nach Artikel 8 Abs. 1 der Richtlinie 89/48/EWG⁷⁶, durch die nachgewiesen wird, dass die zu prüfende Person ein Diplom erlangt hat, aus dem hervorgeht, dass sie über die beruflichen Voraussetzungen verfügt, die für die unmittelbare Zulassung zur Pflichtprüfung von Jahresabschlüssen und anderer Rechnungsunterlagen im Sinne des Artikels 1 Abs. 1 der Richtlinie 84/253/EWG⁷⁷ oder im Sinne einer entsprechenden neu gefassten europäischen Regelung in diesem Staat erforderlich sind;
3. ein Nachweis, dass die zu prüfende Person den überwiegenden Teil der Mindestausbildungszeit in Staaten gemäß § 131g Abs. 1 WPO (EU; EWR; Schweiz) abgeleistet hat, oder, falls nicht, eine Bescheinigung dreijähriger Berufserfahrung erbringt
4. eine Erklärung über das Wahlfach für die mündliche Prüfung;
5. eine Erklärung, ob und bei welcher Stelle im Geltungsbereich dieser Verordnung bereits früher ein Antrag auf Zulassung zur Prüfung eingereicht wurde;
6. Unterlagen, aus denen sich die **Staatsangehörigkeit** ergibt;

a) Grundzüge der Volkswirtschaftslehre und Volkswirtschaftspolitik,

b) Grundzüge der Finanzwissenschaft;

3. Die Nummern 1 und 2 umfassen Grundkenntnisse anwendungsorientierter Mathematik und Statistik.

C. Wirtschaftsrecht

1. Grundzüge des Bürgerlichen Rechts einschließlich Grundzüge des Arbeitsrechts und Grundzüge des internationalen Privatrechts, insbesondere Recht der Schuldverhältnisse und Sachenrecht;

2. Handelsrecht, insbesondere Handelsstand und -geschäfte einschließlich internationalem Kaufrecht;

3. Gesellschaftsrecht (Personengesellschaften und Kapitalgesellschaften, Recht der verbundenen Unternehmen), Corporate Governance und Grundzüge des Kapitalmarktrechts;

4. Umwandlungsrecht;

5. Grundzüge des Insolvenzrechts;

6. Grundzüge des Europarechts.

D. Steuerrecht

1. Abgabenordnung und Nebengesetze, Finanzgerichtsordnung;

2. Recht der Steuerarten, insbesondere

a) Einkommen-, Körperschaft- und Gewerbesteuer,

b) Bewertungsgesetz, Erbschaftsteuer, Grundsteuer,

c) Umsatzsteuer, Grunderwerbsteuer,

d) Umwandlungssteuerrecht;

3. Grundzüge des Internationalen Steuerrechts.

⁷⁶ Richtlinie 89/48/EWG des Rates vom 21. Dezember 1988 über eine allgemeine Regelung zur Anerkennung der Hochschuldiplome, die eine mindestens dreijährige Berufsausbildung abschließen (ABl. EG 1989 Nr. L 19 S. 16).

⁷⁷ Richtlinie 84/253/EWG des Rates vom 10. April 1984 über die Zulassung der mit der Pflichtprüfung der Rechnungsunterlagen beauftragten Personen (ABl. EG Nr. L 126 S. 20).

Allemanne

7. gegebenenfalls eine Erklärung, dass die Prüfung in **verkürzter Form** (vgl oben) abgelegt werden soll bzw. gegebenenfalls ein Antrag auf Erlass von Prüfungsleistungen; Gem. § 28 WiPrPrüfV hat für die verkürzte Prüfung; Erlass von Prüfungsleistungen die zu prüfende Person durch ein Prüfungszeugnis nachzuweisen, dass sie in ihrer bisherigen Ausbildung in einem Prüfungsgebiet die für die Ausübung des Berufs in der Bundesrepublik Deutschland erforderlichen Kenntnisse in diesem Prüfungsgebiet erworben hat. Die Prüfungsstelle erlässt auf Antrag einzelne Prüfungsleistungen, wenn die zu prüfende Person nachweist, dass sie durch Berufserfahrung einen wesentlichen Teil der Kenntnisse erworben hat, die durch die erlassenen Prüfungsleistungen gefordert werden. Zur Überprüfung der im Rahmen der bisherigen beruflichen Tätigkeit erworbenen Kenntnisse sind geeignete Nachweise vorzulegen; dazu zählen insbesondere Falllisten, die regelmäßig folgende Angaben enthalten müssen: Akten- oder Geschäftszeichen, Gegenstand, Zeitraum, Art und Umfang der Tätigkeit, Sachstand sowie gegebenenfalls auf Verlangen der Prüfungsstelle anonymisierte Arbeitsproben.

Der Antrag und die beizufügenden Unterlagen sind in deutscher Sprache einzureichen, gegebenenfalls mit einer beglaubigten Übersetzung durch einen hierzu ermächtigten Übersetzer oder durch eine hierzu ermächtigte Übersetzerin Prüfungssprache ist Deutsch. Bescheinigungen des Heimat- oder Herkunftsmitgliedstaats

Soweit es für die Entscheidung über die Bestellung als Wirtschaftsprüfer der Vorlage oder Anforderung von Bescheinigungen oder Urkunden darüber bedarf, daß keine schwerwiegenden beruflichen Verfehlungen, Straftaten oder sonstige, die Eignung des Bewerbers für den Beruf des Wirtschaftsprüfers in Frage stellende Umstände bekannt sind, Bescheinigungen oder Urkunden darüber, daß sich der Bewerber nicht im Konkurs befindet, und Bescheinigungen über die körperliche oder geistige Gesundheit, bzw. Führungszeugnissen des Heimat- oder Herkunftsmitgliedstaats bedarf, genügt gem. § 131m WPO eine Bescheinigung oder Urkunde im Sinne des Artikels 6 der Richtlinie 89/48/EWG [Anpassung an den Text der RiL 2005/36/EG steht noch aus].

b. Zuständige Behörden

Die **Wirtschaftsprüferkammer** ist zuständig für die Prüfung und Eignungsprüfung, Bestellung, Anerkennung, Widerruf und Registrierung, Berufsaufsicht und Qualitätskontrolle sowie den Erlass von Berufsausübungsregelungen.

Adresse:

Wirtschaftsprüferkammer

Rauchstraße 26

10787 Berlin

Postfach 30 18 82

10746 Berlin

Telefon 030 / 72 61 61-0

Telefax 030 / 72 61 61-212

E-Mail kontakt@wpk.de

c. Rechtsstellung

aa. Berufspflichten

Der Wirtschaftsprüfer hat gem. § 43 WPO seinen Beruf **unabhängig, gewissenhaft, verschwiegen und eigenverantwortlich** auszuüben. Er hat sich insbesondere bei der Erstattung von Prüfungsberichten und Gutachten **unparteiisch** zu verhalten. Er hat sich jeder Tätigkeit zu enthalten, die mit seinem Beruf oder mit dem Ansehen des Berufs unvereinbar ist. Er hat sich der besonderen Berufspflichten bewußt zu sein, die ihm aus der Befugnis erwachsen, gesetzlich vorgeschriebene Bestätigungsvermerke zu erteilen. Er hat sich auch außerhalb der Berufstätigkeit des Vertrauens und der Achtung würdig zu erweisen, die der Beruf erfordert. Er ist verpflichtet, sich **fortzubilden**. **Werbung** ist zulässig, es sei denn, sie ist unlauter

Wirtschaftsprüfer arbeiten selbständig in eigener Praxis oder in gemeinsamer Berufsausübung gemäß § 44b, als Vorstandsmitglieder, geschäftsführende Personen, persönlich haftende oder nach dem Partnerschaftsgesellschaftsgesetz verbundene Personen von Wirtschaftsprüfungsgesellschaften sowie als zeichnungsberechtigte Vertreter oder als zeichnungsberechtigte Angestellte bei Wirtschaftsprüfern, Wirtschaftsprüfungsgesellschaften, genossenschaftlichen Prüfungsverbänden und Prüfungsstellen von Sparkassen- und Giroverbänden oder überörtlichen Prüfungseinrichtungen für Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts ausüben.

bb. Versicherungspflicht

Gem. § 54 haben Wirtschaftsprüfer eine Berufshaftpflichtversicherung zur Deckung der sich aus ihrer Berufstätigkeit ergebenden Haftpflichtgefahren für Vermögensschäden abzuschließen und die Versicherung während der Dauer ihrer Bestellung oder Anerkennung aufrechterhalten. Die Mindestversicherungssumme für den einzelnen Versicherungsfall muß in der Regel den in § 323 Abs. 2 Satz 1 des Handelsgesetzbuchs bezeichneten Umfang betragen (idR. eine Million Euro). Die vertragliche Begrenzung von Ersatzansprüchen bei Ansprüchen auf Ersatz eines fahrlässig verursachten Schadens ist möglich.

Für **ausländische** Bewerber, bei welchen die Bestellung zum Wirtschaftsprüfer oder zur Wirtschaftsprüferin auf Grund des Bestehens einer Eignungsprüfung (§ 131g Abs. 1 WPO, vgl. oben) erfolgt, so sind die von den Versicherungsunternehmen eines anderen Mitgliedstaates der EU- Union oder eines EWR-Vertragsstaates oder der Schweiz ausgestellten Bescheinigungen über eine abgeschlossene Berufshaftpflichtversicherung als gleichwertig mit den in Deutschland ausgestellten Bescheinigungen anzuerkennen, sofern sie in Bezug auf Deckungsbedingungen und -umfang den in Deutschland geltenden Rechts- und Verwaltungsvorschriften genügen.

Die zum Nachweis vorgelegten Unterlagen sind mit einer beglaubigten Übersetzung vorzulegen, wenn sie nicht in deutscher Sprache abgefasst sind (nicht älter als drei Monate).

In bestimmten Fällen kann die Wirtschaftsprüferkammer jährlich eine Bescheinigung des Versicherers verlangen, aus der sich die Versicherungsbedingungen und der Deckungsumfang ergeben. Darüber hinaus hat der Versicherte die Beendigung, Kündigung sowie jede Änderung des Versicherungsvertrages, die den vorgeschriebenen Versicherungsschutz beeinträchtigt, der Wirtschaftsprüferkammer unverzüglich mitzuteilen.

B. Dienstleistungsfreiheit

Hier gelten die oben dargestellten Anforderungen an die **Bestellung** ebenfalls. Ein nicht nach der WPO bestellter Wirtschaftsprüfer kann im Inland nicht tätig werden.

C. Sozietäten– Zusatzinformationen

1. Gemeinsame Berufsausübung, Außen- und Scheinsozietät, § 44 b WPO

Wirtschaftsprüfer dürfen ihren Beruf mit natürlichen und juristischen Personen sowie mit Personengesellschaften, die der Berufsaufsicht einer Berufskammer eines freien Berufes im Geltungsbereich dieses Gesetzes unterliegen und ein Zeugnisverweigerungsrecht nach der Strafprozeßordnung haben, örtlich und überörtlich in Gesellschaften bürgerlichen Rechts (Sozietäten) gemeinsam ausüben.

Mit Rechtsanwälten, die zugleich Notare sind, darf eine Sozietät nur bezogen auf die anwaltliche Berufsausübung eingegangen werden. Im Übrigen richtet sich die Verbindung mit Rechtsanwälten, die zugleich Notare sind, nach den Bestimmungen und Anforderungen des notariellen Berufsrechts.

Eine gemeinsame Berufsausübung mit natürlichen und juristischen Personen sowie mit Personengesellschaften, die in einem ausländischen Staat als sachverständige Prüfer ermächtigt oder bestellt sind, ist zulässig, wenn die Voraussetzungen für ihre Ermächtigung oder Bestellung den Vorschriften dieses Gesetzes im wesentlichen entsprechen und sie in dem ausländischen Staat ihren Beruf gemeinsam mit Wirtschaftsprüfern ausüben dürfen. Eine gemeinsame Berufsausübung ist weiter zulässig mit Rechtsanwälten, Patentanwälten und Steuerberatern anderer Staaten, wenn diese einen nach Ausbildung und Befugnissen der Bundesrechtsanwaltsordnung, der Patentanwaltsordnung oder dem Steuerberatungsgesetz entsprechenden Beruf ausüben und mit Rechtsanwälten, Patentanwälten oder Steuerberatern im Geltungsbereich dieses Gesetzes ihren Beruf in Sozietäten ausüben dürfen.

Berufsangehörige dürfen ihren Beruf in Sozietäten mit Personen, die selbst nicht als Berufsangehörige oder als vereidigte Buchprüfer oder vereidigte Buchprüferin bestellt oder als Wirtschaftsprüfungsgesellschaft oder Buchprüfungsgesellschaft anerkannt sind, nur dann ausüben, wenn sie der Wirtschaftsprüferkammer bei Aufnahme einer solchen Tätigkeit nachweisen, dass ihnen auch bei gesamtschuldnerischer Inanspruchnahme der vorgeschriebene **Haftpflichtversicherungsschutz** (vgl. oben) für jeden Versicherungsfall uneingeschränkt zur Verfügung steht. Die persönliche **Haftung** von Mitgliedern einer Sozietät auf Schadensersatz kann auch durch vorformulierte Vertragsbedingungen auf einzelne namentlich bezeichnete Mitglieder der Sozietät beschränkt werden, die die vertragliche Leistung erbringen sollen.

2. Wirtschaftsprüfungsgesellschaften, § 27 ff WPO

a. Besonderheiten

Wirtschaftsprüfungsgesellschaften bedürfen gem. § 1 Abs. 3 WPO der Anerkennung. Die Anerkennung setzt den Nachweis voraus, daß die Gesellschaft von Wirtschaftsprüfern verantwortlich geführt wird. Bei Wirtschaftsprüfungsgesellschaften ist Sitz der Hauptniederlassung der Sitz der Gesellschaft. Zweigniederlassungen sind möglich. Die einzelnen Anforderungen an diese Gesellschaften sind jedoch komplex:

Allemanne

Gem. § 27 WPO können **Aktiengesellschaften, Europäische Gesellschaften (SE), Kommanditgesellschaften auf Aktien, Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Offene Handelsgesellschaften, Kommanditgesellschaften und Partnerschaftsgesellschaften** nach Maßgabe der Vorschriften dieses Abschnittes als Wirtschaftsprüfungsgesellschaften anerkannt werden.

Offene Handelsgesellschaften und Kommanditgesellschaften können als Wirtschaftsprüfungsgesellschaften anerkannt werden, wenn sie wegen ihrer Treuhandttätigkeit als Handelsgesellschaften in das Handelsregister eingetragen worden sind. V

Voraussetzung für die Anerkennung ist, dass die Mehrheit der Mitglieder des Vorstandes, der Geschäftsführer, der persönlich haftenden Gesellschafter, der geschäftsführenden Direktoren oder der Partner (gesetzliche Vertreter) Berufsangehörige oder in einem anderen EU-Mitgliedstaat zugelassene Abschlussprüfer sind. Persönlich haftende Gesellschafter können auch Wirtschaftsprüfungsgesellschaften oder in einem anderen EU-Mitgliedstaat zugelassene Prüfungsgesellschaften sein. Hat die Gesellschaft nur zwei gesetzliche Vertreter, so muss einer von ihnen Wirtschaftsprüfer oder in einem anderen EU-Mitgliedstaat zugelassener Abschlussprüfer sein. Mindestens eine der genannten Personen oder Gesellschaften muss ihre berufliche Niederlassung am Sitz der Gesellschaft haben.

Neben Berufsangehörigen, Wirtschaftsprüfungsgesellschaften, in einem anderen EU-Mitgliedstaat zugelassenen Abschlussprüfern und Prüfungsgesellschaften sind vereidigte Buchprüfer, Steuerberater sowie Rechtsanwälte berechtigt, gesetzliche Vertreter von Wirtschaftsprüfungsgesellschaften zu sein. Dieselbe Berechtigung kann die Wirtschaftsprüferkammer anderen besonders befähigten Personen auf Antrag erteilen, die einen mit dem Beruf des Wirtschaftsprüfers und der Wirtschaftsprüferin zu vereinbarenden Beruf ausüben.

Die Wirtschaftsprüferkammer kann genehmigen, dass Personen, die in einem Drittstaat als sachverständige Prüfer oder Prüferinnen ermächtigt oder bestellt sind, neben Berufsangehörigen und in einem anderen EU-Mitgliedstaat zugelassenen Abschlussprüfern gesetzliche Vertreter von Wirtschaftsprüfungsgesellschaften sein können, wenn die Voraussetzungen für ihre Ermächtigung oder Bestellung den Vorschriften dieses Gesetzes im Wesentlichen entsprechen. Die Sätze 1 und 2 gelten entsprechend für Rechtsanwälte Patentanwälte sowie Steuerberater anderer Staaten, wenn diese einen nach Ausbildung und Befugnissen der Bundesrechtsanwaltsordnung, der Patentanwaltsordnung oder des Steuerberatungsgesetzes entsprechenden Beruf ausüben. Zudem gelten weitere komplexe in **§ 28 Abs. 4 WPO** geregelte Voraussetzungen.

Bei Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien müssen die Aktien auf Namen lauten. Die Übertragung muß an die Zustimmung der Gesellschaft gebunden sein. Dasselbe gilt für die Übertragung von Geschäftsanteilen an einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Bei Gesellschaften mit beschränkter Haftung muß das Stammkapital mindestens fünfundzwanzigtausend Euro betragen. Bei Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien und Gesellschaften mit beschränkter Haftung muss bei Antragstellung nachgewiesen werden, dass der Wert der einzelnen Vermögensgegenstände abzüglich der Schulden mindestens dem gesetzlichen Mindestbetrag des Grund- oder Stammkapitals entspricht.

Für die Anerkennung ist die vorläufige **Deckungszusage** auf den Antrag zum Abschluß einer Berufshaftpflichtversicherung zwingende Voraussetzung

Allemagne

b. Zuständigkeit und Verfahren

Zuständig für die Anerkennung als Wirtschaftsprüfungsgesellschaft ist gem. § 29 Abs. 1 WPO die **Wirtschaftsprüferkammer**.

Dem Antrag sind eine Ausfertigung oder eine öffentlich beglaubigte Abschrift des **Gesellschaftsvertrages** oder der Satzung sowie Nachweise zum Vorliegen der o.g. Anerkennungsvoraussetzungen beizufügen.

c. Berufspflichten

Gem. § 56 WPO gelten die **Vorschriften über die Rechte und Pflichten der Wirtschaftsprüfer für Wirtschaftsprüfungsgesellschaften grossteils sinngemäß**, sowie für Vorstandsmitglieder, Geschäftsführer, Partner und persönlich haftende Gesellschafter einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, die nicht Wirtschaftsprüfer sind. Die Mitglieder der durch Gesetz, Satzung oder Gesellschaftsvertrag vorgesehenen Aufsichtsorgane der Gesellschaften sind zur **Verschwiegenheit** verpflichtet.

ANGLETERRE

I. INTRODUCTION

1. Législation primaire

European Directive 2005/36/EC

European Directive 77/249 EEC

European Directive 98/5/EC⁷⁸ (right to establish)

EC Directive on the recognition of professional qualifications (89/48/EEC)

European Directive 92/51/EC⁷⁹

2. Législation secondaire (règlement, arrêté, décret, directive administrative)

*The Chartered Certified Accountants' Global Practising Regulations 2003*⁸⁰

Members who engage in **public practice work** must obtain an **annual certificate** to practise from the Association of Chartered Certified Accountants. Members who wish to perform **audits** or carry out **insolvency work** require **additional licences**. All such members are **regularly monitored** by ACCA.

II. RAPPORT

A. Liberté d'établissement

1. Conditions pour la reconnaissance de la qualification professionnelle

In the UK, **anybody can call themselves an accountant**. The title 'accountant' is **not protected**. However, employers will generally **expect** applicants for professional posts to **hold a recognised qualification**.⁸¹ Each of the following recognised qualifications constitutes a regulated profession in the UK:

1. Chartered Accountant
2. Chartered Certified Accountant
3. Chartered Management Accountant
4. Chartered Public Finance Accountant

⁷⁸ <http://www.lawsociety.org.uk/documents/downloads/becomingrelsinftopt2.pdf>.

⁷⁹ The 92/51 Directive which covers the practise of insolvency was introduced to complement the 89/48 Directive. An EEA or EU applicant seeking authorisation by virtue of the 92/51 Directive, should contact the UK Department for Trade and Industry [DTI] Insolvency Service.)

⁸⁰ http://rulebook.accaglobal.com/lpbin21/text/print/acca_rb_2_2.html.

⁸¹ See : Admission to ACCA membership under the European Communities (Recognition of Professional Qualifications) Regulations (SI 1991 No. 824/Directive 89/48/EEC) available at: <http://www.accaglobal.com/documents/mrd2007.pdf>.

Angleterre

Practitioners of these professions must be **members** of the following respective associations:

1. **Association of Chartered Certified Accountants (“ACCA”)**
2. **Institute of Chartered Accountants in England & Wales**
3. **Chartered Institute of Management Accountants**
4. **Chartered Institute of Public Finance and Accountancy**

The ACCA qualification is a ‘**diploma**’ level qualification. Therefore, to be eligible to apply for ACCA membership under Directive 89/48/EEC (First Diploma Directive), an applicant must have successfully completed a **post-secondary course of at least three years’ duration** (or of an equivalent qualification duration part-time) at a university or establishment of higher education. The applicant must, in addition, have successfully completed **any professional training** required to enable such applicant to practise the profession concerned.

Under the revised provisions of the 8th Directive 2006/43/EC, only the **general accountancy profession** falls under the General System of 89/48/EEC. **Insolvency practice and auditing**, being each regulated under a separate directive, are **beyond** the scope of this opinion. ***A Swiss national who is fully qualified to practise the profession of accountancy in Switzerland, who is a fully registered member of the Treuhandkammer and who wishes to practise that profession in the UK will be covered by the General System.***

Unlike those professions that fall under the specific sectorial Directives, recognition of the right of foreign accountants to practice in the UK requires **passing certain examinations**, described under subsection 2, below.

2. Demande pour la reconnaissance et son contenu

Applicants may either apply for **ACCA membership only** or, if they intend to undertake work reserved for **registered auditors** or **otherwise covered under ACCA’s definition of public practice**, they should apply for **ACCA membership** and to obtain a **practising certificate**. Applicants who do not currently perform work under ACCA’s definition of public practice, but who may do so in the future, are **strongly recommended to apply for a practising certificate** at the initial application stage.

The Chartered Certified Accountants’ Global Practising Regulation 4(1) defines the circumstances in which a member will be regarded as being in **public practice**, and therefore **required to hold a practising certificate or practising certificate and audit qualification issued by ACCA**, as follows:

- **accepting an appointment** as an auditor; and/or
- signing or producing **any accounts or report or certificate or tax return** concerning any person’s financial affairs, whether an individual sole-trader, an unincorporated body or a firm, in circumstances where reliance is likely to be placed on such accounts or report or certificate or tax return by any other person (the ‘third party’), or doing any other thing which may lead the third party to believe that the accounts or report or certificate or tax return concerning the financial affairs of such a person have been prepared, approved or reviewed by the practitioner; and/or
- holding oneself or itself out, or allowing oneself or itself to be held out, as being available to **undertake the activities referred to above** (and allowing oneself to be known as a, or a firm of ‘**Chartered Certified Accountant(s)**’, ‘**Certified Accountant(s)**’, ‘**Chartered Accountant(s)**’, or ‘**Accountant(s)**’ or any similar description or designation standing for any such description in the context of the practitioner’s busi-

Angleterre

ness shall be regarded as an example of such a holding out); and/or

- holding oneself out, or allowing oneself to be held out, as a **sole proprietor, partner or director of a firm where public practice is carried on**.

Basic book-keeping services, as defined in paragraphs 8(2)(a)(i) and 8(2)(a)(ii) of the Membership Regulations 1996⁸², do **not** constitute public practice.

Applicants who are **partners/directors** of firms engaged in public practice will also be required to hold a **practising certificate** even if they themselves are **not** undertaking public practice work.⁸³

An applicant for an ACCA **practising certificate or insolvency licence** must be “**fit and proper**”. In determining whether an individual is “**fit and proper**”, ACCA’s Admissions and Licensing Committee will look at **any matter** which relates to the person, including whether the person is, or has been: (references to UK legislation shall be deemed to refer to the corresponding legislation in the member state)

- **convicted of a criminal offence**, or at any time **bankrupt**, signed a trust deed for creditors or entered into a deed of **arrangement, scheme or composition** in respect of his/her financial affairs (or any similar or analogous event), or
- the subject of a **bankruptcy restriction order** or **bankruptcy restriction undertaking** under the **Insolvency Act 1986**, or removed from the office of a liquidator, trustee, administrative receiver, administrator or supervisor, or
- the subject of a **disqualification order** or **disqualification undertaking** made under the Company Directors Disqualification Act 1986, or
- **excluded from or refused membership of a professional body on disciplinary grounds**, or
- found to have **failed** to ensure that the experience and competence of his/her employees and the practice associates are **adequate**, having regard to the nature of the work involved, or
- a patient under the **Mental Health Act 1983**, or
- the subject of a **disciplinary order** made by ACCA or **another professional body**
- been or is the **subject of an investigation**, whether criminal, disciplinary or otherwise, in respect of his conduct, or
- in breach of an **application regulation of ACCA**
- found to have given **ACCA fake, inaccurate or misleading information** or failed to co-operate with ACCA.

In addition to the above criteria ACCA’s Admissions and Licensing Committee will take into account whether an individual **has contravened any provision of law** relating to the seeking of an appointment or acting as auditor or insolvency practitioner or to the carrying on of investment business or if they have, on any occasion, given **ACCA false, inaccurate or misleading information**.

On admission to ACCA membership an individual is able to use the **designatory letters** ‘ACCA’. On admission to membership an individual will be invoiced for the admission to **membership fee** (£170 in 2007) and, if applicable, the **practising certificate fee** (£290 or £60 in 2007). (The £60 rate applies only where fee income will be under £5,000 per calendar year and is not available to an applicant for the practising certificate and audit qualification).

⁸² Available at: http://rulebook.accaglobal.com/lpbin21/text/print/acca_rb_2_1.html.

⁸³ For additional information see: www.aapa.co.uk.

3. Autorité compétente, instruction, procédure, délais

ACCA is a **Designated Authority** under the implementing rules of Directives 89/48/EEC. ACCA is a member of the **Consultative Committee of Accountancy Bodies (CCAB)**. The other members are: the **Institute of Chartered Accountants** in England and Wales (ICAEW); the **Institute of Chartered Accountants** in Ireland (ICAI); the **Institute of Chartered Accountants of Scotland (ICAS)**; the **Chartered Institute of Management Accountants (CIMA)** and the **Chartered Institute of Public Finance Accountants (CIPFA)**. Members of these bodies are deemed to hold **equivalent-level qualifications**. Only ACCA, ICAEW, ICAI and ICAS are able to authorise members to conduct audit and insolvency work.

There are **other accountancy bodies** in the UK but these **are not recognised**, apart from the **Association of Authorised Public Accountants (“AAPA”)**. AAPA is a subsidiary company of ACCA. Its members are eligible to be authorised to hold registered auditor status.

Applicants are required to complete form ‘MRD’ (=Mutual Recognition Directive) and return it to: **Customer Services, ACCA, 2 Central Quay, 89 Hydepark Street, Glasgow G3 8BW**, United Kingdom with the **Stage One Aptitude Test** fee of £150. The Stage Two Aptitude Test fee (£400) becomes payable on successful completion of Stage One.

Stage One of ACCA’s Aptitude Test comprises **two two-hour written examinations in Company Law and Taxation**. The examinations are held in June and December each year. On successful completion of Stage One, an applicant is then scheduled to sit Stage Two. Stage Two takes the form of an **oral interview**, lasting between one and two hours. The Stage Two interview will be more extensive where an applicant wishes to enter into practice. An applicant for membership is only admitted **on successful completion of both stages**. **The two stage Aptitude Test is designed to examine European accountants and auditors on areas permitted under the first directive**. The test takes into account the fact that candidates are already professionally qualified accountants and/or auditors in their Member State of origin. Accordingly, the Aptitude Test aims to **test areas of knowledge which are covered in the ACCA qualification and post-admission to membership testing to obtain a practising certificate, but not the applicant’s own qualification**. The Aptitude Test covers subjects where such knowledge is essential for pursuit of the **profession in the UK**.

When applying for admission to ACCA membership an applicant is asked to supply the **following supporting documentation**:

- **proof of nationality** (*i.e.* a copy of a passport or identity card)
- all **post-secondary educational and professional certificates**, certified as **true copies**, in support of this application.
- a copy of the **syllabus for the examinations** taken to gain membership of the professional body. Translations must be provided where the syllabus is not in English.
- a letter from the **professional institute(s)** of which the applicant is a member, confirming that he or she is a member in **good standing** (*e.g.* that there are no disciplinary actions pending or on file) and stating the **date of admission** to membership
- **detailed job description**
- **recommendation** by current/most recent employer detailing the type and level of work the applicant has undertaken
- two identical passport-sized **photographs**

4. Effets de la reconnaissance

As outlined previously, any ACCA member carrying out work under the ACCA definition of public practice must hold a **practising certificate**. There are **two types of certificate**: a **practising certificate** or a **practising certificate and audit qualification**. The practising certificate is for applicants who have predominantly public practice backgrounds but **do not hold registered auditor status** in their home Member State. The practising certificate confers the **right to undertake general practising work** but not work reserved for registered auditors. The practising certificate is also for applicants who have predominantly worked **outside public practice** in their home Member State but now **wish to enter public practice**. The work these holders can undertake is restricted to **specialisms** that their previous employment has equipped them to perform. The practising certificate and audit qualification enables the holder to **undertake the widest range of work** (*i.e* it includes work reserved for registered auditors). Applicants wishing to conduct audit work will need to **hold this certificate and a firm's auditing certificate**. There is **no additional fee** for a sole practitioner's auditing certificate.

B. Liberté de prestation de services

Our research has revealed **no conditions or procedures for recognition of the professional qualification in connection with a short-term provision of services**. That said, since there is no regulation of the use of the term “accountant”, it would follow logically that, to the extent that the services in question are provided by a person who refers to himself as an “accountant”, or uses his or her Member State qualified title, **no such conditions or procedures should be necessary**.

C. Sociétés professionnelles

Holders of practising certificates must hold **professional indemnity insurance (PII)**. In the case of a person who employs full and/or part-time staff, fidelity guarantee insurance (FGI) must be held in respect of **all partners, directors and employees**. Members ceasing to practise must make arrangements for the **continued existence of PII and FGI** for a period of **six years**.

A holder of any practising certificate must enter into, and keep in force for all the period during which a certificate is held, a **written agreement** with another accountant or firm of accountants (or a plurality of them) – the ‘**nominee**’. For partners/directors, this agreement may be made with **another equivalent level practising certificate holder** in the practice. This provides for the nominee to be **responsible** for the individual's practice in the event of death or incapacity. Continuity can be assured by entering into a **continuity agreement** or, in the case of incorporated firms, by making provision for it in the memorandum and articles of association.

The nominee must be based in the **same country** as the individual and be authorised to carry on all of the individual's work (*i.e.* have the same types of authorisation). Where the individual practises in **more than one country**, **separate nominee** must be appointed accordingly. The name, address and professional body of the person or firm responsible for continuity **must be given on the application form**. It is mandatory that a **written agreement** be made and this may be **inspected by ACCA**.

AUTRICHE

I. EINLEITUNG

A. Rechtsquellen

1. Europäisches Recht

a. Primärrecht

- Art. 39ff, 43ff und 49ff EG-Vertrag (EG) (ABl. 24.12.2002 C 325/33)
- Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits über die Freizügigkeit vom 21.6.1999, in Kraft seit 1.6.2002, Stand 27.12.2006 (0.142.112.681)

b. Sekundärrecht

- Richtlinie 2005/36/EG vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen (ABl. EU Nr. L 255 S. 22, 2007 Nr. L 271 S. 18).
- Richtlinie 2006/43/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Mai 2006 über Abschlussprüfungen von Jahresabschlüssen und konsolidierten Abschlüssen, zur Änderung der Richtlinien 78/660/EWG und 83/349/EWG des Rates und zur Aufhebung der Richtlinie 84/253/EWG des Rates (ABl. EU Nr. L 157 S. 87), (kurz „8. EU-Richtlinie“). Die Richtlinie 2006/43/EG ist spätestens bis zum 29. Juni 2008 in nationales Recht umzusetzen. Die EU-Mitgliedsstaaten können bei der Umsetzung zahlreiche Wahlrechte in Anspruch nehmen. Da dieser Umsetzungsprozess noch nicht abgeschlossen ist, sind die konkreten Auswirkungen derzeit nicht klar absehbar.

2. Nationales Recht

- Bundesgesetz über die Wirtschaftstreuhandberufe (Wirtschaftstreuhandberufsgesetz - WTBG) BGBl. I Nr. 58/1999, letzte Änderung durch BGBl. I Nr. 10/2008
- Regelungen des Instituts Österreichischer Wirtschaftsprüfer: Fortbildungsrichtlinie iwpl/I-1999 und Qualitätsüberwachungsrichtlinie iwpl/II-1999.

B. Verhältnis zu europarechtlichen Vorgaben

1. Umsetzung der Richtlinie 2005/36/EG

Die Richtlinie wurde 2008 im **Wirtschaftstreuhandberufsgesetz** umgesetzt.

2. Verhältnis zum Freizügigkeitsabkommen Schweiz-EG

Über das Freizügigkeitsabkommen werden die Vorschriften des WTBG, die auf EU- und EWR-Staatler Anwendung finden, auf Schweizer erstreckt. **Die Schweiz wird bereits in die**

auf der Richtlinie 2005/36/EG basierenden neuen Regelungen des österreichischen WTBG einbezogen

II. LÄNDERBERICHT ÖSTERREICH

A. Niederlassung als Wirtschaftsprüfer

1. Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers

Die Aufgaben des Wirtschaftsprüfers bestehen in ihren Kernbereichen aus der Prüfung oder Erstellung von Einzel- und Konzernabschlüssen, der Steuerberatung, der Steuergestaltung, der Sanierungs- und Restrukturierungsberatung, der Gutachtenstätigkeit und der Mitwirkung an Due-diligence-Prüfungen bei Unternehmenszusammenschlüssen und bei Übernahmen von Unternehmen (merger and acquisition). In Österreich gelten Prüfung und Beratung als vernünftige Kombination. Wirtschaftsprüfer sind daher zugleich qualifizierte Steuerberater.

2. Berufsausübung

Der Berufsstand des Wirtschaftsprüfers ist durch strenge und umfangreiche Ausbildungs- und Zulassungsbestimmungen geregelt. Die Ausbildung ist schwierig und langwierig.

Die Qualifikation und Zulassung zum Beruf des Wirtschaftsprüfers folgt mit der Richtlinie 2006/43/EG seit neuestem teils europäischen Mindeststandards. Diese Standards gelten durch das österreichische Berufsrecht bereits als zur Gänze erfüllt.

Gem. § 232 WTBG können sich auch Staatsangehörige eines EU-Mitgliedstaates, eines EWR-Vertragsstaates oder der Schweiz auf dem Gebiet der Republik Österreich zur Ausübung eines Wirtschaftstreuhandberufes niederlassen.

a. Erfordernisse der Berufszulassung

Ausländische Wirtschaftsprüfer können sich in Österreich niederlassen, wenn sie folgende Voraussetzungen erfüllen:

- **Staatsangehörigkeit eines EU-Mitgliedstaates, eines EWR-Vertragsstaates oder der Schweiz**
- **aufrechte Berechtigung in ihrem Herkunftsmitgliedstaat** einen Wirtschaftstreuhandberuf auszuüben
- Vorliegen der **allgemeinen Voraussetzungen** (§ 8 Abs. 1 WTBG):
 - volle Handlungsfähigkeit,
 - besondere Vertrauenswürdigkeit,
 - geordnete wirtschaftliche Verhältnisse,
 - eine aufrechte Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung und
 - ein Berufssitz.
- Vorliegen einer gleichwertigen **Berufsqualifikation** und
- öffentliche **Bestellung** durch die Kammer der Wirtschaftstreuhandler

b. Antragsinhalt

Dem Antrag auf öffentliche Bestellung sind anzuschließen:

- ein **Identitätsnachweis**,
- der **Nachweis der Staatsangehörigkeit**
- der **Berufsqualifikationsnachweis**, der zur Aufnahme eines Wirtschaftstreuhandberufes berechtigt, und
- **Bescheinigungen** der zuständigen Behörden des Herkunftsmitgliedstaates über das **Vorliegen der besonderen Vertrauenswürdigkeit, der geordneten wirtschaftlichen Verhältnisse und das Nichtvorliegen schwerwiegender standeswidriger Verhalten**.

Diese Bescheinigungen dürfen bei ihrer Vorlage **nicht älter als drei Monate** sein.

Die öffentliche Bestellung hat zu erfolgen, wenn die allgemeinen Voraussetzungen für die öffentliche Bestellung vorliegen und die geltend gemachte Berufsqualifikation dem des angestrebten Wirtschaftstreuhandberufes gleichwertig ist. Die fachliche Befähigung ist nachzuweisen durch die Vorlage eines Nachweises im Sinne des Art. 11 lit. e Richtlinie 2005/36/EG über die Anerkennung von Berufsqualifikationen,⁸⁴ d.h. eines Nachweises, mit dem dem Inhaber bestätigt wird, dass er einen postsekundären Ausbildungsgang von mindestens vier Jahren oder eine Teilzeitausbildung von entsprechender Dauer an einer Universität oder einer Hochschule oder in einer anderen Ausbildungseinrichtung mit gleichwertigem Niveau und gegebenenfalls die über den postsekundären Ausbildungsgang hinaus erforderliche berufliche Ausbildung erfolgreich abgeschlossen hat.

Diesen Ausbildungsnachweisen ist jeder Ausbildungsnachweis oder jede Gesamtheit von Berufsqualifikationsnachweisen, die von einer zuständigen Behörde in einem Mitgliedstaat ausgestellt wurden, gleichgestellt, sofern sie eine in der Gemeinschaft erworbene Ausbildung abschließen und von diesem Mitgliedstaat als gleichwertig anerkannt werden und in Bezug auf die Aufnahme oder Ausübung eines Wirtschaftstreuhandberufes dieselben Rechte verleihen oder auf die Ausübung dieser Berufe vorbereiten.

Die mangelnde Gleichwertigkeit der geltend gemachten Berufsqualifikation ist durch die Absolvierung einer Eignungsprüfung im Sinne des Art. 3 Abs. 1 lit. h der Richtlinie 2005/36/EG auszugleichen.

c. Eignungsprüfung

Hierbei umfasst die Eignungsprüfung für Wirtschaftsprüfer im Sinne des Art. 3 Abs. 1 lit. h der Richtlinie 2005/36/EG die schriftliche Ausarbeitung von drei Klausurarbeiten die sich mit den Vorgaben für die österreichische Wirtschaftsprüfer-Fachprüfung⁸⁵ decken und die mündliche Beantwortung von Prüfungsfragen aus den Fachgebieten Qualitätssicherung, Risikomanagement und Berufsrecht der Wirtschaftstreuhand, insbesondere in Hinblick auf die Tätigkeit als Wirtschaftsprüfer,

⁸⁴ ABl. Nr. L 255 vom 30.09.2005 S. 22, zuletzt geändert durch die Richtlinie 2006/100/EG zur Anpassung bestimmter Richtlinien im Bereich Freizügigkeit anlässlich des Beitritts Bulgariens und Rumäniens, ABl. Nr. L 363 vom 20.12.2006, S. 141.

⁸⁵ § 34 Abs. 4 und Abs. 7 sowie § 34 Abs. 6 iVm. § 29 Abs. 2 und 4.

Auriche

Abgabenrecht einschließlich des Abgabenverfahrensrechts, insbesondere ausreichende Kenntnisse der für die Abschlussprüfung relevanten Rechts- und Verwaltungsvorschriften,

Rechtslehre, insbesondere

a) Grundzüge des bürgerlichen Rechts unter besonderer Berücksichtigung des Schuld-, Sachen- und Erbrechts,

b) Handelsrecht unter besonderer Berücksichtigung des Rechts der Personengesellschaften und der Kapitalgesellschaften und der Rechnungslegungsvorschriften,

c) besondere Kenntnisse im Insolvenzrecht,

d) Sozialversicherungs- und Arbeitsrecht,

e) Grundzüge des Verfassungs- und Verwaltungsrechts mit dem Schwerpunkt Verfahren vor dem Verwaltungsgerichtshof und Grundzüge des Umweltrechts,

f) ausgewählte Teile des EU-Rechts, insbesondere das Verhältnis von staatlichem Recht zum Gemeinschaftsrecht, Rechtsschutz in der Gemeinschaft und Gemeinschaftsrecht auf den Gebieten des Rechnungswesens und des Steuerrechts und

g) besondere Kenntnisse der Kapitalgesellschaften, der Genossenschaften und der Stiftungen und Corporate Governance,

Grundzüge des Bank-, Versicherungs-, Wertpapierrechts (einschließlich des Börserechts) und Devisenrechts.⁸⁶

Für das Prüfungsverfahren betreffend die Ablegung von Eignungsprüfungen gelten die Bestimmungen für Fachprüfungen in den §§ 17 bis 23 und §§ 36 bis 54 WTPG.

b. Zuständige Behörden, Verfahren

Der Antrag auf Niederlassung ist bei der **Kammer der Wirtschaftstreuhänder** zu stellen.

Diese hat dem Niederlassungswerber **binnen eines Monats** den Empfang der Unterlagen mitzuteilen und ihm gegebenenfalls einen Verbesserungsauftrag zu erteilen. Die Kammer der Wirtschaftstreuhänder ist verpflichtet, über den Antrag ohne unnötigen Aufschub, spätestens aber **drei Monate** nach Einreichung der vollständigen Unterlagen des Niederlassungswerbers zu entscheiden.

Adresse:

Kammer der Wirtschaftstreuhänder
Schönbrunnerstraße 222-228
1120 Wien

office@kwt.or.at

Tel.Nr.: +43 / 1 / 811 73 - 0

Fax.Nr.: +43 / 1 / 811 73 – 100

<http://www.kwt.or.at>

⁸⁶ § 35 Z 1, 2, 5 und 8 WTPG.

c. **Rechtsstellung**

aa. *Berufspflichten*

Die besonderen Aufgaben des Wirtschaftsprüfers setzen Zuverlässigkeit und Integrität voraus.

Die berufsrechtlichen Vorschriften zwingen zur absoluten Verschwiegenheit, auch gegenüber Gerichten. Sie verlangen besondere Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit bei der Prüfungs- und Beratungstätigkeit.

Die Mitglieder des Instituts Österreichischer Wirtschaftsprüfer (die Mitgliedschaft ist freiwillig) verpflichten sich zu regelmäßiger Fortbildung und vierjährigen Qualitätskontrollen. Über die sonstigen berufsrechtlichen Normen hinaus, garantieren sie den Nutzen ihrer Arbeit im Rahmen der Prüfung und Beratung für Mandanten.

Das Institut stellt hierfür Qualitätsstandards auf, vgl. etwa die Fortbildungsrichtlinie iwip/I-1999 und die Qualitätsüberwachungsrichtlinie iwip/II-1999.⁸⁷

Das Institut der Wirtschaftsprüfer erarbeitet zudem Richtlinien für die Berufsausübung, Rechnungslegung, aber auch die Kontrolle und Organisation von großen Kapitalgesellschaften (corporate governance)

bb. *Versicherungspflicht*

Der Bewerber hat eine Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung nachzuweisen

B. **Dienstleistungsfreiheit**

1. **Erfordernisse**

Gem. § 231 WTPG sind Staatsangehörige eines EU-Mitgliedstaates oder eines EWR-Vertragsstaates sowie Staatsangehörige der Schweiz, die in einem EU-Mitgliedstaat, EWR-Vertragsstaat oder in der Schweiz niedergelassen sind und dort den Beruf eines selbständigen, freiberuflichen Wirtschaftstreuhänders auf einem bestimmten diesem Bundesgesetz entsprechenden Fachgebiet gemäß § 3 und § 5 befugt ausüben, berechtigt, vorübergehend und gelegentlich Dienstleistungen auf diesem Fachgebiet zu erbringen, wenn sie nachfolgende Voraussetzungen erfüllen:

- **Staatsangehörige** eines EU-Mitgliedstaates oder eines EWR-Vertragsstaates sowie Staatsangehörige **der Schweiz**
- **Niederlassung in** einem anderen Mitgliedstaat der EU oder in einem Vertragsstaat des Europäischen Wirtschaftsraumes oder in **der Schweiz**
- **aufrechte Berechtigung im Niederlassungsstaat** Tätigkeiten auszuüben, die den Berechtigungsumfängen der Wirtschaftstreuhandberufe zuzuordnen sind, und sofern der Beruf im Niederlassungsstaat nicht reglementiert ist, eine mindestens zweijährige

⁸⁷ Vgl. unter <http://www.iwp.or.at/Seiten/default.aspx>.

Autriche

Berufsausübung während der vorangehenden zehn Jahre im Niederlassungsstaat, und

- eine **Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung**. Die Versicherungssumme dieser Versicherung darf nicht geringer sein als 72 673 Euro für jeden einzelnen Versicherungsfall (vgl. auch § 11 in Verbindung mit § 88 Abs. 1 WTPG)

2. Informationspflichten

Der Dienstleister ist verpflichtet, den Dienstleistungsempfänger spätestens bei Vertragsabschluss nachweislich zu informieren über:

- das **Register**, in dem er eingetragen ist, sowie die Nummer der Eintragung oder gleichwertige, der Identifikation dienende Angaben aus diesem Register,
- Namen und Anschrift der zuständigen **Aufsichtsbehörde**,
- die **Berufskammern** oder vergleichbare Organisationen, denen der Dienstleister angehört,
- die Berufsbezeichnung oder seinen **Berufsqualifikationsnachweis**,
- die **Umsatzsteueridentifikationsnummer**⁸⁸,
- Einzelheiten zu seinem **Versicherungsschutz** in Bezug auf die Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung

3. Berufsbezeichnung

Die Dienstleistungen gemäß Abs. 1 sind unter der Berufsbezeichnung des Niederlassungsstaates des Dienstleiters zu erbringen. Die Berufsbezeichnung ist in der Amtssprache des Niederlassungsstaates so zu führen, dass keine Verwechslungen mit den in diesem Bundesgesetz oder dem Bilanzbuchhaltungsgesetz, BGBl. I Nr. 161/2006, angeführten Berufsbezeichnungen möglich sind.

C. Verwaltungszusammenarbeit

Gem. § 233 Abs. 1 WTPG hat die Kammer der Wirtschaftstreuhänder mit den zuständigen Behörden der anderen EU-Mitgliedstaaten oder EWR-Vertragsstaaten und der Schweizerischen Eidgenossenschaft zur Anwendung der Richtlinie 2005/36/EG eng zusammenzuarbeiten und diesen Behörden Amtshilfe zu leisten. Die Vertraulichkeit der ausgetauschten Informationen ist sicherzustellen.

Die Verpflichtungen umfassen insbesondere den Austausch folgender Informationen betreffend diesem Gesetz unterliegende Personen:

- Informationen über disziplinarische oder strafrechtliche Sanktionen oder sonstige schwerwiegende genau bestimmte Sachverhalte, die sich auf die ausgeübten Tätigkeiten auswirken könnten, vorliegen sowie

⁸⁸ Artikel 22 Absatz 1 der Richtlinie 77/388/EWG zur Harmonisierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Umsatzsteuern, zuletzt geändert durch die Richtlinie 2004/66/EG.

Auriche

- Betreffend die Erbringung einer Dienstleistung
 - alle Informationen über die Rechtmäßigkeit der Niederlassung und die gute Führung des Dienstleisters,
 - alle Informationen, die im Falle von Beschwerden eines Dienstleistungsempfängers gegen einen Dienstleister für ein ordnungsgemäßes Beschwerdeverfahren erforderlich sind, wobei der Dienstleistungsempfänger über das Beschwerdeergebnis zu unterrichten ist und
 - Informationen darüber, dass keine berufsbezogenen disziplinarischen oder strafrechtlichen Sanktionen vorliegen.

Die Behörden haben die mitzuteilenden Sachverhalte angemessen zu prüfen und den Aufnahmemitgliedstaat über gezogene Konsequenzen zu informieren.

D. Sozietäten– Zusatzinformationen

1. Wirtschaftstreuhandgesellschaften

Gem. § 65 WPTG sind allgemeine Voraussetzungen für die Anerkennung einer Gesellschaft, die Wirtschaftstreuhandberufe und damit vereinbare Tätigkeiten auszuüben beabsichtigt,

- das Vorliegen einer zulässigen Gesellschaftsform gemäß § 66 WTPG (offene Gesellschaft, Kommanditgesellschaft, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Aktiengesellschaft)
- ein schriftlich abgeschlossener Gesellschaftsvertrag,
- eine Firma (mit der Bezeichnung "Wirtschaftsprüfungsgesellschaft)
- und ein Sitz gemäß § 67; danach muss der Sitz einer Gesellschaft in Österreich liegen. Der Berufssitz mindestens eines der gesetzlichen Vertreter muß in dem Bundesland liegen, in dem die Gesellschaft ihren Sitz hat
- Gesellschafter oder Aktionäre gemäß § 68: hiernach dürfen Gesellschafter nur sein: berufsberechtigte natürliche Personen, Ehegatten und Kinder von an der Gesellschaft beteiligten Berufsberechtigten sofern sie einen in einem EU- oder EWR-Mitgliedstaat gelegenen Hauptwohnsitz haben und die besondere Vertrauenswürdigkeit gemäß § 9 und 3 sowie geordnete wirtschaftliche Verhältnisse gemäß § 10 WTPG nachweisen können, Gesellschaften, die berechtigt sind, einen Wirtschaftstreuhandberuf auszuüben, und nach ausländischem Recht Berufsberechtigte, wenn ihre Kapitalanteile am Gesellschaftsvermögen und ihre Stimmrechte ein Viertel nicht übersteigen, sofern zwischen Österreich und dem Staat, in dem die Berufsberechtigung erlangt wurde, Reziprozität gegeben ist und eine ähnliche Ausbildung nachgewiesen wird und die Geschäftsführung und die Vertretung nach außen mehrheitlich durch in Österreich Berufsberechtigte erfolgt.
- ein allfälliger Aufsichtsrat gemäß § 69 WTPG: Aufsichtsratsmitglieder müssen: einen in einem EU- oder EWR-Mitgliedstaat gelegenen Hauptwohnsitz haben und die besondere Vertrauenswürdigkeit gemäß § 9 sowie geordnete wirtschaftliche Verhältnisse gemäß § 10 WTPG nachweisen und unterliegen der Verpflichtung zur Verschwiegenheit.
- eine abgeschlossene Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung gemäß § 11 WTPG und
- geordnete wirtschaftliche Verhältnisse gemäß § 10 WTPG

FRANCE

A la date du 10 avril 2008, la Directive 2005/36/CE du Parlement européen et du Conseil du 7 septembre 2005 relative à la reconnaissance des qualifications professionnelles n'ayant pas encore été transposée en France, il ne nous a pas été possible de livrer le rapport commandé pour ce pays.

Le gouvernement a été autorisé par la loi n° 2007-1774 du 17 décembre 2007 portant diverses dispositions d'adaptation au droit communautaire dans les domaines économique et financier, à prendre par voie d'ordonnance, dans un délai de **douze mois** à compter de la date de publication de la présente loi, les dispositions relevant du domaine de la loi nécessaire pour transposer la Directive 2005/36/CE.

SITUATION ACTUELLE

La profession de fiduciaire n'existe pas en tant que telle en France. Deux professions doivent être distinguées.

Dispositions applicables à la profession de commissaire aux comptes⁸⁹:

[Code de commerce](#)

- Partie législative

Articles L. 820-1 et suivants

- Partie réglementaire

Articles R. 821-1 et suivants

S'adresser à :

[Ministère de la Justice](#)

Bureau du droit commercial

13, place Vendôme - 75042 Paris Cédex 01

Tél. : 01 44 77 63 99

Dispositions applicables à la profession d'expert-comptable :

[Ordonnance n° 45-2138 du 19 septembre 1945](#) portant institution de l'ordre des experts comptables et réglementant le titre et la profession d'expert-comptable modifiée par l'article 5 de l'ordonnance n° 2004-279 du 25 mars 2004

[Décret n° 2005-1118 du 1er septembre 2005](#) modifiant le décret n° 96-352 du 24 avril 1996 relatif à l'accès à la profession d'expert-comptable des personnes mentionnées aux articles 26 et 27 de l'ordonnance n° 45-2138 du 19 septembre 1945 portant institution de l'ordre des experts-comptables et réglementant le titre et la profession d'expert-comptable

⁸⁹

Les textes peuvent être consultés sur le site: <http://www.legifrance.gouv.fr>

France

Transposant les dispositions de la directive sectorielle :

Directive 2001/19/CE du Parlement européen et du Conseil du 14 mai 2001 modifiant les directives 89/48/CEE et 92/51/CEE du Conseil concernant le système général de reconnaissance des qualifications professionnelles

Accord conclu le 21 juin 1999 entre la communauté européenne et ses Etats membres, d'une part et la Confédération Helvétique d'autre part, ratifié par la France : [loi n° 2001-1117 du 28 novembre 2001](#) – [décret n° 2002-946 du 25 juin 2002](#)
(Annexe III)

S'adresser à :

[Ministère de l'éducation nationale, de l'enseignement supérieur et de la recherche](#)

Direction de l'enseignement supérieur

Bureau des masters (DES A 11)

97-99, rue de Grenelle - 75007 Paris

Tél. : 01 55 55 69 99

ou

Conseil supérieur de l'ordre des experts-comptables

153, rue de Courcelles - 75817 Paris Cédex

Tél. : 01 44 15 60 00

ITALIE

I. INTRODUZIONE

A. Fonti normative

La professione di “**dottore commercialista**” – termine che, ove non altrimenti specificato, deve ritenersi, qui di seguito, *comprensivo* della professione di “**esperto contabile**” – è, in Italia, una “**professione regolamentata**”⁹⁰. La principale fonte normativa della regolamentazione dell’esercizio, in Italia, della professione di “**dottore commercialista**” da parte di chi è in possesso di un **titolo estero** è il **Decreto legislativo 9 novembre 2007 n. 206** recante “Attuazione della direttiva 2005/36 CE relativa al riconoscimento delle qualifiche professionali, nonché della direttiva 2006/100/CE che adegua determinate direttive sulla libera circolazione delle persone a seguito dell’adesione della Bulgaria e Romania” (qui di seguito: “**D. lgs. 206/2007**”). Come si evince dall’art. 22 comma 2 del D. Lgs. 206/2007, che la menziona espressamente, la professione di **dottore commercialista** rientra nel novero delle professioni regolate da tale atto normativo.

Si rileverà che il D. Lgs. 206/2007, attesa la sua recente approvazione, **non** è ancora stato completato da una **disciplina di dettaglio** relativa alla specifica **professione di dottore commercialista**.

La **professione** di « **dottore commercialista** » è stata fatta oggetto, in Italia, di un recente riordino, con D. Lgs. 28 giugno 2005, n. 139, recante « *Costituzione dell’Ordine dei dottori commercialisti e degli esperti contabili* » (qui di seguito : « **D. Lgs. 139/2005** »). Agli iscritti nel recentemente costituito « **Albo dei dottori commercialisti e degli esperti contabili** » è riconosciuta competenza specifica in economia aziendale e diritto d’impresa e, comunque, nelle **materie economiche, finanziarie, tributarie, societarie e amministrative**. In particolare, formano oggetto della professione le **seguenti attività**:

- l’amministrazione e la liquidazione di aziende, di patrimoni e di singoli beni;
- le perizie e le consulenze tecniche;
- le ispezioni e le revisioni amministrative;
- la verifica e ogni altra indagine in merito alla attendibilità di bilanci, di conti, di scritture e di ogni altro documento contabile delle imprese ed enti pubblici e privati;
- i regolamenti e le liquidazioni di avarie;
- le funzioni di sindaco e di revisore nelle società commerciali, enti non commerciali ed enti pubblici.

L’Albo si compone di **due Sezioni** : « **Sezione A commercialisti** » e « **Sezione B esperti contabili** ». Ai **solii iscritti nella Sezione A** commercialisti dell’Albo è riconosciuta competenza tecnica per l’**espletamento delle seguenti attività**:

- la **revisione** e la formulazione di giudizi o attestazioni in merito ai bilanci di imprese ed enti, pubblici e privati, non soggetti al controllo legale dei conti, ove prevista dalla legge o richiesta dall’autorità giudiziaria, amministrativa o da privati, anche ai fini dell’accesso e del riconoscimento di contributi o finanziamenti pubblici, anche comunitari, nonché l’asseverazione della rendicontazione dell’impiego di risorse finanziarie pubbliche;
- le **valutazioni di azienda**;
- l’incarico di **curatore, commissario giudiziale e commissario liquidatore nelle procedure concorsuali**, giudiziarie e amministrative, e nelle procedure di amministrazione straordinaria, nonché l’incarico di ausiliario del giudice, di amministratore e di liquidatore nelle procedure giudiziali;

⁹⁰

Ai sensi dell’art. 4, comma 1, lit. a), del D. Lgs. 206/2007.

Italia

- le funzioni di **sindaco** e quelle di componente di altri organi di controllo o di sorveglianza, in società o enti, nonché di **amministratore**, qualora il requisito richiesto sia l'indipendenza o l'iscrizione in albi professionali;
- la predisposizione e diffusione di studi e ricerche di analisi finanziaria aventi a oggetto **titoli di emittenti quotate** che contengono previsioni sull'andamento futuro e che esplicitamente o implicitamente forniscono un **consiglio d'investimento**;
- la valutazione, in sede di riconoscimento della personalità giuridica delle fondazioni e delle associazioni, dell'**adeguatezza del patrimonio** alla realizzazione dello scopo;
- l'attività di **consulenza** nella programmazione economica negli enti locali;
- l'attività di **valutazione tecnica** dell'iniziativa di impresa e di **asseverazione dei business plan** per l'accesso a finanziamenti pubblici;
- il **monitoraggio** e il tutoraggio dell'utilizzo dei **finanziamenti pubblici** erogati alle imprese;
- la redazione e l'asseverazione delle **informative ambientali, sociali e di sostenibilità** delle imprese e degli enti pubblici e privati;
- la certificazione degli **investimenti ambientali** ai fini delle agevolazioni previste dalle normative vigenti;
- le attività previste per gli iscritti nella Sezione B Esperti contabili dell'Albo;
- **assistenza fiscale** nei confronti dei contribuenti non titolari di redditi di lavoro autonomo e di impresa.

Agli iscritti nella Sezione B Esperti contabili dell'Albo è riconosciuta competenza tecnica per l'espletamento delle **seguenti attività**:

- tenuta e redazione dei **libri contabili, fiscali e del lavoro, controllo della documentazione contabile, revisione e certificazione contabile** di associazioni, persone fisiche o giuridiche diverse dalle società di capitali;
- elaborazione e predisposizione delle **dichiarazioni tributarie** e cura degli ulteriori adempimenti tributari;
- rilascio dei **visti di conformità**, asseverazione ai fini degli studi di settore e certificazione tributaria, nonché esecuzione di ogni altra attività di attestazione prevista da leggi fiscali;
- la funzione di **revisione** o di componente di altri organi di **controllo contabile** nonché, sempre che sussistano i requisiti di cui al decreto legislativo 27 gennaio 1992, n. 88, il **controllo contabile** ai sensi dell'articolo 2409-bis del Codice civile;
- la **revisione dei conti**, sempre che sussistano i requisiti di cui al decreto legislativo 27 gennaio 1992, n. 88, **nelle imprese ed enti** che ricevono contributi dallo Stato, dalle Regioni, da Province, Comuni ed enti da essi controllati o partecipati.

B. Interrelazione con il diritto europeo

La legge n. 364 del 15 novembre 2000 ha ratificato per l'Italia l'Accordo tra la Comunità europea ed i suoi Stati membri e la Confederazione svizzera del 21 giugno 1999 (l'« **Accordo** »). L'Accordo disciplina la **libera circolazione delle persone** tra la Comunità Europea e la Confederazione Svizzera e **stabilisce l'applicabilità delle direttive comunitarie in tema di riconoscimento delle qualifiche professionali anche ai cittadini elvetici**. Pertanto, sono state introdotte agevolazioni **tali da rendere di fatto la situazione dei cittadini elvetici analoga a quella dei cittadini comunitari**. Viene in particolare in considerazione l'art. 9 dell'Accordo, il cui testo è il seguente.

« Articolo 9 – Diplomi certificati e altri titoli

Per agevolare ai cittadini degli Stati membri della Comunità europea e della Svizzera l'accesso alle attività dipendenti e autonome e il loro esercizio, nonché la prestazione di servizi, le parti contraenti adottano, conformemente all'allegato III, le misure necessarie per quanto riguarda il **riconoscimento reciproco dei diplomi dei certificati e di altri titoli** e il coordinamento delle disposizioni legislative, regolamentari e amministrative delle parti contraenti in materia di accesso alle attività dipendenti e autonome e dell'esercizio di queste, nonché di prestazione di servizi ».

In base all'Accordo dunque, i professionisti che intendano ottenere il riconoscimento del titolo professionale conseguito nella Confederazione Svizzera possono presentare domanda al **Ministero competente** – per la **professione di dottore commercialista, ad oggi, il Ministero della giustizia** : cf. art. 2 D. Lgs. 139/2005 – ed inviando la documentazione necessaria. Si segnala che l'art. 2 del D. Lgs. 206/2007 dispone, al comma 3, che “**per il riconoscimento dei titoli di formazione acquisiti dai cittadini (...) della Confederazione svizzera, si applicano gli accordi in vigore con l'Unione europea**”.

II. RAPPORTO

A. Libertà di stabilimento

Il D. Lgs. 206/2007 regola la **libertà di stabilimento** agli artt. 16 s. Tale decreto si applica, tra l'altro, come detto, alla **professione di dottore commercialista**. Il D. Lgs. 206/2007 pone, al titolo III capo I, rubricato « norme procedurali », alcune **regole generali**, che valgono per tutte le professioni cui esso si applica, ivi compresa la professione di dottore commercialista.

1. Condizioni per il riconoscimento

Ai sensi dell'art. 17 D. Lgs. 206/2007, la domanda per il riconoscimento è **corredata** dei seguenti documenti:

- un certificato o copia di un documento che attesti la **nazionalità** del prestatore;
- una copia degli **attestati di competenza o del titolo di formazione** che dà accesso alla professione ed eventualmente un attestato dell'**esperienza professionale** dell'interessato;

Le autorità competenti – per la professione di dottore commercialista : ad oggi, il **Ministero della Giustizia** – possono invitare il richiedente a **fornire informazioni** quanto alla sua formazione nella misura necessaria a **determinare l'eventuale esistenza di differenze sostanziali rispetto alla formazione richiesta sul territorio dello Stato italiano**. Qualora sia impossibile per il richiedente fornire tali informazioni, le autorità competenti si rivolgono al punto di contatto, all'autorità competente o a qualsiasi altro organismo pertinente dello Stato membro di origine.

Qualora l'accesso a una professione regolamentata sia subordinato ai **requisiti dell'onorabilità e della moralità** o l'esercizio di tale professione possa essere **sospeso o vietato** in caso di gravi mancanze professionali o di condanne per reati penali, la sussistenza di tali requisiti si considera provata da **documenti rilasciati da competenti autorità dello Stato membro di origine o dello Stato membro da cui proviene l'interessato**.

Nei casi in cui l'ordinamento dello Stato membro di origine o dello Stato membro da cui proviene l'interessato non preveda il rilascio dei documenti di cui sopra, questi possono essere sostituiti da una **dichiarazione giurata** o, negli Stati membri in cui tale forma di dichiarazione non è contemplata, da una **dichiarazione solenne**, prestata dall'interessato dinanzi ad un'autorità *giudiziaria* o *amministrativa* competente o, eventualmente, dinanzi ad un *notaio* o a un *organo qualificato* dello Stato membro di origine o dello Stato membro da cui proviene l'interessato.

Qualora l'accesso ad una professione regolamentata sia subordinato al **possesso di sana costituzione fisica o psichica**, tale requisito si considera dimostrato dal **documento prescritto** nello Stato membro di origine o nello Stato membro da cui proviene l'interessato. Qualora lo Stato membro di origine o di provenienza non prescriv

Italie

documenti del genere, le autorità competenti accettano un attestato rilasciato da un'autorità competente di detti Stati.

Qualora l'esercizio di una professione regolamentata sia subordinato al possesso di **capacità finanziaria** del richiedente o di assicurazione contro i danni derivanti da responsabilità professionale, tali requisiti si considerano dimostrati da un **attestato rilasciato da una banca o società di assicurazione con sede in uno Stato membro**.

I documenti di cui sopra al momento della loro presentazione non devono essere di data anteriore a **tre mesi**.

La domanda è corredata da un **certificato dell'autorità competente dello Stato membro di origine attestante che il titolo di formazione soddisfa i requisiti stabiliti dalla normativa comunitaria** in materia di riconoscimento dei titoli di formazione in base al coordinamento delle **condizioni minime di formazione** (Art. 17 del D. lgs. 206/2007).

2. Formazione richiesta

Per l'accesso o l'esercizio alla professione di **dottore commercialista** sono ammessi al riconoscimento professionale le **qualifiche professionali che sono prescritte da un altro Stato membro per accedere alla corrispondente professione ed esercitarla**. Gli attestati di competenza o i titoli di formazione ammessi al riconoscimento devono **soddisfare le seguenti condizioni** (art. 21 D.Lgs. 206/2007):

- essere stati rilasciati da un'**autorità competente** in un altro Stato membro, designata ai sensi delle disposizioni legislative, regolamentari o amministrative di tale Stato;
- attestare un **livello di qualifica professionale almeno equivalente al livello immediatamente precedente a quella prevista dalle normative nazionali**.

L'accesso e l'esercizio della professione regolamentata sono consentiti anche ai richiedenti che abbiano esercitato **a tempo pieno tale professione per due anni**, nel corso dei precedenti **dieci**, in un altro Stato membro che **non la regolamenti** e abbiano uno o più attestati di competenza o uno o più titoli di formazione che soddisfino le **seguenti condizioni**:

- essere stati rilasciati da un'**autorità competente** in un altro Stato membro, designata ai sensi delle disposizioni legislative, regolamentari o amministrative di tale Stato membro;
- attestare un **livello di qualifica professionale almeno equivalente** al livello immediatamente precedente a quello previsto dalle normative nazionali;
- attestare la **preparazione del titolare** all'esercizio della professione interessata.

Non sono necessari i **due anni di esperienza professionale** se i titoli di formazione posseduti dal richiedente attestano una **formazione regolamentata** « e dei livelli di cui all'articolo 19, comma 1, lettere b), c), d) ed e) » del D.Lgs. 206/2007 (che qui si omettono). In deroga a quanto sopra, il riconoscimento è assicurato nel caso in cui l'accesso a detta professione è subordinato al **possesso di un titolo di formazione** che attesta il compimento di una formazione **a livello di insegnamento superiore o universitario di una durata pari a quattro anni** e se il richiedente possiede un titolo di formazione di cui all'articolo 19, comma 1, lettera c) del D. Lgs. 206/2007 (che qui si omette).

Il riconoscimento **può** essere subordinato al compimento di un **tirocinio di adattamento non superiore a tre anni** o di una **prova attitudinale**, a scelta del richiedente, in uno dei seguenti casi (Art. 22 D. Lgs. 206/2007):

Italia

- se la durata della formazione da lui seguita è **inferiore di almeno un anno** a quella richiesta in Italia;
- se la formazione ricevuta riguarda **materie sostanzialmente diverse** da quelle coperte dal titolo di formazione richiesto in Italia;
- se la professione regolamentata include **una o più attività professionali regolamentate, mancanti** nella corrispondente professione dello Stato membro d'origine del richiedente, e se la **differenza** è caratterizzata da una **formazione specifica**, richiesta dalla normativa nazionale e relativa a materie sostanzialmente diverse da quelle dell'attestato di competenza o del titolo di formazione in possesso del richiedente.

Il D. Lgs. 206/2007 prevede che per l'accesso ad alcune professioni, **tra le quali, fra l'altro, quella di « dottore commercialista », il riconoscimento è subordinato ad una prova attitudinale.**

Per **materie sostanzialmente diverse** si intendono materie la cui conoscenza è essenziale all'esercizio della professione regolamentata e che in termini di durata o contenuto sono **molto diverse** rispetto alla formazione ricevuta dal migrante.

Nei casi di cui sopra, la durata e le materie **oggetto del tirocinio di adattamento** e della **prova attitudinale** sono stabilite dall'**Autorità competente** a seguito della Conferenza di servizi, se convocata. In caso di valutazione finale sfavorevole il tirocinio **può essere ripetuto**. Gli obblighi, i diritti e i benefici sociali di cui gode il tirocinante sono stabiliti dalla normativa vigente, conformemente al **diritto comunitario applicabile**.

La **prova attitudinale si articola in una prova scritta o pratica e orale o in una prova orale sulla base dei contenuti delle materie stabilite**. In caso di esito sfavorevole o di mancata presentazione dell'interessato senza valida giustificazione, la prova attitudinale non può essere ripetuta **prima di sei mesi**.

Ai fini della prova attitudinale le autorità competenti predispongono un **elenco delle materie** che, in base ad un confronto tra la formazione richiesta sul territorio nazionale e quella posseduta dal richiedente, **non sono contemplate dai titoli di formazione del richiedente**. La prova verte su materie da scegliere tra quelle che figurano nell'elenco e la cui conoscenza è una condizione essenziale per poter esercitare la professione sul territorio dello Stato. Lo status del richiedente che desidera prepararsi per sostenere la prova attitudinale è stabilito dalla normativa vigente (art. 23 D. Lgs. 206/2007).

3. Procedura

Ai fini del riconoscimento professionale, l'interessato presenta apposita **domanda** all'autorità competente (ad oggi, il Ministero della Giustizia). Entro **trenta giorni** dal ricevimento della domanda, l'autorità accerta la **completezza** della documentazione esibita, e ne **dà notizia** all'interessato. Ove necessario, l'autorità competente richiede le eventuali necessarie **integrazioni**.

Per la valutazione dei **titoli acquisiti**, il D. Lgs. 206/2007 prevede, come regola generale, che l'autorità indica una « **conferenza di servizi** » ai sensi della legge 7 agosto 1990, n. 241 alla quale partecipano **rappresentanti**:

- delle amministrazioni dell'autorità competente;
- del Dipartimento per il coordinamento delle politiche comunitarie;
- del Ministero degli affari esteri.

Italie

Nella conferenza dei servizi sono sentiti **un rappresentante dell'Ordine o Collegio professionale** ovvero della categoria professionale interessata.

Tuttavia, la necessità di indire una « **conferenza di servizi** » non si applica, tra l'altro, nei casi di cui al capo IV del titolo III. Non vi rientra dunque la professione di dottore commercialista. **E' lecito dedurre che questa rimane soggetto alla necessità della « conferenza di servizi ».**

Sul riconoscimento provvede l'autorità competente con **decreto motivato**, da adottarsi nel termine di **tre mesi** dalla presentazione della documentazione completa da parte dell'interessato. Il decreto è **pubblicato** nella Gazzetta Ufficiale della Repubblica italiana.

Se l'esercizio della professione in questione è condizionato alla **prestazione di un giuramento** o ad una **dichiarazione solenne**, al cittadino interessato è proposta una formula appropriata ed equivalente nel caso in cui la **formula** del giuramento o della dichiarazione **non** possa essere utilizzata da detto cittadino (art. 16 D. Lgs. 206/2007).

4. Effetti del riconoscimento

Ai sensi dell'art. 3 del D. lgs. 206/2007, in tema di « **effetti del riconoscimento** », il riconoscimento delle qualifiche professionali operato ai sensi del D. Lgs. 206/2007 permette di **accedere**, se in possesso dei requisiti specificamente previsti, **alla professione corrispondente per la quale i soggetti richiedenti sono qualificati nello Stato membro d'origine e di esercitarla alle stesse condizioni previste dall'ordinamento italiano**. La professione che l'interessato eserciterà sul territorio italiano sarà quella per la quale è qualificato **nel proprio Stato membro d'origine**, se le attività sono comparabili.

Riguardo all'uso del titolo professionale, il prestatore può usare nella professione la **denominazione del proprio titolo di studio**, ed eventualmente la **relativa abbreviazione**, nella **lingua** dello Stato membro nel quale il titolo di studio è stato conseguito. L'uso di detta denominazione o dell'abbreviazione non è tuttavia consentito se idoneo ad **ingenerare confusione** con una professione regolamentata nel territorio nazionale, per la quale l'interessato non ha ottenuto il riconoscimento della qualifica professionale; in tal caso la denominazione potrà essere utilizzata a condizione che ad essa siano apportate le modifiche o aggiunte idonee alla differenziazione, stabilite dall'autorità competente.

5. Iscrizione all'albo

Ai sensi dell'**art. 36 D. Lgs. 28 giugno 2005, n. 139**, per l'iscrizione nell'Albo dei Dottori commercialisti e degli esperti contabili è necessario:

- essere **cittadino italiano**, ovvero **cittadino di uno Stato membro dell'Unione europea** o di uno Stato estero a condizione di reciprocità;
- godere il **pieno esercizio dei diritti civili**;
- essere di **condotta irreprensibile**;
- avere la residenza o il domicilio professionale nel **circondario** in cui è costituito l'Ordine cui viene richiesta l'iscrizione o il trasferimento.

Non possono ottenere l'iscrizione nell'Albo coloro che, con sentenza definitiva, hanno riportato condanne a **pene** che darebbero luogo alla **radiazione** dall'Albo.

La **domanda di iscrizione** in una delle Sezioni dell'Albo è presentata al Consiglio dell'Ordine territorialmente costituito in cui il **richiedente ha la residenza o il domicilio**

professionale e deve essere corredata dei documenti comprovanti il possesso dei requisiti stabiliti dal presente decreto legislativo. Il rigetto della domanda per motivi di incompatibilità o di condotta non può essere pronunciato se non dopo aver sentito il richiedente.

Il Consiglio deve deliberare nel termine di **due mesi** dalla data di presentazione della domanda.

La deliberazione è **motivata** ed è notificata, entro **quindici giorni**, all'interessato e al pubblico ministero presso il tribunale ove ha sede il Consiglio dell'Ordine locale. Contro di essa l'interessato e il pubblico ministero possono presentare **ricorso al Consiglio nazionale**, nel termine perentorio di **trenta giorni** dalla notificazione. Qualora il Consiglio non abbia provveduto sulla domanda nel termine stabilito nel comma 3, l'interessato può, entro e non oltre i successivi trenta giorni, presentare ricorso al Consiglio nazionale, il quale, richiamati gli atti, decide sul merito dell'iscrizione.

B. Libera prestazione di servizi

Il D. Lgs. 206/2007 regola la **libera prestazione di servizi** agli artt. 9-15. Tale decreto si applica, tra l'altro, come detto, alla professione di dottore commercialista.

1. Condizioni per l'esercizio

La **libera prestazione di servizi** sul territorio nazionale **non** può essere limitata per ragioni attinenti alle qualifiche professionali:

- se il prestatore è **legalmente stabilito** in un altro Stato membro per esercitarvi la corrispondente professione;
- in caso di **spostamento del prestatore**; in tal caso, se nello Stato membro di stabilimento la professione **non è regolamentata**, il prestatore deve aver esercitato tale professione per almeno **due anni** nel corso dei **dieci anni** che precedono la prestazione di servizi.

Tale libertà è concessa al solo prestatore che si **sposta** sul territorio dello Stato per esercitare la professione « **in modo temporaneo e occasionale** ». Il carattere « temporaneo e occasionale » della prestazione è valutato, dall'autorità competente, **caso per caso**, tenuto conto anche della **natura** della prestazione, della **durata** della prestazione stessa, della sua **frequenza**, della sua **periodicità** e della sua **continuità** (Art. 9 D. Lgs. 206/2007).

2. Comunicazione

Il prestatore che si sposta per la prima volta da un altro Stato membro sul territorio nazionale per fornire servizi è tenuto **ad informare 30 giorni prima**, salvo i casi di urgenza, l'autorità competente con una **dichiarazione scritta**, contenente informazioni sulla prestazione di servizi che intende svolgere, nonché sulla **copertura assicurativa o analoghi mezzi di protezione personale o collettiva** per la responsabilità professionale. Tale dichiarazione ha validità per l'anno in corso e deve essere rinnovata, se il prestatore intende successivamente fornire servizi temporanei o occasionali in tale Stato membro. Il prestatore può fornire la dichiarazione con **qualsiasi mezzo idoneo** di comunicazione.

In occasione della **prima** prestazione, o in qualunque momento interviene un **mutamento** oggettivo della situazione attestata dai documenti, la dichiarazione di cui sopra deve essere corredata di:

Italie

- un certificato o copia di un documento che attesti la **nazionalità** del prestatore;
- una certificazione dell'autorità competente che attesti che il titolare è **legalmente stabilito in uno Stato membro** per esercitare le attività in questione e che non gli è vietato esercitarle, anche su base temporanea, al momento del rilascio dell'attestato;
- un documento che comprovi il **possesso delle qualifiche professionali**;
- nei casi in cui la professione non è regolamentata, una prova con qualsiasi mezzo che il prestatore ha esercitato l'attività in questione per almeno **due anni** nei precedenti dieci anni;
- per le professioni nel settore della **sicurezza** la prova di **assenza di condanne penali**.

Il prestatore deve **informare** della sua prestazione, prima dell'esecuzione o, in caso di urgenza, immediatamente dopo, **l'ente di previdenza obbligatoria competente per la professione esercitata**. La comunicazione, che **non comporta obblighi di iscrizione o di contribuzione**, può essere effettuata con **qualsiasi mezzo idoneo** (Art. 10 D. lgs. 206/2007).

3. Diritti ed obblighi

In caso di **spostamento**, il prestatore è soggetto alle **norme che disciplinano l'esercizio della professione che è ammesso ad esercitare**, quali : la **definizione** della professione, l'**uso** dei titoli e la **responsabilità** professionale connessa direttamente e specificamente alla tutela e sicurezza dei consumatori, nonché alle **disposizioni disciplinari** applicabili ai professionisti che, sul territorio italiano, esercitano la professione corrispondente (art. 9 comma 4 D.lgs. 206/2007).

Per le professioni di cui al titolo III, capo IV – tra le quali vi è quella del **farmacista** – la prestazione di servizi è effettuata **con il titolo professionale previsto dalla normativa italiana**.

Copia delle dichiarazioni di cui sopra è trasmessa dall'autorità competente al **competente Ordine o Collegio** professionale che provvede ad una **iscrizione automatica in apposita sezione degli albi istituiti e tenuti presso i consigli provinciali e il consiglio nazionale** con oneri a carico dell'Ordine o Collegio stessi. L'iscrizione è assicurata per la durata di efficacia della dichiarazione. L'iscrizione all'ordine **non comporta l'iscrizione ad enti di previdenza obbligatoria** (Art. 13 D.lgs. 206/2007).

Le informazioni pertinenti circa la **legalità** dello stabilimento e la **buona condotta** del prestatore, nonché l'**assenza** di sanzioni disciplinari o penali di carattere professionale sono richieste e assicurate dalle autorità competenti. Queste provvedono affinché lo **scambio di tutte le informazioni necessarie** per un reclamo del destinatario di un servizio contro un prestatore avvenga correttamente. I destinatari sono **informati** dell'esito del reclamo (Art. 14 D. Lgs. 206/2007).



Institut suisse de droit comparé
Schweizerisches Institut für Rechtsvergleichung
Istituto svizzero di diritto comparato
Swiss Institute of Comparative Law

**AVIS SUR LES PROFESSIONS LIBÉRALES ET
LA LIBRE CIRCULATION DES SERVICES
GÉRANTS DE FORTUNE
Angleterre, Allemagne, Autriche, France et Italie**

Avis 07-011

Lausanne, le 7 octobre 2008
ECR/EA/KJD/SL/EL/GPR/ba

TABLE DES MATIÈRES

ALLEMAGNE	186
ANGLETERRE	199
AUTRICHE	205
FRANCE	219
ITALIE	226

ALLEMAGNE

I. EINLEITUNG

A. Rechtsquellen

1. Europäisches Recht

a. Primärrecht

- Art. 39ff, 43ff und 49ff EG-Vertrag (EG) (ABl. 24.12.2002 C 325/33)
- Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits über die Freizügigkeit vom 21.6.1999, in Kraft seit 1.6.2002, Stand 27.12.2006 (0.142.112.681) in Deutschland BGBl. II 2001 S. 810 und BGBl. II 2002, S. 1692.

b. Sekundärrecht

- Richtlinie 2004/39/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. April 2004 über Märkte für Finanzinstrumente, zur Änderung der Richtlinien 85/611/EWG und 93/6/EWG des Rates und der Richtlinie 2000/12/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Richtlinie 93/22/EWG des Rates [Amtsblatt L 145 vom 30.4.2004]
- Richtlinie 2006/73/EG der Kommission vom 10. August 2006 zur Durchführung der Richtlinie 2004/39/EG des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die organisatorischen Anforderungen an Wertpapierfirmen und die Bedingungen für die Ausübung ihrer Tätigkeit sowie in Bezug auf die Definition bestimmter Begriffe für die Zwecke der genannten Richtlinie [Amtsblatt L 241 vom 2.9.2006]
- Richtlinie 2006/31/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. April 2006 zur Änderung der Richtlinie 2004/39/EG über Märkte für Finanzinstrumente in Bezug auf bestimmte Fristen [Amtsblatt L 114 vom 27.4.2006]

2. Nationales Recht

a. Gesetze

[Gesetz über das Kreditwesen \(Kreditwesengesetz - KWG\) in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. September 1998 \(BGBl. I S. 2776\), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 21. Dezember 2007 \(BGBl. I S.3089\)](#)

[Gesetz über den Wertpapierhandel \(WpHG\) vom 26.7.1994, in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. September, zuletzt geändert am 21.12.2007 \(BGBl. I 3198\)](#)

[Verordnung über die Anzeigen und die Vorlage von Unterlagen nach dem Kreditwesengesetz \(Anzeigenverordnung – AnzV\) vom 19. Dezember 2006 \(BGBl. I S. 3245\)](#)

[Gesetz über die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht \(Finanzdienstleistungsaufsichtsgesetz - FinDAG\) vom 22. April 2002 \(BGBl. I S. 1310\), zuletzt geändert durch Art. 12 G zur Umsetzung der RL über Märkte für Finanzinstrumente und der DurchführungsRL der Kommission \(FinanzmarktRL-Umsetzungsg\) vom 16.7.2007 \(BGBl. I S. 1330\)](#)

B. Verhältnis zu europarechtlichen Vorgaben

1. Umsetzung der Richtlinie 2005/36/EG

Die Vermögensverwalter sind von der Richtlinienumsetzung der Richtlinie 2005/36/EG weniger betroffen.

2. Verhältnis zum Freizügigkeitsabkommen Schweiz-EG

Gem. Art. 1 ist Ziel des Abkommens zu Gunsten der Staatsangehörigen der Vertragsparteien die erleichterte Einreise und der Verbleib im Hoheitsgebiet eines Vertragsstaates, der **erleichterte Zugang zur Erwerbstätigkeit**, die Erleichterung der Erbringung von Dienstleistungen im Hoheitsgebiet der Vertragsparteien, insbesondere Liberalisierung kurzzeitiger Dienstleistungen und die Einräumung der gleichen Lebens-, Beschäftigungs- und Arbeitsbedingungen wie für Inländer. Will ein Angehöriger eines bestimmten Berufs im Ausland arbeiten, soll er dies unter erleichterten Bedingungen können und seine Qualifikationen sollen auch in einem anderen Vertragsstaat Berücksichtigung finden. Das nationale Recht muss entsprechende Vorkehrungen treffen, um diesem Ziel gerecht zu werden. In den Grenzen des Freizügigkeitsabkommens sollten an sich die Vorschriften die auf EU- und EWR-Staatler Anwendung finden, auch auf Schweizer erstreckt werden. Da im Freizügigkeitsabkommen allerdings nicht auf Richtlinien im Bereich der Finanzdienstleistungen Bezug genommen wird, ist die Situation der Vermögensverwalter mit derjenigen im Bereich der Medizinalberufe oder der Architekten und Ingenieure nicht vergleichbar.

Unabhängig von dieser Frage würde das Freizügigkeitsabkommen allerdings nicht dazu führen, dass eine nach Abschluss des Übereinkommens getroffene nationale Gesetzesänderung für Schweizer Vermögensverwalter irrelevant wäre. Das Abkommen garantiert nicht, dass die nationale Rechtslage, die im Moment des Abschlusses für eine bestimmte Berufsgruppe galt, für Angehörige anderer Vertragsstaaten gleichsam „eingefroren“ wird. Änderungen der nationalen Rechtsordnungen im Hinblick auf die Bedingungen des Marktzugangs sind möglich, sofern sie im Licht europarechtlicher Vorgaben bzw. des Freizügigkeitsabkommens zu rechtfertigen sind. Ein unterschiedliches Schutzniveau in verschiedenen nationalen Rechten wird nicht *per se* ausgeschlossen, sondern bleibt möglich, sofern es hierfür sachliche Gründe gibt.

Diese sachlichen Gründe basieren vorwiegend auf dem Schutz der Anleger und Kunden. Seit 1998 ist die Tätigkeit der Vermögensverwalter, insbesondere der Finanzportfolioverwalter in Deutschland gesetzlich stark reglementiert und wird durch mehrere Aufsichtsorgane überwacht. Aus der Sicht der deutschen Vermögensverwalter wird dies im Übrigen, obgleich die Situation auch auf nationaler Ebene lästig erscheinen mag, als ein Gewinn betrachtet, da er dem Vermögensverwalter ein höheres Renommee gibt und für den Kunden ein strenger gesetzlicher Rahmen eine gewisse Sicherheit gibt.

II. LÄNDERBERICHT

A. Begriff des Vermögensverwalters

Gem. §1 Abs. 1a KWG fallen Vermögensverwalter (die keine Kreditinstitute sind) unter die Finanzdienstleistungsinstitute und damit unter die Kategorie der Unternehmen, die Finanzdienstleistungen für andere gewerbsmäßig oder in einem Umfang erbringen, der einen in kaufmännischer Weise eingerichteten Geschäftsbetrieb erfordert. Das Berufsfeld des deutschen unabhängigen Vermögensverwalters wird häufig mit den Finanzportfolioverwaltern gleichgesetzt. Tatsächlich üben sie jedoch auch andere Aktivitäten im Bereich der Finanzdienstleistungen aus.

Allemagne

Finanzdienstleistungen sind:

1. die Vermittlung von Geschäften über die Anschaffung und die Veräußerung von Finanzinstrumenten (Anlagevermittlung),
 - 1a. die Abgabe von persönlichen Empfehlungen an Kunden oder deren Vertreter, die sich auf Geschäfte mit bestimmten Finanzinstrumenten beziehen, sofern die Empfehlung auf eine Prüfung der persönlichen Umstände des Anlegers gestützt oder als für ihn geeignet dargestellt wird und nicht ausschließlich über Informationsverbreitungskanäle oder für die Öffentlichkeit bekannt gegeben wird (Anlageberatung),⁹¹
 - 1b. der Betrieb eines multilateralen Systems, das die Interessen einer Vielzahl von Personen am Kauf und Verkauf von Finanzinstrumenten innerhalb des Systems und nach festgelegten Bestimmungen in einer Weise zusammenbringt, die zu einem Vertrag über den Kauf dieser Finanzinstrumente führt (Betrieb eines multilateralen Handelssystems),
 - 1c. das Platzieren von Finanzinstrumenten ohne feste Übernahmeverpflichtung (Platzierungsgeschäft),
2. die Anschaffung und die Veräußerung von Finanzinstrumenten im fremden Namen für fremde Rechnung (Abschlußvermittlung),
3. die Verwaltung einzelner in Finanzinstrumenten angelegter Vermögen für andere mit Entscheidungsspielraum (Finanzportfolioverwaltung),
4. die Anschaffung und die Veräußerung von Finanzinstrumenten für eigene Rechnung als Dienstleistung für andere (Eigenhandel),
5. die Vermittlung von Einlagengeschäften mit Unternehmen mit Sitz außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums (Drittstaateneinlagenvermittlung),
6. die Besorgung von Zahlungsaufträgen (Finanztransfergeschäft),
7. der Handel mit Sorten (Sortengeschäft) und
8. Kreditkarten und Reiseschecks auszugeben oder zu verwalten (Kreditkartengeschäft), es sei denn, der Kartenemittent ist auch der Erbringer der dem Zahlungsvorgang zugrunde liegenden Leistung.

Unter die Tätigkeiten von Vermögensverwaltern fallen die **Anlagevermittlung, die Anlageberatung, und vor allem die Finanzportfolioverwaltung** (eigentliche Vermögensverwaltung), d.h. gem. § 1 Abs. 1a Nr. 3 KWG die Verwaltung einzelner in Finanzinstrumenten angelegter Vermögen für andere mit Entscheidungsspielraum. Finanzportfolioverwalter verstehen sich als wichtige Partner am Kapitalmarkt. In Deutschland sind sie in der Regel im VuV (Verband unabhängiger Vermögensverwalter) organisiert und haben sich einem Ehrenkodex unterworfen, der ein faires und offenes Verhältnis zu ihren Kunden gewähren soll.

B. Niederlassung

1. Dauernde Berufszulassung

Die Berufsausübung im Inland (Betreiben von Bankgeschäften oder Finanzdienstleistungen in gewerbsmäßiger Weise oder in einem Umfang, der einen in kaufmännischer Weise eingerichteten Geschäftsbetrieb erfordert) bedarf gem. § 32 KWG der schriftlichen **Erlaubnis** der **Bundesanstalt für Finanzdienstleistungen**. Das Betreiben von Bankgeschäften oder die

⁹¹ Eingefügt durch Gesetz vom 16.7.2007 (BGBl. 1330) mit Wirkung vom 1.11.2007 (Umsetzung der MiFiD, RiL 2004/39/EG).

Allemagne

Erbringung von Finanzdienstleistungen im Inland iSd. § 32 KWG liegt auch dann vor, wenn der Vermögensverwalter seinen Sitz nicht im Inland hat aber zielgerichtet auf dem inländischen Markt auftritt und dort Finanzdienstleistungen anbietet. Die Erlaubnispflicht ist damit relativ weit gefasst. In diesem Abschnitt soll es zunächst um die Niederlassungsfreiheit gehen, also um die Fälle, in welchen eine inländische Repräsentanz errichtet werden soll.

a. Antragsinhalt

Wird eine Erlaubnis beantragt (die allerdings schwierig zu bekommen ist, vgl. sogleich unter b. Versagungsgründe), sind Anträge und Unterlagen nach § 32 Abs. 1 KWG sind der Bundesanstalt in **dreifacher Ausfertigung** einzureichen. In den Anträgen ist anzugeben, für **welche Finanzdienstleistungen** die Erlaubnis beantragt wird. Den Anträgen sind beglaubigte Ablichtungen der Gründungsunterlagen, des Gesellschaftsvertrags oder der Satzung sowie die vorgesehene Geschäftsordnung für die Geschäftsleitung beizufügen. Ferner sind die vorgesehenen Geschäftsleiter zu benennen. Die Einzelheiten des Antrags bestimmt § 14 AnzVO.

Der Erlaubnisantrag muß enthalten

1. einen geeigneten Nachweis der zum Geschäftsbetrieb erforderlichen **Mittel**; Nach § 14 Abs. 3 AnzVO ist zum Nachweis der zum Geschäftsbetrieb erforderlichen Mittel eine **Bestätigung** eines Einlagenkreditinstituts mit Sitz in einem Staat des Europäischen Wirtschaftsraums darüber vorzulegen, dass das Anfangskapital eingezahlt, sowie frei von Rechten Dritter ist und zur freien Verfügung der Geschäftsleiter steht. Mit Zustimmung der Bundesanstalt kann dies durch eine Bestätigung des Abschlussprüfers erfolgen
2. die Angabe der **Geschäftsleiters**
3. die Angaben, die für die Beurteilung der Zuverlässigkeit der Antragsteller und Geschäftsleiter erforderlich sind;
zur Beurteilung der Zuverlässigkeit der **Antragsteller und der Inhaber** bedeutender Beteiligungen sind eigenhändig unterzeichnete Erklärungen beizufügen. Auf Verlangen der Bundesanstalt sind weitere Unterlagen einzureichen und Auskünfte zu erteilen. Ist der Antragsteller oder der Inhaber einer bedeutenden Beteiligung eine juristische Person oder eine Personenhandelsgesellschaft, so gilt dies für die gesetzlichen oder satzungsmäßigen Vertreter oder die persönlich haftenden Gesellschafter entsprechend;
zur Beurteilung der Zuverlässigkeit der **Geschäftsleiter** ist eine eigenhändig unterzeichnete Erklärung beizufügen, ob derzeit gegen ihn ein Strafverfahren geführt wird, ob zu einem früheren Zeitpunkt ein Strafverfahren wegen eines Verbrechens oder Vergehens gegen sie geführt worden ist oder ob sie oder ein von ihr geleitetes Unternehmen als Schuldnerin in ein Insolvenzverfahren oder in ein Verfahren zur Abgabe einer eidesstattlichen Versicherung oder ein vergleichbares Verfahren verwickelt ist oder war.
4. die Angaben, die für die Beurteilung der zur Leitung des Instituts erforderlichen **fachlichen Eignung** der Inhaber und der Geschäftsleiter erforderlich sind; Hierfür bedarf es eines lückenlosen, eigenhändig unterzeichneten **Lebenslaufs**, der sämtliche Vornamen, den Geburtsnamen, den Geburtstag, den Geburtsort, die Privatanschrift und die **Staatsangehörigkeit**, eine **eingehende Darlegung der fachlichen Vorbildung**, die Namen aller Unternehmen, für die diese Person tätig gewesen ist, und Angaben zur **Art** der jeweiligen Tätigkeit, einschließlich Nebentätigkeiten, mit Ausnahme ehrenamtlicher, enthalten muss; bei der Art der jeweiligen Tätigkeit sind insbesondere die **Vertretungsmacht** dieser Person, ihre **internen Entscheidungskompetenzen** und die ihr innerhalb des Unternehmens unterstellten **Geschäftsbereiche** darzulegen

Allemagne

5. einen tragfähigen **Geschäftsplan**, aus dem die Art der geplanten Geschäfte, der organisatorische Aufbau und die geplanten internen Kontrollverfahren des Instituts hervorgehen; der Geschäftsplan hat folgende Angaben zu enthalten
die Art der geplanten Geschäfte unter begründeter Angabe ihrer künftigen Entwicklung; hierzu sind Planbilanzen und Plangewinn- und -verlustrechnungen für die ersten drei vollen Geschäftsjahre nach Aufnahme des Geschäftsbetriebs vorzulegen
die Darstellung des organisatorischen Aufbaus des Instituts unter Beifügung eines Organigramms, das insbesondere die Zuständigkeiten der Geschäftsleiter erkennen lässt; es ist anzugeben, ob und wo Zweigstellen errichtet werden sollen, und
die Darstellung der geplanten internen Kontrollverfahren des Instituts
6. sofern an dem Institut bedeutende **Beteiligungen** gehalten werden:
die Angabe der Inhaber bedeutender Beteiligungen
die Höhe dieser Beteiligungen
die für die Beurteilung der Zuverlässigkeit dieser Inhaber oder gesetzlichen Vertreter oder persönlich haftenden Gesellschafter erforderlichen Angaben
7. die Angabe der Tatsachen, die auf eine enge **Verbindung** zwischen dem Institut und **anderen natürlichen Personen oder anderen Unternehmen** hinweisen.

b. Versagung der Erlaubnis

Allerdings sind die Möglichkeiten, die Erlaubnis dann zu versagen, relativ weit. Insbesondere spielt § 33 Abs. 1 Nr. 6 KWG eine Rolle, der eine Erlaubnis versagt, wenn das Institut seine **Hauptverwaltung nicht im Inland** hat. Dies spielt allerdings bei der Frage der Dienstleistungsfreiheit eine grössere Rolle (hierauf wird anschliessend zurückzukommen sein) als bei der Niederlassungsfreiheit, da es im letzteren Fall ohnehin zu einer inländischen Präsenz kommen wird.

Im Einzelnen sieht § 33 KWG folgende Versagungsgründe für eine Erlaubnis nach § 32 KWG vor:

Die Erlaubnis ist gem. § 33 Abs. 1 KWG zu versagen, wenn

1. die zum Geschäftsbetrieb **erforderlichen Mittel**, insbesondere ein ausreichendes Anfangskapital im Inland **nicht zur Verfügung stehen**; als Anfangskapital muß zur Verfügung stehen
 - a) bei Anlageberatern, Anlagevermittlern, Abschlußvermittlern und Finanzportfolioverwaltern, Betreibern multilateraler Handelssysteme oder Unternehmen, die das Platzierungsgeschäftbetreiben, die nicht befugt sind, sich bei der Erbringung von Finanzdienstleistungen Eigentum oder Besitz an Geldern oder Wertpapieren von Kunden zu verschaffen, und die nicht auf eigene Rechnung mit Finanzinstrumenten handeln, ein Betrag im Gegenwert von mindestens 50 000 Euro,
 - b) bei anderen Finanzdienstleistungsinstituten, die nicht auf eigene Rechnung mit Finanzinstrumenten handeln, ein Betrag im Gegenwert von mindestens 125 000 Euro,
 - c) bei Finanzdienstleistungsinstituten, die auf eigene Rechnung mit Finanzinstrumenten handeln, sowie bei Wertpapierhandelsbanken ein Betrag im Gegenwert von mindestens 730 000 Euro,
 - d) bei Einlagenkreditinstituten ein Betrag im Gegenwert von mindestens fünf Millionen Euro,
 - e) bei Instituten, die nur das E-Geld-Geschäft betreiben, ein Betrag im Gegenwert von mindestens 1 Million Euro und

Allemagne

- f) bei Anlageberatern, Anlagevermittlern und Abschlussvermittlern, die nicht befugt sind, sich bei der Erbringung von Finanzdienstleistungen Eigentum oder Besitz an Geldern oder Wertpapieren von Kunden zu verschaffen, und nicht auf eigene Rechnung mit Finanzinstrumenten handeln, ein Betrag von 25 000 Euro, wenn sie zusätzlich als Versicherungsvermittler nach der Richtlinie 2002/92/EG⁹² in ein Register eingetragen sind und die Anforderungen des Art.4 Abs. 3 der Richtlinie 2002/92/EG erfüllen, und
 - g) bei Unternehmen, die Eigengeschäfte auch an ausländischen Derivatmärkten und an Kassamärkten nur zur Absicherung dieser Positionen betreiben, das Finanzkommissionsgeschäft oder die Anlagevermittlung nur für andere Mitglieder dieser Märkte erbringen oder im Wege des Eigenhandels als Market Maker (§ 23 Abs. 4 des Wertpapierhandelsgesetzes) Preise für andere Mitglieder dieser Märkte stellen, ein Betrag von 25 000 Euro, sofern für die Erfüllung der Verträge, die diese Unternehmen an diesen Märkten oder in diesen Handelssystemen schließen, Clearingmitglieder derselben Märkte oder Handelssysteme haften;
2. Wenn Tatsachen vorliegen, aus denen sich ergibt, daß ein Antragsteller oder Geschäftsleiter **nicht zuverlässig** ist, bzw. Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass der Inhaber einer bedeutenden Beteiligung oder, bei juristischen Personen, auch ein gesetzlicher oder satzungsmäßiger Vertreter, oder, bei Personenhandelsgesellschaften, auch ein Gesellschafter, nicht zuverlässig ist oder aus anderen Gründen nicht den im Interesse einer soliden und umsichtigen Führung des Instituts zu stellenden Ansprüchen genügt.
 3. Wenn Tatsachen vorliegen, aus denen sich ergibt, daß der Inhaber oder Geschäftsleiter nicht die zur Leitung des Instituts erforderliche **fachliche Eignung** hat und auch nicht eine andere Person als Geschäftsleiter bezeichnet wird;
 4. wenn das Institut im Fall der Erteilung der Erlaubnis Tochterunternehmen einer Finanzholding-Gesellschaft oder einer gemischten Finanzholding-Gesellschaft wird und Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass eine Person nicht zuverlässig ist oder nicht die zur Führung der Geschäfte der Finanzholding-Gesellschaft oder der gemischten Finanzholding-Gesellschaft erforderliche fachliche Eignung hat;
 5. wenn ein Kreditinstitut oder ein Finanzdienstleistungsinstitut, das befugt ist, sich bei der Erbringung von Finanzdienstleistungen Eigentum oder Besitz an Geldern oder Wertpapieren von Kunden zu verschaffen, oder das befugt ist, Altersvorsorgeverträge anzubieten, nicht mindestens zwei Geschäftsleiter hat, die nicht nur ehrenamtlich für das Institut tätig sind;
 6. **wenn das Institut seine Hauptverwaltung nicht im Inland hat;**
 7. wenn das Institut nicht bereit oder in der Lage ist, die erforderlichen **organisatorischen Vorkehrungen** zum ordnungsmäßigen Betreiben der Geschäfte, für die es die Erlaubnis beantragt, zu schaffen;
 8. wenn der Antragsteller Tochterunternehmen eines ausländischen Kreditinstituts ist und die für dieses Kreditinstitut zuständige ausländische Aufsichtsbehörde der Gründung des Tochterunternehmens nicht zugestimmt hat.
 9. Einem **Anlageberater, Anlagevermittler oder Abschlußvermittler**, der nicht befugt ist, sich bei der Erbringung von Finanzdienstleistungen Eigentum oder Besitz an Geldern oder Wertpapieren von Kunden zu verschaffen, und der nicht auf eigene Rechnung mit Finanzinstrumenten handelt, ist die Erlaubnis **nicht** zu versagen, wenn er anstelle des Anfangskapitals den Abschluß einer geeigneten **Versicherung** zum Schutz der Kunden ,die eine Versicherungssumme von mindestens 1 000 000 Euro für jeden Versicherungsfall und eine Versicherungssumme von mindestens 1 500 000

⁹² Richtlinie 2002/92/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Dezember 2002 über Versicherungsvermittler (ABl. EU Nr. L 9 S. 3).

Allemagne

Euro für alle Versicherungsfälle eines Versicherungsjahres vorsieht, nachweist. Dies gilt für Anlageberater und Anlagevermittler, die zusätzlich als Versicherungsvermittler nach der Richtlinie 2002/92/EG in ein Register eingetragen sind und die Anforderungen des Artikels 4 Abs. 3 der Richtlinie 2002/92/EG erfüllen, mit der Maßgabe entsprechend, dass eine Versicherungssumme von mindestens 500 000 Euro für jeden Versicherungsfall und eine Versicherungssumme von mindestens 750 000 Euro vorgesehen ist.

10. Die fachliche Eignung der genannten Personen für die Leitung eines Instituts setzt voraus, daß sie in ausreichendem Maße **theoretische und praktische Kenntnisse** in den betreffenden Geschäften sowie Leitungserfahrung haben. Die fachliche Eignung für die Leitung eines Instituts ist regelmäßig anzunehmen, wenn eine **dreijährige leitende Tätigkeit** bei einem Institut von vergleichbarer Größe und Geschäftsart nachgewiesen wird.
11. Die Bundesanstalt kann die Erlaubnis auch versagen, wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass eine wirksame **Aufsicht** über das Institut **beeinträchtigt** wird. Dies ist insbesondere der Fall, wenn
 - das Institut mit anderen Personen oder Unternehmen in einen Unternehmensverband eingebunden ist oder in einer engen Verbindung zu einem solchen steht, der durch die Struktur des Beteiligungsgeflechtes oder mangelhafte wirtschaftliche Transparenz eine wirksame Aufsicht über das Institut beeinträchtigt;
 - eine wirksame Aufsicht über das Institut wegen der für solche Personen oder Unternehmen geltenden Rechts- oder Verwaltungsvorschriften eines Drittstaates beeinträchtigt wird;
 - das Institut Tochterunternehmen eines Instituts mit Sitz in einem Drittstaat ist, das im Staat seines Sitzes oder seiner Hauptverwaltung nicht wirksam beaufsichtigt wird oder dessen zuständige Aufsichtsstelle zu einer befriedigenden Zusammenarbeit mit der Bundesanstalt nicht bereit ist.
12. Die Bundesanstalt kann die Erlaubnis auch versagen, wenn der Antrag keine ausreichenden **Angaben oder Unterlagen** enthält.

C. Dienstleistungsfreiheit

Da wie gesehen nach § 33 Abs. 1 Ziffer 6 die Erlaubnis versagt wird, wenn das Unternehmen keine Hauptniederlassung im Inland hat, grenzüberschreitende Dienstleistungen jedoch gleichwohl unter die Erlaubnispflicht fallen (vgl. oben und Merkblatt der BAFin), wird es jedoch in der Regel dazu kommen, dass Unternehmer aus anderen Staaten ein **Tochterunternehmen oder eine Zweigstelle im Inland** gründen müssen, auch wenn sie nur grenzüberschreitende Dienstleistungen ausüben (Ausnahme: Dienstleistungen durch EWR-Staatter und „passive“ Dienstleistungen vgl. sogleich). Eine Regelung hierfür enthält § 53 KWG:

1. Unternehmen mit Sitz im Ausland und Zweigstelle im Inland

Unterhält ein **Unternehmen mit Sitz im Ausland eine Zweigstelle im Inland**, die Bankgeschäfte betreibt oder Finanzdienstleistungen erbringt, gilt die Zweigstelle als Kredit- oder Finanzdienstleistungsinstitut. Auf diese Unternehmen sind gem. § 53 KWG **die Vorschriften des KWG anzuwenden**, allerdings mit **folgender Maßgabe**:

1. Sie haben als Geschäftsleiter **mindestens zwei natürliche Personen mit Wohnsitz im Inland** zu bestellen und diese zur Eintragung in das Handelsregister anzumelden,

Allemande

- die für den Geschäftsbereich des Instituts zur Geschäftsführung und zur Vertretung des Unternehmens befugt sind, sofern das Institut Bankgeschäfte betreibt oder Finanzdienstleistungen erbringt und befugt ist, sich bei der Erbringung von Finanzdienstleistungen Eigentum oder Besitz an Geldern oder Wertpapieren von Kunden zu verschaffen.
2. Sie sind verpflichtet, über die von ihm betriebenen Geschäfte und über das seinem Geschäftsbetrieb dienende Vermögen des Unternehmens gesondert **Buch zu führen**⁹³ und Rechnung zu legen (gegenüber der Bundesanstalt und der Deutschen Bundesbank).
 3. Die für den Schluss eines jeden Geschäftsjahres aufzustellende Vermögensübersicht mit einer Aufwands- und Ertragsrechnung und einem Anhang gilt als **Jahresabschluss**⁹⁴. Mit dem Jahresabschluss des Instituts ist der Jahresabschluss des Unternehmens für das gleiche Geschäftsjahr einzureichen.
 4. Als **Eigenmittel** des Instituts gilt die Summe der Beträge, die in dem Monatsausweis (§ 25) als dem Institut von dem Unternehmen zur Verfügung gestelltes Betriebskapital und ihm zur Verstärkung der eigenen Mittel belassene Betriebsüberschüsse ausgewiesen wird, abzüglich des Betrags eines etwaigen aktiven Verrechnungssaldos. Außerdem ist dem Institut Kapital, das gegen Gewährung von Genußrechten oder auf Grund der Eingehung längerfristiger nachrangiger Verbindlichkeiten oder kurzfristiger nachrangiger Verbindlichkeiten eingezahlt ist, und Nettogewinne unter bestimmten Umständen als haftendes Eigenkapital oder Drittrangmittel zuzurechnen⁹⁵
 5. **Die Erlaubnis kann auch dann versagt werden, wenn die Gegenseitigkeit nicht auf Grund zwischenstaatlicher Vereinbarungen gewährleistet ist.** Sie ist zu widerrufen, wenn und soweit dem Unternehmen die Erlaubnis zum Betreiben von Bankgeschäften oder Erbringen von Finanzdienstleistungen von der für die Aufsicht über das Unternehmen im Ausland zuständigen Stelle **entzogen** worden ist.
 6. Die Eröffnung neuer Zweigstellen sowie die Schließung von Zweigstellen im Inland hat das Institut der Bundesanstalt und der Deutschen Bundesbank unverzüglich **anzuzeigen**.

2. Repräsentanzen von Instituten mit Sitz im Ausland

Ein Institut mit Sitz im Ausland darf gem. § 53a KWG eine Repräsentanz im Inland errichten oder fortführen, wenn es befugt ist, in seinem Herkunftsstaat Bankgeschäfte zu betreiben oder Finanzdienstleistungen zu erbringen und dort seine Hauptverwaltung hat. Die Absicht, eine Repräsentanz zu errichten, zu verlegen oder zu schliessen, ist der Bundesanstalt und der Deutschen Bundesbank unverzüglich anzuzeigen. Die Repräsentanz, einschließlich ihrer Leiter, darf ihre Tätigkeit erst nach Bestätigung der Bundesanstalt aufnehmen. Allerdings hilft dies allein für eine aktive Tätigkeit im Inland nicht weiter, denn die Repräsentanz kann ohne Erlaubnis der **Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht** keine erlaubnispflichtigen Bank- und Finanzdienstleistungen erbringen.

⁹³ Die Vorschriften des deutschen Handelsgesetzbuchs über Handelsbücher gelten insoweit entsprechend. Auf der Passivseite der jährlichen Vermögensübersicht ist der Betrag des dem Institut von dem Unternehmen zur Verfügung gestellten Betriebskapitals und der Betrag der dem Institut zur Verstärkung der eigenen Mittel belassenen Betriebsüberschüsse gesondert auszuweisen. Der Überschuß der Passivposten über die Aktivposten oder der Überschuß der Aktivposten über die Passivposten ist am Schluß der Vermögensübersicht ungeteilt und gesondert auszuweisen.

⁹⁴ Für die Prüfung des Jahresabschlusses gilt § 340k des Handelsgesetzbuchs entsprechend mit der Maßgabe, daß der Prüfer von den Geschäftsleitern gewählt und bestellt wird.

⁹⁵ Vgl. § 53 Abs. 2 Nr. 4 KWG.

3. Grenzüberschreitende Dienstleistungen ohne Zweigstelle im Inland

Die Voraussetzungen der inländischen Zweigstelle bei Dienstleistungen im Inland können nur umgangen werden, wenn es sich um die Erbringung von Dienstleistungen durch **Unternehmen aus anderen EWR-Staaten** handelt.

Hierbei gilt gem. 53 b für Unternehmen mit Sitz in EWR-Staaten, dass sie **ohne Erlaubnis** durch die Bundesanstalt und ohne Beachtung der Vorgaben des § 53 (vgl oben) über eine **Zweigniederlassung oder im Wege des grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehrs** im Inland Bankgeschäfte betreiben oder Finanzdienstleistungen erbringen können, wenn

- a) das Unternehmen **von den zuständigen Stellen des Herkunftsstaats zugelassen** worden ist,
- b) die **Geschäfte durch die Zulassung abgedeckt** sind und
- c) das Unternehmen **von den zuständigen Stellen** nach den Vorgaben der Richtlinien der Europäischen Gemeinschaften **beaufsichtigt** wird.

Option 1: Zweigstelle:

Die Errichtung einer Zweigstelle ist in diesen Fällen der Bundesanstalt zu **melden**, die **innerhalb von zwei Monaten** auf die zu übermittelnden Unterlagen und vorgeschriebene Meldungen an die Bundesanstalt und die Deutsche Bundesbank hinzuweisen und die Bedingungen anzugeben hat, die für die Ausübung der von der Zweigniederlassung geplanten Tätigkeiten aus Gründen des Allgemeininteresses gelten (Vorschriften des KWG über verbotene Geschäfte, Finanzdienstleistungsaufsicht, Liquidität, Grosskredite, Werbung, Sicherungseinrichtungen, besondere auch organisatorische Pflichten der Unternehmen.). Nach Eingang der Mitteilung der Bundesanstalt oder Ablauf der zweimonatigen Frist, kann die Zweigniederlassung errichtet werden und ihre Tätigkeit aufnehmen. Vertraglich gebundene Vermittler müssen auf Anfrage der Bundesanstalt bekannt gegeben werden.

Änderungen des Geschäftsplans, insbesondere der Art der geplanten Geschäfte und des organisatorischen Aufbaus der Zweigniederlassung, der Anschrift und der Leiter sowie der Sicherungseinrichtung im Herkunftsstaat, dem das Institut angehört, sind der Bundesanstalt und der Deutschen Bundesbank mindestens einen Monat vor dem Wirksamwerden der Änderungen schriftlich anzuzeigen.

Option 2: Dienstleistungen ohne Zweigstelle:

Beabsichtigt ein Unternehmen im Inland **im Wege des grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehrs** tätig zu werden, hat die Bundesanstalt ebenfalls innerhalb von zwei Monaten nach Eingang der von den zuständigen Stellen des Herkunftsstaats über die beabsichtigte Aufnahme des grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehrs übermittelten Unterlagen die Bedingungen anzugeben, die für die Ausübung der geplanten Tätigkeiten aus Gründen des Allgemeininteresses gelten. Gem. § 53b Abs. 3 KWG gelten für grenzüberschreitende Dienstleistungen grundsätzlich **einige Vorschriften des KWG** (Verbotene Geschäfte, Sicherungseinrichtung, Einschreiten gegen ungesetzliche Geschäfte, Auskünfte und Prüfungen, Verfolgung unerlaubter Bankgeschäfte und Finanzdienstleistungen, Sofortige Vollziehbarkeit) und § 17 des Finanzaufsichtsgesetzes (Zwangsmittel) entsprechend.

Allemagne

Änderungen des Geschäftsplans (Art der geplanten Geschäfte, organisatorischer Aufbau der Zweigniederlassung, Anschrift, Leiter sowie Sicherungseinrichtung im Herkunftsstaat) sind der Bundesanstalt und der Deutschen Bundesbank mindestens einen Monat vor dem Wirksamwerden der Änderungen schriftlich anzuzeigen. Auch für Tätigkeiten im Wege des grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehrs gelten einige Vorschriften des Finanzdienstleistungsaufsichtsgesetzes entsprechend.

Stellt die Bundesanstalt fest, dass ein Unternehmen seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, insbesondere dass es eine unzureichende Liquidität aufweist, fordert sie es auf, den Mangel innerhalb einer bestimmten Frist zu beheben. Kommt es der Aufforderung nicht nach, unterrichtet sie die zuständigen Stellen des Herkunftsstaats und kann selbst die erforderlichen Maßnahmen ergreifen; erforderlichenfalls Geschäftstätigkeit im Inland untersagen.

Ein Unternehmen mit Sitz in einem anderen EWR-Staat, das Sortengeschäfte erbringt oder sich als **Finanzportfolioverwalter** betätigt, kann diese Tätigkeiten über eine Zweigniederlassung oder im Wege des grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehrs im Inland ohne Erlaubnis der Bundesanstalt (abweichend von § 32 KWG) ausüben, wenn

1. das Unternehmen ein Tochterunternehmen eines Einlagenkreditinstituts oder ein gemeinsames Tochterunternehmen mehrerer Einlagenkreditinstitute ist,
2. seine Satzung diese Tätigkeiten gestattet,
3. das oder die Mutterunternehmen in dem Staat, in dem das Unternehmen seinen Sitz hat, als Einlagenkreditinstitut zugelassen sind,
4. die Tätigkeiten, die das Unternehmen ausübt, auch im Herkunftsstaat betrieben werden,
5. das oder die Mutterunternehmen mindestens 90 vom Hundert der Stimmrechte des Tochterunternehmens halten,
6. das oder die Mutterunternehmen gegenüber den zuständigen Stellen des Herkunftsstaats des Unternehmens die umsichtige Geschäftsführung des Unternehmens glaubhaft gemacht und sich mit Zustimmung dieser zuständigen Stellen des Herkunftsstaats gegebenenfalls gesamtschuldnerisch für die vom Tochterunternehmen eingegangenen Verpflichtungen verbürgt haben und
7. das Unternehmen in die Beaufsichtigung des Mutterunternehmens auf konsolidierter Basis einbezogen ist.

4. Situation für die Schweizer Vermögensverwalter

Schweizer Vermögensverwalter unterfallen mangels Zugehörigkeit zum EWR den obigen Vorschriften **nicht**. § 53c KWG schafft zwar grundsätzlich eine Möglichkeit zur Gleichstellung von Drittstaaten, über die sich eine Erstreckung der für EWR-Staaten geltenden Vorschriften auf Schweizer Vermögensverwalter begründen liesse. In § 53c KWG heisst es, dass die Vorschriften dieses Gesetzes über ausländische Unternehmen mit Sitz in einem anderen Staat des Europäischen Wirtschaftsraums auch auf Unternehmen mit Sitz in einem Drittstaat anzuwenden sind, soweit dies im Bereich des Niederlassungsrechts oder des Dienstleistungsverkehrs oder für die Aufsicht auf zusammengefasster Basis auf Grund von Abkommen der Europäischen Gemeinschaften mit Drittstaaten erforderlich ist. Hierfür bedürfte es allerdings einer Rechtsverordnung des Bundesministeriums für Finanzen, die bislang nicht ergangen ist.

Alternativ kann durch Verordnung auch die vollständige oder teilweise Anwendung der Vorschriften des § 53b unter vollständiger oder teilweiser Freistellung von den Vorschriften des

Allemagne

§ 53 auf Unternehmen mit Sitz in einem Drittstaat angeordnet werden, wenn die Gegenseitigkeit gewährleistet ist und

- a) die Unternehmen in ihrem Sitzstaat in den von der Freistellung betroffenen Bereichen nach international anerkannten Grundsätzen beaufsichtigt werden,
- b) den Zweigniederlassungen der entsprechenden Unternehmen mit Sitz im Inland in diesem Staat gleichwertige Erleichterungen eingeräumt werden und
- c) die zuständigen Behörden des Sitzstaates zu einer befriedigenden Zusammenarbeit mit der Bundesanstalt bereit sind und dies auf der Grundlage einer zwischenstaatlichen Vereinbarung sichergestellt ist.

Auch hinsichtlich einer solchen Freistellung nach § 53c Abs. 2 KWG von der Anwendung der Vorschriften des § 53 und 53 b KWG haben sich aus den uns zur Verfügung stehenden Gesetzesmaterialien keine Erleichterungen im Hinblick auf Schweizer Vermögensverwalter feststellen lassen.

Da nach den uns vorgelegten Informationen über die Situation der Schweizer Vermögensverwalter die obigen Hypothesen jedoch nicht erfüllt scheinen (insbesondere hinsichtlich der Frage der Aufsicht im Herkunftsstaat), wird den Schweizer Vermögensverwaltern aus Sicht der Bundesanstalt nicht der gleiche Status zuteil, von dem EWR-Unternehmen profitieren.

Ohne Erlaubnis der BAFin möglich scheint daher nur die **passive Dienstleistungsfreiheit** (der Kunde wendet sich selbst an einen Schweizer Vermögensverwalter ohne dass letzterer selbst aktiv interveniert und z.B. Kundenbesuche im Inland vornimmt, im Inland wirbt, spezifisch auf den deutschen Markt zugeschnittene Internetangebote zugänglich macht oder über den Vertriebsweg inländischer Institute Kunden zu akquirieren versucht). Die Grenze zwischen einem zielgerichteten „Wenden“ an den deutschen Markt und einer Ausübung der passiven Dienstleistungsfreiheit scheint jedoch (vgl. auch die Beispielen des Merkblatts der BAFin) nicht klar gezogen.

5. Freistellung gem. § 2 Abs. 4 KWG

Als eine **Option** erschiene allenfalls **§ 2 Abs. 4 KWG, der im Einzelfall die Möglichkeit vorsieht, daß auf ein Institut einige Vorschriften des KWG einschliesslich des § 32 KWG zur Erlaubnispflicht⁹⁶ nicht anzuwenden sind.**

Dies setzt allerdings voraus, dass das Unternehmen wegen der Art der von ihm betriebenen Geschäfte **nicht der Aufsicht bedarf**. Ein Hindernis ergibt sich jedoch insofern, als dies zugleich erfordert, dass das Unternehmen **im Herkunftsstaat nach internationalen Standards beaufsichtigt wird** und dessen Behörden und die BAFin zusammenarbeiten und Bescheinigungen darüber vorgelegt werden, **dass der Herkunftsstaat das ausländische Unternehmen zur Erbringung von grenzüberschreitenden Dienstleistungen in Deutschland ermächtigt, keine aufsichtsrechtlichen Bedenken bestehen**, und ein **Empfangsbevollmächtigter** im Inland benannt werden kann.

Diese Möglichkeit der Freistellung soll gegenüber institutionellen Anlegern (Gebietskörperschaften, Kredit- und Finanzdienstleistungsinstitute nach § 1 Abs. 1 und 1a KWG und 2 Abs. 6 InvG, Versicherungsunternehmen und Kapitalgesellschaften (§ 267 Abs. 2, 3 HGB) und bei Geschäften gegenüber Privatkunden gelten, die durch inländische Kreditinstitute oder EWR-Institute vermittelt wurden. Bei letzteren muss allerdings der Erlaubnisumfang dem eines

⁹⁶ §§ 2c, 10 bis 18, 24, 24a, 25 bis 38, 45, 46 bis 46c und 51 Abs. 1 KWG.

Allemagne

inländischen Instituts entsprechen und die Tätigkeiten von § 53b KWG gedeckt sein. Auch diese Möglichkeit der Freistellung scheint daher gewissen Hindernissen ausgesetzt zu sein.

Wird ein Freistellungsantrag gestellt, sind diesem beizufügen:

- Gesellschaftsvertrag und Satzung in Kopie
- Registereintragungsnachweis
- Jahresabschlussunterlagen (incl. Prüfungsbericht etc.)
- Sämtliche Angaben zur Person des Antragstellers bzw. der Geschäftsleiter des antragstellenden Unternehmens
- Straffreiheitserklärung des Antragstellers bzw. der Geschäftsleiter des antragstellenden Unternehmens
- Detaillierte Darstellung der Geschäftstätigkeit im Inland und der vorgesehenen Vertragsformulare
- Benennung eines Empfangsbevollmächtigten im Inland
- Bescheinigung des Herkunftsstaates, dass der Herkunftsstaat das ausländische Unternehmen zur Erbringung von grenzüberschreitenden Dienstleistungen in Deutschland ermächtigt und keine aufsichtsrechtlichen Bedenken bestehen.

6. Zuständige Behörde, Verfahren

a. Zuständige Behörde

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)

Graurheindorfer Straße 108
53117 Bonn
Telefon: 0228/4108-0
Telefax: 0228/4108-1550
poststelle@bafin.de
E-Mail-Adresse: <mailto:poststelle@bafin.de>
<http://www.bafin.de>
URL: <http://www.bafin.de>

Deutsche Bundesbank

Wilhelm-Epstein-Strasse 14
60431 Frankfurt am Main

b. Verfahren

Insbesondere Erlaubniserteilung: Die Bundesanstalt kann die **Erlaubnis** unter Auflagen erteilen, die sich im Rahmen des mit diesem Gesetz verfolgten Zweckes halten müssen. Sie kann die Erlaubnis auf einzelne Bankgeschäfte oder Finanzdienstleistungen **beschränken**.

⁹⁷

⁹⁷ Gem. § 33a KWG hat die Bundesanstalt die Entscheidung über einen Antrag auf Erlaubnis von Unternehmen mit Sitz außerhalb der Europäischen Gemeinschaften oder von Tochterunternehmen dieser Unternehmen auszusetzen oder die Erlaubnis zu beschränken, wenn ein entsprechender Beschluß der Kommission oder des Rates der Europäischen Gemeinschaften nach Art. 151 der Bankenrichtlinie vorliegt. Die Aussetzung oder Beschränkung darf drei Monate vom Zeitpunkt des Beschlusses an nicht überschreiten.

Allemagne

Die Bundesanstalt muss dem Antragsteller einer Erlaubnis gem. § 33 Abs. 5 KWG binnen **sechs Monaten** nach Einreichung der vollständigen Unterlagen für einen Erlaubnisantrag nach § 32 Abs. 1 Satz 2 mitteilen, ob eine Erlaubnis erteilt oder versagt wird.

Vor Erteilung der Erlaubnis hat die Bundesanstalt die für das Institut in Betracht kommende **Sicherungseinrichtung** zu hören.

Die Bundesanstalt hat die Erteilung der Erlaubnis im elektronischen Bundesanzeiger bekannt zu machen. Die Bundesanstalt hat auf ihrer Internetseite ein **Institutsregister** zu führen, in das sie alleinländischen Institute, denen eine Erlaubnis nach § 32 Abs. 1 KWG erteilt worden ist, mit dem Datum der Erteilung und dem Umfang der Erlaubnis und gegebenenfalls dem Datum des Erlöschens oder der Aufhebung der Erlaubnis einzutragen hat.

Beschließt der Rat der Europäischen Gemeinschaften die Verlängerung der Frist hat die Bundesanstalt diese Fristverlängerung zu beachten und die Aussetzung oder Beschränkung entsprechend zu verlängern.

ANGLETERRE

I. INTRODUCTION

A. Sources normatives pertinentes

1. Législation primaire

1.1. Législation communautaire

- European Directive 2005/36/EC
- European Directive 77/249 EEC
- European Directive 98/5/EC⁹⁸ (right to establish)
- EC Directive on the recognition of professional qualifications (89/48/EEC)
- European Directive 92/51⁹⁹
- The European Parliament and Council Directive on markets in financial instruments (No. **2004/39/EC**) (“**MiFID**”)
- Commission Directive No. 2006/73/EC implementing Directive 2004/39/EC of the European Parliament and of the Council as regards **organisational requirements and operating conditions for investment firms and defined terms for the purposes of that Directive** (MiFID) effective as of **November 1, 2007**
- Commission Regulation (EC) 1287/2006 implementing Directive 2004/39/EC of the European Parliament and of the Council as regards **organisational requirements and operating conditions** for investment firms and defined terms for the purposes of that Directive.

1.2. Législation interne

- **The Financial Services & Markets Act 2000 (“FSMA”)**
- **The Financial Services and Markets Act 2000 (Regulated Activities) (Amendment No. 3) Order 2006** [SI 2006 No. 3384]
- **The Financial Services and Markets Act 2000 (Regulated Activities) Order 2001** [SI 2001 No. 544] (“**RAO**”)
- **The Financial Services and Markets Act 2000 (Markets in Financial Instruments) (Modification of Powers) Regulations 2006** [SI 2006 No 2975]
- **The Financial Services and Markets Act 2000 (Appointed Representatives) (Amendment) Regulations 2006** [SI 2006 No 3414]
- **The Financial Services and Markets Act 2000 (Markets in Financial Instruments) Regulations 2007** [SI 2007 No 126]
- **The Financial Services and Markets Act 2000 (Financial Promotion) Order 2005** [SI 2005 No 1529] (“**FPO**”)
- **The Financial Services and Markets Act 2000 (Exemption) (Amendment) Order 2007** [SI 2007 No 125]
- The Perimeter Guidance Manual (“**PERG**”) of the Financial Services Authority¹⁰⁰
- Perimeter Guidance (MiFID and Recast CAD Scope) Instrument 2007¹⁰¹

⁹⁸ <http://www.lawsociety.org.uk/documents/downloads/becomingreinsinfopt2.pdf>.

⁹⁹ The 92/51 Directive which covers the practise of insolvency was introduced to complement the 89/48 Directive. An EEA or EU applicant seeking authorisation by virtue of the 92/51 Directive, should contact the UK Department for Trade and Industry [DTI] Insolvency Service.)

¹⁰⁰ Available at: <http://fsahandbook.info/FSA/html/handbook/PERG>.

¹⁰¹ Available at: http://www.fsa.gov.uk/pubs/policy/ps07_05.pdf.

II. RAPPORT

Note of Introduction

The Financial Services industry in the U.K. is **subject to strict and complex** regulation a complete and accurate explanation of which is **beyond** the scope of this opinion. We have limited ourselves to a discussion of specific issues raised by Swiss “gérants de fortune” who wish to **establish themselves** or to **provide services** to clients in the U.K.

The closest English equivalent to « gérant de fortune » appears to be **Wealth Management Agent**, however, this professional activity can include a **wide variety of functions**. The following functions in the U.K. **require specific authorisation from the Financial Services Authority**, unless a **specific exemption** is available

- Accepting deposits
- Issuing e-money
- Effecting or carrying out contracts of insurance as principal
- Dealing in investments (as principal or agent)
- Arranging deals in investments
- Arranging regulated mortgage contracts
- Arranging regulated home reversion plans
- Arranging regulated home purchase plans
- Managing investments
- Assisting in the administration and performance of a contract of insurance
- Safeguarding and administering investments
- Sending dematerialised instructions
- Establishing etc collective investment schemes
- Establishing etc personal pension schemes
- Establishing etc stakeholder pension schemes
- Advising on investments
- Advising on regulated mortgage contracts
- Advising on regulated home reversion plans
- Advising on regulated home purchase plans
- Lloyd's market activities
- Entering funeral plan
- Entering into and administering a regulated mortgage contract
- Entering into and administering a home reversion plan
- Entering into and administering a home purchase plan
- Agreeing to do most of the above activities

The UK makes **no specific distinction between citizens of the UK and foreigners**; the major distinction made is that between **those exercising activities that are carried on 'in the United Kingdom' and those that are not**. Section 19 of the FSMA provides that the requirement to be authorised under the Act does **not** apply in relation to activities that **are not** carried out in the U.K.

Angleterre

A person who is based **outside** the United Kingdom but **who sets up an establishment** in the United Kingdom must therefore consider the following matters. First, he must **not**, unless he is authorised, carry on **regulated activities** in the United Kingdom. Second, unless he is authorised, the day-to-day management of the carrying on of the regulated activity must **not** be the **responsibility** of the UK establishment. This may, for example, affect those UK establishments that in the context of deposit-taking activities were, before the commencement of the FSMA, treated as representative offices of overseas institutions. Such institutions will **need to seek authorisation** if the responsibility for the day-to-day management of the accepting of deposits by them outside the United Kingdom is nevertheless effectively that of their UK establishment. Third, such a person will need to ensure that **he does not contravene other provisions of the FSMA** that apply to persons who are not authorised. These include the controls on financial promotion (section 21 of the FSMA (Financial promotion)), and on giving the impression that a person is authorised (section 24)¹⁰²

Although a detailed discussion of the consequences of MiFID and the **passporting system** under that Directive and under its predecessor, the Investment Services Directive¹⁰³ (“ISD”), is beyond the scope of this opinion, it bears noting that the categories of firm which can exercise **passporting rights** and the categories of business for which the **passport** is available are wider than under the ISD. In particular, whereas investment advice was a non-core service under ISD, it is an investment service in its own right under MiFID **and so can be provided on a cross-border basis as a standalone business.**

A. Liberté d'établissement

1. Conditions pour la reconnaissance de la qualification professionnelle

There is no recognition of professional qualifications that would allow a Swiss wealth management agent to practice in the U.K. directly. There is, however, a **partial recognition** possible in some circumstances. The Financial Services Skills Council (FSSC) is the body charged with the **review of the examinations** necessary to practice in the Financial Services industry in the U.K. as imposed by the FSA. The required qualifications for the majority of activities that require authorisation include 6 levels of examinations called “Keys”.

In July 2007, the **Certified International Investment Analyst** (“CIAA”) designation, granted by the Association of Certified International Investment Analysts (“ACIIA”) **in Switzerland**¹⁰⁴ **gained recognition** from the Financial Services Skills Council in the United Kingdom as a **“Key 2 qualification”** thereby representing fulfilment of the first two qualification requirements. The ACIIA now has **awarding body status** and the CIAA qualification will be included on the appropriate examinations list for the following **seven relevant activities** that are regulated by the FSA in the UK:

¹⁰² PERG. 2

¹⁰³ Council Directive of 10 May 1993 on investment services in the securities field (No. 93/22/EEC).

¹⁰⁴ Feldstrasse 80, Buelach, Zurich, CH-8180 Switzerland Ph: +41 44 872 35 51 Fax: +41 44 872 35 32 Email: tween@aciia.org Website: www.aciia.org.

Angleterre

- Advising on investments which are (but not dealing in) derivatives only
- Advising on investments which are (but not dealing in) securities (other than stakeholder pensions schemes or broker funds) and derivatives
- Advising on investments which are (but not dealing in) securities (other than stakeholder pension schemes or broker funds) only
- Advising on investments which are, or dealing with or for clients in derivatives only
- Advising on investments which are, or dealing with or for clients in, securities (other than stakeholder pension schemes or broker funds) and derivatives
- Advising on investments which are, or dealing with or for clients in, securities (other than stakeholder pension schemes or broker funds) only
- Managing investments

Swiss wealth management agents wishing to become authorised to practice in the U.K. will still be required to take a UK Key 3 regulatory module qualifying exam and the Key 4 “Industry Awareness”, Key 5 “Regulatory Knowledge” and Key 6 “Knowledge Relevant to the Role exams”, as well as complying with the other additional requirements that U.K. citizens must comply with.

2. Demande pour la reconnaissance et son contenu

Our research to date has revealed **no specific information** concerning the procedure for recognition of the **CIIA qualification**. The remainder of the procedures for professional recognition of one’s qualifications are the same for the Swiss as for U.K. citizens.

3. Décision et possibilité de recours

See above, point 2.

4. Effets de la reconnaissance

See above, point 2.

B. Liberté de prestation de services

As mentioned above, the essential distinction to be made here is whether the wealth management agent is acting **with the requisite frequency and regularity *within the U.K.*** to be considered to be **doing business** there or whether the agent’s business is conducted ***outside the UK.***

Pursuant to sections 2.9.15 and 2.9.16 of the PERG, published by the Financial Services authority, **an “overseas person” who carries on any of the following activities:**

- dealing in investments as principal;
- dealing in investments as agent;
- arranging (bringing about) deals in investments and making arrangements with a view to transactions in investments;

Angleterre

- arranging a home finance transaction;
- operating a multilateral trading facility;
- advising on investments;
- entering into a home finance transaction;
- administering a home finance transaction; and
- agreeing to carry on the regulated activities of managing investments, arranging (bringing about) deals in investments, making arrangements with a view to transactions in investments, assisting in the performance and administration of a contract of insurance, safeguarding and administering investments or sending dematerialised instructions.

but who does not do so, or offer to do so, from a permanent place of business maintained by him in the United Kingdom **does not require authorisation**.

Where a person does not have a permanent place of business in the United Kingdom, he will not, in any event, **need to rely on these exclusions** unless what he does is regarded as **“carried on in the United Kingdom”**¹⁰⁵. Different rules apply for home **finance transactions**, certain transactions involving **insurance** and **certain capital funds**.¹⁰⁶

Section 418 of the FSMA extends the meaning that “in the United Kingdom” would ordinarily have to **include certain additional cases**. In these cases, a person who is carrying on a regulated activity but who would not otherwise be regarded as carrying on the activity in the United Kingdom is, for the purposes of the FSMA, **to be regarded as carrying on the activity in the United Kingdom**.

One of these cases is where a regulated activity is carried on **by a person who is not based in the United Kingdom but is carried on from an establishment in the United Kingdom**. This might occur when each of the stages that make up a regulated activity (such as managing investments) takes place in different countries. For example, a person's management is in country A, the assets are held by a nominee in country B, all transactions take place in country B or country C but all decisions about what to do with the investments are taken from an office in the United Kingdom. Given that the investments are held, and all dealings in them take place, outside the United Kingdom there may otherwise be a question as to where the regulated activity of managing investments is taking place. For the purposes of the FSMA, it is carried on in the United Kingdom.

Another case is, in effect, where an **electronic commerce activity** is carried on, from an establishment in the United Kingdom, in another EEA State.

In accordance with article 3(2) of the E-Commerce Directive, all requirements on persons **providing electronic commerce activities** into the United Kingdom from the EEA are **lifted**, where these fall within the co-ordinated field and would restrict the freedom of such a firm to provide services. The coordinated field includes any requirement of a general or specific nature concerning the taking up or pursuit of electronic commerce activities. Authorisation requirements fall within the coordinated field. The services affected are generally those provided electronically, for example through the Internet or solicited e-mail.

¹⁰⁷

¹⁰⁵ PERG 2.4.

¹⁰⁶ PERG 2.9.17, 2.9.17A, 2.9.19 and 2.9.20.

¹⁰⁷ PERG 2.9.18.

Angleterre

The Financial Services industry is also regulated through limitations on the types and origins of promotion of such services. There are a **number of exemptions** in the Financial Promotion Order relating to **financial promotions sent into the United Kingdom** by an overseas communicator who does not carry on certain controlled activities in the United Kingdom. These exemptions apply in addition to any other exemptions which may apply to any particular financial promotion by an overseas communicator.

Article 30 of the FPO exempts any **solicited real time financial promotion** made by an overseas communicator in the course of, or for the purposes of, **certain controlled activities** which he carries on outside the United Kingdom. This enables an **overseas communicator**, for example, to respond to an **unprompted telephone enquiry** made by a person in the United Kingdom or an enquiry which follows a financial promotion made by the overseas communicator and which was approved by an authorised person.¹⁰⁸

FPO Article 32 provides an exemption for unsolicited real time financial promotions made by an overseas communicator to persons who were **previously overseas** and were a customer of his then. This is subject to **certain conditions**, including that, in broad terms, the customer would reasonably expect to be contacted about the subject matter of the financial promotion.

FPO Article 33 is similar to a **sophisticated investor exemption** and applies where the overseas communicator has reasonable grounds to believe that the recipient is knowledgeable enough to **understand** the risks associated with the controlled activity to which the financial promotion relates. It is also necessary for the recipient to have been informed that he will not gain the protections under the FSMA in respect of the activity or of the making of unsolicited real time financial promotions, and whether he will lose the benefit of dispute resolution and compensation schemes. The recipient must also have **signified clearly** that he accepts the position after having been given a proper opportunity to consider the information. There is **no definition of a proper opportunity** for this purpose. In the FSA's opinion it is likely to require the recipient to have a **reasonable time** to reflect on the matter and, if appropriate, seek other advice. What is a reasonable time, will depend upon the circumstances of the recipient, but, in the FSA's opinion, it is unlikely that a time of less than 24 hours will be enough.¹⁰⁹

FPO Article 31 exempts **non-real time financial promotions made to previously overseas customers and subject to certain conditions**. Again, to satisfy this exemption, the communicator must be based **overseas** and must be communicating with a person who was **previously a customer** of his while that person was overseas.¹¹⁰

The exemption of FPO Article 36 allows a person in another EEA State who lawfully carries on a controlled activity in that State **to promote into the United Kingdom under certain, specific circumstances**. The FSA recommends that anyone seeking to rely on this exemption either seeks professional advice or contacts the FSA before communicating the financial promotion.¹¹¹

¹⁰⁸ PERG 8.14.15.

¹⁰⁹ PERG 8.14.16.

¹¹⁰ PERG 8.14.17

¹¹¹ PERG 8.14.18

AUTRICHE

I. EINLEITUNG

A. Rechtsquellen

1. Europäisches Recht

a. Primärrecht

- Art. 39ff, 43ff und 49ff EG-Vertrag (EG) (ABl. 24.12.2002 C 325/33)
- Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits über die Freizügigkeit vom 21.6.1999, in Kraft seit 1.6.2002, Stand 27.12.2006 (0.142.112.681)

b. Sekundärrecht

- Richtlinie 2004/39/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. April 2004 über Märkte für Finanzinstrumente, zur Änderung der Richtlinien 85/611/EWG und 93/6/EWG des Rates und der Richtlinie 2000/12/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Richtlinie 93/22/EWG des Rates [Amtsblatt L 145 vom 30.4.2004] (Directive on Markets in Financial Instruments - MiFID)
- Richtlinie 2006/73/EG der Kommission vom 10. August 2006 zur Durchführung der Richtlinie 2004/39/EG des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die organisatorischen Anforderungen an Wertpapierfirmen und die Bedingungen für die Ausübung ihrer Tätigkeit sowie in Bezug auf die Definition bestimmter Begriffe für die Zwecke der genannten Richtlinie [Amtsblatt L 241 vom 2.9.2006]
- Richtlinie 2006/31/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. April 2006 zur Änderung der Richtlinie 2004/39/EG über Märkte für Finanzinstrumente in Bezug auf bestimmte Fristen [Amtsblatt L 114 vom 27.4.2006]
- Verordnung (EG) Nr. 1287/2006

2. Nationales Recht

a. Gesetze

- Bundesgesetz, mit dem ein Bundesgesetz über die Beaufsichtigung von Wertpapierdienstleistungen (Wertpapieraufsichtsgesetz 2007 - WAG 2007) erlassen wird sowie das Bankwesengesetz, das Börsegesetz 1989, das Investmentfondsgesetz, das Kapitalmarktgesetz, das Finanzmarktaufsichtsbehördengesetz, das Konsumentenschutzgesetz und die Gewerbeordnung 1994 geändert werden BGBl. I Nr. 60/2007, letzte Änderung BGBl. I Nr. 107/2007
- Bundesgesetz über das Bankwesen (Bankwesengesetz - BWG), über Kapitalanlagefonds (Investmentfondsgesetz - InvFG 1993), über Bausparkassen (Bausparkassengesetz - BSpG), über die Aufhebung des Kreditwesengesetzes, der Artikel II und III des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 325/1986, des Bankagentengesetzes, des Geldinstitutezentralegesetzes, des Bundesgesetzes über die Geschäftsaufsicht, des Rekonstruktionsgesetzes, des Bundesgesetzes betreffend den Verkauf von Aktien verstaatlichter Banken, von Teilen des Bundesgesetzes über die Neuordnung des Kindschaftsrechts, des Bundesgesetzes über Kapitalanlagefonds (Investmentfondsgesetz), des Versicherungsaufsichtsgesetzes 1931, der Einführungsverordnung zum Versicherungsaufsichtsgesetz 1931 und über die Änderung des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929, des Sparkassengesetzes, des Hypothekenbankgesetzes,

- Gewerbeordnung (GwO) zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 68/2008
Einsehbar unter <http://www.ris.bka.gv.at/bundesrecht/>

B. Verhältnis zu europarechtlichen Vorgaben

1. Umsetzung der Richtlinie 2005/36/EG

Die Vermögensverwalter sind von der Richtlinienumsetzung der Richtlinie 2005/36/EG weniger betroffen, sondern unterliegen anderen sekundärrechtlichen EG-Vorschriften wie der MiFID (RL 2004/39/EG).

Die MiFID schreibt das schon der Wertpapierdienstleistungsrichtlinie zugrunde liegende **Herkunftslandprinzip** fest. Danach unterliegen Wertpapierfirmen den Bedingungen und der Aufsicht ihres Heimatstaates (Vgl. Art. 16 ff. MiFID). Die Richtlinie stellt gemeinschaftsweit einheitliche Mindestanforderungen zur Ausgestaltung dieser Bedingungen und Aufsicht. Im Gegenzug erhalten die Wertpapierfirmen die Freiheit, Wertpapierdienstleistungen in anderen Mitgliedstaaten zu erbringen, ohne dass sie dafür eine zusätzliche Anerkennung bedürften (Art. 31 MiFID). Zur MiFID näher unter II.

Die Schweiz ist kein Mitgliedstaat und daher an die Vorgaben der MiFID nicht gebunden. Ihre Wertpapierfirmen unterliegen daher keinen vergleichbaren Anforderungen hinsichtlich der Bedingungen der Tätigkeit und der Aufsicht wie in der EU ansässige Firmen. Diese können sich daher auch nicht auf das Herkunftslandprinzip berufen. Daraus erklärt sich, dass Schweizer Vermögensverwalter nicht die Freiheit genießen, innerhalb der EU Wertpapierdienstleistungen zu erbringen, die den Vermögensverwaltern aus EU-Staaten zukommt.

2. Verhältnis zum Freizügigkeitsabkommen Schweiz-EG

Gem. Art. 1 ist Ziel des Abkommens zu Gunsten der Staatsangehörigen der Vertragsparteien die erleichterte Einreise und der Verbleib im Hoheitsgebiet eines Vertragsstaates, der **erleichterte Zugang zur Erwerbstätigkeit**, die Erleichterung der Erbringung von Dienstleistungen im Hoheitsgebiet der Vertragsparteien, insbesondere Liberalisierung kurzzeitiger Dienstleistungen und die Einräumung der gleichen Lebens-, Beschäftigungs- und Arbeitsbedingungen wie für Inländer. Will ein Angehöriger eines bestimmten Berufs im Ausland arbeiten, soll er dies unter erleichterten Bedingungen können und seine Qualifikationen sollen auch in einem anderen Vertragsstaat Berücksichtigung finden. Das nationale Recht muss entsprechende Vorkehrungen treffen, um diesem Ziel gerecht zu werden. In den Grenzen des Freizügigkeitsabkommens sollten an sich die Vorschriften die auf EU- und EWR-Staatler Anwendung finden, auch auf Schweizer erstreckt werden. Da im Freizügigkeitsabkommen allerdings nicht auf Richtlinien im Bereich der Finanzdienstleistungen Bezug genommen wird, ist die Situation der Vermögensverwalter mit derjenigen im Bereich der Medizinalberufe oder der Architekten und Ingenieure nicht vergleichbar. Das Abkommen verhilft den Wertpa-

pierdienstleistern daher auch nicht zu einer erleichterten Erbringung von Dienstleistungen oder zu vereinfachten Niederlassungsbedingungen im EU-Raum.

II. LÄNDERBERICHT

Am 6.7.2007 wurde in Österreich die europäische Richtlinie MiFID (RL 2004/39/EG) durch das neue Wertpapieraufsichtsgesetz (WAG 2007) umgesetzt. Der Gesetzestext wurde im Juli 2007 im Nationalrat beschlossen und trat am 1.11.2007 in Kraft.

Die seit 1997 geltende Konzessionssystematik für das Tätigwerden von Vermögensverwaltern wurde grundsätzlich beibehalten¹¹². Dennoch ergeben sich für Vermögensverwalter in Österreich einige Änderungen, die aufgrund der zeitlichen Nähe zu den neusten Anpassungen teils noch immer schwer erfassbar sind.

A. Begriffsbestimmungen

1. Vermögensverwalter

Die Vermögensverwaltung fällt im österreichischen Recht unter den Begriff Finanzdienstleistungsgeschäfte nach § 1 Abs 1 Z 19 BWG.

§ 1 Abs 1 Z 19 lit. b BWG definiert die Vermögensverwaltung (die nicht von Kreditinstituten vorgenommen wird) als die „Verwaltung von Kundenportefeuilles mit Verfügungsvollmacht im Auftrag eines Kunden“. Man spricht auch von der **diskretionären Vermögensverwaltung**. Darunter wird die mit einer entsprechenden Vollmacht gekoppelte Erteilung eines Auftrags durch den Kunden an seinen Vertragspartner verstanden, einen Teil seines Vermögens oder sein Gesamtvermögen, das aus Finanzinstrumenten besteht, entsprechend den Anlagerichtlinien im Namen und auf Rechnung des Kunden zu gestionieren, und zwar im Regelfall ohne vorherige Rücksprachepflicht mit dem Kunden. Der Vermögensverwalter muss über einen Entscheidungsspielraum verfügen, der die konkrete Anlageentscheidung für den Kunden umfasst. Konkret umfasst die Tätigkeit die Verwaltung von Kundenportefeuilles im Auftrag des Kunden mit Verfügungsvollmacht in Bezug auf Finanzinstrumente (Wertpapiere, Geldmarktinstrumente, besondere außerbilanzmäßige Finanzgeschäfte, ausländische Kapitalanlagefondsanteile, soweit diese keine Wertpapiere verkörpern). Dieser Vermögensverwaltungsvertrag ist als Bevollmächtigungsvertrag im Sinne der §§ 1002 ff ABGB einzuordnen. **Vermögensverwalter verwalten Kundendepots direkt**; sie sind im Rahmen ihres vertraglichen Auftrages **berechtigt und verpflichtet, die Zusammensetzung von Wertpapierdepots zu verändern**, wobei im Einzelnen vom Kunden dazu keine Zustimmung eingeholt werden muss. **Das Vertragsverhältnis des Vermögensverwalters mit seinem Kunden erlaubt es ihm, im vom Kunden vorgegebenen Rahmen frei zu handeln**. Vermögensverwalter verwalten auch **Investmentfonds** über Kapitalanlagegesellschaften, die hierfür ein eigenes Haftungsdach mit besonderen Eigenkapitalvorschriften vorsehen müssen und die einer strengen Aufsicht unterliegen. Grundsätzlich werden diese Kapitalanlagegesellschaften sehr genau von Wirtschaftsprüfern und der Finanzmarktaufsicht überprüft. Überhaupt kann man festhalten, dass die Vorschriften und Auflagen umso bedeutsamer werden, wie Gestaltungsmöglichkeiten übernommen werden dürfen. Der Vermögensverwalter darf zu keiner Zeit Schuldner des Kunden werden (z.B.: bei der Vermögensverwaltung muss das Depotkonto des Kunden bei einer Depotbank geführt werden, der Vermögensverwalter besitzt nur die Verfügungsvollmacht), andernfalls liegt ein Bankgeschäft vor¹¹³.

¹¹² 45/ME XXIII. GP - Ministerialentwurf zum neuen WAG, zu finden unter http://www.parlament.gv.at/PG/DE/XXIII/BNR/BNR_00078/fname_083414.pdf

¹¹³ § 3 Abs. 5 Z 4 WAG 2007.

Autriche

Vermögensverwalter unterliegen der besonders strengen Aufsicht durch die Finanzmarktaufsichtsbehörden, strengen Rechtsvorschriften und müssen ein sehr hohes Eigenkapital aufweisen und zudem Mitglied der Anlegerentschädigungseinrichtung der Wertpapierdienstleister sein (siehe mehr dazu in Abschnitt B). Sowohl der große rechtliche Aufwand als auch der hohe Eigenkapitalaufwand führen dazu, dass sich die Zahl der unabhängigen Vermögensverwalter in Österreich, die nicht Banken- oder Versicherungstöchter sind, auf nur c.a. 35 beschränkt.

2. Vermögensberater und Vermittler von Wertpapiergeschäften

Abzugrenzen ist der Vermögensverwalter vom **Vermögensberater**. Ein Vermögensberater darf einen Kunden bei der Auswahl von Wertpapieren beraten und unterstützen. Die Beratung betrifft die Veranlagung von Kundenvermögen in Bezug auf Finanzinstrumente (Wertpapiere, Geldmarktinstrumente und besondere außerbilanzmäßige Finanzgeschäfte, ausländische Kapitalanlagefondsanteile, soweit diese keine Wertpapiere verkörpern). Keinesfalls darf der Vermögensberater aber diese autonom für den Kunden durchführen. Hierzu hat der Gesetzgeber eigens die Vermögensverwalter vorgesehen. Vermögensberater haben eine **mehrwöchige Ausbildung** für Mitarbeiter von Finanzdienstleistungsunternehmen der Wirtschaftskammer Österreich zu absolvieren, die mit einer Prüfung zum **gewerblichen/ geprüften Vermögensberater** abschliesst.

Auch die Tätigkeit der Vermittler von Wertpapiergeschäften ist von der eigentlichen Vermögensverwaltung abzugrenzen. Sie besteht in der Vermittlung von Geschäftsgelegenheiten zum Erwerb oder zur Veräußerung von Wertpapieren, Geldmarktinstrumenten, Finanzterminkontrakten, Kauf- und Verkaufsoptionen auf Wertpapiere und andere Finanzinstrumente, Zinsterminkontrakte und Zinsausgleichsvereinbarungen sowie Swaps.

B. Niederlassung

1. Berufsausübungsvoraussetzungen

a. Allgemeines

Die gewerbliche Erbringung von Finanzdienstleistungen und damit auch die Vermögensverwaltung bedarf einer Konzession, die von der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) erteilt wird.

Nach altem Recht sprach unterschied man Wertpapierdienstleistungsunternehmen (WPDLU) mit „grosser Konzession“ und mit „kleiner Konzession“. Erstere nannte man auch „Konzession zur Vermögensverwaltung“, da sie einem neben der gewerblichen Beratung über die Veranlagung von Kundenvermögen und Vermittlung von Geschäftsgelegenheiten zum Erwerb oder zur Veräußerung von Finanzinstrumenten auch die Verwaltung von Kundenportefeuilles mit Verfügungsvollmacht im Auftrag des Kunden gewerbsmässig erlaubte. Diese Tätigkeit entspricht der der heutigen WPF. Letztere fiel unter § 20 Abs. 4 WAG aF. und betraf die Fälle einer Umsatzgrenze von 730.000 € und einer Beschränkung auf die Beratung und Vermittlung von übertragbaren Wertpapieren und Fonds.

Nach der neuen Rechtslage unterscheidet man Wertpapierfirmen (WPF) oder Wertpapierdienstleistungsunternehmen (WPDLU). Sie unterliegen der laufenden Beaufsichtigung durch die Finanzmarktaufsicht (FMA).¹¹⁴

¹¹⁴ Informationen über die FMA finden sich unter www.fma.gv.at.

Wertpapierfirmen sind gem. § 1 Nr. 1 WAG 2007 juristische Personen, die ihren Sitz und ihre Hauptverwaltung in Österreich haben und nach dem WAG 2007 berechtigt sind, Wertpapierdienstleistungen und Anlagetätigkeiten zu erbringen (§ 3 WAG) sowie natürliche und juristische Personen, die in ihrem Herkunftsmitgliedstaat zur Erbringung von Wertpapierdienstleistungen oder Anlagetätigkeiten als Wertpapierfirma im Sinne von Art. 4 Abs. 1 Z 1 der Richtlinie 2004/39/EG zugelassen sind.¹¹⁵ WPF sind auch zur Wertpapier- und Finanzanalyse und sonstigen allgemeinen Empfehlungen zu Geschäften mit Finanzinstrumenten berechtigt.¹¹⁶ Die Finanzinstrumente umfassen übertragbare Wertpapiere, Geldmarktinstrumente, Fonds, Warenderivate und andere Instrumente. Nicht hierunter fallen (österreichische) natürliche und juristische Personen, deren Berechtigung zur Erbringung von Wertpapierdienstleistungen und Anlagetätigkeiten sich auf § 4 WAG, das BWG oder das BörseG gründet. Gem. § 4 Abs. 1 WAG 2007 gelten erleichterte Vorschriften für die gewerbliche Erbringung von Wertpapierdienstleistungen gemäß des genannten § 3 Abs. 2 Z 1 und 3 WAG 2007 (Anlageberatung in Bezug auf Finanzinstrumente und Annahme und Übermittlung von Aufträgen, sofern diese Tätigkeiten ein oder mehrere Finanzinstrumente zum Gegenstand haben; dies entspricht in etwa der früheren Regelung des § 20 Abs. 4 WAG aF). Hier brauchen natürliche oder juristische Personen mit Sitz und Hauptverwaltung im Inland, sofern diese im Rahmen der in Art. 3 Abs. 1 der Richtlinie 2004/39/EG angeführten Schranken erfolgt, für die Erlangung der Konzession die in Abs. 2 genannten Voraussetzungen solange nicht erfüllen, als die Summe der jährlichen Umsatzerlöse des Unternehmens 730 000 Euro nicht übersteigt. Solche Unternehmen dürfen sich allerdings nicht als Wertpapierfirmen bezeichnen und sind ausschließlich zur Erbringung von Dienstleistungen im Inland berechtigt.

Die Voraussetzungen für die Berufsausübung von WPF wurden in einem Informationsschreiben für Konzessionswerber der österreichischen Finanzmarktaufsichtsbehörde zusammengestellt. Da dieses zurzeit auf die geänderten Rahmenbedingungen des Ende 2007 in Kraft getretenen WAG 2007 angepasst wird, dient es nur noch schwerlich als "Orientierungshilfe im Zusammenhang mit einem an die Finanzmarktaufsichtsbehörde zu richtenden Konzessionsansuchen".

¹¹⁵

Wertpapierdienstleistungen und Anlagetätigkeiten:

- a) Annahme und Übermittlung von Aufträgen, sofern diese Tätigkeiten ein oder mehrere Finanzinstrumente zum Gegenstand haben;
- b) Ausführung von Aufträgen für Rechnung von Kunden: die Tätigkeit zum Abschluss von Vereinbarungen, Finanzinstrumente auf Rechnung von Kunden zu kaufen oder verkaufen; hinsichtlich der Abschnitte 5 bis 11 des 2. Hauptstücks erfasst dies sowohl die Ausführung von Aufträgen gemäß § 1 Abs. 1 Z 7 Bankwesengesetz – BWG, BGBl. Nr. 532/1993, als auch die Dienstleistung nach lit. a;
- c) Handel für eigene Rechnung: Handel unter Einsatz des eigenen Kapitals zum Abschluss von Geschäften mit Finanzinstrumenten, sofern der Handel nicht für das Privatvermögen erfolgt;
- d) Portfolioverwaltung: die Verwaltung von Portfolios auf Einzelkundenbasis mit einem Ermessensspielraum im Rahmen einer Vollmacht des Kunden, sofern das Kundenportfolio ein oder mehrere Finanzinstrumente enthält;
- e) Anlageberatung: die Abgabe persönlicher Empfehlungen gemäß Z 27 über Geschäfte mit Finanzinstrumenten an einen Kunden, sei es auf dessen Aufforderung oder auf Initiative des Erbringers der Dienstleistung;
- f) Übernahme der Emission von Finanzinstrumenten oder Platzierung von Finanzinstrumenten mit fester Übernahmeverpflichtung;
- g) Platzierung von Finanzinstrumenten ohne feste Übernahmeverpflichtung;
- h) Betrieb eines multilateralen Handelssystems (MTF).

Werden diese Tätigkeiten für Dritte erbracht, so sind es Dienstleistungen, ansonsten Anlagetätigkeiten.

¹¹⁶

§ 3 Abs. 3 WAG 2007

Auriche

Im Hinblick auf die neue Rechtslage kann übersichtsmässig Folgendes festgehalten werden: Grundsätzlich bedarf es im Bereich der Wertpapierdienstleistungen einer Konzession. Rechtsgrundlage der Konzessionspflicht sind § 3 Abs. 2 Ziffer 1-4 WAG und § 1 Abs. 1 Z 19 BWG, Rechtsgrundlage einer erleichterten Zulassung ist § 4 WAG 2007 (allerdings beschränkt auf bestimmte Tätigkeiten und Anbieter). Generelle Ausnahmen gelten nur für die in § 2 WAG genannten Personen und Unternehmen. Noch strengere Vorschriften gelten bei **Bankgeschäften**, d.h. Geschäften, die eine Bankkonzession erfordern. Dies ist der Fall, wenn ein Vermögensberater, -vermittler oder -verwalter Schuldner des Kunden wird, es sich also um einen **Handel** mit Finanzinstrumenten bzw. um sonstige Dienstleistungen handelt, die das **Halten von Geld oder Wertpapieren** (Instrumenten) von Kunden umfassen.¹¹⁷

b. Zur Konzessionspflicht nach § 3 WAG 2007

aa. Konzessionsvoraussetzungen/Antragsinhalt

Nach § 3 Abs. 2 WAG 2007 benötigen folgende vier Tätigkeiten eine Konzession¹¹⁸ der FMA¹¹⁹:

1. Die Anlageberatung in Bezug auf Finanzinstrumente (Anlageberatung)
2. Die Portfolioverwaltung durch Verwaltung von Portfolios auf Einzelkundenbasis mit einem Ermessenspielraum im Rahmen einer Vollmacht des Kunden, sofern das Kundenportfolio ein oder mehrere Finanzinstrumente enthält (Portfolioverwaltung)¹²⁰
3. Die Annahme und Übermittlung von Aufträgen, sofern diese Tätigkeit ein oder mehrere Finanzinstrumente zum Gegenstand haben (Vermittlung)
4. Der Betrieb eines multilateralen Handelssystems (MTF)

Um eine Konzession zum Betrieb einer WPF zu erlangen, sind eine Reihe von Voraussetzungen zu erfüllen:

1) **Antrag**, der die gewünschten Dienstleistungen genau benennt

Im Antrag ist anzugeben welche Dienstleistungen (Beratung, Verwaltung, Vermittlung) beantragt werden und ob ein Fall des § 4 WAG vorliegt.

2) **Rechtsform** für WPF: AG, GmbH oder Genossenschaft,¹²¹

Nachweis durch Satzung/Gesellschaftsvertrag, Firmenbuchauszug.

3) **Sitz und Hauptverwaltung im Inland**¹²²

4) **Unbeschränktes und unbelastetes Eigenkapital** Das WAG 2007 kennt drei Stufen für das Anfangskapital¹²³. Dieses muss den Geschäftsführern in voller Höhe und ohne Belastung zu Verfügung stehen. Das Geld muss daher in der Höhe der Mindestbeträge voll einbezahlt sein.

¹¹⁷ Was nicht der Fall ist, wenn das Depotkonto des Kunden bei einer Depotbank geführt wird und der Vermögensverwalter nur die Verfügungsvollmacht besitzt, vgl. bereits oben unter A.1.

¹¹⁸ Ausgenommen von der Konzessionspflicht sind nur Finanzdienstleistungsassistenzen im Umfang des § 2 Abs. 1 Z 15

¹¹⁹ § 3 Abs. 2 Z 1-4 WAG 2007

¹²⁰ Vgl. § 1 Z 2 lit. D WAG 2007

¹²¹ § 3 Abs. 1 WAG 2007

¹²² § 3 Abs. 5 Z 6 WAG 2007. Dies ist wohl eher eine Abgrenzung zur Niederlassungsfreiheit, als eine Voraussetzung.

¹²³ § 3 Abs. 6 WAG 2007

Atriche

- € 125 000 für Vermögensverwalter
 - € 50 000 für Vermögensberater und/oder Vermittler
 - € 730 000 für den Betrieb einer MTF
- 5) **Geschäftsleitung:** mindestens zwei Geschäftsleiter
keine Einzelvertretungsmacht, Einzelprokura oder Einzelhandelsvollmacht für den gesamten Geschäftsbetrieb, Nachweis fachlicher Eignung und Erfahrung für die Erbringung von Wertpapierdienstleistungen, keine Ausschließungsgründe nach § 13 Abs. 1 bis 6 GewO 1994 (nicht getilgte gerichtliche Strafen, Finanzvergehen Abgabenhinterziehung etc.; Konkurs mangels Masse; Entziehung der Gewerbeberechtigung wegen mangelnder Zuverlässigkeit), geordnete wirtschaftliche Verhältnisse der Geschäftsleiter und keinerlei Zweifel an der persönlichen, für den Betrieb der Finanzdienstleistungsgeschäfte erforderlichen, Zuverlässigkeit, Ansässigkeit wenigstens eines Geschäftsleiters im Inland; keine Ausschließungsgründe i.S.d. § 5 Abs. 1 Z. 6, 7, oder 13 BWG im Heimatland (wenn der Geschäftsleiter nicht österreichischer Staatsbürger ist; Beherrschung der deutschen Sprache
- 6) **Beteiligungsstruktur**
qualifizierte Eigentümer (natürliche oder juristische Personen, die direkt oder indirekt mindestens 10 % des Kapitals oder der Stimmrechte des Unternehmens halten oder die maßgeblichen Einfluss auf die Geschäftsführung ausüben können) müssen den Ansprüchen einer soliden und umsichtigen Führung genügen und es dürfen keine Tatsachen vorliegen, aus denen sich Zweifel an der persönlichen Zuverlässigkeit dieser Person ergeben; liegen derartige Tatsachen vor, dann darf die Konzession nur erteilt werden, wenn die Unbegründetheit der Zweifel bescheinigt wurde
- 7) **Fachliche Eignung** und die für die Erbringung von Wertpapierdienstleistungen erforderlichen Eigenschaften und Erfahrungen¹²⁴
- 8) **Geschäftsgegenstand:** kein Halten von Geld, Wertpapieren oder sonstigen Instrumenten, so dass der Erbringer der Dienstleistungen zu keiner Zeit Schuldner seiner Kunden werden kann.
- 9) In der Satzung darf keine Bestimmung enthalten sein, die die Sicherheit der Vermögenswerte oder die ordnungsgemäße Geschäftsführung gefährdet¹²⁵.
- 10) **Geschäftsplan** bestehend aus
- Darstellung der Art der geplanten Geschäfte (Ausführungen über geplante Tätigkeit, Finanzinstrumente, Zielgruppen, Märkte und potentielle Kooperationspartner)
 - Darstellung des organisatorischen Aufbaus (evtl. Organigramm; Namen und Lebensläufe von Prokuristen/ Handlungsbevollmächtigten sowie von Mitgliedern des Aufsichtsrats)

¹²⁴ Das Kriterium der « erforderlichen Eigenschaften » wird in der Literatur als Auffangtatbestand für alle jene Fälle gesehen, in denen die Voraussetzungen der §§ 13 GewO und 5 Abs 1 Z 7 BWG gegeben sind, aber dennoch Zweifel am Vorhandensein der erforderlichen Eigenschaften des Geschäft ; Kapitalmarktrecht, Kalss/Oppitz/Zollner 130

¹²⁵ § 5 Abs. 1 Z 2 BWG

Auriche

– Darstellung des internen Kontrollverfahrens

–

11) **Budgetrechnung** für die nächsten drei Jahre

Der Antrag ist schriftlich bei der FMA einzubringen. Die Konzession kann nur bei Vorliegen aller Konzessionsvoraussetzungen erfüllt werden.

c. **Zur Konzessionspflicht nach § 4 WAG 2007**

Gem. § 4 WAG 2007 brauchen natürliche oder juristische Personen mit Sitz und Hauptverwaltung im Inland, sofern diese im Rahmen der in Art. 3 Abs. 1 der Richtlinie 2004/39/EG angeführten Schranken erfolgt, für die Erlangung der Konzession folgende Voraussetzungen solange nicht erfüllen, als die Summe der jährlichen Umsatzerlöse des Unternehmens 730 000 Euro nicht übersteigt.

- 1) Bei Inanspruchnahme des § 4 WAG ist die Rechtsform einer Kapitalgesellschaft nicht erforderlich
- 2) Die Voraussetzungen für Geschäftsleiter (§ 5 Abs. 1 Z 12 bei Hinweis in den Geschäftspapieren) brauchen nicht erfüllt werden.
- 3) Die Voraussetzungen betreffend das Mindesteigenkapital (§ 3 Abs. 6 und § 9 Abs. 2) fallen nach § 4 WAG weg, wenn der Konzessionswerber eine Berufshaftpflichtversicherung bei einer in Österreich zum Betrieb des Versicherungsgeschäftes berechtigten Versicherung abgeschlossen hat, die das aus seiner Geschäftstätigkeit resultierende Risiko abdeckt¹²⁶

Die Berufshaftpflichtversicherung muss bei einem im Inland zum Betrieb des Versicherungsgeschäftes berechtigten Versicherungsunternehmen abgeschlossen werden und muss das aus der Geschäftstätigkeit resultierende Risiko abdecken. Die Haftungssumme des Versicherungsvertrages muss mindestens eine Million Euro für jeden einzelnen Schadensfall und eine Gesamtsumme von mindestens 1,5 Millionen Euro für sämtliche Schadensfälle eines Kalenderjahres betragen. Der Versicherer hat ein allfälliges späteres Erlöschen des Versicherungsschutzes, bei sonstiger Schadenersatzpflicht, der FMA unverzüglich schriftlich bekannt zu geben. Im Versicherungsvertrag ist vorzusehen, dass dem Kunden ein von der Inhabung des Versicherungsscheines unabhängiger, unmittelbarer Anspruch gegen den Versicherer zusteht, § 158c Abs. 1 und 2 Versicherungsvertragsgesetz 1958 – VersVG, BGBl. Nr. 2/1959, sinngemäß anzuwenden ist und eine dreijährige Nachhaftung der Versicherung gilt.

Solche Unternehmen nach § 4 WAG 2007 dürfen sich nicht als Wertpapierfirmen bezeichnen. Sie sind ausschließlich zur Erbringung von Dienstleistungen im Inland berechtigt.

¹²⁶

der Versicherungsvertrag muss folgende Punkte enthalten:

- Versicherungssumme beträgt mindestens EURO 365.000,-- pro einjähriger Versicherungsperiode (Ausnahme: Übersteigen die jährlichen Umsatzerlöse des Wertpapierdienstleistungsunternehmens (WPDLU) EURO 365.000,-- hat die Versicherungssumme mindestens EURO 730.000,-- pro einjähriger Versicherungsperiode zu betragen)
- Jahreshöchstschadensleistung beträgt mindestens das Dreifache der Versicherungssumme

Autriche

d. Beizubringende Nachweise für eine Konzession

- **Lebenslauf** (inkl. Darstellung des beruflichen Werdeganges und der Ausbildung), **Zeugnisse**, Lohnzettel bzw. Einkommensteuerbescheide, Seminarbestätigungen, Gewerbescheine, etc.
- Aktueller **Strafregisterauszug** (nicht älter als drei Monate)
- Erklärung der Geschäftsleiter dass **keine Anklageerhebung** und geordnete wirtschaftliche Verhältnisse vorliegen (Formblatt)
- **Meldebestätigung**
- Erklärung der Geschäftsleiter zu ihrem Hauptberuf (Formblatt)
- **Geburtsurkunde**, Staatsbürgerschaftsnachweis, Bestätigung der zuständigen Behörde des Heimatlandes (wenn der Geschäftsleiter nicht österreichischer Staatsbürger ist) und Angaben über Deutschkenntnisse
- je nach Fall **Gesellschaftsunterlagen** (Satzung/Gesellschaftsvertrag; Erklärung der Geschäftsleiter, Erklärung der Gesellschafter, ob sie die Beteiligungen an der Konzessionswerberin auf eigene Rechnung halten (wenn nicht Namhaftmachung des Treugebers); Erklärung der Geschäftsleiter, ob die Konzessionswerberin an anderen Unternehmen beteiligt ist)
- **Geschäftsplan**.

Die Konzession kann nur bei Vorliegen **aller** Konzessionsvoraussetzungen erteilt werden. Der Konzessionswerber muss alle aufgezählten Anforderungen erfüllen und die genannten Unterlagen bzw. Angaben dem Konzessionsantrag anhängen.

e. Generelle Ausnahmen von der Anwendung des WAG 2007

Gem. § 2 Abs. 1 WAG 2007 gelten die oben genannten Vorgaben nicht für folgende Unternehmen oder Personen:

1. Versicherungsunternehmen gemäß §§ 1 und 1a Versicherungsaufsichtsgesetz – VAG, BGBl. Nr. 569/1978, nach Maßgabe von Abs. 2;
2. Personen, die Wertpapierdienstleistungen ausschließlich für ihr Mutterunternehmen, ihre Tochterunternehmen oder andere Tochterunternehmen ihres Mutterunternehmens erbringen;
3. Personen, deren Wertpapierdienstleistungen ausschließlich in der Verwaltung von Systemen der Arbeitnehmerbeteiligung bestehen;
4. Personen, die ausschließlich gemäß Z 2 und 3 Wertpapierdienstleistungen erbringen;

-Anwendung österreichischen Rechts auf den Versicherungsvertrag
-einen unmittelbaren und von der Innehabung des Versicherungsscheines unabhängigen Anspruch des Kunden gegen den Versicherer
-Leistungspflicht des Versicherers gegenüber dem Kunden, auch wenn er von der Leistungspflicht gegenüber dem WPDLU ganz oder teilweise frei ist (§ 158 c Abs. 1 VersVG)
-Nichtbestehen bzw. Beendigung des Versicherungsverhältnisses wirkt gegenüber dem Kunden erst mit Ablauf eines Monats, nachdem der Versicherer dies der FMA angezeigt hat (§ 158 c Abs. 2 VersVG)
dreijährige Nachhaftung des Versicherers

Autriche

5. Personen, die nur gelegentlich Wertpapierdienstleistungen im Rahmen ihrer beruflichen Tätigkeit erbringen, wenn diese Tätigkeit durch Gesetze oder Landesregeln geregelt ist, die die Erbringung dieser Dienstleistung nicht ausschließen;
6. Personen, deren Wertpapierdienstleistung oder Anlagetätigkeit nur im Handel für eigene Rechnung besteht, sofern sie keine Market Maker sind oder in organisierter und systematischer Weise häufig für eigene Rechnung außerhalb eines geregelten Marktes oder eines multilateralen Handelssystems Handel treiben, indem sie ein für Dritte zugängliches System anbieten, um mit ihnen Geschäfte durchzuführen;
7. die Oesterreichische Nationalbank, ausgenommen ihre Meldepflicht gemäß § 64 Abs. 1, sowie andere Mitglieder des Europäischen Systems der Zentralbanken;
8. die Österreichische Bundesfinanzierungsagentur;
9. Kapitalanlagegesellschaften gemäß § 2 Abs. 1 Investmentfondsgesetz – InvFG 1993, BGBl. Nr. 532/1993, vorbehaltlich des Abs. 3 sowie Kapitalanlagegesellschaften für Immobilien gemäß § 2 Abs. 1 Immobilien-Investmentfondsgesetz – ImmoInvFG, BGBl. I Nr. 80/2003;
10. Pensionskassen nach dem Pensionskassengesetz – PKG, BGBl. Nr. 281/1990, sowie Mitarbeitervorsorgekassen gemäß Betriebliches Mitarbeitervorsorgegesetz – BMVG, BGBl. I Nr. 100/2002;
11. Personen, die für eigene Rechnung mit Finanzinstrumenten handeln oder Wertpapierdienstleistungen in Bezug auf Derivatkontrakte gemäß § 1 Z 6 lit. e bis g und j für die Kunden ihrer Haupttätigkeit erbringen, sofern dies
 - a) auf Ebene der Unternehmensgruppe eine Nebentätigkeit zu ihrer Haupttätigkeit darstellt und
 - b) diese Haupttätigkeit weder in der Erbringung von Wertpapierdienstleistungen gemäß § 1 Z 2 noch von Bankgeschäften gemäß § 1 Abs. 1 BWG besteht.Die für Kunden der Haupttätigkeit zu erbringenden Wertpapierdienstleistungen in Bezug auf Derivatkontrakte gemäß § 1 Z 6 lit. e bis g und j haben in einem sachlichen Zusammenhang mit der Haupttätigkeit zu stehen.
12. Personen, die im Rahmen einer anderen beruflichen Tätigkeit die Anlageberatung betreiben, die als solche nicht gesondert vergütet wird;
13. Personen, deren Haupttätigkeit im Handel für eigene Rechnung mit Waren oder Warenderivaten gemäß § 1 Z 6 lit. e bis g besteht, und die nicht Teil einer Unternehmensgruppe sind, deren Haupttätigkeit in der Erbringung von Wertpapierdienstleistungen gemäß § 1 Z 2 oder von Bankgeschäften gemäß § 1 Abs. 1 BWG besteht;
14. Unternehmen, die ausschließlich eine oder mehrere der nachstehenden Wertpapierdienstleistungen oder Anlagetätigkeiten erbringen, sofern Clearingmitglieder der in lit. a genannten Märkte oder Handelssysteme für die Erfüllung der von solchen Unternehmen an diesen Märkten oder in diesen Handelssystemen abgeschlossenen Geschäfte haften:
 - a) der Handel für eigene Rechnung an geregelten Märkten oder in multilateralen Handelssystemen, an oder in denen Derivate gehandelt werden (Derivatemärkte), und auf Kassamärkten nur zur Absicherung von Positionen auf den genannten Derivatemärkten;
 - b) der Handel für Rechnung anderer Mitglieder dieser Märkte;
 - c) die Stellung von An- und Verkaufsangeboten als Market Maker für Rechnung anderer Mitglieder dieser Märkte (Lokale Firmen);
15. Natürliche Personen, die wenngleich selbständig, eine oder mehrere Dienstleistungen gemäß § 3 Abs. 2 Z 1 und 3 ausschließlich bezüglich Finanzinstrumenten gemäß § 1 Z 6 lit. a und c im Namen und auf Rechnung einer Wertpapierfirma gemäß § 3, eines Wertpapierdienstleistungsunternehmens, eines österreichischen

Auriche

Kreditinstituts oder eines österreichischen Versicherungsunternehmens nach Maßgabe von Abs. 2 im Inland erbringen, brauchen keine Konzession gemäß den §§ 3 oder 4. Das Unternehmen haftet für das Verschulden der Personen, deren es sich bei der Erbringung der Wertpapierdienstleistungen bedient, gemäß § 1313a ABGB. In Bezug auf die Einhaltung der Bestimmungen dieses Bundesgesetzes sowie der übrigen für Wertpapierdienstleistungen geltenden Gesetze und Verordnungen ist das Verhalten der selbständigen Vertreter jedenfalls nur dem Unternehmen selbst zuzurechnen.

f. **Sonderfall: Ausländische Wertpapierfirmen aus EU Mitgliedstaaten in Österreich**

In Umsetzung der MiFID können gem. § 12 Abs. 1 WAG **Wertpapierdienstleistungen und Anlagetätigkeiten gemäß Art. 4 Abs. 1 Z 2 MiFID**¹²⁷ sowie die in Anhang I Abschnitt B MiFID angeführten Nebendienstleistungen¹²⁸ von einer **Wertpapierfirma im Sinne von Art. 4 Abs. 1 Z 1 MiFID**¹²⁹, die in einem **anderen Mitgliedstaat** zugelassen ist, in Österreich

¹²⁷ Art. 4 Abs. 1 Z 2 MiFID verweist auf Anhang I Abschnitt A:

1. Annahme und Übermittlung von Aufträgen, die ein oder mehrere Finanzinstrument(e) zum Gegenstand haben
2. Ausführung von Aufträgen im Namen von Kunden
3. Handel für eigene Rechnung
4. Portfolio-Verwaltung
5. Anlageberatung
6. Übernahme der Emission von Finanzinstrumenten und/oder Platzierung von Finanzinstrumenten mit fester Übernahmeverpflichtung
7. Platzierung von Finanzinstrumenten ohne feste Übernahmeverpflichtung
8. Betrieb eines multilateralen Handelssystems (MTF)

¹²⁸ Anhang I Abschnitt B:

1. Verwahrung und Verwaltung von Finanzinstrumenten für Rechnung von Kunden, einschließlich der Depotverwahrung und verbundener Dienstleistungen wie Cash-Management oder Sicherheitenverwaltung
2. Gewährung von Krediten oder Darlehen an Anleger für die Durchführung von Geschäften mit einem oder mehreren Finanzinstrumenten, sofern das kredit- oder darlehensgewährende Unternehmen an diesen Geschäften beteiligt ist
3. Beratung von Unternehmen hinsichtlich der Kapitalstrukturierung, der branchenspezifischen Strategie und damit zusammenhängender Fragen sowie Beratung und Dienstleistungen bei Unternehmensfusionen und -aufkäufen
4. Devisengeschäfte, wenn diese im Zusammenhang mit der Erbringung von Wertpapierdienstleistungen stehen
5. Wertpapier- und Finanzanalyse oder sonstige Formen allgemeiner Empfehlungen, die Geschäfte mit Finanzinstrumenten betreffen
6. Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Übernahme von Emissionen
7. Wertpapierdienstleistungen und Anlagetätigkeiten sowie Nebendienstleistungen des in Anhang I Abschnitt A oder B enthaltenen Typs betreffend den Basiswert der in Abschnitt C Nummern 5, 6, 7 und 10 enthaltenen Derivate, wenn diese mit der Erbringung der Wertpapier- oder der Nebendienstleistung in Zusammenhang stehen.

¹²⁹ Art. 4 Abs. 1 Z 1 MiFID:

- (1) Für die Zwecke dieser Richtlinie bezeichnet der Ausdruck
1. Wertpapierfirma: jede juristische Person, die im Rahmen ihrer üblichen beruflichen oder gewerblichen Tätigkeit gewerbsmäßig eine oder mehrere Wertpapierdienstleistungen für Dritte erbringt und/oder eine oder mehrere Anlagetätigkeiten ausübt. Die Mitgliedstaaten können als Wertpapierfirma auch Unternehmen, die keine juristischen Personen sind, definieren, sofern a) ihre Rechtsform Dritten ein Schutzniveau bietet, das dem von juristischen Personen gebotenen Schutz gleichwertig ist, und b) sie einer gleichwertigen und ihrer Rechtsform angemessenen Aufsicht unterliegen.

Autriche

über eine Zweigstelle erbracht oder ausgeübt oder im Wege der **Dienstleistungsfreiheit** erbracht werden, soweit ihre Zulassung sie dazu berechtigt. Nebendienstleistungen dürfen allerdings nur in Verbindung mit einer Wertpapierdienstleistung oder Anlagetätigkeit erbracht werden.

Die Errichtung einer Zweigstelle in Österreich ist zulässig, wenn die zuständige Behörde des Herkunftsmitgliedstaates der FMA gemäß § 13 Abs. 1 Z 1 bis 4 und Abs. 3 Angaben über

1. den Mitgliedstaat, in dessen Hoheitsgebiet die Errichtung einer Zweigstelle geplant ist;
2. den Geschäftsplan, in dem die Art der angebotenen Wertpapierdienstleistungen und Anlagetätigkeiten sowie Nebendienstleistungen sowie die Organisationsstruktur der Zweigstelle anzugeben sind; beabsichtigt die betreffende Wertpapierfirma, vertraglich gebundene Vermittler heranzuziehen, ist auch diese Absicht anzugeben;
3. die Anschrift, unter der im Aufnahmemitgliedstaat Unterlagen der Wertpapierfirma angefordert werden können;
4. die Namen der Geschäftsleiter der Zweigstelle

übermittelt hat.

Nach Einlangen einer Mitteilung gemäß Abs. 2, spätestens jedoch nach zwei Monaten nach Weiterleitung der Mitteilung durch die zuständige Behörde des Herkunftsmitgliedstaates, kann die Zweigstelle errichtet werden und ihre Tätigkeit aufnehmen.

Wertpapierfirmen, die Tätigkeiten in Österreich über eine Zweigstelle ausüben, haben eine Vielzahl der WAG- und BWG-Bestimmungen einzuhalten.¹³⁰ Die zuständigen Behörden des Herkunftsmitgliedstaates einer Wertpapierfirma können nach vorheriger Unterrichtung der FMA selbst in Wahrnehmung ihrer Pflichten bei der Zweigstelle vor Ort Ermittlungen in dieser Zweigstelle vornehmen. Wertpapierfirmen und Marktbetreiber aus anderen Mitgliedstaaten, die ein MTF betreiben, können geeignete Systeme im Inland bereitstellen, um Fernnutzern oder -teilnehmern im Inland den Zugang zu ihren Systemen sowie deren Nutzung zu erleichtern.

Im Rahmen der Niederlassungsfreiheit im EU-Raum gilt für die Aufsicht § 14 WAG 2007. Zweigstellen von Wertpapierfirmen gemäß § 12 haben die Beachtung gesetzlicher Vorga-

Erbringt eine natürliche Person jedoch Dienstleistungen, die das Halten von Geldern oder übertragbaren Wertpapieren Dritter umfassen, so kann sie nur dann als Wertpapierfirma im Sinne dieser Richtlinie gelten, wenn sie unbeschadet der sonstigen Anforderungen der vorliegenden Richtlinie und der Richtlinie 93/6/EWG folgende Bedingungen erfüllt:

a) Die Eigentumsrechte Dritter an Wertpapieren und Geldern müssen insbesondere im Falle der Insolvenz der Firma oder ihrer Eigentümer, einer Pfändung, einer Aufrechnung oder anderer von den Gläubigern der Firma oder ihrer Eigentümer geltend gemachter Ansprüche gewahrt werden;

b) die Firma muss Vorschriften zur Überwachung ihrer Solvenz einschließlich der ihrer Eigentümer unterworfen sein;

c) der Jahresabschluss der Firma muss von einer oder mehreren nach nationalem Recht zur Rechnungsprüfung befugten Person(en) geprüft werden;

d) hat eine Firma nur einen Eigentümer, so muss dieser entsprechende Vorkehrungen zum Schutz der Anleger für den Fall treffen, dass die Firma ihre Geschäftstätigkeit aufgrund seines Ablebens, seiner Geschäftsunfähigkeit oder einer vergleichbaren Gegebenheit einstellt.

¹³⁰

Die §§ 36, 38 bis 59, 61 bis 66 und 69 bis 71 WAG, die §§ 33 bis 38, 40, 40a, 40b, 40d, 41 und § 93 Abs. 8a BWG, sowie die auf Grund dieser Bestimmungen erlassenen Verordnungen und Bescheide.

Atriche

ben¹³¹ durch Abschlussprüfer prüfen zu lassen. Über das Ergebnis der Prüfung ist ein Prüfungsbericht in deutscher Sprache zu erstellen und erforderlichenfalls zu erläutern. Dieser Bericht ist von den Zweigstellen von Wertpapierfirmen innerhalb von sechs Monaten nach Abschluss des Geschäftsjahres der FMA zu übermitteln. Der Prüfungsbericht ist so zeitgerecht zu erstellen und den Geschäftsleitern der Zweigstellen von Wertpapierfirmen aus Mitgliedstaaten in Österreich zu übermitteln, dass die genannte Vorlagefrist eingehalten werden kann.

g. Sonderfall Schweiz:

Die Vorschriften des § 12 WAG 2007 erstrecken sich nicht ausdrücklich auch auf Schweizer Vermögensberater. § 12 findet daher auf Schweizer Vermögensverwalter keine Anwendung, sondern es gelten die allgemeinen Vorschriften des § 3, 4 WAG 2007, die die Tätigkeit Schweizer Vermögensverwalter in Österreich sehr erschweren.

h. Die Anlegerentschädigungseinrichtung

Praktisch alle Wertpapierfirmen müssen gem. § 75 ff WAG 2007 der Anlegerentschädigungseinrichtung für Wertpapierdienstleistungsunternehmen (AeW) angehören. Ausgenommen sind lediglich die WPF, die nur die Konzession zur Anlageberatung und/oder Betrieb einer multilateralen Handelsplattform haben¹³². Alle Wertpapierfirmen müssen allerdings einer Anlegerentschädigung angehören, sobald diese grenzüberschreitend tätig sind, dann auch Wertpapierfirmen die nur die Konzession zur Anlageberatung haben¹³³.

Gehört eine solche Wertpapierfirma entgegen dieser Pflicht der Entschädigungseinrichtung nicht an, so erlischt die Berechtigung (Konzession) zur Erbringung von Wertpapierdienstleistungen

i. Wohlverhaltensregeln

Die konzessionspflichtigen Finanzdienstleistungsgeschäfte sind vom Anwendungsbereich der Wohlverhaltensregeln erfasst, die ebenfalls für Kreditinstitute gelten. So hat ein Konzessionsträger bei der Erbringung von Wertpapierdienstleistungen ehrlich, redlich und professionell im bestmöglichen Interesse seiner Kunden zu handeln und den Wohlverhaltensregeln zu entsprechen.

j. Zuständige Behörde

Finanzmarktaufsicht (FMA)

Praterstraße 23
1020 Wien
Tel. +43-1-24959-0
Fax +43-1-24959-5499
fma@fma.gv.at

¹³¹ Konkret der §§ 36, 38 bis 59, 61 bis 66 und 69 bis 71.

¹³² § 75 Abs. 1 WAG 2007

¹³³ Dies ergibt sich aus Artikel 11 der RL 2004/39/EG

C. Dienstleistungsfreiheit

Über die MiFID wurde im WAG 2007 für Wertpapierfirmen im EU-Raum das Herkunftslandprinzip eingeführt. Wertpapierdienstleistungen und Anlagetätigkeiten gemäß Art. 4 Abs. 1 Z 2 und Anhang I Abschnitt B MiFID können von einer zugelassenen EU-Wertpapierfirma im Wege der Dienstleistungsfreiheit erbracht werden, soweit ihre Zulassung sie dazu berechtigt.

WPF, die in Österreich tätig werden möchten, müssen dies zuvor schriftlich bei der FMA unter Bekanntgabe folgender Daten tun¹³⁴:

- a) Vertragsstaat, in dem die Errichtung der Zweigstelle geplant ist
- b) Geschäftsplan inklusive Art der angebotenen Wertpapierdienstleistung und Organisationstruktur
- c) Die Anschrift im Aufnahmestaat (Vertragsstaat)
- d) Die Namen der Geschäftsleiter der Zweigstelle

Die FMA muss dann innerhalb von 3 Monate mit Bescheid darüber entscheiden, ob sie bereit ist, die Angaben der zuständigen Behörde des Aufnahmemitgliedsstaates zu übermitteln. Bei einem positiven Bescheid übermittelt die FMA daraufhin die Meldung an die zuständige Behörde des Aufnahmemitgliedsstaats. Dieser muss die WPF innerhalb von 2 Monaten in ein öffentliches Register eintragen. Für ausländische, in Österreich tätig werdende Wertpapierfirmen befindet sich dieses Register auf der Homepage der FMA.

Zuständige Behörde

Finanzmarktaufsicht (FMA)

Praterstraße 23
1020 Wien
Tel. +43-1-24959-0
Fax +43-1-24959-5499
fma@fma.gv.at

¹³⁴ § 13 Abs. 1 Z 1-4 WAG 2007

FRANCE

Droit communautaire

- Directive 2001/107/CE du 21 janvier 2002 modifiant la directive 85/611/CEE du Conseil portant coordination des dispositions législatives, réglementaires et administratives concernant certains Organismes de Placement Collectif en Valeurs Mobilières (OPCVM) en vue d'introduire une réglementation relative aux sociétés de gestion et aux prospectus simplifiés
- Directive 2004/39/CE du Parlement européen et du Conseil du 21 avril 2004 concernant les marchés d'instruments financiers, modifiant les directives 85/611/CE et 93/6/CEE du Conseil et la directive 2000/12/CE du Parlement et du Conseil et abrogeant la directive 93/22/CEE du Conseil
- Directive 2006/73/CE de la Commission du 10 août 2006 portant mesures d'exécution de la directive 2004/39/CE du Parlement européen et du Conseil en ce qui concerne les exigences organisationnelles et les conditions d'exercice applicables aux entreprises d'investissement et la définition de certains termes aux fins de ladite directive
- Directive 2006/31/CE du Parlement et du Conseil du 5 avril 2006 modifiant la directive 2004/39/CE concernant les marchés d'instruments

Droit interne

- Loi n° 2003-706 du 1er août 2003 de sécurité financière publiée au Journal officiel du 2 août 2003

II. RAPPORT

Les prestataires de services d'investissement sont définis par l'article L.531-1 al. 1^{er} du Code monétaire et financier comme « les entreprises d'investissement et les établissements de crédit ayant reçu un agrément pour fournir des services d'investissement au sens de l'article L. 321-1 ».

L'article L.321-1 du Code Monétaire et Financier dispose :

« Les services d'investissement portent sur les instruments financiers énumérés à l'article L. 211-1 et comprennent les services et activités suivants :

1. La réception et la transmission d'ordres pour le compte de tiers ;
2. L'exécution d'ordres pour le compte de tiers ;
3. La négociation pour compte propre ;
4. La gestion de portefeuille pour le compte de tiers ;
5. Le conseil en investissement ;
- 6-1. La prise ferme ;
- 6-2. Le placement garanti ;
7. Le placement non garanti ;
8. L'exploitation d'un système multilatéral de négociation au sens de l'article L. 424-1.

Un décret précise la définition de ces services.

Les services rendus à l'Etat et à la Banque de France, dans le cadre des politiques de gestion de la monnaie, des taux de change, de la dette publique et des réserves de l'Etat ne sont pas soumis aux dispositions du présent code applicables aux services d'investissement mentionnés au présent article. »

France

Les prestataires de services d'investissements sont désignés au Livre III du Code Monétaire et Financier. Il s'agit des entreprises d'investissement, des établissements de crédit et des sociétés de gestion de portefeuille. Nous nous intéressons ici spécialement aux sociétés de gestion de portefeuille dans la mesure où leur activité principale est la gestion de portefeuille pour le compte de tiers ce qui correspond le mieux à l'activité du gérant de fortune indépendant suisse.

A. Les sociétés de gestion de portefeuille

La loi Sécurité Financière du 1^{er} Août 2003 a unifié le statut des prestataires de gestion de portefeuille faisant disparaître la distinction entre les sociétés de gestion collective et les sociétés de gestion de portefeuille.

Aux termes de l'article L. 532-9 du Code monétaire et financier, les sociétés de gestion de portefeuille sont des entreprises d'investissement qui, à titre principal, gèrent des portefeuilles individuels ou collectifs d'instruments financiers pour le compte de clients. Cette gestion peut être réalisée pour :

- des Organismes de Placements Collectifs de Valeurs Mobilières (OPCVM), c'est à dire des Sociétés d'Investissement à Capital Variable (SICAV) et des Fonds communs de placement (FCP) ;
- des clients privés ou institutionnels.

B. L'agrément

L'activité de gestion de portefeuille nécessite un agrément de l'Autorité des marchés financiers (AMF) ainsi que la rédaction d'un mandat écrit. Pour délivrer cet agrément, l'AMF vérifie divers critères liés à la forme de la société, au capital et à la qualité des dirigeants.

L'entreprise qui sollicite l'agrément a son siège social et sa « direction effective » en France¹³⁵.

La société peut être constituée sous forme d'une société anonyme, d'une société en commandite par actions, ou d'une société en nom collectif. Sous réserve de l'examen particulier de ses statuts, elle peut également revêtir la forme de société en commandite simple ou de société par actions simplifiée (SAS).

À l'initiative des sociétés d'assurance, des établissements de crédit ou des entreprises d'investissement, la société de gestion de portefeuille peut être constituée sous forme de Groupement d'Intérêt Economique (GIE) exerçant son activité exclusivement au service de ses membres.

Depuis la loi du 26 juillet 2005 pour la confiance et la modernisation de l'économie, la société de gestion de portefeuille peut se constituer sous forme de société européenne immatriculée en France. Dans cette hypothèse, elle fonctionne comme une société anonyme à directoire et conseil de surveillance et son siège social peut être transféré dans un autre Etat membre dès lors que l'Autorité des marchés financiers ne s'y oppose pas.

Le montant minimum du capital social d'une société de gestion de portefeuille s'élève à 125 000 euros et doit être libéré en numéraire au moins à hauteur de ce montant. Lors de

¹³⁵ Article L. 532-2 du Code monétaire et financier.

France

l'agrément et au cours des exercices suivants, la société de gestion doit pouvoir justifier, à tout moment, d'un niveau de fonds propres au moins égal au plus élevé des deux montants suivants :

1. 125 000 euros complétés d'un montant égal à 0,02 % du montant de l'actif géré par la société de gestion excédant 250 millions d'euros. Le montant total des fonds propres requis n'excède pas 10 millions d'euros.
2. ou bien le quart des frais généraux annuels de l'exercice précédent (les frais généraux se composent des achats, des autres charges externes, des impôts, taxes et versements assimilés, des charges de personnel et autres charges de la gestion courante).

Lors de l'agrément, le montant des fonds propres est calculé sur la base des données prévisionnelles.

L'article L. 532-9.4 du Code monétaire et financier prévoit que la société de gestion est dirigée effectivement par des personnes possédant l'honorabilité et la compétence nécessaires ainsi que l'expérience adéquate à leurs fonctions (ce sera par exemple des gérants de portefeuille, employés d'un prestataire de services d'investissement ou des conseillers en investissement souhaitant étendre leur activité à la gestion de portefeuille).

L'AMF demande que toute société de gestion de portefeuille soit dirigée et voit son orientation déterminée par les personnes suivantes :

- le premier dirigeant: un mandataire social habilité à représenter la société dans ses rapports avec les tiers. Par exemple, ce sera un directeur général ou un directeur général délégué.
- Le second dirigeant: un autre mandataire social qui peut être soit le président du conseil d'administration soit une personne spécialement habilitée par les organes sociaux collégiaux ou les statuts pour diriger la société et déterminer l'orientation de son activité ce qui comprend notamment le contrôle de l'information comptable et financière et du niveau des fonds propres réglementaires requis.

L'AMF exige également que l'un des deux dirigeants soit présent à temps plein dans la société.

L'article L. 532-9 4. du Code monétaire et financier prévoit également que le règlement général de l'AMF fixe les conditions dans lesquelles une société de gestion de portefeuille peut par dérogation être dirigée effectivement par une seule personne et précise les mesures qui doivent être prises pour garantir la gestion saine et prudente de la société concernée.

La société de gestion fournit l'identité des actionnaires directs ou indirects ainsi que le montant de leur participation. L'AMF apprécie la qualité de l'actionnariat au regard de la nécessité de garantir une gestion saine et prudente.

La société de gestion établit un programme d'activité pour chacun des services qu'elle entend fournir. Ce programme comprend :

- une description du projet de développement de l'activité de gestion de portefeuille ;
- et des activités accessoires que souhaite exercer la société de gestion telles que la réception et la transmission d'ordres ou le démarchage financier.

France

La demande est faite à l'AMF qui statue dans un délai maximum de trois mois suivant le dépôt du dossier. Ce délai est suspendu jusqu'à la réception des éléments complémentaires demandés.

Au jour de la demande d'agrément, la société peut déjà être constituée ou en cours de constitution. Dans ce dernier cas, il faut transmettre à l'AMF dans un certain délai les statuts définitifs de la société, l'attestation de dépôt ou de transfert des fonds, et un extrait K bis. Si ces éléments ne sont pas fournis dans le délai imparti, l'agrément devient caduc.

L'AMF peut refuser l'agrément lorsqu'une des conditions n'est pas remplie. Dans le cas où l'AMF refuse d'agréer la société, sa décision est motivée et notifiée au demandeur. La décision peut faire l'objet d'un recours devant le Conseil d'Etat.

C. Liberté de prestation de services et liberté d'établissement

1. Présentation

L'article L. 531-10 du Code Monétaire et Financier dispose :

«sous réserve des dispositions de l'article L. 531-2, il est interdit à toute personne autre qu'un prestataire de service d'investissement ou qu'une personne mentionnée à l'article L. 532-18 ou à l'article L. 532-18-1 de fournir à des tiers des services d'investissement, à titre de profession habituelle.¹³⁶»

¹³⁶

Peuvent fournir des services d'investissement dans les limites des dispositions législatives qui, le cas échéant, les régissent, sans être soumis à la procédure d'agrément prévue à l'article L. 532-1 mais sans pouvoir prétendre au bénéfice des dispositions des articles L. 532-16 à L. 532-27 :

1° a) L'Etat, la Caisse de la dette publique et la Caisse d'amortissement de la dette sociale ;

b) La Banque de France ;

c) L'Institut d'émission des départements d'outre-mer et l'Institut d'émission d'outre-mer :

2° a) Les entreprises d'assurance et de réassurance régies par le code des assurances ;

b) Les organismes de placement collectif mentionnés à l'article L. 214-1, ainsi que les sociétés chargées de la gestion des organismes de placement collectif mentionnés aux 2, 3 et 4 du I de l'article L. 214-1 ;

c) Les institutions de retraites professionnelles mentionnées à l'article L. 370-1 du code des assurances pour leurs opérations mentionnées à l'article L. 370-2 du même code, ainsi que les personnes morales administrant une institution de retraite professionnelle mentionnée à l'article 8 de l'ordonnance n° 2006-344 du 23 mars 2006 relative aux retraites professionnelles supplémentaires ;

d) Les personnes qui ne fournissent des services d'investissement qu'aux personnes morales qui les contrôlent, à celles que ces dernières contrôlent, ainsi qu'à celles qu'elles contrôlent elles-mêmes. Pour l'application du présent d, la notion de contrôle s'entend du contrôle direct ou indirect au sens de l'article L. 233-3 du code de commerce ;

e) Les entreprises dont les activités de services d'investissement se limitent à la gestion d'un système d'épargne salariale ;

f) Les entreprises dont les activités se limitent à celles mentionnées aux d et e ci-dessus ;

g) Les personnes qui fournissent les services de conseil en investissement ou de réception et de transmission d'ordres pour le compte de tiers, de manière accessoire et dans le cadre d'une activité professionnelle non financière ou d'une activité d'expert-comptable, dans la mesure où celle-ci est régie par des dispositions législatives ou réglementaires ou par un code de déontologie approuvé par une autorité publique qui ne l'interdisent pas formellement ;

h) Les personnes dont l'activité est régie par le chapitre Ier du titre IV du livre III à la condition qu'elles soient mandatées, conformément à l'article L. 341-4, par des personnes habilitées à fournir les mêmes services d'investissement ;

i) Les personnes qui ne fournissent aucun autre service d'investissement que la négociation pour compte propre, à moins qu'elles ne soient teneurs de marché ou qu'elles ne négocient pour compte propre de façon organisée, fréquente et systématique en dehors d'un marché réglementé ou d'un

France

En effet, l'article L. 532-18-1 du Code monétaire et financier dispose :

«Dans la limite des services qu'elle est autorisée à fournir sur le territoire de son Etat d'origine, et en fonction de l'agrément qu'elle y a reçu, toute personne morale ou physique agréée pour fournir des services d'investissement peut, sans préjudice des dispositions des articles L. 511-21 à L. 511-28, établir des succursales pour fournir des services d'investissement et des services connexes sur le territoire de la France métropolitaine et des départements d'outre-mer.

Pour l'application des articles L. 213-3, L. 421-17 à L. 421-19, L. 431-7, L. 432-20, L. 531-10, du 5 de l'article L. 533-10, des articles L. 621-17-2 à L. 621-17-7 et L. 621-18-1, les personnes mentionnées à l'alinéa précédent sont assimilées à des prestataires de services d'investissement.

Lorsqu'un prestataire de services d'investissement ayant son siège social dans un autre Etat membre recourt à des agents liés mentionnés à l'article L. 545-1, établis sur le territoire de la France métropolitaine et des départements d'outre-mer, ces agents sont assimilés à une succursale.»

Il est possible de s'établir librement en France par le biais d'une succursale. Le code monétaire et financier le prévoit, encore une fois, au profit de prestataires venant d'un Etat membre de l'Union européenne ou partie de l'accord sur l'Espace économique européen. L'article L. 532-18 du Code monétaire et financier dispose :

«Dans la limite des services qu'elle est autorisée à fournir sur le territoire de son Etat d'origine, et en fonction de l'agrément qu'elle y a reçu, toute personne morale ou physique agréée pour fournir des services d'investissement peut, sans préjudice des dispositions des articles L. 511-21 à L. 511-26, fournir des services d'investissement et des services connexes

système multilatéral de négociation, en fournissant un service accessible à des tiers afin d'entrer en négociation avec eux. Au sens du présent alinéa, un teneur de marché est une personne qui est présente de manière continue sur les marchés financiers pour négocier pour son propre compte et qui se porte acheteuse et vendeuse d'instruments financiers en engageant ses propres capitaux, à des prix fixés par elle ;

j) Les personnes négociant des instruments financiers pour compte propre ou fournissant des services d'investissement concernant des contrats à terme sur marchandises ou autres contrats à terme précisés par décret, aux clients de leur activité principale, à condition que ces prestations soient accessoires à leur activité principale, lorsque cette activité principale est appréhendée au niveau du groupe au sens du III de l'article L. 511-20, et qu'elle ne consiste pas en la fourniture de services d'investissement ou en la réalisation d'opérations de banque ;

k) Les conseillers en investissements financiers, dans les conditions et limites fixées au chapitre Ier du titre IV ;

l) Les personnes, autres que les conseillers en investissements financiers, fournissant des conseils en investissement dans le cadre de l'exercice d'une autre activité professionnelle qui n'est pas régie par le présent titre, à condition que la fourniture de tels conseils ne soit pas spécifiquement rémunérée ;

m) Les personnes dont l'activité principale consiste à négocier pour compte propre des marchandises ou des instruments dérivés sur marchandises. La présente exception ne s'applique pas lorsque la personne qui négocie pour compte propre des marchandises ou des instruments dérivés sur marchandises fait partie d'un groupe, au sens du III de l'article L. 511-20, dont l'activité principale est la fourniture de services d'investissement ou la réalisation d'opérations de banque ;

n) Les entreprises dont les services d'investissement consistent exclusivement à négocier pour compte propre sur des marchés d'instruments financiers à terme, ou sur des marchés au comptant aux seules fins de couvrir des positions sur des marchés dérivés, ou qui négocient ou assurent la formation des prix pour le compte d'autres membres de ces marchés, et qui sont couvertes par la garantie d'un adhérent d'une chambre de compensation, lorsque la responsabilité des contrats conclus par ces entreprises est assumée par un adhérent d'une chambre de compensation.

France

en libre prestation de services sur le territoire de la France métropolitaine et des départements d'outre-mer.

Pour l'application des articles L. 213-3, L. 421-17 à L. 421-19, L. 431-7, L. 531-10, L. 621-17-2 à L. 621-17-7 et L. 621-18-1, les personnes mentionnées à l'alinéa précédent sont assimilées à des prestataires de services d'investissement.»

Ces dispositions transposent la Directive 2004/39/CE du 21 avril 2004 ayant pour objectif le passeport européen par le biais de l'agrément : les prestataires agréés pour fournir des services d'investissement dans un Etat Membre peuvent établir une succursale en France ou intervenir en libre prestation de services et réciproquement.

Ces prestataires de services d'investissement se trouvent sous le contrôle de l'Autorité des marchés financiers pour le respect des règles déontologiques et de bonne conduite dans leurs relations avec leur clientèle en France ou avec les marchés français conformément aux dispositions de l'article 314-1 du Règlement général de l'autorité des marchés financiers.

2. Situation des ressortissants suisses

Les dispositions qui viennent d'être évoquées ne sont applicables qu'aux prestataires de services d'investissement dont l'Etat d'origine est un Etat membre de la Communauté européenne ou est partie à l'accord sur l'Espace économique européen. Par conséquent, elles ne peuvent être appliquées au gérant de fortune suisse.

La seule possibilité offerte est celle de l'établissement d'une filiale ou d'une succursale sur le territoire français. Il faut préciser que les conditions d'une succursale d'un établissement dont le siège social est situé dans un Etat non partie à l'accord sur l'espace économique européen sont les mêmes que celles exigées pour la création d'une filiale.

Par conséquent, l'agrément devra être demandé à l'AMF et les conditions nécessaires à l'octroi de l'agrément, précisées antérieurement, devront être respectées, les sociétés provenant d'Etats tiers devant être assimilées aux sociétés françaises ou d'origine communautaire.

Dans cette demande, toutefois, l'article R. 532-14 du Code monétaire et financier précise que :

«Lorsque le requérant est une filiale directe ou indirecte d'une entreprise d'investissement ou d'un établissement de crédit n'ayant pas son siège en France, il est tenu de fournir, en outre, des informations précises sur la surveillance s'exerçant sur lui et sur la structure du groupe auquel il appartient ainsi que, le cas échéant, sur la nature et l'étendue de l'habilitation de son entreprise mère à fournir des prestations de services d'investissement.»

De plus, l'article R. 532-15 du Code monétaire et financier prévoit dans son dernier alinéa que :

«Lorsque le requérant est une filiale directe ou indirecte d'une entreprise d'investissement ou d'un établissement de crédit ayant son siège dans un Etat qui n'est pas membre de la Communauté européenne ni partie à l'accord sur l'Espace économique européen, l'Autorité des marchés financiers peut demander toute information complémentaire à l'autorité chargée de l'agrément de l'Etat dans lequel l'entreprise d'investissement ou l'établissement de crédit dont le requérant est la filiale a son siège social.»

Dans l'hypothèse d'un gérant de fortune indépendant souhaitant s'installer en France, ce dernier a la possibilité de créer une société de gestion de portefeuille qui sera dirigée par

France

une seule personne dans la mesure où les conditions de l'article 312-7 du Règlement général de l'Autorité des marchés financiers sont remplies, c'est-à-dire :

- 1° La société de gestion de portefeuille ne gère aucun OPCVM conforme à la directive 85/611/CEE du 20 décembre 1985 ;
- 2° Le montant total des encours gérés par la société de gestion de portefeuille est inférieur à 20 millions d'euros ou, si ce montant est supérieur, la société de gestion n'est agréée que pour gérer des fonds communs de placement à risque bénéficiant d'une procédure allégée ;
- 3° Les organes sociaux collégiaux ou les statuts de la société de gestion de portefeuille ont désigné une personne aux fins de remplacer immédiatement et dans toutes ses fonctions le dirigeant mis dans l'impossibilité de les exercer ;
- 4° La personne désignée en application du 3° possède l'honorabilité nécessaire et l'expérience adéquate à sa fonction de dirigeant en vue de garantir la gestion saine et prudente de la société de gestion de portefeuille. Elle doit disposer de la disponibilité nécessaire pour être en mesure d'assurer le remplacement du dirigeant

L'article L. 532-9 6. du Code monétaire et financier prévoit enfin que :

«L'autorité des marchés financiers peut refuser l'agrément lorsque l'exercice de la mission de surveillance de la société de gestion de portefeuille est susceptible d'être entravé soit par l'existence d'un lien de capital ou de contrôle direct ou indirect entre l'entreprise requérante et d'autres personnes physiques ou morales, soit par l'existence de dispositions législatives ou réglementaires d'un Etat qui n'est pas partie à l'accord sur l'Espace économique européen et dont relèvent une ou plus de ces personnes.»

Les dossiers sont à adresser à :

Autorité des marchés financiers
Services des prestataires et des produits d'épargne
17 Place de la Bourse
75082 Paris Cédex 2

ITALIE

Introduzione

Il **gestore di patrimoni**, in Svizzera, “**amministra i beni dei propri clienti e li consiglia in ambito finanziario e patrimoniale**”. Peraltro, “spesso l'ampia gamma dell'offerta va oltre la **gestione bancaria di patrimoni**. Le attività aggiuntive consistono in qualsiasi tipo di operazione d'investimento, **consulenza fiscale**, pianificazione previdenziale, consolidamento del patrimonio, copertura assicurativa, sviluppo di portafogli **immobiliari**, pianificazione della **successione**, regolamentazione di **questioni ereditarie**, **consulenza giuridica**, consulenza in materia di **finanziamenti**, Cash-Management, **operazioni commerciali** e altro ancora »¹³⁷.

L'attività del gestore di patrimoni è dunque, in Svizzera, alquanto **largamente intesa**. Non vi è, in Italia, un **diretto equivalente**. Una tale attività sembra ricadere, in Italia, nell'ambito di spettanza di **più figure professionali**. Vengono in particolare in considerazione almeno tre **categorie di attività** : la “**gestione su base individuale di portafogli di investimento**”, la “**consulenza in materia d'investimenti**”, l’“**amministrazione di patrimoni e di singoli beni**”:

- La “**gestione su base individuale di portafogli di investimento**” – ora denominata, a seguito delle modifiche introdotte con D.lgs. n. 164/2007, “gestione di portafogli” – rientra nel novero dei “**servizi di investimento**” (ora “servizi ed attività di investimento”) disciplinati dal **Decreto legislativo 24 febbraio 1998, n. 58 e successive modificazioni** (“Testo unico delle disposizioni in materia di intermediazione finanziaria”, c.d. legge Draghi; qui di seguito “**D.Lgs. 24 febbraio 1998, n. 58**”)¹³⁸. L'esercizio dei **servizi di investimento** è, in Italia, **riservato alla banche, alle società di intermediazione mobiliare** (“S.I.M.”), alle società di gestione armonizzate, e, per quanto riguarda la gestione su base individuale di portafogli di investimento, alle **società di gestione del risparmio** (“S.G.R.”). Oltre che alle banche italiane, alle S.I.M. e alle S.G.R. di diritto italiano, anche « **imprese di investimento** », **comunitarie e extracomunitarie, e dunque elvetiche**, possono esercitare, ma a rigorose condizioni, « **servizi di investimento** » in Italia. Le condizioni e le modalità dell'esercizio, da parte di “imprese di investimento” **extracomunitarie**, di servizi di investimento, ed in particolar modo della gestione su base individuale di portafogli di investimento, sarà oggetto della **Parte Prima** del presente rapporto.
- La “**consulenza in materia d'investimenti**” è definita dall'art. 1, comma 5-septies del T.U.F, come sostituito dal **d.lgs. n. 164/2007**, che ha recepito nell'ordinamento nazionale la direttiva MIFID (2004/39) come “la **prestazione di raccomandazioni personalizzate a un cliente**, dietro sua richiesta o per iniziativa del prestatore del servizio, riguardo a **una o più operazioni relative ad un determinato strumento finanziario**”. Tale **nuova « attività d'investimento »** (ritenuta in precedenza, in virtù dell'art. 1 comma 6, lett. f), del T.U.F., semplice “*servizio accessorio*”) è riservata alle imprese d'investimento, alle banche, alle SGR, alle società di gestione armonizzate,

¹³⁷ Informazioni tratte dal sito dell'Associazione svizzera dei gestori di patrimoni (ASG) : http://www.vsv-asg.ch/html/i_wasistdas.htm.

¹³⁸ [Decreto Legislativo n. 58 - Testo Unico della Finanza \[Aggiornato con le modifiche apportate dal d.lgs. n. 164 del 17.9.2007 \(MiFID\), dal d.lgs. 195 del 6.11.2007 \(Transparency\) e dal d.lgs. 229 del 19.11.2007 \(Opa\). In vigore dal 28 dicembre 2007\]](#). Vedin il testo sul sito della Consob [Commissione nazionale per le società e per la borsa] : www.consob.it.

Italia

qualora autorizzate nello Stato membro d'origine, **ed altresì ai c.d. “consulenti finanziari”**, cioè, secondo il nuovo art. 18-bis del T.U.F., “persone fisiche in possesso dei requisiti di onorabilità, indipendenza e patrimoniali stabilite con regolamento adottato dal Ministero dell'Economia e delle Finanze”. Si tratta di una **nuova figura professionale** regolamentata, la cui regolamentazione, da adottarsi tramite “Regolamento Consob” ed un Regolamento ministeriale, è, in questo momento (luglio 2008), allo studio. Si forniranno dettagli al riguardo nella **Parte Seconda** del presente rapporto.

- L’**“amministrazione di patrimoni o di singoli beni”**, che include l'amministrazione ordinaria dei beni la cui gestione sia produttiva di redditi : **immobili** civili e industriali condotti in locazione, fondi rustici e **aziende** concesse in affitto, ma anche **valori mobiliari e beni mobili**¹³⁹ – è invece, in Italia, oggetto della professione di **“dottore commercialista”** (e, eventualmente, di “esperto contabile”). Si tratta di professione regolamentata, esercitabile da **persone fisiche**, che ha subito un recente riordino, con D. Lgs. 28 giugno 2005, n. 139, recante « *Costituzione dell'Ordine dei dottori commercialisti e degli esperti contabili* » (qui di seguito : « D. Lgs. 139/2005 »). A alla professione di dottore commercialista è riconosciuta in effetti “competenza specifica in economia aziendale e diritto d'impresa e, comunque, **nelle materie economiche, finanziarie, tributarie, societarie e amministrative**”. Le condizioni e le modalità dell'esercizio, da parte di soggetti elvetici, dell’“amministrazione di patrimoni o singoli beni” ed, in generale, di tutte le attività che in Italia sono riservate ai dottori commercialisti, ai sensi dell'art. 1 del D.Lgs. 28 giugno 2005, n. 139, saranno studiate nella **Parte Terza** del presente rapporto.

PARTE PRIMA – ATTIVITÀ DI “GESTIONE DI PORTAFOGLI”

Per « servizi di investimento », si intendono, ai sensi dell'art. 1 comma 5 del D.Lgs. 24 febbraio 1998, n. 58, le **seguenti attività** quando hanno per oggetto **strumenti finanziari**:

- negoziazione per conto proprio
- negoziazione per conto terzi
- collocamento, con o senza preventiva sottoscrizione o acquisto a fermo, ovvero assunzione di garanzia nei confronti dell'emittente
- **gestione su base individuale di portafogli di investimento per conto terzi**
- ricezione e trasmissione di ordini nonché mediazione.

¹³⁹

V. a titolo di esempio l'art. 28 della Tariffa professionale dell'Ordine dei Dottori commercialisti di Mantova, rubricato « Amministrazione di patrimoni e di beni », in base al quale « Per l'amministrazione ordinaria dei beni la cui gestione sia produttiva di redditi (immobili civili e industriali condotti in locazione, fondi rustici e aziende concesse in affitto, valori mobiliari e beni mobili) gli onorari annui sono determinati secondo i seguenti criteri: a) *immobili civili ed industriali concessi in locazione*; 1) un compenso, fisso per ogni locatario, di L. 50.000, con un minimo di L. 200.000 per ogni immobile; 2) una quota dei proventi lordi così determinata: fino a L. 10.000.000: il 5%; per il di più: il 4%; b) fondi rustici affittati: gli stessi onorari della lettera a) ridotti del 30%; c) aziende concesse in affitto: gli stessi onorari della lettera a) ridotti del 50%; d) *beni mobili ed altri valori mobiliari*: una quota dei proventi lordi determinata in misura pari al 3% ».

Italia

L'art. 1 comma 5 è stato modificato dal D.Lgs. 164/2007. Esso include fra i "servizi e attività d'investimento" le **seguenti attività** quanto hanno per oggetto strumenti finanziari:

- negoziazione per conto proprio
- esecuzione di ordini per conto dei clienti
- sottoscrizione e/o collocamento con assunzione a fermo ovvero con assunzione di garanzia nei confronti dell'emittente
- collocamento senza assunzione a fermo né assunzione di garanzia nei confronti dell'emittente;
- **gestione di portafogli;**
- ricezione e trasmissione di ordini;
- consulenza in materia di investimenti;
- gestione di sistemi multilaterali di negoziazione.

Il testo normativo, tuttavia, non fornisce **alcuna formula definitoria** dell'attività di « gestione di portafogli ». Tale nozione, pertanto, può essere ricavata solo dallo studio delle norme del testo unico finanziario, talvolta dalle disposizioni regolamentari delle autorità di vigilanza e altra volta ancora dalle prassi di mercato. La gestione di portafogli « consiste **nell'incarico affidato da un cliente all'intermediario di adottare, entro margini di discrezionalità più o meno ampi, decisioni di investimento, mediante operazioni su strumenti finanziari finalizzate alla valorizzazione del patrimonio gestito** ed i cui risultati positivi o negativi ricadono direttamente sul patrimonio del cliente »¹⁴⁰. Sul punto è intervenuta anche la Consob, precisando che l'attività di gestione patrimoniale individuale **si connota principalmente per la finalità di valorizzazione di un determinato patrimonio, perseguita mediante il compimento di una serie di atti unitariamente volti al conseguimento di un risultato utile dell'attività di investimento e disinvestimento in valori mobiliari**¹⁴¹. Anche la **dottrina** ha individuato gli elementi caratterizzanti della gestione individuale di portafogli nella destinazione a terzi del servizio, nella **finalità di valorizzazione del patrimonio, nell'attribuzione all'intermediario di uno spazio di discrezionalità, nella natura dei beni oggetto del servizio e nella personalizzazione di quest'ultimo**¹⁴². Si è dunque concluso che « pur nella laconicità delle definizioni normative, risulta che la gestione consiste in un'attività di investimento e disinvestimento, volta a **valorizzare il capitale investito**, che si realizza attraverso scelte più o meno discrezionali del gestore, laddove l'ampiezza della discrezionalità dipenda dalle linee strategiche scelte dal cliente »¹⁴³.

Sul sito della Banca d'Italia, la gestione su base individuale di portafogli di investimento è definita quale **servizio di investimento** per mezzo del quale "l'investitore **conferisce il proprio patrimonio all'intermediario**, delegandolo ad effettuare decisioni di investimento mediante operazioni di acquisto e vendita di azioni, obbligazioni, quote di OICR (organismi di investimento collettivo del risparmio) o altri strumenti finanziari. A differenza dei fondi comuni e delle SICAV, il patrimonio di ogni singolo cliente **non confluisce in un patrimonio collettivo** e la gestione del portafoglio **viene effettuata separatamente per ogni cliente**. Il patrimonio dell'investitore è separato a tutti gli effetti da quello degli altri clienti del gestore e da quello del gestore medesimo; non può, in particolare, essere utilizzato in nessun caso a favore dei creditori dell'intermediario che cura l'investimento. Le decisioni di investimento sono **assunte discrezionalmente dal gestore**, sulla base di **obiettivi** e all'interno di **limiti** (ad esempio: una percentuale massima del patrimonio investito in azioni) definiti nel contratto con il cliente. I risultati positivi o negativi degli investimenti effettuati dal gestore **ricadono direttamente sul**

¹⁴⁰ V. M. Miola, Commento all'art. 24, in Testo Unico della Finanza, Commentario diretto da G.F. Campobasso, Torino, 2002, p. 213.

¹⁴¹ V. Comunicazione Consob, n. DAL/RM/95010385, del 5 dicembre 1995.

¹⁴² V. M. Sepe, Il risparmio gestito, Bari, 200, p. 121, citato da G.S. Russo, « Il servizio di gestione individuale di portafoglio finanziario », www.notiziariogiuridico.it/giovanna_sara_russo.htm.

¹⁴³ V. G.S. Russo, cit.

Italia

patrimonio dell'investitore. Tale patrimonio, al termine del mandato conferito all'intermediario, può essere di valore inferiore a quello originariamente investito. L'intermediario ha l'obbligo di informare periodicamente il cliente del rendimento ottenuto e degli strumenti finanziari inclusi nella gestione patrimoniale. Le principali tipologie di gestioni patrimoniali sono la Gestione Patrimoniale Mobiliare (GPM), in cui il patrimonio viene investito principalmente in azioni, obbligazioni e strumenti finanziari derivati e la Gestione Patrimoniale in Fondi (GPF), dove il patrimonio è investito prevalentemente in quote di fondi comuni di investimento e di SICAV¹⁴⁴.

I soggetti **autorizzati** (ora « abilitati ») all'esercizio professionale nei confronti del pubblico dei servizi di investimento sono, in Italia, ai sensi dell'art. 18 commi 1 e 2 del D.Lgs. 24 febbraio 1998, n. 58, le « **imprese di investimento** » - termine che è definito all'art. 1 del medesimo decreto e che ingloba le **S.I.M. e le imprese di investimento comunitarie e extracomunitarie** -, alle **banche** e, per quanto riguarda la gestione su base individuale di portafogli di investimento per conto terzi, alle **S.G.R.** e le c.d. « **società di gestione armonizzate** », cioè, ai sensi dell'art. 1 comma lettera o-bis, le società con sede legale e direzione generale in uno **Stato membro** diverso dall'Italia - non dunque in uno **Stato extracomunitario** - autorizzate ai sensi della direttiva in materia di investimento collettivo, a prestare il servizio di gestione collettiva del risparmio. Cruciale è distinguere a seconda che si tratti di « **imprese di investimento comunitarie** » ovvero « **extracomunitarie** ». Le imprese svizzere sono da considerarsi quali **imprese extracomunitarie**.

La legge - cioè, oltre al D.Lgs. 24 febbraio 1998, n. 58, art. 28, il relativo « Regolamento di attuazione »¹⁴⁵ agli artt. 15-20 (qui di seguito il « **Regolamento di attuazione** ») - disciplina dettagliatamente le **condizioni per l'autorizzazione (1), la domanda di autorizzazione (2), la documentazione da allegare (3), l'istruttoria della domanda e la decisione (4).**

1. Condizioni per l'autorizzazione

E' necessario distinguere a seconda che l'impresa di investimento extracomunitaria, in casu elvetica, intenda stabilire una succursale in Italia (A) oppure no (B).

A. Con stabilimento di succursali

Lo stabilimento in Italia della **prima succursale di imprese di investimento extracomunitarie, fra cui anche le imprese di investimento svizzere**, è autorizzato dalla « Commissione nazionale per le società e per la borsa » (« CONSOB »), sentita la **Banca d'Italia**. L'autorizzazione è subordinata (art. 28 del D.Lgs. 24 febbraio 1998, n. 58, rimasto sostanzialmente inalterato nonostante le nuove modifiche apportate al T.U.F.)

- alla sussistenza, in capo alla **succursale**, di **certi requisiti**
 - o il capitale versato deve essere di ammontare **non inferiore a quello determinato in via generale dalla Banca d'Italia** (art. 28 citato, letto congiuntamente con l'art. 19 comma 1, lett. d)

¹⁴⁴ V. <http://www.bancaditalia.it/servizi_pubbl/conoscere/prodotti/Servizio>.

¹⁴⁵ Adottato dalla Consob con delibera n. 11522 del 1° luglio 1998 e successivamente modificato con delibere n. 11745 del 9 dicembre 1998, n. 12409 del 1° marzo 2000, n. 12498 del 20 aprile 2000, n. 13082 del 18 aprile 2001, n. 13710 del 6 agosto 2002 e n. 15961 del 30 maggio 2007.

Italie

- o deve venire presentato, unitamente all'atto costitutivo e allo statuto, un **programma concernente l'attività iniziale nonché una relazione sulla struttura organizzativa** (art. 28 citato, letto congiuntamente con l'art. 19 comma 1, lett. e)
- o i soggetti che svolgono funzioni di amministrazione, direzione e controllo devono possedere i **requisiti di professionalità e onorabilità richiesti dalla regolamentazione italiana** (art. 28 citato, letto congiuntamente con l'art. 19 comma 1, lett. f)¹⁴⁶

146

Bisogna al riguardo fare riferimento al Regolamento recante norme per l'individuazione dei requisiti di professionalità e di onorabilità dei soggetti che svolgono funzioni di amministrazione, direzione e controllo presso SIM, società di gestione del risparmio e SICAV (*Adottato dal Ministro del tesoro, del bilancio e della programmazione economica con decreto dell'11 novembre 1998, n. 468*). Riproduciamo qui di seguito il testo degli artt 1, dedicato ai requisiti di *professionalità*, e all'art. 3, dedicato ai requisiti di *onorabilità*. Art. 1 (Requisiti di professionalità): "1. I consiglieri di amministrazione ed i sindaci delle società di intermediazione mobiliare (di seguito "SIM"), delle società di gestione del risparmio (di seguito "SGR") e delle società di investimento a capitale variabile (di seguito "SICAV") devono essere scelti secondo criteri di professionalità e competenza fra persone che abbiano maturato una esperienza complessiva di almeno un triennio attraverso l'esercizio di: a) attività di amministrazione o di controllo ovvero compiti direttivi presso imprese; b) attività professionali in materia attinente al settore creditizio, finanziario, mobiliare, assicurativo o comunque funzionali all'attività della SIM, della SGR o della SICAV; c) attività d'insegnamento universitario in materie giuridiche o economiche; d) funzioni amministrative o dirigenziali presso enti pubblici o pubbliche amministrazioni aventi attinenza con il settore creditizio, finanziario, mobiliare o assicurativo ovvero presso enti pubblici o pubbliche amministrazioni che non hanno attinenza con i predetti settori purché le funzioni comportino la gestione di risorse economico-finanziarie. 2. Il presidente del consiglio di amministrazione deve essere scelto secondo criteri di professionalità e competenza fra persone che abbiano maturato una esperienza complessiva di almeno un quinquennio attraverso l'esercizio dell'attività o delle funzioni indicate nel comma 1. 3. L'amministratore delegato e il direttore generale devono essere in possesso di una specifica competenza in materia creditizia, finanziaria, mobiliare o assicurativa maturata attraverso esperienze di lavoro in posizione di adeguata responsabilità per un periodo non inferiore a un quinquennio. Analoghi requisiti sono richiesti per le cariche che comportano l'esercizio di funzioni equivalenti a quella di direttore generale. Art. 1 (Requisiti di onorabilità) 1. Le cariche, comunque denominate, di amministratore, sindaco e direttore generale nelle SIM, SGR e SICAV non possono essere ricoperte da coloro che: a) si trovano in una delle condizioni di ineleggibilità o decadenza previste dall'articolo 2382 del codice civile; b) sono stati sottoposti a misure di prevenzione disposte dall'autorità giudiziaria ai sensi della legge 27 dicembre 1956, n. 1423, o della legge 31 maggio 1965, n. 575 e successive modificazioni ed integrazioni, salvi gli effetti della riabilitazione; c) sono stati condannati con sentenza irrevocabile, salvi gli effetti della riabilitazione: 1) a pena detentiva per uno dei reati previsti dalle norme che disciplinano l'attività bancaria, finanziaria, mobiliare, assicurativa e dalle norme in materia di mercati e valori mobiliari, di strumenti di pagamento; 2) alla reclusione per uno dei delitti previsti nel titolo XI del libro V del codice civile e nel regio decreto del 16 marzo 1942, n. 267; 3) alla reclusione per un tempo non inferiore a un anno per un delitto contro la pubblica amministrazione, contro la fede pubblica, contro il patrimonio, contro l'ordine pubblico, contro l'economia pubblica ovvero per un delitto in materia tributaria; 4) alla reclusione per un tempo non inferiore a due anni per un qualunque delitto non colposo. 2. Le cariche, comunque denominate, di amministratore, sindaco e direttore generale nelle SIM, SGR e SICAV non possono essere ricoperte da coloro ai quali sia stata applicata su richiesta delle parti una delle pene previste dal comma 1, lettera c), salvo il caso dell'estinzione del reato. Le pene previste dal comma 1, lettera c), n. 1) e n. 2) non rilevano se inferiori a un anno. 3. Con riferimento alle fattispecie disciplinate in tutto o in parte da ordinamenti stranieri, la verifica dell'insussistenza delle condizioni previste dai commi 1 e 2 è effettuata sulla base di una valutazione di equivalenza sostanziale a cura della CONSOB per le SIM e a cura della Banca d'Italia per le SGR e SICAV.

Italie

- all'**autorizzazione e all'effettivo svolgimento nello Stato d'origine dei servizi di investimento** e dei servizi accessori che le imprese di investimento extracomunitarie intendono prestare in Italia (art. 28 comma 1, lett. b)
- alla vigenza nello Stato d'origine di disposizioni in materia di **autorizzazione, organizzazione e vigilanza equivalenti a quelli vigenti in Italia per le SIM** (art. 28 comma 1, lett. c)
- all'esistenza di **apposite intese** tra la Banca d'Italia, la CONSOB e le competenti autorità dello Stato d'origine (art. 28 comma 1, lett. d)
- al rispetto nello Stato d'origine di **condizioni di reciprocità, nei limiti consentiti dagli accordi internazionali** (art. 28 comma 1, lett. e)

B. Senza stabilimento di succursali

La CONSOB, sentita la Banca d'Italia, autorizza le imprese di investimento extracomunitarie a svolgere i servizi di investimento e i servizi accessori **senza stabilimento di succursali**, semprechè ricorrano le condizioni previste dall'art. 28 comma 1 lett. da b) a e), e venga presentato un **programma concernente l'attività che si intende svolgere nel territorio della Repubblica**.

In base all'art. 28 comma 3, « la CONSOB, sentita la Banca d'Italia, può indicare, in via generale, i servizi che le imprese di investimento extracomunitarie non possono prestare nel territorio della Repubblica senza stabilimento di succursali ». La disposizione in questione è l'art. **19 del Regolamento di attuazione**, che è stato tuttavia **abrogato con delibera n. 13710 del 6.8.2002**.

La CONSOB ha, con comunicazione n. DI/18207 del 7 marzo 2000, precisato che « il legislatore, all'art. 28 del D.Lgs. n. 58/1998, ha subordinato il rilascio dell'autorizzazione alle imprese di investimento extracomunitarie all'accertamento, tra l'altro, della sussistenza di alcuni dei requisiti prescritti per il rilascio della medesima autorizzazione alle SIM e dell'effettivo svolgimento nello Stato d'origine, in base ad apposita autorizzazione, degli stessi servizi di investimento che le imprese intendono prestare in Italia, nonché della vigenza nello Stato d'origine di disposizioni in materia di autorizzazione, organizzazione e vigilanza equivalenti a quelli vigenti in Italia per le SIM. Diversamente da quanto avviene per le imprese di investimento comunitarie, **il rilascio dell'autorizzazione alla prestazione in Italia di servizi di investimento da parte di un'impresa extracomunitaria si perfeziona, quindi, attraverso un complesso procedimento amministrativo** (...) Solo una volta concluso il procedimento di autorizzazione con esito positivo, possono dirsi "accertati", infatti, sia l'autorizzazione e l'effettivo svolgimento nello Stato d'origine dei servizi di investimento che le imprese intendono prestare in Italia, sia la vigenza nello Stato d'origine di disposizioni equivalenti a quelli vigenti in Italia per le SIM. Le stesse considerazioni possono essere svolte con riferimento alle **banche extracomunitarie**, che, ai sensi dell'art. 29 del d.lgs. n. 58/1998, sono autorizzate alla prestazione in Italia dei servizi di investimento in base alle disposizioni del titolo II, capo II, del T.U. bancario ».

Ci permetteremo di segnalare ancora che il « Centro tutela consumatori », un'associazione di tutela dei consumatori avente sede in Alto-Adige, ha recentemente – il 29 febbraio 2008 – segnalato che « pur comportando la concessione dell'autorizzazione **stretti controlli in relazione alla struttura e alla serietà dell'attività svolta**, sempre più società di intermediazione mobiliare con sede in **Paesi extra UE, prive di autorizzazione**, si stanno muovendo da qualche tempo a questa parte alla caccia di una larga fetta del più o meno cospicuo risparmio conservato in banca o sotto il materasso da risparmiatori locali, attraverso l'offerta, dall'estero e rigorosamente via telefono e fax (e

sempre più spesso anche via Internet!) di dubbiosi investimenti in lontane borse d'oltreoceano ».

2. Domanda d'autorizzazione

La domanda, sottoscritta dal legale rappresentante della impresa e in regola con la vigente normativa sull'imposta di bollo, è **presentata alla CONSOB** (art. 15 del Regolamento di attuazione)

Le **comunicazioni da inoltrare alla CONSOB ai sensi della legislazione vigente vanno trasmesse a:** CONSOB - G. B. Martini, 3 - 00198 Roma Fax : 068416703 – 8417707 Sportello accettazione corrispondenza: Via C. Monteverdi, 19 - 00198 Roma CONSOB - Via Broletto, 7 - 20121 Milano Fax: 0289010696 Orario di apertura al pubblico dell'accettazione: 8.15/13.30 - 14.15/16.30¹⁴⁷.

I termini dell'istruttoria sono sospesi finché le intese non siano state integrate al **fine di consentire la vigilanza sulla stabilità patrimoniale e sul contenimento del rischio**, nonché sul permanere delle condizioni che devono sussistere al momento dell'autorizzazione (art. art. 15 del Regolamento di attuazione).

La **domanda** indica (art. 15 comma 2 del Regolamento di attuazione):

- la denominazione sociale, la sede legale, la direzione generale e i relativi numeri telefonici, di telex e di telefax (lett. a)
- i **servizi d'investimento** e quelli accessori per il cui esercizio viene richiesta l'autorizzazione, con la specificazione di quelli che l'impresa intende svolgere mediante **stabilimento di succursali** (lett. b)

Nel caso in cui la domanda di autorizzazione abbia ad oggetto, anche **congiuntamente**, i servizi di:

- collocamento senza preventiva sottoscrizione o acquisto a fermo ovvero assunzione di garanzia nei confronti dell'emittente (lett. b n. 1)
- **gestione su base individuale di portafogli di investimento per conto terzi** (lett. b n. 2)
- ricezione e trasmissione di ordini nonché mediazione (lett. b n. 3)

la domanda stessa deve altresì precisare se la società richiede l'autorizzazione allo svolgimento di tali servizi senza detenzione, neanche temporanea, delle **disponibilità liquide e degli strumenti finanziari della clientela e senza assunzione di rischi da parte della società stessa**.

3. Documentazione da allegare

La domanda di autorizzazione è corredata di una **serie di documenti** riguardante l'impresa richiedente (art. 16 lett. da a) a h del Regolamento di attuazione). Occorre, anche qui, distinguere, al riguardo, a seconda che l'impresa richiedente intenda stabilire (B) o meno (A) succursali nel territorio italiano.

A. Senza stabilimento di succursali

La domanda di autorizzazione è corredata dai seguenti documenti :

¹⁴⁷

Informazioni desunte dal sito della CONSOB : www.consob.it.

Italie

- copia autentica dell'atto costitutivo e dello statuto sociale certificato vigente dalla competente autorità dello Stato d'origine **in data non anteriore a 90 giorni** dalla presentazione della domanda (art. 16 comma 1 lett. a)
- **dichiarazione** da parte del presidente del collegio sindacale o dell'organo, comunque denominato, titolare di funzioni equivalenti, attestante l'entità del capitale sociale versato e l'inesistenza a carico dell'impresa di procedure concorsuali o altre equivalenti (art. 16 comma 1 lett. b)
- **elenco e generalità dei membri del consiglio di amministrazione e del collegio sindacale**, o degli organi, comunque denominati, titolari di funzioni equivalenti, con indicazione dei poteri attribuiti ai singoli componenti (art. 16 comma 1 lett. c)
- indicazione del **soggetto** che esercita il controllo dell'impresa (art. 16 comma 1 lett. d)
- mappa del gruppo con indicazione della **localizzazione territoriale delle sue componenti e principali rami di attività** (art. 16 comma 1 lett. e)
- **situazione patrimoniale** riferita ad una data non anteriore a 60 giorni rispetto a quella di inoltro della domanda (art. 16 comma 1 lett. f)
- programma concernente **l'attività iniziale che l'impresa intende svolgere** nel territorio della Repubblica contenente, in ogni caso, la **descrizione delle modalità di svolgimento dei servizi e di ricerca della clientela** (art. 16 comma 1 lett. g)
- copia autentica dell'**autorizzazione** allo svolgimento dei servizi che l'impresa intende svolgere nel territorio della Repubblica, rilasciata dall'autorità competente dello Stato d'origine (art. 16 comma 1 lett. h)

B. Con stabilimento di succursali

In caso di **stabilimento di succursali**, la domanda è corredata della **documentazione** necessaria in assenza di stabilimento di succursali (v. dunque supra, lettera A del presente paragrafo), alla quale vanno aggiunti i seguenti documenti :

- descrizione della **struttura organizzativa delle succursali** redatta, ove compatibile, secondo le disposizioni di carattere generale fissate dalla Banca d'Italia in materia di organizzazione amministrativa e contabile e controlli interni degli intermediari del mercato mobiliare (art. 16 comma 2 lett. a)
- documenti riguardanti i **responsabili delle succursali**: verbale della riunione del consiglio di amministrazione o, in caso di amministratore unico, del collegio sindacale, ovvero degli organi equivalenti, nel corso della quale l'organo ha espresso **il proprio parere sui requisiti di professionalità e di onorabilità dei responsabili delle succursali**, nonché sull'inesistenza di **situazioni impeditive** o di cause di sospensione dalle cariche di cui al decreto n. 468/1998¹⁴⁸. Al verbale deve essere unita la documentazione di cui all'Allegato 2 al Regolamento di attuazione presa a base delle valutazioni effettuate (art. 16 comma 2 lett. a)¹⁴⁹

¹⁴⁸ V. supra, nota 21.

¹⁴⁹ Si tratta dell'Allegato 2 al Regolamento di attuazione concernente « Documenti concernenti gli esponenti aziendali, i detentori di partecipazioni rilevanti e i responsabili di succursali ». Ci limiteremo a riprodurre qui di seguito il n. 7), in base al quale, per i *cittadini stranieri non residenti in Italia*, devono essere prodotti certificati, rilasciati dall'autorità competente dello Stato di residenza, attestanti che l'interessato non è stato dichiarato fallito né è stato destinatario di sanzioni penali o di provvedimenti incidenti sulla capacità di agire corrispondenti a quelli che importerebbero secondo l'ordinamento italiano, per i soggetti di cui agli artt. 8, comma 1, lett. c), e 16, comma 2, lett. b), la perdita dei requisiti di onorabilità e la sussistenza di cause di sospensione dalle cariche di cui agli artt. 3 e 4 del decreto n. 468/1998, e, per i soggetti che detengono una partecipazione rilevante nella società, la perdita dei requisiti di onorabilità di cui al decreto n. 469/1998. Detti certificati devono essere corredata di un parere legale, rilasciato da persona abilitata a svolgere la professione legale nel medesimo Stato estero, che suffraghi l'idoneità dei certificati alle attestazioni in questione. Se redatti in lingua straniera, essi devono essere accompagnati da una traduzione in lingua italiana certificata conforme al testo originale dalle autorità diplomatiche o consolari italiane dello Stato in cui sono state redatte oppure da un traduttore ufficiale. Nel caso in cui l'ordinamento dello Stato estero non preveda il rilascio di uno o alcuni dei certificati sopra

Italia

- dichiarazione **dell'avvenuto versamento del fondo di dotazione della prima succursale di ammontare non inferiore a quello determinato dalla Banca d'Italia** ai sensi dell'articolo 19, comma 1, lettera d), del D. Lgs. 1998/58.

La CONSOB, entro 20 giorni dal ricevimento, verifica la completezza della domanda e comunica alla società la **documentazione eventualmente mancante**, che deve essere inoltrata alla CONSOB entro **60 giorni** dal ricevimento della comunicazione a pena di inammissibilità della domanda. La domanda prende data dal giorno della sua presentazione ovvero, in caso di documentazione incompleta, da quello del **completamento della documentazione** (art. 7, commi 4 e 5 del Regolamento cui fa rinvio l'art. 10 comma 4).

4. Istruttoria e decisione

La CONSOB accerta la ricorrenza delle condizioni indicate per il rilascio dell'autorizzazione e, sentita la Banca d'Italia, delibera sulla domanda **entro il termine massimo di centoventi (120) giorni**. La delibera è **comunicata** all'impresa richiedente ed all'autorità dello Stato d'origine (art. 17 comma 1 del Regolamento di attuazione) Trascorso il termine di **centoventi giorni senza che la CONSOB abbia deliberato sulla domanda, la domanda stessa deve intendersi accolta** (art. 17 comma 4 del Regolamento di attuazione).

Qualsiasi modificazione concernente gli amministratori, i sindaci, o i soggetti che svolgono funzioni equivalenti, i soci esercenti il controllo dell'impresa di investimento, i responsabili della succursale dell'impresa stessa, nonché qualunque altra modificazione degli elementi istruttori di rilievo ai fini della decisione che intervengono nel corso dell'istruttoria, sono **portate immediatamente a conoscenza della CONSOB**. Entro **sessanta giorni** (60) dal verificarsi dell'evento, l'impresa provvede a presentare la **relativa documentazione** (art. 17 comma 2 del Regolamento di attuazione). La CONSOB può chiedere ulteriori **elementi informativi**: a) all'impresa richiedente; b) agli amministratori, ai sindaci ed ai soci dell'impresa richiedente; c) a qualunque altro soggetto, anche estero (art. 17 comma 3 del Regolamento di attuazione).

La domanda di autorizzazione e le dichiarazioni e le notizie da fornire ai sensi degli articoli devono essere prodotte **in lingua italiana**. I documenti i cui originali siano in lingua diversa da quella italiana devono essere accompagnati da traduzione in lingua italiana (art. 18 del Regolamento di attuazione)

L'impresa interessata **dà inizio allo svolgimento** di ogni singolo servizio di investimento autorizzato entro il termine di **dodici mesi** dalla data della relativa autorizzazione, a pena di decadenza dell'autorizzazione medesima. L'impresa che abbia interrotto lo svolgimento di un servizio di investimento autorizzato lo riprendono entro il termine di **sei mesi**, a pena di decadenza della relativa autorizzazione. I termini di cui sopra non decorrono o sono interrotti nel caso in cui siano in corso o siano avviati accertamenti di vigilanza nei confronti dell'impresa. In tali casi i termini decorrono per intero dal momento del completamento degli accertamenti. La decadenza è **pronunciata dalla CONSOB, sentita la Banca d'Italia**. Le imprese comunicano **immediatamente** alla CONSOB ed alla Banca d'Italia le date di inizio, di eventuale interruzione e di riavvio dell'esercizio di ogni servizio di investimento autorizzato (art. 20 del Regolamento di attuazione in congiunzione con gli artt. 13 e 14)

indicati, l'interessato deve produrre una dichiarazione di essi sostitutiva, ed il parere legale di cui sopra deve confermare la circostanza che in detto Stato estero non è previsto il rilascio dei certificati sostituiti dalla dichiarazione.

PARTE SECONDA – ATTIVITÀ DI «CONSULENZA FINANZIARIA» AI SENSI DELL'ART. 18-BIS DEL T.U.F.

Come detto in premessa, il d.lgs. n. 164/2007 di recezione nell'ordinamento nazionale della Direttiva MiFid ha inserito nel T.U.F. l'art. 18-bis rubricato « **Consulenti finanziari** ». Il servizio di consulenza finanziaria ha subito negli anni un'**evoluzione normativa**, sia nazionale che europea. L'art. 1, comma 1, lett. e) della legge n. 1/1991 includeva la « *consulenza in materia di valori mobiliari* » tra le « *attività di intermediazione mobiliare* » (oggi, servizi di investimento). L'esercizio di tale attività era riservato a SIM e banche ed era subordinato al rilascio di **apposita autorizzazione**. La direttiva 93/22/CEE ha invece classificato l'attività di consulenza in materia di investimenti in strumenti finanziari tra i **servizi accessori** e non tra i servizi di investimento. Conseguentemente, all'atto del recepimento della direttiva, il decreto legislativo n. 415/1996 ha ricompreso la consulenza tra i servizi accessori, scelta successivamente confermata dall'art. 1, comma 6, lett. f) del decreto legislativo n. 58/1998 (Testo Unico della Finanza - di seguito anche TUF)¹⁵⁰.

La recente direttiva 2004/39/CE (direttiva MiFID) include ora la « *consulenza in materia di investimenti* » tra i **servizi (e le attività) di investimento**. Pertanto, l'art. 1, comma 5, del TUF, come sostituito dal D.lgs. n. 164/2007, che ha recepito nell'ordinamento nazionale la direttiva MiFID, prevede tra i « *servizi e attività di investimento* » anche la « *consulenza in materia di investimenti* », definita dal comma 5-septies. Per « consulenza in materia di investimenti », si intende, ai sensi di quest'ultimo, « la **prestazione di raccomandazioni personalizzate a un cliente**, dietro sua richiesta o per iniziativa del prestatore del servizio, riguardo a una o più operazioni relative ad un **determinato strumento finanziario**. La raccomandazione è **personalizzata** quando è presentata come adatta per il cliente o è basata sulla considerazione delle caratteristiche del cliente. Una raccomandazione non è personalizzata se viene diffusa al pubblico mediante canali di distribuzione ».

L'esercizio professionale nei confronti del pubblico è dell'**attività di consulenza** in materia di investimenti è riservato, oltre alle imprese di investimento, alle banche, alle SGR, ed alle società di gestione armonizzate, qualora autorizzate nello Stato membro di origine (art. 18, commi 1 e 2 del TUF), anche ad una nuova figura personale, il « **consulente finanziario** » (o « **consulente in materia di investimenti** »). La nuova disciplina è prevista dall'art. 18-bis, il quale dispone che « [l]a riserva di attività di cui all'articolo 18 non pregiudica la possibilità per le **persone fisiche**, in possesso dei requisiti di professionalità, onorabilità, indipendenza e patrimoniali stabiliti con **regolamento adottato dal Ministro dell'economia e delle finanze**, sentite la Banca d'Italia e la Consob, di prestare la consulenza in materia di investimenti, senza detenere somme di denaro o strumenti finanziari di pertinenza dei clienti ». **Il regolamento ministeriale cui si fa allusione non è, ad oggi (luglio 2008), ancora stato emanato**. L'art. 18-bis prevede inoltre l'istituzione di un apposito **albo delle persone fisiche consulenti finanziari**, alla cui tenuta provvede un organismo i cui rappresentanti sono nominati con decreto del Ministro dell'economia e delle finanze sentite la Banca d'Italia e la Consob. Tale organismo ha personalità giuridica ed è ordinato **in forma di associazione, con autonomia organizzativa e statutaria**. Nell'ambito della propria autonomia finanziaria, l'organismo determina e riscuote i contributi e le altre somme dovute dagli iscritti e dai richiedenti l'iscrizione, nella misura necessaria per garantire lo svolgimento delle proprie attività e ha poteri sanzionatori e di vigilanza.

¹⁵⁰ Informazioni tratte dal progetto di Regolamento di attuazione dell'articolo 1-bis del D.Lgs. N. 58/1998 in materia di consulenti finanziari", Documento di consultazione, 5 giugno 2008, n° 1 « Premessa » (disponibile sul sito www.consob.it).

L'art. 18-bis demanda alla Consob il compito di determinare, **con regolamento**, i principi e i criteri relativi: a) alla formazione dell'albo previsto e alle relative forme di pubblicità; b) all'iscrizione all'albo previsto e alle cause di sospensione, di radiazione e di riammissione; c) alle cause di incompatibilità; d) alle regole di condotta che i consulenti devono rispettare nel rapporto con il cliente, avuto riguardo alla disciplina cui sono sottoposti i soggetti abilitati; e) alle modalità di tenuta della documentazione concernente l'attività svolta dai consulenti finanziari; f) all'attività dell'organismo; g) alle modalità di aggiornamento professionale dei consulenti finanziari. **Il Regolamento Consob di attuazione dell'art. 18-bis non è ad oggi (luglio 2008) stato ancora emanato.** Un "progetto di regolamento" è stato tuttavia messo in consultazione dalla Consob il **5 giugno 2008**¹⁵¹. E' alquanto probabile che, nella sua sostanza, tale progetto diverrà legge, senza modifiche rilevanti, nel prossimo futuro. Di esso si fornirà qui di seguito un **quadro sintetico**. Come si dirà fra un istante, **non vi è, nelle norme esaminate, alcuna menzione espressa dell'attività prestata da un soggetto avente un « titolo estero »**. Ma il Regolamento ministeriale cui il progetto di regolamento Consob fa più volte allusione ben potrebbe contenere qualche dettaglio al riguardo, specie per quanto riguarda i « titoli di studio » e i « requisiti di professionalità » necessari per conseguire l'iscrizione.

Merita riportare qui di seguito le « linee-guida » che hanno ispirato la redazione del progetto di regolamento Consob. « La *policy* seguita – si legge in premessa – ai fini della definizione dell'articolato è stata quella di elaborare un modello unitario di disciplina della consulenza in materia d'investimenti ispirato ai seguenti principi: 1) **favorire lo sviluppo e la competitività del mercato della consulenza in materia di investimenti** nonché la **concorrenza tra i diversi operatori**, attraverso la creazione di un contesto normativo che assicuri parità di accesso al mercato e condizioni equivalenti di esercizio dell'attività; 2) contenere l'impatto dei costi di *compliance* e garantire la **sostenibilità della regolamentazione da parte dei consulenti finanziari persone fisiche**, nel rispetto del principio di proporzionalità di cui all'art. 6, comma 01, del TUF; 3) assicurare un **livello di protezione dei clienti equivalente a quello offerto dalla disciplina dei soggetti abilitati**, articolando l'apparato delle tutele in funzione del diverso grado di conoscenza ed esperienza degli investitori; 4) conseguire la uniformità della disciplina di trasparenza e di correttezza del servizio di consulenza in materia di investimenti nonché assicurare, per quanto possibile, la conformità della disciplina dei consulenti finanziari persone fisiche al regime normativo MIFID; 5) con riferimento alle regole di organizzazione, assicurare il rispetto dei criteri di adeguatezza e proporzionalità avendo riguardo sia in generale alle peculiarità che connotano l'esercizio di un'attività economica organizzata in forma individuale, sia alle specifiche dimensioni e complessità dell'attività del singolo consulente sia, infine, ai tratti distintivi che caratterizzano il modello di regolazione del conflitto di interessi adottato dall'art. 18-bis del TUF rispetto a quello di derivazione comunitaria ».

1. Albo dei consulenti finanziari

Ai sensi dell'art. Art. 6 (*Albo dei consulenti finanziari*) possono ottenere l'iscrizione all'albo le persone fisiche in possesso dei requisiti indicati all'articolo 8 (di cui si darà conto qui di seguito). Per ciascun iscritto sono indicati nell'albo: a) cognome e nome; b) luogo e data di nascita; c) **domicilio eletto in Italia e relativo indirizzo**; d) data di iscrizione all'albo; e) eventuali provvedimenti di sospensione sanzionatoria in essere nei confronti del consulente finanziario, nonché ogni altro provvedimento incidente sull'esercizio dell'attività del consulente. E' dunque necessario, per ottenere l'iscrizione all'albo, **"eleggere" domicilio in Italia. Non è chiaro se ciò comporti l'obbligo per il consulente di esercitare la propria attività in Italia**; è probabile che questa sia la *voluntas legis*, il « domicilio » avendo, a differenza della residenza, in diritto italiano, carattere marcatamente *professionale*. Nel « commento » (*rectius*, nel progetto di commento) a tale disposizione, si legge che « per motivi di protezione della *privacy* degli iscritti [si prevede] che nell'albo si indichi **non la residenza ma**

¹⁵¹ Vedine il testo sul sito <www.consob.it>.

il domicilio del consulente finanziario, che corrisponderà normalmente al luogo dove egli svolge la propria attività ».

2. Requisiti per l'iscrizione all'albo

I requisiti per l'iscrizione sono fissati all'art. 8 (*Requisiti per l'iscrizione*). Pare chiaro che tale disposizioni si applichino a chiunque richieda l'iscrizione, anche, cioè, a coloro che hanno conseguito il titolo di studio e/o accumulato formazione e/o esperienza professionale **all'estero**. Per conseguire l'iscrizione all'albo – vi si legge – è necessario: a) essere muniti del **titolo di studio prescritto dal regolamento ministeriale**; b) avere superato la **prova valutativa** ovvero essere in possesso di **taluno dei requisiti di professionalità** accertati dall'Organismo sulla base dei criteri valutativi individuati dal **regolamento ministeriale**; c) essere in possesso dei requisiti di **onorabilità** prescritti dal regolamento ministeriale e non trovarsi in una delle **situazioni impeditive** di cui al regolamento medesimo; d) essere in possesso dei requisiti di **indipendenza** previsti dal regolamento ministeriale; e) essere in possesso dei requisiti **patrimoniali** previsti dal regolamento ministeriale. Inoltre, « con la richiesta di iscrizione all'albo l'interessato comunica all'Organismo il luogo di conservazione della documentazione e gli estremi identificativi della **polizza assicurativa** prevista dal regolamento ministeriale ».

Decisivo sarà dunque il contenuto del Regolamento ministeriale, il quale ben potrebbe prevedere che un **titolo conseguito all'estero sia, in presenza di certe condizioni, riconoscibile, eventualmente a discrezione dell'Organismo, e/o che fra i « requisiti di professionalità » previsti, sembrerebbe, in alternativa alla « prova valutativa »** vi possa essere un'esperienza maturata all'estero. Pare sicuro che tutti i *consulenti finanziari debbano, per l'iscrizione all'albo, disporre obbligatoriamente di una polizza assicurativa.*

Quanto alla **prova valutativa**, viene in considerazione il successivo Art. 9 (*Prova valutativa*). Essa è indetta ed organizzata dall'Organismo, **con cadenza almeno annuale**, secondo le modalità da questo stabilite. La prova, valutata dall'Organismo, deve consentire di verificare **l'effettivo possesso da parte dei candidati delle competenze necessarie per lo svolgimento dell'attività di consulente finanziario**. L'Organismo stabilisce le date, le sedi e le modalità di svolgimento della prova e rende pubblici tali elementi ed ogni altra informazione relativa alla prova valutativa, avvalendosi almeno del canale *internet*.

3. Decisione sull'iscrizione

L'iscrizione all'albo è regolata dall'Art. 10 (*Iscrizione all'albo*), secondo il quale, previo accertamento del possesso da parte del richiedente di tutti i requisiti prescritti, l'Organismo procede all'iscrizione all'albo. L'Organismo **decide entro congruo termine**, dal medesimo stabilito in via generale, e, in mancanza, nel termine di **novanta giorni** dal ricevimento della domanda; qualora entro tale termine nessun provvedimento sia adottato, la **domanda di iscrizione si intende accolta**. Si prevede, dunque, anche per i procedimenti di iscrizione dei consulenti finanziari l'operatività del **principio del silenzio-assenso** nel caso in cui, trascorsi i termini fissati per l'istruttoria, l'Organismo non pervenga all'adozione del provvedimento di iscrizione ovvero di rigetto dell'istanza.

4. Effetti dell'iscrizione all'albo

Si ritiene opportuno dettagliare qui di seguito **alcuni degli effetti** dell'iscrizione all'albo, cioè, in particolare, gli obblighi di diligenza, correttezza e trasparenza (A) e gli obblighi di aggiornamento professionale (B). Tali effetti si producono o produrranno in capo ad ogni iscritto

all'albo, quindi, sembrerebbe, **indipendente dal fatto che il titolo di studio e/o la formazione o esperienza professionale siano stati conseguiti all'estero od in Italia.**

A. Obblighi di diligenza, correttezza e trasparenza

L'Art. 12 prevede alcune *Regole generali di comportamento* che i consulenti finanziari devono esercitare **nell'esercizio della loro attività di consulenza**. In particolare, nella prestazione del servizio di consulenza in materia di investimenti, i consulenti finanziari si **comportano con diligenza, correttezza e trasparenza**. Essi, in particolare: *a)* forniscono al cliente o potenziale cliente **informazioni corrette, chiare, non fuorvianti e sufficientemente dettagliate** affinché il cliente o potenziale cliente possa ragionevolmente comprendere la natura e le caratteristiche del servizio di consulenza in materia di investimenti e dello specifico strumento finanziario raccomandato e possa adottare decisioni di investimento informate; *b)* acquisiscono dai clienti o potenziali clienti le **informazioni necessarie** al fine della loro classificazione come clienti o potenziali clienti al dettaglio o professionali ed al fine di raccomandare gli strumenti finanziari adatti al cliente o potenziale cliente; *c)* valutano, sulla base delle informazioni acquisite dai clienti, la **adeguatezza delle operazioni raccomandate**; *d)* istituiscono e mantengono **procedure interne e registrazioni idonee**; *e)* agiscono nell'interesse dei clienti e si astengono dal prestare il servizio di consulenza in materia di investimenti ogni volta in cui le misure organizzative adottate per la gestione dei conflitti di interesse con i clienti ovvero tra i clienti non siano sufficienti ad assicurare che il rischio di nuocere agli interessi dei clienti stessi sia evitato; *f)* osservano le disposizioni **legislative, regolamentari e i codici di autodisciplina** relativi alla loro attività (i codici di autodisciplina evidentemente non sono ancora stati emanati, ma la norma attesta della volontà di procedervi in proposito, conformemente del resto ad una tendenza valida generalmente per molte, se non tutte, le professioni regolamentate. Riguardo a quest'ultima disposizione, si legge nel commento che « tale previsione, più rigorosa di quella dettata in tema di incentivi per i soggetti abilitati dall'art. 52 del RI, si aggiunge ai requisiti di indipendenza e alle cause di incompatibilità previsti da altre norme di rango secondario e si giustifica alla **luce della posizione di assoluta neutralità che deve caratterizzare, a pena di radiazione dall'albo, la figura del consulente finanziario** ». Si è ritenuto, infine, di porre a carico del consulente un obbligo di riservatezza di contenuto equivalente a quello disposto con riferimento ai promotori finanziari, precludendo così l'eventuale indebito utilizzo, per finalità estranee all'attuazione del rapporto con il cliente, delle informazioni acquisite dal consulente nell'esercizio della propria attività.

Pare rilevante, altresì, la regola che prevede che, nella prestazione del servizio di consulenza in materia di investimenti, i consulenti finanziari **non possono versare o percepire compensi o commissioni oppure fornire o ricevere prestazioni non monetarie da soggetti diversi dal cliente al quale è reso il servizio**, e la regola secondo cui i consulenti finanziari sono tenuti a **mantenere la riservatezza** sulle informazioni acquisite dai clienti o dai potenziali clienti o di cui comunque dispongano in ragione della propria attività.

B. Obbligo di effettuare un aggiornamento professionale

Altro effetto che scaturisce in capo all'iscritto è l'**obbligo di effettuare un aggiornamento professionale**, dettagliato dall'art. 14 (*Aggiornamento professionale*). La disposizione, che costituisce attuazione dell'art. 18-bis, comma 5, lett. *g)*, del TUF, mira ad assicurare che i consulenti debbano sempre garantire un livello sufficiente di coerenza tra l'aggiornamento ed il contenuto concreto dell'attività svolta, al fine di evitare che la consulenza prestata all'investitore verta su comparti del settore finanziario con riguardo ai quali il consulente risulti privo delle necessarie competenze. I consulenti finanziari sono tenuti all'aggiornamento professionale coerentemente con la natura e le caratteristiche dell'attività prestata ai clienti. I consulenti finanziari **partecipano annualmente a corsi di formazione di durata non**

inferiore a 30 ore, tenuti da soggetti formatori con qualificata esperienza nel settore della formazione finanziaria e muniti di certificazione di qualità. I consulenti finanziari devono trasmettere tempestivamente all'Organismo, per i controlli di competenza, copia degli attestati rilasciati all'esito dei corsi di formazione.

Diverse **altre disposizioni** sono contenute nel Progetto di Regolamento Consob di attuazione dell'art. 18-bis del T.U.F. (disciplina della presentazione dei servizi al cliente, disciplina del contratto di consulenza in materia di investimenti, disciplina dell'acquisizione delle informazioni dai clienti, disciplina dell'adeguatezza delle operazioni consigliate, disciplina dell'obbligo di rendiconto, disciplina dei conflitti di interessi, etc.). Non pare necessario **renderne conto** qui di seguito.

PARTE TERZA – ATTIVITÀ DI AMMINISTRAZIONE DI PATRIMONI E DI SINGOLI BENI DA PARTE DEI DOTTORI COMMERCIALISTI E ESPERTI CONTABILI

INTRODUZIONE

1. Fonti normative

Ai sensi dell'art. 1 del D. Lgs. 139/2005, rubricato "Oggetto della professione", agli iscritti nel recentemente costituito "**Albo dei dottori commercialisti e degli esperti contabili**" "è riconosciuta competenza specifica in economia aziendale e diritto d'impresa e, comunque, nelle **materie economiche, finanziarie, tributarie, societarie e amministrative**. In particolare, formano oggetto della professione le **seguenti attività: l'amministrazione e la liquidazione di (...) patrimoni e di singoli beni** (omissis) ».

La professione di "dottore commercialista" – termine che, ove non altrimenti specificato, deve ritenersi, qui di seguito, *comprensivo* della professione di "**esperto contabile**" – è, in Italia, una "**professione regolamentata**"¹⁵². La principale fonte normativa della regolamentazione dell'esercizio, in Italia, della professione di "**dottore commercialista**" da parte di chi è in possesso di un **titolo estero** è il **Decreto legislativo 9 novembre 2007 n. 206** recante "Attuazione della direttiva 2005/36 CE relativa al riconoscimento delle qualifiche professionali, nonché della direttiva 2006/100/CE che adegua determinate direttive sulla libera circolazione delle persone a seguito dell'adesione della Bulgaria e Romania" (qui di seguito: "**D. lgs. 206/2007**"). Come si evince dall'art. 22 comma 2 del D. Lgs. 206/2007, che la menziona espressamente, la professione di **dottore commercialista** rientra nel novero delle professioni regolate da tale atto normativo.

Si rileverà che il D. Lgs. 206/2007, attesa la sua recente approvazione, **non** è ancora stato completato da una **disciplina di dettaglio** relativa alla specifica **professione di dottore commercialista**.

2. Interrelazione con il diritto europeo

La legge n. 364 del 15 novembre 2000 ha ratificato per l'Italia l'Accordo tra la Comunità europea ed i suoi Stati membri e la Confederazione svizzera del 21 giugno 1999 (l'« **Accordo** »). L'Accordo disciplina la **libera circolazione delle persone** tra la Comunità Europea e la Confederazione Svizzera e **stabilisce l'applicabilità delle direttive comunitarie in tema di riconoscimento delle qualifiche professionali anche ai cittadini elvetici**. Per-

¹⁵² Ai sensi dell'art. 4, comma 1, lit. a), del D. Lgs. 206/2007.

tanto, sono state introdotte agevolazioni **tali da rendere di fatto la situazione dei cittadini elvetici analoga a quella dei cittadini comunitari**. Viene in particolare in considerazione l'art. 9 dell'Accordo, il cui testo è il seguente.

« Articolo 9 – Diplomi certificati e altri titoli

Per agevolare ai cittadini degli Stati membri della Comunità europea e della Svizzera l'accesso alle attività dipendenti e autonome e il loro esercizio, nonché la prestazione di servizi, le parti contraenti adottano, conformemente all'allegato III, le misure necessarie per quanto riguarda il **riconoscimento reciproco dei diplomi dei certificati e di altri titoli** e il coordinamento delle disposizioni legislative, regolamentari e amministrative delle parti contraenti in materia di accesso alle attività dipendenti e autonome e dell'esercizio di queste, nonché di prestazione di servizi ».

In base all'Accordo dunque, i professionisti che intendano ottenere il riconoscimento del titolo professionale conseguito nella Confederazione Svizzera possono presentare domanda al **Ministero competente** – per la **professione di dottore commercialista, ad oggi, il Ministero della giustizia** : cf. art. 2 D. Lgs. 139/2005 – ed inviando la documentazione necessaria. Si segnala che l'art. 2 del D. Lgs. 206/2007 dispone, al comma 3, che **“per il riconoscimento dei titoli di formazione acquisiti dai cittadini (...) della Confederazione svizzera, si applicano gli accordi in vigore con l'Unione europea”**.

A. Libertà di stabilimento

Il D. Lgs. 206/2007 regola la **libertà di stabilimento** agli artt. 16 s. Tale decreto si applica, tra l'altro, come detto, alla **professione di dottore commercialista**. Il D. Lgs. 206/2007 pone, al titolo III capo I, rubricato « norme procedurali », alcune **regole generali**, che valgono per tutte le professioni cui esso si applica, ivi compresa la professione di dottore commercialista.

1. Condizioni per il riconoscimento

Ai sensi dell'art. 17 D. Lgs. 206/2007, la domanda per il riconoscimento è **corredata** dei seguenti documenti:

- un certificato o copia di un documento che attesti la **nazionalità** del prestatore;
- una copia degli **attestati di competenza o del titolo di formazione** che dà accesso alla professione ed eventualmente un attestato dell'**esperienza professionale** dell'interessato;

Le autorità competenti – per la professione di dottore commercialista : ad oggi, il **Ministero della Giustizia** – possono invitare il richiedente a **fornire informazioni** quanto alla sua formazione nella misura necessaria a **determinare l'eventuale esistenza di differenze sostanziali rispetto alla formazione richiesta sul territorio dello Stato italiano**. Qualora sia impossibile per il richiedente fornire tali informazioni, le autorità competenti si rivolgono al punto di contatto, all'autorità competente o a qualsiasi altro organismo pertinente dello Stato membro di origine.

Qualora l'accesso a una professione regolamentata sia subordinato ai **requisiti dell'onorabilità e della moralità** o l'esercizio di tale professione possa essere **sospeso o vietato** in caso di gravi mancanze professionali o di condanne per reati penali, la sussistenza di tali requisiti si considera provata da **documenti rilasciati da competenti autorità dello Stato membro di origine o dello Stato membro da cui proviene l'interessato**.

Italia

Nei casi in cui l'ordinamento dello Stato membro di origine o dello Stato membro da cui proviene l'interessato non preveda il rilascio dei documenti di cui sopra, questi possono essere sostituiti da una **dichiarazione giurata** o, negli Stati membri in cui tale forma di dichiarazione non è contemplata, da una **dichiarazione solenne**, prestata dall'interessato dinanzi ad un'autorità *giudiziaria* o *amministrativa* competente o, eventualmente, dinanzi ad un *notaio* o a un *organo qualificato* dello Stato membro di origine o dello Stato membro da cui proviene l'interessato.

Qualora l'accesso ad una professione regolamentata sia subordinato al **possesso di sana costituzione fisica o psichica**, tale requisito si considera dimostrato dal **documento prescritto** nello Stato membro di origine o nello Stato membro da cui proviene l'interessato. Qualora lo Stato membro di origine o di provenienza non prescriva documenti del genere, le autorità competenti accettano un attestato rilasciato da un'autorità competente di detti Stati.

Qualora l'esercizio di una professione regolamentata sia subordinato al possesso di **capacità finanziaria** del richiedente o di assicurazione contro i danni derivanti da responsabilità professionale, tali requisiti si considerano dimostrati da un **attestato rilasciato da una banca o società di assicurazione con sede in uno Stato membro**.

I documenti di cui sopra al momento della loro presentazione non devono essere di data anteriore a **tre mesi**.

La domanda è corredata da un **certificato dell'autorità competente dello Stato membro di origine attestante che il titolo di formazione soddisfa i requisiti stabiliti dalla normativa comunitaria** in materia di riconoscimento dei titoli di formazione in base al coordinamento delle **condizioni minime di formazione** (Art. 17 del D. lgs. 206/2007).

2. Formazione richiesta

Per l'accesso o l'esercizio alla professione di **dottore commercialista** sono ammessi al riconoscimento professionale le **qualifiche professionali che sono prescritte da un altro Stato membro per accedere alla corrispondente professione ed esercitarla**. Gli attestati di competenza o i titoli di formazione ammessi al riconoscimento devono **soddisfare le seguenti condizioni** (art. 21 D.Lgs. 206/2007):

- essere stati rilasciati da un'**autorità competente** in un altro Stato membro, designata ai sensi delle disposizioni legislative, regolamentari o amministrative di tale Stato;
- attestare un **livello di qualifica professionale almeno equivalente al livello immediatamente precedente a quella prevista dalle normative nazionali**.

L'accesso e l'esercizio della professione regolamentata sono consentiti anche ai richiedenti che abbiano esercitato **a tempo pieno tale professione per due anni**, nel corso dei precedenti **dieci**, in un altro Stato membro che **non la regolamenti** e abbiano uno o più attestati di competenza o uno o più titoli di formazione che soddisfino le **seguenti condizioni**:

- essere stati rilasciati da un'**autorità competente** in un altro Stato membro, designata ai sensi delle disposizioni legislative, regolamentari o amministrative di tale Stato membro;
- attestare un **livello di qualifica professionale almeno equivalente** al livello immediatamente precedente a quello previsto dalle normative nazionali;
- attestare la **preparazione del titolare** all'esercizio della professione interessata.

Non sono necessari i **due anni di esperienza professionale** se i titoli di formazione posseduti dal richiedente attestano una **formazione regolamentata** « e dei livelli di cui all'articolo 19, comma 1, lettere b), c), d) ed e) » del D.Lgs. 206/2007 (che qui si omettono). In de-

Italie

roga a quanto sopra, il riconoscimento è assicurato nel caso in cui l'accesso a detta professione è subordinato al **possesso di un titolo di formazione** che attesta il compimento di una formazione **a livello di insegnamento superiore o universitario di una durata pari a quattro anni** e se il richiedente possiede un titolo di formazione di cui all'articolo 19, comma 1, lettera c) del D. Lgs. 206/2007 (che qui si omette).

Il riconoscimento **può** essere subordinato al compimento di un **tirocinio di adattamento non superiore a tre anni** o di una **prova attitudinale**, a scelta del richiedente, in uno dei seguenti casi (Art. 22 D. Lgs. 206/2007):

- se la durata della formazione da lui seguita è **inferiore di almeno un anno** a quella richiesta in Italia;
- se la formazione ricevuta riguarda **materie sostanzialmente diverse** da quelle coperte dal titolo di formazione richiesto in Italia;
- se la professione regolamentata include **una o più attività professionali regolamentate, mancanti** nella corrispondente professione dello Stato membro d'origine del richiedente, e se la **differenza** è caratterizzata da una **formazione specifica**, richiesta dalla normativa nazionale e relativa a materie sostanzialmente diverse da quelle dell'attestato di competenza o del titolo di formazione in possesso del richiedente.

Il D. Lgs. 206/2007 prevede che per l'accesso ad alcune professioni, **tra le quali, fra l'altro, quella di « dottore commercialista », il riconoscimento è subordinato ad una prova attitudinale.**

Per **materie sostanzialmente diverse** si intendono materie la cui conoscenza è essenziale all'esercizio della professione regolamentata e che in termini di durata o contenuto sono **molto diverse** rispetto alla formazione ricevuta dal migrante.

Nei casi di cui sopra, la durata e le materie **oggetto del tirocinio di adattamento** e della **prova attitudinale** sono stabilite dall'**Autorità competente** a seguito della Conferenza di servizi, se convocata. In caso di valutazione finale sfavorevole il tirocinio **può essere ripetuto**. Gli obblighi, i diritti e i benefici sociali di cui gode il tirocinante sono stabiliti dalla normativa vigente, conformemente al **diritto comunitario applicabile**.

La **prova attitudinale si articola in una prova scritta o pratica e orale o in una prova orale sulla base dei contenuti delle materie stabilite**. In caso di esito sfavorevole o di mancata presentazione dell'interessato senza valida giustificazione, la prova attitudinale non può essere ripetuta **prima di sei mesi**.

Ai fini della prova attitudinale le autorità competenti predispongono un **elenco delle materie** che, in base ad un confronto tra la formazione richiesta sul territorio nazionale e quella posseduta dal richiedente, **non sono contemplate dai titoli di formazione del richiedente**. La prova verte su materie da scegliere tra quelle che figurano nell'elenco e la cui conoscenza è una condizione essenziale per poter esercitare la professione sul territorio dello Stato. Lo status del richiedente che desidera prepararsi per sostenere la prova attitudinale è stabilito dalla normativa vigente (art. 23 D. Lgs. 206/2007).

3. Procedura

Ai fini del riconoscimento professionale, l'interessato presenta apposita **domanda** all'autorità competente (ad oggi, il Ministero della Giustizia). Entro **trenta giorni** dal ricevimento della domanda, l'autorità accerta la **completezza** della documentazione esibita, e ne **dà notizia** all'interessato. Ove necessario, l'autorità competente richiede le eventuali necessarie **integrazioni**.

Italia

Per la valutazione dei **titoli acquisiti**, il D. Lgs. 206/2007 prevede, come regola generale, che l'autorità indica una « **conferenza di servizi** » ai sensi della legge 7 agosto 1990, n. 241 alla quale partecipano **rappresentanti**:

- delle amministrazioni dell'autorità competente;
- del Dipartimento per il coordinamento delle politiche comunitarie;
- del Ministero degli affari esteri.

Nella conferenza dei servizi sono sentiti **un rappresentante dell'Ordine o Collegio professionale** ovvero della categoria professionale interessata.

Tuttavia, la necessità di indire una « **conferenza di servizi** » non si applica, tra l'altro, nei casi di cui al capo IV del titolo III. Non vi rientra dunque la professione di dottore commercialista. **E' lecito dedurre che questa rimane soggetto alla necessità della « conferenza di servizi ».**

Sul riconoscimento provvede l'autorità competente con **decreto motivato**, da adottarsi nel termine di **tre mesi** dalla presentazione della documentazione completa da parte dell'interessato. Il decreto è **pubblicato** nella Gazzetta Ufficiale della Repubblica italiana.

Se l'esercizio della professione in questione è condizionato alla **prestazione di un giuramento** o ad una **dichiarazione solenne**, al cittadino interessato è proposta una formula appropriata ed equivalente nel caso in cui la **formula** del giuramento o della dichiarazione **non** possa essere utilizzata da detto cittadino (art. 16 D. Lgs. 206/2007).

4. Effetti del riconoscimento

Ai sensi dell'art. 3 del D. Lgs. 206/2007, in tema di « **effetti del riconoscimento** », il riconoscimento delle qualifiche professionali operato ai sensi del D. Lgs. 206/2007 permette di **accedere**, se in possesso dei requisiti specificamente previsti, **alla professione corrispondente per la quale i soggetti richiedenti sono qualificati nello Stato membro d'origine e di esercitarla alle stesse condizioni previste dall'ordinamento italiano**. La professione che l'interessato eserciterà sul territorio italiano sarà quella per la quale è qualificato **nel proprio Stato membro d'origine**, se le attività sono comparabili.

Riguardo all'uso del titolo professionale, il prestatore può usare nella professione la **denominazione del proprio titolo di studio**, ed eventualmente la **relativa abbreviazione**, nella **lingua** dello Stato membro nel quale il titolo di studio è stato conseguito. L'uso di detta denominazione o dell'abbreviazione non è tuttavia consentito se idoneo ad **ingenerare confusione** con una professione regolamentata nel territorio nazionale, per la quale l'interessato non ha ottenuto il riconoscimento della qualifica professionale; in tal caso la denominazione potrà essere utilizzata a condizione che ad essa siano apportate le modifiche o aggiunte idonee alla differenziazione, stabilite dall'autorità competente.

5. Iscrizione all'albo

Ai sensi dell'**art. 36 D. Lgs. 28 giugno 2005, n. 139**, per l'iscrizione nell'Albo dei Dottori commercialisti e degli esperti contabili è necessario:

- essere **cittadino italiano**, ovvero **cittadino di uno Stato membro dell'Unione europea** o di uno Stato estero a condizione di reciprocità;
- godere il **pieno esercizio dei diritti civili**;
- essere di **condotta irreprensibile**;
- avere la residenza o il domicilio professionale nel **circondario** in cui è costituito l'Ordine cui viene richiesta l'iscrizione o il trasferimento.

Non possono ottenere l'iscrizione nell'Albo coloro che, con sentenza definitiva, hanno riportato condanne a **pene** che darebbero luogo alla **radiazione** dall'Albo.

La **domanda di iscrizione** in una delle Sezioni dell'Albo è presentata al Consiglio dell'Ordine territorialmente costituito in cui il **richiedente ha la residenza o il domicilio professionale e deve essere corredata dei documenti comprovanti il possesso dei requisiti stabiliti dal presente decreto legislativo**. Il rigetto della domanda per motivi di incompatibilità o di condotta non può essere pronunciato se non dopo aver sentito il richiedente.

Il Consiglio deve deliberare nel termine di **due mesi** dalla data di presentazione della domanda.

La deliberazione è **motivata** ed è notificata, entro **quindici giorni**, all'interessato e al pubblico ministero presso il tribunale ove ha sede il Consiglio dell'Ordine locale. Contro di essa l'interessato e il pubblico ministero possono presentare **ricorso al Consiglio nazionale**, nel termine perentorio di **trenta giorni** dalla notificazione. Qualora il Consiglio non abbia provveduto sulla domanda nel termine stabilito nel comma 3, l'interessato può, entro e non oltre i successivi trenta giorni, presentare ricorso al Consiglio nazionale, il quale, richiamati gli atti, decide sul merito dell'iscrizione.

B. Libera prestazione di servizi

Il D. Lgs. 206/2007 regola la **libera prestazione di servizi** agli artt. 9-15. Tale decreto si applica, tra l'altro, come detto, alla professione di dottore commercialista.

1. Condizioni per l'esercizio

La **libera prestazione di servizi** sul territorio nazionale **non** può essere limitata per ragioni attinenti alle qualifiche professionali:

- se il prestatore è **legalmente stabilito** in un altro Stato membro per esercitarvi la corrispondente professione;
- in caso di **spostamento del prestatore**; in tal caso, se nello Stato membro di stabilimento la professione **non è regolamentata**, il prestatore deve aver esercitato tale professione per almeno **due anni** nel corso dei **dieci anni** che precedono la prestazione di servizi.

Tale libertà è concessa al solo prestatore che si **sposta** sul territorio dello Stato per esercitare la professione « **in modo temporaneo e occasionale** ». Il carattere « temporaneo e occasionale » della prestazione è valutato, dall'autorità competente, **caso per caso**, tenuto conto anche della **natura** della prestazione, della **durata** della prestazione stessa, della sua **frequenza**, della sua **periodicità** e della sua **continuità** (Art. 9 D. Lgs. 206/2007).

2. Comunicazione

Il prestatore che si sposta per la prima volta da un altro Stato membro sul territorio nazionale per fornire servizi è tenuto **ad informare 30 giorni prima**, salvo i casi di urgenza, l'autorità competente con una **dichiarazione scritta**, contenente informazioni sulla prestazione di servizi che intende svolgere, nonché sulla **copertura assicurativa** o **analoghi mezzi di**

Italie

protezione personale o collettiva per la responsabilità professionale. Tale dichiarazione ha validità per l'anno in corso e deve essere rinnovata, se il prestatore intende successivamente fornire servizi temporanei o occasionali in tale Stato membro. Il prestatore può fornire la dichiarazione con **qualsiasi mezzo idoneo** di comunicazione.

In occasione della **prima** prestazione, o in qualunque momento interviene un **mutamento** oggettivo della situazione attestata dai documenti, la dichiarazione di cui sopra deve essere corredata di:

- un certificato o copia di un documento che attesti la **nazionalità** del prestatore;
- una certificazione dell'autorità competente che attesti che il titolare è **legalmente stabilito in uno Stato membro** per esercitare le attività in questione e che non gli è vietato esercitarle, anche su base temporanea, al momento del rilascio dell'attestato;
- un documento che comprovi il **possesso delle qualifiche professionali**;
- nei casi in cui la professione non è regolamentata, una prova con qualsiasi mezzo che il prestatore ha esercitato l'attività in questione per almeno **due anni** nei precedenti dieci anni;
- per le professioni nel settore della **sicurezza** la prova di **assenza di condanne penali**.

Il prestatore deve **informare** della sua prestazione, prima dell'esecuzione o, in caso di urgenza, immediatamente dopo, **l'ente di previdenza obbligatoria competente per la professione esercitata**. La comunicazione, che **non comporta obblighi di iscrizione o di contribuzione**, può essere effettuata con **qualsiasi mezzo idoneo** (Art. 10 D. lgs. 206/2007).

3. Diritti ed obblighi

In caso di **spostamento**, il prestatore è soggetto alle **norme che disciplinano l'esercizio della professione che è ammesso ad esercitare**, quali : la **definizione** della professione, l'**uso** dei titoli e la **responsabilità** professionale connessa direttamente e specificamente alla tutela e sicurezza dei consumatori, nonché alle **disposizioni disciplinari** applicabili ai professionisti che, sul territorio italiano, esercitano la professione corrispondente (art. 9 comma 4 D.lgs. 206/2007).

Per le professioni di cui al titolo III, capo IV – tra le quali vi è quella del **farmacista** – la prestazione di servizi è effettuata **con il titolo professionale previsto dalla normativa italiana**.

Copia delle dichiarazioni di cui sopra è trasmessa dall'autorità competente al **competente Ordine o Collegio** professionale che provvede ad una **iscrizione automatica in apposita sezione degli albi istituiti e tenuti presso i consigli provinciali e il consiglio nazionale** con oneri a carico dell'Ordine o Collegio stessi. L'iscrizione è assicurata per la durata di efficacia della dichiarazione. L'iscrizione all'ordine **non comporta l'iscrizione ad enti di previdenza obbligatoria** (Art. 13 D.lgs. 206/2007).

Le informazioni pertinenti circa la **legalità** dello stabilimento e la **buona condotta** del prestatore, nonché l'**assenza** di sanzioni disciplinari o penali di carattere professionale sono richieste e assicurate dalle autorità competenti. Queste provvedono affinché lo **scambio di tutte le informazioni necessarie** per un reclamo del destinatario di un servizio contro un prestatore avvenga correttamente. I destinatari sono **informati** dell'esito del reclamo (Art. 14 D. lgs. 206/2007).



Institut suisse de droit comparé
Schweizerisches Institut für Rechtsvergleichung
Istituto svizzero di diritto comparato
Swiss Institute of Comparative Law

AVIS SUR LES PROFESSIONS LIBÉRALES ET LA LIBRE CIRCULATION DES SERVICES INGÉNIEURS

Allemagne, Angleterre, Autriche, France et Italie

Avis 07-011

Lausanne, le 7 octobre 2008
ECR/EA/KJD/SL/EL/GPR/ba

TABLE DES MATIÈRES

ALLEMAGNE	248
ANGLETERRE	259
AUTRICHE	263
FRANCE	272
ITALIE	274

ALLEMAGNE

I. EINLEITUNG

A. Rechtsquellen

1. Europäisches Recht

a. Primärrecht

- Art. 39ff, 43ff und 49ff EG-Vertrag (EG) (ABl. 24.12.2002 C 325/33)
- Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits über die Freizügigkeit vom 21.6.1999, in Kraft seit 1.6.2002, Stand 27.12.2006 (0.142.112.681) in Deutschland BGBl. II 2001 S. 810 und BGBl. II 2002, S. 1692.

b. Sekundärrecht

- Richtlinie 2005/36/EG vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen (ABl. EU Nr. L 255 S. 22, 2007 Nr. L 271 S. 18).

2. Deutsches Recht

a. Gesetze

Die auf auswärtige Ingenieure anwendbaren Normen befinden sich in den Gesetzen der Länder, die den Beruf des Ingenieurs regeln, wie beispielsweise das Gesetz über die Bayerische Architektenkammer und die Bayerische Ingenieurkammer-Bau, die für die beratenden Ingenieure die Vorgaben zur Führung der Berufsbezeichnung und die Anerkennung von Hochschulabschlüssen anderer Staaten beinhalten und das Bayerische Ingenieurgesetz. Im Rahmen dieser Studie wird beispielhaft insbesondere auf **Bayern** Bezug genommen, da dieses Bundesland bereits die Richtlinie 2005/36/EG umgesetzt hat.

- **Bsp.: [Gesetz über die Bayerische Architektenkammer und die Bayerische Ingenieurkammer-Bau \(Baukammerngesetz - BauKaG\)](#) vom 9. Mai 2007 (GVBl S. 308) BayRS 2133-1-I. Dieses Gesetz dient auch zur Umsetzung der Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen (ABl EU Nr. L 255 S. 22).**
- **Bsp.: [Bayerisches Gesetz zum Schutz der Berufsbezeichnung „Ingenieur“ und „Ingenieurin“](#) (Ingenieurgesetz) zuletzt geändert am 8.3.2005 (GVBl. S. 69).**
- **[Verordnung über die Verfahren bei den Baukammern und deren Eintragungsausschüssen](#) (Baukammernverfahrensverordnung – BauKaVV) vom 1. Juni 2007.**

B. Verhältnis zu europarechtlichen Vorgaben

1. Umsetzung der Richtlinie 2005/36/EG

Die Richtlinie 2005/36/EG wurde im bayerischen BauKaG bereits umgesetzt, das auch die Tätigkeit der „Beratenden Ingenieure“ regelt, nicht aber im Ingenieurgesetz, das allerdings nur wenige Regelungen enthält, die sich teils mit denen des BauKaG decken.

2. Verhältnis zum Freizügigkeitsabkommen Schweiz-EG

Die nationale Gesetzgebung bezieht die Richtlinie **grossteils** bereits ein, die allerdings für die Schweiz noch nicht gilt, Mit der Entscheidung für die Richtlinienanwendung in der Schweiz ist daher anzunehmen, dass auf Schweizer Berufstätige die gleichen Grundsätze Anwendung finden werden, die für Staatsangehörige der EU-Mitgliedsstaaten gelten, und die Voraussetzungen der Anerkennung von Berufsqualifikationen und der Niederlassung Schweizer Staatsangehöriger in EU-Staaten nochmals erleichtert wird.

II. LÄNDERBERICHT DEUTSCHLAND

A. Niederlassung als Ingenieur

Das Gesetz über die Bayerische Architektenkammer und die Bayerische Ingenieurkammer-Bau regelt die Berufsaufgaben **des Beratenden Ingenieurs**, der die eigenverantwortliche und unabhängige Beratung und Planung auf dem Gebiet des Ingenieurwesens übernimmt.

Eigenverantwortlich ist hierbei, wer

1. seine berufliche Tätigkeit als alleinige Inhaberin oder alleiniger Inhaber eines Büros selbständig auf eigene Rechnung und Verantwortung ausübt oder
2. sich mit anderen zusammengeschlossen hat und innerhalb dieses Zusammenschlusses eine Rechtsstellung besitzt, kraft derer sie oder er ihre oder seine Berufsaufgaben nach Satz. 1 unbeeinflusst ausüben kann, oder
3. als leitende Angestellte oder leitender Angestellter in einem unabhängigen Ingenieurunternehmen nach Satz 3 im Wesentlichen selbständig Aufgaben nach Satz 1 wahrnimmt, die ihr oder ihm regelmäßig wegen ihrer Bedeutung übertragen werden, oder
4. als Hochschullehrerin oder Hochschullehrer in selbständiger Beratung tätig ist.

Unabhängig ist hierbei, wer bei der Ausübung seiner Berufstätigkeit weder eigene Produktions-, Handels- oder Lieferinteressen hat noch fremde Interessen dieser Art vertritt, die unmittelbar oder mittelbar im Zusammenhang mit der beruflichen Tätigkeit stehen.

1. Titel

Die Berufsbezeichnungen „Beratende Ingenieurin“ und „Beratender Ingenieur“ darf gem. Art. 1 Abs. 3 eingetragen oder wer zur Führung der Berufsbezeichnung nach Art. 2 berechtigt ist. Art. 1 BayBauKaG nur führen, wer unter dieser Bezeichnung in die **Liste Beratender Ingenieure** eingetragen oder wer zur Führung der Berufsbezeichnung nach Art. 2 berechtigt ist. Art. 1 BayBauKaG präzisiert, dass Wortverbindungen mit der genannten Berufsbezeichnung oder ähnliche Bezeichnungen nur verwenden darf, wer die entsprechende Berufsbezeichnung zu führen befugt ist.

Haben die Beratenden Ingenieure weder in Bayern einen Wohnsitz noch eine Niederlassung oder überwiegende berufliche Beschäftigung, darf die Berufsbezeichnung ohne Eintragung in die jeweilige Liste nur geführt werden, wenn der Betreffende

Allemagne

1. die Bezeichnung auf Grund einer Regelung eines **Landes** der Bundesrepublik Deutschland, in dem er seinen Wohnsitz, seine Niederlassung oder überwiegende Beschäftigung hat, führen darf oder
2. hinsichtlich der Berufsbezeichnung nach Art. 1 Abs. 1 die nachfolgend erörterten **Voraussetzungen an die Berufsqualifikation** erfüllt

Bei Staatsangehörigen eines EU-Mitgliedstaates oder eines EWR-Vertragsstaates genügt es, wenn sie zur Ausübung desselben Berufs rechtmäßig in einem Mitglied- oder Vertragsstaat niedergelassen sind und einen Beruf mit einer in Art. 1 genannten Berufsbezeichnung mindestens **zwei** Jahre während der vorhergehenden **zehn** Jahre in diesem Staat ausgeübt haben; die Bedingung, dass der Dienstleister den Beruf zwei Jahre ausgeübt haben muss, gilt nicht, wenn entweder der Beruf oder die Ausbildung zu diesem Beruf **reglementiert** ist.

Dies gilt entsprechend für **Drittstaatsangehörige**, soweit sich nach dem EG-Recht eine Gleichstellung ergibt (so die **Schweizer** über die bilateralen Verträge).

2. Dauernde Berufszulassung

a. Erfordernisse

Im Inland niedergelassene Ingenieure haben sich in die Liste Beratender Ingenieure einzutragen, die von der Ingenieurekammer-Bau geführt wird. Aus der Liste muss die Zugehörigkeit der oder des Eingetragenen zu den im Bauwesen tätigen oder den sonstigen Beratern der Ingenieurinnen oder Ingenieuren ersichtlich sein. Im Bauwesen tätig ist eine Ingenieurin oder ein Ingenieur insbesondere, wenn sie oder er in einer oder mehreren Fachrichtungen des Bauingenieur-, Vermessungs-, Wasserwirtschafts- oder Verkehrswesens, der Ingenieurgeologie, der Bauphysik, der Energie-, Heizungs-, Klima-, Ver- und Entsorgungs-, Telekommunikations-, Elektro- und Lichttechnik, der Förder- und Lagertechnik oder der Arbeitssicherheit an baulichen Anlagen tätig ist.

In die Liste Beratender Ingenieure ist auf Antrag einzutragen, wer

1. **Wohnsitz, Niederlassung oder überwiegende berufliche Beschäftigung in Bayern** hat,
 2. nach den Vorschriften des Gesetzes zum Schutze der Berufsbezeichnung „**Ingenieur und Ingenieurin**“ (Ingenieurgesetz) berechtigt ist, die dort vorgesehenen Berufsbezeichnungen zu führen. Die Berufsbezeichnung „Ingenieur“ und „Ingenieurin“ allein oder in einer Wortverbindung darf führen,
 1. wer das Studium einer technischen oder naturwissenschaftlichen Fachrichtung an einer deutschen wissenschaftlichen Hochschule oder an einer deutschen Fachhochschule oder das Studium an einer deutschen öffentlichen oder ihr hinsichtlich des Studienabschlusses rechtlich gleichgestellten deutschen privaten Ingenieurschule oder einen Betriebsführerlehrgang einer deutschen staatlich anerkannten Bergschule mit Erfolg abgeschlossen hat oder
 2. wem durch die zuständige Behörde das Recht verliehen worden ist, die Bezeichnung ‚Ingenieur (grad.)‘ und ‚Ingenieurin (grad.)‘ oder einen Diplomgrad in einer Wortverbindung mit der Bezeichnung ‚Ingenieur‘ und ‚Ingenieurin‘ zu führen.
- oder
3. wer auf Grund eines **Abschlußzeugnisses einer ausländischen Hochschule**

Allemanne

oder einer sonstigen ausländischen Schule von der zuständigen Behörde die Genehmigung hierzu erhalten hat. Hierbei gelten nachfolgende für EU-und EWR-Staaten normierte Grundsätze entsprechend für Drittstaaten und **Drittstaatsangehörige**, soweit sich hinsichtlich der Diplomanerkennung und der Anerkennung von Befähigungsnachweisen nach EG- Recht eine Gleichstellung ergibt (Schweiz!). Das Ingenieurgesetz ist jedoch im Gegensatz zum BayBauKaG im Hinblick auf die Richtlinie 2005/36/EG noch nicht auf dem neuesten Stand.

Eine Genehmigung ist also zu erteilen, wenn der Antragsteller Staatsangehöriger eines EU-Mitgliedstaates oder eines anderen EWR-Vertragsstaates ist und das Diplom einer technischen oder naturwissenschaftlichen Fachrichtung erworben hat, das in einem anderen Mitglied- oder Vertragsstaat für den Zugang zum Ingenieurberuf, dessen Ausübung oder für das Führen einer der deutschen Berufsbezeichnung ‚Ingenieur‘ und ‚Ingenieurin‘ **entsprechenden Berufsbezeichnung** erforderlich ist, **oder** wenn er den Beruf eines Ingenieurs in den vorhergehenden **zehn** Jahren vollzeitlich **zwei** Jahre lang in einem anderen Mitglied- oder Vertragsstaat ausgeübt hat, der den Zugang zum Ingenieurberuf, dessen Ausübung oder das Führen einer der deutschen Berufsbezeichnung ‚Ingenieur‘ und ‚Ingenieurin‘ entsprechenden Berufsbezeichnung nicht an den Besitz eines Diploms bindet, wobei der Antragsteller dabei im Besitz eines Ausbildungsnachweises einer technischen oder naturwissenschaftlichen Fachrichtung gewesen sein muß.

Es muss sich dabei um Diplome, Prüfungszeugnisse oder sonstige Befähigungsnachweise nach mindestens dreijährigem Studium an einer Universität, Hochschule oder anderen gleichwertigen Ausbildungseinrichtung handeln und es müssen die beruflichen Voraussetzungen vorliegen, die für den Zugang zum Ingenieurberuf, dessen Ausübung oder für das Führen einer der deutschen Berufsbezeichnung ‚Ingenieur‘ und ‚Ingenieurin‘ entsprechenden Berufsbezeichnung erforderlich sind. Die durch das Diplom nach Satz 1 bescheinigte Ausbildung muß überwiegend in der EG oder einem anderen EWR- Vertragsstaat erworben worden sein, es sei denn, der Diplominhaber hat eine mindestens dreijährige Berufserfahrung als Ingenieur, die von dem Mitglied- oder Vertragsstaat bescheinigt wird, der das Diplom anerkannt hat.

Einem solchen Diplom stehen gleich alle Diplome, Prüfungszeugnisse oder sonstigen Befähigungsnachweise gleich, die von einer zuständigen Stelle in einem Mitglied- oder Vertragsstaat ausgestellt worden sind und eine in der EG oder einem anderen EWR-Vertragsstaat erworbene, von einer zuständigen Stelle in diesem Mitglied- oder Vertragsstaat als gleichwertig anerkannte Ausbildung abschließen und in diesem Staat zum Zugang zum Ingenieurberuf, zu dessen Ausübung oder zum Führen einer der deutschen Berufsbezeichnung ‚Ingenieur‘ und ‚Ingenieurin‘ entsprechenden Berufsbezeichnung allein oder in einer Wortverbindung berechtigen. Ausbildungsnachweise sind alle Zeugnisse oder Bestätigungen einer zuständigen Stelle in einem Mitglied- oder Vertragsstaat, die der Inhaber zur Vorbereitung auf die Ausübung des Ingenieurberufs erworben hat, und aus denen hervorgeht, daß er ein mindestens dreijähriges Studium oder ein dieser Dauer entsprechendes Teilzeitstudium an einer Universität, einer Hochschule oder einer anderen gleichwertigen Ausbildungseinrichtung in einem Mitglied- oder Vertragsstaat absolviert und gegebenenfalls die über das Studium hinaus erforderliche berufliche Ausbildung abgeschlossen hat.

Dem stehen gleich alle Prüfungszeugnisse in einem Mitglied- oder Vertragsstaat, die eine in der EG oder einem anderen EWR-Vertragsstaat erworbene Ausbildung bestätigen und von diesem Staat als gleichwertig anerkannt werden, sofern diese Anerkennung den übrigen Mitglied- und Vertragsstaaten sowie der EG-Kommission mitgeteilt worden ist.

Das Genehmigungsverfahren muß spätestens vier Monate nach Vorlage der vollstän-

Allemagne

digen Unterlagen des Antragstellers durch eine mit Gründen versehene Entscheidung der zuständigen Behörde abgeschlossen sein

3. Voraussetzung ist weiter, dass der Betreffende seit dem Zeitpunkt des Erwerbs der Berechtigung nach Nr. 2 eine nachfolgende entsprechende praktische Tätigkeit von mindestens **drei Jahren** ausgeübt hat und
4. seinen Beruf **eigenverantwortlich und unabhängig** ausübt.

Auf die Zeit der praktischen Tätigkeit sind berufsfördernde Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen der Ingenieurekammer-Bau im Aufgabenbereich der technischen und wirtschaftlichen Planung und des Baurechts sowie ein Jahr eines einschlägigen abgeschlossenen Master-Ingenieurstudiengangs anzurechnen.

5. Die Eintragung in die Ingenieursliste ist gem. Art. 6 BayBauKaG zu versagen, wenn Tatsachen vorliegen, aus denen sich ergibt, dass der Bewerber nicht die für den Beruf erforderliche **Zuverlässigkeit** besitzt.

b. Antragsinhalt

Am Beispiel des Antrags in Bayern¹⁵³

aa. Nach Art. 5 BayBauKaG erfolgt die Eintragung für die **Beratenden Ingenieure** auf Antrag. Dieser muss beim Eintragungsausschuss der Kammer mit folgenden Unterlagen eingereicht werden:

1. **Angaben** über den Namen und das Geburtsdatum der Antragstellerin oder des Antragstellers und die Staatsangehörigkeit,
2. ein Nachweis über den **Wohnsitz** (Meldebescheinigung), Angaben über den Ort der Niederlassung oder der überwiegenden beruflichen Beschäftigung in Bayern,
3. ein amtliches **Führungszeugnis**,
4. ein Nachweis über die Berechtigung zum Führen der im Gesetz zum Schutz der Berufsbezeichnung „Ingenieur und Ingenieurin“ (Ingenieurgesetz) vorgesehenen Berufsbezeichnungen (s. oben),
5. Angaben, aus denen sich ergibt, in welcher Fachrichtung im Sinn des Art. 5 Abs. 1 BauKaG die Antragstellerin oder der Antragsteller tätig ist,
6. Nachweise über Art, Umfang, Zeit und Ort einer **praktischen Tätigkeit** sowie
7. Nachweise über eine eigenverantwortliche und unabhängige Berufsausübung.
8. gegebenenfalls der Nachweis über die Eintragung in die Liste eines anderen Landes der Bundesrepublik Deutschland.

¹⁵³ **Der Antragsinhalt variiert leicht von Bundesland zu Bundesland: Mit dem Antrag** auf Eintragung in die niedersächsische Architektenliste beim Eintragungsausschuss der Architektenkammer **in Niedersachsen etwa sind** folgende Unterlagen einzureichen:

- Antragsformular
- Nachweis über die Berechtigung der Führung eines akademischen Grades
- Bescheinigungen des Arbeitgebers über eine mindestens zweijährige praktische Tätigkeit
- Eigene Arbeiten: mindestens zwei Pläne zu drei Objekten sowie zu einem Objekt mindestens zwei Ausführungs- und Detailzeichnungen
- Nachweis über den Besuch von acht eintägigen Fortbildungsveranstaltungen im Rahmen der praktischen Tätigkeit
- Nachweis der aktuellen Beschäftigungsart
- Beleg über die Zahlung der Eintragungsgebühr von €290, 00 für den Ersteintrag
- Nachweis über Berufshaftpflichtversicherung für freischaffende Architekten

Allemanne

bb. Für die **bauvorlageberechtigten Ingenieure** (§ 7 BayBauKaVV) gilt:

Der Antrag auf Eintragung in die Liste der bauvorlageberechtigten Ingenieure (Art. 68 Abs. 2 Nr. 2 der Bayerischen Bauordnung) muss mindestens

1. Angaben enthalten über den Namen und das Geburtsdatum der Antragstellerin oder des Antragstellers.
2. Einen Nachweis über die Berechtigung zum Führen der im Ingenieurgesetz vorgesehenen Berufsbezeichnungen als Angehöriger einer Fachrichtung des Bauingenieurwesens sowie
3. Nachweise über Art, Umfang, Zeit und Ort einer praktischen Tätigkeit.

c. **Zuständige Behörde, Verfahren, Fristen**

aa. *Zuständige Behörden*

Adressen der Landesingenieurskammern

Ingenieurkammer Baden-Württemberg (IngKBW)

Zellerstr. 26
70180 Stuttgart
Telefon: 0711 / 64971-0
Telefax: 0711 / 6497155

Bayerische Ingenieurkammer – Bau

Nymphenburger Straße 5
80335 München
Telefon 089 419434-0
info@bayika.de

Baukammer Berlin

Gutsmuthsstr. 24
12163 Berlin (Steglitz)
Telefon: 030 / 79 74 43-0
Telefax: 030 / 79 74 43-29

Brandenburgische Ingenieurkammer (BBIK)

Schlaatzweg 1
14473 Potsdam
Telefon: 0331 / 74 318 -0
Telefax: 0331 / 74 31830

Ingenieurkammer der Freien Hansestadt Bremen

Geeren 41/43
28195 Bremen
Telefon: 0421 / 17 00 90
Telefax: 0421 / 30 26 92

Hamburgische Ingenieurkammer-Bau (HIKB)

Grindelhof 40
20146 Hamburg
Telefon: 040 / 4134546-0
Telefax: 040 / 4134546-1

Allemagne

Ingenieurkammer Hessen (IngKH)

Gustav-Stresemann-Ring 6
65189 Wiesbaden
Telefon: 0611 / 97 457 0
Telefax: 0611 / 97 457 29

Ingenieurkammer Mecklenburg-Vorpommern

Alexandrinenstr. 32
19055 Schwerin
Telefon: 0385 / 558 36-0
Telefax: 0385 / 558 3630

Ingenieurkammer Niedersachsen (IngKN)

Hohenzollernstr. 52
30161 Hannover
Telefon: 0511 / 397 89 0
Telefax: 0511 / 397 89 34

Ingenieurkammer-Bau Nordrhein-Westfalen (IKBauNRW)

Carlsplatz 21
40213 Düsseldorf
Tel 0211/13067-0
Fax 0211/13067-150
info@ikbaunrw.de

Ingenieurkammer Rheinland-Pfalz (IngK RLP)

Schusterstr. 46-48
55116 Mainz
Telefon: 06131 - 59 49 4
Telefax: 06131 - 59 2 90

Ingenieurkammer des Saarlandes (IngK Saar)

Franz-Josef-Röder-Str. 9
66119 Saarbrücken
Telefon: 0681 / 58 53 13
Telefax: 0681 / 58 53 90

Ingenieurkammer Sachsen (IngK Sn)

Kleine Brüdergasse 5
01067 Dresden
Telefon: 0351 / 43 83 360
Telefax: 0351 / 43 83 380

Ingenieurkammer Sachsen-Anhalt

Hegelstr. 23
39104 Magdeburg
Telefon: 0391 / 62 88 90
Telefax: 0391 / 6 28 89 99

Allemagne

Architekten- und Ingenieurkammer Schleswig-Holstein

Düsternbrooker Weg 71

24105 Kiel

Telefon: 0431 / 57 06 50

Telefax: 0431 / 57 06 52 5

Ingenieurkammer Thüringen

Flughafenstr. 4

99092 Erfurt

Telefon: 0361 / 22 873 0

Telefax: 0361 / 22 873 50

bb. Verfahren

Näheres zum Verfahren regelt die **Verordnung über die Verfahren bei den Baukammern und deren Eintragungsausschüssen (BauKaVV)**.

Die Eintragungsausschüsse bestätigen den Antragstellern binnen **eines Monats** den Empfang der Unterlagen und teilen ihnen gegebenenfalls mit, welche Unterlagen fehlen. Die Verfahren müssen innerhalb kürzester Frist abgeschlossen werden, spätestens jedoch **drei Monate** nach Einreichung der vollständigen Unterlagen. Diese Frist kann in Fällen der Anerkennung von Ausbildungsnachweisen nach der Allgemeinen Regelung der Richtlinie 2005/36/EG (Art. 10 ff.) um einen Monat verlängert werden.

Die Kammern erteilen den zuständigen Behörden des Herkunftsstaates **Informationen** über

1. die Rechtmäßigkeit der Niederlassung,
2. die gute Führung sowie
3. das Vorliegen oder Nichtvorliegen berufsbezogener disziplinarischer oder strafrechtlicher Sanktionen von in bayerische Listen eingetragenen Ingenieuren.

Die Kammern arbeiten eng mit diesen Behörden zusammen, und unterrichten diese insbesondere über das Vorliegen disziplinarischer oder strafrechtlicher Sanktionen oder über sonstige schwerwiegende Sachverhalte, die sich auf die Ausübung der in dieser Richtlinie erfassten Tätigkeiten auswirken könnten.

d. Rechtsstellung

Die Mitglieder der Kammern sind verpflichtet, ihren Beruf gewissenhaft auszuüben, dem ihnen im Zusammenhang mit ihrem Berufsstand entgegen gebrachten Vertrauen zu entsprechen und alles zu unterlassen, was dem Ansehen ihres Berufsstandes schaden kann. Sie sind neben dem Einhalten der **Berufsordnungen** insbesondere verpflichtet (Art. 24 Bay-BauKaG).

1. sich **beruflich fortzubilden**,
2. sich **kollegial** zu verhalten und **unlauteren Wettbewerb zu unterlassen**,
3. sich ausreichend gegen **Haftpflichtansprüche** zu versichern.

Auch ein außerhalb der Berufstätigkeit liegendes Verhalten ist eine Berufspflichtverletzung, wenn es nach den Umständen des Einzelfalls in besonderem Maß geeignet ist, Achtung und

Allemagne

Vertrauen in einer für das Ansehen des Berufsstandes bedeutsamen Weise zu beeinträchtigen.

B. Dienstleistungsfreiheit

1. Bedingungen für Dienstleistungen

a. Meldepflicht

Auswärtige **Beratende Ingenieure**, die nicht Mitglied einer deutschen Ingenieurkammer sind, haben das erstmalige Erbringen von Leistungen vorher der Ingenieurkammer-Bau anzuzeigen. Die genannten Personen sind in einem gesonderten Verzeichnis zu führen, ihnen ist eine auf **fünf Jahre befristete Bescheinigung** auszustellen, aus der sich auch die Berechtigung zur Führung der Berufsbezeichnung ergibt. Die Bescheinigung ist auf Antrag um **höchstens fünf Jahre** zu verlängern. Der Anzeige und der Eintragung in das Verzeichnis bedarf es nicht, wenn die auswärtige Person bereits über eine ihrer Berufsgruppe entsprechende Bescheinigung einer deutschen Architekten- oder Ingenieurkammer verfügt.

2. Zuständige Behörden

Siehe oben.

3. Rechtsstellung

Auswärtige Beratende Ingenieure sind wie Mitglieder der Ingenieurkammer-Bau zu behandeln und haben die jeweiligen **Berufspflichten** (Art. 24 BayBauKaG) zu beachten, wenn sie nicht bereits Mitglieder der entsprechenden Kammer eines anderen Landes der Bundesrepublik Deutschland sind.

C. Sozietäten– Zusatzinformationen

1. Inländische Gesellschaften

Beratende Ingenieure können nach Art. 8 BayBauKaG in einer **Partnerschaftsgesellschaft** oder einer **Kapitalgesellschaft** tätig werden, unter ihrer Berufsbezeichnung allerdings nur, wenn die Gesellschaft in das von der Ingenieurkammer-Bau geführte Gesellschaftsverzeichnis eingetragen oder als auswärtige Gesellschaft hierzu berechtigt ist.

Der Eintragung in das Gesellschaftsverzeichnis der Ingenieurkammer-Bau steht die Eintragung in ein entsprechendes Gesellschaftsverzeichnis einer anderen deutschen Ingenieurkammer gleich, wenn die Gesellschaft in Bayern weder Sitz noch Niederlassung hat.

Eine Gesellschaft ist gem. Art. 8 Abs. 4 BayBauKaG auf Antrag in das Gesellschaftsverzeichnis bei der Ingenieurkammer-Bau einzutragen, wenn sie

1. ihren **Sitz oder ihre Niederlassung in Bayern** hat,
2. das Bestehen einer ausreichenden **Berufshaftpflichtversicherung** nachweist und

Allemanne

3. der Gesellschaftsvertrag oder die Satzung regelt, dass
 - a) Gegenstand des Unternehmens die Wahrnehmung von Berufsaufgaben des Beratenden Ingenieurs ist,
 - b) Mitglieder der Ingenieurekammer-Bau die Mehrheit des Kapitals und der Stimmanteile innehaben; die Berufszugehörigkeit der Gesellschafter, die mindestens ein Viertel des Kapitals oder der Stimmanteile innehaben, ist in geeigneter Weise kenntlich zu machen,
 - c) die Gesellschaft verantwortlich von Mitgliedern der Ingenieurekammer-Bau geführt wird,
 - d) Kapitalanteile nicht für Rechnung Dritter gehalten und Stimmrechte nur persönlich ausgeübt werden dürfen,
 - e) bei einer Aktiengesellschaft und einer Kommanditgesellschaft auf Aktien die Aktien auf den Namen lauten,
 - f) die Übertragung von Gesellschafts- und Kapitalanteilen an die Zustimmung der Gesellschaft gebunden ist und
 - g) die für die Berufsangehörigen nach diesem Gesetz bestehenden Pflichten von der Gesellschaft beachtet werden.

Hiervon abweichend darf eine Gesellschaft die Berufsbezeichnungen des **Architekten und Beratenden Ingenieurs** führen, wenn beide Berufsgruppen zusammen mindestens zwei Drittel des Kapitals und der Stimmanteile innehaben und jede der im Namen der Gesellschaft genannten Berufsgruppen mindestens ein Viertel des Kapitals und der Stimmanteile hält. Die Gesellschaft ist in diesem Fall in dem Gesellschaftsverzeichnis der Kammer einzutragen, deren Kammerangehörige innerhalb der Gesellschaft über das größere Gewicht des Kapitals und der Stimmanteile verfügen. Bei gleichem Gewicht ist in das Gesellschaftsverzeichnis der Kammer einzutragen, die über den Schutz der Berufsbezeichnung wacht, die im Namen der Gesellschaft an vorderster Stelle steht.

Die Gesellschaften haben zur Deckung der sich aus ihrer Tätigkeit ergebenden Haftpflichtgefahren eine **Berufshaftpflichtversicherung** für die Dauer der Eintragung in das jeweilige Gesellschaftsverzeichnis abzuschließen sowie für eine Nachhaftungszeit von mindestens fünf Jahren aufrecht zu erhalten. Die Mindestversicherungssumme für jeden Versicherungsfall muss dabei 1 500 000 EUR für Personenschäden sowie 300 000 EUR für sonstige Schäden betragen. Die Leistungen des Versicherers für alle innerhalb eines Versicherungsjahres verursachten Schäden können auf den dreifachen Betrag der Mindestversicherungssumme begrenzt werden.

2. Auswärtige Gesellschaften

Gesellschaften, die in der Bundesrepublik Deutschland nicht in einem Gesellschaftsverzeichnis eingetragen sind (**auswärtige Gesellschaften**), dürfen in ihrer Firma oder ihrem Namen die Berufsbezeichnung und Wortverbindungen nur führen, wenn sie nach dem Recht ihres Herkunftsstaates befugt sind, diese oder vergleichbare Berufsbezeichnungen zu führen. Die auswärtigen Gesellschaften haben das erstmalige Erbringen von Leistungen der der Ingenieurekammer-Bau vorher anzuzeigen.

3. Zusatzinformationen Vermessungsingenieurue

Im Jahr 1995 haben sich die freiberuflichen Vermessungsingenieure aus Deutschland, Frankreich, Österreich und der Schweiz in Bregenz zum "Verband der freiberuflichen Geometer Europas" (Géomètres experts fonciers Européens, kurz: GE) zusammengeschlossen. Der Verband bezweckt in rechtlicher als auch in technischer Hinsicht die organisierte Vereinigung zur Förderung der freiberuflichen Ausübung des Geometerberufes in Europa. Die Vermessungsingenieure sind in ihren Ländern ein wichtiger Teil des öffentlichen Vermessungswesens. Neben Aufgaben der Landesvermessung, Katastervermessung und Katasterführung beurkunden sie auch Tatbestände an Grund und Boden, bewerten Liegenschaften und sind als Sachverständige im Vermessungswesen tätig.

Die Geometer Europas haben die Multilaterale Übereinkunft zur gegenseitigen Anerkennung der Berufsvoraussetzungen der mit staatlichen Aufgaben beliehenen Vermessungsingenieure erarbeitet, um die Bedingungen für die Niederlassung und Berufsausübung etc. in de jeweils anderen Staaten zu erleichtern.

Nach Auskunft des Bundes der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure (BDVI) ist die Multilaterale Übereinkunft zur gegenseitigen Anerkennung der Berufsvoraussetzungen der mit staatlichen Aufgaben beliehenen Vermessungsingenieure aus dem Jahr 2004 jedoch in der Praxis noch nicht relevant geworden. Die Übereinkunft soll eine Grundlage (Gemeinsamer Nenner) sein, auf die sich die Verbände geeinigt haben. Es handelt sich um einen ersten Freiwilligen Schritt für europaweite Vorgaben zur Berufszulassung, der in einem Gesamtzusammenhang zusehen ist: Neben der Übereinkunft werden z.B. derzeit europäische Verhaltenskodices geschaffen, die auch den Vorgaben der Richtlinie 2005/36/EG folgen werden. Bislang gibt es nach der erhaltenen Auskunft noch keine zentrale Organisationsstelle der Geometer Europas, die die Durchführung der Übereinkunft koordinieren würde.

ANGLETERRE

I. INTRODUCTION

A. Sources normatives pertinentes

1. Législation

*Engineering Council United Kingdom Charter and By-laws*¹⁵⁴

2. Jurisprudence

None applicable

3. Interrelation avec le droit européen

Directive 89/48/EEC is the first General Systems Directive for the recognition of higher education diplomas awarded on completion of professional education and training of at least three years' duration. **This Directive is applicable to Chartered and Incorporated Engineers** (see below II.A.1 for definition).

Engineering in the UK is a **regulated profession** – for the purposes of Directive 89/48/EEC - under Article 1(d) subparagraph 2:

'...a professional activity shall be deemed to be a **regulated professional activity** if it is pursued by the members of an association or organization [*sic*] the purpose of which is, in particular, to promote and maintain a high standard in the professional field concerned and which, to achieve that purpose, is recognized [*sic*] in a special form by a Member State and awards a diploma to its members, - ensures that its members respect the rules of professional conduct which it prescribes, and - confers on them the right to use a title or designatory letters, or to benefit from a status corresponding to that diploma.'

The **Engineering Council UK** (the “**ECUK**”) is listed in an Annex to the Directive of organisations which satisfy the above detailed conditions. This means that **all Chartered Engineers and Incorporated Engineers come under Article 1(d) subparagraph 2 of this Directive.**

Directive 92/51/EEC is the second General Systems Directive for the recognition of professional education and training of at least one years' duration, which is not covered in Directive 89/48/EEC. Directive 92/51/EEC is supplemental to Directive 89/48/EEC. For the purposes of Directive 92/51/EEC, engineering in the UK is a regulated profession under Article 1(f) subparagraph 2.

The European Commission **SLIM Initiative** (Simpler Legislation for the Internal Market) came about as the European Commission increased its efforts to improve regulatory quality whilst seeking to reduce the regulatory burden. In November 1999 the European Council reached agreement on a common position on the SLIM proposals regarding the recognition of diplomas. This resulted in **Directive 2001/19/EC**, which amends both directives 89/48/EEC and 92/51/EEC. The main effect of these changes is **administrative**; professionals covered by these directives have not been disadvantaged by any of these changes. A **new directive** which will replace both existing directives was accepted in June 2005 and according to the ECUK website, **will enter national legislation over the two-year period from 2005 to 2007.**

¹⁵⁴ The Engineering Council Charter and By-laws are available online at <[http://www.engc.org.uk/documents/ECUK%20Charter%20and%20Bye%20Laws%20\(April%202007\).pdf](http://www.engc.org.uk/documents/ECUK%20Charter%20and%20Bye%20Laws%20(April%202007).pdf)>. Note that neither the charter, nor the bye-laws are legislative instruments. Both stipulate contractual arrangements only.

II. RAPPORT

A. Liberté d'établissement

1. Conditions pour la reconnaissance de la qualification professionnelle

The engineering profession in the United Kingdom is regulated **by the ECUK through 36 engineering Institutions** (“**Licensed Members**”) who are licensed to put suitably qualified members on the ECUK’s **Register of Engineers**. The Register has **three** sections: **Chartered Engineer** (“*CEng*”), **Incorporated Engineer** (“*IEng*”) and **Engineering Technician** (“*Eng Tech*”). These titles are **protected** by the ECUK’s Royal Charter and may only be used by registrants.

Any candidates for registration as a CEng, an IEng or an Eng Tech must satisfy the **competence standards set by ECUK** and be a **member** of the appropriate Licensed Member engineering Institution. Applicants must show that they have a **satisfactory educational base**, have **undergone approved professional development**, and, at an interview, must demonstrate their **professional competence** against specific criteria.

In general there **is no restriction on the right to practise as an engineer in the UK**. However there are a small number of areas of work, generally safety related, which are **reserved by Statute to licensed or otherwise approved persons**. These areas of work include:

- Reservoir Design and Inspection
- Ships Officers
- Quarry Management
- Aircraft Maintenance
- Gas Fitting
- Railway Signaling
- Vehicle Maintenance
- Pressure Vessel Design

2. Demande pour la reconnaissance et son contenu

The **Regulations for Registration**¹⁵⁵ **outline the requirements for registration** with the ECUK, which is **not mandatory**. Pursuant to Regulation 2, however, nothing in the Regulations shall be taken as **overriding obligations** placed on ECUK and Licensed Members by national and EU legislation, for example any requirement to process applicants holding EU professional qualifications under the provisions of relevant Directive(s).

Pursuant to Regulation 12, applicants must **submit evidence** in support of their application, including details of **educational records** and possession of exemplifying or other qualifications; structured or other professional **development**; areas of accountability for the exercise

¹⁵⁵ The Regulations for Registration are available on the website of the ECUK:
http://www.engc.org.uk/documents/Regulations_for_Registration.pdf.

Angleterre

of **engineering and technical judgement**; evidence of understanding of technical, financial, social and environmental implications of decisions taken; and an **action plan for future professional development**.

EC Directives may apply to any national of an EU state wishing to work in the UK if the applicant **is seeking to gain a regulated title, such as Chartered Engineer**. The Licensed Member to which application is made will offer a **processing route** which corresponds to the relevant EC Directive and provide the applicant with all necessary information for completing a membership application.

The EC Directives do not guarantee automatic recognition, as there may be differences between the qualifications and experience of the applicant and those required for recognition by the Licensed Member. In this case, **an applicant may be requested to complete either a period of adaptation or an aptitude test**.

3. Autorité compétente

The engineering profession in the United Kingdom is regulated by **ECUK through 36 engineering Institutions** (the “**Licensed Members**”, as defined above) who are licensed to put suitably qualified members on the ECUK’s Register of Engineers.

4. Procédure

All applicants for registration, which is not mandatory, shall have their competence and commitment assessed **through a Professional Review**, conducted by the Licensed Member through which they are applying for registration. The decision whether or not to accept an applicant for registration **shall be made by the Licensed Member’s Committee responsible for registration**, on the basis of the report from the Professional Review **assessors**.

The Professional Review shall include **two components**: a **review of documentary evidence** and an **interview**. The *interview* shall be **obligatory** for *all* applicants for CEng or IEng registration, and *at the discretion* of the Licensed Member for Eng Tech applicants. Licensed Members have the discretion to **add other components** to the Professional Review.

The Professional Review Interview shall be conducted by **two suitably qualified and trained interviewers**. The interviewers shall complete a **summary report** with a recommendation for each applicant. The Licensed Member’s Committee responsible for registration shall **consider the report(s)** from Professional Review, and shall **decide** whether to confirm the recommendation. The Committee’s decisions **shall be recorded**.

Applicants seeking to register with the Institute for Civil Engineering (ICE) may use the European Diplomat Route to membership, **which is open to any citizen of a European Union member country who has a Degree / Diploma in civil engineering issued by an accredited University (“University Diploma”)** and also has a Diploma issued by a **designated authority (“Authority Diploma”)**.

5. Délais

The processing time for applications to the **ECUK** is **approximately 3-6 months**. The processing time for applications to the ICE through the **European Diplomat Route** is **four weeks** from the meeting of the Exemption and Recognition Panel, which considers applications submitted through this Route.

6. Décision et possibilité de recours

The suitability of applicants to the ICE is decided by a **Panel of assessors** appointed by the ICE. Pursuant to Regulation 18 of the ECUK Regulations for Registration, each **Licensed Member, such as the ICE, must have an appeals procedure available to unsuccessful applicants**.

B. Liberté de prestation de services

This depends on the policy of each of the various Licensed Members.

C. Quelques informations supplémentaires sur les sociétés professionnelles

This depends on the policy of each of the various Licensed Members.

AUTRICHE

I. EINLEITUNG

A. Rechtsquellen

1. Europäisches Recht

a. Primärrecht

- Art. 39ff, 43ff und 49ff EG-Vertrag (EG) (ABl. 24.12.2002 C 325/33)
- Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits über die Freizügigkeit vom 21.6.1999, in Kraft seit 1.6.2002, Stand 27.12.2006 (0.142.112.681) in Deutschland BGBl. II 2001 S. 810 und BGBl. II 2002, S. 1692.

b. Sekundärrecht

- Richtlinie 2005/36/EG vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen (ABl. EU Nr. L 255 S. 22, 2007 Nr. L 271 S. 18).

2. Nationales Recht

- [Ziviltechnikergesetz 1993](#) - ZTG, BGBl. Nr. 156/1994 i.d.F. BGBl. I Nr. 164/2005. **Die letzten Änderungen in BGBl. I 8/2008 und BGBl. I 9/2008 wurden eingearbeitet.** Die Novelle 59/2008 ist noch in Bearbeitung und kann daher in diesem Gutachten noch **nicht** berücksichtigt werden.
- [Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten über die Umsetzung zwischenstaatlicher Vereinbarungen betreffend die Ingenieurkonsulenten](#) (EWR-Ing-KonsV, BGBl 695/95)

3. Nationale Rechtsprechung

- VwGH 2006/06/0173, 23.10.2007; Verleihung der Befugnis eines "Ziviltechnikers für EWR Architekten"

B. Verhältnis zu europarechtlichen Vorgaben

1. Umsetzung der Richtlinie 2005/36/EG

Die Richtlinie 2005/36/EG wurde im Architektenrecht **in den jüngsten Änderungen von Anfang 2008** umgesetzt. Der Bericht ist gleichwohl als provisorisch zu betrachten, da eine derzeit in Bearbeitung befindliche Novelle 59/2008 noch nicht veröffentlicht ist.

II. LÄNDERBERICHT ÖSTERREICH

Ohne Dienstleistungsanzeige bzw. abgeschlossenes Niederlassungsverfahren ist die Erbringung von Planungsleistungen in Österreich nicht erlaubt.

A. Niederlassung als Ingenieurkonsulent

In Österreich spricht man von Ziviltechnikern. Staatlich befugte und beeidete Ziviltechniker sind natürliche Personen, die auf ingenieurwissenschaftlichen oder naturwissenschaftlichen Fachgebieten aufgrund einer vom Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit verliehenen Befugnis freiberuflich tätig sind. Ziviltechniker werden eingeteilt in:

1. **Architekten** und
2. **Ingenieurkonsulenten.**

Ziviltechniker sind, sofern bundesgesetzlich nicht eine besondere Berechtigung gefordert wird, auf dem gesamten, von ihrer Befugnis umfassten Fachgebiet zur Erbringung von planenden, prüfenden, überwachenden, beratenden, koordinierenden, mediativen und treuhänderischen Leistungen, insbesondere zur Vornahme von Messungen, zur Erstellung von Gutachten, zur berufsmäßigen Vertretung vor Behörden und Körperschaften öffentlichen Rechts, zur organisatorischen und kommerziellen Abwicklung von Projekten, ferner zur Übernahme von Gesamtplanungsaufträgen, sofern wichtige Teile der Arbeiten dem Fachgebiet des Ziviltechnikers zukommen, berechtigt.

Unbeschadet der den Gewerbetreibenden zustehenden Rechte sind die **Ingenieurkonsulenten** berechtigt:

- a) als Ingenieurkonsulenten für Vermessungswesen zur Verfassung von Teilungsplänen zur katastralen und grundbücherlichen Teilung von Grundstücken und von Lageplänen zur grundbücherlichen Abschreibung ganzer Grundstücke, zu Grenzermittlungen nach dem Stande der Katastralmappe oder auf Grund von Urkunden, einschließlich Vermarkung und Verfassung von Plänen zur Bekanntgabe von Fluchtlinien;
- b) als Ingenieurkonsulenten für Markscheidewesen zur Feststellung der Begrenzungen von Grubenmaßen, Überscharen, Gewinnungsfeldern, Grundstücken, auf die sich ein genehmigter Gewinnungsbetriebsplan für grundeigene mineralische Rohstoffe bezieht oder Speicherfelder sowie zur Ersichtlichmachung derartiger Begrenzungen in der Natur, sofern dies nicht im Widerspruch zu lit b steht.

1. Dauernde Berufszulassung

EU-Bürger, deren Schwerpunkt der beruflichen Tätigkeit in Österreich liegt, müssen einen **Niederlassungsantrag** stellen um die österreichische Berufsberechtigung als **Ziviltechniker** (Architekt bzw. Ingenieurkonsulent) zu erlangen.

Dies erfordert die Mitgliedschaft in einer **österreichischen Kammer**.

a. Erfordernisse für die Niederlassung

Autriche

Gem. § 5 ZivTechnG ist die **Befugnis** eines Ziviltechnikers österreichischen Staatsbürgern, Staatsangehörigen eines EU-Mitgliedstaates oder eines EWR-Vertragsstaates bzw. Staatsangehörigen der Schweizerischen Eidgenossenschaft oder den durch sonstige zwischenstaatliche Vereinbarungen den österreichischen Staatsbürgern gleichgestellten Personen zu verleihen, die in ihrem Herkunftsmitgliedstaat den Beruf eines freiberuflichen Architekten befugt ausüben, wenn **kein Ausschließungsgrund** vorliegt, die für die Ausübung erforderliche **fachliche Befähigung** nachgewiesen wurde.

Wird ihnen die Befugnis eines Ingenieurkonsulenten vom Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit verliehen, dürfen sich die genannten Staatsangehörigen, die in ihrem Herkunftsmitgliedstaat den Beruf eines freiberuflichen Ingenieurkonsulenten befugt ausüben, gem. § 34 ZTG auf dem Gebiet der Republik Österreich zur Ausübung des Berufes eines freiberuflichen Ingenieurkonsulenten niederlassen.

aa. Ausschließungsgründe sind:

1. Personen, die in ihrer **Handlungsfähigkeit beschränkt** sind,
2. über deren Vermögen der **Konkurs** anhängig ist oder innerhalb der letzten drei Jahre eröffnet worden ist, sofern nicht der Konkurs nach einem Zwangsausgleich oder nach Bestätigung des Zahlungsplans aufgehoben worden ist,
3. über deren Vermögen der Konkurs mangels Bestätigung eines hinreichenden Vermögens innerhalb der letzten drei Jahre nicht eröffnet worden ist,
4. denen die **Befugnis aberkannt** wurde
5. die in einem öffentlichen Dienstverhältnis des Dienststandes, es sei denn ausschließlich als Lehrer an öffentlichen oder mit Öffentlichkeitsrecht ausgestatteten Lehranstalten, stehen oder die aus dem öffentlichen Dienst auf Grund eines Disziplinarerkenntnisses entlassen wurden,
6. die **nicht** über die zur Ausübung erforderliche **Zuverlässigkeit** verfügen.

bb. Antragsinhalt:

Dem Antrag um Verleihung der Befugnis eines Ingenieurkonsulenten sind jedenfalls folgende Unterlagen und Bescheinigungen anzuschließen:

1. **Staatsangehörigkeitsnachweis**,
2. **Befähigungsnachweis des Herkunftsmitgliedstaates**, der zur Aufnahme des Berufes eines freiberuflichen Architekten berechtigt,
6. Bescheinigungen der zuständigen Behörden des Herkunftsmitgliedstaates über das Vorliegen der **Zuverlässigkeit**,
7. Bescheinigungen der zuständigen Behörden des Herkunftsmitgliedstaates über das Vorliegen der **Konkursfreiheit**,
8. Bescheinigungen der zuständigen Behörden des Herkunftsmitgliedstaates über das **Nichtvorliegen eines standeswidrigen Verhaltens**.

Diese Bescheinigungen dürfen bei ihrer Vorlage **nicht älter als drei Monate** sein.

cc. Berufsqualifikation

Autriche

Die Befugnis eines Ingenieurkonsulenten erfordert zudem, dass die geltend gemachte Berufsqualifikation zur fachlichen Befähigung (§ 6 ZTG, siehe Fussnote) gleichwertig ist.¹⁵⁶

Nach § 36 ZTG ist die fachliche Befähigung bei ausländischen Bewerbern durch die Vorlage eines Nachweises im Sinne des Art. 11 lit. e der Richtlinie 2005/36/EG nachzuweisen. Hierbei handelt es sich um einen Nachweis, mit dem dem Inhaber bestätigt wird, dass er einen postsekundären Ausbildungsgang von **mindestens vier Jahren** oder eine Teilzeitausbildung von entsprechender Dauer an einer Universität oder einer Hochschule oder in einer anderen Ausbildungseinrichtung mit gleichwertigem Niveau und gegebenenfalls die über den postsekundären Ausbildungsgang hinaus erforderliche berufliche Ausbildung erfolgreich abgeschlossen hat. Jeder Ausbildungsnachweis und jede Gesamtheit von Befähigungsnachweisen, die von einer zuständigen Behörde in einem Mitgliedstaat ausgestellt wurden, sofern sie eine in der Gemeinschaft erworbene Ausbildung abschließen und von diesem Mitgliedstaat als gleichwertig anerkannt werden und in Bezug auf die Aufnahme oder Ausübung des Berufs eines freiberuflichen Ingenieurkonsulenten dieselben Rechte verleihen oder auf die Ausübung dieses Berufs vorbereiten, sind den genannten Ausbildungsnachweisen gleichgestellt.

Nicht gleichwertig ist eine Berufsqualifikation wenn sich die geltend gemachte Ausbildung auf Fächer bezieht, die sich wesentlich von den nach diesem Bundesgesetz vorgeschriebenen Ausbildungsnachweisen unterscheiden. Die mangelnde Gleichwertigkeit der geltend gemachten Berufsqualifikation zur fachlichen Befähigung ist durch die Absolvierung einer

¹⁵⁶ Gem. § 6 ZivTechnG erfolgt der Nachweis der fachlichen Berechtigung normalerweise durch

1. die Absolvierung des der angestrebten Befugnis entsprechenden Studiums,
2. die praktische Betätigung
3. und die erfolgreiche Ablegung der Ziviltechnikerprüfung.

Die Voraussetzung gemäß § 6 Abs. 1 Ziffer 1 ist erfüllt, wenn das Fachgebiet für das eine Befugnis angestrebt wird, dem absolvierten Universitätsstudium oder Fachhochschul-Studiengang entspricht. Studienabschlüsse an ausländischen Universitäten bedürfen der Nostriifizierung¹⁵⁶ nur, sofern es sich nicht um Studienabschlüsse an einer Universität oder Fachhochschule eines Mitgliedstaates der Europäischen Union oder eines Vertragsstaates des Europäischen Wirtschaftsraumes oder der Schweizerischen Eidgenossenschaft handelt. Diplome, Prüfungszeugnisse und sonstige Befähigungsnachweise im Bereich der Richtlinie 85/384/EWG, die außerhalb der Europäischen Union erworben wurden und bereits in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union anerkannt worden sind, sowie die dazu in einem Mitgliedstaat absolvierten Ausbildungsgänge und/oder die dort erworbene Berufserfahrung sind im Rahmen eines Antrages auf Zulassung zur Ziviltechnikerprüfung oder Verleihung der Befugnis innerhalb einer Frist von drei Monaten zu prüfen.

Die Praxis nach Ziffer 2 muss mindestens drei Jahre umfassen, nach Abschluss des Studiums zurückgelegt werden und geeignet sein, die für die Ausübung der Befugnis erforderlichen Kenntnisse zu vermitteln. Sie ist durch glaubwürdige Zeugnisse und eine eingehende Darstellung der Art und Dauer nachzuweisen.

Sie muss hauptberuflich

1. in einem Dienstverhältnis oder
2. als persönlich ausübender Gewerbetreibender eines reglementierten Gewerbes oder
3. im öffentlichen Dienst absolviert worden sein.

Von der praktischen Betätigung muss mindestens ein Jahr entfallen:

1. bei Absolventen des Studiums der Architektur und bei Absolventen eines auf einem bautechnischen Fachgebiet gelegenen Studiums/Fachhochschul-Studienganges auf eine praktische Betätigung auf Baustellen und
2. bei Absolventen des Studiums/Fachhochschul-Studienganges des Vermessungswesens auf eine praktische Betätigung auf dem Gebiet der Grenzvermessung für alle Zwecke der grundbücherlichen Teilungen sowie Ab- und Zuschreibungen gemäß dem Liegenschaftsteilungsgesetz

Auriche

Eignungsprüfung oder eines höchstens zweijährigen **Anpassungslehrganges** auszugleichen.

Die Eignungsprüfung soll nachweisen, dass der Antragstellers befähigt ist, den Beruf eines Ziviltechnikers auszuüben. Der Anpassungslehrgang erfolgt im Rahmen eines Dienstverhältnisses. Er soll nicht weniger als ein Jahr und nicht mehr als zwei Jahre dauern.

Nach § 37 ZTG hat der Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit mit den zuständigen Behörden der anderen EU-Mitgliedstaaten, der EWR-Vertragsstaaten oder der Schweizerischen Eidgenossenschaft **zur Anwendung der Richtlinie 2005/36/EG eng zusammenzuarbeiten und Amtshilfe zu leisten.**

b. Zuständige Behörden

Kammer der Architekten und Ingenieurskonsulenten Wien, Niederösterreich Burgenland,

Karlsgasse 9/1
1040 Wien
Tel 01/505 17 81-0
Fax 01/505 10 05

Oberösterreich

Kaarstrasse 2/II
A-4040 Linz
Tel: 0732/7383-94-0
Fax 0732/738394-4

Salzburg

Gebirgsjägerplatz 10
A-5020 Salzburg
Tel. 0662/872383
Fax: 0662/8723834

Kammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten für Tirol und Vorarlberg

Rennweg 1
6020 Innsbruck
Tel: +43 512 588335
arch.ing.office@kammerwest.at

Kammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten für Steiermark und Kärnten

Kammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten
(Stmk) für Steiermark und Kärnten
Schönaugasse 7/1
A-8010 Graz
Tel: +43 (0)316 82 63 44 - 0
Fax: +43 (0)316 82 63 44 - 25
http: www.aikammer.org
email: office@aikammer.org

Bundeskammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten

Karlsgasse 9/2
A-1040 Wien
Telefon: (01) 505 58 07
Telefax: (01) 505 32 11

Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit

A-1011 Wien
Stubenring 1
Tel.: +43/1/71100-0

c. Pflichten

Der ausländische Bewerber unterliegt den inländischen Pflichten der Ziviltechniker; er ist insbesondere zur Verschwiegenheit über die ihm in Ausübung seines Berufes vertrauten oder bekanntgewordenen Angelegenheiten seines Auftraggebers verpflichtet.

B. Dienstleistungsfreiheit

1. Bedingungen für Dienstleistungen

Gem. § 30 Abs. 1 ZTG sind Staatsangehörige eines EU-Mitgliedstaates, eines EWR-Vertragsstaates oder Staatsangehörige der Schweizerischen Eidgenossenschaft, die in einem anderen EU-Mitgliedstaat der oder in einem anderen EWR-Vertragsstaat oder in der Schweiz niedergelassen sind und dort den Beruf eines freiberuflichen Ingenieurkonsulenten befugt ausüben, sind berechtigt, wenn kein Ausschließungsgrund vorliegt, nach Maßgabe unter Beachtung der Berufs- und Standesregeln vorübergehend und gelegentlich Dienstleistungen auf diesem Fachgebiet zu erbringen.

a. Meldepflicht

Sofern eine temporäre projektbezogene grenzüberschreitende Dienstleistung erbracht werden soll, ist bei der jeweiligen Kammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten in deren Bereich die Leistung erbracht werden soll, eine **schriftliche Dienstleistungsanzeige** einzubringen. Der Betreffende ist in die Liste der Dienstleistungserbringer aufzunehmen.

Die Voraussetzungen für die Erbringung von vorübergehenden und gelegentlichen Dienstleistungen sind:

1. die Staatsangehörigkeit eines EU-Mitgliedstaates, EWR-Vertragsstaates oder die Staatsangehörigkeit der Schweizerischen Eidgenossenschaft,
2. die Niederlassung in einem Mitgliedstaat bzw. in der Schweiz, sowie eine aufrechte Befugnis zur freiberuflichen Ausübung des Berufes eines Architekten oder eines Ingenieurkonsulenten
3. die fachliche Befähigung,
4. die Ausübung des Berufes eines freiberuflichen Architekten oder eines freiberuflichen Ingenieurkonsulenten während der vorhergehenden zehn Jahre mindestens zwei Jahre lang, sofern dieser Beruf in dem Niederlassungsstaat des Dienstleisters nicht reglementiert ist.

Auriche

b. Informationspflicht

Der Dienstleister ist verpflichtet, vor Erbringung der Dienstleistung den **Dienstleistungsempfänger** über Folgendes zu informieren:

1. das **Register**, in dem er eingetragen ist, sowie die Nummer der Eintragung oder gleichwertige, der Identifikation dienende Angaben aus diesem Register,
2. Namen und Anschrift der **zuständigen Aufsichtsbehörde des Niederlassungsstaates**,
3. die **Berufskammern** oder vergleichbare Organisationen, denen der Dienstleister angehört,
4. die **Berufsbezeichnung** oder seinen **Befähigungsnachweis**,
5. die **Umsatzsteueridentifikationsnummer** und Einzelheiten zu seinem **Versicherungsschutz** in Bezug auf die Berufshaftpflicht

2. Zuständige Behörden

Zuständige Landeskammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten

3. Rechtsstellung

Wie inländische Ziviltechniker.

C. Sozietäten– Zusatzinformationen

Für Ziviltechnikergesellschaften gelten die §§ 21 ff ZivtechnG

Ziviltechniker zum ausschließlichen Zweck dauernder Ausübung des Ziviltechnikerberufes offene Gesellschaften, Kommanditgesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung und Aktiengesellschaften mit eigener, vom Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit verliehener Befugnis bilden (Ziviltechnikergesellschaften). Die Bildung einer Gesellschaft bürgerlichen Rechtes mit Gewerbetreibenden ist nur zulässig, wenn diese zu ausführenden Tätigkeiten nicht berechtigt sind.

Die Befugnis wird gem. § 22 ZivTechnG vom Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit auf Antrag der Gesellschaft für einen bestimmten Sitz verliehen. Gesellschaften, die ihre Rechtspersönlichkeit erst durch spätere Eintragung in das Firmenbuch erlangen, sind im Verfahren über die Verleihung der Befugnis parteifähig und von den vorgesehenen Organen zu vertreten. Die Befugnis ist zu verleihen, wenn: sämtliche Inhalte der beantragten Gesellschaftsbefugnis durch ausgeübte Befugnisse von geschäftsführungs- und vertretungsbefugten Ziviltechnikern, die Gesellschafter oder Vorstandsmitglieder sind, gesetzmäßig nachgewiesen sind und der Gesellschaftsvertrag den Bestimmungen des ZzivtechnG entspricht.

Ziviltechnikergesellschaften müssen ihren Sitz in Österreich am Kanzleisitz eines der geschäftsführungs- und vertretungsbefugten Gesellschafter oder Vorstandsmitglieder haben. Der Firma ist der Zusatz "Ziviltechnikergesellschaft" unter Beachtung der allgemeinen firmen-

Auriche

rechtlichen Bestimmungen beizufügen. Das Wort "Ziviltechniker" darf mit "ZT" abgekürzt werden.

Gesellschafter einer Ziviltechnikergesellschaft dürfen nur natürliche Personen und berufsbefugte Ziviltechnikergesellschaften sein. Gewerbetreibende, deren Tätigkeit der Befugnis einer Ziviltechnikergesellschaft fachlich entspricht, sowie geschäftsführungs- und vertretungsbefugte Gesellschafter oder leitende Angestellte solcher Gewerbetreibenden dürfen nicht Gesellschafter dieser Ziviltechnikergesellschaft sein. In Geschäftspapieren sind die Namen und Befugnisse aller geschäftsführungs- und vertretungsbefugten Gesellschafter anzuführen. Ziviltechniker müssen ihre Gesellschafterstellung im eigenen Namen und für eigene Rechnung innehaben und ausüben. Die treuhändige Übertragung und Ausübung von Gesellschaftsrechten ist unzulässig.

Geschäftsführer und organschaftliche Vertreter einer Ziviltechnikergesellschaft dürfen nur physische Personen sein, die Gesellschafter mit aufrechter Befugnis sind und gemeinsam mehr als die Hälfte der Gesellschaftsanteile innehaben. In Geschäftsfällen, in denen fachverschiedene Befugnisse mehrerer Ziviltechniker erforderlich sind, hat der Gesellschaftsvertrag einschlägig befugte Geschäftsführer jedenfalls zu gemeinsamem Handeln zu verpflichten.

Über fachliche Fragen der Berufsausübung der Ziviltechnikergesellschaft entscheiden in den jeweils zuständigen Gesellschaftsorganen ausschließlich die Gesellschafter mit ausgeübter Befugnis. Gegen den Willen jener Gesellschafter, die über die für den Gegenstand der Entscheidung fachlich einschlägige Befugnis verfügen, darf keine Entscheidung getroffen werden.

Sofern Ziviltechnikergesellschaften eingetragene Personengesellschaften sind, dürfen Gesellschafter, die keine ausgeübte Befugnis haben, nur Kommanditisten sein.

Sofern Ziviltechnikergesellschaften Aktiengesellschaften sind, hat die Satzung ausschließlich Namensaktien vorzusehen. Die Übertragung der Aktien ist an die Zustimmung der Hauptversammlung zu binden. Die Hauptversammlung ist zu verpflichten, der Übertragung nur unter Beachtung der Vorschriften dieses Bundesgesetzes und der Landesregeln zuzustimmen.

D. Zusatzinformationen Vermessungsingenieur

Im Jahr 1995 haben sich die freiberuflichen Vermessungsingenieure aus Deutschland, Frankreich, Österreich und der Schweiz in Bregenz zum "Verband der freiberuflichen Geometer Europas" (Géomètres experts fonciers Européens, kurz: GE) zusammengeschlossen. Der Verband bezweckt in rechtlicher als auch in technischer Hinsicht die organisierte Vereinigung zur Förderung der freiberuflichen Ausübung des Geometerberufes in Europa. Die Vermessungsingenieure sind in ihren Ländern ein wichtiger Teil des öffentlichen Vermessungswesens. Neben Aufgaben der Landesvermessung, Katastervermessung und Katasterführung beurkunden sie auch Tatbestände an Grund und Boden, bewerten Liegenschaften und sind als Sachverständige im Vermessungswesen tätig.

Die Geometer Europas haben die Multilaterale Übereinkunft zur gegenseitigen Anerkennung der Berufsvoraussetzungen der mit staatlichen Aufgaben beliehenen Vermessungsingenieure erarbeitet, um die Bedingungen für die Niederlassung und Berufsausübung etc. in den jeweils anderen Staaten zu erleichtern.

Autriche

Nach Auskunft des Bundes der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure (BDVI) ist die Multilaterale Übereinkunft zur gegenseitigen Anerkennung der Berufsvoraussetzungen der mit staatlichen Aufgaben beliehenen Vermessungsingenieure aus dem Jahr 2004 jedoch in der Praxis noch nicht relevant geworden. Die Übereinkunft soll eine Grundlage (Gemeinsamer Nenner) sein, auf die sich die Verbände geeinigt haben. Es handelt sich um einen ersten Freiwilligen Schritt für europaweite Vorgaben zur Berufszulassung, der in einem Gesamtzusammenhang zusehen ist: Neben der Übereinkunft werden z.B. derzeit europäische Verhaltenskodices geschaffen, die auch den Vorgaben der Richtlinie 2005/36/EG folgen werden. Bislang gibt es nach der erhaltenen Auskunft noch keine zentrale Organisationsstelle der Geometer Europas, die die Durchführung der Übereinkunft koordinieren würde.

FRANCE

A la date du 10 avril 2008, la Directive 2005/36/CE du Parlement européen et du Conseil du 7 septembre 2005 relative à la reconnaissance des qualifications professionnelles n'ayant pas encore été transposée en France, il ne nous a pas été possible de livrer le rapport commandé pour ce pays.

Le gouvernement a été autorisé par la loi n° 2007-1774 du 17 décembre 2007 portant diverses dispositions d'adaptation au droit communautaire dans les domaines économique et financier, à prendre par voie d'ordonnance, dans un délai de **douze mois** à compter de la date de publication de la présente loi, les dispositions relevant du domaine de la loi nécessaire pour transposer la Directive 2005/36/CE.

GÉOMÈTRES EXPERTS : SITUATION ACTUELLE

En ce qui concerne le cas particulier des **géomètres experts**, il nous a été indiqué par l'Ordre des géomètres experts (OGE) et le ministère de l'écologie, de l'énergie, du développement durable et de l'aménagement du territoire, les informations suivantes :

L'accord multilatéral pour la reconnaissance mutuelle des conditions d'exercice de la profession de géomètre expert de 2004 a été signé par une dizaine de délégations membres du CLGE et qui a pour ambition de tenir lieu de plate-forme commune telle que définie dans la directive du 7 septembre 2005, il est en l'état actuel des choses **sans effet** sur la procédure d'installation des professionnels ressortissants de l'UE et comporte des déclarations de principe soutenant le niveau BAC + 5.

Les dispositions de la loi du 7 mai 1946 instituant l'ordre des géomètres **ne prévoient pas de reconnaissance des diplômes suisses** pour la profession de géomètre-expert.

Par conséquent, en l'état de la législation actuelle, un ressortissant suisse qui adresse une demande au ministère de tutelle de la profession de géomètre expert ne peut passer devant la commission ad hoc prévue dans le cadre de la reconnaissance des qualifications. Il ne **peut donc pas s'établir** en France.

Le ministère de tutelle de la profession de géomètre-expert n'a pas été saisi à ce jour d'une demande de reconnaissance de qualification de la part de ressortissants de nationalité suisse.

Il est prévu d'étendre à la Suisse l'application de la directive 2005/36/CE relative à la reconnaissance des qualifications professionnelles après la révision des accords mixtes UE/AELE et UE/CH actuellement en cours.

Contact :

Sabine Letendre

Ministère de l'écologie, de l'énergie, du développement durable et de l'aménagement du territoire

Direction générale de l'urbanisme, de l'habitat et de la construction

Sous-direction des métiers de l'aménagement Bureau des réseaux professionnels Arche Sud
92055 La Défense cedex Tél. 01 40 81 15 79 Fax 01 40 81 94 73 Mél.

sabine.letendre@developpement-durable.gouv.fr

INGÉNIEURS : SITUATION ACTUELLE

La profession d'ingénieur n'est pas une profession à accès régulé et réglementé en France, seul le titre est protégé¹⁵⁷.

[Loi du 10 juillet 1934](#) modifiée relative aux conditions de délivrance et à l'usage du titre d'ingénieur diplômé (article L. 335-5 et L. 335-6 du Code de l'éducation)

[Arrêté du 6 décembre 2006](#) fixant la liste des écoles habilitées à délivrer un titre d'ingénieur diplômé

[Décret n° 2001-274 du 30 mars 2001](#) relatif au titre d'ingénieur DPE

[Arrêté ministériel du 30 mars 2001](#) fixant les modalités de l'examen conduisant à la délivrance du titre d'ingénieur DPE

¹⁵⁷ Les textes peuvent être consultés sur le site : <http://www.legifrance.gouv.fr>

ITALIE

I. INTRODUZIONE

A. Fonti normative

Due sono, ad oggi (20 dicembre 2007), le principali fonti normative della regolamentazione italiana dell'esercizio, in Italia, della professione di **ingegnere** da parte di chi è in possesso di un **titolo estero**:

- **Decreto legislativo 9 novembre 2007 n. 206** recante "Attuazione della direttiva 2005/36 CE relativa al riconoscimento delle qualifiche professionali, nonché della direttiva 2006/100/CE che adegua determinate direttive sulla libera circolazione delle persone a seguito dell'adesione della Bulgaria e Romania" (qui di seguito: "**D. Lgs. 206/2007**")
- Il D. Lgs. 206/2007 ha **abrogato**, fra gli altri, il **D. Lgs. 115/1992**, recante "Attuazione della direttiva n. 89/48/CEE relativa ad un sistema generale di riconoscimento dei diplomi di istruzione superiore che sanzionano formazioni professionali di una durata minima di tre anni" (v. art. 60, rubricato: "Abrogazioni"). **Tale decreto si applicava in particolare alla professione di ingegnere, menzionata nell'Allegato A.**
- **Legge 24 giugno 1923, n. 1395**, recante "Tutela dell'esercizio professionale degli Ingegneri e degli architetti" (qui di seguito "**Legge 1395/1923**").

*Si rileverà che il D. Lgs. 206/2007, attesa la sua recente approvazione, **non** è ancora stato completato da una **disciplina di dettaglio** relativa alla specifica **professione di ingegnere**.*

B. Interrelazione con il diritto europeo

La legge n. 364 del 15 novembre 2000 ha ratificato per l'Italia l'Accordo tra la Comunità europea ed i suoi Stati membri e la Confederazione svizzera del 21 giugno 1999 (l'« **Accordo** »). L'Accordo disciplina la **libera circolazione delle persone** tra la Comunità Europea e la Confederazione Svizzera e **stabilisce l'applicabilità delle direttive comunitarie in tema di riconoscimento delle qualifiche professionali anche ai cittadini elvetici**. Pertanto, sono state introdotte agevolazioni **tali da rendere di fatto la situazione dei cittadini elvetici analoga a quella dei cittadini comunitari**. Viene in particolare in considerazione l'art. 9 dell'Accordo, il cui testo è il seguente.

« **Articolo 9 – Diplomi certificati e altri titoli**

Per agevolare ai cittadini degli Stati membri della Comunità europea e della Svizzera l'accesso alle attività dipendenti e autonome e il loro esercizio, nonché la prestazione di servizi, le parti contraenti adottano, conformemente all'allegato III, le misure necessarie per quanto riguarda il **riconoscimento reciproco dei diplomi dei certificati e di altri titoli** e il coordinamento delle disposizioni legislative, regolamentari e amministrative delle parti contraenti in materia di accesso alle attività dipendenti e autonome e dell'esercizio di queste, nonché di prestazione di servizi ».

In base all'Accordo dunque, i professionisti che intendano ottenere il riconoscimento del titolo professionale conseguito nella Confederazione Svizzera possono presentare domanda al **Ministero competente** – per la **professione di ingegnere, ad oggi, il Ministero della giustizia** – ed inviando la documentazione necessaria. Si segnala che l'art. 2 del D. Lgs.

206/2007 dispone, al comma 3, che “**per il riconoscimento dei titoli di formazione acquisiti dai cittadini (...) della Confederazione svizzera, si applicano gli accordi in vigore con l’Unione europea**”.

II. RAPPORTO

A. Libertà di stabilimento

Il D. Lgs. 206/2007 regola la **libertà di stabilimento** agli artt. 16 s. Tale decreto si applica, tra l’altro, come detto, alla **professione di ingegnere**. Il D. Lgs. 206/2007 pone, al titolo III capo I, rubricato « norme procedurali », alcune **regole generali**, che valgono per tutte le professioni cui esso si applica, ivi compresa la professione di ingegnere.

1. Condizioni per il riconoscimento

Ai sensi dell’art. 17 D. Lgs. 206/2007, la domanda per il riconoscimento è **corredata** dei seguenti documenti:

- un certificato o copia di un documento che attesti la **nazionalità** del prestatore;
- una copia degli **attestati di competenza o del titolo di formazione** che dà accesso alla professione ed eventualmente un attestato dell’**esperienza professionale** dell’interessato;

Le autorità competenti – per la professione di *ingegnere* : ad oggi, il **Ministero della Giustizia** – possono invitare il richiedente a **fornire informazioni** quanto alla sua formazione nella misura necessaria a **determinare l’eventuale esistenza di differenze sostanziali rispetto alla formazione richiesta sul territorio dello Stato italiano**. Qualora sia impossibile per il richiedente fornire tali informazioni, le autorità competenti si rivolgono al punto di contatto, all’autorità competente o a qualsiasi altro organismo pertinente dello Stato membro di origine.

Nei casi in cui l’ordinamento dello Stato membro di origine o dello Stato membro da cui proviene l’interessato non preveda il rilascio dei documenti di cui sopra, questi possono essere sostituiti da una **dichiarazione giurata** o, negli Stati membri in cui tale forma di dichiarazione non è contemplata, da una **dichiarazione solenne**, prestata dall’interessato dinanzi ad un’autorità *giudiziaria* o *amministrativa* competente o, eventualmente, dinanzi ad un *notaio* o a un *organo qualificato* dello Stato membro di origine o dello Stato membro da cui proviene l’interessato.

Qualora l’accesso ad una professione regolamentata sia subordinato al **possesso di sana costituzione fisica o psichica**, tale requisito si considera dimostrato dal **documento prescritto** nello Stato membro di origine o nello Stato membro da cui proviene l’interessato. Qualora lo Stato membro di origine o di provenienza non prescriva documenti del genere, le autorità competenti accettano un attestato rilasciato da un’autorità competente di detti Stati.

Qualora l’esercizio di una professione regolamentata sia subordinato al possesso di **capacità finanziaria** del richiedente o di assicurazione contro i danni derivanti da responsabilità professionale, tali requisiti si considerano dimostrati da un **attestato rilasciato da una banca o società di assicurazione con sede in uno Stato membro**.

I documenti di cui sopra al momento della loro presentazione non devono essere di data anteriore a **tre mesi**.

La domanda è corredata da un **certificato dell'autorità competente dello Stato membro di origine attestante che il titolo di formazione soddisfa i requisiti stabiliti dalla normativa comunitaria** in materia di riconoscimento dei titoli di formazione in base al coordinamento delle **condizioni minime di formazione** (Art. 17 del D. lgs. 206/2007).

2. Formazione richiesta

Per l'accesso o l'esercizio alla professione di **ingegnere** sono ammessi al riconoscimento professionale le **qualifiche professionali che sono prescritte da un altro Stato membro per accedere alla corrispondente professione ed esercitarla**. Gli attestati di competenza o i titoli di formazione ammessi al riconoscimento devono **soddisfare le seguenti condizioni** (art. 21 D.Lgs. 206/2007):

- essere stati rilasciati da un'**autorità competente** in un altro Stato membro, designata ai sensi delle disposizioni legislative, regolamentari o amministrative di tale Stato;
- attestare un **livello di qualifica professionale almeno equivalente al livello immediatamente precedente a quella prevista dalle normative nazionali**.

L'accesso e l'esercizio della professione di ingegnere sono consentiti *anche* ai richiedenti che abbiano esercitato **a tempo pieno tale professione per due anni**, nel corso dei precedenti **dieci**, in un altro Stato membro che **non la regolamenti** e abbiano uno o più attestati di competenza o uno o più titoli di formazione che soddisfino le **seguenti condizioni**:

- essere stati rilasciati da un'**autorità competente** in un altro Stato membro, designata ai sensi delle disposizioni legislative, regolamentari o amministrative di tale Stato membro;
- attestare un **livello di qualifica professionale almeno equivalente** al livello immediatamente precedente a quello previsto dalle normative nazionali;
- attestare la **preparazione del titolare** all'esercizio della professione interessata.

Non sono necessari i **due anni di esperienza professionale** se i titoli di formazione posseduti dal richiedente attestano una **formazione regolamentata** « e dei livelli di cui all'articolo 19, comma 1, lettere b), c), d) ed e) » del D.Lgs. 206/2007 (che qui si omettono). In deroga a quanto sopra, il riconoscimento è assicurato nel caso in cui l'accesso a detta professione è subordinato al **possesso di un titolo di formazione** che attesta il compimento di una formazione **a livello di insegnamento superiore o universitario di una durata pari a quattro anni** e se il richiedente possiede un titolo di formazione di cui all'articolo 19, comma 1, lettera c) del D. Lgs. 206/2007 (che qui si omette).

Il riconoscimento **può** essere subordinato al compimento di un **tirocinio di adattamento non superiore a tre anni** o di una **prova attitudinale**, a scelta del richiedente, in uno dei seguenti casi (Art. 22 D. Lgs. 206/2007):

- se la durata della formazione da lui seguita è **inferiore di almeno un anno** a quella richiesta in Italia;
- se la formazione ricevuta riguarda **materie sostanzialmente diverse** da quelle coperte dal titolo di formazione richiesto in Italia;
- se la professione regolamentata include **una o più attività professionali regolamentate, mancanti** nella corrispondente professione dello Stato membro d'origine del richiedente, e se la **differenza** è caratterizzata da una **formazione specifica**, richiesta dalla normativa nazionale e relativa a materie sostanzialmente diverse da quelle dell'attestato di competenza o del titolo di formazione in possesso del richiedente.

Italie

Per *materie sostanzialmente diverse* si intendono materie la cui conoscenza è essenziale all'esercizio della professione regolamentata e che in termini di durata o contenuto sono **molto diverse** rispetto alla formazione ricevuta dal migrante.

L'applicazione del **requisito del tirocinio** comporta una **successiva verifica** sull'eventuale esperienza professionale attestata dal richiedente al fine di stabilire se le conoscenze acquisite nel corso di detta esperienza professionale in uno Stato membro o in un Paese terzo possano **colmare la differenza sostanziale** o parte di essa.

Nei casi di cui sopra, la durata e le materie **oggetto del tirocinio di adattamento** e della **prova attitudinale** sono stabilite dall'**autorità competente – per la professione d'ingegnere, il Ministero della Giustizia**, a seguito della Conferenza di servizi, se convocata. In caso di valutazione finale sfavorevole il tirocinio **può essere ripetuto**. Gli obblighi, i diritti e i benefici sociali di cui gode il tirocinante sono stabiliti dalla normativa vigente, conformemente al **diritto comunitario applicabile**.

La **prova attitudinale si articola in una prova scritta o pratica e orale o in una prova orale sulla base dei contenuti delle materie stabilite**. In caso di esito sfavorevole o di mancata presentazione dell'interessato senza valida giustificazione, la prova attitudinale non può essere ripetuta **prima di sei mesi**.

Ai fini della prova attitudinale le autorità competenti predispongono un **elenco delle materie** che, in base ad un confronto tra la formazione richiesta sul territorio nazionale e quella posseduta dal richiedente, **non sono contemplate dai titoli di formazione del richiedente**. La prova verte su materie da scegliere tra quelle che figurano nell'elenco e la cui conoscenza è una condizione essenziale per poter esercitare la professione sul territorio dello Stato. Lo status del richiedente che desidera prepararsi per sostenere la prova attitudinale è stabilito dalla normativa vigente. (art. 23 D. Lgs. 206/2007).

3. Procedura

Ai fini del riconoscimento professionale, l'interessato presenta apposita **domanda** all'autorità competente (ad oggi, il Ministero della Giustizia). Entro **trenta giorni** dal ricevimento della domanda, l'autorità accerta la **completezza** della documentazione esibita, e ne **dà notizia** all'interessato. Ove necessario, l'autorità competente richiede le eventuali necessarie **integrazioni**.

Per la valutazione dei **titoli acquisiti**, il D. Lgs. 206/2007 prevede, come regola generale, che l'autorità indica una « **conferenza di servizi** » ai sensi della legge 7 agosto 1990, n. 241 alla quale partecipano **rappresentanti**:

- delle amministrazioni dell'autorità competente;
- del Dipartimento per il coordinamento delle politiche comunitarie;
- del Ministero degli affari esteri.

Nella conferenza dei servizi sono sentiti **un rappresentante dell'Ordine o Collegio professionale** ovvero della categoria professionale interessata, cioè, nella specie, del **Consiglio Nazionale degli Ingegneri**.

Sul riconoscimento provvede l'autorità competente con **decreto motivato**, da adottarsi nel termine di **tre mesi** dalla presentazione della documentazione completa da parte dell'interessato. Il decreto è **pubblicato** nella Gazzetta Ufficiale della Repubblica italiana.

Se l'esercizio della professione in questione è condizionato alla **prestazione di un giuramento** o ad una **dichiarazione solenne**, al cittadino interessato è proposta una formula appropriata ed equivalente nel caso in cui la **formula** del giuramento o della dichiarazione **non** possa essere utilizzata da detto cittadino (art. 16 D. Lgs. 206/2007).

4. Effetti del riconoscimento

Ai sensi dell'art. 3 del D. Lgs. 206/2007, in tema di « **effetti del riconoscimento** », il riconoscimento delle qualifiche professionali operato ai sensi del D. Lgs. 206/2007 permette di **accedere**, se in possesso dei requisiti specificamente previsti, **alla professione corrispondente per la quale i soggetti richiedenti sono qualificati nello Stato membro d'origine e di esercitarla alle stesse condizioni previste dall'ordinamento italiano**. La professione che l'interessato eserciterà sul territorio italiano sarà quella per la quale è qualificato **nel proprio Stato membro d'origine**, se le attività sono comparabili.

Riguardo all'uso del titolo professionale, il prestatore può usare nella professione la **denominazione del proprio titolo di studio**, ed eventualmente la **relativa abbreviazione**, nella **lingua** dello Stato membro nel quale il titolo di studio è stato conseguito. L'uso di detta denominazione o dell'abbreviazione non è tuttavia consentito se idoneo ad **ingenerare confusione** con una professione regolamentata nel territorio nazionale, per la quale l'interessato non ha ottenuto il riconoscimento della qualifica professionale; in tal caso la denominazione potrà essere utilizzata a condizione che ad essa siano apportate le modifiche o aggiunte idonee alla differenziazione, stabilite dall'autorità competente.

5. Iscrizione all'albo

In ogni **provincia** è costituito l'ordine degli **ingegneri** avente sede nel comune capoluogo (Art. 1 R.d. 23 ottobre 1925 n. 2537). Ogni ordine provvede alla formazione del proprio **albo**. L'albo contiene per ogni singolo iscritto: **il cognome ed il nome, luogo e data di nascita, la residenza**. Accanto ad ogni nome saranno annotate la data e la natura del titolo che abilita all'esercizio della professione con eventuale indicazione dell'autorità, da cui il titolo stesso fu rilasciato, nonché la data della iscrizione. La domanda di iscrizione nell'albo deve essere presentata alla **presidenza dell'ordine**, munita dei seguenti documenti:

- certificato di nascita;
- certificato di cittadinanza italiana o di cittadinanza di uno Stato membro;
- certificato di residenza;
- certificato generale del casellario giudiziale di data non anteriore di tre mesi alla presentazione della domanda;
- certificato di aver conseguita l'approvazione nell'esame di Stato, ai sensi dell'art. 4, prima parte del presente regolamento e salve le disposizioni del successivo art. 60;
- dichiarazione di non essere iscritto né di aver domandata l'iscrizione in altro albo d'ingegnere o di architetto.

Non oltre tre mesi dalla data della sua presentazione, il consiglio dell'ordine **deve deliberare sulla domanda d'iscrizione nell'albo**. La deliberazione deve essere **motivata** e presa a maggioranza assoluta di voti dei presenti, in seguito a relazione di un consigliere all'uopo delegato dal presidente. La deliberazione è **notificata all'interessato** nel termine di **cinque giorni** a mezzo di lettera raccomandata con ricevuta di ritorno. Contro la deliberazione del consiglio dell'ordine l'interessato ha diritto di **ricorrere all'assemblea generale** entro un **mese** dalla notificazione.

Ai sensi dell'art. 45 D.P.R. 5 giugno 2001 n. 328, recante « Modifiche ed integrazioni della disciplina dei requisiti per l'ammissione all'esame di Stato e delle relative prove per l'esercizio di talune professioni, nonché della disciplina dei relativi ordinamenti », nell'albo professionale dell'ordine degli ingegneri sono istituite la **sezione A** e la **sezione B**. Ciascuna sezione è ripartita nei **seguenti settori**:

Italie

- **civile e ambientale**
- **industriale**
- **dell'informazione**

Agli iscritti nella **sezione A** spettano i **seguenti titoli professionali**:

- agli iscritti al settore civile e ambientale, spetta il titolo di **ingegnere civile e ambientale** ;
- agli iscritti al settore industriale, spetta il titolo di **ingegnere industriale**;
- agli iscritti al settore dell'informazione, spetta il titolo di **ingegnere dell'informazione**.

Agli iscritti nella **sezione B** spettano i seguenti titoli professionali:

- agli iscritti al settore civile e ambientale, spetta il titolo di ingegnere civile e ambientale junior;
- agli iscritti al settore industriale, spetta il titolo di ingegnere industriale junior;
- agli iscritti al settore dell'informazione, spetta il titolo di ingegnere dell'informazione junior.

B. Libera prestazione di servizi

Il D. Lgs. 206/2007 regola la **libera prestazione di servizi** agli artt. 9-15. Tale decreto si applica, tra l'altro, come detto, alla professione di *ingegnere*.

1. Condizioni per l'esercizio

La **libera prestazione di servizi** sul territorio nazionale **non** può essere limitata per ragioni attinenti alle qualifiche professionali:

- se il prestatore è **legalmente stabilito** in un altro Stato membro per esercitarvi la corrispondente professione;
- in caso di **spostamento del prestatore**; in tal caso, se nello Stato membro di stabilimento la professione **non è regolamentata**, il prestatore deve aver esercitato tale professione per almeno **due anni** nel corso dei **dieci anni** che precedono la prestazione di servizi.

Tale libertà è concessa al solo prestatore che si **sposta** sul territorio dello Stato per esercitare la professione « **in modo temporaneo e occasionale** ». Il carattere « temporaneo e occasionale » della prestazione è valutato, dall'autorità competente, **caso per caso**, tenuto conto anche della **natura** della prestazione, della **durata** della prestazione stessa, della sua **frequenza**, della sua **periodicità** e della sua **continuità** (Art. 9 D. Lgs. 206/2007).

2. Comunicazione

Il prestatore che si sposta per la prima volta da un altro Stato membro sul territorio nazionale per fornire servizi è tenuto **ad informare 30 giorni prima**, salvo i casi di urgenza, l'autorità competente con una **dichiarazione scritta**, contenente informazioni sulla prestazione di servizi che intende svolgere, nonché sulla **copertura assicurativa o analoghi mezzi di protezione personale o collettiva** per la responsabilità professionale. Tale dichiarazione ha validità per l'anno in corso e deve essere rinnovata, se il prestatore intende successivamente fornire servizi temporanei o occasionali in tale Stato membro. Il prestatore può fornire la dichiarazione con **qualsiasi mezzo idoneo** di comunicazione.

Italie

In occasione della **prima** prestazione, o in qualunque momento interviene un **mutamento** oggettivo della situazione attestata dai documenti, la dichiarazione di cui sopra deve essere corredata di:

- un certificato o copia di un documento che attesti la **nazionalità** del prestatore;
- una certificazione dell'autorità competente che attesti che il titolare è **legalmente stabilito in uno Stato membro** per esercitare le attività in questione e che non gli è vietato esercitarle, anche su base temporanea, al momento del rilascio dell'attestato;
- un documento che comprovi il **possesso delle qualifiche professionali**;
- per le professioni nel settore della **sicurezza** la prova di **assenza di condanne penali**.

Il prestatore deve **informare** della sua prestazione, prima dell'esecuzione o, in caso di urgenza, immediatamente dopo, **l'ente di previdenza obbligatoria competente per la professione esercitata**. La comunicazione, che **non comporta obblighi di iscrizione o di contribuzione**, può essere effettuata con **qualsiasi mezzo idoneo** (Art. 10 D. lgs. 206/2007).

3. Diritti ed obblighi

In caso di **spostamento**, il prestatore è soggetto alle **norme che disciplinano l'esercizio della professione che è ammesso ad esercitare**, quali : la **definizione** della professione, l'**uso** dei titoli e la **responsabilità** professionale connessa direttamente e specificamente alla tutela e sicurezza dei consumatori, nonché alle **disposizioni disciplinari** applicabili ai professionisti che, sul territorio italiano, esercitano la professione corrispondente (art. 9 comma 4 D. Lgs. 206/2007).

Copia delle dichiarazioni di cui sopra è trasmessa dall'autorità competente al **competente Ordine o Collegio** professionale che provvede ad una **iscrizione automatica in apposita sezione degli albi istituiti e tenuti presso i consigli provinciali e il consiglio nazionale** con oneri a carico dell'Ordine o Collegio stessi. L'iscrizione è assicurata per la durata di efficacia della dichiarazione. L'iscrizione all'ordine **non comporta l'iscrizione ad enti di previdenza obbligatoria** (Art. 13 D.lgs. 206/2007).

Le informazioni pertinenti circa la **legalità** dello stabilimento e la **buona condotta** del prestatore, nonché l'**assenza** di sanzioni disciplinari o penali di carattere professionale sono richieste e assicurate dalle autorità competenti. Queste provvedono affinché lo **scambio di tutte le informazioni necessarie** per un reclamo del destinatario di un servizio contro un prestatore avvenga correttamente. I destinatari sono **informati** dell'esito del reclamo (Art. 14 D. Lgs. 206/2007).



Institut suisse de droit comparé
Schweizerisches Institut für Rechtsvergleichung
Istituto svizzero di diritto comparato
Swiss Institute of Comparative Law

**AVIS SUR LES PROFESSIONS LIBÉRALES ET
LA LIBRE CIRCULATION DES SERVICES
MÉDECINS**

Allemagne, Angleterre, Autriche, France et Italie

Avis 07-011

Lausanne, le 7 octobre 2008
ECR/LF/KJD/SL/EL/GPR/ba

TABLE DES MATIÈRES

ALLEMAGNE	283
ANGLETERRE	307
AUTRICHE	315
FRANCE	329
ITALIE	330

ALLEMAGNE

I. EINLEITUNG

A. Rechtsquellen

1. Europäisches Recht

a. Primärrecht

- Art. 39ff, 43ff und 49ff EG-Vertrag (EG) (ABl. 24.12.2002 C 325/33).
- Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits über die Freizügigkeit vom 21.6.1999, in Kraft seit 1.6.2002, Stand 27.12.2006 (0.142.112.681) in Deutschland BGBl. II 2001 S. 810 und BGBl. II 2002, S. 1692.

b. Sekundärrecht

- Richtlinie 2005/36/EG vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen (ABl. EU Nr. L 255 S. 22, 2007 Nr. L 271 S. 18).

2. Deutsches Recht

a. Gesetze

- [Bundesärzteordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. April 1987 \(BGBl. I S. 1218\), zuletzt geändert durch Artikel 39 der Verordnung vom 31. Oktober 2006 \(BGBl. I S. 2407\), Änderungen durch Art. 4 G v. 2.12.2007 I 2686 zur Umsetzung der Richtlinie \(Nr. 60\) im Gutachten bereits berücksichtigt.](#)
- [Approbationsordnung für Ärzte Vom 27. Juni 2002, zuletzt geändert durch Artikel 3 Abs. 3 des Gesetzes vom 19. Februar 2007 \(BGBl. I S. 122\), Änderung durch Art. 5 G v. 2.12.2007 I 2686 zur Umsetzung der Richtlinie \(Nr. 60\) im Gutachten bereits berücksichtigt.](#)
- [Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlamentes und des Rates über die Anerkennung von Berufsqualifikationen der Heilberufe vom 2.12.2007, BGBl. I S. 2686.](#)
- Landes-Heilberufs- und Heilberufskammergesetze (enthalten auch Berufsregeln).
- Landesgesetze über die Weiterbildung von Ärzten, Zahnärzten, Tierärzten und Apothekern, Beispiel: Berlin, Gesetz vom 20. Juli 1978, zuletzt geändert durch Art. II G zur Umsetzung der RL 2005/36/EG im Recht der Gesundheitsberufe vom 15. 12. 2007 (GVBl. S. 617)
- Weiterbildungsordnungen der Landesärztekammern.
- [Zulassungsverordnung für Vertragsärzte \(Ärzte-ZV\) vom 28. Mai 1957 \(BGB1 I, S. 572, 608\), zuletzt geändert durch Art. 39 des Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die Anerkennung von Berufsqualifikationen der Heilberufe \(BGBl. I 2007, S. 2686\) Stand: 6. Dezember 2007](#)

B. Verhältnis zu europarechtlichen Vorgaben

1. Umsetzung der Richtlinie 2005/36/EG

Die Bundesärzteordnung (BÄO) und die Approbationsordnung für Ärzte (ÄApprO) werden durch das Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlamentes und des Rates über die Anerkennung von Berufsqualifikationen der Heilberufe (BGBl. I 2686) sehr stark im Detail geändert. Diese Änderungen vom 2.12.2007 flossen bislang nicht in eine **konsolidierte** Gesetzesfassung ein. Das vorliegende Gutachten basiert daher auf einer neuen Rechtslage und sehr komplexen Gesetzesmaterialien.

2. Verhältnis zum Freizügigkeitsabkommen Schweiz-EG

Die nationale Gesetzgebung bezieht die Richtlinie bereits ein, die allerdings für die Schweiz noch nicht gilt. Mit der Entscheidung für die Richtlinienanwendung in der Schweiz ist daher anzunehmen, dass auf Schweizer Ärzte die gleichen Grundsätze Anwendung finden werden, die für Staatsangehörige der EU-Mitgliedsstaaten gelten, und die Voraussetzungen der Anerkennung von Berufsqualifikationen und der Niederlassung Schweizer Staatsangehöriger in EU-Staaten erleichtert wird.

II. LÄNDERBERICHT DEUTSCHLAND

A. Niederlassung als Arzt

1. Titel

Gem. § 2 Abs. 5 BÄO ist die Ausübung des ärztlichen Berufs die Ausübung der Heilkunde unter der Berufsbezeichnung "Arzt" oder "Ärztin" demjenigen gestattet, der

- als Arzt im Inland **approbiert** ist oder
- eine **Erlaubnis** zur vorübergehenden Ausübung des ärztlichen Berufs als niedergelassener Arzt hat oder
- als Staatsangehöriger eines EU-Mitgliedstaats oder eines anderen EWR-Vertragsstaates oder eines Vertragsstaates sind, dem Deutschland und EG bzw. EU vertraglich einen entsprechenden Rechtsanspruch eingeräumt haben, und **vorübergehend und gelegentlich als Erbringer von Dienstleistungen** im Sinne des Artikels 50 des EG-Vertrages im Geltungsbereich dieses Gesetzes als Arzt tätig wird.

2. Approbation und Erlaubnis

Ärzte unterliegen in Deutschland einer staatlichen Überwachung der Zulassung. Die freie Ausübung der Heilkunde ist in Deutschland nur **approbierten** Ärzten erlaubt. Wer in Deutschland den ärztlichen Beruf als **niedergelassener** Arzt ausüben will, bedarf gem. § 2 BÄO daher grundsätzlich der **Approbation** als Arzt. Alternativ ist es nur möglich auf der Basis einer **zur vorübergehenden oder auf bestimmte Tätigkeiten beschränkten Erlaubnis** den ärztlichen Beruf auszuüben. Hierbei handelt es sich jedoch um eine beschränkte und wenig attraktive Form der Berufszulassung.

Allemagne

Zum besseren Verständnis der Begriffe und zur Abgrenzung von der Frage der Weiterbildung sollen die „**Approbation**“ und die „**Erlaubnis zur vorübergehenden Ausübung**“ des ärztlichen Berufs nachfolgend kurz erläutert werden:

Unter der **Approbation** ist die deutsche staatliche Erlaubnis zur Ausübung des Arztberufs zu verstehen. Die Approbation berechtigt zur Berufsausübung, wird unbefristet erteilt und ist für das gesamte deutsche Bundesgebiet gültig. Der Besitz einer Approbation als Arzt ist Voraussetzung für die dauerhafte ärztliche Berufsausübung. Die Approbation ist zugleich Voraussetzung für die Weiterbildung (im Inland), denn letztere kann gemäß BÄO erst nach der ärztlichen Approbation begonnen werden. Ein Arzt in der Weiterbildung (dies ist meistens der Fall bei den angestellten Ärzte (Assistenzärzte)) muss daher grundsätzlich approbiert sein. Nach Approbation und nachfolgender erfolgreicher Beendigung der Weiterbildung, erlangt der Arzt dann die Berechtigung zum Führen einer Facharztbezeichnung.

Die zweite Möglichkeit zur ärztlichen Berufsausübung ist die der **Erlaubnis zur vorübergehenden Ausübung** des ärztlichen Berufs. Für eine lediglich vorübergehende Berufsausübung kann eine **Berufserlaubnis** erteilt werden. Sie ist in jeder Hinsicht einschränkbar und wird in der Regel widerruflich und befristet erteilt und auf bestimmte Beschäftigungsstellen beschränkt. Im Gegensatz zur Approbation darf der Inhaber einer Berufserlaubnis nur unter Aufsicht einer approbierten Berufsangehörigen arbeiten. Die Berufserlaubnis ist zudem nicht im ganzen Bundesgebiet, sondern nur im jeweiligen Bundesland gültig.

3. Erfordernisse an eine dauernde Berufszulassung

a. Approbation und ihre Voraussetzungen

Die **Approbation** als Arzt setzt nach § 2 BÄO und § 39 ÄApprO 2002 nachfolgende Anforderungen an den Antragsteller voraus (zum **Nachweis** des Vorliegens der Anforderungen **siehe unter b. Antragsinhalt und vorzulegende Dokumente**).

1. Der Antragsteller muss Deutscher¹⁵⁸, Staatsangehöriger eines EU-oder EWR-Staates, heimatloser Ausländer im Sinne des Gesetzes über die Rechtsstellung heimatloser Ausländer **oder Staatsangehöriger eines Vertragsstaates sein, dem Deutschland und die EG bzw. EU vertraglich einen entsprechenden Rechtsanspruch eingeräumt haben** (hierunter fällt grundsätzlich die **Schweiz**);
2. Der Antragsteller darf sich nicht eines Verhaltens schuldig gemacht haben, aus dem sich seine **Unwürdigkeit oder Unzuverlässigkeit** zur Ausübung des ärztlichen Berufs ergibt;
3. Er darf nicht in **gesundheitlicher Hinsicht** zur Ausübung des Berufs ungeeignet sein;
4. Er muss im Prinzip ein Studium der Medizin von mindestens **sechs Jahren** an einer wissenschaftlichen Hochschule absolviert und die ärztliche Prüfung im Geltungsbereich dieses Gesetzes bestanden haben, von denen mindestens acht, höchstens zwölf Monate auf eine praktische Ausbildung in Krankenhäusern oder geeigneten Einrichtungen der ärztlichen Krankenversorgung entfallen müssen. Die Approbationsordnung regelt die Details der Ausbildung (Dauer, einzelne Ausbildungsfächer, ihre Inhalte und die Prüfungsinhalte). Die Ausbildung schliesst mit dem Staatsexamen ab.

Hierbei gilt als eine solche Ausbildung jedoch auch eine in einem EU oder EWR-Staat abgeschlossene ärztliche Ausbildung, wenn der entsprechende in der Anlage zu die-

¹⁵⁸ Art. 116 GG.

Allemande

sem Gesetz aufgeführte ärztliche Ausbildungsnachweis vorgelegt wird. Gleiches gilt für Vertragsstaaten, denen Deutschland und die EG bzw. EU vertraglich einen entsprechenden Rechtsanspruch eingeräumt haben, ab dem hierfür maßgebenden Zeitpunkt. Folglich werden Ausbildungsnachweise erleichtert anerkannt, die nach einem sich aus dem jeweiligen Abkommen (für die Schweiz: bilaterale Abkommen) ergebenden maßgebenden Zeitpunkt erteilt wurden.¹⁵⁹

Der anzuerkennende Ausbildungsnachweis der Schweiz ist das

- Diplome fédéral de médecin/Eidgenössisches Arztdiplom/Diploma federale di medico (Departement federal de l'interieur/ Eidgenössisches Departement des Innern/Departamento federale dell' interno); Stichtag ist der 1. Juni 2002.

Den genannten ärztlichen Ausbildungsnachweisen gleichwertig sind **nach** dem jeweils relevanten Stichtag von einem EU-oder EWR-Staat **oder einem Vertragsstaat, dem Deutschland und EG bzw. EU vertraglich einen entsprechenden Rechtsanspruch eingeräumt haben**, ausgestellte ärztliche Ausbildungsnachweise, wenn diese zwar den in der Anlage zur BÄO für den betreffenden Staat aufgeführten Bezeichnungen nicht entsprechen, aber zugleich eine **Bescheinigung** der zuständigen Behörde des Staates vorgelegt werden kann, daß sie eine Ausbildung abschließen, die den Mindestanforderungen des Artikels 24 der Richtlinie 2005/36/EG entspricht, und den für diesen Staat in der Anlage zur BÄO aufgeführten Nachweisen entsprechen.

Gem. § 14b BÄO ist auch Antragstellern die Approbation als Arzt zu erteilen die einen **vor** dem für die Anerkennung jeweils maßgebenden Datum ausgestellten ärztlichen Ausbildungsnachweises (Arztdiplom) eines EU-oder EWR-Staates oder eines Vertragsstaates vorlegen, dem Deutschland und EG oder EU vertraglich einen entsprechenden Rechtsanspruch eingeräumt haben. In den Fällen, in denen die ärztliche Ausbildung des Antragstellers den Mindestanforderungen des Artikels 24 der RiL 2005/36/EG nicht genügt, kann die zuständige Behörde die Vorlage einer Bescheinigung des Herkunftsmitgliedstaats des Antragstellers verlangen, aus der sich ergibt, daß der Antragsteller während der letzten fünf Jahre vor der Antragstellung mindestens drei Jahre ununterbrochen tatsächlich und rechtmäßig den ärztlichen Beruf ausgeübt hat.

5. Der Antragsteller muss über die für die Ausübung der Berufstätigkeit **erforderlichen Kenntnisse der deutschen Sprache** verfügt.

Werden diese Voraussetzungen **nicht** erfüllt, ist die Approbation gleichwohl zu erteilen, wenn der Antragsteller

1. eine außerhalb des Geltungsbereichs dieses Gesetzes abgeschlossene Ausbildung für die Ausübung des ärztlichen Berufs erworben hat und die Gleichwertigkeit des Ausbildungsstandes gegeben ist oder
2. einen Ausbildungsnachweis (Arztdiplom) in einem Drittland erworben hat, sofern er **drei Jahre Berufserfahrung** im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats, der diesen Ausbildungsnachweis nach Artikel 2 Abs. 2 der Richtlinie 2005/36/EG anerkannt hat, besitzt und der Antragsteller eine Bescheinigung der Berufserfahrung dieses Mitgliedstaats vorlegt und seine Ausbildung nicht wesentlich von der in Deutschland vor-

¹⁵⁹

Das Bundesministerium für Gesundheit ergänzt die Anlage zur BÄO um die späteren Änderungen von Anhang V Nummer 5.1.1 der Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen (ABl. EU Nr. L 255 S. 22, 2007 Nr. L 271 S. 18).

Allemagne

geschriebenen Ausbildung unterscheidet oder seine nachgewiesene Berufserfahrung zum Ausgleich der wesentlichen Unterschiede zwischen den Ausbildungen geeignet ist.

Hier ist eine Gleichwertigkeitsprüfung vorzunehmen, die allerdings bei Staatsangehörigen eines EU-Mitgliedsstaates, eines anderen EWR-Vertragsstaats **oder eines Vertragsstaates, dem Deutschland und EG bzw. EU vertraglich einen entsprechenden Rechtsanspruch eingeräumt haben**, die in einem anderen Staat absolvierten Ausbildungsgänge oder die dort erworbene Berufserfahrung einzubeziehen.

Ein **gleichwertiger Kenntnisstand** ist durch Ablegen einer **Prüfung** nachzuweisen, wenn

1. die Gleichwertigkeit des Ausbildungsstandes nicht gegeben ist,
2. eine Prüfung der Gleichwertigkeit des Ausbildungsstandes nur mit unangemessenem zeitlichen oder sachlichen Aufwand möglich ist, weil die erforderlichen Unterlagen und Nachweise aus Gründen, die nicht in der Person des Antragstellers liegen, von diesem nicht vorgelegt werden können, oder
3. der Arzt die Anforderungen der tatsächlichen und rechtmäßigen Berufspraxis nach Artikel 23 der Richtlinie 2005/36/EG nicht erfüllt.

Die Prüfung erstreckt sich auf den Inhalt der staatlichen Abschlussprüfung, hat sich dabei allerdings auf diejenigen Bereiche zu beschränken, in denen die Ausbildung hinter der deutschen Ausbildung zurückbleibt.

b. Antragsinhalt und vorzulegende Dokumente

Der Antragsteller hat folgende Unterlagen und Bescheinigungen vorzulegen, wenn er die Approbation beantragt (hierbei geht es zunächst nur um die Frage der Zulassung als Arzt)

1. **Staatsangehörigkeitsnachweis**
2. Amtlich beglaubigte Kopie der **Befähigungsnachweise** oder des Ausbildungsnachweises, der im jeweiligen Heimatstaat zur Aufnahme des entsprechenden Berufs berechtigt (Arztdiplom) sowie gegebenenfalls eine Bescheinigung über die von der betreffenden Person bisher erworbene Berufserfahrung,
3. die **Unterlagen**, die von den zuständigen Behörden des Herkunftsmitgliedstaats ausgestellt wurden und belegen, dass der Antragsteller nicht der Berufsausübung unwürdig und unzuverlässig ist (nicht älter als drei Monate), oder, wenn im Herkunftsmitgliedstaat die vorgenannten Unterlagen nicht ausgestellt werden, eine eidesstattliche Erklärung oder – in den Staaten, in denen es keine eidesstattliche Erklärung gibt – eine feierliche Erklärung vor einer zuständigen Justiz- oder Verwaltungsbehörde oder gegebenenfalls vor einem Notar oder einer entsprechend bevollmächtigten Berufsorganisation des Herkunftsmitgliedstaats, der eine diese eidesstattliche oder feierliche Erklärung bestätigende Bescheinigung ausstellt,
4. der Nachweis der **gesundheitlichen Eignung** (nicht älter als drei Monate), wobei ein entsprechender Nachweis, der im Herkunftsmitgliedstaat gefordert wird, anerkannt wird oder, wenn im Herkunftsmitgliedstaat kein derartiger Nachweis verlangt wird, eine von einer zuständigen Behörde des Herkunftsmitgliedstaats ausgestellte Bescheinigung,
5. eine Bescheinigung der zuständigen Behörden des Herkunftsmitgliedstaats, aus der hervorgeht, dass die Nachweise über die geforderten Ausbildungsvoraussetzungen (Arztdiplom) den in der Richtlinie verlangten Nachweisen **entsprechen**,

Allemagne

6. bei Ausbildungsnachweisen aus einem **Drittland** zusätzliche Angaben, um feststellen zu können, ob sich die Ausbildung (Arztdiplom) auf Inhalte bezieht, die sich wesentlich von der in Deutschland vorgeschriebenen Ausbildung unterscheiden,
7. für den Fall, dass sich Ausbildungsnachweise nach Artikel 3 Abs. 1 Buchstabe c der Richtlinie 2005/36/EG eines EU-oder EWR-Staats oder eines Vertragsstaats, dem Deutschland und EG bzw. EU vertraglich einen entsprechenden Rechtsanspruch eingeräumt haben auf eine Ausbildung beziehen, die ganz oder teilweise in einer rechtmäßig im Hoheitsgebiet eines **anderen** der genannten Staaten niedergelassenen Einrichtung (in der Regel Universität) absolviert wurde, Unterlagen darüber,
 - a) ob der Ausbildungsgang in der betreffenden Einrichtung von der Ausbildungseinrichtung des Ausstellungsmitgliedstaats offiziell bescheinigt worden ist,
 - b) ob der ausgestellte Ausbildungsnachweis dem entspricht, der verliehen worden wäre, wenn der Ausbildungsgang vollständig im Ausstellungsmitgliedstaat absolviert worden wäre, und
 - c) ob mit dem Ausbildungsnachweis im Hoheitsgebiet des Ausstellungsmitgliedstaats dieselben beruflichen Rechte verliehen werden.

Haben die zuständigen Behörden berechnete Zweifel an der Authentizität der in dem jeweiligen Herkunftsmitgliedstaat ausgestellten Bescheinigungen und Ausbildungsnachweise, können sie von den zuständigen Behörden des Herkunftsmitgliedstaats eine Bestätigung der Authentizität dieser Bescheinigungen und Nachweise sowie eine Bestätigung darüber verlangen, dass der Antragsteller die Mindestanforderungen der Ausbildung erfüllt, die in Artikel 24 der Richtlinie 2005/36/EG verlangt werden

An sich sollten die nach § 39 Abs. 1 Nr. 1 und 2 ÄApprO erforderlichen Nachweise (**kurz gefasster Lebenslauf und Geburtsurkunde oder ein Auszug aus dem Familienbuch der Eltern, bei Verheirateten auch die Heiratsurkunde oder ein Auszug aus dem für die Ehe geführten Familienbuch**) nicht verlangt werden, in der Praxis scheint man dies jedenfalls bislang allerdings zu fordern.

Soweit die Nachweise nicht in deutscher Sprache ausgestellt sind, sollten sie zusätzlich in durch einen gesetzlich vereidigten Übersetzer beglaubigter Übersetzung vorgelegt werden.

Die Unterlagen sind in beglaubigter Kopie einzureichen oder als Original mit einfacher Kopie (Unterlagen werden zurückgesandt)

c. Kammermitgliedschaft

Die Kammermitgliedschaftspflicht für approbierte Ärzte ergibt sich aus den Landes-Heilberufekammergesetzen. Jeder Arzt ist Mitglied der Landesärztekammer, in deren Gebiet er seine ärztliche Tätigkeit ausübt. Die Mitgliedschaftspflicht gilt für alle Ärzte mit Ausnahme der ausländischen vorübergehenden Dienstleister.

Zieht man etwa das Beispiel des baden-württembergischen HBKG heran, so gehören nach dessen § 2 Abs. 1 Nr.1. der Landesärztekammer alle Ärztinnen und Ärzte an, die approbiert sind oder eine Erlaubnis zur Ausübung des ärztlichen Berufes besitzen und die im Inland ihren Beruf ausüben oder, falls sie ihren Beruf nicht ausüben, im Land ihren Wohnsitz haben. Nach Erteilung der Approbation hat der Arzt sich unverzüglich bei der zuständigen Landesärztekammer anzumelden.

Soll eine fachärztliche Tätigkeit ausgeübt werden, sind zusätzlich die im Herkunftsland erworbenen Diplome und Tätigkeitsnachweise bei der Landesärztekammer einzureichen, die die Genehmigung zum Führen einer in Deutschland zugelassenen Bezeichnung erteilt werden kann.

d. Kassenzulassung

Zu unterscheiden ist auch danach, ob ein Arzt Privat- oder Kassenpatienten oder beide behandeln möchte. Zur Behandlung von Kassenpatienten benötigt ein Arzt eine **Zulassung** (Verträge mit Versicherern der Gesetzlichen Krankenversicherung), hieraus folgt dann automatisch eine **Pflichtmitgliedschaft in der Kassenärztlichen Vereinigung** des Niederlassungsbezirks des Arztes. Fehlt dem Arzt die Kassenzulassung, kann eine Abrechnung ärztlicher Leistungen nur auf privatrechtlicher Basis erfolgen (private Krankenversicherung). In der Regel wird ein Arzt jedoch eher selten als reiner Privatarzt tätig sein wollen. Für die Zulassung als Vertragsarzt der Gesetzlichen Krankenversicherungen ist allerdings seit einigen Jahren der **Erwerb des Facharzttitels** Voraussetzung. Bis dahin war es möglich, sich auch als „Praktischer Arzt“ niederzulassen. **Jetzt gibt es allerdings praktisch keine niedergelassenen Ärzte, die nicht bereits einen Facharzttitel erworben haben.** In § 3 der Zulassungsverordnung für Vertragsärzte (Ärzte-ZV)¹⁶⁰ heisst es, dass die Eintragung in das Arztregister, die bei der nach § 4 zuständigen Kassenärztlichen Vereinigung zu beantragen ist die Approbation als Arzt **und** den erfolgreichen Abschluss entweder einer allgemeinmedizinischen Weiterbildung oder einer Weiterbildung in einem anderen Fachgebiet mit der Befugnis zum Führen einer entsprechenden Gebietsbezeichnung oder den Nachweis einer Qualifikation voraussetzt, die gemäß [§ 95a Abs. 4 und 5 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch](#) anerkannt ist. Die allgemeinmedizinische Weiterbildung muss hierbei unbeschadet ihrer mindestens fünfjährigen Dauer inhaltlich mindestens den Anforderungen nach Artikel 28 der Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen (ABl. EU Nr. L 255 S. 22, 2007 Nr. L 271 S. 18) entsprechen und mit dem Erwerb der Facharztbezeichnung für Allgemeinmedizin abschließen. Sie hat insbesondere einzuschließen: a) mindestens sechs Monate in der Praxis eines zur Weiterbildung in der Allgemeinmedizin ermächtigten niedergelassenen Arztes, b) mindestens sechs Monate in zugelassenen Krankenhäusern, c) höchstens sechs Monate in anderen zugelassenen Einrichtungen oder Diensten des Gesundheitswesens, die sich mit Allgemeinmedizin befassen, soweit der Arzt mit einer patientenbezogenen Tätigkeit betraut ist.

Gem. § 18 Ärzte-ZV muss der Antrag auf Zulassung schriftlich gestellt werden (Gebühr 100 €). In dem Antrag ist anzugeben, für welchen Vertragsarztsitz und unter welcher Arztbezeichnung die Zulassung beantragt wird. Dem Antrag sind folgende Unterlagen beizufügen

- ein Auszug aus dem Arztregister, aus dem der Tag der Approbation, der Tag der Eintragung in das Arztregister und gegebenenfalls der Tag der Anerkennung des Rechts zum Führen einer bestimmten Facharzt-, Schwerpunkt- oder Zusatzbezeichnung hervorgehen müssen,
- Bescheinigungen über die seit der Approbation ausgeübten ärztlichen Tätigkeiten,
- ein Lebenslauf,
- ein polizeiliches Führungszeugnis,
- ggf. Bescheinigungen der Kassenärztlichen Vereinigungen, in deren Bereich der Arzt bisher niedergelassen oder zur Kassenpraxis zugelassen war, aus denen sich Ort und Dauer der bisherigen Niederlassung oder Zulassung und der Grund einer etwaigen Beendigung ergeben,
- eine Erklärung über im Zeitpunkt der Antragstellung bestehende Dienst- oder Beschäftigungsverhältnisse unter Angabe des frühestmöglichen Endes des Beschäftigungsverhältnisses,

¹⁶⁰ Zulassungsverordnung für Vertragsärzte (Ärzte-ZV) vom 28. Mai 1957 (BGB1 I, S. 572, 608), zuletzt geändert durch Art. 39 des Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die Anerkennung von Berufsqualifikationen der Heilberufe (BGBl. I 2007, S. 2686) Stand: 6. Dezember 2007.

Allemande

- eine Erklärung des Arztes, ob er rauschgiftsüchtig ist oder innerhalb der letzten fünf Jahre gewesen ist, ob er sich innerhalb der letzten fünf Jahre einer Entziehungskur wegen Trunksucht oder Rauschgiftsucht unterzogen hat und dass gesetzliche Hinderungsgründe der Ausübung des ärztlichen Berufs nicht entgegenstehen.

Die Kassenärztlichen Vereinigungen sind nach Bundesländern aufgliedert (jeweils eigene kassenärztliche Vereinigung). Auf Bundesebene kommt die Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV) hinzu. (Adresse: Kassenärztliche Bundesvereinigung:Herbert-Lewin-Platz 2, 10623 Berlin, Tel: (0 30) 40 05 – 0, Fax: (0 30) 40 05 - 10 93)

Adressen der Landesärztekammern

Bundesärztekammer	Herbert-Lewin-Platz 1 10623 Berlin	Tel.: 030/400456-0 Fax.: 030/400456-388 eMail: info@baek.de
Landesärztekammer Baden-Württemberg	Jahnstr. 40 70597 Stuttgart	Tel.: 0711/769890 Fax: 0711/7698950 eMail: info@laek-bw.de
Bayerische Landesärztekammer	Mühlbaurstr. 16 81677 München	Tel.: 089/4147-0 Fax: 089/4147-280 eMail: blaek@blaek.de
Ärztekammer Berlin	Friedrichstr. 16 10969 Berlin	Tel.: 030/40806-0 Fax: 030/40806-3499 eMail: kammer@aekb.de
Landesärztekammer Brandenburg	Dreifertstr. 12 03044 Cottbus	Tel.: 0355/78010-0 Fax: 0355/78010-36 eMail: post@laekb.de
Ärztekammer Bremen	Schwachhauser Heerstr. 30 28209 Bremen	Tel.: 0421/340420-0 Fax: 0421/340420-9 eMail: info@aekhb.de
Ärztekammer Hamburg	Humboldtstr. 56 22083 Hamburg	Tel.: 040/22802596 Fax: 040/2209980 eMail: post@aekhh.de
Landesärztekammer Hessen	Im Vogelsgesang 3 60488 Frankfurt	Tel.: 069/97672-0 Fax: 069/97672-128 eMail: info@laekh.de
Ärztekammer Mecklenburg-Vorpommern	August-Bebel-Str. 9a 18055 Rostock	Tel.: 0381/49280-0 Fax: 0381/49280-80 eMail: info@aek-mv.de
Ärztekammer Niedersachsen	Berliner Allee 20 30175 Hannover	Tel.: 0511/38002 Fax: 0511/3802240 eMail: info@aekn.de
Ärztekammer Nordrhein	Tersteegenstr. 9	Tel.: 0211/43020

Allemagne

	40474 Düsseldorf	Fax: 0211/4302-1200 eMail: aerztekammer@aecko.de
Landesärztekammer Rheinland-Pfalz	Deutschhausplatz 3 55116 Mainz	Tel.: 06131/288220 Fax: 06131/2882288 eMail: kammer@laek-rlp.de
Ärztekammer des Saarlandes	Faktoreistr. 4 66111 Saarbrücken	Tel.: 0681/4003-0 Fax: 0681/4003340 eMail: info-aeks@aecksaar.de
Sächsische Landesärztekammer	Schützenhöhe 16 01099 Dresden	Tel.: 0351/82670 Fax: 0351/8267412 eMail: dresden@slaek.de
Ärztekammer Sachsen-Anhalt	Doctor-Eisenbart-Ring 2 39120 Magdeburg	Tel.: 0391/6054-6 Fax: 0391/6054-7000 eMail: info@aecksa.de
Ärztekammer Schleswig-Holstein	Bismarckallee 8-12 23795 Bad Segeberg	Tel.: 04551/8030 Fax: 04551/803188 eMail: aerztekammer@aecksh.org
Landesärztekammer Thüringen	Im Semmicht 33 07751 Jena-Maua	Tel.: 03641/6140 Fax: 03641/614169 eMail: post@laek-thueringen.de
Ärztekammer Westfalen-Lippe	Gartenstr. 210-214 48147 Münster	Tel.: 0251/9290 Fax: 0251/9292999 eMail: posteingang@aeckwl.de

e. Zuständige Behörde, Verfahren, Fristen

aa. Zuständige Behörden

Die Approbation ist bei den nach jeweiligem Landesrecht zuständigen Behörden zu beantragen. Der Einfachheit halber werden nachfolgend nicht die diversen Gesetzesbestimmungen sondern direkt die zuständigen Behörden und die intern zuständigen Dienste aufgeführt.

Die zuständigen Behörden des Landes, in dem der ärztliche Beruf ausgeübt wird oder zuletzt ausgeübt worden ist unterrichten die zuständigen Behörden des Herkunftsmitgliedstaats über das Vorliegen strafrechtlicher Sanktionen, über die Rücknahme, den Widerruf und die Anordnung des Ruhens der Approbation oder Erlaubnis, über die Untersagung der Ausübung der Tätigkeit und über Tatsachen, die eine dieser Sanktionen oder Maßnahmen rechtfertigen würden.

Die Behörden unterliegen auch Informationspflichten gegenüber dem Bundesministerium für Gesundheit, dieses wiederum gegenüber den anderen Mitgliedstaaten und der Europäischen Kommission.

Allemagne

Adressen der zuständigen Behörden (Stand Ende 2006)¹⁶¹

<p>Baden-Württemberg Regierungspräsidium Stuttgart Referat 97 Postfach 80 07 09 70507 Stuttgart</p>	<p>Mirosława Hapka Tel. 0711 / 904 17 18 mirosława.hapka@rps.bwl.de</p> <p>Kathrin Reichhardt Tel. 0711 / 904 197 19</p> <p>Ingrid Holzwarth Tel. 0711 / 904 197 07 ingrid.holzwarth@rps.bwl.de</p>	<p>Approbation Ausländer mit Abschluss im Ausland</p> <p>Berufserlaubnis</p> <p>Kenntnisstandprüfung</p>
<p>Bayern Regierung von Oberbayern Sachgebiet 55.2 Landesprüfungsamt für Humanmedizin und Pharmazie Maximilianstr. 39 80538 München</p>	<p>Leiterin: Hedwig Göhner-Pentenrieder Tel. 089 / 2176 28 28</p>	<p>Approbation bei Ausbildung in einem Staat außerhalb der EU bzw. des EWR Antragsteller mit Staatsangehörigkeit eines nicht zur EU bzw. zum EWR gehörenden Staates unabhängig davon, wo die ärztliche Ausbildung abgeschlossen wurde</p>
<p>Regierung von Niederbayern Regierungsplatz 540 84028 Landshut</p>	<p>Herr Auserwählt Tel. 0871 / 808 16 41 wolfgang.auserwaehl@reg-nb.bayern.de</p>	<p>Berufserlaubnis</p>
<p>Regierung der Oberpfalz Emmeramsplatz 8 93047 Regensburg</p>	<p>Herr Weiss Tel. 0941 / 56 806 08 karl.weiss@reg.opf.bayern.de</p>	<p>Berufserlaubnis</p>
<p>Regierung von Oberfranken Ludwigstr. 20 95444 Bayreuth</p>	<p>Leiter: Frank Griebel Tel. 0921 / 604 19 05 frank.griebel@reg-ofr.bayern.de</p> <p>Andrea Weinkopf Tel. 0921 / 604 19 18 andrea.weinkopf@reg-ofr.bayern.de</p>	<p>Berufserlaubnis</p>

¹⁶¹

Nach der neuen Regelung in § 2 Abs. 1a BÄO heisst es „Die Länder benennen die Behörden und Stellen, die für die Ausstellung oder Entgegennahme der in der Richtlinie 2005/36/EG genannten Ausbildungsnachweise und sonstigen Unterlagen oder Informationen zuständig sind, sowie die Behörden und Stellen, die die Anträge annehmen und die Entscheidungen treffen können, die im Zusammenhang mit dieser Richtlinie stehen.“, Theoretisch können sich die Zuständigkeiten ändern, im Wesentlichen sollte dies jedoch nicht der Fall sein.

Allemagne

<p>Regierung von Mittelfranken Promenade 27 91522 Ansbach</p>	<p>Leiter: Helmut Hartmann Tel. 0981 / 53 12 41 helmut.hartmann@reg-mfr.bayern.de</p> <p>Dr. Catharine Schneider Tel. 0981 / 53 14 75 catharine.schneider@reg-mfr.bayern.de</p>	<p>Berufserlaubnis</p>
<p>Regierung von Unterfranken Peterplatz 9 97070 Würzburg</p>	<p>Oliver Ziegler Tel. 0931 / 380 15 66 oliver.ziegler@reg-ufr.bayern.de</p> <p>Petra Fürstenberg Tel. 0931 / 380 15 67 petra.fuerstenberg@reg-ufr.bayern.de</p> <p>Werner Gerberich Tel. 0931 / 380 15 65 werner.gerberich@reg-ufr.bayern.de</p>	<p>Approbation bei ärztlicher Ausbildung in einem EU- oder EWR-Staat und Berufsausübung in den Regierungsbezirken Ober-, Mittel- oder Unterfranken</p> <p>Berufserlaubnis</p>
<p>Regierung von Schwaben Fronhof 10 86152 Augsburg</p>	<p>Martina Burkart Tel. 0821 / 327 25 28 martina.burkart@reg-schw.bayern.de</p>	<p>Berufserlaubnis</p>
<p>Berlin Landesamt für Gesundheit und Soziales Abteilung II a 211 / 212 Fehrbelliner Platz 1 10702 Berlin</p>	<p>Anette Knoblauch Tel. 030 / 9012 51 62</p> <p>Elke Kempin (Buchstabe A-E) Tel. 9012 51 55</p> <p>Susanne Storch (Buchstabe F-R) Tel. 9012 51 57</p> <p>Kerstin Rothe (Buchstabe S-Z) Te. 9021 5158</p>	<p>Approbation für bestandene Prüfung innerhalb EU und außerhalb EU (Einzelfallprüfung, Gleichwertigkeit, Kenntnisstandprüfung) und Berufserlaubnis</p>
<p>Brandenburg Landesamt für Soziales und Versorgung Abt. Landesgesundheitsamt Dezernat Akademische und nicht-akademische Gesundheitsberufe Wünsdorfer Platz 3 15806 Zossen</p>	<p>Angelika Fischer Tel. 033702 / 711 17 angelika.fischer@lga.brandenburg.de</p>	<p>Approbation Berufserlaubnis</p>

Allemagne

<p>Bremen Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales Abteilung Gesundheitswesen Am Bahnhofsplatz 29 28195 Bremen</p>	<p>Wolfgang Wilhelm Tel. 0421 / 61 95 49 wolfgang.wilhelm@gesundheit.bremen.de</p>	<p>Approbation Berufserlaubnis</p>
<p>Hamburg Behörde für Wissenschaft und Gesundheit Landesprüfungsamt für Heilberufe Winterhuder Weg 29 22085 Hamburg</p>	<p>Silvia Neumann (Buchstabe M-Z) Tel. 040 / 428 37 95 silvia.neumann@bsg.hamburg.de</p> <p>Frau Wagner (Buchstabe A-K) Tel. 040 / 428 37 96 www.landespruefungsamt.hamburg.de</p>	<p>Approbation Berufserlaubnis, Verlängerung</p> <p>Berufserlaubnis Ersterteilung</p> <p>Berufserlaubnis Verlängerung</p>
<p>Hessen Hessisches Landesprüfungsamt für Heilberufe Abteilung 5, Referat 54 Adickesallee 36 60322 Frankfurt a.M.</p>	<p>Regina Grossmann Tel. 069 / 1535 467</p> <p>Wolfgang Betz (Buchstabe A-E) Tel. 069 / 1535 465</p> <p>Signe Bake (Buchstabe F-N) Tel. 069 / 1535 435</p> <p>Pia Baum (Buchstabe O-Z) Tel. 069 / 1535 435)</p>	<p>Approbation (Studienorte in Hessen)</p> <p>Approbation für bestandene Prüfung innerhalb EU und außerhalb EU (Einzelfallprüfung, Gleichwertigkeit, Kenntnisstandprüfung) und Berufserlaubnis</p>
<p>Mecklenburg- Vorpommern Landesprüfungsamt für Heilberufe beim Landesamt für Gesundheit und Soziales Mecklenburg Am Reifergraben 4 18055 Rostock</p>	<p>Leiter Landesprüfungsamt: Dr. Helmut Drückler Tel. 0381 / 37 79 2 12</p> <p>Antje Mainz Tel. 0381 / 37 79 2 24</p> <p>Christina Schumacher Tel. 0381 / 37 79 2 25</p> <p>Beate Gatropp Tel. 0381 / 37 79 2 17</p> <p>Silke Krüger-Piehl (Juristin) Tel. 0381 / 37 79 2 21</p>	<p>Approbation</p> <p>Berufserlaubnis</p> <p>Berufserlaubnis</p> <p>Entzug Approbation</p>

Allemagne

<p>Niedersachsen Niedersächsischer Zweckverband zur Approbationserteilung (NiZza) Behördenhaus, Am Waterloopplatz 11 Abteilung 1 30169 Hannover</p> <p>Niedersachsen Niedersächsischer Zweckverband zur Approbationserteilung (NiZza) Behördenhaus, Am Waterloopplatz 11 Landesprüfungsamt, Abteilung 2 30169 Hannover</p>	<p>Bernd Bödecker (Buchstabe A-L) Tel. 0511 / 380 25 62</p> <p>Jürgen Tsiedel (Buchstabe M-Z) Tel. 0511 / 380 25 63</p> <p>Monika Bödeker, Tel. 0511 / 380 25 74</p>	<p>Approbation für bestandene Prüfung innerhalb EU und außerhalb EU und Berufserlaubnis</p>
<p>Nordrhein-Westfalen Bezirksregierung Arnsberg Dezernat 24 Seibertzstr. 1 59821 Arnsberg</p>	<p>Hildegard Kiessler Tel. 02931 / 24 03 hildegard.kiessler@bezreg-arnsberg.nrw.de</p> <p>Rita Prchlik Tel. 02931 / 24 04 rita.prchlik@bezreg-arnsberg.nrw.de</p>	<p>Approbation / Berufserlaubnis (Hochsauerlandkreis, Ennepe Ruhrkreis, Märkischer Kreis, Herne, Dortmund, Hagen)</p> <p>Approbation/ Berufserlaubnis (Seegen, Sost, Eupe, Unna, Bochum , Hamm)</p>
<p>Bezirksregierung Detmold Dezernat 24 Leopoldstr. 15 32756 Detmold</p>	<p>Herr Zeitel Tel. 05231 / 71 24 06</p> <p>Frau Mielewczyk Tel. 05231 / 71 24 07</p> <p>Fax 05231 / 71 24 11 post24@brdt.nrw.de</p>	<p>Approbation, Berufserlaubnis</p> <p>Approbation, Berufserlaubnis</p>
<p>Bezirksregierung Düsseldorf Dezernat 24 Fischerstr. 10 40474 Düsseldorf</p>	<p>Liane Jeschwitz Tel. 0211 / 475 52 61</p> <p>Frau Porten Tel. 0211 / 475 52 63 (Buchstabe A- L)</p> <p>Frau Meier Tel. 0211 / 475 42 61 (Buchstabe M-Z)</p>	<p>Approbation</p> <p>Berufserlaubnis</p> <p>Berufserlaubnis</p>
<p>Bezirksregierung Köln Dezernat 24 50606 Köln</p>	<p>Frau Kunert (Buchstabe A-R) Tel. 0221 / 147 25 39</p> <p>Herr Gwiss (Buchstabe S - Z) Tel. 0221 / 147 25 57</p>	<p>"Regel"-Approbation (Studium in BRD, EU-Staatsangehörigkeit)</p> <p>"Regel"-Approbation (Studium in BRD, EU-</p>

Allemagne

	<p>Frau Buddenberg (Buchstabe A - J) Tel. 0221 / 147 25 33</p> <p>Frau Esser (Buchstabe K - Z) Tel. 0221 / 147 25 33</p>	<p>Staatsangehörigkeit</p> <p>Approbation (Studium außerhalb BRD), Berufserlaubnis</p> <p>Approbation (Studium außerhalb BRD), Berufserlaubnis</p>
<p>Bezirksregierung Münster Domplatz 1 -3 48128 Münster</p>	<p>Frau Thom Tel. 0251 / 411 31 00</p> <p>Herr Hundeloh Tel. 0251 / 411 31 01</p>	<p>Approbation für bestandene Prüfung innerhalb EU und außerhalb EU (Einzelfallprüfung, Gleichwertigkeit, Kenntnisstandprüfung)</p> <p>Approbation für bestandene Prüfung innerhalb EU und außerhalb EU (Einzelfallprüfung, Gleichwertigkeit, Kenntnisstandprüfung)</p> <p>Berufserlaubnis</p>
<p>Rheinland-Pfalz Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung - Referat 53 - Baedeker Str. 2 - 10 56073 Koblenz</p>	<p>Frau Nick Tel. 0261 / 40 41 273 nick.maria@lsjv.rlp.de</p> <p>Herr Rommerskirchen Tel. 0261 / 40 41 273</p> <p>Fax 0261 / 40 41 353</p>	<p>Approbation</p> <p>Berufserlaubnis</p>
<p>Saarland Landesamt für Verbraucher-, Gesundheit und Arbeitsschutz Zentralstelle für Gesundheitsberufe Landesprüfungsamt Hochstr. 67 66115 Saarbrücken</p>	<p>Frau Wonn Tel. 0681 / 9978 43 08</p> <p>www.lsgv.saarland.de/landespruefungsamt.htm</p>	<p>Approbation, Berufserlaubnis</p>
<p>Sachsen Regierungspräsidium Dresden - Referat 22 Staffenbergallee 2 01099 Dresden</p>	<p>Frau Schönert Tel. 0351 / 825 22 12 Fax 0351 / 825 92 01 www.rpl.sachsen.de Herr Dr. Petzold, Referat 27</p>	<p>Approbation, Berufserlaubnis</p>

Allemanne

		Durchführung Kenntnisstandprüfung
Regierungspräsidium Chemnitz Referat 22 Altchemnitzer Str. 41 09120 Chemnitz	Herr Bühl Tel. 0371 / 532 12 26 Frau Grunert Tel. 0371 / 532 12 25	Approbation ärztliche Ausbildung EU / Nicht-EU, Berufserlaubnis Approbation in Deutschland
Regierungspräsidium Leipzig Referat 22 Braustr. 2 04107 Leipzig	Frau Wunderlich Tel. 0341 / 977 22 14 Frau Seidel Tel. 0341 / 977 22 12 Frau Knabe Tel. 0341 / 977 22 21	Approbation deutsche Staatsangehörige mit deutscher Ausbildung Approbation EU-Bürger Berufserlaubnis, Kenntnisstandprüfung
Sachsen-Anhalt Landesprüfungsamt für Gesundheitsberufe Neustädter Passage 15 06122 Halle (Saale)	Frau Heilemann Tel. 0345 / 69 12 385 Frau Bruchmann Tel. 0345 / 69 12 386	Abschluss der Ausbildung im Ausland, Berufserlaubnis Abschluss der Ausbildung im Ausland, Berufserlaubnis
Schleswig-Holstein Landesamt für Gesundheit und Arbeitssicherheit Dezernat 30 Adolf-Westphal-Str. 4 24143 Kiel	Herr Myska (Buchstabe M - Z) Tel. 0431 / 988 55 65 Frau Heim (Buchstabe A - L) Tel. 0431 / 988 55 72	Approbation Deutschland und EU, Berufserlaubnis Approbation Deutschland und EU, Berufserlaubnis
Thüringen Thüringer Landesverwaltungsamt Landesprüfungsamt für akademische Heilberufe Referat 560 Weimarplatz 4 99423 Weimar	Frau Nieß Tel. 0361 / 37 73 72 83 Fax 0361 / 37 73 73 05	Approbation, Berufserlaubnis

bb. Verfahren, Fristen

Über den Antrag eines Staatsangehörigen eines EU-Mitgliedsstaates, eines anderen EWR-Vertragsstaats **oder eines Vertragsstaates, dem Deutschland und EG bzw. EU vertraglich einen entsprechenden Rechtsanspruch eingeräumt haben**, ist kurzfristig, spätestens

Allemagne

drei Monate nach Vorlage der Unterlagen durch den Antragsteller zu entscheiden. Die **Frist** für die Erteilung der Approbation an ausländische Ärzte ist für alle Bundesländer einheitlich.

Soweit es um die Anerkennung eines Ausbildungsnachweises eines Drittstaates geht, stehen vier statt drei Monate zur Verfügung.

Die zuständige Behörde bestätigt dem Antragsteller bereits binnen **eines Monats** nach Eingang des Antrags den Antragseingang und den Empfang der Unterlagen und teilt ihm mit, welche Unterlagen fehlen.

cc. Anzeigepflichten der inländischen Behörden

Nach einem neuen § 1 Abs. 1a ZHG haben die zuständigen Behörden des Bundeslandes, in welchem der Beruf zuletzt ausgeübt wird, den Behörden im Herkunftsmitgliedstaat über das Vorliegen strafrechtlicher Sanktionen und Rücknahme und Widerruf oder das Ruhen der Approbation **anzuzeigen**.

e. Entscheidung und Rechtsbehelfe

Gem. § 2 Abs. 4 BÄO ist dann, wenn die Erteilung der Approbation wegen Unzuverlässigkeit oder fehlender gesundheitlicher Eignung abgelehnt werden soll, der Antragsteller oder sein gesetzlicher Vertreter vorher zu **hören**.

Rücknahme und Widerruf sind gem. § 5 BÄO möglich, wenn die Voraussetzungen der Approbation tatsächlich nicht vorlagen oder nachträglich weggefallen sind, etwa weil die Zuverlässigkeit nicht gegeben ist oder die Gleichwertigkeit des Ausbildungsstandes nicht vorgelegen hat. Gem. 6 BÄO kann ihr Ruhen angeordnet werden, wenn der Arzt nicht über die erforderlichen Kenntnisse der deutschen Sprache verfügt.

f. Rechtsstellung

aa. Berufspflichten

Die Berufspflichten von Ärzten werden in den Landesheilberufegesetzen geregelt. Nachfolgend werden beispielhaft zwei Landesgesetze angeführt.

Nach Art. 17 des **bayerischen Heilberufe-Kammergesetzes** sind Ärzte verpflichtet, ihren Beruf gewissenhaft auszuüben und dem ihnen im Zusammenhang mit dem Beruf entgegengebrachten Vertrauen zu entsprechen. Gem. § 18 BayHKaG haben sie insbesondere die Pflicht, sich im fachlichen Rahmen ihrer Berufsausübung beruflich fortzubilden und sich dabei über die für ihre Berufsausübung geltenden Bestimmungen zu unterrichten, soweit sie in eigener Praxis tätig sind, am Notfall- und Bereitschaftsdienst teilzunehmen, über in Ausübung ihres Berufs gemachte Feststellungen und getroffene Maßnahmen Aufzeichnungen zu fertigen.

Gem. **§ 29, 30 des Baden-Württembergischen Heilberufekammergesetzes** (HBKaG) sind alle Kammermitglieder verpflichtet, ihren Beruf gewissenhaft auszuüben und dem ihnen in Zusammenhang mit dem Beruf entgegengebrachten Vertrauen zu entsprechen, nachzukommen. **Praktizierende** Kammermitglieder haben zudem die Pflicht, sich beruflich fortzubilden und sich dabei auch über die für ihre Berufsausübung geltenden Bestimmungen zu unterrichten, sind verpflichtet, an Maßnahmen ihrer Kammer oder eines von der Kammer beauftragten Dritten mitzuwirken, die der Sicherung der Qualität der beruflichen Leistungen dienen, haben über die in Ausübung ihres Berufes gemachten Feststellungen und die getroffenen Maßnahmen Aufzeichnungen zu fertigen; sie haben grundsätzlich am Notfalldienst teilzunehmen und sich hierin fortzubilden. **Sie müssen sich** vor der Durchführung klinischer Versuche am Menschen, vor der Forschung mit vitalen menschlichen Gameten

Allemagne

und lebendem embryonalem Gewebe, vor der epidemiologischen Forschung mit personenbezogenen Daten sowie vor Maßnahmen nach den §§ 8 und 9 TFG durch eine Ethikkommission gemäß § 5 Abs. 1 Satz 1 oder Abs. 5 beraten lassen.

bb. Zu beachtende Rechtsvorschriften

In Deutschland wird im Rahmen der Heilberufe sehr viel Wert auf die Beachtung der gesetzlichen Vorgaben zur Berufsausübung gelegt und in zunehmendem Maße Kontrollen von den zuständigen Behörden (z.B. Gesundheitsämter, staatliche Ämter für Arbeitsschutz) durchgeführt. Diese Gesetze können im Rahmen dieses Gutachten nicht erörtert werden, sollen aber gleichwohl Erwähnung finden, da sie in der täglichen Berufspraxis relevant werden:

So sind im Zusammenhang mit der Behandlung der Patienten zu berücksichtigen:

- Röntgenverordnung nebst Richtlinien
- Medizinproduktegesetz
- Medizinproduktebetreiberverordnung
- Medizinprodukteverordnung
- Medizinprodukte-Sicherheitsplanverordnung
- Infektionsschutzgesetz
- Anforderungen an die Hygiene in der Zahnmedizin (Robert Koch-Institut)
- Anforderungen an die Hygiene bei der Aufbereitung von Instrumenten
- Trinkwasserverordnung
- Arzneimittelgesetz
- Betäubungsmittelverschreibungsverordnung
- Zahnheilkundengesetz
- Heilberufsgesetz
- Berufsordnungen der Länder
- Verpflichtung zum Abschluss einer Berufshaftpflicht-Versicherung

Im Zusammenhang mit dem Personal sind zu berücksichtigen:

- Biostoffverordnung
- Technische Regel Biologische Arbeitsstoffe
- Betriebsärztliche und Sicherheitstechnische Betreuung
- Diverse Unfallverhütungsvorschriften
- Diverse Technische Regeln der Berufsgenossenschaft
- Gefahrstoffverordnung
- Mutterschutzgesetz
- Jugendarbeitsschutzgesetz
- Arbeitszeitgesetz
- Arbeitsstättenverordnung
- Gerätesicherheitsgesetz

Bei Betrieb einer Arztpraxis sind zudem zu berücksichtigen:

- Gewerbeabfallverordnung
- Bundesdatenschutzgesetz
- Richtlinien der Landesarbeitsgemeinschaft Abfall (Entsorgung)
- Abwasserverordnung
- Indirekteinleiterverordnung
- Maßnahmen im Bereich der Geräteüberwachung

g. Ärztliche Weiterbildung

In Deutschland sind für Angelegenheiten ärztlicher Weiterbildung die Länder zuständig, geregelt ist sie in Landesweiterbildungsgesetzen- oder -ordnungen. Für die ärztliche Weiterbildung hat zwar auch die Bundesärztekammer normative Vorgaben geschaffen, diese haben jedoch nur den Charakter einer Muster-Weiterbildungsordnung und damit ausschliesslich empfehlenden Charakter. Rechtsverbindlich ist allein das Landesrecht bzw. die jeweilige Weiterbildungsordnung der Landesärztekammer, deren Mitglied der Arzt ist. Gleiches gilt auch für Musterrichtlinien etc. der Bundesärztekammer.

Nach abgeschlossenem Medizinstudium arbeiten Ärzte in der Regel mehrere Jahre als Klinikassistentenarzt, um sich auf mindestens einem Spezialgebiet der Medizin weiterzubilden. Hinsichtlich der Details zu Spezialisierungen der Ärzte und den Besonderheiten, die für ausländische Ärzte gelten, verweisen wir als Beispiel auf das Gesetz über die Weiterbildung von Ärzten, Zahnärzten, Tierärzten und Apothekern des Landes Berlin (Gesetz vom 20. Juli 1978, zuletzt geändert durch Art. II G zur Umsetzung der RL 2005/36/EG im Recht der Gesundheitsberufe vom 15. 12. 2007 (GVBl. S. 617)), das die Richtlinie über die Anerkennung von Berufsqualifikationen bereits berücksichtigt sowie die dortige Weiterbildungsordnung, die gem. § 9 ÄWbG die Richtlinie 2005/36/EG zu beachten hat.¹⁶² Nach diesem Gesetz können Ärzte nach erfolgreichem Abschluß einer Weiterbildung die Bezeichnung führen, die auf eingehende Kenntnisse, Erfahrungen und Fertigkeiten in einem bestimmten beruflichen Gebiet (Facharztbezeichnung), in einem gebietsspezifischen Schwerpunkt (Schwerpunktbezeichnung) oder auf andere zusätzlich erworbene besondere Kenntnisse und Erfahrungen im beruflichen Bereich (Zusatzbezeichnung) hinweisen, z.B. Facharzt für Augenheilkunde, Dermatologe oder Urologe. Die Weiterbildung in den Gebieten und gebietsspezifischen Schwerpunkten oder Teilgebieten umfaßt praktische Berufstätigkeit und theoretische Unterweisung zur Vertiefung der Kenntnisse und Fähigkeiten. Die Weiterbildung in den Gebieten darf drei Jahre, in den gebietsspezifischen Schwerpunkten oder Teilgebieten zwei Jahre nicht unterschreiten.

Hierbei werden gem. § 7a ÄWbG Berlin nach der Richtlinie 2005/36/EG Berufsqualifikationsnachweise wie folgt anerkannt (das Nähere über das Verfahren der Anerkennung von Berufsqualifikationsnachweisen nach der Richtlinie 2005/36/EG einschließlich eventueller Anpassungsmaßnahmen regelt die Weiterbildungsordnung):

Staatsangehörige EU oder EWR-Staates oder eines Staates, dem die EU-Mitgliedstaaten vertraglich einen entsprechenden Rechtsanspruch eingeräumt haben, die ein **fachbezogenes Diplom, ein fachbezogenes Prüfungszeugnis oder einen sonstigen fachlichen Weiterbildungsnachweis besitzen**, das oder der gegenseitig anerkannt wird oder einer solchen Anerkennung auf Grund erworbener Rechte nach dem Recht der Europäischen Union gleichsteht, **erhalten auf Antrag die Anerkennung ihres Weiterbildungstitels**.

Liegen die Voraussetzungen der gegenseitigen Anerkennung oder Gleichstellung nicht vor und liegt die Dauer der Weiterbildung mindestens ein Jahr unter der von der Kammer festgelegten Weiterbildungszeit oder unterscheiden sich die Inhalte wesentlich von der durch die Kammer bestimmten Weiterbildung, wird über die Anerkennung erst nach Absolvierung eines höchstens dreijährigen Anpassungslehrganges oder Ablegung einer Eignungsprüfung (Anpassungsmaßnahmen) entschieden. Über Umfang und Inhalt der Anpassungsmaßnahme entscheidet die Kammer nach Maßgabe der gegenüber der durch die jeweilige Weiterbildungsordnung festgelegten Weiterbildung auszugleichenden Unterschiede.

¹⁶² Allerdings derzeit noch nicht auf dem neuesten Stand.

Allemagne

Wurde die Weiterbildung in einem Drittland abgeschlossen und von einem anderen EU- oder EWR-Staat oder einem Staat anerkannt, dem die EU-Mitgliedstaaten vertraglich einen entsprechenden Rechtsanspruch eingeräumt haben, und von diesem Staat eine dreijährige Tätigkeit in dem jeweiligen Arbeitsfeld der Weiterbildung in seinem Hoheitsgebiet bescheinigt oder kann der Antragsteller die Anforderungen an die erworbenen Rechte nach EU-Recht deshalb nicht erfüllen, weil ihm die erforderliche Berufspraxis fehlt, sind für die Entscheidung über die Anerkennung ebenfalls Anpassungsmaßnahmen (Lehrgang oder Prüfung) nachzuweisen.¹⁶³

Der Schweizer Weiterbildungstitel

Diplome fédéral de médecin spécialiste/diplom als Facharzt/Diploma di medico specialista (Departement federal de l'interieur et Fédération des médecins suisses/ Eidgenössisches Departement des Innern und Verbindung der Schweizer Ärztinnen und Ärzte/Departamento federale dell' interno e Federazione dei medici svizzeri);

sollte in Deutschland folglich auf Antrag anerkannt werden (in der Übergangszeit bis zur Annahme der riL 2005/36/EG scheint dies jedoch unklar).¹⁶⁴ Der entsprechende Arzt wird dann im Inland als „Facharzt für...“ titulierte und nicht nur als „Arzt“.

Zudem stellt sich die Frage inwieweit **Teile** einer im Ausland absolvierten Ausbildung im Inland anerkannt werden. Die Weiterbildungsordnung der Ärztekammer Berlin¹⁶⁵, die hier

¹⁶³ Erfüllt die Weiterbildung die Kriterien der gemeinsamen Plattform im Sinne des Artikels 15 Abs. 1 der Richtlinie 2005/36/EG, sind Ausgleichsmaßnahmen nicht zu fordern.

¹⁶⁴ Ähnliches sehen auch die Heilberufegesetze anderer Bundesländer vor. Beispiel: Bayern. Das dortige Gesetz soll (Entwurf vom 4.12.2007 Drs. 15/9461) diesbezüglich geändert werden und wie folgt lauten (Art. 33 Abs. 5): Art. 33 Abs. 5 wird wie folgt geändert:

¹ „Wer als Staatsangehöriger eines Mitgliedstaates der Europäischen Union oder eines anderen Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum einen Ausbildungsnachweis besitzt, der eine Weiterbildung zum Facharzt bescheinigt und auf der Grundlage der Koordinierung der Mindestanforderungen an die Weiterbildungen auch unter Berücksichtigung erworbener Rechte unmittelbar nach dem einschlägigen Recht der Europäischen Union gemäß der Richtlinie 2005/36/EG oder nach dem Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum anerkannt wird, erhält auf Antrag die entsprechende Anerkennung nach Art. 29 Abs. 1 Satz 1.“

² „Staatsangehörigen im Sinn von Satz 1, die einen Ausbildungsnachweis über eine Weiterbildung im Sinn von Art. 27 besitzen, der nicht nach Satz 1 unmittelbar anerkannt wird, wird die entsprechende in der Weiterbildungsordnung der Landesärztekammer festgelegte Anerkennung unter den Voraussetzungen von Art. 10 Buchst. b, d oder g und Art. 13 der Richtlinie 2005/36/EG erteilt; der Antragsteller hat eine Eignungsprüfung abzulegen, wenn die Dauer der Weiterbildung, die er gemäß Art. 13 der Richtlinie 2005/36/EG nachweist, mindestens ein Jahr unter der von der Landesärztekammer geforderten Weiterbildungszeit liegt oder wenn sich der Inhalt seiner Weiterbildung wesentlich von dem unterscheidet, den die Landesärztekammer in der Weiterbildungsordnung für die entsprechende Weiterbildung vorsieht.“³ Satz 2 Halbsatz 2 gilt nicht, wenn die Berufsqualifikationen des Antragstellers die Kriterien erfüllen, die in den gemäß Art. 15 Abs. 2 der Richtlinie 2005/36/EG angenommenen Maßnahmen vorgegeben sind oder soweit die vom Antragsteller im Rahmen seiner Berufspraxis erworbenen Kenntnisse den wesentlichen Unterschied im Sinn von Satz 2 Halbsatz 2 ausgleichen.“

[...]

⁵ „Die Sätze 1 bis 4 gelten entsprechend für Staatsangehörige eines Vertragsstaates, dem Deutschland und die Europäische Gemeinschaft oder Deutschland und die Europäische Union vertraglich einen entsprechenden Rechtsanspruch eingeräumt haben.“

Allemanne

wiederum als Beispiel fungieren soll, sieht hierzu vor, dass eine Weiterbildung in Staaten auBerhalb der EU oder des EWR ganz oder teilweise angerechnet werden kann, wenn sie den in der Weiterbildungsordnung vorgegebenen Grundsätzen der Weiterbildungsordnung entspricht, aber nur anerkannt werden soll, wenn eine Weiterbildung von mindestens 12 Monaten in der angestrebten Bezeichnung in der Bundesrepublik Deutschland abgeleistet worden ist. Gleiches gilt für die Weiterbildung in einem EU- oder EWR-Staat, wenn sie von einem Arzt abgeleistet wurde, der nicht Staatsangehöriger eines EU- oder EWR-Staates ist.

An sich sollten jedoch auch hier, wie im Übrigen in der Musterweiterbildungsordnung der Bundesärztekammer vorgesehen, die durch die Europäische Union und die Bundesrepublik Deutschland vertraglich eingeräumten Rechtsansprüche zu berücksichtigen sein. Diese - wenngleich vage Formulierung- müsste über die bilateralen Verträge eigentlich eine Gleichstellung einer in der Schweiz abgeleiteten Weiterbildung mit einer Weiterbildung in EU-bzw. EWR-Staaten bewirken, für welche gilt, dass sie berücksichtigt wird, wenn der Arzt über entsprechende Diplome, Prüfungszeugnis oder einen sonstigen Befähigungsnachweis für eine Facharztweiterbildung, einen Schwerpunkt oder eine Zusatzweiterbildung seines Landes verfügt. Hierzu sind die Gesetzesvorschriften jedoch denkbar unklar und leider (Weiterbildungsordnung Berlin) auch noch nicht auf dem neuesten Stand.

h. Erlaubnis zur Berufsausübung von bis zu vier Jahren

Gem. § 10 BÄO kann zur vorübergehenden Ausübung des ärztlichen Berufs eine Erlaubnis erteilt werden, die auf bestimmte Tätigkeiten und Beschäftigungsstellen beschränkt werden kann und nur widerruflich und nur bis zu einer Gesamtdauer der ärztlichen Tätigkeit von höchstens **vier Jahren** erteilt oder verlängert werden. Beantragt werden kann sie von Personen, die eine abgeschlossene Ausbildung für den ärztlichen Beruf nachweisen, d.h. ein Arzt-diplom erworben haben. Eine weitere Erteilung oder Verlängerung der Erlaubnis ist nur für den Zeitraum möglich, der erforderlich ist, um eine unverzüglich nach Erteilung der Erlaubnis begonnene Weiterbildung zum Facharzt abzuschließen, die innerhalb von vier Jahren aus von ihm nicht zu vertretenden Gründen nicht beendet werden konnte. Die weitere Erteilung oder Verlängerung ist nur zulässig, wenn die Gewähr dafür gegeben ist, daß die Weiterbildung innerhalb dieses Zeitraums abgeschlossen wird und darf den Zeitraum von drei Jahren nicht überschreiten.

Ausnahmen von dieser strengen zeitlichen Befristung gelten nur, wenn etwa der Antragsteller mit einem Deutschen, einem EU- oder EWR-Staatsangehörigen oder eines Vertragsstaates, dem Deutschland und die EG oder EU vertraglich einen entsprechenden Rechtsanspruch eingeräumt haben, verheiratet ist oder eine Lebenspartnerschaft führt, der seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Geltungsbereich dieses Gesetzes hat oder im Besitz einer Einbürgerungszusicherung ist.

Erleichterungen gelten auch, wenn der Antragsteller Ehegatte oder Kind eines Unionsbürgers bzw. eines Staatsangehörigen eines EWR- oder Vertragsstaates ist dem Deutschland und die EG bzw. EU einen entsprechenden Rechtsanspruch eingeräumt haben (z.B. Schweiz).

In Ausnahmefällen kann eine Erlaubnis zur vorübergehenden Ausübung des ärztlichen Berufs gemäß § 10 Abs. 4 BÄO auf Antrag auch Personen erteilt werden, die außerhalb des Geltungsbereichs dieses Gesetzes eine ärztliche Ausbildung erworben, diese Ausbildung aber noch nicht abgeschlossen haben, wenn

¹⁶⁵ Weiterbildungsordnung der Ärztekammer Berlin vom 16. Juni 2004 zuletzt geändert am 14. November 2007 (letzte Änderung in Kraft seit 29.03.2008).

Allemagne

1. der Antragsteller auf Grund einer das Hochschulstudium abschließenden Prüfung außerhalb des Geltungsbereichs dieses Gesetzes die Berechtigung zur beschränkten Ausübung des ärztlichen Berufs erworben hat und
2. die auf Grund der Erlaubnis auszuübende Tätigkeit zum Abschluß einer ärztlichen Ausbildung erforderlich ist.

Personen, denen eine solche Erlaubnis erteilt worden ist, haben im Übrigen die **Rechte und Pflichten eines Arztes**.

B. Dienstleistungsfreiheit

1. Bedingungen für Dienstleistungen

a. Meldepflicht

Ärzte, die Staatsangehörige eines EU-Mitgliedsstaates oder eines anderen EWR-Vertragsstaates oder eines Vertragsstaates sind, dem Deutschland und EG bzw. EU vertraglich einen entsprechenden Rechtsanspruch eingeräumt haben, dürfen den ärztlichen Beruf im Geltungsbereich dieses Gesetzes ohne Approbation als Arzt oder ohne Erlaubnis zur vorübergehenden Ausübung des ärztlichen Berufs ausüben (§ 2 Abs. 3 und 10 b BÄO), wenn sie vorübergehend und gelegentlich als Erbringer von Dienstleistungen im Sinne des Artikels 50 des EG-Vertrages im Geltungsbereich dieses Gesetzes tätig werden. Allerdings unterliegen sie einer **Meldepflicht und haben bestimmte Unterlagen vorzulegen**. Der vorübergehende und gelegentliche Charakter der Erbringung von Dienstleistungen wird im Einzelfall beurteilt, insbesondere anhand der Dauer, der Häufigkeit, der regelmäßigen Wiederkehr und der Kontinuität der Dienstleistung.

Die Meldung ist einmal jährlich zu erneuern, wenn der Dienstleistungserbringer beabsichtigt, während des betreffenden Jahres vorübergehend oder gelegentlich Dienstleistungen in Deutschland zu erbringen.

b. Antragsinhalt

Bei erstmaliger Erbringung von Dienstleistungen oder wesentlicher Änderung gegenüber der in den vorgelegten Dokumenten bescheinigten Situation sind folgende Dokumente vorzulegen:

1. **Staatsangehörigkeitsnachweis**
2. **Bescheinigung über die rechtmäßige Niederlassung als Arzt im Heimatstaat** (für Schweizer: Vorlage der Berufsausübungsbewilligung der kantonalen Gesundheitsbehörde) und Nachweis, dass kein Berufsverbot besteht;
3. **Berufsqualifikationsnachweis;**
4. Zudem erforderlich sind die zur Ausübung der Dienstleistung erforderliche **Kenntnisse der deutschen Sprache;**
5. Gegebenenfalls werden auch Informationen über Einzelheiten zu einem **Versicherungsschutz** oder einer anderen Art des individuellen oder kollektiven Schutzes in Bezug auf die Berufshaftpflicht gefordert. Es empfiehlt sich der Nachweis der Berufshaftpflichtversicherung im Heimatstaat.

2. Zuständige Behörden

Die **Meldung** (§ 10b Abs. 2 BÄO) nimmt die zuständige Behörde des Landes entgegen, in dem die Dienstleistung erbracht werden soll oder erbracht worden ist (vgl. hierfür obige Liste).

Wenn ein Mitgliedstaat der Europäischen Union oder ein anderer Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder ein Vertragsstaat, dem Deutschland und die Europäische Gemeinschaft oder Deutschland und die Europäische Union vertraglich einen entsprechenden Rechtsanspruch eingeräumt haben, zur Erleichterung der Anwendung von Titel III Kapitel III der Richtlinie 2005/36/EG eine Bescheinigung des Herkunftsmitgliedstaats verlangt, dass die in Deutschland ausgestellten Nachweise über die geforderten Ausbildungsvoraussetzungen den in der Richtlinie 2005/36/EG verlangten Nachweisen entsprechen, erteilt diese Bescheinigung das Bundesministerium für Gesundheit.

Die zuständigen Behörden können von den zuständigen Behörden des Niederlassungsmitgliedstaats für die Dienstleistungserbringung alle Informationen über die Rechtmäßigkeit der Niederlassung und die gute Führung des Dienstleisters anfordern sowie Informationen über das Nichtvorliegen strafrechtlicher Sanktionen, einer Rücknahme, eines Widerrufs und einer Anordnung des Ruhens der Approbation oder Erlaubnis, über die nicht vorliegende Untersagung der Ausübung der Tätigkeit und über das Fehlen von Tatsachen, die eine dieser Sanktionen oder Maßnahmen rechtfertigen würden.

Die inländische zuständige Behörde unterrichtet ferner unverzüglich die zuständige Behörde des Herkunftsmitgliedstaats über das Vorliegen von Sanktionen oder Maßnahmen, die sich auf die Ausübung der Tätigkeiten auswirken könnten. Auf Anforderung hat sie der anfordernden Behörde des Herkunfts- oder eines anderen Mitgliedsstaates alle Informationen über die Rechtmäßigkeit der Niederlassung und die gute Führung des Dienstleisters sowie Informationen darüber zu übermitteln, dass keine berufsbezogenen disziplinarischen oder strafrechtlichen Sanktionen vorliegen.

3. Rechtsstellung

Gem. § 10b Abs. 3 BÄO hat der Dienstleistungserbringer im Inland die Rechte und Pflichten wie niedergelassene Ärzte. Er kann den berufsständischen, gesetzlichen oder verwaltungsrechtlichen Berufsregeln und den geltenden Disziplinarbestimmungen unterworfen werden; so etwa Regelungen für die Definition des Berufs, das Führen von Titeln und schwerwiegende berufliche Fehler in unmittelbarem und speziellem Zusammenhang mit dem Schutz und der Sicherheit der Verbraucher.

Dienstleistungserbringer führen den Titel ihres Herkunftslandes. Dies folgt aus § 2 Abs. 5 BÄO, der die Ausübung des ärztlichen Berufs unter der Berufsbezeichnung "Arzt" oder "Ärztin" demjenigen gestattet, der als Staatsangehöriger eines EU-Mitgliedstaats oder eines anderen EWR-Vertragsstaates oder eines Vertragsstaates sind, dem Deutschland und EG bzw. EU vertraglich einen entsprechenden Rechtsanspruch eingeräumt haben, und **vorübergehend und gelegentlich als Erbringer von Dienstleistungen** im Sinne des Artikels 50 des EG-Vertrages im Geltungsbereich dieses Gesetzes als Arzt tätig wird.

Dies gilt auch für **Weiterbildungstitel** (dies folgt allerdings aus Landesrecht): Gem. Art. 3 Abs. 3 ÄWbG Berlin iVm. § 2 Abs. 2 Nr. 2 des (Berliner) Kammergesetzes, die hier beispielhaft zitiert werden sollen, führen Dienstleistungserbringer eines EU- oder EWR-Mitgliedstaates oder eines Staates, dem die Mitgliedstaaten der Europäischen Union vertraglich

Allemagne

einen entsprechenden Rechtsanspruch eingeräumt haben, die Berufsbezeichnung Facharzt, ohne dass es hierbei einer Anerkennung bedürfte.

a. Berufspflichten

Gem. den Landesheilberufe- oder -heilberufekammergesetzen, z.B. § 2a des baden-württembergischen Heilberufekammergesetzes¹⁶⁶ haben Dienstleister bei Erbringung ihrer Dienstleistung die **gleichen** Rechte und Pflichten zur Berufsausübung wie die niedergelassenen Kammerangehörigen, so insbesondere die Pflichten zur gewissenhaften Berufsausübung und zum Abschluss einer Haftpflichtversicherung. Sie unterliegen den berufsständischen, gesetzlichen oder verwaltungsrechtlichen Berufsregeln einschließlich der Berufsgerichtbarkeit nach Maßgabe des Artikels 5 Abs. 3 der Richtlinie 2005/36/EG (vgl. bereits oben).

b. Keine Kammermitgliedschaft

Nach den Landes-Heilberufekammergesetzen (hier als Beispiel dem baden-württembergischen)¹⁶⁷ gehören Berufsangehörige, die als Staatsangehörige eines anderen EU-Mitgliedstaates oder eines anderen EWR-Vertragsstaates oder eines Vertragsstaates, dem Deutschland und EG bzw. EU vertraglich einen entsprechenden Rechtsanspruch eingeräumt haben im Geltungsbereich dieses Gesetzes im Rahmen des Dienstleistungsverkehrs nach dem Recht der EG ihren Beruf vorübergehend und gelegentlich ausüben, ohne hier eine berufliche Niederlassung zu haben, **den Kammern nicht an**, solange sie in einem anderen EU-Staat oder Vertragsstaat beruflich niedergelassen sind.

C. Sozietäten – Zusatzinformationen

Der Zusammenschluss niedergelassener Ärzte zur gemeinsamen ambulanten Leistungserbringung ist möglich. Die gebräuchlichste Struktur für die gemeinsame ärztliche Berufsausübung ist Gemeinschaftspraxis (Gesellschaft bürgerlichen Rechts). Zudem steht die Möglichkeit der Partnerschaftsgesellschaft zur Verfügung. Kapitalgesellschaften haben sich nicht durchsetzen können, auch aus berufsrechtlichen Gründen. Hier finden sich teils ausdrückliche Einschränkungen in den Landes-Heilberufegesetzen, so etwa in Art. 18 Satz 2 des **Bayerischen** Heilberufe-Kammergesetzes,¹⁶⁸ nach welchem die Führung einer ärztlichen Praxis in der Rechtsform einer **juristischen Person des privaten Rechts nicht statthaft ist**.

¹⁶⁶ Gesetz über das Berufsrecht und die Kammern der Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte, Apotheker, Psychologischen Psychotherapeuten sowie der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten (Heilberufe-Kammergesetz – HBKG) in der Fassung vom 16. März 1995 (GBl. BW v. 17.05.1995 S. 314), geändert durch das Gesetz zur Änderung heilberufsrechtlicher Vorschriften vom 11. Oktober 2007 (GBl. BW v. 19.10.2007 S. 473).

¹⁶⁷ Gesetz über das Berufsrecht und die Kammern der Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte, Apotheker, Psychologischen Psychotherapeuten sowie der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten (Heilberufe-Kammergesetz – HBKG) in der Fassung vom 16. März 1995 (GBl. BW v. 17.05.1995 S. 314), geändert durch das Gesetz zur Änderung heilberufsrechtlicher Vorschriften vom 11. Oktober 2007 (GBl. BW v. 19.10.2007 S. 473).

¹⁶⁸ Gesetz über die Berufsausübung, die Berufsvertretungen und die Berufsgerichtbarkeit der Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte, Apotheker sowie der Psychologischen Psychotherapeuten und der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten (Heilberufe-Kammergesetz - HKaG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. Februar 2002 (GVBl. S. 43), zuletzt geändert am 24. 7. 2007 (GVBl. S. 498).

Allemanne

Die Rechtsprechung und Gesetzgebung zeigt jedoch eine Tendenz zur Zulassung der Ärzte-GmbH. Der Bundesgerichtshofs hatte die Rechtmäßigkeit einer Zahnärzte-GmbH bereits 1993 bejaht (BGHZ 124, 224 ff) und festgestellt, dass § 1 ZHG ambulante Zahnbehandlungen als eigene vertragliche Leistung einer GmbH nicht verbietet. Diese Gesellschaftsform bringt jedoch nicht die Haftungsentlastung, die sie vermuten lässt, denn die Begrenzung des haftungsrechtlichen Risikos nach den §§ 1, 13 GmbHG, die die GmbH ausmacht greift bei Ärzten nur beschränkt, das diese für Behandlungsfehler und Verletzung von Aufklärungspflichten gleichwohl über die deliktische Haftung aus § 823 Abs. 1 BGB mit ihrem Privatvermögen auf Schadensersatz und Schmerzensgeld haften.

Eine spürbare Haftungsreduzierung des Arzthaftungsrechts wird durch die Gründung einer Arzt-GmbH nicht erreicht. Die vertragliche Haftungsentlastung hilft nur bei Verträgen mit Herstellern teurer Instrumente und Apparate und im Hinblick auf das Personal. In der Praxis werden sich die Hersteller von Apparaturen jedoch bei Verträgen mit einer GmbH anderweitig absichern wollen

D. Sonstige Adressen (Stellenmarkt)

Zentrale Auslands- und Fachvermittlung (ZAV)

Info-Center der ZAV

Tel.: + 49 228 713 1313

E-Mail: Internationaler-Service@arbeitsagentur.de

www.ba-auslandsvermittlung.de

www.arbeitsagentur.de

Deutsches Ärzteblatt

Ottostraße 12

50859 Köln

Telefon: +49 (0) 22 34 70 11 - 1 20

Telefax: +49 (0) 22 34 70 11 - 1 42

E-Mail: aerzteblatt@aerzteblatt.de

E. Versicherungsfragen (Zusatzinformationen)

Deutsche Ärzteversicherung AG

Colonia-Allee 10-20

51067 Köln

Tel: 0221 - 148-22700

<http://www.aerzteversicherung.de/servlet/PB/menu/-1/index.html>

ANGLETERRE¹⁶⁹

I. INTRODUCTION

A. Sources normatives pertinentes

1. Législation primaire

European Directive 93/16/EEC

Act of the European Parliament and of the Council of 6 October 1997 amending Directive 93/16/EEC

Commission Directive 98/21/EC

Commission Directive 98/63/EC

Council Recommendation 75/367/EEC

Commission Directive 1999/46/EC

Council Directive 2005/36/EC

European Directive 2001/19/EC

Medical Act 1983¹⁷⁰

The General Medical Council (Constitution) Order 2002, S.I. 2002 No. 3136

The European Specialist Medical Qualifications Order 1995

The European Qualification (Health and Social Care Professions) Regulations 2007

The European Qualification (Health and Social Care Professions) (Amendment) Regulations 2008 S.I. 462/2008 effective 31 March 2008

2. Législation secondaire (règlement, arrêté, décret, directive administrative)

The European Communities (Recognition of Professional Qualifications) Regulations 2007 S.I. 2781/2007

Consolidated Medical Practitioners Registration (Fees) Regulations as at 1 July 2003, S.I. 1986 No. 149

The Medical Act 1983 (Certificate of Experience) (Amendment) Regulations 2005

The General Medical Council (Constitution) (Amendment) Order S.I. 2007 No. 616

Certificates of Experience Regulations 2005

The General and Specialist Medical Practice (Education, Training and Qualifications) Order 2005 (SI 2004 No. 2120)

The General and Specialist Medical Practice (Education, Training and Qualifications) Order 2003 (SI 2003 No. 1250)

The Medical Act 1983 (Amendment) and Miscellaneous Amendments Order S.I. 2006 No. 1914

The National Health Service (Vocational Training for General Medical Practice) Regulations 1997 S.I. 1997 No. 2817

Vocational Training for General Medical Practice (European Requirements) Regulations 1994 S.I.1994 no. 3130

The European Qualifications (Health Care Professions) Regulations S.I. 2003 No. 3148

European Primary Medical Qualifications Regulations 1996, S.I. 1996 N° 1591

TRANSPOSITION TABLE FOR DIRECTIVE 2001/19/EC

S.I.1995/3208

¹⁶⁹ PLEASE NOTE THAT THE TERM „SWISS DOCTORS“ AS USED IN THE DISCUSSION BELOW REFERS TO DOCTORS WHO ARE SWISS CITIZENS AND WHO HAVE OBTAINED THEIR MEDICAL TRAINING IN SWITZERLAND.

¹⁷⁰ http://www.gmc-uk.org/about/legislation/medical_act.asp.

B. Interrelation avec le droit européen

1. Etat de transposition des directives européennes

Transposed, for the most part

2. Rapport avec l'Accord bilatéral EU-Suisse

Provisions integrated into existing legislation: Swiss doctors are treated as doctors from the EEA.¹⁷¹

II. RAPPORT

A. Liberté d'établissement

1. Conditions pour la reconnaissance de la qualification professionnelle

On 31 March 2006, the General Medical Council ("GMC") introduced a register of doctors who are eligible to work in general practice in the health service in the UK. From 1 April 2006, all doctors working in general practice in the health service in the UK, other than doctors in training such as GP Registrars, are required to be on the GP Register.¹⁷² Full registration is required for unsupervised medical practice in the NHS or private practice in the UK. The GMC has introduced a new registration framework, with key changes including the abolition of limited registration and the introduction of approved practice settings (APS). An APS is one which has systems for the effective management of doctors, systems for identifying and acting upon concerns about doctors' fitness to practise, systems to support the provision of relevant training or continuing professional development, and systems for providing regulatory assurance. This will also help ensure that, in the small number of cases where problems arise, there are systems in place which are capable of detecting them early.¹⁷³ Although not a requirement, the GMC strongly advises EEA graduates to ensure they too work in an APS when they first take up employment in the UK under full registration. They also advise EEA doctors restored to the register after prolonged absence from UK practice to work initially in an APS.

In order to practice medicine in the UK, a Swiss doctor must, then, be registered with the GMC. Swiss doctors are eligible for full registration as well as registration as a GP or a Specialist although full registration is a prerequisite for either such registration.. Swiss doctors are not eligible for provisional registration, however, this is due to the fact that in Switzerland it is not possible to obtain qualification as a doctor without having completed an internship.] As of April 1, 2008, the GMC fees have been increased. The fee for full registration of Swiss doctors is £390, although a discount may be available if the doctor expects to earn less than £21,391 per annum.¹⁷⁴ The annual retention fee is £390.

A candidate for registration must be a Titulaire du diplôme de médecin/ Eidgenössisch diplomierter Arzt / titolare di diploma federale di medico (federal diploma of doctor) awarded by the Swiss Département Fédéral de l'Intérieur.

¹⁷¹ The Medical Act 1983 § 55.

¹⁷² The General and Specialist Medical Practice (Education, Training and Qualifications) Order 2003 §§ 19-20.

¹⁷³ For additional information see: http://www.gmc-uk.org/doctors/registration_news/new_framework/approved_practice_settings.asp.

¹⁷⁴ http://www.gmc-uk.org/doctors/fees/paying_fees.asp.

2. Demande pour la reconnaissance et son contenu

Full registration

A Swiss doctor requires full registration for unsupervised medical practice in the National Health Service (NHS) or private practice in the UK.

An application for registration must be submitted to the GMC. Ordinarily the application for full registration and the application for either GP registration or specialist registration, as the case may be, will be submitted at the same time.

GP Registration

A candidate for GP registration must provide:

A certificate of specific training for general medical practice awarded by the Swiss Département Fédéral de l'Intérieur. If the certificate does not clearly state that the doctor's training for general medical practice meets the standards laid down in Article 28 of Directive 2005/36/EC the doctor must also provide a letter from the Swiss Département Fédéral de l'Intérieur which confirms that his or her training meets those standards

OR

A certificate of acquired rights for general medical practice awarded by the Swiss Département Fédéral de l'Intérieur. The certificate must state that it was issued to the doctor in accordance with Article 30(1) of Directive 2005/36/EC.

Doctors who are not eligible to enter the GP register via the criteria outlined (above) can apply to the Postgraduate Medical Education and Training Board ("PMEB")¹⁷⁵ via the Article 11 equivalence route. Doctors who apply using this method will have their training, qualifications and experience compared against the standard required for doctors completing a UK General Practice training programme. Successful applicants will be given a statement confirming their eligibility for entry to the GP Register and hence eligible to work as a GP in the UK.

Specialist Registration

A Swiss doctor who wishes to work as a substantive, fixed-term or honorary consultant in the NHS will need to hold both full and specialist registration. The private health insurers and providers may also not recognise a Swiss doctor as a specialist unless he or she holds specialist registration with the GMC.

In order to hold a specialist registration a Swiss doctor must also hold full registration.

The specialty in question must be listed in Annex V of the Directive 2005/36/EC by the country that awarded it and have a corresponding entry for the United Kingdom.

If the applicant wishes to apply for specialist registration and does not already hold full registration, he or she should apply for full and specialist registration at the same time.

The applicant will need to hold a Spécialiste/ Facharzt/ Specialista (specialist qualification) awarded by the Swiss Département Fédéral de l'Intérieur.

¹⁷⁵ <http://www.pmetb.org.uk/index.php?id=623>.

Angleterre

If the Spécialiste/ Facharzt/ Specialista (specialist qualification) was awarded before 1 June 2002, or if the Swiss doctor began his or her training leading to the award of that certificate before that date, the applicant will need to hold either:

A letter from the Swiss Département Fédéral de l'Intérieur confirming that the training leading to the award of the specialist qualification meets the standards laid down in Articles 25, 26 and 27 as appropriate of Directive 2005/36/EC.

OR

If the specialist training does not meet those standards the applicant will need to hold a letter from the Swiss Département Fédéral de l'Intérieur or the medical regulatory authority of the country where the applicant is now working confirming that such person has been practising in the specialty in which the certificate of medical specialisation was awarded for the period required by Article 23.1 of Directive 2005/36/EC.

If the title of the Swiss specialist qualification is not as described above, or if the specialty in which it was awarded is not the same as that listed in Annex V of the European Medical Directive 2005/36/EC, the applicant will also need to hold:

A letter from the Swiss Département Fédéral de l'Intérieur, confirming that the training leading to the award of your specialist qualification meets the standards laid down in Articles 25, 26 and 27 as appropriate of Directive 2005/36/EC, and that your specialist qualification is treated by Switzerland as a certificate of medical specialisation in the relevant speciality as set out in Annex V of Directive 2005/36/EC.

If the candidate is not eligible to enter the specialist register via the criteria outlined (above) he or she can apply to the PMETB to be assessed via the Article 14 equivalence route. Doctors applying via the Article 14 route will be required to demonstrate that their specialist qualifications, knowledge and experience gained are equivalent to that of a doctor completing a UK specialist training programme in the relevant specialty.

A doctor who holds a specialist qualification in oral and maxillo-facial surgery listed in Annex V of the Directive can only apply for specialist registration if you he or she as also qualified as a dentist and is registered with the General Dental Council (GDC).¹⁷⁶

3. Autorité compétente, instruction, procédure, délais

The GMC is the competent authority to grant registration.

The procedure for registration is as follows:

Set up a MyGMC account over the internet through the GMC website

Provide copies of the following documents:

- Passport or national identity card
- Evidence of qualifications and compliancy letters
- Certificate of Good Standing¹⁷⁷

¹⁷⁶ http://www.gmc-uk.org/doctors/registration_applications/join_the_register/s3_p7.asp.

¹⁷⁷ A list of the authorities competent to provide this certificate is available at:
http://webcache.gmc-uk.org/gmccgs_enu/start.swe?SWECmd=Start&SWEHo=webcache.gmc-uk.org.

Angleterre

- Employer references¹⁷⁸
- Official translations

Visit one of the GMC offices for an identity check. A photograph of the applicant will be taken and will be made available to employers to verify your identity.

Complete declaration of fitness to practise and final declaration. These declarations must not be more than three months old at the time that registration is approved and granted. If for any reason an application is not processed within this time the applicant may be requested to complete new fitness to practise and final declarations.¹⁷⁹

If applying for specialist registration the applicant will also need to submit his or her specialist qualification (see section 2, *supra*).

If applying for GP registration he or she will need to submit his or her certificate of specific training or acquired rights for general medical practice (see section 2, *supra*).

In addition, the applicant must submit a certificate of current or past good standing issued by the medical regulatory authority of any countries where he or she has practised or has been registered (even where he or she has never practiced) in the five years prior to application for registration.

The certificate of good standing must confirm that

- The applicant is entitled to practise medicine in the appropriate country AND
- was not disqualified, suspended or prohibited from practising medicine AND
- the regulatory authority is not aware of any matters that call into question his or her good standing.

Certificates of good standing are only valid for three months from the date that they are issued. The certificate must be valid on the date that registration is granted.

If there are any periods during the five years immediately preceding the application in which the applicant has not been registered with a medical regulatory authority, but has been working in either a medical or non-medical capacity, the applicant must provide a reference letter from each employer.

Each letter must be on letter-headed paper and signed and dated by a person in authority. The signatory must state their position in the organisation. Such letter must confirm the dates of the applicant's employment and that they are not aware of any matters that call into question the applicant's good standing.

If the applicant was working in a medical capacity, the letter or form must also confirm that he or she neither is nor was required to hold registration with a medical regulatory authority to undertake the post.

¹⁷⁸ Applicants will be required provide details of all of their work experience from the last five years both medical and non-medical. They must account for all periods in the last five years when they were not engaged in medical practice including: alternative employment, clinical attachments, vacation, study leave, maternity leave, career breaks, and unemployment. See http://www.gmc-uk.org/doctors/registration_applications/join_the_register/s15a_p8.asp.

¹⁷⁹ Details of the content of such declaration are available at: http://www.gmc-uk.org/doctors/registration_applications/join_the_register/declaration_of_ftp.asp.

Angleterre

Please note that reference letters and forms are only valid for three months from the date they are signed.

Applicants must submit an official translation of every document that is not in English along with the document in its original language. Only translations from commercial translation services or from court/council appointed translators are accepted.

The documents must bear the contact details of the translation service or translator. The GMC requires a copy of the document that has been translated and it should be attached to the translation and/or be stamped by the translation service.¹⁸⁰

An application can also be made in person, in which case the applicant must provide originals of all relevant documents.¹⁸¹

The GMC has made the following statement concerning the time within which a response will be granted:

Due to the unique circumstances of each application it is not possible to give a fixed timescale on how long a decision may take to reach on an application for registration. Please note that in all circumstances a disclosure must be cleared by the Registration team before registration can be granted. Due to the information we will require to investigate a declaration and the decision making process, your application will take longer than the usual time to process.

4. Décision et possibilité de recours

GP

[The General Medical Council shall, within three months of receiving an application for recognition of a vocational training certificate, or an acquired rights certificate, together with full supporting documentation, give the applicant notice of its decision together with a justification therefore.¹⁸² Where the General Medical Council makes a decision refusing to recognise an applicant's vocational training certificate or acquired rights certificate, the applicant may appeal against the decision to a Registration Appeals Panel.¹⁸³]

Specialist

[The GMC must reply to the applicant within 3 months (or such longer period as is permitted under article 15 of the Directive 93/16/EEC as amended. The applicant may appeal against the decision to a Registration Appeals Panel.¹⁸⁴

Appeals to a Registration Appeals Panel must be made by giving notice of appeal to the Registrar within 28 days of notice of the decision appealed.

¹⁸⁰ ^ See http://www.gmc-uk.org/doctors/join_the_register/eea_nationals_in.asp.

¹⁸¹ See http://www.gmc-uk.org/doctors/join_the_register/eea_nationals_in.asp.

¹⁸² The European Qualifications (Health Care Professions) Regulations 2003 § 14(3). But see statement of the GMC under Section 3, *supra*. For the moment, we have been unable as yet to determine to what extent the 2003 Regulations still apply.

¹⁸³ The European Qualifications (Health Care Professions) Regulations 2003 § 14(4). But see statement of the GMC under Section 3, *supra*.

¹⁸⁴ The European Qualifications (Health Care Professions) Regulations 2003 § 10(4). But see statement of the GMC under Section 3, *supra*.

Decisions of a Registration Appeals Panel may be appealed within 28 days of receipt of notice of the determination to the relevant court.¹⁸⁵

B. Liberté de prestation de services

The European Qualification (Health and Social Care Professions) Regulations 2007 introduced a new regime for visiting doctors which includes a new register of visiting doctors with the GMC. The GMC is currently reviewing their procedures in relation to temporary registration following the introduction of the Directive, in particular concerning the definition of “temporary and occasional” services. In the interim, every application is reviewed on a case-by-case basis.¹⁸⁶

1. Conditions pour la reconnaissance de la qualification professionnelle

Under the 2007 regulations, a Swiss doctor lawfully established in medical practice in Switzerland who is authorized to offer occasional medical services is entitled to appear in the register of visiting practitioners of the GMC.¹⁸⁷

2. Demande pour la reconnaissance et son contenu

A visiting practitioner who proposes to provide occasional medical services for the first time must, before providing any such services, send or produce to the Registrar of the GMC the following required documents.

- Personal details - basics such as name and address
- Primary medical qualification
- Specialist medical qualification
- Information on professional insurance indemnity
- Details of the services to be provided and the address of the hospital where the services are to be delivered
- Declaration of fitness to practise
- Certificate of registration completed by the Medical Regulatory Authority in the country the doctor is currently practising in

Original documents must be submitted and any documents not in English must be accompanied by a translation by an official translator or translation service which includes their contact details.¹⁸⁸

3. Autorité compétente, instruction, procédure, délais

The competent authority is the GMC. See § 2, *supra*, for information concerning the procedure.

¹⁸⁵ Still unclear to what extent these regulations still apply.

¹⁸⁶ Based on correspondence date 21 April 2008 between the author and Steph Styles of the GMC.

¹⁸⁷ Schedule 2A of The European Qualifications (Health and Social Care Professions) Regulations 2007 § 3(1).

¹⁸⁸ *Id.*

Angleterre

Receipt of the application will be made within one month of receipt, and a decision will be made within three months after the date on which the applicant's complete file was submitted.

If an application for temporary registration is refused, the applicant will have a right of appeal within 28 days of the decision.¹⁸⁹

¹⁸⁹

Id.

AUTRICHE

I. EINLEITUNG

A. Rechtsquellen

1. Europäisches Recht

a. Primärrecht

- Art. 39ff, 43ff und 49ff EG-Vertrag (EG) (ABl. 24.12.2002 C 325/33)
- Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits über die Freizügigkeit vom 21.6.1999, in Kraft seit 1.6.2002, Stand 27.12.2006 (0.142.112.681) in Deutschland BGBl. II 2001 S. 810 und BGBl. II 2002, S. 1692.

b. Sekundärrecht

- Richtlinie 2005/36/EG vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen (ABl. EU Nr. L 255 S. 22, 2007 Nr. L 271 S. 18).

2. Nationales Recht

a. Gesetze

- [Bundesgesetz, mit dem ein Bundesgesetz über die Ausübung des ärztlichen Berufes und die Standesvertretung der Ärzte \(Ärztegesetz 1998 - ÄrzteG 1998\)](#) erlassen und das Ausbildungsvorbehaltsgesetz geändert wird (BGBl. I Nr. 169/1998) zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 122/2006
- **Verordnung der Bundesministerin für Gesundheit und Frauen betreffend die ärztlichen und zahnärztlichen Diplome, Prüfungszeugnisse und sonstigen Befähigungsnachweise aus dem Europäischen Wirtschaftsraum und der Schweizerischen Eidgenossenschaft ([EWR-Ärzte-ZahnärzteV 2004](#) – EWR-ÄZV 2004)**

B. Verhältnis zu europarechtlichen Vorgaben

1. Umsetzung der Richtlinie 2005/36/EG

Das Ärztegesetz erwähnt teils bereits die Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlamentes und des Rates über die Anerkennung von Berufsqualifikationen, behält aber andererseits in einigen Vorschriften Bezugnahmen auf die **Richtlinie 93/16/EWG** bei, die durch Art. 62 der Richtlinie 2006/36/EWG mit Wirkung ab dem 20. Oktober 2007 aufgehoben wurde.

Bezugnahmen auf diese Richtlinie sollen nach Art. 62 Satz 2 Richtlinie 2005/36/EWG als Bezugnahme auf die neue Richtlinie 2005/36/EG zu verstehen sein, es ist jedoch anzunehmen, dass das österreichische Gesetz **in Kürze angepasst** wird, so lautete auch die Auskunft der Österreichischen Ärztekammer (**2008**). Auch hier lautet die letzte Information: „**Novelle in Bearbeitung** BGBl. I Nr. 57/2008.“

Die Rechtslage ist damit derzeit nicht in Gänze geklärt.

2. Verhältnis zum Freizügigkeitsabkommen Schweiz-EG

Die nationale Gesetzgebung bezieht die Richtlinie nur teils bereits ein, die allerdings für die Schweiz noch nicht gilt. Mit der Entscheidung für die Richtlinienanwendung in der Schweiz ist daher anzunehmen, dass auf Schweizer Ärzte die gleichen Grundsätze Anwendung finden werden, die für Staatsangehörige der EU-Mitgliedsstaaten gelten, und die Voraussetzungen der Anerkennung von Berufsqualifikationen und der Niederlassung Schweizer Staatsangehöriger in EU-Staaten nochmals erleichtert wird.

II. LÄNDERBERICHT ÖSTERREICH

A. Niederlassung als Arzt

1. Dauernde Berufszulassung

a. Titel

Die allgemeine Bezeichnung "Arzt" ("ärztlich") führen alle Ärzte, die über eine Berufsberechtigung als "Arzt für Allgemeinmedizin", "approbierter Arzt", "Facharzt" oder "Turnusarzt" (in Ausbildung zum Arzt für Allgemeinmedizin oder zum Facharzt befindlicher Arzt) verfügen.

Gem. § 3 Abs. 1 ÄrzteG 1998 ist die Ausübung des ärztlichen Berufes (freiberuflich oder im Rahmen eines Dienstverhältnisses) ausschließlich Ärzten für Allgemeinmedizin und approbierten Ärzten sowie Fachärzten vorbehalten. Anderen als den Genannten ist jede Ausübung des ärztlichen Berufes verboten.

b. Erfordernisse

Gem. § 4 ÄrzteG 1998 setzt die selbständige Ausübung des ärztlichen Berufes (Arzt für Allgemeinmedizin oder Facharzt) die Erfüllung nachfolgender allgemeiner Erfordernisse, die Erfüllung der für den Arzt für Allgemeinmedizin oder für den Facharzt vorgeschriebenen besonderen Erfordernisse sowie die Eintragung in die Ärzteliste voraus.

aa. Allgemeine Erfordernisse im Sinne des Abs. 1 sind

1. die österreichische Staatsbürgerschaft oder die **Staatsangehörigkeit** einer der übrigen Vertragsparteien des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder der **Schweizerischen Eidgenossenschaft**.
2. die **Eigenberechtigung**,
3. die **Vertrauenswürdigkeit**,
4. die **gesundheitliche Eignung** sowie
5. ausreichende **Kenntnisse der deutschen Sprache**.

bb. Besondere Erfordernisse im Sinne des Abs. 1 sind

1. das an einer Universität in der Republik Österreich erworbene Doktorat der gesamten Heilkunde oder ein gleichwertiger, im Ausland erworbener und in Österreich als Doktorat der gesamten Heilkunde nostrifizierter akademischer Grad und

Autriche

2. im Falle des Facharztes für Mund-, Kiefer- und Gesichtschirurgie ein Qualifikationsnachweis zur Ausübung des zahnärztlichen Berufs nach den Bestimmungen des Zahnärztegesetzes, BGBl. I Nr. 126/2005, und
3. das von der Österreichischen Ärztekammer gemäß § 15 Abs. 1 ausgestellte Diplom über die erfolgreiche Absolvierung einer praktischen Ausbildung nach den für den Arzt für Allgemeinmedizin oder Facharzt geltenden Ausbildungserfordernissen.

Ausbildungserfordernisse für den **Arzt für Allgemeinmedizin** sind

1. die mindestens **dreijährige** praktische, mit Erfolg zurückgelegte Ausbildung in der in diesem Bundesgesetz umschriebenen Art sowie
2. die mit Erfolg abgelegte **Prüfung zum Arzt für Allgemeinmedizin**.

Ausbildungserfordernisse für den **Facharzt** sind

1. die mindestens **sechsjährige** praktische, im betreffenden Sonderfach und in den hierfür einschlägigen Nebenfächern mit Erfolg zurückgelegte Ausbildung nach dem Ärztegesetz sowie
2. die mit Erfolg abgelegte **Facharztprüfung**.

Für **Turnusärzte** gilt: Erfordernis für eine unselbständige Ausübung des ärztlichen Berufes als Turnusarzt (§ 3 Abs. 3) ist der Nachweis der Erfüllung der allgemeinen und der besonderen Erfordernisse. Allerdings sind EWR-Staatsangehörige, die zur selbständigen Ausübung als Arzt und als Zahnarzt nach den Bestimmungen des Zahnärztegesetzes berechtigt sind, Turnusärzten gleichgestellt.

cc. Anerkennung ausländischer Diplome

Die einschlägigen Vorschriften für die Anerkennung von Diplomen nehmen noch auf die alte Richtlinie 93/16/EWG Bezug die durch Art. 62 der Richtlinie 2006/36/EWG mit Wirkung ab dem 20. Oktober 2007 aufgehoben wurde.

Bezugnahmen auf diese Richtlinie sind nach Art. 62 Satz 2 Richtlinie 2005/36/EWG als Bezugnahme auf die neue Richtlinie 2005/36/EG zu verstehen, es ist jedoch anzunehmen, dass das österreichische Gesetz in Kürze geändert wird. Nach Auskünften der Österreichischen Ärztekammer soll dies 2008 erfolgen.

Im ÄrzteG heisst es in den §§ 5 f [dies gilt über die EWR-ÄZV 2004, die das Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Freizügigkeit¹⁹⁰ umsetzt auch für **Schweizer, wird aus dem Text des ÄrzteG 1998 allein jedoch nicht deutlich**]:

EWR-Staatsangehörige sind gem. § 5 Abs.1 zur selbstständigen Ausübung als **Allgemeinmediziner** berechtigt, wenn sie

¹⁹⁰ ABI. Nr. L 114/6 vom 30. April 2002, BGBl. III Nr. 133/2002.

Autriche

1. die oben angeführten **allgemeinen Erfordernisse** erfüllen,
2. im Besitz eines ärztlichen **Diplomes**, Prüfungszeugnisses oder sonstigen Befähigungsnachweises gemäß **Anhang A der Richtlinie 93/16/EWG**¹⁹¹ zur Erleichterung der Freizügigkeit für Ärzte und zur gegenseitigen Anerkennung ihrer Diplome, Prüfungszeugnisse und sonstigen Befähigungsnachweise (ABl. Nr. 165 vom 7. Juli 1993 S 1) [Anm. zu ersetzen durch die Bestimmungen der Richtlinie 2005/36/EG] oder
3. im Besitz eines ärztlichen **Diplomes**, Prüfungszeugnisses oder sonstigen Befähigungsnachweises einschließlich einer **Bescheinigung** nach Artikel 9 Abs. 1, 3 oder 5 oder Artikel 9a der Richtlinie 93/16/EWG [Anm. zu ersetzen durch die Bestimmungen der Richtlinie 2005/36/EG] oder
4. im Besitz eines Diplomes, Prüfungszeugnisses oder sonstigen Befähigungsnachweises einschließlich einer Bescheinigung gemäß Artikel 42b der Richtlinie 93/16/EWG sind [Anm. zu ersetzen durch die Bestimmungen der Richtlinie 2005/36/EG] und
5. in die **Ärzteliste eingetragen** worden sind.

Die automatische Diplomanerkennung und Berufsausübung als **Facharzt** in Österreich ist nur für Fächer möglich, die in Österreich vorgesehen und sowohl im Ausbildungsstaat als auch in Österreich EU-konform sind. EWR-Staatsangehörige sind gem. § 5 Abs. 2 zur selbstständigen Berufsausübung als Fachärzte berechtigt, wenn sie

1. die oben angeführten **allgemeinen Erfordernisse** erfüllen,
2. im Besitz eines **ärztlichen Diplomes**, Prüfungszeugnisses oder sonstigen Befähigungsnachweises und
3. sofern das Sonderfach in Österreich besteht, im Besitz eines **fachärztlichen Diplomes**, Prüfungszeugnisses oder sonstigen Befähigungsnachweises gemäß **Anhang B der Richtlinie 93/16/EWG**¹⁹² in Verbindung mit einer entsprechenden **Sonderfachbezeichnung** gemäß **Anhang C der Richtlinie 93/16/EWG**¹⁹³ [Anm. zu ersetzen durch die Bestimmungen der Richtlinie 2005/36/EG] oder

¹⁹¹ Anhang A EWR-ÄZV - Anhang A der Richtlinie 93/16/EWG Liste der Bezeichnungen der Diplome, Prüfungszeugnisse und sonstigen Befähigungsnachweise des Arztes; Schweizerische Eidgenossenschaft: Titel des Befähigungsnachweises: Eidgenössisch diplomierter Arzt / titulaire du diplôme fédéral de médecin / titolare di diploma federale di medico; ausstellende Stelle: Eidgenössischen Departement des Inneren.

¹⁹² Anlage B EWR-ÄZV - Anlage B der Richtlinie 93/16/EWG; Liste der Bezeichnungen der Diplome, Prüfungszeugnisse und sonstigen Befähigungsnachweise des Facharztes; Schweizerische Eidgenossenschaft: Titel des Befähigungsnachweises: Facharzt / spécialiste / specialista; ausstellende Stelle: Eidgenössischen Departement des Inneren.

¹⁹³ Anlage C EWR-ÄZV - (Anhang C der Richtlinie 93/16/EWG); Liste der Bezeichnungen der fachärztlichen Aus- oder Weiterbildungen; Schweizerische Eidgenossenschaft:
Anästhesiologie/anesthésiologie/anestesiologia
Chirurgie/chirurgie/chirurgia
Neurochirurgie/neurochirurgie/neurochirurgia
Gynäkologie und Geburtshilfe/gynécologie et obstétrique/ginecologia e Ostetricia
Innere Medizin/médecine interne/medicina interna
Ophthalmologie/ophtalmologie/oftalmologia
Oto-Rhino-Laryngologie/oto-rhino laryngologie/otorinolaringoiatria
Kinder- und Jugendmedizin/pédiatrie/pediatria
Pneumologie/pneumologie/pneumologia
Urologie/urologie/urologia
Orthopädische Chirurgie/chirurgie orthopédique/chirurgia ortopedica
Pathologie/pathologie/patologia
Pathologie/pathologie/patologia

Autriche

4. im Besitz eines fachärztlichen **Diplomes**, Prüfungszeugnisses oder sonstigen Befähigungsnachweises einschließlich einer **Bescheinigung** nach Artikel 9 Abs. 2, 2a, 4 oder 5 oder Artikel 9a der Richtlinie 93/16/EWG [Anm. zu ersetzen durch die Bestimmungen der Richtlinie 2005/36/EG] oder
5. sofern das entsprechende **Sonderfach in Österreich besteht**, im Besitz eines Diplomes, Prüfungszeugnisses oder sonstigen Befähigungsnachweises einschließlich einer Bescheinigung gemäß Artikel **42b der Richtlinie 93/16/EWG** sind [Anm. zu ersetzen durch die Bestimmungen der Richtlinie 2005/36/EG] und
6. in die **Ärzteliste eingetragen** worden sind.

EWR-Staatsangehörige sind gem. § 5a ungeachtet des **Mangels der genannten Erfordernisse** zur selbstständigen Berufsausübung als approbierter Arzt, Arzt für Allgemeinmedizin oder Facharzt in einem in Österreich bestehenden Sonderfach berechtigt, wenn

1. sie die **allgemeinen Erfordernisse** erfüllen,
2. sie im Besitz eines **außerhalb** des Europäischen Wirtschaftsraums oder der Schweizerischen Eidgenossenschaft ausgestellten ärztlichen Diplomes, Prüfungszeugnisses oder sonstigen Befähigungsnachweises sind und in einem der übrigen Mitgliedstaaten des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder in der Schweizerischen Eidgenossenschaft zur selbstständigen Ausübung des ärztlichen Berufes berechtigt sind,
3. von der Österreichischen Ärztekammer die **Gleichwertigkeit** der Qualifikation unter Berücksichtigung der erworbenen ärztlichen Berufserfahrung und Ausbildung festgestellt wurde und
4. sie in die **Ärzteliste** eingetragen worden sind.

c. Antragsinhalt

Um die **derzeitige Situation** für Schweizer Staatsangehörige zu vereinfachen: Es sollten bei der Antragstellung **folgende Dokumente** eingereicht werden:

Psychiatrie und Psychotherapie/psychiatrie et psychothérapie/psichiatria e psicoterapia
Medizinische Radiologie, Radiodiagnostik/radiologie médicale, radiodiagnostic/radiologia medica, radiodiagnostica
Medizinische Radiologie, Radio-Onkologie/radiologie médicale, radio-oncologie/radiologia medica, radio-oncologia
Plastische und Wiederherstellungschirurgie/chirurgie plastique
Kinderchirurgie/chirurgie pédiatrique/chirurgia pediatrica
Physikalische Medizin und Rehabilitation/médecine physique et réhabilitation/medicina fisica e riabilitazione
Dermatologie und Venerologie/dermatologie et vénéréologie/dermatologia e venerologia
Tropenmedizin/médecine tropicale/medicina tropicale
Prävention und Gesundheitswesen/prévention et santé publique/prevenzione e salute pubblica
Schweizerische Eidgenossenschaft:
Arbeitsmedizin/médecine du travail/medicina del lavoro
Medizinische Radiologie, Nuklearmedizin/radiologie médicale, médecine nucléaire/radiologia medica, medicina nucleare

Autriche

- Nachweis bzw. Bescheinigung über die **Staatsbürgerschaft**/Reisepass/Personalausweis, gegebenenfalls **Heiratsurkunde**
- Nachweis über **abgeschlossenes Medizinstudium**, allenfalls Nostrifikationsbescheid, gegebenenfalls Promotionsurkunde
- **Diplom**/Urkunde/Dekret zum Arzt für Allgemeinmedizin/Facharzt/Approbation
- **EU-Konformitätsbescheinigung der zuständigen Behörde des Ausbildungsstaates, aus der hervorgeht, dass die ärztliche Grundausbildung dem Artikel 24 der Richtlinie 2005/36/EG entspricht und dass der Ausbildungsnachweis ein Diplom gemäß Anhang 5.1.1. der Richtlinie darstellt.**

Allgemeinmediziner haben zusätzlich eine Bescheinigung vorzulegen, aus der hervorgeht, dass sie die besondere Ausbildung in der **Allgemeinmedizin** gemäß Artikel 28 der Richtlinie 2005/36/EG absolviert haben und dass ihr Ausbildungsnachweis ein Diplom gemäß Anhang 5.1.4. der Richtlinie darstellt.

Fachärzte haben zusätzlich eine Bescheinigung vorzulegen, aus der hervorgeht, dass ihre **Facharztausbildung** dem Artikel 25 der genannten Richtlinie entspricht und dass der Ausbildungsnachweis ein Facharzt Diplom gemäß den Anhängen 5.1.2 und 5.1.3 der Richtlinie darstellt.

- Nachweis der **disziplinären Unbescholtenheit** durch die zuständige Behörde des Heimatstaates (**nicht älter als 3 Monate**)
- Polizeiliches **Führungszeugnis**/Strafregisterauszug (**nicht älter als 3 Monate**)
- Ärztliches **Gesundheitszeugnis (nicht älter als 3 Monate)**
- **Dienstvertrag**/ Bestätigung des Dienstgebers/ Dienstantrittszuweisung oder Niederlassungs- bzw. Wohnsitzarztmeldung
- Nachweis ausreichender **Deutschkenntnisse**
- Mind. 2 **Passfotos** (je nach Landesärztekammer allenfalls zusätzliche Fotos erforderlich)
- Mind. **26 €** in bar für Ärzteausweis und Anmeldung (je nach Landesärztekammer allenfalls zusätzliche Anmeldegebühr)

d. Anerkennung von Weiterbildungszeiten

Gem. **§ 14 ÄrzteG** ist eine bereits abgeleistete und durch ein von den zuständigen Behörden des Heimat- oder Herkunftsstaates ausgestelltes Diplom, Prüfungszeugnis oder einen sonstigen Befähigungsnachweis, belegte einschlägige **fachärztliche Aus- oder Weiterbildungszeit** von EWR-Staatsangehörigen unter der Voraussetzung der Gleichwertigkeit zur Gänze oder teilweise auf die für die Ausbildung zum Facharzt oder für die Ausbildung in einem Additivfach vorgesehene Dauer anzurechnen, soweit diese der in Österreich für das betreffende Sonderfach oder Additivfach vorgeschriebenen Ausbildungsdauer entspricht. Dabei sind auch ihre erworbene einschlägige Berufserfahrung, Zusatzausbildung und sonstige fachärztliche Aus- oder Weiterbildung zu berücksichtigen.

Sofern § 14 ÄrzteG nicht greift, sind gem. **§ 14a ÄrzteG** unter der Voraussetzung der Gleichwertigkeit im Ausland absolvierte ärztliche Aus- oder Weiterbildungszeiten in einem der übrigen EWR-Mitgliedstaaten oder **in der Schweizerischen Eidgenossenschaft unter Anleitung und Aufsicht absolvierte Zeiten ärztlicher Tätigkeiten zum Zweck des Erwerbs von auf die Erlangung der Berufsberechtigung als Arzt für Allgemeinmedizin oder Facharzt gerichteten Kenntnissen, Erfahrungen und Fertigkeiten**, Zeiten des Präsenzdienstes, des Ausbildungsdienstes von Frauen beim Bundesheer sowie des Zivildienstes

Autriche

tes auf die jeweils für die Ausbildung zum Arzt für Allgemeinmedizin oder zum Facharzt oder für die Ausbildung in einem Additivfach vorgesehene Dauer anzurechnen.

Unter der Voraussetzung der Gleichwertigkeit sind auch im Ausland absolvierte **Prüfungen** auf die Prüfung zum Arzt für Allgemeinmedizin oder zum Facharzt anzurechnen.

Bei Bedarf kann die Ausbildungskommission feststellen, dass bestimmte in einem der übrigen EWR-Mitgliedstaaten oder der Schweiz unter Anleitung und Aufsicht absolvierte Zeiten ärztlicher Tätigkeiten zum Zweck des Erwerbs von auf die Erlangung der Berufsberechtigung als Arzt für Allgemeinmedizin bzw. Facharzt gerichteten Kenntnissen, Erfahrungen und Fertigkeiten der inländischen Ausbildung zum Arzt für Allgemeinmedizin bzw. Facharzt gleichwertig sind, wenn diese Zeiten der gemäß der Richtlinie 93/16/EWG und der Richtlinie 2005/36/EG geregelten besonderen Ausbildung in der Allgemeinmedizin bzw. fachärztlichen Weiterbildung des betreffenden EWR-Mitgliedstaates oder der Schweiz entsprechen und durch die Absolvierung dieser Zeiten die Ziele der Ausbildung zum Arzt für Allgemeinmedizin bzw. zum Facharzt erreicht werden

Ein **Antrag** nach § 14 oder § 14 a ÄrzteG ist bei der **Landesärztekammer** jenes Bundeslandes einzubringen, in dem der Hauptwohnsitz besteht oder bei einer vom Antragsteller zu wählenden Landesärztekammer. Diese hat nach Prüfung der formellen Voraussetzungen den Antrag der **Österreichischen Ärztekammer** zu übermitteln, welche den Antragsteller anhand der vorgelegten Unterlagen und unter Berücksichtigung seiner Berufserfahrung, Zusatzausbildung und sonstigen ärztlichen Aus- oder Weiterbildung über die anrechenbaren Ausbildungszeiten bzw. über die anrechenbaren Prüfungsteile unterrichtet.

Die Österreichische Ärztekammer hat binnen **vier Monaten** ab Antragstellung zu entscheiden. Gegen Bescheide der Österreichischen Ärztekammer steht die **Berufung** an den Landeshauptmann offen (im Bereich der Hauptwohnsitz oder beim Landeshauptmann jenes Bundeslandes offen, in dem der Antragsteller den Antrag eingebracht hat).

e. Kammermitgliedschaft

EWR-Bürger (und Schweizer) die ihr Medizinstudium als auch ihre postpromotionelle Ausbildung zum Allgemeinmediziner oder Facharzt in einem EWR-Staat oder der Schweiz absolviert haben, sind grundsätzlich dazu berechtigt, sich in die von der Österreichischen Ärztekammer geführte Ärzteliste eintragen zu lassen. Die Eintragung in die von der Österreichischen Ärztekammer geführte Ärzteliste hat vor Aufnahme der ärztlichen Tätigkeit in Österreich zu erfolgen.

f. Zuständige Behörden

Zur Vertretung des Ärztstandes ist für den räumlichen Bereich eines jeden Bundeslandes eine Ärztekammer eingerichtet.

Die Anmeldung hat direkt bei der Ärztekammer jenes Bundeslandes zu erfolgen, in dem die Berufsausübung geplant ist.

Adressen der Landesärztekammern

Ärztékammer Burgenland

Permayerstraße 3
7000 Eisenstadt
Tel: 0043-2682-62521
Fr. Denk, DW 11
<http://www.aekbgld.at>
E-Mail: office@aekbgld.at

Ärztékammer Kärnten

St. Veiter Straße 34
9020 Klagenfurt
Tel: 0043-463-5856
Fr. Huainig, DW 10
stf@aekkt.n.at
<http://www.aekkt.n.at>
E-Mail: aek@aekkt.n.at

Ärztékammer Niederösterreich

Wiplinger Straße 2
1010 Wien
Tel: 0043-1-53751-0
Hr. Mag. Wieser, DW 253
Hr. Wiesenegger, DW 215
<http://www.arztnoe.at>
E-Mail: arztnoe@arztnoe.at

Ärztékammer Oberösterreich

Dinghoferstraße 4
4010 Linz
0043-732-778371-0
Fr. Stieringer, DW 252
<http://www.aekoee.or.at>
E-Mail: aekoee@aekoee.or.at

Ärztékammer Salzburg

Bergstraße 14
5024 Salzburg
Postfach 65
Tel: 0043-662-871327
Fr. Laugus, DW 115
<http://www.aeksbg.at>
E-Mail: aeksbg@aeksbg.at

Ärztékammer Steiermark

Kaiserfeldgasse 29
8011 Graz
Tel: 0043-316-8044-0
Fr. Fischer, DW 62
stf@aekstmk.or.at
<http://www.aekstmk.or.at>
E-Mail: aek@aekstmk.or.at

Autriche

Ärztchamber Tirol

Anichstraße 7/IV
6010 Innsbruck
Tel: 0043-512-52058
Fr. Boscarolli, DW 125
boscarolli@aektirol.at
<http://www.aektirol.at>
E-Mail: kammer@aektirol.at

Ärztchamber Vorarlberg

Schulgasse 17
6850 Dornbirn
Postfach 206
Tel: 0043-5572-21900-0
Fr. Bogner, DW 31
stf@aekvbg.or.at
<http://www.aekvbg.or.at>
E-Mail: aek@aekvbg.or.at

Ärztchamber Wien

Weihburggasse 10-12
1010 Wien
Tel: 0043-1-51501-0
Herr Schandl, DW 1260
schandl@aekwien.at
Fr. Mag. Udvardi, DW 1296
udvardi@aekwien.at
Fr. Will, DW 1205
will@aekwien.at
<http://www.aekwien.at>
E-Mail: aekwien@aekwien.at

Österreichische Ärztekammer

Weihburggasse 10-12
1010 Wien
Tel: 0043-1-514 06-0

Internationales Büro der Österreichischen Ärztekammer

Ansprechpartner für EWR-Bürger:
Fr. Cand.Lic. Laurence HAVAUX, dipl.
Tel : 0043-1-51406-64
Fax: 0043-1-51406-933
Email: l.havaux@aerztekammer.at

g. Rechtsstellung

Der Arzt unterliegt der Dokumentationspflicht und der Pflicht zur Auskunftserteilung über jede zur Beratung oder Behandlung übernommene Person, den Zustand der Person bei Übernahme der Beratung oder Behandlung, die Vorgeschichte einer Erkrankung, die Diagnose, den Krankheitsverlauf sowie über Art und Umfang der beratenden, diagnostischen oder therapeutischen Leistungen einschließlich der Anwendung von Arzneien.

Autriche

Der Arzt hat sich jeder unsachlichen, unwahren oder das Standesansehen beeinträchtigenden Information im Zusammenhang mit der Ausübung seines Berufes zu enthalten.

Der Arzt und seine Hilfspersonen sind zur Verschwiegenheit über alle ihnen in Ausübung ihres Berufes anvertrauten oder bekannt gewordenen Geheimnisse verpflichtet.

Es gibt auch einen ärztlichen Verhaltenskodex bei der Zusammenarbeit mit der Pharma- und Medizinprodukteindustrie sowie Vorgaben zur gesetzeskonformen Gestaltung der Arzt-Homepage.

h. Erlaubnis zur Berufsausübung von bis zu drei Jahren

Die Österreichische Ärztekammer hat gem. § 33 Abs. 1 Personen, die

1. im **Ausland** eine Berechtigung zur selbständigen Ausübung des ärztlichen Berufes erworben haben,
2. nicht gemäß der **§§ 4, 5 oder 5a** über die allgemeinen und besonderen Voraussetzungen und die Anerkennung von Berufsqualifikationen zur selbständigen Ausübung des ärztlichen Berufes berechtigt sind,
3. die **allgemeinen Erfordernisse** erfüllen (österreichische Staatsbürgerschaft oder EWR-Staatsangehörigkeit oder der Staatsangehörigkeit der Schweizerischen Eidgenossenschaft, Eigenberechtigung, Vertrauenswürdigkeit, gesundheitliche Eignung sowie ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache) sowie
4. einen Qualifikationsnachweis gemäß § 4 Abs. 3 in Verbindung mit 4 Abs. 4 Z 2 oder § 4 Abs. 5 Z 2 erbringen,

eine auf höchstens **drei Jahre befristete** Bewilligung zur freiberuflichen Ausübung des ärztlichen Berufes als Arzt für Allgemeinmedizin oder Facharzt zu erteilen.

Voraussetzung für die Erteilung einer Bewilligung ist der Nachweis, dass die Bewilligung zur Aufrechterhaltung einer ausreichenden allgemein ärztlichen oder fachärztlichen Betreuung der Patienten in dem für den Berufssitz in Aussicht genommenen Ort.

Bei Fortbestand des Bedarfs hat die Österreichische Ärztekammer auf Antrag weitere, jeweils mit drei Jahren zu befristende Bewilligungen zu erteilen.

Personen, denen eine Bewilligung gemäß Abs. 1 erteilt wurde, sind unter Hinweis auf die Bewilligung in die Ärzteliste gemäß § 27 einzutragen, ein Ärzteausweis gemäß § 27 Abs. 7 ist nicht auszustellen.

i. Kassenzulassung

Beispiel: Invertragnahmeverfahren bei der **Wiener Gebietskrankenkasse**.¹⁹⁴

Voraussetzung für eine Invertragnahme bei der Gebietskrankenkasse im Rahmen einer selbständigen Tätigkeit ist eine **Bewerbung um eine ausgeschriebene** (neue oder bestehende) **Stelle (Ordination)**.¹⁹⁵

¹⁹⁴ Siehe <http://www.aekwien.at/160.html>. Ähnliches gilt in den anderen Bundesländern.

¹⁹⁵ Die Ausschreibung wird sowohl in der Zeitschrift der Ärztekammer für Wien (doktorinwien) als auch auf der Ärztekammer-Homepage www.aekwien.at veröffentlicht.

Autriche

Ohne Bewerbung auf eine Ausschreibung kann eine Invertragnahme nicht mehr erfolgen. Bewerben können sich alle Ärztinnen und Ärzte - unabhängig davon, ob sie in Österreich im jeweiligen Bundesland (hier Wien) tätig sind oder nicht -, die die jeweilige Berufsberechtigung für die ausgeschriebene Stelle besitzen.

Zur ordnungsgemäßen Bewerbung ist es notwendig, ein von der Ärztekammer aufgelegtes Bewerbungsformular auszufüllen und an die Ärztekammer zu senden beziehungsweise abzugeben.

Die Vergabe erfolgt nach einem Punkteverfahren: das in einer Vereinbarung zwischen Ärztekammer und Gebietskrankenkasse bindend vereinbart wurde. Das Punktesystem gilt für Allgemeinmediziner sowie für Fachärzte (ausgenommen Fachärzte für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde bzw. Zahnärzte: eigenes Punktesystem). Für fünf Bereiche kann man Punkte erhalten:

- Berufserfahrung,
- fachliche Qualifikation,
- Wartezeit auf der Interessentenliste,
- ernsthafte Bemühung um einen behindertengerechten Zugang und
- Karenzzeiten.

Insgesamt können maximal 77 Punkte erreicht werden.

Nach Einlangen aller Bewerbungsunterlagen werden diese von der Ärztekammer geprüft und die Punkte gemäß den Reihungskriterien für Bewerber und Stelle ausgewertet. Die errechneten Punkte werden der Wiener Gebietskrankenkasse übermittelt und dann von dieser geprüft und die Reihung der Bewerber aufgestellt.

Es ist damit zu rechnen, dass ungefähr drei bis sechs Wochen nach Ende der Bewerbungsfrist die Veröffentlichung der Ergebnisse des Auswertungsverfahrens im Internet nachlesbar ist und dass das gesamte Vergabeverfahren c.a. zwei Quartale dauert.

Adresse:

Wiener Gebietskrankenkasse (WGKK)
Wienerbergstraße 15-19
1100 Wien
Telefon (+43 1) 60122-0
Fax (+43 1) 60246-13
E-Mail office@wgkk.sozvers.at

Wahlarzt

Wahlarzt wird man durch Eröffnung einer Ordination **ohne Verträge zu den Krankenkassen** (dann Wahlarzt für alle Kassen; hat man Verträge mit bestimmten (kleineren) Krankenkassen, ist man für z.B. die Wiener Gebietskrankenkasse Wahlarzt). Hierfür bedarf es weder einer Zulassung noch der Genehmigung einer Behörde. Der Standort der Ordination und die angebotenen Leistungen sind frei wählbar. Benötigt wird ausschließlich die Berufszulassung als Allgemeinmediziner oder Facharzt. Ordinationsstandort und Tätigkeitsbeginn müssen aber der Ärztekammer gemeldet werden. Patienten von Wahlärzten haben den Status von Privatpatienten. Der Arzt ist bei der Behandlung an keine Kassenrestriktionen gebunden, der Patient hat Behandlungskosten vorerst selbst zu tragen.

B. Dienstleistungsfreiheit

1. Bedingungen für ärztliche Dienstleistungen

a. Meldepflicht

Staatsangehörige der Vertragsparteien des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum (und **Schweizer**, dies wird aus dem Gesetzestext allerdings noch nicht deutlich), die den ärztlichen Beruf in einem der übrigen Mitgliedstaaten des Europäischen Wirtschaftsraumes oder der Schweizerischen Eidgenossenschaft rechtmäßig ausüben, dürfen gem. § 37 Abs. 1 von ihrem ausländischen Berufssitz oder Dienort aus vorübergehend in Österreich wie ein in die Ärzteliste eingetragener, zur selbständigen Berufsausübung berechtigter Arzt tätig werden, soweit sie Dienstleistungen im Sinne des Artikels 37 des EWR-Abkommens erbringen. Eine Eintragung in die Ärzteliste hat **nicht** zu erfolgen.

Vor Ausübung einer Tätigkeit im Sinne des Abs. 1, die einen vorübergehenden Aufenthalt im Bundesgebiet erfordert, hat der Arzt die Österreichische Ärztekammer im Wege der Ärztekammer jenes Bundeslandes, in dem die Dienstleistung erbracht werden soll, **schriftlich** zu verständigen. Sofern eine vorherige Anzeige wegen der Dringlichkeit des Tätigwerdens nicht möglich ist, hat die Verständigung ehestmöglich zu erfolgen.

- Die Verständigung hat mittels eines von der Ärztekammer aufzulegenden **Formblatts** zu erfolgen und zumindest den **Zeitpunkt, die Dauer und den Ort der Tätigkeit** zu beinhalten.
- Vorzulegen ist: eine **Bescheinigung** der zuständigen Behörde des Heimat- oder Herkunftsstaates, aus der sich ergibt, daß der Dienstleistungserbringer die für die Erbringung der betreffenden Dienstleistung erforderlichen Diplome, Prüfungszeugnisse oder sonstigen Befähigungsnachweise besitzt und den jeweiligen ärztlichen Beruf im Herkunftsstaat rechtmäßig ausübt (nicht älter als zwölf Monate).

2. Zuständige Behörden

Ärztekammern, siehe oben

3. Rechtsstellung

Ärzte unterliegen bei Erbringung der Dienstleistung den inländischen Berufspflichten und Disziplinvorschriften. Verstößt der Dienstleistungserbringer gegen diese Pflichten, so hat die Österreichische Ärztekammer unverzüglich die zuständige Behörde seines Herkunftsstaates zu unterrichten. Es gibt auch einen ärztlichen Verhaltenskodex bei der Zusammenarbeit mit der Pharma- und Medizinprodukteindustrie.

C. Sozietäten– Zusatzinformationen

Die selbstständige Ausübung des ärztlichen Berufes ist gem. § 3 Abs. 1 ÄrzteG 1998 auch als Gruppenpraxis in der Rechtsform einer offenen Gesellschaft zulässig.

1. Ordinations- und Apparategemeinschaften

Die Zusammenarbeit von freiberuflich tätigen Ärzten kann bei Wahrung der Eigenverantwortlichkeit eines jeden Arztes gem. § 52 ÄrzteG 1998 auch in der gemeinsamen Nutzung von Ordinationsräumen (Ordinationsgemeinschaft) und/oder von medizinischen Geräten (Apparategemeinschaft) bestehen. Ordinations- und Apparategemeinschaften dürfen unbeschadet

Autriche

von auch zwischen Ärzten und einer Gruppenpraxis in der Rechtsform einer offenen Gesellschaft begründet werden.

2. Gruppenpraxen

Die Zusammenarbeit von Ärzten kann gem. § 52a ÄrzteG 1998 auch als selbstständig berufsbefugte (§ 3 Abs. 1 ÄrzteG 1998) Gruppenpraxis erfolgen. Eine Gruppenpraxis kann auch mit einem Angehörigen des zahnärztlichen Berufs oder Dentistenberufs errichtet werden; in diesem Fall richtet sich die Frage der Berufsberechtigung auch nach dem Zahnärztegesetz.

Die Berufsbefugnis einer Gruppenpraxis ergibt sich aus der Berufsbefugnis der an der Gruppenpraxis als persönlich haftende Gesellschafter beteiligten Ärzte, Zahnärzte und Dentisten. Die Zusammenarbeit als Gruppenpraxis hat in der Rechtsform einer offenen Gesellschaft im Sinne des § 105 UGB¹⁹⁶ zu erfolgen.

Der Gruppenpraxis dürfen nur zur selbstständigen Berufsausübung berechtigte Ärzte, Zahnärzte und Dentisten als persönlich haftende Gesellschafter angehören.

Jeder Gesellschafter ist allein zur Geschäftsführung und Vertretung befugt. Die vorübergehende Einstellung oder Untersagung der Berufsausübung bis zur Dauer von sechs Monaten hindert Ärzte nicht an der Zugehörigkeit zur Gesellschaft, wohl aber an der Vertretung und an der Geschäftsführung.

Über Fragen der Ausübung eines bestimmten Berufes entscheiden ausschließlich die entsprechend berufsbefugten Gesellschafter. Gegen den Willen jener Gesellschafter, die über die den Gegenstand einer Entscheidung überwiegend betreffende Berufsberechtigung verfügen, darf keine Entscheidung getroffen werden. Alle Gesellschafter müssen ihre Rechte in eigenem Namen und für eigene Rechnung innehaben. Die treuhändige Übertragung und Ausübung von Gesellschaftsrechten ist unzulässig. Die selbstständige Ausübung des ärztlichen Berufes darf nicht an eine Weisung oder Zustimmung der Gesellschafter (Gesellschafterversammlung) gebunden werden.

Die Tätigkeit der Gesellschaft muss auf die Ausübung des ärztlichen, zahnärztlichen oder Dentistenberufes einschließlich der erforderlichen Hilfstätigkeiten und die Verwaltung des Gesellschaftervermögens beschränkt sein.

Eine Gruppenpraxis kann **nur einen Berufssitz im Bundesgebiet** haben. Jeder Sitz einer Gruppenpraxis ist auch gleichzeitig Berufssitz der an ihr beteiligten Ärzte.

Soweit im ÄrzteG 1998 auf Ärzte bzw. Ärzte für Allgemeinmedizin, approbierte Ärzte bzw. Fachärzte abgestellt wird, sind die jeweiligen Bestimmungen auf Gruppenpraxen gegebenenfalls sinngemäß anzuwenden.

Jeder Gesellschafter ist für die Erfüllung seiner Berufs- und Standespflicht persönlich verantwortlich, diese Verantwortung kann weder durch den Gesellschaftsvertrag noch durch Beschlüsse der Gesellschafter oder Geschäftsführungsmaßnahmen eingeschränkt oder aufgehoben werden.

¹⁹⁶ Bundesgesetzes über besondere zivilrechtliche Vorschriften für Unternehmen, Unternehmensgesetzbuch - UGB, BGBl. I Nr. 120/2005.

D. Zusätzliche Informationen

Mit einer Niederlassung in Österreich ist noch keine Berechtigung zur direkten Abrechnung mit den **Sozialversicherungsträgern (sog. Kassenvertrag)** verbunden. Dies sollte bei Eintragung der Landesärztekammer angekündigt und mit dieser abgesprochen werden.

Spitalsärzte bewerben sich direkt beim Rechtsträger des Spitals, in der Regel der entsprechenden Landesregierung.

Stellen werden in der Österreichischen Ärztezeitung (**ÖÄZ**) ausgeschrieben.

FRANCE

A la date du 10 avril 2008, la Directive 2005/36/CE du Parlement européen et du Conseil du 7 septembre 2005 relative à la reconnaissance des qualifications professionnelles n'ayant pas encore été transposée en France, il ne nous a pas été possible de livrer le rapport commandé pour ce pays.

Le gouvernement a été autorisé par la loi n° 2007-1774 du 17 décembre 2007 portant diverses dispositions d'adaptation au droit communautaire dans les domaines économique et financier, à prendre par voie d'ordonnance, dans un délai de **douze mois** à compter de la date de publication de la présente loi, les dispositions relevant du domaine de la loi nécessaire pour transposer la Directive 2005/36/CE.

SITUATION ACTUELLE

Dispositions applicables à la profession¹⁹⁷ :

[Code de la Santé publique](#)

Partie législative :

Articles L. 4111-1 et suivants

Partie réglementaire :

Articles R. 4112-1 et suivants

[Arrêté du 9 mai 1994 portant modification des arrêtés du 18 juin 1981 et du 6 février 1981](#) fixant respectivement les listes des diplômes, certificats et autres titres de médecins et de chirurgiens-dentistes délivrés par les Etats membres de la Communauté européenne, visées à l'article L. 356-2 du code de la santé publique, pour la mise en œuvre de l'accord sur l'espace économique européen.

(les 1° et 2° de l'article L. 356-2 du Code de la Santé Publique ont été recodifiés aux articles L. 4131-1 et L. 4141-3 du même code)

Transposant les dispositions de la directive sectorielles :

Directive 93/16/CEE du Conseil visant à faciliter la libre circulation des médecins et la reconnaissance mutuelle de leurs diplômes, certificats et autres titres, modifiée par la directive de la Commission du 8 avril 1998.

Accord conclu le 21 juin 1999 entre la communauté européenne et ses Etats membres, d'une part et la Confédération Helvétique d'autre part, ratifié par la France : [loi n° 2001-1117 du 28 novembre 2001](#) – [décret n° 2002-946 du 25 juin 2002](#)
(Annexe III)

S'adresser à :

[Conseil National de l'Ordre des médecins](#)

180 Bd Haussmann

75008 PARIS

Tel : 01 53 89 32 00

¹⁹⁷ Les textes peuvent être consultés sur le site : <http://www.legifrance.gouv.fr>

ITALIE

I. INTRODUZIONE

A. Fonti normative

Due sono, ad oggi (20 dicembre 2007), le principali fonti normative della regolamentazione italiana dell'esercizio, in Italia, della professione di **medici** da parte di chi è in possesso di un **titolo estero**:

- **Decreto legislativo 9 novembre 2007 n. 206** recante "Attuazione della direttiva 2005/36 CE relativa al riconoscimento delle qualifiche professionali, nonché della direttiva 2006/100/CE che adegua determinate direttive sulla libera circolazione delle persone a seguito dell'adesione della Bulgaria e Romania" (qui di seguito: "**D. Lgs. 206/2007**")¹⁹⁸.
- **Decreto Legislativo 17 agosto 1999, n. 368** recante "Attuazione della direttiva 93/16/CEE in materia di libera circolazione dei **medici** e di reciproco riconoscimento dei loro diplomi, certificati ed altri titoli e delle direttive 97/50/CE, 98/21/CE, 98/63/CE e 99/46/CE che modificano la direttiva 93/16/CEE" (qui di seguito: "**D. Lgs. 368/1999**")¹⁹⁹.

Si rileverà che il D. Lgs. 258/2007, attesa la sua recente approvazione, **non** è ancora stato completato da una **disciplina di dettaglio** relativa alla specifica **professione di medico**. **Si è perciò tenuto conto qui di seguito del D. Lgs. 368/1999, che è ancora in vigore, dunque è ancora oggi applicabile, quanto meno nella misura in cui è compatibile con il D. Lgs. 206/2007**²⁰⁰.

L'esercizio della professione di medico è, in Italia, regolato da:

- **Decreto Legislativo 13 settembre 1946, n. 233** recante: "Ricostituzione degli Ordini delle Professioni Sanitarie e per la disciplina dell'esercizio delle professioni stesse"
- **Decreto del Presidente della Repubblica 5 aprile 1950 n. 221** recante "Approvazione del Regolamento per la esecuzione del decreto legislativo 13 settembre 1946 n. 233, sulla ricostituzione degli Ordini delle professioni sanitarie e per la disciplina dell'esercizio delle professioni stesse"²⁰¹.

¹⁹⁸ Vedine il testo sul sito del parlamento italiano :

<http://www.parlamento.it/leggi/deleghe/07206dl.htm>

¹⁹⁹ Vedine il testo, per esempio, sul sito del Ministero della Giustizia: **Erreur ! Référence de lien hypertexte non valide.**; il testo completo degli allegati è disponibile sul sito dell'Università dell'Insubria:

<http://www.uninsubria.it/uninsubria/allegati/pagine/3003/Decreto%20Legislativo%2017%20agosto%201999%20n.%20368.pdf>

²⁰⁰ Conclusione confermata dal Dott. Fontana, della Federazione Nazionale dei Medici Chirurghi ed Odontoiatri,

²⁰¹ Vedine il testo sul sito del Ministero della salute :

<http://www.ministerosalute.it/professionisanitarie/paginaInterna.jsp?id=446&menu=cceps>.

B. Interrelazione con il diritto europeo

La legge n. 364 del 15 novembre 2000 ha ratificato per l'Italia l'Accordo tra la Comunità europea ed i suoi Stati membri e la Confederazione svizzera del 21 giugno 1999 (l'« **Accordo** »). L'Accordo disciplina la **libera circolazione delle persone** tra la Comunità Europea e la Confederazione Svizzera e **stabilisce l'applicabilità delle direttive comunitarie in tema di riconoscimento delle qualifiche professionali anche ai cittadini elvetici**. Pertanto, sono state introdotte agevolazioni **tali da rendere di fatto la situazione dei cittadini elvetici analoga a quella dei cittadini comunitari**. Viene in particolare in considerazione l'art. 9 dell'Accordo, il cui testo è il seguente.

« Articolo 9 – Diplomi certificati e altri titoli

Per agevolare ai cittadini degli Stati membri della Comunità europea e della Svizzera l'accesso alle attività dipendenti e autonome e il loro esercizio, nonché la prestazione di servizi, le parti contraenti adottano, conformemente all'allegato III, le misure necessarie per quanto riguarda il **riconoscimento reciproco dei diplomi dei certificati e di altri titoli** e il coordinamento delle disposizioni legislative, regolamentari e amministrative delle parti contraenti in materia di accesso alle attività dipendenti e autonome e dell'esercizio di queste, nonché di prestazione di servizi ».

In base all'Accordo dunque, i professionisti che intendano ottenere il riconoscimento del titolo professionale conseguito nella Confederazione Svizzera possono presentare domanda al **Ministero competente** – per la **professione di medico, il Ministero della Sanità** (v. art. 5 D. Lgs. 206/2007) – ed inviando la documentazione necessaria. Si segnala che l'art. 2 del D. Lgs. 206/2007 dispone, al comma 3, che **“per il riconoscimento dei titoli di formazione acquisiti dai cittadini (...) della Confederazione svizzera, si applicano gli accordi in vigore con l'Unione europea”**.

II. RAPPORTO

A. Libertà di stabilimento

Il D. Lgs. 206/2007 regola la **libertà di stabilimento** agli artt. 16 s. Tale decreto si applica, tra l'altro, come detto, **alla professione di medico**. Finché non verrà emanata la legislazione secondaria di **esecuzione** di tale decreto nell'ambito della professione qui in analisi, **pare logico avere riguardo al D. Lgs. 368/1999**. Distingueremo qui di seguito i due regimi, quello di cui al D. Lgs. 206/2007 (A.1) e quello di cui al D. Lgs. 368/1999 (A.2).

A.1. Regime di cui al D. Lgs. 206/2007

Il D. Lgs. 206/2007 pone, al titolo III capo I, rubricato « norme procedurali », **alcune regole generali**, che valgono per **tutte le professioni cui esso si applica, ivi compresa la professione di medico** (cfr. artt. 33-37, che vi sono specificamente dedicati).

A titolo di premessa, si dirà che la professione di medico (tecnicamente e generalmente, denominata “medico chirurgo”) rientra nelle c.d. “**professioni sanitarie**” per il cui esercizio è **necessaria l'iscrizione ad un albo** (v. Art. 8 del D.Lgs. 13 settembre 1946, n. 233). L'Albo è tenuto dagli Ordini dei medici-chirurghi, organizzate su base provinciale (art. 7 del D.Lgs. 233/1946). In effetti, “in ogni provincia sono costituiti gli Ordini dei medici-chirurghi” (art. 1 del D.Lgs. 233/1946). Gli Ordini provinciali sono riuniti in una **Federazione nazionale** con sede a Roma, nel caso dei medici-chirurghi la Federazione Nazionale degli Ordini dei Medici Chirurghi ed Odontoiatri, la c.d. “**FNOMCeO**”.

Le coordinate della “**Federazione Nazionale Ordini Medici Chirurghi ed Odontoiatri**” Piazza Cola di Rienzo 80/A 00192 Roma
Tel. 06/362031 Fax 06/3222794 e-mail: segreteria@fnomceo.it.

Italie

In apposita colonna dell'Albo dei medici sono indicati i titoli di docenza o specializzazione nelle materie che per tale professione formano oggetto delle singole specialità; per ciascuno di essi sono indicati l'autorità, il luogo e la data del rilascio. In base a tali indicazioni, sono formati separati elenchi nominativi per ogni singola specialità (art. 3 del D.P.R. 5 aprile 1950, n. 221).

Le **sedi e gli indirizzi** degli Ordini provinciali sono indicati sul sito: <http://portale.fnomceo.it/Jcmsfnomceo/Jsezione.jsp?lingua=It&idsezione=94>. La Federazione Nazionale ha sede in Roma. Competente per le questioni relative al riconoscimento è il **Ministero della Salute, Direzione generale risorse umane e professioni sanitarie, Via Giorgio Ribotta, 5 - 00144 Roma**

1. Condizioni e domanda per il riconoscimento

Ai sensi dell'art. 17 D. Lgs. 206/2007, la domanda per il riconoscimento è **corredata** dei seguenti documenti:

- un certificato o copia di un documento che attesti la **nazionalità** del prestatore;
- una copia degli **attestati di competenza o del titolo di formazione** che dà accesso alla professione ed eventualmente un attestato dell'**esperienza professionale** dell'interessato

Le autorità competenti – per la professione di *medico*: il **Ministero della Salute** – possono invitare il richiedente a **fornire informazioni** quanto alla sua formazione nella misura necessaria a **determinare l'eventuale esistenza di differenze sostanziali rispetto alla formazione richiesta sul territorio dello Stato italiano**. Qualora sia impossibile per il richiedente fornire tali informazioni, le autorità competenti si rivolgono al punto di contatto, all'autorità competente o a qualsiasi altro organismo pertinente dello Stato membro di origine.

Qualora l'accesso a una professione regolamentata sia subordinato ai **requisiti dell'onorabilità e della moralità**, o l'esercizio di tale professione possa essere **sospeso o vietato** in caso di gravi mancanze professionali o di condanne per reati penali, la sussistenza di tali requisiti si considera provata da **documenti rilasciati da competenti autorità dello Stato membro di origine o dello Stato membro da cui proviene l'interessato**.

Nei casi in cui l'ordinamento dello Stato membro di origine o dello Stato membro da cui proviene l'interessato non preveda il rilascio dei documenti di cui sopra, questi possono essere sostituiti da una **dichiarazione giurata** o, negli Stati membri in cui tale forma di dichiarazione non è contemplata, da una **dichiarazione solenne**, prestata dall'interessato dinanzi ad un'autorità *giudiziaria o amministrativa* competente o, eventualmente, dinanzi ad un *notaio* o a un *organo qualificato* dello Stato membro di origine o dello Stato membro da cui proviene l'interessato.

Qualora l'accesso ad una professione regolamentata sia subordinato al **possesso di sana costituzione fisica o psichica**, tale requisito si considera dimostrato dal **documento prescritto** nello Stato membro di origine o nello Stato membro da cui proviene l'interessato. Qualora lo Stato membro di origine o di provenienza non prescriva documenti del genere, le autorità competenti accettano un attestato rilasciato da un'autorità competente di detti Stati.

Qualora l'esercizio di una professione regolamentata sia subordinato al possesso di **capacità finanziaria** del richiedente o di assicurazione contro i danni derivanti da responsabilità professionale, tali requisiti si considerano dimostrati da un **attestato rilasciato da una banca o società di assicurazione con sede in uno Stato membro**.

I documenti di cui sopra al momento della loro presentazione non devono essere di data anteriore a **tre mesi**.

La domanda è corredata da un **certificato dell'autorità competente dello Stato membro di origine attestante che il titolo di formazione soddisfa i requisiti stabiliti dalla normativa comunitaria** in materia di riconoscimento dei titoli di formazione in base al coordinamento delle **condizioni minime di formazione** (Art. 17 del D. lgs. 206/2007).

2. Formazione richiesta

Gli artt. 33 s. del D. lgs. 206/2007 sono *specificatamente* consacrati alla formazione dei medici. Si distingue al riguardo la formazione generale dei *medici chirurghi* (2.1.), e la formazione specialistica dei *medici specialisti* (2.2.) e la formazione specifica dei *medici generalisti* (2.3.)

2.1. Formazione dei medici chirurghi (Art. 33 D. lgs. 206/2007)

L'ammissione alla formazione di medico chirurgo è subordinata al **possesso del diploma di scuola secondaria superiore**, che dia accesso, per tali studi, alle **università**. La formazione di medico chirurgo garantisce l'**acquisizione** da parte dell'interessato delle **seguenti conoscenze e competenze**:

- adeguate conoscenze delle **scienze** sulle quali si fonda l'arte medica, nonché una buona comprensione dei **metodi scientifici**, compresi i principi relativi alla misura delle funzioni biologiche, alla valutazione di fatti stabiliti scientificamente e all'analisi dei dati;
- adeguate conoscenze della **struttura**, delle **funzioni** e del **comportamento degli esseri umani**, in **buona salute e malati**, nonché dei rapporti tra l'ambiente fisico e sociale dell'uomo ed il suo stato di salute;
- adeguate conoscenze dei **problemi** e delle **metodologie cliniche** atte a sviluppare una concezione coerente della natura delle malattie mentali e fisiche, dei tre aspetti della medicina: **prevenzione, diagnosi e terapia**, nonché della **riproduzione** umana;
- adeguata **esperienza clinica** acquisita sotto opportuno controllo in ospedale.

La formazione di cui sopra comprende un **percorso formativo di durata minima di sei anni** o un **minimo di 5.500 ore di insegnamento teoriche e pratiche** impartite in una università o sotto il controllo di una università.

Per coloro che hanno iniziato i loro studi *prima* del 1° gennaio 1972, la formazione di cui al comma 2 può comportare una **formazione pratica a livello universitario di 6 mesi** effettuata a tempo pieno sotto il controllo delle autorità competenti.

2.2. Formazione medica specialistica e denominazione medica specialistica (Art. 34 D. lgs. 206/2007).

L'ammissione alla **formazione medica specializzata** è subordinata al compimento e alla convalida di **sei anni di studi** nel quadro del ciclo di formazione durante i quali sono state acquisite **appropriate conoscenze di medico chirurgo**. La formazione che permette di ottenere un **diploma di medico chirurgo specialista** nelle specializzazioni indicate nell'allegato V, punti 5.1.2, 5.1.3 (che qui si omette) risponde ai **seguenti requisiti**:

- presupporre il conferimento e validità del titolo conseguito a seguito di un ciclo di formazione nel corso del quale siano state acquisite adeguate conoscenze nel campo della medicina di base;

Italie

- insegnamento teorico e pratico, effettuato in un centro universitario, un centro ospedaliero universitario o anche un istituto di cure sanitarie a tal fine autorizzato da autorità od organi competenti;
- formazione a tempo pieno sotto il controllo delle autorità o enti competenti.

Il rilascio di un diploma di medico chirurgo specialista è **subordinato al possesso di un diploma di medico chirurgo di cui all'allegato V, punto 5.1.1** (che qui si omette). Le **durate minime della formazione specialistica non possono essere inferiori a quelle indicate, per ciascuna di tale formazione**, nell'allegato V, punto 5.1.3 (che qui si omette). I **titoli di formazione di medico specialista** sono quelli rilasciati dalle autorità od organi competenti di cui all'allegato V, punto 5.1.2 (che qui si omette) che corrispondono per la formazione specialistica in questione alle denominazioni vigenti negli Stati membri così come riportato all'allegato V, 5.1.3 (che qui si omette).

L'art. 35 D. Lgs. 206/2007 è dedicato al **regime dei diritti acquisiti dei medici specialisti**. Gli interessati in possesso di un diploma di medico specialista di cui all'allegato V, punti 5.1.2 e 5.1.3 (che qui si omette) conseguito in un altro Stato membro, la cui formazione medico specialistica, svolta secondo le modalità del tempo parziale, era disciplinata da disposizioni legislative, regolamentari e amministrative vigenti alla data del 20 giugno 1975, che hanno **iniziato** la loro formazione di specialisti **entro il 31 dicembre 1983, possono ottenere il riconoscimento del loro titolo di medico specialista**, purché detto titolo di specializzazione sia accompagnato da un **attestato** rilasciato dall'autorità competente dello Stato membro presso cui è stato conseguito il titolo che **certifichi l'effettivo e lecito esercizio da parte degli interessati dell'attività specialistica in questione per almeno tre anni consecutivi** nei cinque precedenti il rilascio dell'attestato.

Laddove siano state abrogate le disposizioni legislative, regolamentari o amministrative sul rilascio dei titoli di formazione di medico specialista di cui all'allegato V, punti 5.1.2 e 5.1.3, e siano stati adottati **a favore dei cittadini italiani** provvedimenti sui diritti acquisiti, è riconosciuto ai cittadini degli altri Stati membri in possesso di un **titolo di medico specialista conseguito in un Paese dell'Unione il diritto di beneficiare delle stesse misure**, purché i titoli di formazione specialistica in loro possesso siano stati rilasciati dallo Stato di provenienza **prima della data a partire dalla quale l'Italia ha cessato di rilasciare i titoli di formazione per la specializzazione interessata**. Le date di abrogazione di queste disposizioni si trovano all'allegato V. 5.1.3 (che qui si omette).

2.3. *Formazione specifica in medicina generale (Art. 36 D.Lgs. 206/2007)*

L'ammissione alla formazione specifica in medicina generale presuppone il compimento del **ciclo di studi** previsto per la formazione dei medici chirurghi (art. 33 D. Lgs. 206/2007). Il corso di formazione specifica in **medicina generale** della durata di almeno **tre anni** è riservato ai laureati in medicina e chirurgia, abilitati all'esercizio professionale. Al termine del suddetto corso è rilasciato il **diploma** di formazione specifica in medicina generale.

Fatto salvo quanto indicato dall'articolo 24, comma 3, del decreto legislativo 17 agosto 1999, n. 368, il corso di formazione specifica in medicina generale comporta **un impegno dei partecipanti a tempo pieno con obbligo della frequenza alle attività didattiche teoriche e pratiche**, da svolgersi sotto il controllo delle regioni e province autonome (cioè le Province di Trento e Bolzano). Il corso si conclude con il **rilascio di un diploma di formazione in medicina generale** da parte delle regioni e delle province autonome, conforme al modello predisposto con decreto del Ministro della salute. La durata del corso sumenzionato può essere ridotta per un **periodo massimo di un anno** e comunque pari a quello della **formazione pratica** impartita durante il corso di laurea in medicina e chirurgia, se detta formazione è stata dispensata in un centro ospedaliero riconosciuto, che disponga di attrezzature e di servizi adeguati di medicina generale o nell'ambito di uno studio di medicina generale riconosciuto o in un centro riconosciuto in

Italia

cui i medici dispensano cure primarie. All'inizio di ogni anno accademico, le università notificano l'attivazione di tali periodi di formazione al Ministero della salute e al Ministero dell'università e della ricerca. Il corso di formazione specifica in medicina generale, che si svolge a tempo pieno sotto il controllo delle regioni e province autonome, è di natura più pratica che teorica.

L'art. 37 D. Lgs. 206/2007 regola i « **diritti acquisiti** » specifici » dei medici di medicina generale. In base a tale disposizione Hanno diritto ad esercitare l'attività professionale in qualità di medico di medicina generale **i medici chirurghi abilitati all'esercizio professionale entro il 31 dicembre 1994**. Detto diritto è esteso ai medici, cittadini di un altro Stato membro già iscritti all'albo dei medici chirurghi ai sensi della legge 22 maggio 1978, n. 217, e che erano **titolari**, alla data del 31 dicembre 1996 di un rapporto convenzionale per **l'attività di medico in medicina generale**. Agli interessati in possesso di un titolo di medico conseguito in uno Stato membro a seguito di un ciclo di formazione previsto per i medici chirurghi, titolari di diritti acquisiti nello Stato di origine o di provenienza secondo quanto stabilito da ciascuno Stato membro ed indicato nell'allegato V, punto 5.1.4 (che qui si omette), **è riconosciuto il diritto di esercitare in Italia l'attività di medico di medicina generale senza il titolo di formazione di cui all'allegato V, punto 5.1.4**.

I cittadini comunitari, titolari di diritti acquisiti, ai fini del suddetto riconoscimento devono produrre una **certificazione rilasciata dall'autorità competente dello Stato membro di provenienza** attestante il diritto di esercitare in detto Stato l'attività di medico di medicina generale nel quadro del regime nazionale di previdenza sociale senza il titolo di formazione di cui all'allegato V, punto 5.1.4. I medici di cui sopra che intendono esercitare l'attività professionale in qualità di medico di medicina generale nel regime nazionale di sicurezza sociale di uno degli altri Stati membri anche se non sono in possesso di una formazione specifica in medicina generale **devono chiedere il rilascio del relativo certificato al competente ordine provinciale dei medici chirurghi previa presentazione della documentazione comprovante i diritti acquisiti**. Il **Ministero della salute** fornisce a richiesta delle competenti autorità dei Paesi comunitari le informazioni inerenti alle istanze dei medici chirurghi italiani tendenti ad ottenere l'ammissione all'esercizio dell'attività specifica in medicina generale nei Paesi dell'Unione europea e rilascia le certificazioni richieste, previa acquisizione della relativa documentazione.

3. **Decisione e possibilità di ricorso ; autorità competente, istruttoria, procedura, termini**

Ai fini del riconoscimento professionale, l'interessato presenta apposita **domanda** all'autorità competente (Ministero della salute, ex art. 5 D. Lgs. 206/2007). Entro **trenta giorni** dal ricevimento della domanda, l'autorità accerta la **completezza** della documentazione esibita, e ne **dà notizia** all'interessato. Ove necessario, l'autorità competente richiede le eventuali necessarie **integrazioni**.

Per la valutazione dei **titoli acquisiti**, il D. Lgs. 206/2007 prevede, come regola generale, che l'autorità indichi una « **conferenza di servizi** » ai sensi della legge 7 agosto 1990, n. 241 alla quale partecipano **rappresentanti**:

- delle amministrazioni dell'autorità competente;
- del Dipartimento per il coordinamento delle politiche comunitarie;
- del Ministero degli affari esteri.

Nella conferenza dei servizi sono sentiti **un rappresentante dell'Ordine o Collegio professionale** ovvero della categoria professionale interessata.

Tuttavia, la necessità di indire una « conferenza di servizi » non si applica, tra l'altro, nei casi di cui al capo IV del titolo III, sezione II, cioè per la professione di medico (art. 16, comma 5).

Sul riconoscimento provvede l'autorità competente con **decreto motivato**, da adottarsi nel termine di **tre mesi** dalla presentazione della documentazione completa da parte dell'interessato. Il decreto è **pubblicato** nella Gazzetta Ufficiale della Repubblica italiana.

Se l'esercizio della professione in questione è condizionato alla **prestazione di un giuramento** o ad una **dichiarazione solenne**, al cittadino interessato è proposta una formula appropriata ed equivalente nel caso in cui la **formula** del giuramento o della dichiarazione **non** possa essere utilizzata da detto cittadino (art. 16 D. Lgs. 206/2007).

4. Effetti del riconoscimento

Ai sensi dell'art. 3 del D. lgs. 206/2007, in tema di « **effetti del riconoscimento** », il riconoscimento delle qualifiche professionali operato ai sensi del D. Lgs. 206/2007 permette di **accedere**, se in possesso dei requisiti specificamente previsti, **alla professione corrispondente per la quale i soggetti richiedenti sono qualificati nello Stato membro d'origine e di esercitarla alle stesse condizioni previste dall'ordinamento italiano**. La professione che l'interessato eserciterà sul territorio italiano sarà quella per la quale è qualificato **nel proprio Stato membro d'origine**, se le attività sono comparabili.

Riguardo all'uso del titolo professionale, il prestatore può usare nella professione la **denominazione del proprio titolo di studio**, ed eventualmente la **relativa abbreviazione**, nella **lingua** dello Stato membro nel quale il titolo di studio è stato conseguito. L'uso di detta denominazione o dell'abbreviazione non è tuttavia consentito se idoneo ad **ingenerare confusione** con una professione regolamentata nel territorio nazionale, per la quale l'interessato non ha ottenuto il riconoscimento della qualifica professionale; in tal caso la denominazione potrà essere utilizzata a condizione che ad essa siano apportate le modifiche o aggiunte idonee alla differenziazione, stabilite dall'autorità competente. Tuttavia, L'art. 16 comma 10 del D.lgs. 206/2007, che deroga a tale disposizione, e che pare ben applicabile alla professione di *medico*, prevede che i beneficiari del riconoscimento esercitano la professione **facendo uso della denominazione del titolo professionale e della sua eventuale abbreviazione, prevista dalla legislazione italiana**.

Ai sensi dell'art. 28 della legge n. 833/1978 28. (Assistenza farmaceutica) “L'unità sanitaria locale eroga l'assistenza farmaceutica attraverso le farmacie di cui sono titolari enti pubblici e le farmacie di cui sono titolari i privati, tutte convenzionate”. Le farmacie, private o pubbliche, imprese individuali o società di farmacisti (organizzate come società di persone), sono, dunque, **per legge, tutte convenzionate con il Servizio socio-sanitario nazionale**. La legge prevede che le modalità per il rimborso da parte del Servizio socio-sanitario del costo dei medicinali venduti dalle farmacie ai clienti ha luogo tramite **accordo** rinnovato ogni quattro anni fra i rappresentanti dei farmacisti e i rappresentanti dello Stato e delle regioni. Parte della **convenzione** è la singola farmacia **indipendentemente dalla nazionalità e dallo Stato che ha rilasciato il titolo del titolare della farmacia e del singolo farmacista che ha atteso il cliente**, e non il singolo farmacista.

A.2. Regime di cui al D. Lgs. 258/1999

La normativa in oggetto si applica, **ai sensi dall'art. 1**, "alle attività di medico chirurgo esercitate in qualità di **dipendente o libero-professionista**". **Non pare dunque esservi alcuna distinzione a seconda che l'attività del sanitario sia esercitata quale dipendente o libero professionista.**

Per ottenere l'**accreditamento** come **medico convenzionato al "Servizio sanitario nazionale"** – c.d. "**medico della mutua**" – non vi sono requisiti particolari da soddisfare da parte del medico straniero che abbia ottenuto l'iscrizione all'albo. I requisiti sono dunque gli stessi per **medici italiani che hanno svolto la loro formazione in Italia**. Si dirà in particolare che è un organismo governativo, la Regione, che gestisce e conferisce l'accreditamento a soggetti pubblici o a professionisti che ne fanno richiesta e che intendono operare nell'ambito del Servizio sanitario nazionale, "subordinatamente alla loro **rispondenza a requisiti ulteriori, alla loro funzionalità rispetto agli indirizzi di programmazione regionale e alla verifica positiva dell'attività svolta e dei risultati raggiunti**" (v. Art. 8-quater del Decreto legislativo 19 giugno 1999, n. 229, "Norme per la razionalizzazione del Servizio sanitario nazionale, a norma dell'articolo 1 della legge 30 novembre 1998, n. 419"). Inoltre, al fine di individuare i criteri per la verifica della funzionalità rispetto alla programmazione nazionale e regionale, la regione definisce il fabbisogno di assistenza secondo le funzioni sanitarie individuate dal piano sanitario regionale. Con il conseguimento dell'accreditamento, si acquisisce lo **status di soggetto idoneo ad erogare prestazioni sanitarie e socio-sanitarie per conto del SSN**. Tuttavia, affinché un soggetto accreditato possa fornire prestazioni a carico del SSN, è necessario che la Regione, **direttamente o per il tramite delle Aziende Sanitarie, stipuli con questo appositi accordi o contratti (v. art. 8-quinquies del citato D.Lgs. 229/1999)**²⁰².

Il **Servizio sanitario nazionale** ("SSN") è il complesso delle funzioni e delle attività assistenziali svolte dai servizi sanitari regionali, dagli enti e istituzioni di rilievo nazionale e dallo Stato, volte a garantire la tutela della salute come diritto fondamentale dell'individuo ed interesse della collettività, nel rispetto della dignità e della libertà della persona umana (art. 1 del D.Lgs. 502/1992). Il termine, chiaramente ispirato al **National Health Service (NHS)** britannico, è stato introdotto con la legge 833/78 (la cosiddetta "Riforma Sanitaria"). Il Servizio sanitario nazionale è un sistema pubblico di carattere *universalistico* che garantisce l'assistenza sanitaria a tutti i cittadini, finanziato attraverso la fiscalità generale e le entrate dirette, percepite dalle aziende sanitarie locali, derivanti dai **ticket sanitari** (cioè delle quote con cui l'assistito contribuisce alle spese) e dalle prestazioni a pagamento.

1. Condizioni per il riconoscimento

Medico chirurgo. I diplomi, certificati e altri titoli di **medico chirurgo**, rilasciati ai cittadini degli Stati membri da altri Stati membri conformemente ai requisiti di formazione previsti all'articolo 18 (v. qui di sotto) ed elencati nell'allegato A (che qui si omette), **sono riconosciuti in Italia con gli stessi effetti dei diplomi rilasciati in Italia per l'accesso all'attività di medico chirurgo, dipendente o libero-professionista** (Art. 2 D.Lgs. 368/1999).

In base all'art. 18, la formazione di **medico chirurgo** comprende:

- adeguate conoscenze delle scienze sulle quali si fonda l'arte medica, nonché una buona comprensione dei metodi scientifici, compresi i principi relativi alla misura delle funzioni biologiche, alla valutazione di fatti stabiliti scientificamente e all'analisi dei dati;

²⁰²

Informazioni tratte da N. Catalano, *Care* 4, 2002.

Italie

- adeguate conoscenze della struttura, delle funzioni e del comportamento degli esseri umani, in buona salute e malati, nonché dei rapporti tra l'ambiente fisico e sociale dell'uomo ed il suo stato di salute;
- adeguate conoscenze dei problemi e delle metodologie cliniche atte a sviluppare una concezione coerente della natura delle malattie mentali e fisiche, dei tre aspetti della medicina: prevenzione, diagnosi e terapia, nonché della riproduzione umana;
- adeguata esperienza clinica acquisita sotto opportuno controllo in ospedale.

La **formazione** comprende un percorso formativo di durata minima di **sei anni** o un **minimo di 5.500 ore** di insegnamento teoriche e pratiche impartite in una università o sotto il controllo di una università'.

Medico chirurgo specialista. I diplomi, certificati e altri titoli di **medico chirurgo specialista**, comuni a tutti gli Stati membri, rilasciati ai cittadini degli Stati membri da altri Stati membri conformemente all'articolo 20 ed elencati nell'**allegato B** (che qui **si omette**), **sono riconosciuti in Italia con gli stessi effetti dei diplomi, certificati ed altri titoli di specializzazione rilasciati in Italia per l'accesso all'attività di medico chirurgo specialista, dipendente o libero-professionista.** I titoli in questione e le denominazioni corrispondenti sono indicate nell'allegato B (che qui si omette) (Art. 3 D.Lgs. 368/1999).

I diplomi, certificati e altri titoli di **medico chirurgo specialista**, comuni a due o più Stati membri e rilasciati ai cittadini degli Stati membri da altri Stati membri conformemente all'articolo 20 ed elencati nell'**allegato C** (che qui **si omette**), **sono riconosciuti con gli stessi effetti dei diplomi di specializzazione rilasciati in Italia per l'accesso all'attività di medico chirurgo specialista, dipendente o libero professionista.** I titoli in questione e le denominazioni corrispondenti sono indicati nell'allegato C (Art. 4 D.Lgs. 368/1999).

I cittadini degli Stati membri in possesso del riconoscimento, che intendono conseguire **uno dei diplomi di specializzazione**, che non figurano negli allegati B e C o che, pur menzionati nell'allegato C, non sono rilasciati nello Stato membro di origine o di provenienza, **possono concorrere all'ammissione alle scuole di specializzazione italiane, alle stesse condizioni e limiti previsti dalla normativa vigente, previa verifica dei requisiti.**

I cittadini degli Stati membri, che intendono ottenere uno dei diplomi di specializzazione in questione e che sono in possesso di un diploma, certificato e altro titolo di formazione di **medico specialista** conseguito nello Stato membro di origine o di provenienza e riconducibile alla specializzazione per la quale intendono concorrere, **possono ottenere il riconoscimento, in tutto o in parte, dei periodi di formazione compiuti e sanzionati da un diploma, certificato o altro titolo di studio rilasciato dall'Autorità competente dello Stato membro di origine o di provenienza.** I titoli sono valutati anche in funzione del carattere ufficiale che rivestono nel Paese di origine o di provenienza. **La valutazione dei periodi di formazione è effettuata**, su proposta dal Ministero della sanità e del Ministero dell'Università, della ricerca scientifica e tecnologica, **dai competenti organi accademici** che determinano la durata ed i **contenuti del periodo di formazione complementare.** L'ammissione è peraltro concessa, previo superamento delle prove selettive, anche in deroga ai limiti dei posti previsti per il corso di specializzazione richiesto. Le Università comunicano annualmente al Ministero della sanità il numero di cittadini ammessi ai benefici di cui sopra con l'indicazione dello Stato membro di origine o di provenienza e del corso di specializzazione cui sono stati ammessi nonché l'elenco dei cittadini che, ancorché ammessi, hanno conseguito il titolo di medico chirurgo specialista (v. art. 5 D. Lgs. 17 agosto 1999, n. 368).

I cittadini degli Stati membri che hanno ottenuto il riconoscimento **usano rispettivamente il titolo di "medico chirurgo" e "medico chirurgo specialista in ..."** e fanno uso delle **relative abbreviazioni.** Il titolo professionale può essere accompagnato dal **titolo di formazione corrispondente**, come indicato negli allegati A, B e C (che qui si omettono),

nella lingua dello stato di origine o di provenienza seguito dal nome e luogo dell'università o istituzione che ha rilasciato tale titolo nello Stato di origine o di provenienza. Il Ministero della sanità indica le **modalità di utilizzo** del titolo di formazione nel caso in cui il titolo di formazione **possa essere confuso** con un titolo che richieda in Italia una **formazione maggiore che il titolare non ha compiuto** o che dia possibilità di una attività diversa da quella prevista dal Paese in cui il titolo è stato conseguito (Art. 7 D.Lgs. 368/1999).

2. Procedura

La procedura di ammissione del beneficiario all'accesso ad una delle attività di medico chirurgo deve essere **conclusa al più presto e comunque entro tre mesi dalla presentazione del fascicolo completo dell'interessato**, fatte salve le dilazioni che potrebbero risultare indispensabili per la relativa istruttoria ovvero necessarie a seguito di eventuale ricorso proposto alla fine della procedura stessa. Lo Stato membro consultato deve far pervenire la propria risposta entro un **termine di tre mesi**. Al momento in cui riceve la risposta o alla scadenza di detto termine, il Ministero della sanità prosegue la procedura di riconoscimento (Art. 12 D.Lgs. 368/1999).

Nel caso in cui per l'accesso all'esercizio ad una delle attività di medico chirurgo sia richiesto la prestazione di un **giuramento** o una **dichiarazione solenne** e qualora la formula di detto giuramento o di detta dichiarazione non possa essere utilizzata dai cittadini degli altri Stati membri agli interessati e' proposta una **formula appropriata ed equivalente** (Art. 13 D. Lgs. 368/1999).

3. Iscrizione all'albo

I cittadini di uno Stato membro che hanno ottenuto il riconoscimento dei diplomi, certificati o altri titoli di medico chirurgo o di medico chirurgo specialista **si iscrivono all'albo dei medici chirurghi e medici chirurghi specialisti** della **provincia** in cui hanno stabilito la propria residenza o domicilio professionale e sono **soggetti a quanto previsto dalle normative nazionali in relazione all'esercizio dell'attività professionale**. L'iscrizione è condizionata alla presentazione della **certificazione** rilasciata dall'Autorità competente del Paese di origine o di provenienza nella quale deve essere specificato che **non vi è in atto una inabilitazione temporanea o definitiva per l'esercizio della professione**.

Quando lo Stato membro di origine o di provenienza **non richiede un attestato di moralità** o di onorabilità per il primo accesso all'attività di cui trattasi, deve essere richiesto un **estratto del casellario giudiziario** o, in mancanza, un **documento equipollente** rilasciato da una Autorità competente dello Stato membro di origine o di provenienza (art. 8 D.Lgs. 368/1999).

Qualora il Ministero della sanità venisse a conoscenza di **fatti gravi e specifici**, avvenuti fuori dal territorio italiano *anteriamente* allo stabilimento dell'interessato in Italia, che potrebbero avere conseguenze per l'esercizio della relativa attività professionale, informa lo Stato di origine o di provenienza che **esamina la veridicità dei fatti**. Le autorità di tale Stato decidono della natura e dell'ampiezza delle indagini che devono essere svolte e comunicano al Ministero della sanità quali **conseguenze esse ne traggono nei confronti dei certificati o dei documenti da esse rilasciati**. In caso di conferma della veridicità dei fatti il Ministero della sanità ne dà **comunicazione** alla Federazione degli ordini dei medici chirurghi per l'**adozione dei relativi provvedimenti**. Le informazioni trasmesse in questo caso sono coperte dal segreto d'ufficio.

I cittadini degli altri Stati membri dell'Unione europea che abbiano ottenuto l'iscrizione all'albo professionale hanno gli **stessi diritti** e sono **soggetti agli obblighi e sanzioni disciplinari** stabiliti dalla normativa nazionale. **Per i procedimenti disciplinari e le relative sanzioni si**

Italie

applica la normativa vigente in Italia. L'ordine dei medici chirurghi comunica al Ministero della sanità tutte le sanzioni che incidono sull'esercizio professionale. Il Ministero della sanità **comunica** allo Stato di origine o di provenienza dell'interessato le sanzioni disciplinari adottate. Le informazioni sono coperte dal segreto d'ufficio (Art. 9 D.Lgs. 368/1999).

4. Effetti dell'iscrizione

4.1. *Usò del titolo professionale*

I cittadini degli Stati membri che hanno ottenuto il riconoscimento **usano rispettivamente il titolo di “medico chirurgo” e “medico chirurgo specialista in ...” e fanno uso delle relative abbreviazioni.**

Il titolo professionale può essere accompagnato dal **titolo di formazione corrispondente**, come indicato negli allegati A, B e C (che qui si omette), **nella lingua dello stato di origine o di provenienza seguito dal nome e luogo dell'università o istituzione che ha rilasciato tale titolo nello Stato di origine o di provenienza.**

Il Ministero della sanità indica le **modalità di utilizzo** del titolo di formazione nel caso in cui il titolo di formazione **possa essere confuso** con un titolo che richieda in Italia una **formazione maggiore che il titolare non ha compiuto** o che dia possibilità di una attività diversa da quella prevista dal Paese in cui il titolo è stato conseguito (Art. 7 D.Lgs. 368/1999).

4.2. *Obblighi*

I cittadini di uno Stato membro che hanno ottenuto il riconoscimento dei diplomi, certificati o altri titoli di medico chirurgo o di medico chirurgo specialista **si iscrivono all'albo dei medici chirurghi e medici chirurghi specialisti** della **provincia** in cui hanno stabilito la propria residenza o domicilio professionale e sono **soggetti a quanto previsto dalle normative nazionali in relazione all'esercizio dell'attività professionale.**

L'iscrizione è condizionata alla presentazione della **certificazione** rilasciata dall'Autorità competente del Paese di origine o di provenienza nella quale deve essere specificato che **non vi è in atto una inabilitazione temporanea o definitiva per l'esercizio della professione.**

Quando lo Stato membro di origine o di provenienza **non richiede un attestato di moralità** o di onorabilità per il primo accesso all'attività di cui trattasi, deve essere richiesto un **estratto del casellario giudiziario** o, in mancanza, un **documento equipollente** rilasciato da una Autorità competente dello Stato membro di origine o di provenienza (art. 8 D.Lgs. 368/1999).

Qualora il Ministero della sanità venisse a conoscenza di **fatti gravi e specifici**, avvenuti fuori dal territorio italiano *anteriamente* allo stabilimento dell'interessato in Italia, che potrebbero avere conseguenze per l'esercizio della relativa attività professionale, informa lo Stato di origine o di provenienza che **esamina la veridicità dei fatti**. Le autorità di tale Stato decidono della natura e dell'ampiezza delle indagini che devono essere svolte e comunicano al Ministero della sanità quali **conseguenze esse ne traggono nei confronti dei certificati o dei documenti da esse rilasciati**. In caso di conferma della veridicità dei fatti il Ministero della sanità ne dà **comunicazione** alla Federazione degli ordini dei medici chirurghi per **l'adozione dei relativi provvedimenti**. Le informazioni trasmesse in questo caso sono coperte dal segreto d'ufficio.

4.3. Sanzioni disciplinari

I cittadini degli altri Stati membri dell'Unione europea che abbiano ottenuto l'iscrizione all'albo professionale hanno gli **stessi diritti** e sono **soggetti agli obblighi e sanzioni disciplinari** stabiliti dalla normativa nazionale. **Per i procedimenti disciplinari e le relative sanzioni si applica la normativa vigente in Italia.** L'ordine dei medici chirurghi comunica al Ministero della sanità tutte le sanzioni che incidono sull'esercizio professionale. Il Ministero della sanità **comunica** allo Stato di origine o di provenienza dell'interessato le sanzioni disciplinari adottate. Le informazioni sono coperte dal segreto d'ufficio (Art. 9 D.Lgs. 368/1999).

4.4. Codice deontologico

Se ne deve dedurre che gli iscritti, quale che sia la loro **nazionalità** ed il Paese nel quale hanno ottenuto il **titolo**, sono tenuti all'osservanza del **Codice di deontologia medica 2006**, disponibile sul sito <http://portale.fnomceo.it/Jcmsfnomceo/Jarticolo.jsp?lingua=It&idsezione=11&idarticolo=3694>. Ai sensi dell'art. 1, infatti, "il **Codice di Deontologia Medica** contiene principi e regole che il medico-chirurgo e l'odontoiatra, iscritti agli **albi professionali dell'Ordine dei Medici Chirurghi e degli Odontoiatri**, devono osservare nell'esercizio della **professione (...)**".

4.5. Assicurazione obbligatoria

Non vi è, attualmente, per l'esercizio della professione del medico in Italia, alcun obbligo di assicurazione contro la responsabilità civile, anche se l'assicurazione professionale è largamente diffusa (e diversi progetti di legge, dal destino parlamentare tuttavia ad oggi alquanto incerto, intendono introdurla).

B. Libera prestazione di servizi

Il D. Lgs. 206/2007 regola la **libera prestazione di servizi** agli artt. 9-15. Tale decreto si applica, tra l'altro, come detto, alla professione di *medico*. Finché non verrà emanata la legislazione secondaria di **esecuzione** di tale decreto nell'ambito delle professioni qui in analisi, **pare logico avere riguardo alla D. Lgs. 368/1999**. I due regimi saranno illustrati separatamente.

B.1. Regime di cui al D. Lgs. 206/2007

1. Condizioni per l'esercizio

La **libera prestazione di servizi** sul territorio nazionale **non** può essere limitata per ragioni attinenti alle qualifiche professionali:

- se il prestatore è **legalmente stabilito** in un altro Stato membro per esercitarvi la corrispondente professione;
- in caso di **spostamento del prestatore**; in tal caso, se nello Stato membro di stabilimento la professione **non è regolamentata**, il prestatore deve aver esercitato tale professione per almeno **due anni** nel corso dei **dieci anni** che precedono la prestazione di servizi.

Tale libertà è concessa al solo prestatore che si **sposta** sul territorio dello Stato per esercitare la professione « **in modo temporaneo e occasionale** ». Il carattere « temporaneo e occasionale » della prestazione è valutato, dall'autorità competente, **caso per caso**, tenuto conto anche della **natura** della prestazione, della **durata** della prestazione stessa, della sua **frequenza**, della sua **periodicità** e della sua **continuità** (Art. 9 D. Lgs. 206/2007).

2. Comunicazione

Il prestatore che si sposta per la prima volta da un altro Stato membro sul territorio nazionale per fornire servizi è tenuto **ad informare 30 giorni prima**, salvo i casi di urgenza, l'autorità competente con una **dichiarazione scritta**, contenente **informazioni** sulla prestazione di servizi che intende svolgere, nonché sulla **copertura assicurativa o analoghi mezzi di protezione personale o collettiva per la responsabilità professionale**. Tale dichiarazione ha validità per l'anno in corso e deve essere rinnovata, se il prestatore intende successivamente fornire servizi temporanei o occasionali in tale Stato membro. Il prestatore può fornire la dichiarazione con **qualsiasi mezzo idoneo** di comunicazione (art. 10 D.lgs. 206/2007).

In occasione della **prima** prestazione, o in qualunque momento interviene un **mutamento** oggettivo della situazione attestata dai documenti, la dichiarazione di cui sopra deve essere corredata di:

- un certificato o copia di un documento che attesti la **nazionalità** del prestatore;
- una certificazione dell'autorità competente che attesti che il titolare è **legalmente stabilito in uno Stato membro** per esercitare le attività in questione e che non gli è vietato esercitarle, anche su base temporanea, al momento del rilascio dell'attestato;
- un documento che comprovi il **possesso delle qualifiche professionali**;
- nei casi in cui la professione non è regolamentata, una prova con qualsiasi mezzo che il prestatore ha esercitato l'attività in questione per almeno **due anni** nei precedenti dieci anni;
- per le professioni nel settore della **sicurezza** la prova di **assenza di condanne penali**.

Il prestatore deve **informare** della sua prestazione, prima dell'esecuzione o, in caso di urgenza, immediatamente dopo, **l'ente di previdenza obbligatoria competente per la professione esercitata**. La comunicazione, che **non comporta obblighi di iscrizione o di contribuzione**, può essere effettuata con **qualsiasi mezzo idoneo** (Art. 10 D. lgs. 206/2007).

3. Diritti ed obblighi

In caso di **spostamento**, il prestatore è soggetto alle **norme che disciplinano l'esercizio della professione che è ammesso ad esercitare**, quali : la **definizione** della professione, l'**uso** dei titoli e la **responsabilità** professionale connessa direttamente e specificamente alla tutela e sicurezza dei consumatori, nonché alle **disposizioni disciplinari** applicabili ai professionisti che, sul territorio italiano, esercitano la professione corrispondente (art. 9 comma 4 D.lgs. 206/2007).

Per le professioni di cui al titolo III, capo IV – tra le quali vi è quella del **farmacista** – la prestazione di servizi è effettuata **con il titolo professionale previsto dalla normativa italiana**.

Copia delle dichiarazioni di cui sopra è trasmessa dall'autorità competente al **competente Ordine o Collegio** professionale che provvede ad una **iscrizione automatica in apposita sezione degli albi istituiti e tenuti presso i consigli provinciali e il consiglio nazionale** con oneri a carico dell'Ordine o Collegio stessi. L'iscrizione è assicurata per la durata di efficacia della dichiarazione. L'iscrizione all'ordine **non comporta l'iscrizione ad enti di previdenza obbligatoria** (Art. 13 D.lgs. 206/2007).

Italie

Le informazioni pertinenti circa la **legalità** dello stabilimento e la **buona condotta** del prestatore, nonché l'**assenza** di sanzioni disciplinari o penali di carattere professionale sono richieste e assicurate dalle autorità competenti. Queste provvedono affinché lo **scambio di tutte le informazioni necessarie** per un reclamo del destinatario di un servizio contro un prestatore avvenga correttamente. I destinatari sono **informati** dell'esito del reclamo (Art. 14 D. Lgs. 206/2007).

B.2. Regime di cui al D. Lgs. 368/1999

1. Condizioni per l'esercizio

Per le prestazioni in Italia di servizi, con carattere occasionale, di medico chirurgo o medico chirurgo specialista, i cittadini degli Stati membri **sono dispensati dall'iscrizione all'ordine professionale**. Essi sono soggetti ai **relativi diritti e doveri previsti dalla normativa vigente e sono sottoposti alle disposizioni disciplinari di carattere professionale o amministrativo-fiscale così come previsto dall'ordinamento italiano**. Le prestazioni di cui sopra sono subordinate al **rispetto delle disposizioni vigenti in materia di incompatibilità ed esercizio di attività libero-professionali**. Di ogni eventuale provvedimento adottato in caso di violazione o inottemperanza delle disposizioni alle norme di cui sopra, è data **tempestiva comunicazione** all'Autorità competente dello Stato di origine o di provenienza (Art. 14 D. Lgs. 368/1999).

Nei casi in cui gli interessati vengano **privati** in tutto o in parte, definitivamente o temporalmente del diritto ad esercitare la professione di medico chirurgo, il Ministero della sanità **provvede a ritirare l'attestato**, se già rilasciato (Art. 15 D. Lgs. 368/1999).

2. Comunicazione

Il medico o medico specialista cittadino di altri Stati membri dell'Unione europea, che intende erogare **prestazioni occasionali**, deve essere **autorizzato dal Ministero della sanità in via preventiva**. L'autorizzazione è subordinata alla presentazione, da parte dell'interessato, di **apposita richiesta in lingua italiana** con l'indicazione della motivazione giustificante le prestazioni che intende svolgere e corredata di:

- indicazione dell'ordine dei medici chirurghi corrispondente alla **provincia** nella quale intende erogare la prestazione;
- **certificazione** relativa all'attività medica legalmente esercitata nello Stato di origine o provenienza;
- certificazione della competente Autorità del Paese di origine o provenienza che garantisca il **possesso dei titoli o diplomi richiesti**;
- indicazione del **domicilio** durante la permanenza in Italia.

In caso di **urgenza**, la richiesta motivata di autorizzazione deve essere presentata subito dopo l'effettuazione della prestazione e comunque **entro il termine di quindici giorni**. La documentazione di cui sopra deve essere di data **non anteriore ai dodici mesi** dalla data della richiesta. In caso di **ulteriori** prestazioni nella stessa provincia e nello stesso luogo, entro un anno a far data dalla prima richiesta, è sufficiente **notificare il motivo e la data delle prestazioni stesse**.

Il Ministero della sanità **da comunicazione delle autorizzazioni rilasciate** all'ordine dei medici chirurghi competente, per l'**iscrizione in apposito elenco** (Art. 15 D. Lgs. 368/1999).



Institut suisse de droit comparé
Schweizerisches Institut für Rechtsvergleichung
Istituto svizzero di diritto comparato
Swiss Institute of Comparative Law

AVIS SUR LES PROFESSIONS LIBÉRALES ET LA LIBRE CIRCULATION DES SERVICES PHARMACIENS

Allemagne, Angleterre, Autriche, France et Italie

Avis 07-011

Lausanne, le 7 octobre 2008
ECR/LF/KJD/SL/EL/GPR/ba

TABLE DES MATIÈRES

ALLEMAGNE	346
ANGLETERRE	355
AUTRICHE	363
FRANCE	370
ITALIE	371

ALLEMAGNE

I. EINLEITUNG

A. Rechtsquellen

1. Europäisches Recht

a. Primärrecht

- Art. 39ff, 43ff und 49ff EG-Vertrag (EG) (ABl. 24.12.2002 C 325/33)
- Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits über die Freizügigkeit vom 21.6.1999, in Kraft seit 1.6.2002, Stand 27.12.2006 (0.142.112.681) in Deutschland BGBl. II 2001 S. 810 und BGBl. II 2002, S. 1692.

b. Sekundärrecht

- Richtlinie 2005/36/EG vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen (ABl. EU Nr. L 255 S. 22, 2007 Nr. L 271 S. 18).

2. Deutsches Recht

a. Gesetze

- [Bundes-Apothekerordnung \(BApO\)](#) in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Juli 1989 (BGBl. I S. 1478, 1842), zuletzt geändert durch Artikel 33 der Verordnung vom 31. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2407 Änderung durch Art. 1 G v. 2.12.2007 I 2686 (Nr. 60) textlich nachgewiesen
- [Approbationsordnung für Apotheker \(AAppO\)](#) vom 19. Juli 1989 (BGBl. I S. 1489), zuletzt geändert durch Artikel 3 Abs. 5 des Gesetzes vom 19. Februar 2007 (BGBl. I S. 122 Änderung durch Art. 2 G v. 2.12.2007 I 2686 (Nr. 60) textlich nachgewiesen
- [Gesetz über das Apothekenwesen \(Apothekengesetz - ApoG\)](#) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Oktober 1980 (BGBl. I S. 1993), zuletzt geändert durch Artikel 36 des Gesetzes vom 26. März 2007 (BGBl. I S. 378 Änderung durch Art. 3 G v. 2.12.2007 I 2686 (Nr. 60) textlich nachgewiesen
- [Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlamentes und des Rates über die Anerkennung von Berufsqualifikationen der Heilberufe vom 2.12.2007](#), BGBl. I S. 2686.
- **Landes-Heilberufs- und Heilberufskammergesetze**
- [Rahmenvertrag über die Arzneimittelversorgung nach § 129 Absatz 2 SGB V](#) in der Fassung der Schiedsentscheidung vom 05. April 2004

B. Verhältnis zu europarechtlichen Vorgaben

1. Umsetzung der Richtlinie 2005/36/EG

Die Bundesapothekerordnung (BAO) und die Approbationsordnung für Apotheker (AApprO) werden durch das Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlamentes und des Rates über die Anerkennung von Berufsqualifikationen der Heilberufe (BGBl. I 2686) sehr stark im Detail geändert. Diese Änderungen vom 2.12.2007 flossen bislang nicht in eine **konsolidierte** Gesetzesfassung ein. Das vorliegende Gutachten basiert daher auf einer neuen Rechtslage und sehr komplexen Gesetzesmaterialien.

2. Verhältnis zum Freizügigkeitsabkommen Schweiz-EG

Die nationale Gesetzgebung bezieht die Richtlinie bereits ein, die allerdings für die Schweiz noch nicht gilt. Mit der Entscheidung für die Richtlinienanwendung in der Schweiz ist daher anzunehmen, dass auf Schweizer Apotheker die gleichen Grundsätze Anwendung finden werden, die für Staatsangehörige der EU-Mitgliedsstaaten gelten, und die Voraussetzungen der Anerkennung von Berufsqualifikationen und der Niederlassung Schweizer Staatsangehöriger in EU-Staaten erleichtert wird.

II. LÄNDERBERICHT DEUTSCHLAND

A. Niederlassung als Apotheker

1. Titel

Gem. § 3 BApO darf die Berufsbezeichnung "Apotheker" oder "Apothekerin" nur führen, wer

- als Apotheker **approbiert** ist oder
- aufgrund einer **Erlaubnis** zur Ausübung des Apothekerberufs befugt ist oder
- als Staatsangehöriger eines EU-Mitgliedstaats oder eines anderen EWR-Vertragsstaates oder eines Vertragsstaates sind, dem Deutschland und EG bzw. EU vertraglich einen entsprechenden Rechtsanspruch eingeräumt haben, und **vorübergehend und gelegentlich als Erbringer von Dienstleistungen** im Sinne des Artikels 50 des EG-Vertrages im Geltungsbereich dieses Gesetzes als Apotheker tätig wird.

2. Dauernde Berufszulassung

a. Erfordernisse

Wer in Deutschland den Beruf des Apothekers dauerhaft ausüben will, bedarf gem. § 4 BAO, 20 AApprO der **Approbation**, oder- bei vorübergehender Niederlassung zur Ausübung des Apothekerberufs- einer **Erlaubnis**.

Die Approbation ist auf Antrag zu erteilen, wenn der Antragsteller

1. Deutscher im Sinne des Art. 116 GG, Staatsangehöriger eines EU-Mitgliedsstaates oder eines anderen EWR-Vertragsstaates oder eines Vertragsstaates sein, dem Deutschland und EG bzw. EU vertraglich einen entsprechenden Rechtsanspruch eingeräumt haben (hierunter fällt die **Schweiz**), oder heimatloser Ausländer im Sinne des Gesetzes über die Rechtsstellung heimatloser Ausländer sein
2. sich nicht eines Verhaltens schuldig gemacht hat, aus dem sich seine **Unwürdigkeit oder Unzuverlässigkeit** zur Ausübung des ärztlichen Berufs ergibt,
3. nicht in **gesundheitlicher Hinsicht** zur Ausübung des Berufs ungeeignet ist,

Allemanne

4. nach einer Gesamtausbildungszeit von **fünf Jahren**, von denen **zwölf Monate** auf die praktische Ausbildung entfallen müssen, die pharmazeutische Prüfung im Geltungsbereich dieses Gesetzes bestanden hat.

Eine in einem EU-Mitgliedsstaates oder einem anderen EWR-Vertragsstaat oder einem Vertragsstaates, dem Deutschland und EG bzw. EU vertraglich einen entsprechenden Rechtsanspruch eingeräumt haben abgeschlossene pharmazeutische Ausbildung gilt als solche Ausbildung, wenn sie durch Vorlage eines in der Anlage aufgeführten Ausbildungsnachweises des jeweiligen Mitgliedstaats, der sich auf eine nach dem in der Anlage aufgeführten jeweiligen Stichtag begonnene Ausbildung bezieht, nachgewiesen worden ist.

Für die **Schweiz** sind dies nach der Anlage:

Diplome fédéral de pharmaciens/Eidgenössisches Apothekerdiplom/Diploma federale di farmacista (Departement federal de l'interieur/ Eidgenössisches Departement des Innern/Departamento federale dell' interno); Stichtag ist der **1. Juni 2002**

Ausbildungsnachweise, die sich auf eine **vor** dem in der Anlage aufgeführten jeweiligen Stichtag begonnene Ausbildung beziehen, sind dem entsprechenden Ausbildungsnachweis gleichgestellt, wenn ihnen eine Bescheinigung der zuständigen Behörde des jeweiligen Mitgliedstaats darüber beigefügt wird, dass die Ausbildung den Anforderungen des Artikels 44 der Richtlinie 2005/36/EG²⁰³ in der jeweils geltenden Fassung entspricht

Genügen die von einem anderen EU-Mitgliedsstaat oder EWR-Vertragsstaat **oder einem Vertragsstaat, dem Deutschland und EG bzw. EU vertraglich einen entsprechenden Rechtsanspruch eingeräumt haben** ausgestellten Ausbildungsnachweise eines Apothekers nicht allen in Artikel 44 der Richtlinie 2005/36/EG festgelegten Mindestanforderungen der Ausbildung, sind sie diesen genügenden Ausbildungsnachweisen gleichgestellt, wenn hierdurch der Abschluss einer Ausbildung nachgewiesen werden kann, die vor dem relevanten Stichtag begonnen wurde und wenn eine Bescheinigung der zuständigen nationalen Behörde beigefügt wird, die bestätigt, dass der Inhaber in einem Mitgliedstaat oder in einem anderen EWR-Vertragsstaat oder in einem Vertragsstaat, dem Deutschland und die EU vertraglich einen entsprechenden Rechtsanspruch eingeräumt haben, während der letzten **fünf** Jahre vor Ausstellung der Bescheinigung **mindestens drei** Jahre lang ununterbrochen eine pharmazeutische Tätigkeit ausgeübt hat.

Diesen Ausbildungsnachweisen gleichwertig sind von einem der übrigen EU-Mitgliedstaaten oder einem anderen EWR-Vertragsstaat oder einem Vertragsstaat, dem Deutschland und die EG bzw. EU vertraglich einen entsprechenden Rechtsanspruch eingeräumt haben, ausgestellte Ausbildungsnachweise des Apothekers, die den in der Anlage aufgeführten Bezeichnungen nicht entsprechen, aber mit einer Bescheinigung dieses Staates darüber vorgelegt werden, dass sie den Abschluss einer Ausbildung belegen, die den Mindestanforderungen des Artikels 44 der Richtlinie 2005/36/EG entspricht, und dass sie den für diesen Staat in der Anlage zu Absatz 1a Satz 1 aufgeführten Nachweisen gleichstehen.

Zudem sind Antragstellern, die die sonstigen Voraussetzungen zur Approbation als Apotheker erfüllen können auch auf Grund der Vorlage eines **vor** den Stichtagen ausgestellten pharmazeutischen Ausbildungsnachweises eines der übrigen EU-Mitgliedstaaten oder eines vor dem 1. Januar 1993 ausgestellten pharmazeutischen Ausbildungsnachweises eines anderen EWR-Vertragsstaates oder eines

²⁰³ Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen (ABl. EU Nr. L 255 S. 22, 2007 Nr. L 271 S. 18)

Allemagne

Vertragsstaates, dem Deutschland und die EG bzw. EU vertraglich einen entsprechenden Rechtsanspruch eingeräumt haben, beantragen und dieser nicht allen Mindestanforderungen der tierärztlichen Ausbildung nach Artikel 38 der Richtlinie 2005/36/EG genügt, ist die Approbation zu erteilen, sofern der zuständigen Behörde eine Bescheinigung des Herkunftsmitgliedstaats vorgelegt wird, aus der sich ergibt, dass der Antragsteller während der letzten **fünf** Jahre vor Ausstellung der Bescheinigung **mindestens drei** Jahre ununterbrochen tatsächlich und rechtmäßig den pharmazeutischen Beruf ausgeübt hat.

5. über die für die Ausübung der Berufstätigkeit **erforderlichen Kenntnisse der deutschen Sprache** verfügt.

b. Antragsinhalt

Der Antragsteller hat folgende Unterlagen und Bescheinigungen vorzulegen:

1. **Staatsangehörigkeitsnachweis**
2. Amtlich beglaubigte Kopie der **Befähigungsnachweise oder des Ausbildungsnachweises**, der zur Aufnahme des entsprechenden Berufs berechtigt sowie gegebenenfalls eine Bescheinigung über die von der betreffenden Person erworbene **Berufserfahrung**
3. die Unterlagen, die von den zuständigen Behörden des Herkunftsmitgliedstaats ausgestellt wurden und belegen, dass der Antragsteller nicht der Berufsausübung **unwürdig und unzuverlässig** ist (nicht älter als drei Monate); Nachweis fehlender Anhängigkeit eines Strafverfahrens
4. der Nachweis der **gesundheitlichen Eignung** (nicht älter als drei Monate),
5. eine Bescheinigung der zuständigen Behörden des Herkunftsmitgliedstaats, aus der hervorgeht, dass die Nachweise über die geforderten Ausbildungsvoraussetzungen den in der Richtlinie verlangten Nachweisen entsprechen,
6. bei Ausbildungsnachweisen aus einem Drittland zusätzliche Angaben, um feststellen zu können, ob sich die Ausbildung auf Inhalte bezieht, die sich wesentlich von der in Deutschland vorgeschriebenen Ausbildung unterscheiden,
7. für den Fall, dass sich Ausbildungsnachweise nach Artikel 3 Abs. 1 Buchstabe c der Richtlinie 2005/36/EG eines EU-Mitgliedsstaats, eines anderen EWR-Vertragsstaats **oder eines Vertragsstaats, dem Deutschland und EG bzw. EU vertraglich einen entsprechenden Rechtsanspruch eingeräumt haben** auf eine Ausbildung beziehen, die ganz oder teilweise in einer rechtmäßig im Hoheitsgebiet eines anderen der genannten Staaten niedergelassenen Einrichtung absolviert wurde, Unterlagen darüber,
 - a) ob der Ausbildungsgang in der betreffenden Einrichtung von der Ausbildungseinrichtung des Ausstellungsmitgliedstaats offiziell bescheinigt worden ist,
 - b) ob der ausgestellte Ausbildungsnachweis dem entspricht, der verliehen worden wäre, wenn der Ausbildungsgang vollständig im Ausstellungsmitgliedstaat absolviert worden wäre, und
 - c) ob mit dem Ausbildungsnachweis im Hoheitsgebiet des Ausstellungsmitgliedstaats dieselben beruflichen Rechte verliehen werden.

Haben die zuständigen Behörden berechnigte Zweifel an der Authentizität der in dem jeweiligen Herkunftsmitgliedstaat ausgestellten Bescheinigungen und Ausbildungsnachweise, können sie von den zuständigen Behörden des Herkunftsmitgliedstaats eine Bestätigung der Authentizität dieser Bescheinigungen und Nachweise sowie

Allemagne

eine Bestätigung darüber verlangen, dass der Antragsteller die Mindestanforderungen der Ausbildung erfüllt (Artikel 38 RiL 2005/36/EG).

8. Reisepasskopie

An sich sollten folgende Nachweise - Geburtsurkunde oder Auszug aus Familienbuch, bei Verheirateten zudem ein Auszug aus dem für die Ehe geführten Familienbuch - nicht mehr gefordert sein, besser ist es jedoch diese mit beizulegen, sofern man ohnehin darüber verfügt.

Soweit die Nachweise nicht in deutscher Sprache ausgestellt sind, sollten sie zusätzlich in durch einen gesetzlich vereidigten Übersetzer beglaubigter Übersetzung vorgelegt werden.

Die Unterlagen sind in beglaubigter Kopie einzureichen oder als Original mit einfacher Kopie (Unterlagen werden zurückgesandt)

•

c. Kammermitgliedschaft

Die **Kammermitgliedschaftspflicht** für approbierte niedergelassene Apotheker ergibt sich aus den Landes- Heilberufekammergesetzen, wie etwa dem baden-württembergischen HBKG.

Nach dessen § 2 Abs. 1 Nr.3 gehören der Landesapothekerkammer alle Apotheker an, die bestellt oder approbiert sind oder eine Erlaubnis zur Ausübung des Berufs besitzen, und die im Inland ihren Beruf ausüben oder, falls sie ihren Beruf nicht ausüben, im Land ihren Wohnsitz haben. Nach Erteilung der Approbation hat der Apotheker sich unverzüglich bei der zuständigen Landesapothekerkammer anzumelden.

d. Zuständige Behörde, Verfahren, Fristen

aa. Zuständige Behörden

Der Antrag auf Approbation ist gem. § 12 BAO an die zuständige Behörde des Landes zu richten, in dem der Apothekerberuf ausgeübt werden soll.

bb. Verfahren, Fristen

Die zuständige Behörde bestätigt dem Antragsteller oder der Antragstellerin binnen eines Monats den Empfang der Unterlagen und teilt ihm oder ihr mit, welche Unterlagen fehlen. Über den Antrag eines Staatsangehörigen eines EU-Mitgliedsstaates, eines anderen EWR-Vertragsstaates **oder eines Vertragsstaates, dem Deutschland und EG bzw. EU vertraglich einen entsprechenden Rechtsanspruch eingeräumt haben**, ist spätestens drei Monate nach Vorlage der Unterlagen durch den Antragsteller zu entscheiden. Die **Frist** für die Erteilung der Approbation ist für alle Bundesländer einheitlich.

Soweit es um die Anerkennung eines Ausbildungsnachweises eines Drittstaates geht, stehen vier statt drei Monate zur Verfügung.

Allemagne

cc. Anzeigepflichten der inländischen Behörden

Gem. §4 Abs. 1e BAO **unterrichten** die zuständigen Behörden des Landes, in dem der Apothekerberuf ausgeübt wird oder zuletzt ausgeübt worden ist, die zuständigen Behörden des Herkunftsmitgliedstaats über das Vorliegen strafrechtlicher Sanktionen, über die Rücknahme, den Widerruf und die Anordnung des Ruhens der Approbation oder Erlaubnis, über die Untersagung der Ausübung der Tätigkeit und über Tatsachen, die eine dieser Sanktionen oder Maßnahmen rechtfertigen würden

Das Bundesministerium für Gesundheit wird hierüber unterrichtet und übermittelt die Informationen unverzüglich den anderen Mitgliedstaaten und der Europäischen Kommission, insbesondere im Hinblick auf Artikel 60 Abs. 1 der Richtlinie 2005/36/EG.

e. Entscheidung und Rechtsbehelfe

Soll die Erteilung der Approbation wegen Unzuverlässigkeit oder fehlender gesundheitlicher Eignung abgelehnt werden, so ist der Antragsteller oder sein gesetzlicher Vertreter vorher zu hören.

Rücknahme und Widerruf sind gem. § 6, 7 BAO möglich, wenn die Voraussetzungen der Approbation tatsächlich nicht vorlagen oder nachträglich weggefallen sind, etwa weil die Zuverlässigkeit nicht gegeben ist oder die Gleichwertigkeit des Ausbildungsstandes nicht vorgelegen hat. Gem. § 8 BAO kann ihr Ruhen angeordnet werden, wenn der Apotheker nicht über die erforderlichen Kenntnisse der deutschen Sprache verfügt.

f. Rechtsstellung

aa. Berufspflichten

Auch nach Art. 17 des **bayerischen Heilberufe-Kammergesetzes** sind Apotheker verpflichtet, ihren Beruf gewissenhaft auszuüben und dem ihnen im Zusammenhang mit dem Beruf entgegengebrachten Vertrauen zu entsprechen. Gem. § 18 BayHKaG haben sie insbesondere die Pflicht, sich im fachlichen Rahmen ihrer Berufsausübung beruflich fortzubilden und sich dabei über die für ihre Berufsausübung geltenden Bestimmungen zu unterrichten.

Gem. **§ 29, 30 des Baden-Württembergischen Heilberufekammergesetzes (HBKaG)** unterliegen alle Kammermitglieder den **allgemeinen Berufspflichten** und sind verpflichtet, ihren Beruf gewissenhaft auszuüben und dem ihnen in Zusammenhang mit dem Beruf entgegengebrachten Vertrauen zu entsprechen. **Praktizierende** Kammermitglieder haben zudem die Pflicht, sich beruflich fortzubilden und sich dabei auch über die für ihre Berufsausübung geltenden Bestimmungen zu unterrichten. Sie sind verpflichtet, an Maßnahmen ihrer Kammer oder eines von der Kammer beauftragten Dritten mitzuwirken, die der Sicherung der Qualität der beruflichen Leistungen dienen, haben über die in Ausübung ihres Berufes gemachten Feststellungen und die getroffenen Maßnahmen Aufzeichnungen zu fertigen; sie haben grundsätzlich am Notfalldienst teilzunehmen und sich hierin fortzubilden.

bb. Erlaubnis zur Berufsausübung von bis zu vier Jahren

Gem. § 11 BAO kann zur vorübergehenden Ausübung des Apothekerberufs eine **Erlaubnis** erteilt werden, die auf bestimmte Tätigkeiten und Beschäftigungsstellen beschränkt werden kann und nur widerruflich und nur bis zu einer Gesamtdauer der pharmazeutischen Tätigkeit von höchstens **vier Jahren** erteilt oder verlängert werden. Ausnahmen gelten bei familiären Bindungen (Ehegatten und Kinder von Unionsbürgern bzw. EWR-Staatlern oder Bürgern eines Staates, dem vertraglich ein entsprechender Rechtsanspruch eingeräumt wurde).

Allemanne

Beantragt werden kann sie von Personen, die eine abgeschlossene Ausbildung für den Beruf nachweisen, die im Inland anerkannt wird. Eine weitere Erteilung oder Verlängerung der Erlaubnis ist nur für den Zeitraum möglich, der erforderlich ist, eine unverzüglich nach Erteilung der Erlaubnis begonnene Weiterbildung abzuschließen, die innerhalb von vier Jahren aus von ihm nicht zu vertretenden Gründen nicht beendet werden konnte. Die weitere Erteilung oder Verlängerung ist nur ausnahmsweise zulässig. Diese Ausnahmen gelten nur, wenn etwa der Antragsteller mit einem Deutschen verheiratet ist oder eine Lebenspartnerschaft führt, oder mit einem EU- oder EWR-Staatsangehörigen oder einem Staatsangehörigen eines Vertragsstaates, dem Deutschland und die EG oder EU vertraglich einen entsprechenden Rechtsanspruch eingeräumt haben, verheiratet ist, im Geltungsbereich dieses Gesetzes eine Tätigkeit im Lohn- oder Gehaltsverhältnis oder eine selbständige Tätigkeit ausübt oder im Besitz einer Einbürgerungszusicherung ist.

Personen, denen eine Erlaubnis zur vorübergehenden Ausübung des Apothekerberufs erteilt worden ist, haben im Übrigen **die Rechte und Pflichten eines Apothekers**.

g. Kassenzulassung

Apotheker, die Medikamente an Kassenpatienten abgeben, müssen über einen Rahmenvertrag an die Krankenkassen gebunden sein: Das SGB V (betrifft die gesetzliche Krankenversicherung) ermächtigt in § 129 die Spitzenverbände der Krankenkassen und die für die Wahrnehmung der wirtschaftlichen Interessen gebildete maßgebliche Spitzenorganisation der Apotheker in einem gemeinsamen Rahmenvertrag Näheres zur Arzneimittelversorgung zu regeln. Dieser hat Rechtswirkung für Apotheken, wenn sie

1. einem Mitgliedsverband der Spitzenorganisation angehören und die Satzung des Verbandes vorsieht, daß von der Spitzenorganisation abgeschlossene Verträge dieser Art Rechtswirkung für die dem Verband angehörenden Apotheken haben, oder
2. dem Rahmenvertrag beitreten.

Dieser regelt iVm. den Vorgaben der §§ 129 ff SGB V Details zur Abgabe von Arzneimitteln (Abgabe eines preisgünstigen Arzneimittels, Ersetzung durch ein wirkstoffgleiches Arzneimittel etc.), die Vereinbarungen über Abschläge für Fertigarzneimittel, die Modalitäten von Krankenhausapotheken etc. Für die Arzneimittelabrechnung gilt § 300 SGB V.

Die Krankenkassen oder ihre Verbände können mit der für die Wahrnehmung der wirtschaftlichen Interessen maßgeblichen Organisation der Apotheker auf Landesebene zudem ergänzende Verträge schließen.

B. Dienstleistungsfreiheit

1. Bedingungen für Dienstleistungen

a. Meldepflicht

Gem. § Abs. 2a BAO können Apotheker, die Staatsangehörige eines EU-Mitgliedsstaates oder eines anderen EWR-Vertragsstaates oder eines Vertragsstaates sind, dem Deutschland und EG bzw. EU vertraglich einen entsprechenden Rechtsanspruch eingeräumt haben, den Beruf im Geltungsbereich dieses Gesetzes ohne Approbation oder ohne Erlaubnis zur vorübergehenden und gelegentlichen Ausübung des Apothekerberufes ausüben, sofern sie vorübergehend als Erbringer von Dienstleistungen im Sinne des Artikels 50 des EG-Vertrages im Geltungsbereich dieses Gesetzes tätig werden. Sie unterliegen jedoch der **schriftlichen Meldepflicht und haben bestimmte Unterlagen vorzulegen**. Der vorübergehende und gelegentliche Charakter der Erbringung von Dienstleistungen wird gem. § 11a

Allemagne

Abs. 1 BTÄO im Einzelfall beurteilt, insbesondere anhand der Dauer, der Häufigkeit, der regelmäßigen Wiederkehr und der Kontinuität der Dienstleistungserbringung. Eine Berechtigung zur Dienstleistungserbringung besteht nicht, wenn die Voraussetzungen einer Rücknahme oder eines Widerrufs vorliegen.

Die Meldung ist einmal jährlich zu erneuern, wenn der Dienstleistungserbringer beabsichtigt, während des betreffenden Jahres vorübergehend oder gelegentlich Dienstleistungen in Deutschland zu erbringen. Sofern eine vorherige Meldung wegen der Dringlichkeit des Tätigwerdens nicht möglich ist, hat die Meldung unverzüglich nach Erbringung der Dienstleistung zu erfolgen. Wenn Dienstleistungen erstmals erbracht werden oder sich eine wesentliche Änderung gegenüber der in den Dokumenten bescheinigten Situation ergibt, hat der Dienstleistungserbringer der zuständigen Behörde die die Meldung begleitenden Unterlagen erneut vorzulegen.

b. Antragsinhalt

Bei Erstmaliger Erbringung von Dienstleistungen oder wesentlicher Änderung gegenüber der in den vorgelegten Dokumenten bescheinigten Situation sind folgende Dokumente vorzulegen (nicht älter als zwölf Monate):

1. **Staatsangehörigkeitsnachweis**
2. Bescheinigung über die rechtmäßige **Niederlassung** als Apotheker und dass zum Zeitpunkt der Vorlage kein Berufsverbot besteht
3. **Berufsqualifikationsnachweis.**

Zudem erforderlich sind:

- zur Ausübung der Dienstleistung erforderlichen Kenntnisse der deutschen Sprache
- Gegebenenfalls Informationen über Einzelheiten zu einem Versicherungsschutz oder einer anderen Art des individuellen oder kollektiven Schutzes in Bezug auf die Berufshaftpflicht.

2. Zuständige Behörden

Die **Meldung** (§ 11a Abs. 2 BAO) nimmt die zuständige Behörde des Landes entgegen, in dem die Dienstleistung erbracht werden soll oder erbracht worden ist.

Die zuständigen Behörden können von den zuständigen Behörden des Niederlassungsmitgliedstaats für die Dienstleistungserbringung alle Informationen über die Rechtmäßigkeit der Niederlassung und die gute Führung des Dienstleisters anfordern sowie Informationen über das Nichtvorliegen strafrechtlicher Sanktionen, einer Rücknahme, eines Widerrufs und einer Anordnung des Ruhens der Approbation oder Erlaubnis, über die nicht vorliegende Untersagung der Ausübung der Tätigkeit und über das Fehlen von Tatsachen, die eine dieser Sanktionen oder Maßnahmen rechtfertigen würden.

Die inländische zuständige Behörde unterrichtet ferner unverzüglich die zuständige Behörde des Herkunftsmitgliedstaats über das Vorliegen von Sanktionen oder Maßnahmen, die sich auf die Ausübung der Tätigkeiten auswirken könnten. Auf Anforderung hat sie der anfordernden Behörde des Herkunfts- oder eines anderen Mitgliedsstaates alle Informationen über die Rechtmäßigkeit der Niederlassung und die gute Führung des Dienstleisters sowie Informationen darüber zu übermitteln, dass keine berufsbezogenen disziplinarischen oder strafrechtlichen Sanktionen vorliegen.

3. Rechtsstellung

Gem. § 11a Abs. 3 BAO hat der Dienstleistungserbringer im Inland die Rechte und Pflichten wie niedergelassene Apotheker. Er kann den berufsständischen, gesetzlichen oder verwaltungsrechtlichen Berufsregeln und den geltenden Disziplinarbestimmungen unterworfen werden; so etwa Regelungen für die Definition des Berufs, das Führen von Titeln und schwerwiegende berufliche Fehler in unmittelbarem und speziellem Zusammenhang mit dem Schutz und der Sicherheit der Verbraucher.

a. Berufspflichten

Gem. den Landesheilberufe- oder -heilberufekammergesetzen, z.B. § 2a des baden-württembergischen Heilberufekammergesetzes²⁰⁴ haben Dienstleister bei Erbringung ihrer Dienstleistung die **gleichen Rechte und Pflichten** zur Berufsausübung wie die niedergelassenen Kammerangehörigen, so insbesondere die Pflichten zur gewissenhaften Berufsausübung und zum Abschluss einer Haftpflichtversicherung. Sie unterliegen den berufsständischen, gesetzlichen oder verwaltungsrechtlichen Berufsregeln einschließlich der Berufsgerichtsbarkeit nach Maßgabe des Artikels 5 Abs. 3 der Richtlinie 2005/36/EG.

b. Keine Kammermitgliedschaft

Nach den Landes-Heilberufekammergesetzen, z.B. dem baden-württembergischen,²⁰⁵ **gehören** Berufsangehörige, die als Staatsangehörige eines anderen EU-Mitgliedstaates oder eines anderen EWR-Vertragsstaates oder eines Vertragsstaates, dem Deutschland und EG bzw. EU vertraglich einen entsprechenden Rechtsanspruch eingeräumt haben im Geltungsbereich dieses Gesetzes im Rahmen des Dienstleistungsverkehrs nach dem Recht der EG ihren Beruf vorübergehend und gelegentlich ausüben, ohne hier eine berufliche Niederlassung zu haben, **den Kammern nicht an**, solange sie in einem anderen EU-Staat oder Vertragsstaat beruflich niedergelassen sind.

²⁰⁴ Gesetz über das Berufsrecht und die Kammern der Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte, Apotheker, Psychologischen Psychotherapeuten sowie der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten (Heilberufe-Kammergesetz – HBKG) in der Fassung vom 16. März 1995 (GBl. BW v. 17.05.1995 S. 314), geändert durch das Gesetz zur Änderung heilberufsrechtlicher Vorschriften vom 11. Oktober 2007 (GBl. BW v. 19.10.2007 S. 473).

²⁰⁵ Gesetz über das Berufsrecht und die Kammern der Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte, Apotheker, Psychologischen Psychotherapeuten sowie der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten (Heilberufe-Kammergesetz – HBKG) in der Fassung vom 16. März 1995 (GBl. BW v. 17.05.1995 S. 314), geändert durch das Gesetz zur Änderung heilberufsrechtlicher Vorschriften vom 11. Oktober 2007 (GBl. BW v. 19.10.2007 S. 473).

ANGLETERRE

I. INTRODUCTION

A. Sources normatives pertinentes

1. Législation

The Pharmacists and Pharmacy Technicians Order 2007 (No. 289) (the “**Order**”)
Royal Pharmaceutical Society of Great Britain (Registration) Rules Order of Council 2007 (No. 441)

The Approved European Pharmacy Qualifications Order of Council 2007 (No. 564)

2. Jurisprudence

None applicable.

3. Interrelation avec le droit européen²⁰⁶

The 85 / 433 Council Directive (EEC) OJ L253 24.09.85 p. 37 concerning the mutual recognition of diplomas, certificates and other evidence of formal qualifications in pharmacy, including measures to facilitate the effective exercise of the right of establishment relating to certain activities in the field of pharmacy was repealed by European Parliament and Council Directive 2005 / 36 (EC) and implemented in England and Wales by **SI 1996 / 1405 Pharmaceutical Qualifications (Recognition) Regulations 1996** and **SI 2007 / 289 Pharmacists and Pharmacy Technicians Order 2007**.

The **Department for Innovation, Universities and Skills** (“DIUS”) leads overall on implementation of the Directives in the United Kingdom. Their ***European Communities (Recognition of Professional Qualifications) Regulations 2007*** (SI 2781 of 2007 – referred to as the “**DIUS regulations**”) apply to all general systems professions. Some of these provisions also apply to the five health professions covered by existing “sectoral” Directives (doctors, dentists, nurses responsible for general care, midwives, pharmacists – referred to as “sectoral” professions). DIUS have provided **separate guidance** on their regulations²⁰⁷. The **Department of Health** has transposed measures relating to the five sectoral health professions named above in the ***European Qualifications (Health and Social Care Professions) Regulations 2007*** (SI 2007/3101), which complement and should be considered alongside the DIUS Regulations.

Directive 2005/36/EC aims to make it easier for qualified professionals to practise their professions across European borders with a minimum of restrictions, but with appropriate safeguards where there is a risk to public health and safety. It provides for the mutual recognition of diplomas etc in order to assist the free movement of professionals throughout the EU. It does this by repealing the existing “sectoral” Directives setting out the current mutual recognition arrangements for doctors, dentists, nurses, midwives and pharmacists; repealing the existing “general systems” Directives which cover current mutual recognition

²⁰⁶ See Halsbury’s Statutory Instruments, *EC Legislation Implementator 2007: The Guide to the implementation of Community directives* (London: LexisNexis Butterworths, 2007).

²⁰⁷ <<http://www.dius.gov.uk/>>.

arrangements for everyone else; replacing them with a single consolidated piece of legislation, most of which varies little from the current Directives; and introducing new arrangements for migrants who only want to provide services on a “temporary and occasional” basis.

II. RAPPORT

A. Liberté d'établissement

1. Conditions pour la reconnaissance de la qualification professionnelle

Pursuant to Article 20 of the Order, a person commits an offence if he practises as a pharmacist whilst being registered in Part 2 of the Register of Pharmacists. Part 2 of the Register of Pharmacists is defined at Article 10 of the Order as the Register of Non-practising Pharmacists. Under Article 11 of the Order, before an applicant can be registered with the **Royal Pharmaceutical Society of Great Britain**, he must satisfy the Registrar that he has the **appropriate qualifications, training and experience** required for registration, and that his **fitness** to practise is not impaired. This includes a requirement to satisfy the **Registrar** that the applicant is in **good health** and of **good character**.

2. Demande pour la reconnaissance et son contenu

The requirements of the application for registration in the Register of Pharmacists are listed at Article 6 of the Order and **require the applicant to provide names and contact details**, to agree to **adhere to standards of the Society**, to provide necessary **supporting documentation** and to pay a **prescribed fee**, which is £137 pounds for 2007.

3. Autorité compétente

The competent authority that deals with applications for registration as a pharmacist in the UK is **The Royal Pharmaceutical Society of Great Britain** (the “**Society**”, as defined above).

4. Procédure

Nationals of the European Economic Area (“EEA”) possessing a **European pharmacy qualification** and who wish to apply to join the Register must **complete a separate application form** and **personal information questionnaire**, which must be accompanied by **proof of nationality**; copies of **birth certificate** and, if applicable, **marriage certificate**; a **health declaration form** completed by a registered medical practitioner; certified **copies of diplomas, degrees and licenses to practice**; evidence of **registration** and **good standing**; confirmation of **compliance with the European Directives**; and a recent certified passport-sized **photograph**. Between August 2006 and July 2007, some 517 pharmacists were registered with the Society through the European route. The most popular entry country again was Poland with 189 pharmacists followed by Spain with 130. Statistics on entry from Switzerland were not available.

5. Délais

The processing time for applications is approximately **1 month**.

6. Décision et possibilité de recours

The Registration Appeals Committee is a **Statutory Committee** of the Society, established under Section 7 of the *Pharmacists and Pharmacy Technicians Order 2007*. The procedures of the Committee are set out in Part 5 of the *Royal Pharmaceutical Society of Great Britain (Registration) Rules 2007* and in the *Royal Pharmaceutical Society of Great Britain (Fitness to Practise and Registration Appeals Committees and Their Advisers) Rules 2007*.

The **refusal** to register a person in the Register of Pharmacists (excluding restoration cases) **is generally appealable**. However, a **registration decision is not appealable** if registration was refused because the applicant underwent training elsewhere than in Great Britain and does not hold a qualification approved by the Society. If the ground for appeal is that his qualification **should be approved by the Society**, the refusal of registration **will not be** an appealable registration decision.

7. Effets de la reconnaissance

The applicant's **name** will appear in the Register of Pharmacists.

The National Insurance Act 1911 gave statutory recognition to the principle that the dispensing of prescriptions should be carried out only by or under the supervision of a pharmacist. Until 1983, an application to dispense National Health Service (NHS) prescriptions in a pharmacy was automatically granted; however, there have since been a number of restrictions imposed on who may apply for an NHS contract to dispense pharmaceuticals. An NHS contract is defined at section 4 of the *National Health Service and Community Care Act* as “an arrangement under which one health service body (“the acquirer”) arranges for the provision to it by another health service body (“the provider”) of goods or services which it reasonably requires for the purposes of its functions.” Despite this definition, purchasers are not limited to buying within the NHS hospital organisation and can buy from commercial organisations, such as pharmacies. A pharmacy may, however, be open without an NHS contract, though such pharmacies are few in number.

In terms of the classes of persons who may apply for an NHS dispensing contract, section 43 of the *National Health Service (Pharmaceutical Services) Regulation 1992* provides guidance:

(1) No arrangements shall be made by [^{E1}a [^{E2}Primary Care Trust or] Health Authority](except as may be provided by [^{E3}or under] regulations) with a medical practitioner or dental practitioner under which he is required or agrees to provide pharmaceutical services to any person to whom he is rendering general medical services or general dental services.

(2) No arrangements for the dispensing of medicines shall be made (except as may be provided by [^{E3}or under] regulations) with persons other than persons who are registered pharmacists, or are persons lawfully conducting a retail pharmacy business in accordance with section 69 of the ^{M1}Medicines Act 1968 and who undertake that all medicines supplied by them under the arrangements made under this Part of this Act shall be dispensed either by or under the direct supervision of a registered pharmacist.

[^{E4}[^{E5}(2A) Regulations shall provide for the preparation and publication by each Primary Care Trust and by each Health Authority of one or more lists of medical practitioners who undertake to provide drugs, medicines or listed appliances under arrangements with the Primary Care Trust or with the Health Authority.]

(2B) In subsection (2A) “listed” has the same meaning as in section 41.

[^{E6}(2BA) The regulations may, in particular, include provision— (a) as to grounds on which a Health Authority may, or must, refuse to grant an application for inclusion in a list of medical practitioners referred to in subsection (2A)(including grounds

Angleterre

corresponding to the conditions referred to in section 49F(2), (3) and (4) as read with section 49H(2) below); (b) as to information which must be supplied to a Health Authority by a medical practitioner included, or seeking inclusion, in such a list (or by arrangement with him); (c) for the supply to a Health Authority by a medical practitioner who is included, or seeking inclusion, in such a list of a criminal conviction certificate under section 112 of the Police Act 1997 (c. 50), a criminal record certificate under section 113 of that Act or an enhanced criminal record certificate under section 115 of that Act; (d) for grounds on which a Health Authority may defer a decision whether or not to grant an application for inclusion in such a list; (e) for the disclosure by a Health Authority, to prescribed persons or persons of prescribed descriptions, of information of a prescribed description about applicants for inclusion in such a list, and refusals by the Health Authority to grant such applications; (f) as to criteria to be applied in making decisions under the regulations (2BB) If regulations made by virtue of subsection (2BA)(a) provide that a Health Authority may refuse to grant an application for inclusion in such a list, they must also provide for an appeal (by way of redetermination) to the FHSAA against the Health Authority's decision.] (2C) The regulations shall include provision for the removal of an entry from a list in prescribed circumstances.] [^{F7}(3) No arrangements for the provision of pharmaceutical services falling within [^{F8}section 41(1)(e)] [^{F9}, or additional pharmaceutical services provided in accordance with a direction under section 41A,] above shall be made with persons other than those who are registered pharmacists or are of a prescribed description.]

A Health Authority has a duty to keep pharmaceutical lists of persons who undertake to provide pharmaceutical services, including pharmacies. Health Authorities have been advised by the Department of Health to summarily reject applications to dispense medicines which are from persons who are not entitled to conduct retail pharmacy business. Moreover, the Regulations place, at Section 11, restrictions on pharmacists who hold diplomas in pharmacy granted by universities in other EU countries:

- (1) An application, other than one to which regulation 6, 7, 8(1)(b)(ii) or 9(3) applies, which is made by a person who qualified to have his name registered under the Pharmacy Act 1954 ^{F51}by virtue of section 4A ^{F52}of that Act (qualification by European diploma) shall not be granted unless the applicant satisfies the Primary Care Trust that he has the knowledge of English which, in the interests of himself and persons making use of the services to which the application relates, is necessary for the provision of pharmaceutical services in the Primary Care Trust's area.
- (2) A Primary Care Trust shall refuse an application in which a pharmacist does not offer to provide all of the essential services.

Thus, a pharmacist who holds a diploma in pharmacy granted by universities in other EU countries cannot obtain an NHS dispensing contract unless he satisfies certain conditions. This is true even if the pharmacist is registered under the Pharmacy Act 1954 by virtue of section 4A:

[^{F1}**4A** Qualification by appropriate European diploma for registration— (1) Any national of a member State who holds an appropriate European diploma and satisfies such conditions (if any) as to character and as to physical and mental health as may be prescribed shall be qualified to have his name registered; and where a name is registered by virtue of this section an indication that the name has been registered in respect of an appropriate European diploma shall be entered in the register against that name. [^{F2}(1A) Any person who— (a) is not a national of a member State, but (b) is, by virtue of a right conferred by Article 11 of Council Regulation (EEC) No.

Angleterre

1612/68 ^{E3}or any other enforceable Community right, entitled to be treated, for the purposes of access to the profession of pharmacy, no less favourably than a national of such a State, shall be treated for the purposes of subsection (1) above as if he were such a national.] (2) Subject to subsections (3) to (5) of this section, the following diplomas are appropriate European diplomas for the purposes of this section, namely— (a) any diploma specified in Schedule 1A to this Act; ^{E4}. . . (b) any diploma in pharmacy which is not so specified but has been granted in a member State either before the implementation date or to a person who commenced the training of which the diploma is evidence before that date. [^{E5}(c) any diploma in pharmacy which is not so specified but is evidence of training commenced before 3rd October 1990 and undertaken on the territory of the former German Democratic Republic.] (3) A diploma granted in a member State before the implementation date or granted to a person who began the training of which the diploma is evidence before that date is not an appropriate European diploma for the purposes of this section unless— (a) in the case of a diploma specified in Schedule 1A to this Act, either— (i) the diploma [^{E6}is evidence of] training that would have satisfied the requirements laid down by the Pharmacists Training Directive; or (ii) the competent authorities of any member State have certified that the holder of the diploma has lawfully practised pharmacy for at least three consecutive years during the five years preceding the date of the certificate; or [^{E7}(b) in the case of any diploma falling within subsection (2)(b) of this section— (i) the diploma is evidence of training which would satisfy the requirements of Article 2 of the Pharmacists Training Directive and is treated by the competent authorities of the member State in which it was awarded as equivalent to a diploma specified in Schedule 1A to this Act; or (ii) the competent authorities of any member State have certified that the holder of the diploma has lawfully practised pharmacy for at least three consecutive years during the five years preceding the date of the certificate.] [^{E8}(3A) A diploma such as is mentioned in subsection (2)(c) of this section is not an appropriate European diploma for the purposes of this section unless— (a) it entitles its holder to practise pharmacy throughout the territory of Germany on the same conditions as those applying to the holder of a diploma specified in paragraph 4(1) of Schedule 1A to this Act; and (b) the competent authorities in Germany have certified that the holder of the diploma has lawfully practised pharmacy in Germany for at least three consecutive years during the five years preceding the date of the certificate.] (4) Where under subsection (2) of section 2 of this Act it falls to the registrar or the Council to determine whether or not any of the conditions specified in subsection (3) of this section is satisfied in relation to any diploma— (a) the satisfaction of the condition specified in paragraph (a)(i) of the said subsection (3) may be established by the production of a certificate of the competent authorities of the member State in relation to which the diploma is specified in Schedule 1A to this Act, or otherwise; and [^{E9}(aa) the satisfaction of the condition specified in paragraph (b)(i) of the said subsection (3), or paragraph (a) of subsection (3A), may be established by the production of a certificate of the competent authorities of the member State in which the diploma was awarded, or otherwise,] (b) the satisfaction of the condition specified in paragraph (a)(ii) [^{E10}or (b)(ii), or paragraph (b) of subsection (3A),] of the said subsection (3) shall be established by the production of the relevant certificate, and not otherwise. (5) Where at any time during the period of the Greek derogation the name of any person is registered in respect of the qualification specified in paragraph 5 of Schedule 1A to this Act or in respect of any other diploma awarded in the Hellenic Republic— (a) an indication that the registration is subject to the provisions of this subsection shall be entered in the register against that name; and (b) the registration shall not authorise the person whose name is registered to do anything for which registration is required by any provision made by or under the Medicines Act ^{M1}1968, the Misuse of Drugs Act ^{M2}1971 or the Poisons Act ^{M3}1972, except as an employed person. (6) In this

Angleterre

section and Schedule 1A to this Act— “competent authorities”, in relation to a member State, means any authority or body designated by that member State in accordance with Community Council Directive No. ^{M4}85/433/EEC, as amended by Community Council Directive ^{M5}85/584/EEC [^{F11}and Community Council Directive 90/658/EEC ^{M6}], concerning the mutual recognition of diplomas, certificates and other evidence of formal qualifications in pharmacy; “employed person” means an employed person in accordance with Council Regulation (EEC) No. ^{MZ}1612/68 on freedom of movement for workers within the Community; “the implementation date”, in relation to a member State, means the date on which that State implemented the Pharmacists Training Directive; “national”, in relation to a member State, means the same as in the Community Treaties, but does not include a person who by virtue of Article 2 of Protocol No. 3 (Channel Islands and Isle of Man) to the Treaty of ^{M8}Accession is not to benefit from Community provisions relating to the free movement of persons and services; “the period of the Greek derogation” means the period during which the Hellenic Republic makes use of the derogation provided by paragraph 1 of Article 3 of Community Council Directive No. 85/433/EEC; and “the Pharmacists Training Directive” means Community Council Directive No. ^{M9}85/432/EEC concerning the co-ordination of provisions laid down by law, regulation or administrative action in respect of certain activities in the field of pharmacy. (7) For the purposes of this section a member State is to be regarded as having implemented the Pharmacists Training Directive on the date notified to the Commission of the European Communities as that on which it did so.]

Annotations:

Amendments (Textual)

F1 S. 4A inserted by S.I. 1987/2202, art. 2(4)

F2 S. 4A(1A) inserted (28.6.1996) by S.I. 1996/1405, reg. 2(2)

F3 OJ No. L 257, 19.10.68, p. 2 (OJ/SE 1968 II) p. 475 amended by Council Regulation (EEC) No. 312/76 (OJ No. L039, 14.02.76, p. 2).

F4 Word in s. 4A(2)(a) repealed (28.6.1996) by S.I. 1996/1405, reg. 2(3)

F5 S. 4A(2)(c) inserted (28.6.1996) by S.I. 1996/1405, reg. 2(3)

F6 Words in s. 4A(3)(a)(i) substituted (28.6.1996) by S.I. 1996/1405, reg. 2(4)(a)

F7 S. 4A(3)(b) substituted (28.6.1996) by S.I. 1996/1405, reg. 2(4)(b)

F8 S. 4A(3A) inserted (28.6.1996) by S.I. 1996/1405, reg. 2(5)

F9 S. 4A(aa) inserted (28.6.1996) by S.I. 1996/1405, reg. 2(6)(a)

F10 Words in s. 4A(4)(b) substituted (28.6.1996) by S.I. 1996/1405, reg. 2(6)(b)

F11 Words in s. 4A(6) inserted (28.6.1996) by S.I. 1996/1405, reg. 2(7)

Modifications etc. (not altering text)

C1 S. 4A restricted (31.3.1995) by S.I. 1995/414, reg. 5(13)

Marginal Citations

M1 1968 c.67(84).

M2 1971 c.38(84).

M3 1972 c.66(84).

M4 O.J. No. L253/37.

M5 O.J. No. L372/42.

M6 OJ No.L 353,17.12.90,p. 73

M7 O.J. No. L257/2.

M8 Cmnd. 5179-I/247.

M9 O.J. No. L253/34.

B. Liberté de prestation de services

1. Conditions pour l'autorisation à la prestation des services

In order to be permitted to provide services **on a temporary and occasional basis** and be registered in **Part 3** of the Society's register, one must be **qualified** as a pharmacist and also **practise** as a pharmacist in one of the countries of the EEA at the time of the application and during the period of the registration in Part 3 of the Society's register. If the applicant is qualified in one of the countries but is not allowed to practise for whatever reason, then he or she is not eligible to apply. If the applicant intends to work in the UK for periods of time **totalling more than 6 weeks in any calendar year**, he or she must apply to **join Part 1** of the register rather than Part 3, which is for temporary and occasional service only.

2. Demande et son contenu

The applicant must write to the **International Registration Department at the Society**, stating the desire to provide a service on a temporary and occasional basis. The applicant will be sent a **temporary registration pack, which will include a declaration form that must be completed, signed and dated.**

3. Autorité compétente

The competent authority that deals with applications for temporary and occasional service as a pharmacist in the UK is the **Society**.

4. Procédure

The applicant will be required to send **proof of nationality or derived right, legal establishment, good standing and pharmacy qualifications** that comply with EC Directive requirements for mutual automatic recognition.

5. Délais

The processing time is **not clear**, but temporary registration will be given **as soon as the Society has checked all supporting documents** and the applicants receives a form entitled "**Statement of Entry**", providing the **start and end date** of the temporary registration.

6. Décision et possibilité de recours

If the applicant does **not** meet the requirements for **temporary registration**, then the Society will write to the applicant **within one month** to request a transcript of training and a copy of the applicant's curriculum, as well as **any information** about relevant training and experience since the applicant qualified as a pharmacist. The Society will **compare** the applicant's training and any relevant experience with that required in the UK and **will make a decision within one month of receiving the required information.**

If there is a **significant difference** between the training that the applicant completed and the training required in the UK, the Society will **advise** the applicant of this and will give the applicant the option of taking an **aptitude test**, which must be successfully completed within **one month** in order to obtain temporary registration.

7. Effets de l'autorisation

Temporary registration will allow the pharmacist to provide **pharmaceutical services** in the UK for a **registration period of one year**.

C. Quelques informations supplémentaires sur les sociétés professionnelles

The registration of **new pharmacy premises** requires **payment of a £492 fee**. If the corporate body / limited company does not currently own registered pharmacy premises, a **completed nomination of superintendent form and copy of certificate of incorporation have to be submitted with the application for the registration form**. There is a specific application form to complete for the **registration of new pharmacy premises** or the **transfer of ownership of registered pharmacy premises**.

III. OBSTACLES

- Limitations on **temporary registration provisions**
- **No appeal** of registration refusals based on applicant's training elsewhere than in Great Britain where applicant does not hold a qualification approved by the Society
- Certified **English translations** of supporting documents required
- Requirements to **comply with British laws** concerning the practice of pharmacy
- Requirement that **all records** made during the provision of service be in English

AUTRICHE

I. EINLEITUNG

A. Rechtsquellen

1. Europäisches Recht

a. Primärrecht

- Art. 39ff, 43ff und 49ff EG-Vertrag (EG) (ABl. 24.12.2002 C 325/33)
- Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits über die Freizügigkeit vom 21.6.1999, in Kraft seit 1.6.2002, Stand 27.12.2006 (0.142.112.681).

b. Sekundärrecht

- Richtlinie 2005/36/EG vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen (ABl. EU Nr. L 255 S. 22, 2007 Nr. L 271 S. 18).

2. Österreichisches Recht

a. Gesetze

- [Bundesgesetz über die Österreichische Apothekerkammer \(Apothekerkammergesetz 2001\)](#), BGBl. I Nr. 111/2001, zuletzt geändert: durch BGBl. I Nr. 112/2007
- [Gesetz vom 18. Dezember 1906, betreffend die Regelung des Apothekenwesens \(Apothekengesetz\)](#), StF: RGBl. Nr. 5/1907, geändert durch BGBl. I Nr. 90/2006
- [Verordnung der Bundesministerin für Gesundheit und Frauen über den Betrieb von Apotheken und ärztlichen und tierärztlichen Hausapotheken \(Apothekenbetriebsordnung 2005 – ABO 2005\)](#) BGBl. II Nr. 65/2005, idF: BGBl. II Nr. 114/2008 (Novelle in Bearbeitung)

B. Verhältnis zu europarechtlichen Vorgaben

1. Umsetzung der Richtlinie 2005/36/EG

Die Richtlinie wurde in diesem Bereich noch nicht umgesetzt. Die dargestellten nationalen Regelungen beruhen noch auf den bisher zugrundeliegenden sektoriellen Richtlinien.

II. LÄNDERBERICHT ÖSTERREICH

A. Niederlassung als Apotheker

1. Titel

Die Berufsbezeichnung "Apothekerin" oder "Apotheker" darf nur von Apothekern (§ 3a) geführt werden. Dies setzt bei ausländischen Apothekern die Anerkennung einer ausländischen Ausbildung voraus.²⁰⁸

2. Erfordernisse an eine dauernde Berufszulassung

a. Angestellte Apotheker

aa. Titel

Apotheker aus anderen EWR-Staaten oder der Schweiz sind berechtigt, die Berufsbezeichnung "Apotheker" bzw. "Apothekerin" zu führen und sind österreichischen Apothekern rechtlich gleich gestellt.

bb. Berufszulassung

Staatsbürger eines EU- oder EWR-Staates oder der Schweiz, die in einer österreichischen öffentlichen oder Krankenhausapotheke arbeiten wollen, müssen folgende Voraussetzungen erfüllen:

(a) EU-konforme Apothekerausbildung (in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder des Europäischen Wirtschaftsraumes oder in der Schweiz)

Entspricht die Ausbildung den Vorgaben des EU-Richtlinienrechts sind der Österreichischen Apothekerkammer folgende Unterlagen vorzulegen:

- **Apothekerdiplom oder sonstiger Befähigungsnachweis oder Prüfungszeugnis**
- **Staatsbürgerschaftsnachweis**
- **Bestätigung der Behörde des Herkunftsstaates über die EU-konforme Ausbildung (Original oder beglaubigte Kopie bzw. Übersetzung).**
- **gegebenenfalls Heiratsurkunde**

Nach Prüfung der Dokumente stellt die Apothekerkammer dem Antragsteller eine Bestätigung darüber aus, dass er berechtigt ist, in österreichischen öffentlichen und Krankenhausapotheken als Apotheker tätig zu sein

Der Apotheker kann die Stellenvermittlung der Pharmazeutischen Gehaltskasse für Österreich in Anspruch nehmen.

Kosten der Diplomanerkennung: Euro 26,40

Rechtsmittel gegen einen abschlägigen Bescheid: an das Bundesministerium für Gesundheit, Familie und Jugend

²⁰⁸ Die österreichische Ausbildung umfasst ein Studium von neun Semestern (gesetzliche Mindeststudiendauer). Die tatsächliche Studiendauer ist länger (13,4 Semester). **Das Diplomstudium Pharmazie hat insgesamt drei Studienabschnitte** mit 3 Diplomprüfungen. Beendet wird das Pharmaziestudium mit der Ablegung des zweiten Teiles der 3. Diplomprüfung in Form einer kommissionellen Gesamtprüfung vor einem Prüfungssenat. Die speziell pharmazeutischen Fächer sind: Pharmazeutische Chemie, Pharmakognosie, Pharmazeutische Technologie, Pharmakologie, Toxikologie, Bromatologie

Auriche

Adresse:

Bundesministerium für Gesundheit, Familie und Jugend
Radetzkystraße 2
1030 Wien
Tel. +43-1/711 00-0
Fax +43-1/711 00-14300

(b) Nicht EU-konforme Apothekerausbildung, aber Berufserfahrung

Bei Absolvierung einer Apothekerausbildung in einem EU- oder EWR-Staat oder der Schweiz, die nicht den Vorgaben des EU-Richtlinienrechts entspricht (z.B. eine „Altausbildung“), wird diese dennoch anerkannt, wenn eine Bestätigung der zuständigen Behörde eines EU- oder EWR-Staates oder der Schweiz vorgelegt wird, die eine mindestens drei Jahre lange ununterbrochene tatsächliche und rechtmäßige Tätigkeit des Apothekers in einer Apotheke während der letzten fünf Jahre nachweist.

Der Österreichischen Apothekerkammer sind vorzulegen:

- **Apothekerdiplom oder sonstiger Befähigungsnachweis oder Prüfungszeugnis**
- **Staatsbürgerschaftsnachweis**
- **Bestätigung der Behörde des Herkunftsstaates über die Berufstätigkeit** (drei Jahre ununterbrochene, tatsächliche und rechtmäßige Tätigkeit als Apotheker in einer Apotheke während der letzten fünf Jahre vor Antragstellung; **Original oder beglaubigte Kopie bzw. Übersetzung**).
- **gegebenenfalls Heiratsurkunde**

Auch in diesem Fall steht bei abschlägiger Behandlung ein Rechtsmittel an das Bundesministerium für Gesundheit, Familie und Jugend offen.

Adresse:

Bundesministerium für Gesundheit, Familie und Jugend
Radetzkystraße 2
1030 Wien
Tel. +43-1/711 00-0
Fax +43-1/711 00-14300

(c) Nicht EU-konforme Apothekerausbildung und nicht ausreichend Berufserfahrung in einer Apotheke:

Hat der Antragsteller **weder** eine Ausbildung absolviert, die EU-Richtlinienvorgaben **noch** den Anforderungen an eine Berufserfahrung entspricht, kann die Ausbildung nicht automatisch anerkannt werden. Der Studienabschluss muss an einer österreichischen Universität (Wien, Graz und Innsbruck) nostrifiziert werden. Der Antragsteller erhält dann einen österreichischen Studienabschluss und akademischen Titel "Magister / Magistra pharmaciae ". Er hat eine einjährige praktische Ausbildung in einer Apotheke ("Aspirantenjahr") und eine anschließende Prüfung zu absolvieren, bevor er die volle Berufszulassung erwirbt.

b. Betrieb einer öffentlichen Apotheke

Zur Erlangung der Berechtigung zum **selbständigen Betrieb** einer öffentlichen Apotheke ist erforderlich:

- die österreichische Staatsbürgerschaft oder die Staatsbürgerschaft eines anderen EWR-Staates oder der **Schweizerischen Eidgenossenschaft** (hier gelten jedoch Einschränkungen, da dem Antragsteller die Berechtigung nur zu erteilen ist, wenn sie für eine Apotheke beantragt wird, die seit mindestens drei Jahren betrieben wird.)
- die **Vertretungsberechtigung**, die durch das österreichische staatliche Apothekerdiplom oder ein anderes Diplom, Prüfungszeugnis oder sonstigen Befähigungsnachweis im Sinne des europäischen Richtlinienrechts nachgewiesen wird.
Vertretungsberechtigt sind gem. § 3a (1) ApothG Magister der Pharmazie, welche in einer öffentlichen Apotheke oder Anstaltsapotheke oder Anstaltsapotheke eine einjährige fachliche Ausbildung absolviert haben und den Erfolg dieser Ausbildung durch die Prüfung für den Apothekerberuf abgelegt haben (staatliches Apothekerdiplom)
Gem. § 3b ApothG entscheidet über Anträge auf Anerkennung der Diplome, Prüfungszeugnisse und sonstigen Befähigungsnachweise, die andere EWR-Staaten oder die Schweizerische Eidgenossenschaft zur Ausübung des Apothekerberufes ausstellen, die Österreichische Apothekerkammer.
- die **Leitungsberechtigung**; diese folgt aus einer fünfjährigen pharmazeutischen Tätigkeit in einer öffentlichen Apotheke oder Anstaltsapotheke in einer Vertragspartei des EWR-Abkommens oder in der Schweiz. Der Berechnung der Dauer der fachlichen Tätigkeit ist eine im Voldienst tatsächlich zurückgelegte Dienstverwendung zu Grunde zu legen. Im Teildienst zurückgelegte Zeiten sind nur mit ihrem verhältnismäßigen Anteil anzurechnen.
- die volle **Geschäftsfähigkeit**,
- die **Verlässlichkeit** mit Beziehung auf den Betrieb einer Apotheke,
- die **gesundheitliche Eignung**, die durch ein amtsärztliches Zeugnis nachzuweisen ist (es wird nicht präzisiert ob ein Schweizer Zeugnis ausreicht)
- ausgezeichnete Kenntnisse der **deutschen Sprache**.
- Es gelten zudem folgende **Einschränkungen**:
Von der Erlangung der Berechtigung zum selbständigen Betrieb einer öffentlichen Apotheke im Sinne dieses Bundesgesetzes ist ausgeschlossen, wer länger als drei Jahre in keiner öffentlichen Apotheke oder Anstaltsapotheke tätig war und nicht seit wenigstens sechs Monaten eine solche Tätigkeit wieder ausübt.
Von der Erlangung der Berechtigung zum Betrieb einer neu zu errichtenden öffentlichen Apotheke ist ausgeschlossen, wer im Besitz einer konzessionierten Apotheke ist oder war, wenn nach Zurücklegung der Konzession nicht fünf Jahre vergangen sind.
Gem. § 2 ApothG ist von der Erteilung der Konzession zum Betrieb einer öffentlichen Apotheke ausgeschlossen, wer bereits Konzessionsinhaber in einem anderen EWR-Staat oder in der Schweiz ist. Inhaber einer Konzession zum Betrieb einer Apotheke in einem anderen EWR-Staat oder in der Schweiz, Pächter oder Leiter solcher Apotheken dürfen keine andere öffentliche Apotheke pachten oder leiten.

c. Kammermitgliedschaft

Apotheker sind Mitglieder der österreichischen Apothekerkammer. Gem. § 7 (1) ApothKG gliedert sich die Apothekerkammer in die Abteilungen der selbständigen Apotheker und der angestellten Apotheker.

Mitglieder in der Abteilung der selbständigen Apotheker sind alle physischen und juristischen Personen, die nach den Bestimmungen des Apothekengesetzes die Berechtigung zum Betrieb einer öffentlichen Apotheke oder Anstaltsapotheke besitzen und diese Berechtigung auch ausüben; Miteigentümer von öffentlichen Apotheken, die in ihrer Apotheke als pharmazeutische Fachkräfte tätig sind; die Pächter im Falle der Verpachtung einer öffentlichen Apotheke an Stelle der Betriebsrechtsinhaber und Miteigentümer.

Mitglieder in der Abteilung der angestellten Apotheker sind die in öffentlichen oder Anstaltsapotheken tätigen Apotheker oder Personen, die die fachliche Ausbildung für den Apothekerberuf in Apotheken absolvieren (Aspiranten), soweit für diese nicht die Voraussetzungen für die Mitgliedschaft in der Abteilung der selbständigen Apotheker gemäß Abs. 2 gegeben sind, Apotheker, die auf Grund eines Arbeitsvertrages zu einer öffentlichen Apotheke oder zum Rechtsträger einer Anstaltsapotheke im Auftrag dieser Apotheke in einer Krankenanstalt oder einer vergleichbaren Pflegeeinrichtung als Apotheker tätig sind, stellenlos gewordene Apotheker und Aspiranten, welche bei der Stellenvermittlung bei der Pharmazeutischen Gehaltskasse für Österreich gemeldet sowie bereit und in der Lage sind, eine zumutbare Stelle anzunehmen, Apotheker, die durch eine Funktion in der Österreichischen Apothekerkammer oder der Pharmazeutischen Gehaltskasse für Österreich oder auf Grund eines öffentlichen Mandates an der Ausübung des Apothekerberufes verhindert sind.

d. Kassenzulassung

Gem. § 10 ApothG wird eine Die Konzession für eine neu zu errichtende öffentliche Apotheke erteilt, wenn in der Gemeinde des Standortes der öffentlichen Apotheke ein Arzt seinen ständigen Berufssitz hat und ein Bedarf an einer neu zu errichtenden öffentlichen Apotheke besteht.

Ein Bedarf besteht nicht, wenn

1. sich zum Zeitpunkt der Antragstellung in der Gemeinde der in Aussicht genommenen Betriebsstätte eine ärztliche Hausapotheke befindet und weniger als zwei Vertragsstellen nach (volle Planstellen) von Ärzten für Allgemeinmedizin besetzt sind, oder
2. die Entfernung zwischen der in Aussicht genommenen Betriebsstätte der neu zu errichtenden öffentlichen Apotheke und der Betriebsstätte der nächstgelegenen bestehenden öffentlichen Apotheke weniger als 500 m beträgt oder
3. die Zahl der von der Betriebsstätte einer der umliegenden bestehenden öffentlichen Apotheken aus weiterhin zu versorgenden Personen sich in Folge der Neuerrichtung verringert und weniger als 5 500 betragen wird.

bzw. wenn sich zum Zeitpunkt der Antragstellung in der Gemeinde der in Aussicht genommenen Betriebsstätte der öffentlichen Apotheke

1. eine ärztliche Hausapotheke und
2. eine Vertragsgruppenpraxis befindet, die versorgungswirksam höchstens eineinhalb

Auriche

besetzten Vertragsstellen entspricht und in der Gemeinde keine weitere Vertragsstelle von einem Arzt für Allgemeinmedizin besetzt ist.

Diese Apotheker haben in der Regel jedoch alle eine Kassenzulassung (vgl. hierzu auch VfGH, 2.3.1998, 15103. Dort heisst es:

„Es wäre im Hinblick auf den Versorgungsauftrag der Sozialversicherungsgesetze wenig gewonnen, die Niederlassungsregelung des Apothekengesetzes zu streichen, jedoch als Ersatz entsprechende sozialversicherungsrechtliche Normen zu schaffen, die sicherstellen, daß einerseits entsprechend dem Bedarf der Versicherten flächendeckend Apothekenplanstellen zur Verfügung stehen bzw. andererseits in Ballungszentren mit zu vielen Apotheken - im Hinblick auf die begrenzten Budgetmittel der Krankenkassen - vorsorgen, daß nicht alle Apotheken Kassenverträge erhalten. Es wäre einem neu niedergelassenen Apotheker in Konsequenz aber wenig gedient, Arzneimittel nicht für Rechnung der Sozialversicherungsträger abgeben zu dürfen; schon gar nicht wäre es im Interesse der Versicherten gelegen, zwischen Kassenapotheken und Nicht-Kassenapotheken unterscheiden zu müssen.“

e. **Zuständige Behörde, Verfahren, Fristen**

aa. *Zuständige Behörden*

Gem. § 3b ApothG entscheidet die **Österreichische Apothekerkammer** über Anträge auf Anerkennung der Diplome, Prüfungszeugnisse und sonstigen Befähigungsnachweise.

Österreichische Apothekerkammer
Spitalgasse 31
Postfach 87
A-1091 Wien
Telefon: 01/404 14/100
Telefax: 01/408 84 40

bb. *Verfahren, Fristen*

Der Bescheid ist spätestens drei Monate ab dem Zeitpunkt, zu dem der Antragsteller den Antrag und seine Unterlagen vollständig vorgelegt hat, zu erlassen

B. **Nützliche Adressen**

Österreichische Apothekerkammer (gesetzliche Berufsvertretung sämtlicher selbständigen und angestellten Apotheker.)

Spitalgasse 31
Postfach 87
A-1091 Wien
Telefon: 01/404 14/100
Telefax: 01/408 84 40

Pharmazeutische Gehaltskasse für Österreich (zentrales Gehalts-, Wirtschafts- und Sozialinstitut als Basis der Sozialpartnerschaft zwischen angestellten und selbständigen Apothekern)

Spitalgasse 31
Postfach 77
A-1091 Wien
Telefon: (01) 404 14-200
Telefax: (01) 404 14-249

Autriche

Verband der Angestellten Apotheker Österreichs

Berufliche Interessenvertretung
Spitalgasse 31/3
Postfach 85
A - 1091 Wien
Tel.: 01/404 14 400
Fax: 01/404 14 414
e-mail: info@vaaoe.at

Forum Pharmazie als Vertretungen der angestellten Apotheker

Widerhofergasse 3/24 1090 Wien
Tel: 01/319 73 73-22
Fax: 01/319 73 73 4
e-mail: office@forumpharmazie.at

Österreichische Apothekerverband als Interessensgemeinschaft der selbstständigen Apotheker.

Spitalgasse 31
A-1090 Wien
Telefon: +43 / 1 / 404 14-300
Telefax: +43 / 1 / 408 62 80
e-mail: service@apoverband.at

Österreichische Apothekerbank

Österreichische Apothekerbank reg.Gen.m.b.H.
Spitalgasse 31
Postfach 6
A-1091 Wien ; BLZ 44220
tel.: +43-1-406 46 95-0
fax: +43-1-406 46 95-43
e-mail: apobank@apobank.at

FRANCE

A la date du 10 avril 2008, la Directive 2005/36/CE du Parlement européen et du Conseil du 7 septembre 2005 relative à la reconnaissance des qualifications professionnelles n'ayant pas encore été transposée en France, il ne nous a pas été possible de livrer le rapport commandé pour ce pays.

Le gouvernement a été autorisé par la loi n° 2007-1774 du 17 décembre 2007 portant diverses dispositions d'adaptation au droit communautaire dans les domaines économique et financier, à prendre par voie d'ordonnance, dans un délai de **douze mois** à compter de la date de publication de la présente loi, les dispositions relevant du domaine de la loi nécessaire pour transposer la Directive 2005/36/CE.

ITALIE

I. INTRODUZIONE

A. Fonti normative

Due sono, ad oggi (20 dicembre 2007), le principali fonti normative della regolamentazione italiana dell'esercizio, in Italia, della professione di **farmacisti** da parte di chi è in possesso di un **titolo estero**:

- **Decreto legislativo 9 novembre 2007 n. 206** recante "Attuazione della direttiva 2005/36 CE relativa al riconoscimento delle qualifiche professionali, nonché della direttiva 2006/100/CE che adegua determinate direttive sulla libera circolazione delle persone a seguito dell'adesione della Bulgaria e Romania" (qui di seguito: "**D. lgs. 206/2007**")
- **Decreto legislativo 8 agosto 1991, n. 258** recante "Attuazione delle direttive n. 85/432/CEE, n. 85/433/CEE e n. 85/584/CEE in materia di formazione e diritto di stabilimento dei **farmacisti**, a norma dell'art. 6 della legge 30 luglio 1990, n. 212" (qui di seguito: "**D. Lgs. 258/1991**")

Si rileverà che il D. Lgs. 206/2007, attesa la sua recente approvazione, **non** è ancora stato completato da una **disciplina di dettaglio** relativa alla specifica **professione di farmacista**. **Si è perciò tenuto conto qui di seguito della D. Lgs. 258/1991, che è ancora in vigore, dunque è ancora oggi applicabile, quanto meno nella misura in cui è compatibile con il D. Lgs. 206/2007.**

B. Interrelazione con il diritto europeo

La legge n. 364 del 15 novembre 2000 ha ratificato per l'Italia l'Accordo tra la Comunità europea ed i suoi Stati membri e la Confederazione svizzera del 21 giugno 1999 (l'« **Accordo** »). L'Accordo disciplina la **libera circolazione delle persone** tra la Comunità Europea e la Confederazione Svizzera e **stabilisce l'applicabilità delle direttive comunitarie in tema di riconoscimento delle qualifiche professionali anche ai cittadini elvetici**. Pertanto, sono state introdotte agevolazioni **tali da rendere di fatto la situazione dei cittadini elvetici analoga a quella dei cittadini comunitari**. Viene in particolare in considerazione l'art. 9 dell'Accordo, il cui testo è il seguente.

« **Articolo 9 – Diplomi certificati e altri titoli**

Per agevolare ai cittadini degli Stati membri della Comunità europea e della Svizzera l'accesso alle attività dipendenti e autonome e il loro esercizio, nonché la prestazione di servizi, le parti contraenti adottano, conformemente all'allegato III, le misure necessarie per quanto riguarda il **riconoscimento reciproco dei diplomi dei certificati e di altri titoli** e il coordinamento delle disposizioni legislative, regolamentari e amministrative delle parti contraenti in materia di accesso alle attività dipendenti e autonome e dell'esercizio di queste, nonché di prestazione di servizi ».

In base all'Accordo dunque, i professionisti che intendano ottenere il riconoscimento del titolo professionale conseguito nella Confederazione Svizzera possono presentare domanda al **Ministero competente** – per la **professione di farmacista, il Ministero della Salute** (v. art. 5 D. Lgs. 206/2007) – ed inviando la documentazione necessaria. Si segnala che l'art. 2 del

D. Lgs. 206/2007 dispone, al comma 3, che “**per il riconoscimento dei titoli di formazione acquisiti dai cittadini (...) della Confederazione svizzera, si applicano gli accordi in vigore con l’Unione europea**”.

II. RAPPORTO

A. Libertà di stabilimento

Il D. Lgs. 206/2007 regola la **libertà di stabilimento** agli artt. 16 s. Tale decreto si applica, tra l'altro, come detto, **alla professione di farmacista**. Finché non verrà emanata la legislazione secondaria di **esecuzione** di tale decreto nell'ambito della professione qui in analisi, **pare logico avere riguardo al D. Lgs. 258/1991**. Distingueremo qui di seguito i due regimi, quello di cui al D. Lgs. 206/2007 (A.1) e quello di cui al D. Lgs. 258/1991 (A.2).

A titolo di premessa, si dirà che la professione di **farmacista** rientra, in Italia, nelle c.d. “**professioni sanitarie**” per il cui esercizio è **necessaria l’iscrizione ad un albo** (v. Art. 8 del D.Lgs. 13 settembre 1946, n. 233). L’Albo è tenuto **dagli Ordini dei farmacisti organizzati su base provinciale** (art. 7 del D.Lgs. 233/1946). In effetti, “in ogni provincia sono costituiti gli Ordini dei medici-chirurghi, dei veterinari, dei farmacisti (art. 1 del D.Lgs. 233/1946). Gli Ordini provinciali sono riuniti in una Federazione nazionale con sede a Roma, nel caso dei farmacisti la **Federazione Nazionale degli Ordini Farmacisti Italiani, la “FOFI” il cui sito è <http://fofi.edraspa.it/cont/home>**.”

Competente per le questioni relative al riconoscimento è il **Ministero della Salute, Direzione generale risorse umane e professioni sanitarie, Via Giorgio Ribotta, 5 - 00144 Roma**.

A.1. Regime di cui al D. Lgs. 206/2007

Il D. Lgs. 206/2007 pone, al titolo III capo I, rubricato « norme procedurali », **alcune regole generali**, che valgono per **tutte le professioni cui esso si applica, ivi compresa la professione di farmacista** (cfr. art. 50-51, che vi sono specificamente dedicati).

1. Condizioni e domanda per il riconoscimento

Ai sensi dell’art. 17 D. Lgs. 206/2007, la domanda per il riconoscimento è **corredata** dei seguenti documenti:

- un certificato o copia di un documento che attesti la **nazionalità** del prestatore;
- una copia degli **attestati di competenza o del titolo di formazione** che dà accesso alla professione ed eventualmente un attestato dell’**esperienza professionale** dell’interessato

Le autorità competenti – per la professione di farmacista: il **Ministero della Salute**²⁰⁹ – possono invitare il richiedente a **fornire informazioni** quanto alla sua formazione nella misura necessaria a **determinare l’eventuale esistenza di differenze sostanziali rispetto alla formazione richiesta sul territorio dello Stato italiano**. Qualora sia impossibile per il richiedente fornire tali informazioni, le autorità competenti si rivolgono al punto di contatto, all’autorità competente o a qualsiasi altro organismo pertinente dello Stato membro di origine.

²⁰⁹ V. <http://www.ministerosalute.it/professionisSanitarie/paginaInterna.jsp?id=116&menu=riconoscimento>.

Italie

Le domande vanno indirizzate a :

Ministero della Salute

Direzione Generale delle Risorse Umane e delle Professioni Sanitarie

UFF. VII

Via Giorgio Ribotta, 5 – 00144 ROMA

Qualora l'accesso a una professione regolamentata sia subordinato ai **requisiti dell'onorabilità e della moralità** (non pare essere il caso della professione di **farmacista** : v. infra, A.2. punto 2), o l'esercizio di tale professione possa essere **sospeso o vietato** in caso di gravi mancanze professionali o di condanne per reati penali, la sussistenza di tali requisiti si considera provata da **documenti rilasciati da competenti autorità dello Stato membro di origine o dello Stato membro da cui proviene l'interessato**.

Nei casi in cui l'ordinamento dello Stato membro di origine o dello Stato membro da cui proviene l'interessato non preveda il rilascio dei documenti di cui sopra, questi possono essere sostituiti da una **dichiarazione giurata** o, negli Stati membri in cui tale forma di dichiarazione non è contemplata, da una **dichiarazione solenne**, prestata dall'interessato dinanzi ad un'autorità *giudiziarie o amministrativa* competente o, eventualmente, dinanzi ad un *notaio* o a un *organo qualificato* dello Stato membro di origine o dello Stato membro da cui proviene l'interessato.

Qualora l'accesso ad una professione regolamentata sia subordinato al **possesso di sana costituzione fisica o psichica**, tale requisito si considera dimostrato dal **documento prescritto** nello Stato membro di origine o nello Stato membro da cui proviene l'interessato. Qualora lo Stato membro di origine o di provenienza non prescriva documenti del genere, le autorità competenti accettano un attestato rilasciato da un'autorità competente di detti Stati.

Qualora l'esercizio di una professione regolamentata sia subordinato al possesso di **capacità finanziaria** del richiedente o di assicurazione contro i danni derivanti da responsabilità professionale, tali requisiti si considerano dimostrati da un **attestato rilasciato da una banca o società di assicurazione con sede in uno Stato membro**.

I documenti di cui sopra al momento della loro presentazione non devono essere di data anteriore a **tre mesi**.

La domanda è corredata da un **certificato dell'autorità competente dello Stato membro di origine attestante che il titolo di formazione soddisfa i requisiti stabiliti dalla normativa comunitaria** in materia di riconoscimento dei titoli di formazione in base al coordinamento delle **condizioni minime di formazione** (Art. 17 del D. lgs. 206/2007).

2. Formazione richiesta

L'art. 50 del D.lgs. 206/2007 è *specificatamente* consacrato alla professione di farmacista. In esso si dispone che l'ammissione alla **formazione di farmacista** è subordinata al possesso di un **diploma di scuola secondaria superiore** che dia accesso, per tali studi, alle università. Il titolo di formazione di farmacista sancisce una **formazione della durata di almeno cinque anni**, di cui almeno: a) **quattro anni d'insegnamento teorico e pratico** a tempo pieno in una università, un istituto superiore di livello riconosciuto equivalente o sotto la sorveglianza di una università; b) **sei mesi di tirocinio** in una **farmacia** aperta al pubblico o in un **ospedale** sotto la sorveglianza del servizio farmaceutico di quest'ultimo. Tale ciclo di formazione verte almeno sul programma di cui all'allegato V, punto 5.6.1 (che qui si omette).

Italie

La formazione di farmacista garantisce l'acquisizione da parte dell'interessato delle **sottoelencate conoscenze e competenze**:

- un'adeguata conoscenza dei **medicinali** e delle **sostanze** utilizzate per la loro **fabbricazione**;
- un'adeguata conoscenza della **tecnologia farmaceutica** e del **controllo** fisico, chimico, biologico e microbiologico dei medicinali;
- un'adeguata conoscenza del **metabolismo e degli effetti dei medicinali**, nonché dell'azione delle **sostanze tossiche** e dell'**utilizzo** dei medicinali stessi;
- un'adeguata conoscenza che consenta di valutare i **dati scientifici** concernenti i medicinali in modo da potere su tale base fornire le informazioni appropriate;
- un'adeguata conoscenza delle **norme** e delle **condizioni** che disciplinano l'esercizio delle attività farmaceutiche.

3. **Decisione e possibilità di ricorso ; autorità competente, istruttoria, procedura, termini**

Ai fini del riconoscimento professionale, l'interessato presenta apposita **domanda** all'autorità competente (Ministero della salute, ex art. 5 D. Lgs. 206/2007). Entro **trenta giorni** dal ricevimento della domanda, l'autorità accerta la **completezza** della documentazione esibita, e ne **dà notizia** all'interessato. Ove necessario, l'autorità competente richiede le eventuali necessarie **integrazioni**.

Per la valutazione dei **titoli acquisiti**, il D. Lgs. 206/2007 prevede, come regola generale, che l'autorità indichi una « **conferenza di servizi** » ai sensi della legge 7 agosto 1990, n. 241 alla quale partecipano **rappresentanti**:

- delle amministrazioni dell'autorità competente;
- del Dipartimento per il coordinamento delle politiche comunitarie;
- del Ministero degli affari esteri.

Nella conferenza dei servizi sono sentiti **un rappresentante dell'Ordine o Collegio professionale** ovvero della categoria professionale interessata.

Tuttavia, la necessità di indire una « conferenza di servizi » non si applica, tra l'altro, nei casi di cui al capo IV del titolo III, sezione VII, cioè per la professione di farmacista (art. 16, comma 5).

Sul riconoscimento provvede l'autorità competente con **decreto motivato**, da adottarsi nel termine di **tre mesi** dalla presentazione della documentazione completa da parte dell'interessato. Il decreto è **pubblicato** nella Gazzetta Ufficiale della Repubblica italiana.

Se l'esercizio della professione in questione è condizionato alla **prestazione di un giuramento** o ad una **dichiarazione solenne**, al cittadino interessato è proposta una formula appropriata ed equivalente nel caso in cui la **formula** del giuramento o della dichiarazione **non** possa essere utilizzata da detto cittadino (art. 16 D. Lgs. 206/2007).

4. **Effetti del riconoscimento**

Ai sensi dell'art. 3 del D. Lgs. 206/2007, in tema di « **effetti del riconoscimento** », il riconoscimento delle qualifiche professionali operato ai sensi del D. Lgs. 206/2007 permette di **accedere**, se in possesso dei requisiti specificamente previsti, **alla professione corrispondente per la quale i soggetti richiedenti sono qualificati nello Stato membro d'origine e di esercitarla alle stesse condizioni previste dall'ordinamento italiano**. La professione che l'interessato eserciterà sul territorio italiano sarà quella per la quale è qualificato **nel proprio Stato membro d'origine**, se le attività sono comparabili.

Italie

Riguardo all'uso del titolo professionale, il prestatore può usare nella professione la **denominazione del proprio titolo di studio**, ed eventualmente la **relativa abbreviazione**, nella **lingua** dello Stato membro nel quale il titolo di studio è stato conseguito. L'uso di detta denominazione o dell'abbreviazione non è tuttavia consentito se idoneo ad **ingenerare confusione** con una professione regolamentata nel territorio nazionale, per la quale l'interessato non ha ottenuto il riconoscimento della qualifica professionale; in tal caso la denominazione potrà essere utilizzata a condizione che ad essa siano apportate le modifiche o aggiunte idonee alla differenziazione, stabilite dall'autorità competente. Tuttavia, L'art. 16 comma 10 del D.lgs. 206/2007, che deroga a tale disposizione, e che pare ben applicabile alla professione di *farmacista*, prevede che i beneficiari del riconoscimento esercitano la professione **facendo uso della denominazione del titolo professionale e della sua eventuale abbreviazione, prevista dalla legislazione italiana**.

Sulla base dell'art. 51 D.Lgs. 206/2007, specificamente dedicato all'“Esercizio delle attività professionali di farmacista”, i titolari del titolo di **formazione universitaria** di farmacista, corredato del **diploma** di abilitazione all'esercizio della professione di cui allegato V, punto 5.6.2 (che qui si omette), che soddisfi le condizioni di formazione di cui sopra, **sono autorizzati ad accedere e ad esercitare almeno le sottoelencate attività**, fermo restando le disposizioni che prevedono, nell'ordinamento nazionale, **ulteriori requisiti** per l'esercizio delle stesse:

- **preparazione** della forma farmaceutica dei medicinali;
- **fabbricazione e controllo** dei medicinali;
- controllo dei medicinali in un laboratorio di controllo dei medicinali;
- **immagazzinamento, conservazione e distribuzione** dei medicinali nella fase di commercio all'ingrosso;
- preparazione, controllo, immagazzinamento e distribuzione dei medicinali nelle **farmacie aperte al pubblico**;
- preparazione, controllo, immagazzinamento e distribuzione dei medicinali negli **ospedali**;
- diffusione di **informazioni e consigli** nel settore dei medicinali (art. 1 D. Lgs. 258/1991).

5. Obbligo di iscrizione

L'articolo **100 del Testo Unico delle Leggi Sanitarie** (R.D. 27 luglio 1934, n. 1265 e successive modificazioni) dispone che *"nessuno può esercitare la professione... (omissis)... se non abbia conseguito il titolo di abilitazione all'esercizio professionale, a norma delle vigenti disposizioni"*²¹⁰. Ciò vale anche per la **professione del farmacista, che è, in Italia, una professione sanitaria regolamentata. Gli albi dei farmacisti sono tenuti su base provinciale. L'elenco degli Ordini Provinciali dei farmacisti è disponibile sul sito della Federazione degli Ordini dei Farmacisti Italiani: <http://fofi.edraspa.it/cont/istituzionale/elenco_ordini/0610/1300/?fs=2>**.

L'abilitazione professionale, nell'ordinamento italiano, svolge un ruolo essenziale, avendo la funzione di garantire la collettività rispetto al corretto esercizio della professione riconosciuta. L'esercizio di **un'attività professionale, in assenza del relativo titolo di abilitazione e dell'iscrizione all'albo**, configura il reato di esercizio abusivo della professione (art.348

²¹⁰ Vedi il sito della Federazione degli Ordini dei farmacisti italiani, <http://fofi.edraspa.it/cont/come/0706/1900/?fs=2>.

c.p.). L'iscrizione all'albo è dunque **condizione per l'esercizio della professione di farmacista**. Per i farmacisti, l'esame di abilitazione è disciplinato dalla legge 8 dicembre 1956, n. 1378 e dal relativo regolamento d'attuazione approvato con decreto del Ministro della pubblica istruzione 9 settembre 1957 e successive modificazioni.

Ai sensi dell'art. 2 del **Codice deontologico dei farmacisti**, "tutti i farmacisti iscritti all'Albo sono tenuti a conoscere e osservare le norme e i principi contenuti nel Codice deontologico ed a tenere sempre, anche al di fuori dell'esercizio della professione, **una condotta consona al proprio ruolo, tale da non portare in nessun caso discredito alla professione**"²¹¹. **Non vi è alcun obbligo, a carico degli iscritti, di concludere una polizza assicurativa contro la responsabilità civile.**

A.2. Regime di cui al D. Lgs. 258/1991

1. Condizioni per il riconoscimento

Ai cittadini degli stati membri delle Comunità europee che sono in possesso dei diplomi, certificati ed altri titoli di cui all'allegato del D. Lgs. 258/1991 (che qui si omette) è **ricosciuto il titolo di « farmacista »** ed è consentito l'esercizio delle **seguenti attività professionali**:

- **preparazione** della forma farmaceutica dei medicinali;
- **fabbricazione e controllo** dei medicinali;
- **controllo** dei medicinali in un laboratorio di controllo dei medicinali;
- **immagazzinamento, conservazione e distribuzione** dei medicinali nella fase di **commercio all'ingrosso**;
- preparazione, controllo, immagazzinamento e distribuzione dei medicinali nelle **farmacie aperte al pubblico**;
- preparazione, controllo, immagazzinamento e distribuzione dei medicinali **negli ospedali**;
- **diffusione di informazioni e consigli** nel settore dei medicinali.

I diplomi, certificati ed altri titoli rilasciati dagli stati membri delle Comunità europee ai cittadini degli stessi, che soddisfano l'insieme dei requisiti minimi di formazione richiesti dalla normativa comunitaria, ma non corrispondono alle denominazioni figuranti nell'allegato al presente decreto, **sono assimilati, a tutti gli effetti, ai diplomi, certificati e altri titoli di cui sopra, se sono corredati di un attestato che certifichi che sono rilasciati a conclusione di una formazione conforme alle disposizioni comunitarie e che sono assimilati dallo stato membro che li ha rilasciati a quelli specificati nell'allegato (che qui si omette)** (art. 1 comma 3 D. Lgs. 258/1991).

2. Domanda per il riconoscimento

Per ottenere, mediante **l'iscrizione all'Albo dei farmacisti**, **l'autorizzazione** all'esercizio della professione di farmacista l'interessato deve presentare al **Ministero della sanità** domanda in **lingua italiana**, nella quale sia indicata anche la **provincia** presso il cui ordine dei farmacisti si chiede l'iscrizione. La domanda deve essere corredata dai seguenti documenti:

²¹¹ Vedi il sito della Federazione degli Ordini dei farmacisti italiani, <http://fofi.edraspa.it/cont/800-deo/0706/2001/?fs=2>.

Italie

- **uno dei titoli** previsti dall'allegato in originale o copia autenticata;
- un **estratto del casellario giudiziale**, ovvero, in mancanza, un **documento equipollente** rilasciato dalla competente autorità dello stato di origine o di provenienza;
- un certificato di **cittadinanza**;
- un certificato sulle **condizioni di salute** dell'interessato, conforme alle norme stabilite dallo stato membro di origine o di provenienza per l'esercizio della professione.

I documenti di cui sopra, devono essere accompagnati, se redatti in una lingua straniera, da una **traduzione in lingua italiana certificata conforme al testo originale** dalle autorità diplomatiche o consolari italiane del paese in cui i documenti sono stati redatti, oppure da un traduttore ufficiale.

Al momento della loro presentazione i documenti di cui sopra non devono essere di **data anteriore a tre mesi** (art. 2 D. Lgs. 258/1991).

3. **Decisione e possibilità di ricorso ; autorità competente, istruttoria, procedura, termini**

Il Ministero della sanità, d'intesa con il Ministero dell'Università e della ricerca scientifica e tecnologica, **accerta la regolarità della domanda** e della relativa documentazione **entro due mesi dal ricevimento** e provvede a **trasmettere gli atti all'Ordine dei farmacisti** della *provincia* indicata dall'interessato, dandone **comunicazione al medesimo**.

Il Ministero della sanità, nel caso di fondato dubbio circa l'autenticità dei diplomi, dei certificati e degli altri titoli, **svolge i necessari accertamenti** presso la competente autorità dello stato di origine o di provenienza (art. 3 D. Lgs. 258/1991).

4. **Effetti dell'iscrizione**

4.1. *Usò del titolo*

I cittadini di uno stato membro delle comunità europee ai quali è stato consentito l'esercizio della professione di farmacista ai sensi del D. Lgs. 258/1991 **hanno diritto di far uso del titolo di formazione conseguito nel paese d'origine o provenienza nella lingua di tale stato**, anche in forma abbreviata. il titolo deve essere seguito dal **nome** e dalla **sede** dell'istituto o della commissione che lo ha rilasciato (art. 4 comma 2 D. Lgs. 258/1991).

4.2. *Misure disciplinari*

Il Ministero della sanità invia, a richiesta, alle autorità competenti degli altri stati membri delle comunità europee **tutte le informazioni relative a misure di carattere disciplinare**, nonché a **sanzioni penali** connesse all'esercizio della professione, adottate nei confronti degli iscritti agli ordini dei farmacisti che abbiano chiesto di esercitare la professione in un paese comunitario. a tal fine i competenti ordini dei farmacisti danno **comunicazione** al Ministero della sanità di tutte le sanzioni che incidono sull'esercizio professionale (art. 4 comma 1 D. Lgs. 258/1991).

4.3. *Informazioni e conoscenze linguistiche*

Gli **ordini provinciali** dei farmacisti, in occasione dell'iscrizione dei cittadini di stati membri delle comunità europee in possesso dei titoli di cui all'allegato, **curano, ove occorra a giudizio degli ordini stessi, con spese a carico degli interessati che gli iscritti**

acquisiscano esaurienti informazioni sulla legislazione sanitaria e sociale e sulle norme deontologiche vigenti in Italia, nonché le conoscenze linguistiche necessarie all'esercizio dell'attività professionale (art. 6 D. Lgs. 258/1991).

B. Libera prestazione di servizi

Il D. Lgs. 206/2007 regola la libera prestazione di servizi agli artt. 9-15. Tale decreto si applica, tra l'altro, come detto, alla professione di *farmacista*. Finché non verrà emanata la legislazione secondaria di esecuzione di tale decreto nell'ambito delle professioni qui in analisi, **pare logico avere riguardo alla D. Lgs. 258/1991**. Questa tuttavia **non** contiene alcuna disposizioni in merito alla libera prestazione di servizi. Il solo regime generale previsto al D. Lgs. 206/2007 sarà dunque illustrato qui di seguito.

1. Condizioni per l'esercizio

La libera prestazione di servizi sul territorio nazionale **non** può essere limitata per ragioni attinenti alle qualifiche professionali:

- se il prestatore è **legalmente stabilito** in un altro Stato membro per esercitarvi la corrispondente professione;
- in caso di **spostamento del prestatore**; in tal caso, se nello Stato membro di stabilimento la professione **non è regolamentata**, il prestatore deve aver esercitato tale professione per almeno **due anni** nel corso dei **dieci anni** che precedono la prestazione di servizi.

Tale libertà è concessa al solo prestatore che si **sposta** sul territorio dello Stato per esercitare la professione « **in modo temporaneo e occasionale** ». Il carattere « temporaneo e occasionale » della prestazione è valutato, dall'autorità competente, **caso per caso**, tenuto conto anche della **natura** della prestazione, della **durata** della prestazione stessa, della sua **frequenza**, della sua **periodicità** e della sua **continuità** (Art. 9 D. Lgs. 206/2007).

2. Comunicazione

Il prestatore che si sposta per la prima volta da un altro Stato membro sul territorio nazionale per fornire servizi è tenuto **ad informare 30 giorni prima**, salvo i casi di urgenza, l'autorità competente con una **dichiarazione scritta**, contenente informazioni sulla prestazione di servizi che intende svolgere, nonché sulla **copertura assicurativa o analoghi mezzi di protezione personale o collettiva** per la responsabilità professionale. Tale dichiarazione ha validità per l'anno in corso e deve essere rinnovata, se il prestatore intende successivamente fornire servizi temporanei o occasionali in tale Stato membro. Il prestatore può fornire la dichiarazione con **qualsiasi mezzo idoneo** di comunicazione.

In occasione della **prima** prestazione, o in qualunque momento interviene un **mutamento** oggettivo della situazione attestata dai documenti, la dichiarazione di cui sopra deve essere corredata di:

- un certificato o copia di un documento che attesti la **nazionalità** del prestatore;
- una certificazione dell'autorità competente che attesti che il titolare è **legalmente stabilito in uno Stato membro** per esercitare le attività in questione e che non gli è vietato esercitarle, anche su base temporanea, al momento del rilascio dell'attestato;
- un documento che comprovi il **possesso delle qualifiche professionali**;

Italie

- nei casi in cui la professione non è regolamentata, una prova con qualsiasi mezzo che il prestatore ha esercitato l'attività in questione per almeno **due anni** nei precedenti dieci anni;
- per le professioni nel settore della **sicurezza** la prova di **assenza di condanne penali**.

Il prestatore deve **informare** della sua prestazione, prima dell'esecuzione o, in caso di urgenza, immediatamente dopo, **l'ente di previdenza obbligatoria competente per la professione esercitata**. La comunicazione, che **non comporta obblighi di iscrizione o di contribuzione**, può essere effettuata con **qualsiasi mezzo idoneo** (Art. 10 D. lgs. 206/2007).

3. Diritti ed obblighi

In caso di **spostamento**, il prestatore è soggetto alle **norme che disciplinano l'esercizio della professione che è ammesso ad esercitare**, quali : la **definizione** della professione, l'**uso** dei titoli e la **responsabilità** professionale connessa direttamente e specificamente alla tutela e sicurezza dei consumatori, nonché alle **disposizioni disciplinari** applicabili ai professionisti che, sul territorio italiano, esercitano la professione corrispondente (art. 9 comma 4 D.lgs. 206/2007).

Per le professioni di cui al titolo III, capo IV – tra le quali vi è quella del **farmacista** – la prestazione di servizi è effettuata **con il titolo professionale previsto dalla normativa italiana**.

Copia delle dichiarazioni di cui sopra è trasmessa dall'autorità competente al **competente Ordine o Collegio** professionale che provvede ad una **iscrizione automatica in apposita sezione degli albi istituiti e tenuti presso i consigli provinciali e il consiglio nazionale** con oneri a carico dell'Ordine o Collegio stessi. L'iscrizione è assicurata per la durata di efficacia della dichiarazione. L'iscrizione all'ordine **non comporta l'iscrizione ad enti di previdenza obbligatoria** (Art. 13 D.lgs. 206/2007).

Le informazioni pertinenti circa la **legalità** dello stabilimento e la **buona condotta** del prestatore, nonché l'**assenza** di sanzioni disciplinari o penali di carattere professionale sono richieste e assicurate dalle autorità competenti. Queste provvedono affinché lo **scambio di tutte le informazioni necessarie** per un reclamo del destinatario di un servizio contro un prestatore avvenga correttamente. I destinatari sono **informati** dell'esito del reclamo (Art. 14 D. Lgs. 206/2007).



Institut suisse de droit comparé
Schweizerisches Institut für Rechtsvergleichung
Istituto svizzero di diritto comparato
Swiss Institute of Comparative Law

**AVIS SUR LES PROFESSIONS LIBÉRALES ET
LA LIBRE CIRCULATION DES SERVICES
RAPPORT
PSYCHOLOGUES – PSYCHOTHÉRAPEUTES
Allemagne, Angleterre, Autriche, France et Italie**

Avis 07-011

Lausanne, le 7 octobre 2008
ECR/LF/KJD/SL/EL/GPR/ba

TABLE DES MATIÈRES

ALLEMAGNE	382
ANGLETERRE	394
AUTRICHE	402
FRANCE	417
ITALIE	418

ALLEMAGNE

I. EINLEITUNG

A. Rechtsquellen

1. Europäisches Recht

a. Primärrecht

- Art. 39ff, 43ff und 49ff EG-Vertrag (EG) (ABl. 24.12.2002 C 325/33)
- Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits über die Freizügigkeit vom 21.6.1999, in Kraft seit 1.6.2002, Stand 27.12.2006 (0.142.112.681) in Deutschland BGBl. II 2001 S. 810 und BGBl. II 2002, S. 1692.

b. Sekundärrecht

- Richtlinie 2005/36/EG vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen (ABl. EU Nr. L 255 S. 22, 2007 Nr. L 271 S. 18).

2. Deutsches Recht

a. Gesetze

- [Psychotherapeutengesetz vom 16. Juni 1998](#) (BGBl. I S. 1311), zuletzt geändert durch Artikel 40 der Verordnung vom 31. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2407) Änderung durch Art. 6 G v. 2.12.2007 I 2686 (Nr. 60) bereits textlich nachgewiesen
- [Ausbildungs- und Prüfungsverordnung für Psychologische Psychotherapeuten vom 18. Dezember 1998](#) (BGBl. I S. 3749), zuletzt geändert durch Artikel 3 Abs. 6 des Gesetzes vom 19. Februar 2007 (BGBl. I S. 122) Änderung durch Art. 7 G v. 2.12.2007 I 2686 (Nr. 60) bereits im Gutachten berücksichtigt
- [Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlamentes und des Rates über die Anerkennung von Berufsqualifikationen der Heilberufe vom 2.12.2007](#), BGBl. I S. 2686.
- Landes-Heilberufs- und Heilberufskammergesetze
- [Zulassungsverordnung für Vertragsärzte \(Ärzte-ZV\) vom 28. Mai 1957](#) (BGBl. I, S. 572, 608), zuletzt geändert durch Art. 39 des Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlamentes und des Rates über die Anerkennung von Berufsqualifikationen der Heilberufe (BGBl. I 2007, S. 2686) Stand: 6. Dezember 2007

B. Verhältnis zu europarechtlichen Vorgaben

1. Umsetzung der Richtlinie 2005/36/EG

Das Psychotherapeutengesetz, (PsychThG) und die beiden Prüfungsordnungen werden durch das Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlamentes und des Rates über die Anerkennung von Berufsqualifikationen der Heilberufe (BGBl. I 2686)

Allemagne

sehr stark im Detail geändert. Diese Änderungen vom 2.12.2007 flossen zwar bereits in den Text des PschThG ein, die Ausbildungsordnungen sind jedoch bislang noch nicht in einer **konsolidierten** Gesetzesfassung erhältlich. Die Änderungen werden jedoch im vorliegenden Gutachten bereits berücksichtigt.

•

2. Verhältnis zum Freizügigkeitsabkommen Schweiz-EG

Die nationale Gesetzgebung bezieht die Richtlinie bereits ein, die allerdings für die Schweiz noch nicht gilt. Da das PSchThG nicht wie die anderen Heilberufegesetze Vertragsstaaten, denen von Deutschland und der EG bzw. EU ein entsprechender Rechtsanspruch eingeräumt wurde miteinbezieht, scheint die Rechtsstellung der Psychotherapeuten aus der Schweiz im Verhältnis zu den anderen Heilberufen nachteilig.

Mit der Entscheidung für die Richtlinienanwendung in der Schweiz ist daher anzunehmen, sich die Situation für Schweizer Staatsangehörige deutlich verbessert, denn dann dürften die für Staatsangehörige der EU-Mitgliedsstaaten Anwendbaren Grundsätze gelten, und die Voraussetzungen der Anerkennung von Berufsqualifikationen und der Niederlassung Schweizer Staatsangehöriger in EU-Staaten erleichtert werden.

II. LÄNDERBERICHT DEUTSCHLAND

A. Niederlassung als Psychotherapeut

1. Titel

Wer die heilkundliche Psychotherapie unter der Berufsbezeichnung "Psychologische Psychotherapeutin" oder "Psychologischer Psychotherapeut" oder die heilkundliche Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie unter der Berufsbezeichnung "Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutin" oder "Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut" ausüben will, bedarf gem. § 1 PschThG der Approbation oder bei vorübergehender Ausübung des Berufs der befristeten Erlaubnis als Psychologischer Psychotherapeut oder Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut.

Die Bezeichnung "Psychotherapeut" oder "Psychotherapeutin" darf von anderen Personen als Ärzten, Psychologischen Psychotherapeuten oder Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten nicht geführt werden.

2. Dauernde Berufszulassung

a. Erfordernisse

Wer in Deutschland den Beruf des Psychotherapeuten dauerhaft ausüben will, bedarf gem. § 2 PschThG der Approbation, oder- bei vorübergehender Niederlassung zur Ausübung des Berufs- einer Erlaubnis. Leichter ist, es für EU- oder EWR-Staatler, als für Schweizer, diese zu erlangen.

Erleichterte Voraussetzungen gelten wenn der Antragsteller

1. Staatsangehöriger eines Mitgliedstaates der Europäischen Union oder eines anderen EWR-Vertragsstaates oder heimatloser Ausländer im Sinne des Gesetzes über die Rechtsstellung heimatloser Ausländer ist. Hat der Antragsteller seine Ausbildung nicht in Deutschland gemacht, ist die Erteilung der Approbation allerdings auch für diese Bewerber nur zulässig, wenn der Antragsteller eine in einem anderen EU-Mit-

Allemanne

gliedstaat oder einem anderen EWR-Vertragsstaat erworbene, den Voraussetzungen der Richtlinie 2005/36/EG entsprechende **abgeschlossene Ausbildung** nachweist.

2. Für diese Antragsteller gilt, dass sie entweder die **vorgeschriebene Ausbildung** abgeleistet und die **staatliche (inländische) Prüfung** bestanden haben oder aus einem in einem **anderen EU-Mitgliedstaat oder einem anderen EWR-Vertragsstaat erworbenen Diplom** hervorgeht, dass der Inhaber eine Ausbildung erworben hat, die in diesem Staat für den unmittelbaren Zugang zu einem dem Beruf des Psychologischen Psychotherapeuten oder dem Beruf des Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten entsprechenden Beruf erforderlich ist.²¹²

Dies gilt auch für einen Ausbildungsnachweis, die von einer zuständigen Behörde in einem Mitgliedstaat ausgestellt wurden, sofern sie eine in der Gemeinschaft erworbene abgeschlossene Ausbildung bescheinigen, von diesem Mitgliedstaat als **gleichwertig** anerkannt wurden und in Bezug auf die Aufnahme oder Ausübung des Berufs des Psychologischen Psychotherapeuten oder des Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten dieselben Rechte verleihen oder auf die Ausübung des Berufs des Psychologischen Psychotherapeuten oder des Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten vorbereiten.

Dies gilt ferner auch für Berufsqualifikationen, die **nicht den Erfordernissen des Herkunftsmitgliedstaats** für die Berufsausübung des Psychologischen Psychotherapeuten oder des Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten entsprechen, jedoch nach dem Recht des Herkunftsmitgliedstaats **erworbene Rechte** nach den dort maßgeblichen Vorschriften verleihen.

Antragsteller mit einem Ausbildungsnachweis aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum haben einen höchstens **dreijährigen** Anpassungslehrgang zu absolvieren **oder** eine **Eignungsprüfung** abzulegen, wenn

- a. ihre nachgewiesene Ausbildungsdauer **mindestens ein Jahr unter** der in diesem Gesetz geregelten Ausbildungsdauer liegt,
- b. ihre Ausbildung sich auf **Fächer** bezieht, die sich **wesentlich** von denen **unterscheiden**, die durch die Ausbildung nach PsychThG und der PsychTh-APrV und KJPsychTh-APrV vorgeschrieben sind,
- c. der Beruf des Psychologischen Psychotherapeuten oder des Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten eine oder mehrere reglementierte Tätigkeiten umfasst, die im Herkunftsmitgliedstaat des Antragstellers **nicht Bestandteil** des dem Psychologischen Psychotherapeuten oder Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten entsprechenden Berufs sind, und wenn diese Unterschiede in einer besonderen Ausbildung bestehen, die nach PsychThG und der PsychTh-APrV und KJPsychTh-APrV gefordert wird, und sich auf Fächer beziehen, die sich wesentlich von denen unterscheiden, die von dem Ausbildungsnachweis abgedeckt werden, den der Antragsteller vorlegt, oder
- d. ihr Ausbildungsnachweis lediglich eine Ausbildung auf dem in Artikel 11 Buchstabe c der Richtlinie 2006/36/EG genannten Niveau bescheinigt und ihre nachgewiesene Berufserfahrung nicht zum Ausgleich der Unterschiede geeignet ist.

²¹²

Diplome im Sinne dieses Gesetzes sind Ausbildungsnachweise gemäß Artikel 3 Abs. 1 Buchstabe c der Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen (ABl. EU Nr. L 255 S. 22, 2007 Nr. L 271 S. 18) in der jeweils geltenden Fassung, die dem in Artikel 11 Buchstabe d oder Buchstabe e der Richtlinie genannten Niveau entsprechen.

Allemagne

Die Antragsteller haben das Recht, zwischen dem Anpassungslehrgang und der Eignungsprüfung zu **wählen** und der zuständigen Behörde die von ihnen getroffene Wahl schriftlich mitzuteilen.

Die zuständige Behörde legt (§ 20 PsychTh-APrV und § 20 KJPsychTh-APrV) bei der Meldung zur **Eignungsprüfung** die Termine für die Eignungsprüfung fest und gibt sie den Antragstellern drei Monate im voraus schriftlich bekannt. Erbrachte Ausbildungs- und Prüfungsnachweisen sind spätestens zwei Monate vor der Eignungsprüfung vorzulegen. Die Eignungsprüfung kann nur einmal wiederholt werden.

Die zuständige Behörde legt bei der Meldung zum **Anpassungslehrgang** den Termin für den Beginn des Lehrgangs fest und gibt ihn den Antragstellern schriftlich bekannt. Der Anpassungslehrgang erstreckt sich auf die Defizite der Ausbildung des Lehrgangsteilnehmers im Vergleich zur deutschen Ausbildung. Er muß gewährleisten, daß die Teilnehmer über Grundkenntnisse in wissenschaftlich anerkannten Verfahren sowie vertiefte Kenntnisse in einem dieser Verfahren verfügen. Die zuständige Behörde legt die Ausbildungsstätten fest, an denen der Anpassungslehrgang abgeleistet werden kann, seine Dauer und die Inhalte, die während des Lehrgangs zu vermitteln sind.

Sie legt ferner die Gesamtstundenzahl

- a. der praktischen Tätigkeit nach § 2,
- b. der theoretischen Ausbildung nach § 3,
- c. der praktischen Ausbildung nach § 4, ihre Aufteilung in Behandlungs- und Supervisionsstunden und die Anzahl der Patientenbehandlungen sowie
- d. der Selbsterfahrung nach § 5 fest.

3. Drittstaatler (auch: Schweizer)

Die unter 2. genannten Voraussetzungen an die Ausbildungsnachweise gelten auch als erfüllt, wenn der Antragsteller eine **in einem Drittland erworbene abgeschlossene Ausbildung** in einem dem Beruf des Psychologischen Psychotherapeuten oder dem Beruf des Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten entsprechenden Beruf nachweisen und die Gleichwertigkeit des Ausbildungsstandes gegeben ist. In die Prüfung der Gleichwertigkeit des Ausbildungsstandes sind die in anderen Staaten absolvierten Ausbildungsgänge oder die in anderen Staaten erworbene Berufserfahrung einzubeziehen. Die **Gleichwertigkeit** des Ausbildungsstandes **wird anerkannt**, wenn

- a) die Antragsteller einen Ausbildungsnachweis vorlegen, aus dem sich ergibt, dass sie bereits in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum als Psychologische Psychotherapeutin oder Psychologischer Psychotherapeut oder als Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutin oder Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut **anerkannt** wurden,
- b) sie über eine **dreijährige Berufserfahrung** in der Psychologischen Psychotherapie oder der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie im Hoheitsgebiet des Mitgliedstaats, der den Ausbildungsnachweis anerkannt hat, verfügen **und**
- c) der Mitgliedstaat, der die Ausbildung anerkannt hat, diese Berufserfahrung **bescheinigt**.

Ist die Gleichwertigkeit des Ausbildungsstandes nach obigen Kriterien nicht gegeben oder ist eine Prüfung der Gleichwertigkeit des Ausbildungsstandes nur mit unangemessenem zeitlichen oder sachlichen Aufwand möglich, weil die erforderlichen Unterlagen und Nachweise aus Gründen, die nicht in der Person der Antragsteller

Allemagne

liegen, von diesen nicht vorgelegt werden können, ist ein **gleichwertiger Kenntnisstand nachzuweisen**. Der Nachweis wird durch das Ablegen einer **Prüfung** erbracht, die sich auf den Inhalt der staatlichen Abschlussprüfung erstreckt. Dabei hat sich diese Prüfung auf diejenigen Bereiche zu **beschränken**, in denen die vorhandene Ausbildung hinter der in diesem Gesetz und der Ausbildungs- und Prüfungsverordnung für Psychologische Psychotherapeuten oder der Ausbildungs- und Prüfungsverordnung für Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten geregelten Ausbildung zurückbleibt.

- d) Ferner darf sich der Antragsteller nicht eines Verhaltens schuldig gemacht haben, aus dem sich die **Unwürdigkeit oder Unzuverlässigkeit** zur Ausübung des Berufs ergibt,
- e) Er darf nicht in **gesundheitlicher** Hinsicht zur Ausübung des Berufs **ungeeignet** sein und
- f) Er muss über die für die Ausübung der Berufstätigkeit erforderlichen Kenntnisse der **deutschen Sprache** verfügen.

a. Antragsinhalt

Der Antragsteller hat folgende Unterlagen und Bescheinigungen vorzulegen:

Dem Antrag auf Approbation sind gem. § 19 ApprO beizufügen:

1. ein tabellarischer **Lebenslauf** und die **Geburtsurkunde** oder ein Auszug aus dem Familienbuch der Eltern, bei Verheirateten die **Heiratsurkunde**, ein Auszug aus dem für die Ehe geführten Familienbuch oder jede sonstige Urkunde, die eine Namensänderung zur Folge hat, allerdings nur bei Ausbildungsnachweisen, die in einem Drittland ausgestellt wurden und noch in keinem anderen Mitgliedstaat anerkannt worden sind.
2. ein Nachweis über die **Staatsangehörigkeit** des Antragstellers,
3. ein **amtliches Führungszeugnis** (nicht älter als 3 Monate, besser 1 Monat vor Vorlage)
4. eine Erklärung darüber, ob gegen den Antragsteller ein gerichtliches **Strafverfahren** oder ein staatsanwaltliches Ermittlungsverfahren anhängig ist,
5. eine **ärztliche Bescheinigung**, aus der hervorgeht, dass der Antragsteller nicht zur Ausübung des Berufs ungeeignet ist (nicht älter als 3 Monate, besser 1 Monat vor Vorlage)
und
6. das **Zeugnis** über die staatliche Prüfung für Psychologische Psychotherapeuten bzw. bei ausländischem Prüfungszeugnis die (nach obigen Erörterungen) erforderlichen Ausbildungs- und Prüfungsnachweise in **amtlich beglaubigter Kopie**. Soweit diese Nachweise nicht in deutscher Sprache ausgestellt sind, sind sie zusätzlich in amtlich beglaubigter Übersetzung vorzulegen. Die zuständige Behörde kann die Vorlage weiterer Nachweise, insbesondere über eine bisherige Tätigkeit, verlangen.

b. Kammermitgliedschaft

Die Kammermitgliedschaftspflicht ergibt sich aus den **Landes- Heilberufekammergesetzen**, wie etwa dem baden-württembergischen HBKG.

Allemagne

Nach dessen § 2 Abs. 1 Nr. 5 gehören der **Landespsychotherapeutenkammer** alle Psychologischen Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutinnen und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten (Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten) an, die approbiert sind oder eine Erlaubnis zur Berufsausübung nach dem Psychotherapeutengesetz besitzen,

Adressen der Landespsychotherapeutenkammern

Bayerische Landeskammer der Psychologischen Psychotherapeuten und der Kinder- und Jugendlichen- psychotherapeuten

St.-Paul-Straße 9,
80336 München
Telefon 089 / 51 55 55 -0, Fax -25
info@ptk-bayern.de

Landespsychotherapeutenkammer Baden Württemberg

Jägerstr. 4070174 Stuttgart
Tel: 0711-674470-0
Fax: 0711-674470-15

Kammer für Psychologische Psychotherapeuten und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten im Land Berlin

Kurfürstendamm 184
10707 Berlin
Telefon: 030-887140-0
Fax: 030-887140-40
E-Mail: info@psychotherapeutenkammer-berlin.de
Internet: www.psychotherapeutenkammer-berlin.de

Psychotherapeutenkammer Bremen

Hollerallee 22
28209 Bremen
Fon: 0421 - 27 72 000
Fax: 0421 - 27 72 002

Psychotherapeutenkammer Hamburg

Hallerstr. 61
20146 Hamburg
Tel.: 040-226 226-060
Fax: 040-226 226-089

Psychotherapeutenkammer Hessen

Geschäftsstelle
Gutenbergplatz 1
65187 Wiesbaden
Telefon: 0611 53168 0
Telefax: 0611 53168 29
post@psychotherapeutenkammer-hessen.de

Psychotherapeutenkammer Niedersachsen

Roscherstr. 12
30161 Hannover
Tel.-Zentrale: 0511-850 304 – 30

Psychotherapeutenkammer NRW

Willstätterstraße 10
40549 Düsseldorf
Telefon: 0211 - 52 28 47 - 0
Fax: 0211 - 52 28 47 - 15

Ostdeutsche Psychotherapeutenkammer

Karl-Rothe-Straße 4
04105 Leipzig
Telefon: 0341-4624320
Fax: 0341-46243219
E-Mail: opk@gmx.info

Landespsychotherapeutenkammer Rheinland-Pfalz

Wilhelm-Theodor-Römheld-Str. 30 (Bürozentrum Mainz)
55130 Mainz-Weisenau
Tel: 0 61 31 / 5 70 38 13
Fax: 0 61 31 / 5 70 06 63
E-mail: service@lpk-rlp.de

Psychotherapeutenkammer Saarland

Talstraße 3266119 Saarbrücken
Tel. 0681/ 9 54 55 56
Fax 0681/ 9 54 55 58
Email: kontakt@ptk-saar.de

c. Kassenzulassung

Hinsichtlich der **Kassenzulassung** (Verträge mit Versicherern der Gesetzlichen Krankenversicherung) und der **Pflichtmitgliedschaft in der Kassenärztlichen Vereinigung** des gewünschten Niederlassungsbezirks, gelten im Prinzip ähnliche Voraussetzungen wie für Ärzte. Gem. § 1 Abs. 3 Ärzte-ZV²¹³ **gilt dies für**, Psychotherapeuten, angestellte Psychotherapeuten, medizinische Versorgungszentren und die dort angestellten Psychotherapeuten sowie die bei Vertragsärzten angestellten Psychotherapeuten. Das Arztregister erfasst auch Psychotherapeuten, die die Voraussetzungen des § 95c des Fünften Buches Sozialgesetzbuch erfüllen und ihre Eintragung beantragt haben.

In § 3 der Zulassungsverordnung für Vertragsärzte (Ärzte-ZV) heisst es, dass die Eintragung in das Arztregister, die bei der zuständigen Kassenärztlichen Vereinigung zu beantragen ist, die Approbation als Psychotherapeut **und** den erfolgreichen Abschluss entweder einer allgemeinmedizinischen Weiterbildung oder einer Weiterbildung in einem anderen Fachgebiet mit der Befugnis zum Führen einer entsprechenden Gebietsbezeichnung oder den Nachweis einer Qualifikation voraussetzt, die gemäß § 95a Abs. 4 und 5 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch anerkannt ist (Facharzt für Kinder- und Jugendpsychiatrie und -Psychotherapie, Psychiatrie und Psychotherapie und Psychosomatische Medizin und Psychotherapie)

Gem. §18 Ärzte-ZV muss der Antrag auf Zulassung schriftlich gestellt werden (Gebühr 100 €). In dem Antrag ist anzugeben, für welchen Vertragsarztsitz und unter welcher Arztbezeichnung die Zulassung beantragt wird. Dem Antrag sind folgende Unterlagen beizufügen

²¹³ Zulassungsverordnung für Vertragsärzte (Ärzte-ZV) vom 28. Mai 1957 (BGB1 I, S. 572, 608), zuletzt geändert durch Art. 39 des Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die Anerkennung von Berufsqualifikationen der Heilberufe (BGBl. I 2007, S. 2686) Stand: 6. Dezember 2007.

Allemagne

- ein Auszug aus dem Arztregister, aus dem der Tag der Approbation, der Tag der Eintragung in das Arztregister und gegebenenfalls der Tag der Anerkennung des Rechts zum Führen einer bestimmten Facharzt-, Schwerpunkt- oder Zusatzbezeichnung hervorgehen müssen,
- Bescheinigungen über die seit der Approbation ausgeübten ärztlichen Tätigkeiten,
- ein Lebenslauf,
- ein polizeiliches Führungszeugnis,
- Ggf. Bescheinigungen der Kassenärztlichen Vereinigungen, in deren Bereich der Arzt bisher niedergelassen oder zur Kassenpraxis zugelassen war, aus denen sich Ort und Dauer der bisherigen Niederlassung oder Zulassung und der Grund einer etwaigen Beendigung ergeben,
- eine Erklärung über im Zeitpunkt der Antragstellung bestehende Dienst- oder Beschäftigungsverhältnisse unter Angabe des frühestmöglichen Endes des Beschäftigungsverhältnisses,
- eine Erklärung des Arztes, ob er rauschgiftsüchtig ist oder innerhalb der letzten fünf Jahre gewesen ist, ob er sich innerhalb der letzten fünf Jahre einer Entziehungskur wegen Trunksucht oder Rauschgiftsucht unterzogen hat und dass gesetzliche Hinderungsgründe der Ausübung des ärztlichen Berufs nicht entgehen.

Die Kassenärztlichen Vereinigungen sind nach **Bundesländern** aufgegliedert (jeweils eigene kassenärztliche Vereinigung). Auf Bundesebene kommt die Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV) hinzu. (**Adresse:** Kassenärztliche Bundesvereinigung: Herbert-Lewin-Platz 2, 10623 Berlin, Tel: (0 30) 40 05 – 0, Fax: (0 30) 40 05 - 10 93)

d. Zuständige Behörde, Verfahren, Fristen

aa. Zuständige Behörden

Der Antrag auf Approbation ist gem. § 10 an die zuständige Regierung des Bundeslandes zu richten, in dem der Beruf ausgeübt werden soll. Z.B. für den Raum München an die Regierung von Oberbayern, Regierung von Oberbayern, Maximilianstr. 39, 80538 München, Tel.-Nr.: 089 2176-2634

bb. Verfahren, Fristen

Die zuständige Behörde bestätigt dem Antragsteller oder der Antragstellerin binnen eines Monats den Empfang der Unterlagen und teilt ihm oder ihr mit, welche Unterlagen fehlen. Sie hat über den Antrag kurzfristig, spätestens **vier** Monate nach Vorlage der Nachweise über das Vorliegen der Voraussetzungen dieses Gesetzes zu entscheiden. Werden von der zuständigen Stelle des Herkunftsmitgliedstaats erforderliche Bescheinigungen nicht ausgestellt oder die nachgefragten Mitteilungen innerhalb von zwei Monaten nicht gemacht, kann der Antragsteller sie durch Vorlage einer Bescheinigung über die Abgabe einer eidesstattlichen Erklärung gegenüber der zuständigen Behörde des Herkunftsmitgliedstaats ersetzen.

cc. Anzeigepflichten der inländischen Behörden

Gem. §2a PSchThG **unterrichten** die zuständigen Behörden des Landes, in dem der Beruf ausgeübt wird oder zuletzt ausgeübt worden ist, die zuständigen Behörden des Herkunftsmitgliedstaats über das Vorliegen strafrechtlicher Sanktionen, über die Rücknahme, den Widerruf und die Anordnung des Ruhens der Approbation oder Erlaubnis, über die Untersagung der Ausübung der Tätigkeit und über Tatsachen, die eine dieser Sanktionen oder Maßnahmen rechtfertigen würden.

Das Bundesministerium für Gesundheit wird hierüber unterrichtet und übermittelt die Informationen unverzüglich den anderen Mitgliedstaaten und der Europäischen Kommission, insbesondere im Hinblick auf Artikel 60 Abs. 1 der Richtlinie 2005/36/EG.

e. Entscheidung und Rechtsbehelfe

Soll die Erteilung der Approbation wegen Fehlens einer oben aufgelisteten Voraussetzungen abgelehnt werden, so ist der Antragsteller oder sein gesetzlicher Vertreter vorher zu hören.

Rücknahme und Widerruf sind gem. § 4 PschThG möglich, wenn die Voraussetzungen der Approbation tatsächlich nicht vorlagen oder nachträglich weggefallen sind, etwa weil die Zuverlässigkeit nicht gegeben ist oder die Gleichwertigkeit des Ausbildungsstandes nicht vorgelegen hat. Die Anordnung des Ruhens der Approbation ist gem. § 4 Ab. 3 PschThG möglich, wenn gegen den Approbationsinhaber wegen des Verdachts einer Straftat, aus der sich die Unwürdigkeit oder Unzuverlässigkeit zur Ausübung des Berufs ergeben kann, ein Strafverfahren eingeleitet ist, nachträglich die gesundheitlichen Voraussetzungen nicht mehr vorliegen oder Zweifel bestehen, oder der Approbationsinhaber nicht über die für die Ausübung der Berufstätigkeit erforderlichen Kenntnisse der deutschen Sprache verfügt.

f. Rechtsstellung

aa. Berufspflichten

Berufspflichten der Psychotherapeuten ergeben sich aus den Landes-Heilberufegesetzen, von welchen hier beispielhaft zwei angeführt werden: Auch nach Art. 17 des **bayerischen Heilberufe-Kammergesetzes** sind Psychotherapeuten verpflichtet, ihren Beruf gewissenhaft auszuüben und dem ihnen im Zusammenhang mit dem Beruf entgegengebrachten Vertrauen zu entsprechen. Gem. § 18 BayHKaG haben sie insbesondere die Pflicht, sich im fachlichen Rahmen ihrer Berufsausübung beruflich fortzubilden und sich dabei über die für ihre Berufsausübung geltenden Bestimmungen zu unterrichten.

Gem. **§ 29, 30 des Baden-Württembergischen Heilberufekammergesetzes (HBKaG)** unterliegen alle Kammermitglieder den **allgemeinen Berufspflichten** und sind verpflichtet, ihren Beruf gewissenhaft auszuüben und dem ihnen in Zusammenhang mit dem Beruf entgegengebrachten Vertrauen zu entsprechen. **Praktizierende** Kammermitglieder haben zudem die Pflicht, sich beruflich fortzubilden und sich dabei auch über die für ihre Berufsausübung geltenden Bestimmungen zu unterrichten. Sie sind verpflichtet, an Maßnahmen ihrer Kammer oder eines von der Kammer beauftragten Dritten mitzuwirken, die der Sicherung der Qualität der beruflichen Leistungen dienen, haben über die in Ausübung ihres Berufes gemachten Feststellungen und die getroffenen Maßnahmen Aufzeichnungen zu fertigen; sie haben grundsätzlich am Notfalldienst teilzunehmen und sich hierin fortzubilden.

bb. Erlaubnis zur Berufsausübung von bis zu drei Jahren

Eine befristete Erlaubnis zur Berufsausübung kann auf Antrag Personen erteilt werden, die eine abgeschlossene Ausbildung für den Beruf nachweisen. In den Fällen, in denen obige Ausbildungsvoraussetzungen (§ 2 Abs. 1 Nr. 2) nicht erfüllt sind oder nicht als erfüllt gelten, ist nachzuweisen, daß die im Ausland erworbene Ausbildung in den wesentlichen Grundzügen einer Ausbildung nach diesem Gesetz entspricht.

Die befristete Erlaubnis darf nur widerruflich und bis zu einer Gesamtdauer der Tätigkeit von höchstens **drei Jahren** erteilt oder verlängert werden. Sie darf ausnahmsweise über drei Jahre hinaus erteilt oder verlängert werden, wenn der Antragsteller als Ausländer mit einem Deutschen oder mit einem EU/EWR-Staatsangehörigen oder einem Drittstaatsangehörigen, der seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Inland hat, soweit sich nach dem Recht der Europäischen Gemeinschaften ein entsprechender Rechtsanspruch ergibt, verheiratet sind oder eine Lebenspartnerschaft führen oder im Besitz einer Einbürgerungszusicherung sind. Die Erlaubnis kann unbeschränkt für Ehegatten oder Kinder unter 21 Jahren eines EU/WER-

Allemanne

Staatsangehörigen oder eines Drittstaatsangehörigen erteilt werden, soweit sich nach dem Recht der Europäischen Gemeinschaften ein entsprechender Rechtsanspruch ergibt, oder für Kinder eines solchen Staatsangehörigen, welchem dieser Staatsangehörige Unterhalt gewährt und welcher eine Berufstätigkeit in Deutschland ausübt, die die Voraussetzungen an die Approbation erfüllen.

Personen mit einer Erlaubnis haben die **Rechte und Pflichten** eines Angehörigen des Berufs, für dessen Ausübung ihnen die Erlaubnis erteilt worden ist.

B. Dienstleistungsfreiheit

1. Bedingungen für Dienstleistungen

a. Meldepflicht

Gem. § Abs. 9a PSchThG können als Dienstleistungserbringer im Sinne des Artikels 50 des EG-Vertrages vorübergehend und gelegentlich ihren Beruf im Geltungsbereich dieses Gesetzes ausüben:

Staatsangehörige eines EU-Mitgliedstaats oder eines anderen EWR-Vertragsstaates, die zur Ausübung des Berufs des Psychologischen Psychotherapeuten oder des Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten in einem anderen EU-Mitgliedstaat oder einem anderen EWR-Vertragsstaat auf Grund einer nach deutschen Rechtsvorschriften abgeschlossenen Ausbildung oder auf Grund eines den o.g. Anforderungen entsprechenden Ausbildungsnachweises berechtigt sind und

1. in **einem Mitgliedstaat rechtmäßig niedergelassen** sind oder,
2. wenn der Beruf des Psychologischen Psychotherapeuten oder des Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten oder die Ausbildung zu diesen Berufen im Niederlassungsmitgliedstaat nicht reglementiert ist, einen dieser Berufe während der vorhergehenden **zehn** Jahre mindestens **zwei** Jahre im Niederlassungsmitgliedstaat rechtmäßig ausgeübt haben,

Dabei wird der vorübergehende und gelegentliche Charakter der Dienstleistungserbringung im Einzelfall beurteilt (Dauer, Häufigkeit, regelmäßige Wiederkehr und Kontinuität der Dienstleistung). Die Voraussetzungen einer Rücknahme, eines Widerrufs oder einer Ruhensanordnung dürfen nicht vorliegen.

b. Antragsinhalt

Wer Dienstleistungen erbringen will, hat dies der zuständigen Behörde vorher schriftlich zu melden. Die Meldung ist einmal jährlich zu erneuern, wenn der Dienstleister beabsichtigt, während des betreffenden Jahres vorübergehend und gelegentlich Dienstleistungen im Geltungsbereich dieses Gesetzes zu erbringen. Bei der erstmaligen Meldung der Dienstleistungserbringung oder im Falle wesentlicher Änderungen gegenüber der in den bisher vorgelegten Dokumenten bescheinigten Situation hat der Dienstleistungserbringer folgende Bescheinigungen vorzulegen:

1. Staatsangehörigkeitsnachweis
2. Berufsqualifikationsnachweis.

Allemagne

3. Bescheinigung über die rechtmäßige Niederlassung im Beruf des Psychologischen Psychotherapeuten oder des Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten in einem anderen Mitgliedstaat, die sich auch darauf erstreckt, dass dem Dienstleister die Ausübung seiner Tätigkeit zum Zeitpunkt der Vorlage der Bescheinigung nicht, auch nicht vorübergehend, untersagt und wenn erforderlich der Nachweis in beliebiger Form darüber, dass der Dienstleister eine der den Berufen des Psychologischen Psychotherapeuten oder des Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten entsprechende Tätigkeit während der vorhergehenden zehn Jahre mindestens zwei Jahre lang rechtmäßig ausgeübt hat.
4. Die zur Ausübung der Tätigkeit erforderlichen Kenntnisse der deutschen Sprache müssen vorliegen.

Für wesentliche Unterschiede zwischen der beruflichen Qualifikation des Dienstleistungserbringers und der nach deutschem Recht geforderten Ausbildung dürfen Ausgleichsmaßnahmen nur gefordert werden, wenn die Unterschiede so groß sind, dass ohne den Nachweis der fehlenden Kenntnisse und Fähigkeiten die öffentliche Gesundheit gefährdet wäre. Der Ausgleich der fehlenden Kenntnisse und Fähigkeiten soll dann in Form einer Eignungsprüfung erfolgen.
5. Vom Dienstleistungserbringer können zudem Informationen über Versicherungsschutz oder einer anderen Art des individuellen oder kollektiven Schutzes in Bezug auf die Berufshaftpflicht verlangt werden.

2. Zuständige Behörden

Die **Meldung** (§ 10 Abs. 5) nimmt die zuständige Behörde des Landes entgegen, in dem die Dienstleistung erbracht werden soll oder erbracht worden ist (vgl. hierfür obige Liste).

Die zuständigen Behörden können von den zuständigen Behörden des Niederlassungsmitgliedstaats für die Dienstleistungserbringung alle Informationen über die Rechtmäßigkeit der Niederlassung und die gute Führung des Dienstleisters anfordern sowie Informationen über das Nichtvorliegen strafrechtlicher Sanktionen, einer Rücknahme, eines Widerrufs und einer Anordnung des Ruhens der Approbation oder Erlaubnis, über die nicht vorliegende Untersagung der Ausübung der Tätigkeit und über das Fehlen von Tatsachen, die eine dieser Sanktionen oder Maßnahmen rechtfertigen würden (§ 9c).

Die inländische zuständige Behörde unterrichtet ferner unverzüglich die zuständige Behörde des Herkunftsmitgliedstaats über das Vorliegen von Sanktionen oder Maßnahmen, die sich auf die Ausübung der Tätigkeiten auswirken könnten. Auf Anforderung hat sie der anfordernden Behörde des Herkunfts- oder eines anderen Mitgliedsstaates alle Informationen über die Rechtmäßigkeit der Niederlassung und die gute Führung des Dienstleisters sowie Informationen darüber zu übermitteln, dass keine berufsbezogenen disziplinarischen oder strafrechtlichen Sanktionen vorliegen.

3. Rechtsstellung

a. Berufspflichten

Psychologische Psychotherapeutinnen und Psychologische Psychotherapeuten und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutinnen und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten haben beim Erbringen der Dienstleistung im Geltungsbereich dieses Gesetzes die Rechte und Pflichten von Personen mit einer Approbation. Sie können den berufsständischen, gesetzlichen oder verwaltungsrechtlichen Berufsregeln und den geltenden Disziplinarbe-

Allemanne

stimmungen unterworfen werden; zu diesen Bestimmungen gehören etwa Regelungen über die Definition des Berufs, das Führen von Titeln und schwerwiegende berufliche Fehler in unmittelbarem und speziellem Zusammenhang mit dem Schutz und der Sicherheit der Verbraucher.

Gem. den Landesheilberufe- oder -heilberufekammergesetzen, z.B. § 2a des baden-württembergischen Heilberufekammergesetzes²¹⁴ haben Dienstleister bei Erbringung ihrer Dienstleistung die **gleichen Rechte und Pflichten** zur Berufsausübung wie die niedergelassenen Kammerangehörigen, so insbesondere die Pflichten zur gewissenhaften Berufsausübung und zum Abschluss einer Haftpflichtversicherung. Sie unterliegen den berufsständischen, gesetzlichen oder verwaltungsrechtlichen Berufsregeln einschließlich der Berufsgerichtsbarkeit nach Maßgabe des Artikels 5 Abs. 3 der Richtlinie 2005/36/EG.

b. Keine Kammermitgliedschaft

Nach den Landes-Heilberufekammergesetzen, z.B. dem baden-württembergischen,²¹⁵ gehören Berufsangehörige, die als Staatsangehörige eines anderen EU-Mitgliedstaates oder eines anderen EWR-Vertragsstaates oder eines Vertragsstaates, dem Deutschland und EG bzw. EU vertraglich einen entsprechenden Rechtsanspruch eingeräumt haben im Geltungsbereich dieses Gesetzes im Rahmen des Dienstleistungsverkehrs nach dem Recht der EG ihren Beruf vorübergehend und gelegentlich ausüben, ohne hier eine berufliche Niederlassung zu haben, **gehören den Kammern nicht an**, solange sie in einem anderen EU-Staat oder Vertragsstaat beruflich niedergelassen sind.

²¹⁴ Gesetz über das Berufsrecht und die Kammern der Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte, Apotheker, Psychologischen Psychotherapeuten sowie der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten (Heilberufe-Kammergesetz – HBKG) in der Fassung vom 16. März 1995 (GBl. BW v. 17.05.1995 S. 314), geändert durch das Gesetz zur Änderung heilberufsrechtlicher Vorschriften vom 11. Oktober 2007 (GBl. BW v. 19.10.2007 S. 473).

²¹⁵ Gesetz über das Berufsrecht und die Kammern der Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte, Apotheker, Psychologischen Psychotherapeuten sowie der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten (Heilberufe-Kammergesetz – HBKG) in der Fassung vom 16. März 1995 (GBl. BW v. 17.05.1995 S. 314), geändert durch das Gesetz zur Änderung heilberufsrechtlicher Vorschriften vom 11. Oktober 2007 (GBl. BW v. 19.10.2007 S. 473).

ANGLETERRE

PSYCHOLOGUES

I. INTRODUCTION

A. Sources normatives pertinentes

1. Législation

Under the current law of the United Kingdom, **anyone can claim to be a psychologist, psychotherapist or counsellor** and offer their services to the public **irrespective of their training or experience**. Although there are currently **no laws** in the UK **requiring** anyone to hold any qualifications to work as a psychologist, **many employers will expect psychologists working for them to become “chartered” under the Royal Charter, Statutes and Rules of the *British Psychological Society* (the “Society”).**²¹⁶

There has been **recent consultations in the UK**, involving the Department of Health and relating to a **Statutory Order** to regulate psychologists. The “Section 60 Order” is not likely to be tabled until October 2008. It is secondary legislation, which would take practitioner psychologists into regulation by the Health Professions Council (HPC).²¹⁷

“EuroPsy” is a pilot project **funded by the European Union** to develop a **European benchmark** in psychology. It has been accepted by the European Federation of Psychologists’ Associations, an organisation representing almost 200,000 psychologists in 32 European states, as the European standard of entry to professional practice - equivalent to the Chartered Status in the UK. It does not of itself represent a licence to practise and **does not supersede the requirements of national registration or licensure**, but sets a **common benchmark** for academic and professional competence in all the countries where it is issued. EuroPsy fits well with the adoption throughout the EU of Directive 2005/36/EC on the mutual recognition of professional qualifications and aims to facilitate the mobility of qualified professionals across Europe. **Those psychologists who meet the criteria for the award may be entered onto the national EuroPsy register and will receive a certificate confirming them as EuroPsy registered psychologists.** The implementation of EuroPsy is being piloted in **six countries, including the UK**, prior to its anticipated introduction throughout Europe during 2009.

II. RAPPORT

A. Liberté d’établissement

1. Conditions pour la reconnaissance de la qualification professionnelle

Registration as a “Chartered Psychologist” in the UK is **voluntary** and is governed by sections 11 and 12 of the Statutes of the Royal Charter. To become a Chartered Psychologist in the UK, **one must complete a degree course** that is accredited by the Society and

²¹⁶ See <http://www.bps.org.uk/the-society/statutory-regulation/stat-reg_home.cfm>.

²¹⁷ For updates on the anticipated legislation and responses to the proposed legislation, see http://www.bps.org.uk/the-society/statutory-regulation/statutory-regulation---latest-updates/statutory-regulation---latest-updates_home.cfm.

Angleterre

take Society **accredited postgraduate training**, specialising in **one area** of psychology. Postgraduate training takes a **minimum of three years**, in addition to **an undergraduate degree**.

To be eligible for Registration as a Chartered Psychologist on the basis of postgraduate **qualification(s) and experience obtained outside of the UK**, one must hold, in addition to the qualification(s) required to establish **Graduate Membership with the Graduate Basis for Registration**, a **postgraduate professional qualification** in one of the applied areas of psychology that the Society recognises. This must be **at least equivalent** to a British postgraduate level qualification (e.g. a British Masters level degree in Counselling Psychology). One must also show **eligibility for Full Membership** of one of the **Society's Professional Divisions**. For example, someone with postgraduate professional training and experience in counselling psychology gained outside the UK must show that **he or she meets the criteria for Full Membership of the Division of Counselling Psychology**.

2. Demande pour la reconnaissance et son contenu

The **Society's Admissions Committee** will assess all applications for Registration as a Chartered Psychologist. There are **different application forms** for each of the **different disciplines and specialisations**.

3. Autorité compétente

The **Society** is the representative body for psychology and psychologists in the UK. The Society is required, under the terms of the Royal Charter, to have a Code of Ethics and Conduct. The aim of the Code is that it should apply to all psychologists.²¹⁸

4. Procédure

Applicants must send a **completed application form; authenticated (and translated where necessary) copies of Degrees and Diplomas, course transcripts, course descriptions, Registration / Licensing Certificates** and the appropriate application fee of approximately **£100** to the Society.

5. Délais

The application time varies and may take **several weeks** because all applications must be examined by the **various committees** of the Society.

6. Décision et possibilité de recours

Although procedures closely adhere to the EU Directives, **applications may be rejected**. If an application is rejected, then, in the case of clinical qualifications, for instance, an applicant may **appeal within three months of the decision**. The applicant would be required to **submit new information / evidence** than had previously been seen. This is then looked at

²¹⁸ The Code of Ethics and Conduct is available online at http://www.bps.org.uk/downloadfile.cfm?file_uuid=5084A882-1143-DFD0-7E6C-F1938A65C242&ext=pdf.

again by the **Clinical Committee** with a view to making any appropriate amendments within the decision.²¹⁹

B. Liberté de prestation de services

Since, under UK law, anyone can claim to be a psychologist and offer their services to the public irrespective of their training or experience, **this section is not applicable**. It is the responsibility of every Chartered Psychologist to ensure that they have third party cover for their work and, where their employers do not provide it, to effect such cover themselves. Other practising members should follow this advice. Professional indemnity insurance protects psychologists from claims resulting from professional advice or services, but the Society estimates that only one in five members have cover. Policies should include support and advice, and cover reasonable costs incurred in the defence or settlement of a claim for professional indemnity, public liability, cases of libel and slander, and inappropriate release of confidential information.

PSYCHOTHÉRAPIE

I. INTRODUCTION

A. Sources normatives pertinentes

The United Kingdom **Council for Psychotherapy** (“UKCP”) exists **to promote and maintain the profession of psychotherapy and the highest standards** in the practice of psychotherapy throughout the United Kingdom, for the benefit of the public. It regards the **regulation of psychotherapists** and the public accountability of their practice as of paramount importance. *However, registration in the present Register is voluntary and not required by any Act of Parliament.*²²⁰

II. RAPPORT

A. Liberté d'établissement

1. Conditions pour la reconnaissance de la qualification professionnelle

Registration with the UKCP is **voluntary** and is **obtained through Member Organisations**.²²¹ The most common route to registration is to **complete accredited training with a Member Organisation of the UKCP**. On completion of such a course an individual becomes **eligible** for registration. However, there are also a number of Member Organisations that can **accredit individuals** who have not trained with a Member Organisation of the UKCP.

²¹⁹ This information was provided by Laura Vann, representative of the British Psychological Society on 20 November 2007.

²²⁰ This information is available on the website of the United Kingdom Council for Psychotherapy at <http://www.psychotherapy.org.uk/>.

²²¹ For a list of Member Organisations of the UKCP, see <
<http://www.psychotherapy.org.uk/c2/uploads/molist.doc>>.

2. Demande pour la reconnaissance et son contenu

Individuals who have not trained with a Member Organisation of the UKCP can still be accredited. For example, although membership with the Association for Group and Individual Psychotherapy (“AGIP”) is **through a four-year training programme** leading to professional membership of the AGIP and registration with the UKCP, applicants who have completed part of an appropriate training in a recognised organisation may apply to the Chair of the UKCP for advanced entry to the AGIP training. **Trainings Standards Requirements** as set out by the UKCP are **attached as an appendix** to this Report.

3. Autorité compétente

Registration is obtained **through the UKCP’s Member Organisations**. There are **80** such organisations, which can accredit individuals.²²²

4. Procédure

Application procedures for membership in each of the 80 Member Organisations of the UKCP **are different**. To become a member of the AGIP, for example, applicants who have completed part of an appropriate training in a recognised organisation **may apply in writing to the Chair of the UKCP for advanced entry to the AGIP**.

5. Délais

Since application procedures for membership in each of the 80 Member Organisations of the UKCP are different, the answer to this question **depends on the Member Organisation to which the application is sent**.

6. Décision et possibilité de recours

Since application procedures for membership in each of the 80 Member Organisations of the UKCP are different, the answer to this question **depends on the Member Organisation to which the application is sent**.

B. Liberté de prestation de services

Since registration with the UKCP is voluntary and is not required by any Act of Parliament, this section is **not applicable**.

²²²

ibid.

Erreur ! Des objets ne peuvent pas être créés à partir des codes de champs de mise en forme.

TRAINING REQUIREMENTS OF UKCP: THE REGULATORY FRAMEWORK.

UKCP has agreed **principles** on which to base its **Training Standards** and **policies** to **regulate** them across all psychotherapy modalities. These principles and policies concern the Council's Training Standards Committee, the Sections' Training Standards Committees and Accreditation Committees and the individual Training Organisations which devise and run psychotherapy training courses leading to registration with the Council.

Basic Training Standards were established in 1993 and published as '**Training Requirements of UKCP**'. A Regulatory Framework to integrate the Training Standards with Training Outcomes was agreed in 2001 and published as **UKCP Training Standards: Policy and Principles**.

This short reworking of the main points of both documents sets out:

- the Guiding Principles on which all psychotherapy training should be based;
- the Regulatory Framework which will ensure that standards and outcomes of training are enforced;
- the responsibilities of the various bodies involved;
- the basic Training Requirements.

NB There is a further document detailing the specific UKCP Training Requirements for working with children entitled: '**Psychotherapy with Children: principles, aims and guidelines for training**'.

GUIDING PRINCIPLES

The following Guiding Principles have been agreed:

- Trainings should recognise the existence of different psychotherapies, based on different theories, and should promote respectful understanding of differences between theories.
- Training should be theoretically informed and practice based.
- Training should be related to clinical work in occupational settings.
- Trainings should provide transparency and accountability in their assessment processes.
- Trainings should operate within an equal opportunities framework.

The Regulatory Framework

The Council's **Training Standards Committee**, which has an elected **Training Standards Officer** and representatives from all the Sections, is responsible for ensuring that the Council's basic Training Requirements, including Training Outcomes, are implemented. In order to ensure quality of outcome across the range of modalities and courses the **TSC**

Angleterre

monitors and approves the Criteria for Training or Training Requirements established by each Section, ensuring that these conform to the agreed generic standards.

The Training Standards Committee will advise Sections and Training Organisations on any changes in requirements and assist them in the implementation of their approval and review procedures.

The **Sections' Training Standards Committees** are responsible for the production of agreed Section Specific Training Requirements and Training Outcomes.

These must conform to the Central Requirements but must also develop specific requirements, particularly as regards Training Outcomes, that concern the specific modality of psychotherapy that will be practised.

The Section's Training Standards Committees or Accreditation Committees are responsible for the approval of all new courses that are set up by Member Organisations and any that are provided by organisations applying to join the Section. They must monitor and review all courses that have been approved and which lead to individuals' registration as psychotherapists with Council via their Section.

In approving and reviewing courses Section Training Standards and Accreditation Committees must ensure that they adhere to both the Basic and the Section Specific Training Standards.

Sections must have agreed Procedures for visiting and reviewing organisations' Training Courses.

Training Organisations are responsible for the delivery of Training Courses which comply with Basic and Section Specific Training Requirements.

They are responsible for the production of clear and detailed descriptions of their courses in terms of modes of delivery, course structure, modes of assessment and training outcomes. They must prepare adequate documentation for the Training Standards or Accreditation Committees' assessors and reviewers and co-operate with the Section procedures.

Basic Training Requirements: these apply to all psychotherapy modalities.

1. Entry Requirements

1.1 Entry is at a postgraduate level of competence.

1.2 Candidates must have personal qualities that make them suitable for the profession of psychotherapy

1.3 Candidates should have relevant experience of working with people in a responsible role.

2. The Minimum Curriculum.

- 2.1 The study of the theory and practice of psychotherapy from assessment to termination.
This should include:
 - a model of the person and mind.
 - a model of gendered and culturally influenced human development
 - a model of human change and ways in which change can be facilitated.
 - a set of clinical concepts to relate theory to practice.
 - an extensive literature which includes a critique of the model.
- 2.2 Acquisition of a critical understanding of the relevance of studies and research findings in human development, psychopathology, sexuality, ethics and social science.
- 2.3 Supervised practice of psychotherapy.
- 2.4 Arrangements to ensure that the trainees can identify and manage appropriately their personal involvement in and contribution to the processes of the psychotherapies that they practice.
- 2.5 An introduction to the range of psychotherapies and counselling so that trainees may have an awareness of alternative treatments.
- 2.6 An opportunity for trainees to develop the capacity to recognise severely disturbed clients.
- 2.7 The development of ability to recognise when the practitioner should seek other professional advice.
- 2.8 Understanding of basic research techniques and their application to the investigation and evaluation of psychotherapeutic interventions from assessment to termination of treatment.

BASIC REQUIREMENTS OF TRAINING COURSES

- 3.1 The Training shall be at postgraduate level.
- 3.2 The length of training shall be appropriate to permit the consolidation and integration of theoretical knowledge and clinical experience and shall not normally be shorter than four years.
- 3.3. Each training course shall be validated by the Section to which the organisation belongs through the Training Standards or Accreditation Committee.
The validation of every training course shall be reviewed by the appropriate Section at intervals of not more than five years.
All Training courses shall have published criteria and procedures for selection of trainees.
Training courses shall publish the Code of Ethics and Practice to which they adhere.
Training courses shall have mechanisms for safeguarding the rights of students including consultation procedures and complaints and grievance procedures.
Training course shall publish a Trainee's Handbook that has clear information on the length and time frame of courses, a definition of supervised practice with clients, details of course requirements, curriculum and modes of assessment.
All courses shall have methods and regulations for the processing of APEL, Assessment of Prior Experiential Learning, and CATS, Credit Accumulation Transfer System, claims where relevant.

Assessment

- 4.1 Each training course shall have a properly constituted body for the assessment of students.
- 4.2 The modes of assessment, such as supervisors' reports, portfolios, written examinations, essays and writing in papers, and the criteria of assessment, must be clearly set out and made available to trainees.
- 4.3 Assessment must be linked to clearly set out Training Outcomes, both generic and section specific, relating to the knowledge base, clinical skills and the context of practice.
- 4.4 The objectives of assessment are to ensure clinical competency within the context of a chosen theoretical model and sound ethical practice. The modes of assessment and the criteria for assessment must relate to these objectives.
- 4.5 Assessment design must be fair to candidates and consistent across different orientations and training routes.
- 4.6 There must be provision for the external assessment of both theory and practice by practitioners qualified and experienced in the theoretical model being taught.
- 4.7 Trainees must be provided with sufficient regular feedback to allow them to assess their own strengths and developmental needs.
- 4.8 Training courses shall have published appeal procedures in the event of disagreement over assessment.

5. Qualification and Registration.

- 5.1 Training organisations shall specify whether qualification coincides with recognition of candidates as eligible for Registration by UKCP.
- 5.2 Where qualification and registration do not coincide, organisations are to specify what further professional development is required for registration.
- 5.3 The definition of such further professional development might include considerations relating to the nature of supervision and the range, quantity and intensity of practice and/or study.
- 5.4 Where qualification and Registration do not coincide, the process of assessment of readiness for Registration shall correspond in general to the requirements of Section 3 above.

6. Continued Professional Development.

- 6.1 Training organisations shall bear in mind a commitment to life long learning and the need for monitoring practice for the best protection of the public.
- 6.2 Each training organisation should make provision for an ongoing graduate body either as an integral part of the organisation or clearly linked to it.
- 6.3 Training organisations should encourage their graduates actively to consider their continuing professional development needs.
- 6.4 Training Organisations must make provision for the continued professional development of their graduates.

Finalised by the Training Standards Committee, November 2003.

AUTRICHE

I. EINLEITUNG

A. Rechtsquellen

1. Europäisches Recht

a. Primärrecht

- Art. 39ff, 43ff und 49ff EG-Vertrag (EG) (ABl. 24.12.2002 C 325/33)
- Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits über die Freizügigkeit vom 21.6.1999, in Kraft seit 1.6.2002, Stand 27.12.2006 (0.142.112.681) in Deutschland BGBl. II 2001 S. 810 und BGBl. II 2002, S. 1692.

b. Sekundärrecht

- Richtlinie 2005/36/EG vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen (ABl. EU Nr. L 255 S. 22, 2007 Nr. L 271 S. 18).

2. Österreichisches Recht

a. Gesetze

- **Bundesgesetz vom 7. Juni 1990 über die Ausübung der Psychotherapie ([Psychotherapiegesetz](#))**, BGBl. Nr. 361/1990 idF: BGBl. I Nr. 98/2001 (NR: GP XXI RV 621 AB 704 S. 75.
- **Bundesgesetz über die Niederlassung und die Ausübung des freien Dienstleistungsverkehrs von Psychotherapeuten aus dem Europäischen Wirtschaftsraum ([EWR-Psychotherapiegesetz](#))**, BGBl. I Nr. 114/1999, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 68/2003
- Verordnung der Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales über Ausgleichsmaßnahmen im Rahmen der Berufszulassung von Psychotherapeuten aus dem Europäischen Wirtschaftsraum ([EWR-Psychotherapieverordnung](#)) StF: BGBl. II Nr. 409/1999 idF von BGBl. II Nr. 318/2004
- [Berufskodex für Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten](#), vom 17.11.1992 zuletzt geändert am 8.10.2002
- **Fort- und Weiterbildungsrichtlinie für PsychotherapeutInnen**
- Bundesgesetz vom 7. Juni 1990 über die Führung der Berufsbezeichnung „Psychologe“ oder „Psychologin“ und über die Ausübung des psychologischen Berufes im Bereich des Gesundheitswesens ([Psychologengesetz](#)), BGBl. Nr. 360/1990 zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 98/2001
- Bundesgesetz über die Niederlassung und die Ausübung des freien Dienstleistungsverkehrs von klinischen Psychologen und Gesundheitspsychologen aus dem Europäischen Wirtschaftsraum ([EWR-Psychologengesetz](#)); BGBl. I Nr. 113/1999, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 67/2003.
- [EWR-Psychologenverordnung](#), BGBl. II Nr. 408/1999 zuletzt geändert durch BGBl. II Nr. 317/2004

B. Verhältnis zu europarechtlichen Vorgaben

Das Österreichische Recht ist im Hinblick auf die Niederlassung von Psychotherapeuten noch nicht auf dem neuesten Stand der Richtlinie 2005/36/EG.

II. LÄNDERBERICHT ÖSTERREICH

Begriffsbestimmungen

1. Ärzte mit psychotherapeutischer Kompetenz

Im Rahmen des österreichischen PSY-Diploms (Postpromotionelle Zusatzausbildung für Mediziner) können Ärzte Kompetenzen im Bereich psychotherapeutische Medizin erwerben. Sie bleiben aber Ärzte ihres Fachgebietes und können ihre Tätigkeit mit psychotherapeutischen Interventionen verbinden ohne dass sie hierdurch Psychotherapeuten im Sinne des österreichischen Psychotherapiegesetzes würden. Sie verfügen lediglich über eine für das medizinische Berufsfeld optimierte psychotherapeutische Kompetenz.

2. Psychotherapeuten

Wer Psychotherapeut ist, ergibt sich aus dem österreichischem Psychotherapiegesetz und der Absolvierung dort vorgeschriebenen Spezialausbildung. Der Psychotherapeut muss weder Klinischer Psychologe noch Arzt sein.

3. Psychologen

Als eine Besonderheit im Rahmen europäischer Berufsregelungen gilt das Psychologengesetz, das die Berufssparten der Klinischen Psychologie und der Gesundheitspsychologie (Ausbildung und Berufsausübung) regelt. Klinische Psychologen (und Gesundheitspsychologen) erwerben die im Psychologengesetz geregelte Berechtigung zur Ausübung der psychologischen Heilkunde. Der Klinische Psychologe ist damit nicht automatisch Psychotherapeut im Sinne des Psychotherapiegesetzes. Er ist lediglich zur „wissenschaftlich begründeten Behandlung mit psychologischen Mitteln“ befugt. Für ausländische Psychologe gilt das EWR-Psychologengesetz.

A. Niederlassung als Psychotherapeut

1. Titel

Die Ausübung der Psychotherapie im Sinne des österreichischen Rechts ist die nach einer allgemeinen und besonderen Ausbildung erlernte, umfassende, bewußte und geplante Behandlung von psychosozial oder auch psychosomatisch bedingten Verhaltensstörungen und Leidenszuständen mit wissenschaftlich-psychotherapeutischen Methoden in einer Interaktion zwischen einem oder mehreren Behandelten und einem oder mehreren Psychotherapeuten mit dem Ziel, bestehende Symptome zu mildern oder zu beseitigen, gestörte Verhaltensweisen und Einstellungen zu ändern und die Reifung, Entwicklung und Gesundheit des Behandelten zu fördern. Die selbständige Ausübung der Psychotherapie setzt grundsätzlich die Absolvierung einer allgemeinen und einer besonderen Ausbildung voraus.

Autriche

Sowohl der allgemeine Teil (psychotherapeutisches Propädeutikum) als auch der besondere Teil (psychotherapeutisches Fachspezifikum) wird durch eine theoretische und praktische Ausbildung vermittelt.

Eine Ausübung von Gesundheitsberufen in Österreich bedarf einer Berufsberechtigung. Bei außerhalb Österreichs erworbenen Qualifikationen ist eine Anerkennung durch die zuständigen österreichischen Behörden vor der Ausübung unabdingbar. Ohne Anerkennung begehen sowohl Ausübende als auch jene, die diese Personen heranziehen, neben allfälligen zivil- und strafrechtlichen Haftungsfolgen eine mit Geldstrafe bedrohte Verwaltungsübertretung.

Wer zur selbständigen Ausübung der Psychotherapie berechtigt ist, hat im Zusammenhang mit der Ausübung seines Berufes die Berufsbezeichnung „Psychotherapeut“ oder „Psychotherapeutin“ zu führen. Er kann als Zusatzbezeichnung einen Hinweis auf die jeweilige methodenspezifische Ausrichtung jener psychotherapeutischen Ausbildungseinrichtung, bei der die Psychotherapieausbildung absolviert worden ist, anfügen.

2. Dauernde Berufszulassung

a. Erfordernisse

Gem. § 1 Abs. 1 EWR-PsythG ist die selbstständige Ausübung der Psychotherapie durch Staatsangehörige von EWR –Staaten oder der Schweizerischen Eidgenossenschaft, die in ihrem Herkunftsstaat zur Ausübung des reglementierten Berufs des Psychotherapeuten berechtigt sind, an folgende Voraussetzungen geknüpft:

- ein **Diplom**, mit dem die Ausbildung zum Psychotherapeuten mit Erfolg abgeschlossen worden ist; Alle Diplome, Nachweise und Bescheinigungen sind in beglaubigter Abschrift in deutscher Sprache einzureichen. Zu fremdsprachigen Diplomen sind beglaubigte Übersetzungen vorzulegen (vgl. unten).
- die **Eigenberechtigung**,
- die **Vollendung des 28. Lebensjahrs**,
- die zur Erfüllung der Berufspflichten erforderliche **gesundheitliche Eignung** (vgl. unten)
- den **Eintrag in die Psychotherapeutenliste** (§ 17 des EWR-PsythG). Sie sind ab dem Zeitpunkt der Eintragung in die Psychotherapeutenliste den Bestimmungen des österreichischen Psychotherapiegesetzes unterworfen.
- die zur Erfüllung der Berufspflichten erforderliche **Vertrauenswürdigkeit** nachgewiesen haben (vgl. unten)

b. Antragsinhalt

aa. *Diplom*

Hinsichtlich des Diploms gilt Folgendes: Es handelt sich hierbei um die Diplome, Prüfungszeugnisse oder Befähigungsnachweise, die einzeln oder in ihrer Gesamtheit den Befähigungsnachweis darstellen, den das einzelstaatliche Recht für den Zugang zum reglementierten Beruf des Psychotherapeuten in dem jeweiligen Herkunftsstaat vorschreibt. Deren Anerkennungsfähigkeit ergibt sich aus den Vorgaben des Richtlinienrechts bzw. des

Autriche

Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits²²³ und der Schweizerischen Eidgenossenschaft andererseits über die Freizügigkeit.²²⁴

Diplome müssen in einem EWR-Staat oder der Schweiz von einer nach den Rechts- und Verwaltungsvorschriften bestimmten zuständigen Stelle ausgestellt werden, und aus ihnen muss hervorgehen, dass der Diplominhaber ein **mindestens dreijähriges Studium** oder ein dieser Dauer entsprechendes Teilzeitstudium an einer Universität oder einer Hochschule oder einer anderen Ausbildungseinrichtung mit gleichwertigem Niveau absolviert und gegebenenfalls die über das Studium hinaus erforderliche berufliche Ausbildung abgeschlossen hat, und dass der Diplominhaber über die **beruflichen Voraussetzungen** verfügt, die für den Zugang zum reglementierten Beruf des Psychotherapeuten oder dessen Ausübung **in diesem EWR-Staat oder der Schweiz** erforderlich sind, wenn die durch das Diplom, das Prüfungszeugnis oder einen sonstigen Befähigungsnachweis bescheinigte Ausbildung überwiegend in einem EWR-Staat oder der Schweiz erworben worden ist, oder wenn der Diplominhaber eine dreijährige Berufserfahrung nachweisen kann, die von einem EWR-Staat oder der Schweiz bescheinigt wird, wenn diese ein Diplom, ein Prüfungszeugnis oder einen sonstigen Befähigungsnachweis eines Drittlandes anerkannt hat.

Sofern der Psychotherapeut seinen Beruf vollzeitlich **zwei Jahre** lang innerhalb der vorhergehenden zehn Jahre ausgeübt hat, sind einem solchen Diplom auch Ausbildungsnachweise gleichzustellen, die in einem EWR-Staat oder der Schweiz von einer nach den Rechts- und Verwaltungsvorschriften bestimmten zuständigen Stelle ausgestellt wurden, und aus denen hervorgeht, dass der Inhaber ein mindestens dreijähriges Studium oder ein dieser Dauer entsprechendes Teilzeitstudium an einer Universität oder einer Hochschule oder einer anderen Ausbildungseinrichtung mit gleichwertigem Niveau in einem EWR-Staat oder der Schweiz absolviert und gegebenenfalls die über das Studium hinaus erforderliche berufliche Ausbildung abgeschlossen hat und die er zur Vorbereitung auf die Ausübung des Berufs als Psychotherapeut erworben hat. Ist die Ausbildung reglementiert, entfällt das Erfordernis der zweijährigen Berufsausübung. Als reglementiert gilt jede Ausbildung, die unmittelbar auf die Ausübung des Berufs des Psychotherapeuten gerichtet ist und für die die Struktur und das Niveau der Berufsausbildung, des Berufspraktikums oder der Berufspraxis in den Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Vertragspartei des EWR-Abkommens oder der Schweizerischen Eidgenossenschaft festgelegt sind oder von der zu diesem Zweck bestimmten Stelle der Vertragspartei des EWR-Abkommens oder der Schweizerischen Eidgenossenschaft kontrolliert beziehungsweise genehmigt werden.

bb. Eintragung in die Psychotherapeutenliste

Formelle Voraussetzungen: Nachweise über:

- die gesundheitliche Eignung
- die Vertrauenswürdigkeit
- das Vorliegen der Eigenberechtigung
- die Vollendung des 28. Lebensjahres
- bei beabsichtigter Niederlassung der in der Republik Österreich in Aussicht genommene Berufssitz bei freiberuflicher Tätigkeit und/oder
- der in der Republik Österreich in Aussicht genommene Dienstort bei einer Tätigkeit im Rahmen eines Arbeitsverhältnisses

²²³ Der Gesetzestext bezieht sich noch auf die Richtlinie 89/48/EG.

²²⁴ ABI. Nr. L 114/6 vom 30. April 2002, BGBl. III Nr. 133/2002,

Materielle Eintragungsvoraussetzung: Gleichwertigkeit der fachlichen Qualifikation

Vor der Eintragung in die Psychotherapeutenliste (beim Bundeskanzleramt geführt, vgl. § 17 PsychTG) ist gem. § 4. (1) EWG-PsychthG die **Gleichwertigkeit der fachlichen Qualifikation** zu prüfen. Eine inhaltliche Prüfung der Qualifikation gilt neben der Überprüfung der sonstigen Voraussetzung für eine Berufsausübung als im Sinne der Patientensicherheit notwendig. Maßstab ist die fachliche Qualifikation entsprechend einer in Österreich absolvierten Psychotherapeutenausbildung. Zum Nachweis der fachlichen Qualifikation ist das Diplom vorzulegen. Zur Beurteilung der Qualifikation und deren Gleichwertigkeit ist erforderlichenfalls ein Sachverständigengutachten einzuholen.

Dies erfordert indes einen weiteren Antrag: Gem. § 2 PsychThVO ist der Antrag auf Prüfung der Gleichwertigkeit der fachlichen theoretischen und praktischen Qualifikation beim Bundesministerium für Gesundheit Familie und Jugend einzubringen. Dem Antrag sind folgende Unterlagen anzuschließen:

- Nachweis über die Staatsangehörigkeit,
- das Diplom
- Beschreibung des Berufsbildes im Herkunftsstaat.
- Nachweise über
 - die Bezeichnung der ausländischen Ausbildungseinrichtung,
 - die Dauer der Ausbildung in Theorie und Praxis,
 - die Ausbildungsinhalte in Theorie einschließlich der Vorlage des Ausbildungscurriculums der erlernten wissenschaftlich-psychotherapeutischen Methode,
 - die jeweilige fachliche Qualifikation des Lehrpersonals zur Vermittlung der Ausbildungsinhalte,
 - das Ausmaß der absolvierten Lehrtherapie, Lehranalyse oder Einzel- oder Gruppenselbsterfahrung bei Psychotherapeuten,
 - die Absolvierung praktischer Tätigkeit samt Beschreibung der Inhalte und Aufgaben der Tätigkeit, insbesondere während der Ausbildung als Psychotherapeut im Rahmen einer im psychosozialen Feld bestehenden Einrichtung des Gesundheits- oder Sozialwesens,
 - das Ausmaß der Supervision, die die psychotherapeutische Tätigkeit während der Ausbildung begleitet hat sowie
 - Kenntnisse, die während einer psychotherapeutischen, rechtmäßig ausgeübten Berufstätigkeit erworben wurden.

Unterscheidet sich die absolvierte Ausbildung wesentlich von der entsprechenden Ausbildung in Österreich, ist eine **Ausgleichsmaßnahme** zu absolvieren (Anpassungslehrgang und Eignungsprüfung nach Wahl des Anerkennungswerbers).

Innerhalb von **vier Monaten nach Vorlage der vollständigen Unterlagen** betreffend die fachliche Qualifikation im jeweiligen Einzelfall mit Bescheid festzustellen,

- ob die Qualifikation im wesentlichen einer der in Österreich anerkannten Ausbildung entspricht oder,
- sofern sich die ausländische Qualifikation in wesentlichen Inhalten unterscheidet, inwieweit ein Anpassungslehrgang oder eine Eignungsprüfung zu absolvieren sind.

Autriche

Hat das Prüfverfahren ergeben, dass aufgrund der Ausbildung **wesentliche Unterschiede** hinsichtlich der fachlichen Qualifikation bestehen, ist zu prüfen, ob die vom Anerkennungs- werber erworbenen Kenntnisse diese wesentlichen Unterschiede ganz oder teilweise ab- decken. Bestehen nach Berücksichtigung seiner Berufserfahrung noch wesentliche Unter- schiede, so sind

- die Fachgebiete, über die eine **Eignungsprüfung** einschließlich praktischer Inhalte abzulegen ist, und die Art der Prüfung sowie
- die Dauer eines **Anpassungslehrgangs** samt allfälliger Zusatzausbildung in theoretischen Ausbildungsinhalten als mögliche Ausgleichsmaßnahmen mit Bescheid vorzuschreiben.

Der Anerkennungs- werber hat entweder die Eignungsprüfung oder den Anpassungslehrgang als eine der im Bescheid festgelegten Ausgleichsmaßnahmen zu wählen

Anpassungslehrgang

Inhalt des Anpassungslehrgangs ist die Ausübung einer wissenschaftlich-psychotherapeu- tischen Methode bei einem freiberuflich tätigen Psychotherapeuten oder im Rahmen einer Praktikumseinrichtung jeweils unter der Verantwortung eines entsprechend fachlich qualifi- zierten Psychotherapeuten einschließlich begleitender Supervision durch einen fachlich qua- lifizierten Psychotherapeuten.

Der Anpassungslehrgang hat erforderlichenfalls eine Zusatzausbildung in gemäß den §§ 4 Abs. 1 und/oder 7 Abs. 1 des Psychotherapiegesetzes anerkannten Ausbildungseinrich- tungen nach Maßgabe der festgestellten fehlenden Kenntnisse über konkrete theoretische Ausbildungsinhalte samt Prüfung vorzusehen.

Der Anpassungslehrgang ist in der Dauer von längstens drei Jahren festzulegen und zu bewerten. Ein Jahr umfasst zumindest das Ausmaß von 1 000 Stunden. Die Bewertung des Anpassungslehrgangs erfolgt durch je einen schriftlichen Bericht des psychotherapeutischen Supervisors sowie des verantwortlichen Psychotherapeuten an das Bundesministerium für Gesundheit und Frauen. Die Berichte enthalten zumindest Angaben über den Beginn der Tätigkeit, eine Beschreibung des gesamten Verlaufs sowie eine Bewertung, ob die Tätigkeit im Rahmen des Anpassungslehrgangs erfolgreich oder nicht erfolgreich absolviert worden ist.

Eignungsprüfung

Die Eignungsprüfung sowie eine allfällige Zusatzausbildung über theoretische Ausbildungs- inhalte sind in Ausbildungseinrichtungen für das Propädeutikum und/oder für das Fachspe- zifikum, die gemäß dem Psychotherapiegesetz, BGBl. Nr. 361/1990, anerkannt worden sind, zu absolvieren. Sie findet mindestens einmal jährlich statt.

Die Eignungsprüfung hat ausschließlich die beruflichen Kenntnisse des Anerkennungs- werbers in den im Bescheid festgelegten Fachgebieten einschließlich praktischer Inhalte nach Maßgabe der bei der Prüfung der Gleichwertigkeit festgestellten fehlenden Kenntnisse im Hinblick auf die Ausübung der Psychotherapie zum Gegenstand.

Die Eignungsprüfung umfasst eine abschließende Prüfung nach Vermittlung theoretischer Lerninhalte in den gemäß den §§ 4 Abs. 1 und/oder 7 Abs. 1 des Psychotherapiegesetzes anerkannten Ausbildungseinrichtungen für das Propädeutikum und/oder für das Fachspezifi- kum und/oder eine Reflexion des Anerkennungs- werbers über die im Bescheid vorgeschrie-

Autriche

bene Selbsterfahrung und/oder Supervision. Die Reflexion ist bei einem Psychotherapeuten mit einer seit zumindest fünf Jahren bestehenden Berufsberechtigung samt Zusatzbezeichnung in der entsprechenden fachspezifischen psychotherapeutischen Methode, mit der die Eintragung in die Psychotherapeutenliste erfolgen soll, zu absolvieren.

Über die erfolgreiche oder nicht erfolgreiche Absolvierung ist hinsichtlich der Eignungsprüfung eine Bestätigung vom Leiter der anerkannten Ausbildungseinrichtung, hinsichtlich der Reflexion von jenem Psychotherapeuten, der die Reflexion durchgeführt hat, eine schriftliche Bewertung auszustellen.

Ist die Gleichwertigkeit mit Bescheid festgestellt oder durch erfolgreiche Absolvierung einer Ausgleichsmaßnahme hergestellt worden, kann um Eintragung in die Psychotherapeutenliste ersucht werden. Für dieses Ansuchen ist das vom Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales aufgelegte Formblatt zu verwenden.

Wiederholung der Ausgleichsmaßnahme

Ist die gewählte Ausgleichsmaßnahme nicht erfolgreich absolviert worden, ist ein Wechsel der Ausgleichsmaßnahme nicht zulässig. Eine einmalige Wiederholung der Eignungsprüfung oder eine einmalige Verlängerung des Anpassungslehrgangs sind möglich. Die Wiederholung der Eignungsprüfung kann auch in einer anderen anerkannten Ausbildungseinrichtung erfolgen. Auf Grund eines Antrags des Anerkennungswerbers entscheidet die Bundesministerin für Gesundheit und Frauen über die Verlängerung des Anpassungslehrgangs.

cc. *Gesundheitliche Eignung*

Als Nachweise über die gesundheitliche Eignung werden folgende Nachweise anerkannt:

Ein **ärztliches Zeugnis (nicht älter als drei Monate)**, wobei auch ein Zeugnis aus dem **Herkunftsstaat** als ausreichend anzusehen ist;

dd. *Vertrauenswürdigkeit*

Als Nachweise über die Vertrauenswürdigkeit werden anerkannt:

Strafregisterbescheinigung, die bei Vorlage nicht älter als drei Monate sein darf, wobei auch ein **Nachweis aus dem Herkunftsstaat** als ausreichend anzusehen ist.

c. **Zuständige Behörde, Verfahren, Fristen**

aa. *Zuständige Behörden*

Zuständige Behörde ist das Bundesministerium für Gesundheit, Familie und Jugend. Abteilung I/B/7 (Rechtsangelegenheiten Ärzte, Psychologie und Psychotherapie) Leiter: Dr. Michael Kierein; Telefonische Auskunft des Bereichs B - Gesundheits-, Kranken- und Unfallversicherungsrecht: Tel: 01/711 00-4882; Fax: 01/718 71 83

bb. *Verfahren, Fristen*

Dauer des Verfahrens: c.a. vier Monate nach Vorlage der vollständigen Unterlagen

d. Listeneintrag

Die Listenführung der Berechtigten obliegt ebenfalls dem Bundesministerium für Gesundheit (Formblatt).

e. Rechtsstellung

Die zugelassenen Psychotherapeuten haben den gleichen Statuts wie die inländischen. Die (inländischen) Vorschriften des Psychotherapiegesetzes gelten (insbesondere hinsichtlich der Berufspflichten) auch für im Inland tätige Ausländer.

B. Dienstleistungsfreiheit (Psychotherapeuten)

1. Bedingungen für Dienstleistungen

Gem. § 8 EWR-PsythG haben Staatsangehörige eines EWR-Staates oder der Schweiz, soweit sie **Dienstleistungen** erbringen, vor Aufnahme ihrer Tätigkeit ihre **geplante Tätigkeit zu melden und ihre Qualifikation nachzuweisen**. Die Gleichwertigkeit der Qualifikation ist vor Aufnahme der Berufstätigkeit zu prüfen (vgl. auch EWG-PsythVO (§ 8 (1))). Hat die Durchführung des Prüfverfahrens die Gleichwertigkeit der fachlichen Qualifikation ergeben oder sind andernfalls Ausgleichsmaßnahmen erfolgreich absolviert worden, wird die schriftliche Mitteilung über die Zulässigkeit der Aufnahme der beruflichen Tätigkeit als Psychotherapeut in Österreich erteilt. Eine Eintragung in die Psychotherapeutenliste erfolgt nicht. Die Begründung eines inländischen Berufssitzes oder Dienstortes ist **nicht** zulässig.

Gem. § 9 EWR-PsythG dürfen Psychotherapeuten mit Qualifikation aus dem EWR oder der Schweiz, deren Berufssitz oder Dienstort nicht in Österreich, sondern in einem EWR-Staat oder der Schweiz gelegen ist, den psychotherapeutischen Beruf in Österreich dessen ungeachtet vorübergehend zu Zwecken der Lehre, Forschung oder fachlichen Aus- und Fortbildung im Rahmen von anerkannten Ausbildungseinrichtungen ausüben.

2. Zuständige Behörden

Vor Ausübung der Berufstätigkeit ist das **Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales** zu verständigen und zwar **schriftlich oder per Telefax**. Die nach § 9 PsychTG tätigen Personen sind von den im Rahmen der anerkannten Ausbildungseinrichtungen zur Vertretung nach außen Berufenen bis längstens eine Woche vor Aufnahme ihrer Tätigkeit schriftlich oder per Telefax dem Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales bekanntzugeben.

Die Verständigung hat in allen Fällen zumindest **Zeitpunkt, Dauer, Ort und Inhalt der Tätigkeit** zu beinhalten.

3. Rechtsstellung

a. Berufspflichten

Ab dem Zeitpunkt der Eintragung in die Psychotherapeutenliste sowie ab Erlangung der Berechtigung zur Ausübung des freien Dienstleistungsverkehrs gemäß § 8 gelten die Bestimmungen des Psychotherapiegesetzes. Dienstleister aus dem Ausland Personen

Autriche

unterliegen bei ihrer Tätigkeit in Österreich den Bestimmungen des Psychotherapiegesetzes, insbesondere den geltenden Berufspflichten.

Auch die Psychotherapeuten mit Qualifikation aus dem EWR oder der Schweiz, die gem. § 9EWR-PsythG den psychotherapeutischen Beruf in Österreich vorübergehend zu Zwecken der Lehre, Forschung oder fachlichen Aus- und Fortbildung im Rahmen von anerkannten Ausbildungseinrichtungen ausüben, unterliegen bei ihrer Tätigkeit in Österreich dem Psychotherapiegesetz, insbesondere den geltenden Berufspflichten.

b. Kein Listeneintrag

Eine Eintragung in die Psychotherapeutenliste hat bei blosser Dienstleistung nicht zu erfolgen.

Autriche

Adressen :

ÖBVP (Österreichischen Bundesverbandes für Psychotherapie)

Büro des ÖBVP

1030 Wien, Löwengasse 3/5/6

Tel. (01) 5127090

Fax: (01) 5127091

E-Mail: oebvp@psychotherapie.at

Landesverbände

Burgenländischer Landesverband für Psychotherapie

7000 Eisenstadt

Esterhazystraße 3/1/2

Tel & Fax: (02682) 63010

www.blp.at

Kärntner Landesverband für Psychotherapie

9020 Klagenfurt

Rudolfsbahngürtel 2

Telefon: (0463) 50 07 56 - Fax: (0463) 59 07 56

www.klp.at

Niederösterreichischer Landesverband für Psychotherapie

2326 Maria Lanzendorf

Hauptstraße 22

Telefon: (02235) 42 965 - Fax: (02235) 44 039

www.psychotherapie.at/noelp

Oberösterreichischer Landesverband für Psychotherapie

4020 Linz, Adlergasse 12

Tel & Fax: (0732) 77 60 90

www.psychotherapie.at/ooelp

Salzburger Landesverband für Psychotherapie

5024 Salzburg, Postfach 14

Telefon: (0662) 82 38 25 Fax: (0662) 422 737

www.psychotherapie.at/slp

Steirischer Landesverband für Psychotherapie

8010 Graz, Elisabethstraße 38

Telefon: (0316) 37 25 00 - Fax: (0316) 36 50 17

www.stlp.at

Tiroler Landesverband für Psychotherapie

6020 Innsbruck, Leopoldstraße 38

Tel & Fax: (0512) 56 17 34

www.psychotherapie-tirol.at

Vorarlberger Landesverband für Psychotherapie

6850 Dornbirn, Steinebach 13

Telefon: (05572) 21463

Fax: (05572) 37 25 51

www.psychotherapie.at/vlp

Wiener Landesverband für Psychotherapie

1090 Wien, Lustkandlgasse 23/3-4

Telefon: (01) 512 71 02

Telefon: (01) 512 61 73

Fax: (01) 512 44 77 www.psychotherapie.at/wlp

C. Niederlassung als Psychologe

1. Titel

Gem. § 1 PsychG ist zur Führung der Berufsbezeichnung „Psychologe“ oder „Psychologin“ berechtigt, wer entweder die Studienrichtung Psychologie mit dem akademischen Grad Magister der Philosophie oder Magister der Naturwissenschaften abgeschlossen hat, das Studium der Psychologie als erstes Fach nach der Verordnung über die philosophische Rigorosenordnung mit dem Doktorat der Philosophie abgeschlossen hat, das Studium der Psychologie mit dem Titel „Diplompsychologe“ abgeschlossen hat oder einen in Österreich nostrifizierten Abschluß eines ordentlichen Studiums der Psychologie an einer ausländischen Hochschule nachweist

2. Berufszulassung als Psychologe

a. Voraussetzungen

Staatsangehörige eines EWR-Staates oder der Schweizerischen Eidgenossenschaft, die in ihrem Herkunftsstaat zur Ausübung des reglementierten Berufs des klinischen Psychologen oder Gesundheitspsychologen im Sinne des EU- Richtlinienrechts berechtigt sind, können den Beruf des psychologischen Berufs im Bereich des Gesundheitswesens als klinische Psychologen oder als Gesundheitspsychologe selbstständig nur unter folgenden Bedingungen ausüben:

- sie haben ein **Diplom**, mit dem der Abschluss eines ordentlichen Studiums der Psychologie an einer Hochschule eines EWR-Staates oder der Schweizerischen Eidgenossenschaft nachgewiesen und mit dem die Ausbildung zum klinischen Psychologen oder zum Gesundheitspsychologen mit Erfolg abgeschlossen wurde,
- die **Eigenberechtigung** liegt vor
- die zur Erfüllung der Berufspflichten erforderliche **gesundheitliche Eignung** liegt vor
- die zur Erfüllung der Berufspflichten erforderliche Vertrauenswürdigkeit wurde nachgewiesen
- der Eintrag die Liste der klinischen Psychologen und Gesundheitspsychologen (§ 16 des PsychG) ist erfolgt

Autriche

aa. *Diplome*

Diplome sind Diplome, Prüfungszeugnisse oder Befähigungsnachweise gemäß Richtlinienrecht und den bilateralen Verträgen, die einzeln oder in ihrer Gesamtheit den Befähigungsnachweis darstellen, den das einzelstaatliche Recht für den Zugang zum reglementierten Beruf des klinischen Psychologen oder Gesundheitspsychologen in dem jeweiligen Herkunftsstaat vorschreibt:

- die in einem EWR-Staat oder der Schweiz von einer nach den Rechts- und Verwaltungsvorschriften bestimmten zuständigen Stelle ausgestellt werden, und
- aus denen hervorgeht, dass der Diplominhaber ein mindestens dreijähriges Studium oder ein dieser Dauer entsprechendes Teilzeitstudium an einer Universität oder einer Hochschule oder einer anderen Ausbildungseinrichtung mit gleichwertigem Niveau absolviert und gegebenenfalls die über das Studium hinaus erforderliche berufliche Ausbildung abgeschlossen hat, und
- aus denen hervorgeht, dass der Diplominhaber über die beruflichen Voraussetzungen verfügt, die für den Zugang zum reglementierten Beruf des klinischen Psychologen oder Gesundheitspsychologen oder dessen Ausübung in diesem EWR-Staat oder der Schweiz erforderlich sind, wenn die durch das Diplom, das Prüfungszeugnis oder einen sonstigen Befähigungsnachweis bescheinigte Ausbildung überwiegend in einem EWR-Staat oder der Schweiz erworben worden ist, oder wenn der Diplominhaber eine dreijährige Berufserfahrung nachweisen kann, die von EWR-Staat oder der Schweiz bescheinigt wird, wenn diese ein Diplom, ein Prüfungszeugnis oder einen sonstigen Befähigungsnachweis eines Drittlandes anerkannt haben.

Sofern der Betroffene den Beruf des klinischen Psychologen oder Gesundheitspsychologen vollzeitlich zwei Jahre lang innerhalb der vorhergehenden zehn Jahre ausgeübt hat, sind in einem solchen Diplom Ausbildungsnachweise gleichzuhalten,

- die in einem EWR-Staat oder der Schweiz von einer nach den Rechts- und Verwaltungsvorschriften bestimmten zuständigen Stelle ausgestellt wurden und
- aus denen hervorgeht, dass der Inhaber ein mindestens dreijähriges Studium oder ein dieser Dauer entsprechendes Teilzeitstudium an einer Universität oder einer Hochschule oder einer anderen Ausbildungseinrichtung mit gleichwertigem Niveau in einem EWR-Staat oder der Schweiz absolviert und gegebenenfalls die über das Studium hinaus erforderliche berufliche Ausbildung abgeschlossen hat, und
- die er zur Vorbereitung auf die Ausübung des Berufs als klinischer Psychologe oder Gesundheitspsychologe erworben hat.

Das Erfordernis der zweijährigen Berufsausübung entfällt, sofern die in Abs. 1 genannten Ausbildungsnachweise den Abschluss einer reglementierten Ausbildung bestätigen. Als reglementierte Ausbildung gilt jede Ausbildung, die unmittelbar auf die Ausübung des Berufs des klinischen Psychologen oder des Gesundheitspsychologen gerichtet ist, und für die die Struktur und das Niveau der Berufsausbildung, des Berufspraktikums oder der Berufspraxis in den Rechts- und Verwaltungsvorschriften des EWR-Staats oder der Schweiz festgelegt sind oder von der zu diesem Zweck bestimmten Stelle des EWR-Staats oder der Schweiz kontrolliert bzw. genehmigt werden.

Autriche

bb. Gesundheitliche Eignung

Als Nachweis der gesundheitlichen Eignung gilt ein ärztliches Zeugnis (nicht älter als drei Monate), wobei auch ein Zeugnis aus dem Herkunftsstaat ausreicht;

cc. Vertrauenswürdigkeit

Nachweis durch eine Strafregisterbescheinigung (nicht älter als drei Monate), wobei auch ein Nachweis aus dem Herkunftsstaat als ausreichend anzusehen ist

dd. Listeneintragung

Ist die Gleichwertigkeit der fachlichen Qualifikation mit Bescheid festgestellt worden oder nach Absolvierung einer Ausgleichsmaßnahme hergestellt, kann um Eintragung in die Liste der klinischen Psychologen und Gesundheitspsychologen angesucht werden (Formblatt).

Prüfung der Gleichwertigkeit

Vor der Durchführung des Verfahrens zur Eintragung in die Liste der klinischen Psychologen und Gesundheitspsychologen wird gem. § 4. (1) EWR-PsychG die Gleichwertigkeit der fachlichen Qualifikation geprüft. Maßstab für die Prüfung der Gleichwertigkeit ist die fachliche Qualifikation entsprechend einer in Österreich absolvierten Ausbildung zum klinischen Psychologen oder Gesundheitspsychologen gemäß dem Psychologengesetz. Zum Nachweis der Qualifikation ist das Diplom vorzulegen. Zur Beurteilung der Qualifikation und deren Gleichwertigkeit ist erforderlichenfalls ein Sachverständigengutachten einzuholen.

Unterscheidet sich die ausländische Ausbildung wesentlich von der entsprechenden Ausbildung in Österreich, ist eine Ausgleichsmaßnahme zu absolvieren (Anpassungslehrgang/ Eignungsprüfung nach Wahl des Betroffenen)

Umfang für die Berufszulassung in der Republik Österreich ein Anpassungslehrgang oder eine Eignungsprüfung zu absolvieren sind.

Nachweise

- gesundheitliche Eignung und die Vertrauenswürdigkeit
- das Vorliegen der Eigenberechtigung sowie
- der bei Niederlassung in Österreich in Aussicht genommene Berufssitz bei freiberuflicher Tätigkeit und/oder
- der in Österreich in Aussicht genommene Dienstort bei einer Tätigkeit im Rahmen eines Arbeitsverhältnisses.

Auriche

ee. *Beglaubigte Übersetzungen*

Alle Diplome, Nachweise und Bescheinigungen sind beim Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales in beglaubigter Abschrift in deutscher Sprache einzureichen. Zu fremdsprachigen Diplomen sind beglaubigte Übersetzungen vorzulegen.

b. Fristen

Der Bundesminister für Arbeit, Gesundheit und Soziales hat innerhalb von vier Monaten nach Vorlage der vollständigen Unterlagen im jeweiligen Einzelfall mit Bescheid festzustellen, ob die Gleichwertigkeit gegeben ist bzw. in welcher Weise und in welchem

c. Berufspflichten

Ab Listeneintrag (Liste der klinischen Psychologen und Gesundheitspsychologen) gelten die Bestimmungen des Psychologengesetzes und damit auch die dort geregelten Berufspflichten.

D. Dienstleistungsfreiheit

(Psychologen) [http://www.ris2.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?QueryID=Bundesnormen&Gesetzesnummer=20000203&TabbedMenuSelection=BundesrechtTab - header](http://www.ris2.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?QueryID=Bundesnormen&Gesetzesnummer=20000203&TabbedMenuSelection=BundesrechtTab-header)

1. Melde- und Nachweispflichten

Vor Ausübung der Berufstätigkeit ist das Bundesministerium für Gesundheit, Familie und Jugend schriftlich oder per Fax zu verständigen. Die Verständigung hat zumindest den Zeitpunkt, die Dauer und den Ort der Tätigkeit sowie den ausländischen Berufssitz oder Dienstort zu beinhalten.

EWR-Staatler und Schweizer haben, soweit sie Dienstleistungen in Österreich erbringen, vor Aufnahme ihrer Tätigkeit ihre Qualifikation nachzuweisen. Die Gleichwertigkeit der Qualifikation ist vor Aufnahme der Berufstätigkeit zu prüfen.

Lehrpersonen mit Qualifikation aus dem EWR oder der Schweiz und Berufssitz oder Dienstort in diesen Staaten dürfen gem. § 9 EWR-PsychG den Beruf des klinischen Psychologen oder des Gesundheitspsychologen in Österreich vorübergehend zu Zwecken der Lehre, Forschung oder fachlichen Aus- und Fortbildung im Rahmen von anerkannten Ausbildungseinrichtungen ausüben, ohne diese Voraussetzungen einzuhalten, unterliegen aber bei ihrer Tätigkeit in der Republik Österreich den Bestimmungen dem Psychologengesetz, insbesondere den geltenden Berufspflichten. Diese Personen sind allerdings von den Ausbildungseinrichtungen eine Woche vor Aufnahme ihrer Tätigkeit schriftlich oder per Telefax dem Bundesministerium bekanntzugeben. Die Verständigung hat zumindest Zeitpunkt, Dauer, Ort und Inhalt der Tätigkeit zu beinhalten.

2. Kein Listeneintrag

Die Begründung eines inländischen Berufssitzes oder Dienstortes ist nicht zulässig. Eine Eintragung in die Liste der klinischen Psychologen oder in die Liste der Gesundheitspsychologen hat nicht zu erfolgen.

3. Berufspflichten

Ab Erlangung der Berechtigung zur Ausübung des freien Dienstleistungsverkehrs gemäß § 8 EWR-PsychG gelten die Bestimmungen des österreichischen Psychologengesetzes, insbesondere die geltenden Berufspflichten.

FRANCE

A la date du 10 avril 2008, la Directive 2005/36/CE du Parlement européen et du Conseil du 7 septembre 2005 relative à la reconnaissance des qualifications professionnelles n'ayant pas encore été transposée en France, il ne nous a pas été possible de livrer le rapport commandé pour ce pays.

Le gouvernement a été autorisé par la loi n° 2007-1774 du 17 décembre 2007 portant diverses dispositions d'adaptation au droit communautaire dans les domaines économique et financier, à prendre par voie d'ordonnance, dans un délai de **douze mois** à compter de la date de publication de la présente loi, les dispositions relevant du domaine de la loi nécessaire pour transposer la Directive 2005/36/CE.

SITUATION ACTUELLE

Dispositions applicables à la profession ²²⁵ :
Loi n° 85-772 du 25 juillet 1985 [article 44](#)

[Décret n°90-255 du 22 mars 1990](#) fixant la liste des diplômes permettant de faire usage professionnel du titre de psychologue

[Décret n°2003-1073 du 14 novembre 2003](#) relatif aux conditions de délivrance de l'autorisation de faire usage professionnel du titre de psychologue prévue à l'article 44-II de la loi n° 85-772 du 25 juillet 1985 modifiée

Transposant les dispositions de la directive sectorielle :

Directive n° 89/48/CEE du Conseil du 21 décembre 1988 modifiée relative à un système général de reconnaissance des diplômes d'enseignement supérieur qui sanctionnent des formations professionnelles d'une durée minimale de trois ans

Accord conclu le 21 juin 1999 entre la communauté européenne et ses Etats membres, d'une part et la Confédération Helvétique d'autre part, ratifié par la France : [loi n° 2001-1117 du 28 novembre 2001](#) – [décret n° 2002-946 du 25 juin 2002](#)

(Annexe III)

S'adresser à :

[Ministère de l'éducation nationale, de l'enseignement supérieur et de la recherche](#)

Direction de l'enseignement supérieur

Bureau des masters (DES A 11)

97-99, rue de Grenelle - 75007 Paris

Tél. : 01 55 55 63 71

²²⁵

Les textes peuvent être consultés sur le site : <http://www.legifrance.gouv.fr>

ITALIE

1. PSICOLOGO

I. INTRODUZIONE

A. Fonti normative

La professione di **psicologo** è, in Italia, una “**professione regolamentata**”²²⁶. **Due** sono, ad oggi (20 dicembre 2007), le principali fonti normative della regolamentazione italiana dell’esercizio, in Italia, della professione di **psicologo** da parte di chi è in possesso di un **titolo estero**:

- **Decreto legislativo 9 novembre 2007 n. 206** recante “Attuazione della direttiva 2005/36 CE relativa al riconoscimento delle qualifiche professionali, nonché della direttiva 2006/100/CE che adegua determinate direttive sulla libera circolazione delle persone a seguito dell’adesione della Bulgaria e Romania” (qui di seguito: “**D. lgs. 206/2007**”)

Il D. Lgs. 206/2007 ha **abrogato**, fra gli altri, il **D. Lgs. 115/1992**, recante “Attuazione della direttiva n. 89/48/CEE relativa ad un sistema generale di riconoscimento dei diplomi di istruzione superiore che sanzionano formazioni professionali di una durata minima di tre anni” (v. art. 60, rubricato: “Abrogazioni”). **Tale decreto si applicava in particolare alla professione di psicologo, menzionato nell’Allegato A.**

- **Legge 18 febbraio 1989 n. 56** recante “Ordinamento della professione di psicologo” (qui di seguito: “**Legge 56/1989**”)

Si rileverà che il D. Lgs. 206/2007, attesa la sua recente approvazione, **non** è ancora stato completato da una **disciplina di dettaglio** relativa alla specifica **professione di psicologo**. Il **coordinamento** fra il D. Lgs. 206/2007, le disposizioni del D. Lgs. 115/92, abrogato certo, ma che continua a figurare sul sito dell’Ordine nazionale degli Psicologi, e la Legge 56/1989 che istituisce l’Ordine e l’Albo degli Psicologi ma senza fare riferimento al riconoscimento di titoli esteri, **non è agevole**.

B. Interrelazione con il diritto europeo

La legge n. 364 del 15 novembre 2000 ha ratificato per l’Italia l’Accordo tra la Comunità europea ed i suoi Stati membri e la Confederazione svizzera del 21 giugno 1999 (l’« **Accordo** »). L’Accordo disciplina la **libera circolazione delle persone** tra la Comunità Europea e la Confederazione Svizzera e **stabilisce l’applicabilità delle direttive comunitarie in tema di riconoscimento delle qualifiche professionali anche ai cittadini elvetici**. Pertanto, sono state introdotte agevolazioni **tali da rendere di fatto la situazione dei cittadini elvetici analoga a quella dei cittadini comunitari**. Viene in particolare in considerazione l’art. 9 dell’Accordo, il cui testo è il seguente.

« **Articolo 9 – Diplomi certificati e altri titoli**

²²⁶

Ai sensi dell’art. 4, comma 1, lit. a), del D. Lgs. 206/2007.

Italie

Per agevolare ai cittadini degli Stati membri della Comunità europea e della Svizzera l'accesso alle attività dipendenti e autonome e il loro esercizio, nonché la prestazione di servizi, le parti contraenti adottano, conformemente all'allegato III, le misure necessarie per quanto riguarda il **riconoscimento reciproco dei diplomi dei certificati e di altri titoli** e il coordinamento delle disposizioni legislative, regolamentari e amministrative delle parti contraenti in materia di accesso alle attività dipendenti e autonome e dell'esercizio di queste, nonché di prestazione di servizi ».

In base all'Accordo dunque, i professionisti che intendano ottenere il riconoscimento del titolo professionale conseguito nella Confederazione Svizzera possono presentare domanda al **Ministero competente** – per la **professione di psicologo, ad oggi, il Ministero della giustizia**²²⁷ – ed inviando la documentazione necessaria. Si segnala che l'art. 2 del D. Lgs. 206/2007 dispone, al comma 3, che **“per il riconoscimento dei titoli di formazione acquisiti dai cittadini (...) della Confederazione svizzera, si applicano gli accordi in vigore con l'Unione europea”**.

II. RAPPORTO

A. Libertà di stabilimento

Il D. Lgs. 206/2007 regola la **libertà di stabilimento** agli artt. 16 s. Tale decreto si applica, tra l'altro, come detto, alla **professione di psicologo**. Il D. Lgs. 206/2007 pone, al titolo III capo I, rubricato « norme procedurali », alcune **regole generali**, che valgono per tutte le professioni cui esso si applica, ivi compresa la professione di psicologo.

1. Condizioni per il riconoscimento

Ai sensi dell'art. 17 D. Lgs. 206/2007, la domanda per il riconoscimento è **corredata** dei seguenti documenti:

- un certificato o copia di un documento che attesti la **nazionalità** del prestatore;
- una copia degli **attestati di competenza o del titolo di formazione** che dà accesso alla professione ed eventualmente un attestato dell'**esperienza professionale** dell'interessato;

Le autorità competenti – per la professione di *psicologo* : ad oggi, il **Ministero della Giustizia** – possono invitare il richiedente a **fornire informazioni** quanto alla sua formazione nella misura necessaria a **determinare l'eventuale esistenza di differenze sostanziali rispetto alla formazione richiesta sul territorio dello Stato italiano**. Qualora sia impossibile per il richiedente fornire tali informazioni, le autorità competenti si rivolgono al punto di contatto, all'autorità competente o a qualsiasi altro organismo pertinente dello Stato membro di origine.

Il referente è il **Ministero della Giustizia**
Settore Internazionale Reparto II - Ufficio III
Direzione Generale della Giustizia Civile - Dipartimento per gli Affari di Giustizia
Via Arenula, 70 - 00186 ROMA
Telefono 06/68852314
Fax 06/68897350

²²⁷ V. la lista delle professioni vigilate dal Ministero della Giustizia sulla pagina web: http://www.giustizia.it/professionioni/ord_coll_vig.htm.

Italia

Qualora l'accesso a una professione regolamentata sia subordinato ai **requisiti dell'onorabilità e della moralità** (non pare essere il caso della professione di **psicologo** : v. infra, A.2. punto 2), o l'esercizio di tale professione possa essere **sospeso o vietato** in caso di gravi mancanze professionali o di condanne per reati penali, la sussistenza di tali requisiti si considera provata da **documenti rilasciati da competenti autorità dello Stato membro di origine o dello Stato membro da cui proviene l'interessato**.

Nei casi in cui l'ordinamento dello Stato membro di origine o dello Stato membro da cui proviene l'interessato non preveda il rilascio dei documenti di cui sopra, questi possono essere sostituiti da una **dichiarazione giurata** o, negli Stati membri in cui tale forma di dichiarazione non è contemplata, da una **dichiarazione solenne**, prestata dall'interessato dinanzi ad un'autorità *giudiziaria o amministrativa* competente o, eventualmente, dinanzi ad un *notaio* o a un *organo qualificato* dello Stato membro di origine o dello Stato membro da cui proviene l'interessato.

Qualora l'accesso ad una professione regolamentata sia subordinato al **possesso di sana costituzione fisica o psichica**, tale requisito si considera dimostrato dal **documento prescritto** nello Stato membro di origine o nello Stato membro da cui proviene l'interessato. Qualora lo Stato membro di origine o di provenienza non prescriva documenti del genere, le autorità competenti accettano un attestato rilasciato da un'autorità competente di detti Stati.

Qualora l'esercizio di una professione regolamentata sia subordinato al possesso di **capacità finanziaria** del richiedente o di assicurazione contro i danni derivanti da responsabilità professionale, tali requisiti si considerano dimostrati da un **attestato rilasciato da una banca o società di assicurazione con sede in uno Stato membro**.

I documenti di cui sopra al momento della loro presentazione non devono essere di data anteriore a **tre mesi**.

La domanda è corredata da un **certificato dell'autorità competente dello Stato membro di origine attestante che il titolo di formazione soddisfa i requisiti stabiliti dalla normativa comunitaria** in materia di riconoscimento dei titoli di formazione in base al coordinamento delle **condizioni minime di formazione** (Art. 17 del D. lgs. 206/2007).

Sul sito dell'**Ordine degli Psicologi**²²⁸ si invitano i richiedenti a presentare la **seguinte documentazione** (il D. lgs. 115/92 cui viene talvolta fatto rinvio è stato, come detto, abrogato).

- allegare **certificato di cittadinanza** di un Paese della UE;
- propria **residenza** in Italia e/o all'Estero;
- **titolo nella lingua originale** dello Stato di conseguimento/ esercizio;
- per la **formazione acquisita** per almeno 2/3 in uno Stato UE: Stato membro e autorità competente;
- per la **formazione acquisita** per più di 1/3 in uno Stato non UE: Stato membro che ha riconosciuto il titolo (art. 1.4 D. lgs. 115/92);
- art. 1.3 D. lgs. 115/92: va allegato un certificato rilasciato da detto Istituto con l'indicazione dei periodi di studio, delle materie e degli esami superati, del titolo conseguito;
- Pubblica Amministrazione o Ente pubblico a cui è attribuita la tenuta dell'Albo, registro o elenco;
- **formazione** a cui è subordinata nel Paese di provenienza l'iscrizione in albi, registri o elenchi e fonte legislativa di tale subordinazione; indicare inoltre eventuale tirocinio e/o superamento dell'esame di abilitazione ed allegare la corrispondente documentazione;

228

V. www.psy.it.

Italia

- **professione o attività professionale esercitabile** con il titolo de quo nello Stato di provenienza;
- per la formazione acquisita per più di 1/3 in uno Stato terzo, **documentare tale attività**;
- indicare la **fonte legislativa**

2. Formazione richiesta

Per l'accesso o l'esercizio alla professione di **psicologo** sono ammessi al riconoscimento professionale le **qualifiche professionali che sono prescritte da un altro Stato membro per accedere alla corrispondente professione ed esercitarla**. Gli attestati di competenza o i titoli di formazione ammessi al riconoscimento devono **soddisfare le seguenti condizioni** (art. 21 D.Lgs. 206/2007):

- essere stati rilasciati da un'**autorità competente** in un altro Stato membro, designata ai sensi delle disposizioni legislative, regolamentari o amministrative di tale Stato;
- attestare un **livello di qualifica professionale almeno equivalente al livello immediatamente precedente a quella prevista dalle normative nazionali**.

L'accesso e l'esercizio della professione regolamentata sono consentiti anche ai richiedenti che abbiano esercitato **a tempo pieno tale professione per due anni**, nel corso dei precedenti **dieci**, in un altro Stato membro che **non la regolamenti** e abbiano uno o più attestati di competenza o uno o più titoli di formazione che soddisfino le **seguenti condizioni**:

- essere stati rilasciati da un'**autorità competente** in un altro Stato membro, designata ai sensi delle disposizioni legislative, regolamentari o amministrative di tale Stato membro;
- attestare un **livello di qualifica professionale almeno equivalente** al livello immediatamente precedente a quello previsto dalle normative nazionali;
- attestare la **preparazione del titolare** all'esercizio della professione interessata.

Non sono necessari i **due anni di esperienza professionale** se i titoli di formazione posseduti dal richiedente attestano una **formazione regolamentata** « e dei livelli di cui all'articolo 19, comma 1, lettere b), c), d) ed e) » del D.Lgs. 206/2007 (che qui si omettono). In deroga a quanto sopra, il riconoscimento è assicurato nel caso in cui l'accesso a detta professione è subordinato al **possesso di un titolo di formazione** che attesta il compimento di una formazione **a livello di insegnamento superiore o universitario di una durata pari a quattro anni** e se il richiedente possiede un titolo di formazione di cui all'articolo 19, comma 1, lettera c) del D. Lgs. 206/2007 (che qui si omette).

Il riconoscimento può essere subordinato al compimento di un **tirocinio di adattamento non superiore a tre anni** o di una **prova attitudinale**, a scelta del richiedente, in uno dei seguenti casi (Art. 22 D. Lgs. 206/2007):

- se la durata della formazione da lui seguita è **inferiore di almeno un anno** a quella richiesta in Italia;
- se la formazione ricevuta riguarda **materie sostanzialmente diverse** da quelle coperte dal titolo di formazione richiesto in Italia;
- se la professione regolamentata include **una o più attività professionali regolamentate, mancanti** nella corrispondente professione dello Stato membro d'origine del richiedente, e se la **differenza** è caratterizzata da una **formazione specifica**, richiesta dalla normativa nazionale e relativa a materie sostanzialmente diverse da

Italie

quelle dell'attestato di competenza o del titolo di formazione in possesso del richiedente.

Per *materie sostanzialmente diverse* si intendono materie la cui conoscenza è essenziale all'esercizio della professione regolamentata e che in termini di durata o contenuto sono **molto diverse** rispetto alla formazione ricevuta dal migrante.

L'applicazione del **requisito del tirocinio** comporta una **successiva verifica** sull'eventuale esperienza professionale attestata dal richiedente al fine di stabilire se le conoscenze acquisite nel corso di detta esperienza professionale in uno Stato membro o in un Paese terzo possano **colmare la differenza sostanziale** o parte di essa.

Nei casi di cui sopra, la durata e le materie **oggetto del tirocinio di adattamento** e della **prova attitudinale** sono stabilite dall'**Autorità competente** a seguito della Conferenza di servizi, se convocata. In caso di valutazione finale sfavorevole il tirocinio **può essere ripetuto**. Gli obblighi, i diritti e i benefici sociali di cui gode il tirocinante sono stabiliti dalla normativa vigente, conformemente al **diritto comunitario applicabile**.

La **prova attitudinale si articola in una prova scritta o pratica e orale o in una prova orale sulla base dei contenuti delle materie stabilite**. In caso di esito sfavorevole o di mancata presentazione dell'interessato senza valida giustificazione, la prova attitudinale non può essere ripetuta **prima di sei mesi**.

Ai fini della prova attitudinale le autorità competenti predispongono un **elenco delle materie** che, in base ad un confronto tra la formazione richiesta sul territorio nazionale e quella posseduta dal richiedente, **non sono contemplate dai titoli di formazione del richiedente**. La prova verte su materie da scegliere tra quelle che figurano nell'elenco e la cui conoscenza è una condizione essenziale per poter esercitare la professione sul territorio dello Stato. Lo status del richiedente che desidera prepararsi per sostenere la prova attitudinale è stabilito dalla normativa vigente. (art. 23 D. Lgs. 206/2007).

3. Procedura

Ai fini del riconoscimento professionale, l'interessato presenta apposita **domanda** all'autorità competente (ad oggi, il Ministero della Giustizia). Entro **trenta giorni** dal ricevimento della domanda, l'autorità accerta la **completezza** della documentazione esibita, e ne **dà notizia** all'interessato. Ove necessario, l'autorità competente richiede le eventuali necessarie **integrazioni**.

Per la valutazione dei **titoli acquisiti**, il D. Lgs. 206/2007 prevede, come regola generale, che l'autorità indica una « **conferenza di servizi** » ai sensi della legge 7 agosto 1990, n. 241 alla quale partecipano **rappresentanti**:

- delle amministrazioni dell'autorità competente;
- del Dipartimento per il coordinamento delle politiche comunitarie;
- del Ministero degli affari esteri.

Nella conferenza dei servizi sono sentiti **un rappresentante dell'Ordine o Collegio professionale** ovvero della categoria professionale interessata.

Tuttavia, la necessità di indire una « **conferenza di servizi** » non si applica, tra l'altro, nei casi di cui al capo IV del titolo III. Non vi rientra dunque la professione di psicologo. **E' lecito dedurre che questa rimane soggetto alla necessità della « conferenza di servizi »**. Sul sito dell'**Ordine nazionale degli Psicologi** (www.psy.it) risulta che il « rappresentante dell'ordine professionale » è, ad oggi, dr. Mario Rossini mrossini@mbox.vol.it coadiuvato dalla prof. Carla Maria Del Miglio.

Italie

Sul riconoscimento provvede l'autorità competente con **decreto motivato**, da adottarsi nel termine di **tre mesi** dalla presentazione della documentazione completa da parte dell'interessato. Il decreto è **pubblicato** nella Gazzetta Ufficiale della Repubblica italiana.

Se l'esercizio della professione in questione è condizionato alla **prestazione di un giuramento** o ad una **dichiarazione solenne**, al cittadino interessato è proposta una formula appropriata ed equivalente nel caso in cui la **formula** del giuramento o della dichiarazione **non** possa essere utilizzata da detto cittadino (art. 16 D. Lgs. 206/2007).

4. Effetti del riconoscimento

Ai sensi dell'art. 3 del D. Lgs. 206/2007, in tema di « **effetti del riconoscimento** », il riconoscimento delle qualifiche professionali operato ai sensi del D. Lgs. 206/2007 permette di **accedere**, se in possesso dei requisiti specificamente previsti, **alla professione corrispondente per la quale i soggetti richiedenti sono qualificati nello Stato membro d'origine e di esercitarla alle stesse condizioni previste dall'ordinamento italiano**. La professione che l'interessato eserciterà sul territorio italiano sarà quella per la quale è qualificato **nel proprio Stato membro d'origine**, se le attività sono comparabili.

Riguardo all'uso del titolo professionale, il prestatore può usare nella professione la **denominazione del proprio titolo di studio**, ed eventualmente la **relativa abbreviazione**, nella **lingua** dello Stato membro nel quale il titolo di studio è stato conseguito. L'uso di detta denominazione o dell'abbreviazione non è tuttavia consentito se idoneo ad **ingenerare confusione** con una professione regolamentata nel territorio nazionale, per la quale l'interessato non ha ottenuto il riconoscimento della qualifica professionale; in tal caso la denominazione potrà essere utilizzata a condizione che ad essa siano apportate le modifiche o aggiunte idonee alla differenziazione, stabilite dall'autorità competente.

5. Iscrizione all'albo degli psicologi

La professione di **psicologo** comprende l'uso degli **strumenti conoscitivi** e di **intervento** per la prevenzione, la diagnosi, le attività di abilitazione-riabilitazione e di sostegno in ambito psicologico rivolte alla **persona**, al **gruppo**, agli **organismi sociali** e alle **comunità**. Comprende altresì le **attività di sperimentazione**, ricerca e didattica in tale ambito (Art. 1 Legge 56/1989).

Per esercitare la professione di psicologo è necessario aver conseguito l'abilitazione in psicologia **mediante l'esame di Stato** ed **essere iscritto nell'apposito albo professionale**, denominato « **albo degli psicologi** ». Gli iscritti all'albo costituiscono l'« ordine degli psicologi ». Esso è strutturato a **livello regionale** e, limitatamente alle province di Trento e di Bolzano, a livello provinciale. Per essere iscritti all'albo è necessario:

- essere cittadino italiano o cittadino di uno Stato membro della CEE o di uno Stato con cui esiste trattamento di reciprocità;
- **non avere riportato condanne penali** passate in giudicato per delitti che comportino l'interdizione dalla professione;
- essere in **possesso della abilitazione all'esercizio della professione**;
- avere la residenza in Italia o, per cittadini italiani residenti all'estero, dimostrare di risiedere all'estero al servizio, in qualità di psicologi, di enti o imprese nazionali che operino fuori del territorio dello Stato.

Per l'iscrizione all'albo l'interessato **inoltra domanda in carta da bollo**, al **consiglio regionale o provinciale dell'ordine**, allegando il documento attestante il possesso del requisito dell'abilitazione all'esercizio della professione, nonché le **ricevute dei versamenti**

Italia

della tassa di iscrizione e della tassa di concessione governativa nella misura prevista dalle vigenti disposizioni per le iscrizioni negli albi professionali.

Il consiglio regionale o provinciale dell'ordine esamina le domande entro **due mesi** dalla data del loro ricevimento. Il consiglio provvede con **decisione motivata**, su relazione di un membro, redigendo **apposito verbale**.

L'iscrizione all'Albo comporta l'**osservanza del Codice deontologico degli Psicologi**, approvato dal **Consiglio Nazionale dell'Ordine** ai sensi dell'art. 28, comma 6 lettera c) della Legge n. 56/89, in data 15-16 dicembre 2006²²⁹.

Ai sensi dell'**Articolo 1**, « le regole del presente Codice deontologico sono vincolanti per **tutti gli iscritti all'Albo degli psicologi**. Lo psicologo è tenuto alla loro conoscenza, e l'ignoranza delle medesime non esime dalla responsabilità disciplinare ». Pare dunque lecito dedurre che lo **psicologo straniero che ha ottenuto l'iscrizione all'albo è tenuto all'osservanza del Codice deontologico**.

Non vi è invece, in Italia, per gli psicologi, **alcun obbligo di contrarre una polizza assicurativa per la responsabilità civile**.

B. Libera prestazione di servizi

Il D. Lgs. 206/2007 regola la **libera prestazione di servizi** agli artt. 9-15. Tale decreto si applica, tra l'altro, come detto, alla professione di *psicologo*.

1. Condizioni per l'esercizio

La **libera prestazione di servizi** sul territorio nazionale **non** può essere limitata per ragioni attinenti alle qualifiche professionali:

- se il prestatore è **legalmente stabilito** in un altro Stato membro per esercitarvi la corrispondente professione;
- in caso di **spostamento del prestatore**; in tal caso, se nello Stato membro di stabilimento la professione **non è regolamentata**, il prestatore deve aver esercitato tale professione per almeno **due anni** nel corso dei **dieci anni** che precedono la prestazione di servizi.

Tale libertà è concessa al solo prestatore che si **sposta** sul territorio dello Stato per esercitare la professione « **in modo temporaneo e occasionale** ». Il carattere « temporaneo e occasionale » della prestazione è valutato, dall'autorità competente, **caso per caso**, tenuto conto anche della **natura** della prestazione, della **durata** della prestazione stessa, della sua **frequenza**, della sua **periodicità** e della sua **continuità** (Art. 9 D. Lgs. 206/2007).

2. Comunicazione

Il prestatore che si sposta per la prima volta da un altro Stato membro sul territorio nazionale per fornire servizi è tenuto **ad informare 30 giorni prima**, salvo i casi di urgenza, l'autorità competente con una **dichiarazione scritta**, contenente informazioni sulla prestazione di

²²⁹ V. il testo del Codice deontologico alla pagina web :
http://www.psy.it/codice_deontologico.html

Italie

servizi che intende svolgere, nonché sulla **copertura assicurativa o analoghi mezzi di protezione personale o collettiva** per la responsabilità professionale. Tale dichiarazione ha validità per l'anno in corso e deve essere rinnovata, se il prestatore intende successivamente fornire servizi temporanei o occasionali in tale Stato membro. Il prestatore può fornire la dichiarazione con **qualsiasi mezzo idoneo** di comunicazione.

In occasione della **prima** prestazione, o in qualunque momento interviene un **mutamento** oggettivo della situazione attestata dai documenti, la dichiarazione di cui sopra deve essere corredata di:

- un certificato o copia di un documento che attesti la **nazionalità** del prestatore;
- una certificazione dell'autorità competente che attesti che il titolare è **legalmente stabilito in uno Stato membro** per esercitare le attività in questione e che non gli è vietato esercitarle, anche su base temporanea, al momento del rilascio dell'attestato;
- un documento che comprovi il **possesso delle qualifiche professionali**;
- nei casi in cui la professione non è regolamentata, una prova con qualsiasi mezzo che il prestatore ha esercitato l'attività in questione per almeno **due anni** nei precedenti dieci anni;
- per le professioni nel settore della **sicurezza** la prova di **assenza di condanne penali**.

Il prestatore deve **informare** della sua prestazione, prima dell'esecuzione o, in caso di urgenza, immediatamente dopo, **l'ente di previdenza obbligatoria competente per la professione esercitata**. La comunicazione, che **non comporta obblighi di iscrizione o di contribuzione**, può essere effettuata con **qualsiasi mezzo idoneo** (Art. 10 D. lgs. 206/2007).

3. Diritti ed obblighi

In caso di **spostamento**, il prestatore è soggetto alle **norme che disciplinano l'esercizio della professione che è ammesso ad esercitare**, quali : la **definizione** della professione, l'**uso** dei titoli e la **responsabilità** professionale connessa direttamente e specificamente alla tutela e sicurezza dei consumatori, nonché alle **disposizioni disciplinari** applicabili ai professionisti che, sul territorio italiano, esercitano la professione corrispondente (art. 9 comma 4 D.lgs. 206/2007).

Copia delle dichiarazioni di cui sopra è trasmessa dall'autorità competente al **competente Ordine o Collegio** professionale – al Collegio nazionale degli Psicologi – che provvede ad una **iscrizione automatica in apposita sezione degli albi istituiti e tenuti presso i consigli provinciali e il consiglio nazionale** con oneri a carico dell'Ordine o Collegio stessi. L'iscrizione è assicurata per la durata di efficacia della dichiarazione. L'iscrizione all'ordine **non comporta l'iscrizione ad enti di previdenza obbligatoria** (Art. 13 D.lgs. 206/2007).

Non è, riteniamo, del tutto chiaro se lo psicologo prestatore di servizi è tenuto anch'egli ad osservare il **Codice deontologico**: riteniamo che la risposta debba essere affermativa in considerazione del fatto che, da un lato, l'art. 9 D.lgs. 206/2007 prevede che "il prestatore è soggetto alle norme che disciplinano l'esercizio della professione che è ammesso ad esercitare", e, dall'altro, che lo psicologo prestatore di servizi deve comunque essere **iscritto all'albo**, sebbene ad una **sezione speciale dello stesso**, ed in quanto tale, è ragionevole ritenere che, ai sensi dell'art. 1 del Codice deontologico (v. supra, II.A.5), sia sottoposto a quest'ultimo.

Le informazioni pertinenti circa la **legalità** dello stabilimento e la **buona condotta** del prestatore, nonché l'**assenza** di sanzioni disciplinari o penali di carattere professionale sono richieste e assicurate dalle autorità competenti. Queste provvedono affinché lo **scambio di tutte le informazioni necessarie** per un reclamo del destinatario di un servizio contro un prestatore avvenga correttamente. I destinatari sono **informati** dell'esito del reclamo (Art. 14 D. Lgs. 206/2007).

2. PSICOTERAPEUTA

La professione di "**psicoterapeuta**" non costituisce, in Italia, una *professione* regolamentata **autonoma**. Si parla di *attività* di psicoterapeuta piuttosto che di *professione* di psicoterapeuta. Ai sensi dell'art. 3 della Legge 56/1989 recante "Ordinamento della Professione di Psicologo", l'esercizio dell'attività **psicoterapeutica** è subordinato in Italia ad una *specificazione formazione professionale*, da acquisirsi, dopo il conseguimento della **laurea in psicologia o in medicina**, mediante **corsi di specializzazione almeno quadriennali** che prevedano adeguata formazione e addestramento in **psicoterapia**, attivati presso **scuole di specializzazione universitaria** o presso istituti a tal fine riconosciuti. Inoltre, "agli psicoterapeuti non medici è **vietato ogni intervento di competenza esclusiva della professione medica**".

Per quanto riguarda l'esercizio in Italia dell'attività di **psicologo-psicoterapeuta** da parte di titolari di diplomi esteri, svizzeri in particolare, *non vi è ad oggi alcuna norma legislativa specifica*. Sembra dunque che siano applicabili le **regole generali**, previste dal D. Lgs. 206/2007, che si sono illustrate riguardo agli psicologi, al cui rapporto si **fa rinvio**.



Institut suisse de droit comparé
Schweizerisches Institut für Rechtsvergleichung
Istituto svizzero di diritto comparato
Swiss Institute of Comparative Law

**AVIS SUR LES PROFESSIONS LIBÉRALES ET
LA LIBRE CIRCULATION DES SERVICES
VÉTÉRINAIRES**

Allemagne, Angleterre, Autriche, France et Italie

Avis 07-011

Lausanne, le 7 octobre 2008
ECR/LF/KJD/SL/EL/GPR/ba

TABLE DES MATIÈRES

ALLEMAGNE	429
ANGLETERRE	446
AUTRICHE	450
FRANCE	456
ITALIE	457

ALLEMAGNE

I. EINLEITUNG

A. Rechtsquellen

1. Europäisches Recht

a. Primärrecht

- Art. 39ff, 43ff und 49ff EG-Vertrag (EG) (ABl. 24.12.2002 C 325/33)
- Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits über die Freizügigkeit vom 21.6.1999, in Kraft seit 1.6.2002, Stand 27.12.2006 (0.142.112.681) in Deutschland BGBl. II 2001 S. 810 und BGBl. II 2002, S. 1692.

b. Sekundärrecht

- Richtlinie 2005/36/EG vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen (ABl. EU Nr. L 255 S. 22, 2007 Nr. L 271 S. 18).

2. Deutsches Recht

a. Gesetze

- [Bundes-Tierärzteordnung](#) (BTierAerzteO), [I-K-40], Bundes-Tierärzteordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. November 1981 (BGBl. I S. 1193), zuletzt geändert durch Gesetz vom 2. Dezember 2007 (BGBl. I S. 2686)"
- [Approbationsordnung für Tierärztinnen und Tierärzte](#) (TApprV) Verordnung zur Approbation von Tierärztinnen und Tierärzten vom 27. Juli 2006 (BGBl. I S. 1827), geändert durch Gesetz vom 2. Dezember 2007 (BGBl. I S. 2686)
- [Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlamentes und des Rates über die Anerkennung von Berufsqualifikationen der Heilberufe](#) vom 2.12.2007, BGBl. I S. 2686.
- **Landes-Heilberufs und Heilberufskammergesetze**

B. Verhältnis zu europarechtlichen Vorgaben

1. Umsetzung der Richtlinie 2005/36/EG

Die einschlägigen Gesetze werden durch das Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlamentes und des Rates über die Anerkennung von Berufsqualifikationen der Heilberufe (BGBl. I 2686) sehr stark im Detail geändert. Diese Änderungen vom 2.12.2007 flossen bislang nicht in eine **konsolidierte** Gesetzesfassung ein. Das vorliegende Gutachten basiert daher auf einer neuen Rechtslage und sehr komplexen Gesetzesmaterialien.

2. Verhältnis zum Freizügigkeitsabkommen Schweiz-EG

Die nationale Gesetzgebung bezieht die Richtlinie bereits ein, die allerdings für die Schweiz noch nicht gilt. Mit der Entscheidung für die Richtlinienanwendung in der Schweiz ist daher anzunehmen, dass auf Schweizer Tierärzte die gleichen Grundsätze Anwendung finden werden, die für Staatsangehörige der EU-Mitgliedsstaaten gelten, und die Voraussetzungen der Anerkennung von Berufsqualifikationen und der Niederlassung Schweizer Staatsangehöriger in EU-Staaten erleichtert wird.

II. LÄNDERBERICHT DEUTSCHLAND

A. Niederlassung als Tierarzt

1. Titel

Die Berufsbezeichnung "Tierarzt" oder "Tierärztin" darf nur führen, wer

- als Tierarzt **approbiert** ist
- oder eine **Erlaubnis** zur vorübergehenden Ausübung des tierärztlichen Berufs als niedergelassener Tierarzt hat oder
- als Staatsangehöriger eines EU-Mitgliedstaats oder eines anderen EWR-Vertragsstaates oder eines Vertragsstaates sind, dem Deutschland und EG bzw. EU vertraglich einen entsprechenden Rechtsanspruch eingeräumt haben, und **vorübergehend und gelegentlich als Erbringer von Dienstleistungen** im Sinne des Artikels 50 des EG-Vertrages im Geltungsbereich dieses Gesetzes als Tierarzt tätig wird.

2. Dauernde Berufszulassung

a. Erfordernisse

Wer in Deutschland den tierärztlichen Beruf ausüben will, bedarf gem. § 2 Abs. 1 und 2 BTÄO der Approbation als Tierarzt, oder- bei vorübergehender Niederlassung zur Ausübung des tierärztlichen Berufs- einer Erlaubnis.

Die Approbation als Tierarzt ist auf **Antrag** zu erteilen. Hierfür muss der Antragsteller

1. Deutscher im Sinne des Art. 116 GG, Staatsangehöriger eines EU-Mitgliedsstaates oder eines anderen EWR-Vertragsstaates oder eines Vertragsstaates sein, dem Deutschland und EG bzw. EU vertraglich einen entsprechenden Rechtsanspruch eingeräumt haben (hierunter fällt die **Schweiz**), oder heimatloser Ausländer im Sinne des Gesetzes über die Rechtsstellung heimatloser Ausländer sein
2. Der Antragsteller darf sich **nicht** eines Verhaltens schuldig gemacht hat, aus dem sich seine **Unwürdigkeit** oder **Unzuverlässigkeit** zur Ausübung des ärztlichen Berufs ergibt,
3. Er darf nicht in **gesundheitlicher Hinsicht** zur Ausübung des Berufs ungeeignet sein,
4. Er muss nach einer Gesamtausbildungszeit von mindestens **fünf Jahren**, von denen **sechs Monate auf die praktische Ausbildung** entfallen müssen, die Tierärztliche Prüfung im Geltungsbereich dieses Gesetzes bestanden haben. Eine in einem EU-Mitgliedsstaates oder einem anderen EWR-Vertragsstaat oder einem Vertragsstaates, dem Deutschland und EG bzw. EU vertraglich einen entsprechenden Rechtsanspruch eingeräumt haben abgeschlossene tierärztliche Ausbildung gilt als

Allemagne

Ausbildung im Sinne des Absatzes 1 Nr. 4, wenn sie nachgewiesen wird durch Vorlage

1. eines in der Anlage zur BTÄO aufgeführten **Ausbildungsnachweises** des jeweiligen Mitgliedstaats, der sich auf eine nach dem in der Anlage aufgeführten jeweiligen Stichtag begonnene Ausbildung bezieht, oder
2. eines Ausbildungsnachweises, der sich auf eine **vor** dem in der Anlage zu diesem Gesetz aufgeführten jeweiligen Stichtag begonnene Ausbildung bezieht und dem eine Bescheinigung der zuständigen Behörde des jeweiligen Staates darüber beigefügt wird, dass die Ausbildung den Anforderungen des Artikels 38 der Richtlinie 2005/36/EG²³⁰ in der jeweils geltenden Fassung entspricht.

Für die **Schweiz** ist dies das:

Diplome fédéral de vétérinaire/Eidgenössisches Tierarzt Diplom/Diploma federale di veterinario (Departement federal de l'interieur/ Eidgenössisches Departement des Innern/Departamento federale dell' interno); Stichtag ist der **1. Juni 2002**

Den genannten Ausbildungsnachweisen gleichwertig sind von einem EU-Mitgliedsstaat oder einem anderen EWR-Vertragsstaat **oder einem Vertragsstaat, dem Deutschland und EG bzw. EU vertraglich einen entsprechenden Rechtsanspruch eingeräumt haben**, ausgestellte Ausbildungsnachweise des Tierarztes, die den in der Anlage zu Satz 1 für den jeweiligen Staat aufgeführten Bezeichnungen nicht entsprechen, aber mit einer Bescheinigung der zuständigen Behörde oder Stelle dieses Staates darüber vorgelegt werden, dass sie eine Ausbildung abschließen, die den Mindestanforderungen des Artikels 38 der Richtlinie 2005/36/EG entspricht, und dass sie den für diesen Staat in der Anlage aufgeführten Nachweisen gleichstehen.

Ausbildungsnachweise, die der Antragsteller außerhalb der EU erworben hat, sind, sofern sie bereits in einem Mitgliedstaat nach Artikel 2 Abs. 2 der Richtlinie 2005/36/EG anerkannt worden sind und eine Bescheinigung der zuständigen Behörde dieses Mitgliedstaats beigefügt ist, dass sein Inhaber den tierärztlichen Beruf mindestens drei Jahre lang ununterbrochen in diesem Mitgliedstaat ausgeübt hat, den in Satz 1 Nr. 1 genannten Ausbildungsnachweisen gleichwertig, sofern sich die Ausbildung nicht auf Inhalte bezieht, die sich wesentlich von denen unterscheiden, die durch die Ausbildung nach diesem Gesetz und die Verordnung zur Approbation von Tierärztinnen und Tierärzten vorgeschrieben sind oder die nachgewiesene Berufserfahrung zum Ausgleich der wesentlichen Unterschiede zwischen den Ausbildungen geeignet ist.

Durch Rechtsverordnung passt das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz die Anlage zur BTÄO späteren Änderungen von Anhang V Nummer 5.4.2 der Richtlinie 2005/36/EG an.

Sind die Voraussetzungen an den Befähigungsnachweis nicht erfüllt, kann die Approbation als Tierarzt nur erteilt werden, wenn der Betroffene eine abgeschlossene Ausbildung für die Ausübung des Tierarztberufs erworben hat und die Gleichwertigkeit des Ausbildungsstandes gegeben ist. In die Prüfung der Gleichwertigkeit des Ausbildungsstandes nach Satz 1 sind bei einem Antragsteller, der Staatsangehöriger eines EU-Mitgliedsstaats oder eines anderen EWR-Vertragsstaats oder eines Vertragsstaats ist, dem Deutschland und EG bzw. EU vertraglich einen entsprechenden Rechtsanspruch eingeräumt haben sind die in einem anderen Staat absolvierten Ausbildungsgänge oder die dort erworbene Berufserfahrung einzubeziehen.

²³⁰

Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen (ABl. EU Nr. L 255 S. 22, 2007 Nr. L 271 S. 18).

Allemagne

Ein gleichwertiger Kenntnisstand ist nachzuweisen, wenn

1. die Gleichwertigkeit des Ausbildungsstandes nicht gegeben ist,
2. eine Prüfung der Gleichwertigkeit des Ausbildungsstandes nur mit unangemessenem zeitlichen oder sachlichen Aufwand möglich ist, weil die erforderlichen Unterlagen und Nachweise aus Gründen, die nicht in der Person des Antragstellers liegen, von diesem nicht vorgelegt werden können oder
3. der Tierarzt die Anforderungen der tatsächlichen und rechtmäßigen Berufspraxis nach Artikel 23 der Richtlinie 2005/36/EG nicht erfüllt. Der Nachweis erfolgt durch eine Prüfung, die sich auf den Inhalt der deutschen Tierärztlichen Prüfung erstreckt, beschränkt sich jedoch auf diejenigen Bereiche, in denen die Ausbildung hinter der deutschen Ausbildung zurückbleibt.

Gem. § 15a Abs. 1 BTÄO sind zudem Antragstellern, die die sonstigen Voraussetzungen zur Approbation als Tierarzt erfüllen können auch auf Grund der Vorlage eines **vor** den Stichtagen ausgestellten tierärztlichen Ausbildungsnachweises eines der übrigen EU-Mitgliedstaaten oder eines vor dem 1. Januar 1993 ausgestellten tierärztlichen Ausbildungsnachweises eines anderen EWR-Vertragsstaates oder eines Vertragsstaates, dem Deutschland und die EG bzw. EU vertraglich einen entsprechenden Rechtsanspruch eingeräumt haben, beantragen und dieser nicht allen Mindestanforderungen der tierärztlichen Ausbildung nach Artikel 38 der Richtlinie 2005/36/EG genügt, ist die Approbation als Tierarzt zu erteilen, sofern der zuständigen Behörde eine Bescheinigung des Herkunftsmitgliedstaats vorgelegt wird, aus der sich ergibt, dass der Antragsteller während der letzten **fünf** Jahre vor Ausstellung der Bescheinigung **mindestens drei** Jahre ununterbrochen tatsächlich und rechtmäßig den tierärztlichen Beruf ausgeübt hat.

5. Der Antragsteller muss über die für die Ausübung der Berufstätigkeit **erforderlichen Kenntnisse der deutschen Sprache** verfügt.

b. Antragsinhalt

Der Antragsteller hat folgende Unterlagen und Bescheinigungen vorzulegen:

1. **Staatsangehörigkeitsnachweis**
2. **Amtlich beglaubigte Kopie der Befähigungsnachweise** oder des Ausbildungsnachweises, der zur Aufnahme des entsprechenden Berufs berechtigt sowie gegebenenfalls eine Bescheinigung über die von der betreffenden Person erworbene Berufserfahrung
3. die Unterlagen, die von den zuständigen Behörden des Herkunftsmitgliedstaats ausgestellt wurden und belegen, dass der Antragsteller **nicht** der Berufsausübung **unwürdig und unzuverlässig** ist (nicht älter als **drei Monate**); Nachweis fehlender Anhängigkeit eines Strafverfahrens (§ 63 TAppV)
4. der Nachweis der **gesundheitlichen Eignung** (nicht älter als **drei Monate**),
5. eine Bescheinigung der zuständigen Behörden des Herkunftsmitgliedstaats, aus der hervorgeht, dass die Nachweise über die geforderten Ausbildungsvoraussetzungen den in der Richtlinie verlangten Nachweisen entsprechen,
6. bei Ausbildungsnachweisen aus einem **Drittland** zusätzliche Angaben, um feststellen zu können, ob sich die Ausbildung auf Inhalte bezieht, die sich wesentlich von der in Deutschland vorgeschriebenen Ausbildung unterscheiden,

Allemanne

7. für den Fall, dass sich Ausbildungsnachweise nach Artikel 3 Abs. 1 Buchstabe c der Richtlinie 2005/36/EG eines EU-Mitgliedsstaats, eines anderen EWR-Vertragsstaats oder eines Vertragsstaats, dem Deutschland und EG bzw. EU vertraglich einen entsprechenden Rechtsanspruch eingeräumt haben auf eine Ausbildung beziehen, die ganz oder teilweise in einer rechtmäßig im Hoheitsgebiet eines anderen der genannten Staaten niedergelassenen Einrichtung absolviert wurde, Unterlagen darüber,
- ob der Ausbildungsgang in der betreffenden Einrichtung von der Ausbildungseinrichtung des Ausstellungsmitgliedstaats offiziell bescheinigt worden ist,
 - ob der ausgestellte Ausbildungsnachweis dem entspricht, der verliehen worden wäre, wenn der Ausbildungsgang vollständig im Ausstellungsmitgliedstaat absolviert worden wäre, und
 - ob mit dem Ausbildungsnachweis im Hoheitsgebiet des Ausstellungsmitgliedstaats dieselben beruflichen Rechte verliehen werden.

Haben die zuständigen Behörden berechnigte Zweifel an der Authentizität der in dem jeweiligen Herkunftsmitgliedstaat ausgestellten Bescheinigungen und Ausbildungsnachweise, können sie von den zuständigen Behörden des Herkunftsmitgliedstaats eine Bestätigung der Authentizität dieser Bescheinigungen und Nachweise sowie eine Bestätigung darüber verlangen, dass der Antragsteller die Mindestanforderungen der Ausbildung erfüllt, die in Artikel 38 der Richtlinie 2005/36/EG verlangt werden

8. **Reisepasskopie** (§ 63 Nr. 1 ZAppV)

An sich sollte der nach § 63 Abs. 1 Nr. 4 TAppV erforderliche Nachweise (**Geburtsurkunde oder Auszug aus Familienbuch, bei Verheirateten ein Auszug aus dem für die Ehe geführten Familienbuch**) nicht gefordert sein, besser ist es jedoch diese mit beizulegen, sofern man ohnehin darüber verfügt.

Soweit die Nachweise nicht in deutscher Sprache ausgestellt sind, sollten sie zusätzlich in durch einen gesetzlich vereidigten Übersetzer beglaubigter **Übersetzung** vorgelegt werden.

Die Unterlagen sind in beglaubigter Kopie einzureichen oder als Original mit einfacher Kopie (Unterlagen werden zurückgesandt)

c. **Kammermitgliedschaft**

Die **Kammermitgliedschaftspflicht** für approbierte niedergelassene Tierärzte ergibt sich aus den Landes- Heilberufekammergesetzen, wie etwa dem baden-württembergischen HBKG.

Nach dessen § 2 Abs. 1 Nr.3. gehören der Landestierärztekammer alle Tierärztinnen und Tierärzte an, die bestellt oder approbiert sind oder eine Erlaubnis zur Ausübung des tierärztlichen Berufs besitzen, und die im Inland ihren Beruf ausüben oder, falls sie ihren Beruf nicht ausüben, im Land ihren Wohnsitz haben. Nach Erteilung der Approbation hat der Arzt sich unverzüglich bei der zuständigen Landesärztekammer anzumelden.

Allemagne

Adressen der Landestierärztekammern

Landestierärztekammer Baden-Württemberg

Am Kräherwald 219
70193 Stuttgart
Tel.: 07 11/7 22 86 32 - 0
Fax: 07 11/7 22 86 32 - 20
E-Mail: info@ltk-bw.de
www.ltk-bw.de

Bayerische Landestierärztekammer

Bavariastr. 7a
80336 München
Tel.: 0 89/21 99 08 - 0
Fax: 0 89/21 99 08 - 33
E-Mail: kontakt@bltk.de
www.bltk.de

Tierärztekammer Berlin

Sickingenstr. 1
10553 Berlin
Tel.: 0 30/3 12 18 75
Fax: 0 30/3 12 60 52
E-Mail: tieraerztekammer-berlin@gmx.de
www.tieraerztekammer-berlin.de

Landestierärztekammer Brandenburg

Postfach 13 70
15203 Frankfurt (Oder)-Markendorf
Tel.: 03 35/28 49 28 48
Fax: 03 35/28 49 28 50
E-Mail: ltk-bbg@t-online.de
www.ltk-brandenburg.de

Tierärztekammer Bremen

im LMTVet Bremen
Findorffstr. 101
28215 Bremen
Tel.: 04 21/7 61 61 (Präsident)
04 21/3 61 40 37 (Geschäftsführerin)
Fax: 04 21/3 61 74 66
E-Mail: Elisabeth.Oltmann@veterinaer.bremen.de
www.bundestieraerztekammer.de/mitglieder/tieraerztekammern_der_laender/bremen

Tierärztekammer Hamburg

Lagerstr. 36
20357 Hamburg
Tel.: 0 40/4 39 16 23
Fax: 0 40/43 25 05 77
E-Mail: TK-HH@t-online.de
www.tieraerzte-hamburg.de

Allemagne

Landestierärztekammer Hessen

Postfach 14 09
65524 Niedernhausen
Tel.: 0 61 27/9075-0
Fax: 0 61 27/9075-23
E-Mail: ltk-hessen@t-online.de
www.ltk-hessen.de

Landestierärztekammer Mecklenburg-Vorpommern

Griebnitzer Weg 2
18196 Dummerstorf
Tel.: 03 82 08/6 05 41
Fax: 03 82 08/8 03 16
E-Mail: LTK.MV@t-online.de
www.landestieraerztekammer-mv.de

Tierärztekammer Niedersachsen

Postfach 69 02 39
30611 Hannover
Tel.: 05 11/55 50 91
Fax: 05 11/55 02 97
E-Mail: mail@tknds.de
www.tknds.de

Tierärztekammer Nordrhein

Postfach 10 07 23
47884 Kempen
Tel.: 0 21 52/2 05 58-0
Fax: 0 21 52/2 05 58-50
E-Mail: info@tieraerztekammer-nordrhein.de
www.tieraerztekammer-nordrhein.de

Landestierärztekammer Rheinland-Pfalz

Am Äckerchen 41
66869 Blaubach
Tel.: 0 63 81/42 91 95
Fax: 0 63 81/42 91 96
E-Mail: ltk.rheinland.pfalz@t-online.de
www.landestieraerztekammer-rheinland-pfalz.de

Tierärztekammer des Saarlandes

Henri-Dunant-Weg 7
66564 Ottweiler
Tel.: 0 68 24/70 01 18
Fax: 0 68 24/66 40
E-Mail: tieraerztekammer@t-online.de
www.tierarzt-saar.de

Sächsische Landestierärztekammer

Schützenhöhe 16
01099 Dresden
Tel.: 03 51/82 67-2 00
Fax: 03 51/82 67-2 02
E-Mail: taeksachs@t-online.de
www.tieraerzte-sachsen.de

Allemagne

Tierärztekammer Sachsen-Anhalt

Freiimfelder Str. 4
06112 Halle (Saale)
Tel.: 03 45/57 54 12-0
Fax: 03 45/57 54 12-20
E-Mail: poststelle@taek-lsa.de
www.tieraerztekammer-sachsen-anhalt.de

Tierärztekammer Schleswig-Holstein

Postfach 15 49
25735 Heide (Holstein)
Tel.: 04 81/55 42
Fax: 04 81/8 83 35
E-Mail: Schleswig-Holstein@tieraerztekammer.de
www.sh.tieraerztekammer.de

Landestierärztekammer Thüringen

Buchholzgasse 1
99425 Weimar
Tel.: 0 36 43/90 46 53
Fax: 0 36 43/90 46 56
E-Mail: ltk_thuer@t-online.de
www.landestieraerztekammer-thueringen.de

Geschäftsstelle der Bundestierärztekammer

Oxfordstraße 10
53111 Bonn
Tel. (02 28) 72 54 60
Fax (02 28) 72 54 666
E-Mail: geschaeftsstelle@btk-bonn.de

d. Zuständige Behörde, Verfahren, Fristen

aa. Zuständige Behörden

Der Antrag auf Approbation ist gem. § 13 BTÄO an die zuständige Behörde des Landes zu richten, in dem der tierärztliche Beruf ausgeübt werden soll.

Der Einfachheit halber werden nachfolgend nicht die diversen Gesetzesbestimmungen sondern direkt die zuständigen Behörden und die intern zuständigen Dienste aufgeführt.

Adressen der zuständigen Behörden (Stand Oktober 2007)²³¹

BADEN-WÜRTTEMBERG

Regierungspräsidium Stuttgart Postfach 80 07 09
70507 Stuttgart
Ruppmannstr. 21
70565 Stuttgart
07 11/9 04-0 07 11/9 04-24 08
abteilung3@rps.bw.de / www.rp.baden-wuerttemberg.de

²³¹

Nach der neuen Regelung in § 2 Abs. 1a BÄO heisst es „Die Länder benennen die Behörden und Stellen, die für die Ausstellung oder Entgegennahme der in der Richtlinie 2005/36/EG genannten Ausbildungsnachweise und sonstigen Unterlagen oder Informationen zuständig sind, sowie die Behörden und Stellen, die die Anträge annehmen und die Entscheidungen treffen können, die im Zusammenhang mit dieser Richtlinie stehen.“, Theoretisch können sich die Zuständigkeiten ändern, im Wesentlichen sollte dies jedoch nicht der Fall sein.

BAYERN

Regierung von Oberbayern
(zuständig für Approbationen)
Maximilianstr. 39
80538 München
0 89/21 76-0 0 89/21 76-29 14
poststelle@regob.bayern.de
www.regierung.oberbayern.bayern.de/

Regierung von Niederbayern
(zuständig für Erlaubnis gem. § 11 BTO)
Regierungsplatz 540
84028 Landshut
08 71/8 08 01 08 71/8 08 15 99
poststelle@regnb.bayern.de
www.regierung.niederbayern.bayern.de. De

Regierung der Oberpfalz
(zuständig für Erlaubnis gem. § 11 BTO)
Emmeramsplatz 8
93047 Regensburg
09 41/5 68 00 09 41/5 68 01 99
poststelle@regopf.bayern.de
www.regierung.oberpfalz.bayern.de

Regierung von Oberfranken
(zuständig für Erlaubnis gem. § 11 BTO)
Ludwigstraße 20
95444 Bayreuth
09 21/60 40 09 21/6 04 12 58
schulwesen@regofr.bayern.de
www.regierung.oberfranken.bayern.de

Regierung von Mittelfranken
(zuständig für Erlaubnis gem. § 11 BTO)
Promenade 27
91522 Ansbach
09 81/5 30 09 81/5 32 06
poststelle@regmfr.bayern.de
www.regierung.mittelfranken.bayern.de

Regierung von Unterfranken
(zuständig für Erlaubnis gem. § 11 BTO)
Peterplatz 9
97070 Würzburg
09 31/38 00 09 31/3 80 22 22
poststelle@regufr.bayern.de
www.regierung.unterfranken.bayern.de

Allemagne

Regierung von Schwaben
(zuständig für Erlaubnis gem. § 11 BTO)
Fronhof 10
86152 Augsburg
08 21/ 3 27 01 08 21/3 27 22 89
Poststelle@regschw.bayern.de
www.regierung.schwaben.bayern.de

BERLIN

Landesamt für Gesundheit und Soziales
Ref. II A
Herr Sommerfeld
Am Fehrbelliner Platz 1
10702 Berlin
0 30/90 12-0 0 30/90 12-62 10
Info.arzt@lageso.de
www.berlin.de/SenGesSoz/lageso/index.html

BRANDENBURG

Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz
Landestierarzt Ministerialrat Dr. Reimer
Postfach 60 11 50
14411 Potsdam
Heinrich-Mann-Allee 103
14473 Potsdam
03 31/8 66-74 50 03 31/8 66-74 44
poststelle@mluv.brandenburg.de
www.brandenburg.de/land/mluv

BREMEN

Die Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales
Abteilung Gesundheit, Referat 36
Herr Wilhelm
Bahnhofsplatz 29
28195 Bremen
04 21/3 61-95 49 04 21/3 61-20 72
wolfgang.wilhelm@Gesundheit.Bremen.de
www.bremen.de/gesundheits senator

HAMBURG

Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Amt für Gesundheit und Verbraucherschutz
Dr. Gregor Buschhausen-Denker
Billstraße 80
20539 Hamburg
0 40/4 28 37-0 0 40/4 28 37-35 97
Gregor.Buschhausen-Denker@bsg.hamburg.de
www.fhh.hamburg.de

Allemagne

HESSEN

Regierungspräsidium Gießen Postfach 10 08 51
35338 Gießen
Landgraf - Philipp – Platz 1-7
35390 Gießen
06 41/3 03-0 06 41/3 03-22 89
veterinaer@rpgi.hessen.de
www.rp-giessen.de

MECKLENBURGVORPOMMERN

Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft,
Forsten und Fischerei Mecklenburg-
Vorpommern
19048 Schwerin
Paulshöher Weg 1
19061 Schwerin
03 85/5 88- 0 03 85/5 88-60 24-60 25
poststelle@lmmvnet.de
www.mv-regierung.de

NIEDERSACHSEN

Tierärztekammer Niedersachsen
Frau Nicole Friese
Postfach 69 02 39
30611 Hannover
Fichtestr. 13
30625 Hannover
05 11/56 36 4717
05 11/55 02 97
fr@tknds.de
www.tknds.de

NORDRHEINWESTFALEN

Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des
Landes Nordrhein-Westfalen
Oberamtsrätin Siebel
Schwannstr. 3
40476 Düsseldorf
02 11/45 66-2 36 02 11/45 66-3 88
poststelle@munlv.nrw.de
www.munlv.nrw.de

RHEINLAND-PFALZ

Landesuntersuchungsamt
Frau Heike Jax-Treiber
Postfach 30 05 55
56028 Koblenz
Mainzer Str. 112
56068 Koblenz
02 61/91 49-1 13 02 61/91 49-1 90
poststelle@lua.rlp.de
www.lua.rlp.de

Allemagne

SAARLAND

Landesamt für Verbraucher-, Gesundheits- und Arbeitsschutz
Zentralstelle für Gesundheitsberufe
Herr Ass. jur. Björn Iverssen
Don-Bosco-Str. 1
66119 Saarbrücken
06 81/85 00-3 24 06 81/85 00-2 84
poststelle@lvga.saarland.de
www.lvga.saarland.de

SACHSEN

Sächsisches Staatsministerium für Soziales
Abteilung Gesundheits- und Veterinärwesen, Gesundheitlicher Verbraucherschutz
Frau Dr. med. vet. Gerlinde Schneider
(Landestierärztin, Referatsleiterin)
Frau Ramona Al Samain (Sachbearbeiterin)
Albertstr. 10
01097 Dresden
03 51/5 64 57 68 03 51/5 64 57 70
poststelle@sms.sachsen.de
www.sms.sachsen.de

SACHSEN-ANHALT

Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt des Landes Sachsen-Anhalt
Postfach 3762
39012 Magdeburg
Olvenstedter Str. 4
39108 Magdeburg
03 91/5 67-01 03 91/5 67 17 27
poststelle@mli.lsanet.de
www.mli.sachsen-anhalt.de

SCHLESWIG-HOLSTEIN

Ministerium für Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz
Frau Brauer
Postfach 11 21
24100 Kiel
Adolf-Westphal-Str. 4
24143 Kiel
0431/988-0 04 31/9 88-54 16
Poststelle@sozmi.landsh.de
www.msgv.schleswig-holstein.de

THÜRINGEN

Thüringer Landesamt für Lebensmittelsicherheit und Verbraucherschutz
Abt. II, Dez. 22, Standort Weimar
Herr Dr. Udo Müller
(Verantwortlicher Fachbereich 112 – Allgemeines Veterinärwesen, Tierseuchenbekämpfung,
Tierschutz)
Weimarplatz 4
99423 Weimar
03 61/37 73 7383
03 61/37 73 7323
poststelle.weimar@tlv.thueringen.de
www.thueringen.de/de/tlv

Allemagne

bb. Verfahren, Fristen

Die zuständige Behörde bestätigt dem Antragsteller oder der Antragstellerin binnen eines Monats den Empfang der Unterlagen und teilt ihm oder ihr mit, welche Unterlagen fehlen.

Über den Antrag eines Staatsangehörigen eines EU-Mitgliedsstaates, eines anderen EWR-Vertragsstaats **oder eines Vertragsstaates, dem Deutschland und EG bzw. EU vertraglich einen entsprechenden Rechtsanspruch eingeräumt haben**, ist spätestens drei Monate nach Vorlage der Unterlagen durch den Antragsteller zu entscheiden. Die **Frist** für die Erteilung der Approbation ist für alle Bundesländer einheitlich.

Soweit es um die Anerkennung eines Ausbildungsnachweises eines Drittstaates geht, stehen vier statt drei Monate zur Verfügung.

cc. Anzeigepflichten der inländischen Behörden

Gem. §4 Abs. 1b BTÄO **unterrichten** die zuständigen Behörden des Landes, in dem der ärztliche Beruf ausgeübt wird oder zuletzt ausgeübt worden ist, die zuständigen Behörden des Herkunftsmitgliedstaats über das Vorliegen strafrechtlicher Sanktionen, über die Rücknahme, den Widerruf und die Anordnung des Ruhens der Approbation oder Erlaubnis, über die Untersagung der Ausübung der Tätigkeit und über Tatsachen, die eine dieser Sanktionen oder Maßnahmen rechtfertigen würden

Das Bundesministerium für Gesundheit wird hierüber unterrichtet und übermittelt die Informationen unverzüglich den anderen Mitgliedstaaten und der Europäischen Kommission, insbesondere im Hinblick auf Artikel 60 Abs. 1 der Richtlinie 2005/36/EG.

d. Entscheidung und Rechtsbehelfe

Soll die Erteilung der Approbation wegen Unzuverlässigkeit oder fehlender gesundheitlicher Eignung abgelehnt werden, so ist der Antragsteller oder sein gesetzlicher Vertreter vorher zu hören.

Rücknahme und Widerruf sind gem. § 6,7 BTÄO möglich, wenn die Voraussetzungen der Approbation tatsächlich nicht vorlagen oder nachträglich weggefallen sind, etwa weil die Zuverlässigkeit nicht gegeben ist oder die Gleichwertigkeit des Ausbildungsstandes nicht vorgelegen hat. Gem. § 8 BTÄO kann ihr Ruhen angeordnet werden, wenn der Zahnarzt nicht über die erforderlichen Kenntnisse der deutschen Sprache verfügt.

e. Rechtsstellung

aa. Berufspflichten

Auch nach Art. 17 des **bayerischen Heilberufe-Kammergesetzes** sind Tierärzte verpflichtet, ihren Beruf gewissenhaft auszuüben und dem ihnen im Zusammenhang mit dem Beruf entgegengebrachten Vertrauen zu entsprechen. Gem. § 18 BayHKaG haben sie insbesondere die Pflicht, sich im fachlichen Rahmen ihrer Berufsausübung beruflich fortzubilden und sich dabei über die für ihre Berufsausübung geltenden Bestimmungen zu unterrichten, soweit sie in eigener Praxis tätig sind, am Notfall- und Bereitschaftsdienst teilzunehmen, über in Ausübung ihres Berufs gemachte Feststellungen und getroffene Maßnahmen Aufzeichnungen zu fertigen.

Gem. **§ 29, 30 des Baden-Württembergischen Heilberufekammergesetzes (HBKaG)** sind alle Kammermitglieder verpflichtet, ihren Beruf gewissenhaft auszuüben und dem ihnen in Zusammenhang mit dem Beruf entgegengebrachten Vertrauen zu entsprechen, nach-

Allemagne

zukommen. **Praktizierende** Kammermitglieder haben zudem die Pflicht, sich beruflich fortzubilden und sich dabei auch über die für ihre Berufsausübung geltenden Bestimmungen zu unterrichten, sind verpflichtet, an Maßnahmen ihrer Kammer oder eines von der Kammer beauftragten Dritten mitzuwirken, die der Sicherung der Qualität der beruflichen Leistungen dienen, haben über die in Ausübung ihres Berufes gemachten Feststellungen und die getroffenen Maßnahmen Aufzeichnungen zu fertigen; sie haben grundsätzlich am Notfalldienst teilzunehmen und sich hierin fortzubilden.

bb. Erlaubnis zur Berufsausübung von bis zu vier Jahren

Gem. § 11 BTÄO kann zur vorübergehenden Ausübung des ärztlichen Berufs eine **Erlaubnis** erteilt werden, die auf bestimmte Tätigkeiten und Beschäftigungsstellen beschränkt werden kann und nur widerruflich und nur bis zu einer Gesamtdauer der ärztlichen Tätigkeit von höchstens **vier Jahren** erteilt oder verlängert werden. Betragt werden kann sie von Personen, die eine abgeschlossene Ausbildung für den tierärztlichen Beruf nachweisen. Eine weitere Erteilung oder Verlängerung der Erlaubnis ist nur für den Zeitraum möglich, der erforderlich ist, eine unverzüglich nach Erteilung der Erlaubnis begonnene Weiterbildung zum Facharzt abzuschließen, die innerhalb von vier Jahren aus von ihm nicht zu vertretenden Gründen nicht beendet werden konnte. Die weitere Erteilung oder Verlängerung ist nur zulässig, wenn die Gewähr dafür gegeben ist, daß die Weiterbildung innerhalb dieses Zeitraums abgeschlossen wird und darf den Zeitraum von drei Jahren nicht überschreiten.

Ausnahmen gelten nur, wenn etwa der Antragsteller mit einem Deutschen verheiratet ist oder eine Lebenspartnerschaft führt, oder mit einem EU- oder EWR-Staatsangehörigen oder einem Staatsangehörigen eines Vertragsstaates, dem Deutschland und die EG oder EU vertraglich einen entsprechenden Rechtsanspruch eingeräumt haben, verheiratet ist, im Geltungsbereich dieses Gesetzes eine Tätigkeit im Lohn- oder Gehaltsverhältnis oder eine selbständige Tätigkeit ausübt oder im Besitz einer Einbürgerungszusicherung ist.

Erleichterungen gelten auch, wenn der Antragsteller Ehegatte oder Kind eines Unionsbürgers bzw. eines Staatsangehörigen eines EWR- oder Vertragsstaates ist dem Deutschland und die EG bzw. EU einen entsprechenden Rechtsanspruch eingeräumt haben (z.B. Schweiz).

Personen, denen eine Erlaubnis zur vorübergehenden Ausübung des tierärztlichen Berufs erteilt worden ist, haben im Übrigen **die Rechte und Pflichten eines Tierarztes**.

B. Dienstleistungsfreiheit

1. Bedingungen für Dienstleistungen

a. Meldepflicht

Gem. § 2 Abs. 3 BTÄO, § 11a TAppV können Tierärzte, die Staatsangehörige eines EU-Mitgliedsstaates oder eines anderen EWR-Vertragsstaates oder eines Vertragsstaates sind, dem Deutschland und EG bzw. EU vertraglich einen entsprechenden Rechtsanspruch eingeräumt haben, dürfen den tierärztlichen Beruf im Geltungsbereich dieses Gesetzes ohne Approbation als Tierarzt oder ohne Erlaubnis zur vorübergehenden und gelegentlichen Ausübung des tierärztlichen Berufes ausüben, sofern sie vorübergehend als Erbringer von Dienstleistungen im Sinne des Artikels 50 des EG-Vertrages im Geltungsbereich dieses Gesetzes tätig werden. Sie unterliegen jedoch der **schriftlichen Meldepflicht und hat bestimmte Unterlagen vorzulegen**. Der vorübergehende und gelegentliche Charakter der Erbringung von Dienstleistungen wird gem- § 11a Abs. 1 BTÄO im Einzelfall beurteilt, insbesondere anhand der Dauer, der Häufigkeit, der regelmäßigen Wiederkehr und der Kontinuität

Allemagne

der Dienstleistungserbringung. Eine Berechtigung zur Dienstleistungserbringung besteht nicht, wenn die Voraussetzungen einer Rücknahme oder eines Widerrufs vorliegen.

Die Meldung ist einmal jährlich zu erneuern, wenn der Dienstleistungserbringer beabsichtigt, während des betreffenden Jahres vorübergehend oder gelegentlich Dienstleistungen in Deutschland zu erbringen. Sofern eine vorherige Meldung wegen der Dringlichkeit des Tätigwerdens nicht möglich ist, hat die Meldung unverzüglich nach Erbringung der Dienstleistung zu erfolgen. Wenn Dienstleistungen erstmals erbracht werden oder sich eine wesentliche Änderung gegenüber der in den Dokumenten bescheinigten Situation ergibt, hat der Dienstleistungserbringer der zuständigen Behörde die die Meldung begleitenden Unterlagen erneut vorzulegen.

b. Antragsinhalt

Bei Erstmaliger Erbringung von Dienstleistungen wesentlicher Änderung gegenüber der in den vorgelegten Dokumenten bescheinigten Situation sind folgende Dokumente vorzulegen (nicht älter als zwölf Monate):

1. Staatsangehörigkeitsnachweis
2. Bescheinigung über die rechtmäßige Niederlassung als Tierarzt und darüber, dass zum Zeitpunkt der Vorlage kein Berufsverbot besteht
3. Berufsqualifikationsnachweis.

Zudem erforderlich sind:

- zur Ausübung der Dienstleistung erforderlichen **Kenntnisse der deutschen Sprache**
- Gegebenenfalls Informationen über Einzelheiten zu einem **Versicherungsschutz** oder einer anderen Art des **individuellen oder kollektiven Schutzes in Bezug auf die Berufshaftpflicht**.

2. Zuständige Behörden

Die **Meldung** (§ 11a Abs. 2 BTÄO) nimmt die zuständige Behörde des Landes entgegen, in dem die Dienstleistung erbracht werden soll oder erbracht worden ist (vgl. hierfür obige Liste).

Die zuständigen Behörden können von den zuständigen Behörden des Niederlassungsmitgliedstaats für die Dienstleistungserbringung alle Informationen über die Rechtmäßigkeit der Niederlassung und die gute Führung des Dienstleisters anfordern sowie Informationen über das Nichtvorliegen strafrechtlicher Sanktionen, einer Rücknahme, eines Widerrufs und einer Anordnung des Ruhens der Approbation oder Erlaubnis, über die nicht vorliegende Untersagung der Ausübung der Tätigkeit und über das Fehlen von Tatsachen, die eine dieser Sanktionen oder Maßnahmen rechtfertigen würden.

Die inländische zuständige Behörde unterrichtet ferner unverzüglich die zuständige Behörde des Herkunftsmitgliedstaats über das Vorliegen von Sanktionen oder Maßnahmen, die sich auf die Ausübung der Tätigkeiten auswirken könnten. Auf Anforderung hat sie der anfordernden Behörde des Herkunfts- oder eines anderen Mitgliedsstaates alle Informationen über die Rechtmäßigkeit der Niederlassung und die gute Führung des Dienstleisters sowie Informationen darüber zu übermitteln, dass keine berufsbezogenen disziplinarischen oder strafrechtlichen Sanktionen vorliegen.

3. Rechtsstellung

Gem. § 11a Abs. 3 BTÄO hat der Dienstleistungserbringer im Inland die Rechte und Pflichten wie niedergelassene Tierärzte. Er kann den berufsständischen, gesetzlichen oder verwaltungsrechtlichen Berufsregeln und den geltenden Disziplinarbestimmungen unterworfen werden; so etwa Regelungen für die Definition des Berufs, das Führen von Titeln und schwerwiegende berufliche Fehler in unmittelbarem und speziellem Zusammenhang mit dem Schutz und der Sicherheit der Verbraucher.

a. Berufspflichten

Gem. den Landesheilberufe- oder -heilberufekammergesetzen, z.B. § 2a des baden-württembergischen Heilberufekammergesetzes²³² haben Dienstleister bei Erbringung ihrer Dienstleistung die gleichen Rechte und Pflichten zur Berufsausübung wie die niedergelassenen Kammerangehörigen, so insbesondere die Pflichten zur gewissenhaften Berufsausübung und zum Abschluss einer Haftpflichtversicherung. Sie unterliegen den berufsständischen, gesetzlichen oder verwaltungsrechtlichen Berufsregeln einschließlich der Berufsgerichtsbarkeit nach Maßgabe des Artikels 5 Abs. 3 der Richtlinie 2005/36/EG.

b. Keine Kammermitgliedschaft

Nach den Landes-Heilberufekammergesetzen, z.B. dem baden-württembergischen,²³³ gehören Berufsangehörige, die als Staatsangehörige eines anderen EU-Mitgliedstaates oder eines anderen EWR-Vertragsstaates oder eines Vertragsstaates, dem Deutschland und EG bzw. EU vertraglich einen entsprechenden Rechtsanspruch eingeräumt haben im Geltungsbereich dieses Gesetzes im Rahmen des Dienstleistungsverkehrs nach dem Recht der EG ihren Beruf vorübergehend und gelegentlich ausüben, ohne hier eine berufliche Niederlassung zu haben, den Kammern nicht an, solange sie in einem anderen EU-Staat oder Vertragsstaat beruflich niedergelassen sind.

C. Sozietäten – Zusatzinformationen

Ein Zusammenschluss niedergelassener Tierärzte zur gemeinsamen ambulanten Leistungserbringung ist grundsätzlich möglich. Die gebräuchlichste Struktur für die gemeinsame Berufsausübung ist Gemeinschaftspraxis (Gesellschaft bürgerlichen Rechts). Zudem steht die Möglichkeit der Partnerschaftsgesellschaft zur Verfügung. Kapitalgesellschaften haben sich nicht durchsetzen können, auch aus berufsrechtlichen Gründen. Hier finden sich teils ausdrückliche Einschränkungen in den Landes-Heilberufegesetzen, so etwa in Art. 18 Satz 2 des **Bayerischen** Heilberufe-Kammergesetzes,²³⁴ nach welchem die Führung einer Praxis in der Rechtsform einer **juristischen Person des privaten Rechts nicht statthaft ist**.

²³² Gesetz über das Berufsrecht und die Kammern der Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte, Apotheker, Psychologischen Psychotherapeuten sowie der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten (Heilberufe-Kammergesetz – HBKG) in der Fassung vom 16. März 1995 (GBl. BW v. 17.05.1995 S. 314), geändert durch das Gesetz zur Änderung heilberufsrechtlicher Vorschriften vom 11. Oktober 2007 (GBl. BW v. 19.10.2007 S. 473).

²³³ Gesetz über das Berufsrecht und die Kammern der Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte, Apotheker, Psychologischen Psychotherapeuten sowie der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten (Heilberufe-Kammergesetz – HBKG) in der Fassung vom 16. März 1995 (GBl. BW v. 17.05.1995 S. 314), geändert durch das Gesetz zur Änderung heilberufsrechtlicher Vorschriften vom 11. Oktober 2007 (GBl. BW v. 19.10.2007 S. 473).

²³⁴ Gesetz über die Berufsausübung, die Berufsvertretungen und die Berufsgerichtsbarkeit der Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte, Apotheker sowie der Psychologischen Psychotherapeuten und der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten (Heilberufe-Kammergesetz - HKaG) in der

Allemagne

Die Rechtsprechung und Gesetzgebung zeigt jedoch eine Tendenz zur Zulassung der Ärzte-GmbH. Der Bundesgerichtshof hatte die Rechtmäßigkeit einer Zahnärzte-GmbH bereits 1993 bejaht (BGHZ 124, 224 ff) und festgestellt, dass § 1 ZHG ambulante Zahnbehandlungen als eigene vertragliche Leistung einer Zahnärzte-GmbH nicht verbietet. Diese Gesellschaftsform bringt jedoch nicht die Haftungsentlastung, die sie vermuten lässt, denn die Begrenzung des haftungsrechtlichen Risikos nach den §§ 1, 13 GmbHG, die die GmbH ausmacht greift bei Ärzten nur beschränkt, da diese für Behandlungsfehler und Verletzung von Aufklärungspflichten gleichwohl über die deliktische Haftung aus § 823 Abs. 1 BGB mit ihrem Privatvermögen auf Schadensersatz und Schmerzensgeld haften.

Eine spürbare Haftungsreduzierung des Arzthaftungsrechts wird durch die Gründung einer Ärzte-GmbH nicht erreicht. Die vertragliche Haftungsentlastung hilft nur bei Verträgen mit Herstellern teurer Instrumente und Apparate und im Hinblick auf das Personal. In der Praxis werden sich die Hersteller von Apparaturen jedoch bei Verträgen mit einer GmbH anderweitig absichern wollen

ANGLETERRE

I. INTRODUCTION

A. Sources normatives pertinentes

1. Législation primaire

Directive 78/1026/EEC
Directive 2005/36/EC
Directive 1612/68/EEC
Veterinary Surgeons Act 1966

2. Législation secondaire (règlement, arrêté, décret, directive administrative)

Veterinary Surgeons' Qualifications (European Recognition) Order, 2007/1348
Veterinary Surgeons' Qualifications (European Recognition) Order, SI 2003 No. 2919
The European Communities (Recognition of Professional Qualifications) Regulations, SI 2007 No 2781 ("General Systems Regulations")

B. Interrelation avec le droit européen

1. Etat de transposition des directives européennes

Transposed

2. Rapport avec l'Accord bilatéral EU-Suisse

Provisions integrated into existing legislation

II. RAPPORT

A. Liberté d'établissement

1. Conditions pour la reconnaissance de la qualification professionnelle

The holder of a **Federal Veterinary Diploma** issued by the Swiss Département fédéral de l'intérieur / Titulaire du diplôme fédéral de vétérinaire / eidgenössisch diplomierter Tierarzt / titolare di diploma federale di veterinario **will be entitled to recognition.**²³⁵ **A Swiss citizen is treated in the same manner as a citizen of an EU or EAA Member State for the purposes of Registration of EU and EAA agreement.**

Any individual who practices or hold himself out as practising or as being prepared to practise, **veterinary surgery** who is **not** registered in the register of veterinary surgeons **may be liable to a fine.**²³⁶

²³⁵ Veterinary Surgeons' Qualifications (European Recognition) Order, Sch 1 Para 4: Schedule 1A.

²³⁶ Veterinary Surgeons Act 1966 § 19.

Angleterre

The RCVS Guide to Professional Conduct provides that a veterinarian must ensure that all their professional activities are covered by professional indemnity insurance or equivalent arrangements.²³⁷

2. Demande pour la reconnaissance et son contenu

Applications for registration are **made in person**, by **prior appointment**.²³⁸

A Swiss veterinarian holding a recognised a Federal Veterinary Diploma who wishes to become established in the United Kingdom, should send to the Royal College of Veterinary Surgeons photocopies of the following documents. These will be verified for eligibility for registration (with notarised English translations where necessary):

Proof of nationality (i.e. passport or national identity card);

Certificate of veterinary qualification;

Documentation from a competent registration authority of an EU Member State confirming:

Current membership;

Good professional standing.

Once the application is accepted, the candidate must make an appointment to visit the RCVS in person and must bring with him or her the originals of the above documents.

The **fees** are as follows: **Registration fee** = £70.00 + plus proportion of home-practising retention fee expressed in quarters of the year. **Temporary registration fee** = £293.00. **Annual Retention Fees** (as of 1 April 2007): Home-Practising (including those residing in the Channel Islands and the Isle of Man) £277.00 Overseas-Practising £139.00. Non-Practising (For members that will be under the age of 70 years on 31st March 2006). £46.00 Non-Practising (For members that will be over the age of 70 years on 1st April 2006) N / A Postgraduate Member: £139.00.

3. Autorité compétente, instruction, procédure, délais

The "Council of the Royal College of Veterinary Surgeons" **maintains a register of veterinary surgeons**.²³⁹ Those registered become **members of the College**.²⁴⁰

The register shall consist of four lists. One of them is the **foreign list**, that is the list of persons so registered as holding some **foreign qualification**. Another one is the **temporary list**, i.e. the list of persons entitled to **provide services** on a **temporary basis** (see B.1 below).

Rules and regulations of the Council **must be approved by the Privy Council**.²⁴¹

²³⁷ Section 1E available at:
<http://www.rcvs.org.uk/Templates/PreviousNext.asp?NodeID=89722&int1stParentNodeID=89642>.

²³⁸ See: <http://www.rcvs.org.uk/Templates/Internal.asp?NodeID=92578>.

²³⁹ [Veterinary Surgeons Act 1966](#) Chapter 36 s. 1.

²⁴⁰ *Ibid* s. 5A(2).

4. Décision et possibilité de recours

The registrar must give notice to an applicant for registration **within three months**. If the registrar fails to give notice to the applicant within the period of three months, the registrar shall be **deemed to have refused to register him on the last day of that period**.

A person **may appeal to the Council within three months** if his application for registration is refused. The **registration appeals committee** must, **within 28 days** of making a decision, give notice of its decision to the applicant. Such notice must give **reasons** for the decision of the registration appeals committee and refer to the applicant's right to appeal within 28 days to the **county court** against the decision of the registration appeals committee.

B. Liberté de prestation de services

1. Conditions pour la reconnaissance de la qualification professionnelle

A veterinary surgeon who is registered in Switzerland, who is eligible for registration in the U.K. and who has made a **prior declaration of the services** to be provided to the **Royal College of Veterinary Surgeons may 'provide services' in the U.K. with the same rights and obligations as U.K. Veterinarian**²⁴²

Section 7 (1a) & (1b) of the Veterinary Surgeons Act 1966 permits a person holding a foreign veterinary qualification to **practise temporarily or otherwise subject to restrictions directed by Council**.

Temporary registration:

1. is granted in order that a person holding a foreign veterinary qualification may carry out acts of veterinary surgery in accordance with the duties of a specified position in a specific location, and who is responsible to a named **Member of the Royal College of Veterinary Surgeons ("MRCVS"** (with the exception of Migrant Spouses). It does not permit the Temporary Member to carry out **any other veterinary procedure**, except where that procedure would be permitted by a lay person ;
2. is normally only granted for **a period of up to 5 years**. However, exceptionally, consideration may be given to **further applications**; normally such consideration will be restricted to those in employed positions in veterinary schools and designated veterinary laboratories and research establishments;
3. does **not** permit the Temporary Member (with the exception of Migrant Spouses) **to use the letter MRCVS**, nor to sign prescriptions or certification which requires the signature of a MRCVS;
4. is subject to payment of an **annual retention fee**, for those granted periods in excess of 1 year, on the anniversary date of initial registration.
5. is subject to **suspension** by the Disciplinary Committee.²⁴³

²⁴¹ *Id.* s. 25.

²⁴² Council Directive 78/1026/EEC. See also <http://www.rcvs.org.uk/Templates/Internal.asp?NodeID=90430>.

²⁴³ <http://www.rcvs.org.uk/Templates/Internal.asp?NodeID=90427>.

Angleterre

The current approved categories are:

1. **UK Graduands.** Graduands may, on request, be granted temporary registration for the period between the publication of the pass list and conferment of degree. This is the only category for whom eventual registration on to the General List is an **automatic procedure**, and the lapse of time between publication of the pass list and the graduation/admission ceremony should normally exceed 15 days.
2. **Employed Positions.**
 - a. Non-MRCVS veterinary surgeons selected for employed positions at **veterinary schools, designated veterinary laboratories and research institutes.**
 - b. A non-MRCVS specialist performing some specific procedure or operation **at the invitation of a practising member of this College**, normally for a **short period** (e.g. normally 7 days or less).
3. **Accompanying Animals.** Non-MRCVS veterinary surgeons accompanying animals owned by a person or company for which he provides veterinary care outside the UK, **normally for a period of 31 days or less.**
4. **Post-graduate Education.** Non-MRCVS veterinary surgeons undertaking **post-graduate education** at an organisation, such as RCVS (certificates and diplomas) veterinary schools, charities and trusts (IDPT, SPANA, the Zoological Society, etc), practices conducting courses of study of less than 6 months, **in order to provide foreign qualified veterinary surgeons** with an opportunity of **gaining experience** in the United Kingdom which they can put into practice in their home countries.

It should be noted that the above provisions are based on SI 2003/2919 which implemented EU Directive 78/1026/EEC. That Directive **has been repealed with effect from 20th October 2007 and replaced by Directive 2005/36 EC.** Under the new provisions, **EU nationals (and Swiss citizens, who would ordinarily be assimilated to EU nationals) will be able to provide services in other member states on an “occasional and temporary” basis providing they are fully registered in their home member state and notify the host state in advance of their intention to provide services.**

Although the RCVS has been working to the principles of the new Directive since its entry into force on 20th October 2005, **the UK Government is still working on the internal legislation relating to the new Directive. Since 1 November 2007 and until such time as that internal legislation is completed and enters into force, the RCVS has been and will continue to follow the notions and procedures of the General Systems Regulations²⁴⁴**

C. Sociétés professionnelles

If a **body corporate violates the registration requirements** with the consent or connivance of, or attributable to any neglect on the part of, any director, manager, secretary or other similar officer of the body corporate, or a person purporting to act in any such capacity, **he, as well as the body corporate shall be liable to be proceeded against and punished accordingly.**²⁴⁵

²⁴⁴ Based on telephone conversations between the author of this opinion and Christine Fraser, Head of Registration, RCVS on 17 December, 2007. The General Systems Regulations are available at: http://opsi.gov.uk/si/si2007/uksi_20072781_en_3#pt2-l1g8.

²⁴⁵ The Veterinary Surgeon's Act 1966 c 36 s 20.

AUTRICHE

EINLEITUNG

Rechtsquellen

1. Europäisches Recht

a. Primärrecht

- Art. 39ff, 43ff und 49ff EG-Vertrag (EG) (ABl. 24.12.2002 C 325/33)
- Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits über die Freizügigkeit vom 21.6.1999, in Kraft seit 1.6.2002, Stand 27.12.2006 (0.142.112.681) in Deutschland BGBl. II 2001 S. 810 und BGBl. II 2002, S. 1692.

b. Sekundärrecht

- Richtlinie 2005/36/EG vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen (ABl. EU Nr. L 255 S. 22, 2007 Nr. L 271 S. 18).

2. Nationales Recht

a. Gesetze

- [Bundesgesetz vom 13. Dezember 1974 über den Tierarzt und seine berufliche Vertretung \(Tierärztegesetz\)](#), BGBl. Nr. 16/1975, letzte Änderung BGBl. I Nr. 135/2006

Verhältnis zu europarechtlichen Vorgaben

1. Umsetzung der Richtlinie 2005/36/EG

Das Tierärztegesetz setzt bereits die Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlamentes und des Rates über die Anerkennung von Berufsqualifikationen um.

2. Verhältnis zum Freizügigkeitsabkommen Schweiz-EG

Die nationale Gesetzgebung bezieht die Richtlinie bereits ein, die allerdings für die Schweiz noch nicht gilt. Mit der Entscheidung für die Richtlinienanwendung in der Schweiz ist daher anzunehmen, dass auf Schweizer Tierärzte die gleichen Grundsätze Anwendung finden werden, die für Staatsangehörige der EU-Mitgliedsstaaten gelten, und die Voraussetzungen der Anerkennung von Berufsqualifikationen und der Niederlassung Schweizer Staatsangehöriger in EU-Staaten nochmals erleichtert wird.

II. LÄNDERBERICHT ÖSTERREICH

A. Niederlassung als Tierarzt

1. Titel

Die Ausübung des tierärztlichen Berufes ist ausschließlich den Tierärzten vorbehalten. Gem. § 14. (1) TÄG darf die Berufsbezeichnung "Tierarzt" darf nur nach Erfüllung der gesetzlichen Voraussetzungen geführt werden.

Jede Bezeichnung oder Titelführung, die geeignet ist, die Befugnis zur Ausübung des tierärztlichen Berufes oder einzelner Zweige dieses Berufes vorzutäuschen, ist verboten.

Der Bezeichnung der tierärztlichen Berufstätigkeit dürfen neben den amtlichen oder vom Bundespräsidenten verliehenen Titeln sowie neben den akademischen Graden und Würden nur solche wahrheitsgemäße Zusätze beigefügt werden, die auf die gegenwärtige Verwendung hinweisen. Die Führung ausländischer Titel und Würden ist nach den hiefür geltenden Vorschriften gestattet.

Dies gilt nicht für

1. im Ausland zur Ausübung des tierärztlichen Berufes Berechtigte, die sich nur vorübergehend und nicht zum Zweck der Ausübung des tierärztlichen Berufes im Inland aufhalten;
2. Für Fremde, die in ihrem Herkunftsstaat zur Ausübung des tierärztlichen Berufes befugt sind, und den tierärztlichen Beruf im Inland im Grenzgebiet nach Maßgabe zwischenstaatlicher Übereinkommen unter der Voraussetzung der Gegenseitigkeit ausüben oder als Vertragsassistenten an einer inländischen Hochschule nach Maßgabe der für die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer geltenden Rechtsvorschriften tätig sind.

2. Erfordernisse

Gem. § 3 Abs. 1 TierärzteG bedarf es zur Ausübung des tierärztlichen Berufes des Nachweises der **allgemeinen Erfordernisse** sowie der **Eintragung** in die Tierärzteliste.

a. Allgemeine Erfordernisse sind:

1. die volle Geschäftsfähigkeit,
2. die österreichische Staatsbürgerschaft oder die Staatsangehörigkeit einer der übrigen Vertragsparteien des EWR-Abkommens; das Erfordernis entfällt für Staatsangehörige eines Vertragsstaates eines Abkommens mit den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten, welches die Mitgliedstaaten zur Inländergleichbehandlung hinsichtlich des Niederlassungsrechts und des Dienstleistungsverkehrs verpflichtet, für die freiberufliche Berufsausübung, oder Ehegatten eines im Rahmen der Freizügigkeit in Österreich im Lohn- oder Gehaltsverhältnis oder selbstständig tätigen Staatsangehörigen einer Vertragspartei des EWR-Abkommens
3. ein an der Veterinärmedizinischen Universität Wien abgeschlossenes Diplomstudium der Studienrichtung Veterinärmedizin oder ein an der Veterinärmedizinischen Universität Wien als Diplomstudium der Studienrichtung Veterinärmedizin nostrifizierter ausländischer Studienabschluss oder ein in Anhang V Punkt 5.4.2 der Richtlinie 2005/36/EG vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifika-

Autriche

tionen²⁴⁶ aufgeführter Ausbildungsnachweis, der gegebenenfalls mit den dort genannten Bescheinigungen versehen ist,

Bei Staatsangehörigen der Vertragsparteien des EWR-Abkommens entfällt dies, wenn ein Ausbildungsnachweis vorgelegt wird, der den in Anhang V Punkt 5.4.2 der Richtlinie 2005/36/EG aufgeführten Ausbildungsnachweisen nicht entspricht, sofern diesem eine Bescheinigung der zuständigen Behörde einer Vertragspartei des EWR-Abkommens beigelegt ist, wonach die betreffende Person während der letzten fünf Jahre vor Ausstellung der Bescheinigung mindestens drei Jahre lang ununterbrochen tatsächlich und rechtmäßig den tierärztlichen Beruf ausgeübt hat.

4. ausreichende Kenntnis der Amtssprache,
5. für Staatsangehörige von Vertragsparteien des EWR-Abkommens –die schriftliche Bestätigung einer Vertragspartei des EWR-Abkommens, dass die betreffende Person in diesem Staat zur selbständigen Ausübung des tierärztlichen Berufes berechtigt ist.

b. **Fachtierarzt**

Gem. § 14b Abs. 1 sind Voraussetzungen für den Erwerb eines **Fachtierarzttitels**

1. die Befugnis zur Ausübung des tierärztlichen Berufes,
2. ein Diplom der Veterinärmedizinischen Universität Wien der Studienrichtung Veterinärmedizin oder ein an der Veterinärmedizinischen Universität Wien als Diplomstudium der Studienrichtung Veterinärmedizin nostrifizierter ausländischer Studienabschluss oder ein Ausbildungsnachweis, der die Absolvierung eines dem **Anhang V Punkt 5.4.1.** der Richtlinie 2005/36/EG entsprechenden Ausbildungsprogrammes für Tierärzte bestätigt;
3. der Abschluß einer fachspezifisch-praktischen Weiterbildung,
4. der Abschluß einer fachspezifisch-theoretischen Weiterbildung,
5. der Abschluß einer fachspezifisch-wissenschaftlichen Weiterbildung und
6. eine erfolgreich abgelegte Prüfung gemäß § 14a Abs. 1 TierärzteG

3. **Antragsinhalt**

Gem. § 6 Abs. 1 gilt: Wer den Beruf eines Tierarztes auszuüben beabsichtigt, hat sich bei der **Kammer anzumelden**, seinen Berufssitz anzugeben und unter **Vorlage der erforderlichen Personal- und Ausbildungsnachweise** die Eintragung in die Tierärzteliste für den in Aussicht genommenen Berufssitz zu beantragen.

Erfüllt der Bewerber die Voraussetzungen hat ihn die Kammer in die Tierärzteliste einzutragen und ihm gleichzeitig einen **Tierärztausweis** auszustellen. Die tierärztliche Tätigkeit darf erst nach Erhalt des Tierärztausweises aufgenommen werden. Der Tierarzt hat sich bei der nach seinem Berufssitz zuständigen Bezirksverwaltungsbehörde binnen zwei Wochen nach Erhalt des Tierärztausweises zu melden.

²⁴⁶ ABI. Nr. L 255 vom 30. September 2005 S. 22.

Auriche

4. Zuständige Behörden, Verfahren, Rechtsbehelfe

a. Zuständige Behörde

Zur Vertretung des Tierärztestandes ist für den räumlichen Bereich eines jeden Bundeslandes eine Kammer eingerichtet.

Die Anmeldung hat direkt bei der Kammer jenes Bundeslandes zu erfolgen, in dem die Berufsausübung geplant ist.

Kontakte:

Österreichische Tierärztekammer

Biberstraße 22

A-1010 Wien

Tel: +43 (1) 512 17 66

Fax: +43 (1) 512 14 70

Landesstelle Niederösterreich

Biberstr. 22/4, 1010 Wien

Tel: 01 512 43 37, Fax: 01 512 14 70

Email: noe@tieraerztekammer.at

Web: <http://www.tieraerztekammer.at>

Landesstelle Wien

Biberstr. 22/4, 1010 Wien

Tel: 01 513 51 08, Fax: 01 512 14 70

Email: wien@tieraerztekammer.at

Web: <http://www.tieraerztekammer.at>

b. Verfahren

Ein Antrag auf Eintragung in die Tierärzteliste ist von der Kammer in der Regel binnen vierzehn Tagen zu erledigen.

c. Rechtsbehelfe

Erfüllt der Bewerber die gesetzlichen Voraussetzungen nicht, so hat die Kammer die Eintragung mit Bescheid zu versagen. Gegen den Bescheid ist die Berufung an jenen Landeshauptmann zulässig, der für den in Aussicht genommenen Berufssitz oder Dienstort oder – wenn im Zeitpunkt der Antragstellung weder ein Berufssitz noch ein Dienstort in Aussicht genommen ist - für den Wohnsitz des Bewerbers zuständig ist. Besteht auch kein inländischer Wohnsitz, so ist der Landeshauptmann von Wien zuständig. Eine weitere Berufung ist nicht zulässig.

d. Rechtsstellung

Jeder Tierarzt ist in seiner beruflichen Tätigkeit verpflichtet, die Berufspflichten einzuhalten. Der Tierarzt hat seinen Beruf gewissenhaft und fachlich eigenverantwortlich auszuüben (§§ 20, 21, 24). Er ist verpflichtet, sich beruflich fortzubilden und sich mit dem letzten Stand der Veterinärmedizin vertraut zu machen. Dem Tierarzt ist gem. § 17 TierärzteG im Zusammenhang mit der Ausübung seines tierärztlichen Berufes jede unsachliche, wahrheitswidrige oder irreführende Werbung verboten.

Ein Tierarzt darf gem. § 19 TierärzteG Zeugnisse und Gutachten nur nach gewissenhafter Erhebung und Untersuchung und unter genauer Beachtung der Regeln, Erkenntnisse und

Erfahrungen der Veterinärmedizin nach seinem besten Wissen und Gewissen abgeben. Der Tierarzt darf ein Geschäfts- oder Betriebsgeheimnis, das ihm bei der Ausübung seines Berufes anvertraut oder zugänglich geworden ist, nicht offenbaren oder verwerten.

B. Dienstleistungsfreiheit

1. Bedingungen für Dienstleistungen

a. Meldepflicht

Gem. § 4a TierärzteG dürfen EWR-Staatsangehörige, die zur Ausübung des tierärztlichen Berufes befugt sind, diesen in Österreich grenzüberschreitend ausüben. Sie haben bei Ausübung ihrer Tätigkeit in Österreich den Organen der öffentlichen Aufsicht auf deren Verlangen eine **Bescheinigung des Niederlassungsstaates** darüber vorzulegen, daß sie den tierärztlichen Beruf im Niederlassungsstaat rechtmäßig ausüben.

Die Tierärzte haben sich bei der Bezirksverwaltungsbehörde jenes Bezirkes, in dem sie tierärztliche Leistungen zu erbringen beabsichtigen, vor Aufnahme ihrer tierärztlichen Tätigkeit einmal je Kalenderjahr **schriftlich** unter Beilage der genannten **Bescheinigung**, die im Zeitpunkt der Vorlage nicht älter als zwölf Monate sein darf, anzumelden. Erbringen Tierärzte nach Abs. 1, die eine solche Anmeldung noch nicht erstattet haben, tierärztliche Leistungen im Inland bei Gefahr im Verzug, so haben sie diese Anmeldung **unverzüglich nachzuholen**.

2. Zuständige Behörden

Bezirksverwaltungsbehörde jenes Bezirkes, in dem die tierärztlichen Leistungen erbracht werden sollen.

3. Rechtsstellung

Dienstleistende Tierärzte sind bei Ausübung ihrer Tätigkeit in Österreich hinsichtlich Disziplinarverfahren den Kammermitgliedern **gleichgestellt**. Sie unterliegen bei Erbringung der Dienstleistung den im Geltungsbereich dieses Bundesgesetzes geltenden Berufspflichten und Disziplinarvorschriften. Verstößt der Dienstleistungserbringer gegen diese Pflichten, so hat die Österreichische Tierärztekammer unverzüglich die zuständige Behörde seines Herkunftsstaates zu unterrichten.

Dienstleistende Tierärzte nach dürfen in Ausübung des tierärztlichen Berufes in Österreich auch kleine, den täglichen Bedarf nicht übersteigende Mengen jener gebrauchsfertigen Tierarzneimittel - ausgenommen immunologische Tierarzneimittel - zur Verabreichung an Tiere mitführen, die in Österreich **nicht** zugelassen sind, sofern folgende Voraussetzungen erfüllt werden:

1. Die Tierarzneimittel müssen im Niederlassungsstaat des Tierarztes behördlich zugelassen sein.
2. Der Tierarzt muß die Tierarzneimittel in der Originalpackung befördern.
3. Die mitgeführten, zur Verabreichung an Nutztiere bestimmten Tierarzneimittel müssen bezüglich ihrer Wirkstoffe qualitativ und quantitativ ähnlich zusammengesetzt sein wie vergleichbare, zur Verwendung in Österreich zugelassene Arzneimittel.
4. Der Tierarzt muß dafür sorgen, daß die jeweils erforderliche Wartezeit eingehalten wird.

Autriche

5. Der Tierarzt darf dem Tierbesitzer oder Tierhalter der in Österreich behandelten Tiere Tierarzneimittel nur insoweit überlassen, als deren Verabreichung gemäß § 12 nicht dem Tierarzt vorbehalten ist; dabei darf er dem Tierbesitzer oder Tierhalter die Tierarzneimittel nur für die von ihm selbstbehandelten Tiere und nur in jenen Mengen überlassen, die für die Weiterbehandlung der betreffenden Tiere unbedingt erforderlich sind.
6. Der Tierarzt hat über die in Österreich behandelten Tiere die Diagnose, die verabreichten Tierarzneimittel, die verabreichte Dosis, die Behandlungsdauer und die eingehaltene Wartezeit Aufzeichnungen zu führen. Diese Aufzeichnungen sind mindestens drei Jahre lang aufzubewahren. Der Tierarzt hat den behördlichen Kontrollorganen auf Verlangen Auskunft über diese Angaben zu erteilen.

C. Sozietäten– Zusatzinformationen

Gem. § 15a Abs. 1 TierärzteG sind **Tierärztesellschaften** möglich, etwa zum Betreiben einer tierärztlichen Ordination oder eines privaten Tierspitals; hierzu sind berufsberechtigte Tierärzte oder Gesellschaften, deren Gesellschafter berufsberechtigte Tierärzte sind, berechtigt. Eine Beteiligung Berufsfremder an einer Tierärztesellschaft ist nur für stille Teilhaber möglich. Werden bei der Errichtung einer GmbH auch Zweigstellen vorgesehen, so ist sicherzustellen, dass verantwortlicher Leiter nur ein tierärztlicher Gesellschafter sein darf, der auch jeweils nur eine Zweigstelle leiten darf und der wesentliche Anteile an der Gesellschaft halten muss.

FRANCE

A la date du 10 avril 2008, la Directive 2005/36/CE du Parlement européen et du Conseil du 7 septembre 2005 relative à la reconnaissance des qualifications professionnelles n'ayant pas encore été transposée en France, il ne nous a pas été possible de livrer le rapport commandé pour ce pays.

Le gouvernement a été autorisé par la loi n° 2007-1774 du 17 décembre 2007 portant diverses dispositions d'adaptation au droit communautaire dans les domaines économique et financier, à prendre par voie d'ordonnance, dans un délai de **douze mois** à compter de la date de publication de la présente loi, les dispositions relevant du domaine de la loi nécessaire pour transposer la Directive 2005/36/CE.

SITUATION ACTUELLE

Dispositions applicables à la profession ²⁴⁷:

[Code Rural](#) :

Partie législative

Articles L. 241-1 et suivants

Partie Réglementaire

Articles L. R. 241-1 et suivants

[Arrêté du 21 mai 2004](#) fixant la liste des diplômes, certificats ou titres de vétérinaires mentionnée à l'article L. 241-2 du Code Rural

[Arrêté du 9 février 2007](#) modifiant l'arrêté du 21 mai 2004 fixant la liste des diplômes, certificats ou titres de vétérinaires mentionnée à l'article L. 241-2 du Code Rural

Transposant les dispositions de la directive sectorielle:

directive du Conseil n° 78/1026/CEE du 18 décembre 1978 modifiée visant à la reconnaissance mutuelle des diplômes, certificats et autres titres de vétérinaire et comportant des mesures destinées à faciliter l'exercice effectif du droit d'établissement et de libre prestation de services

S'adresser à:

[Ministère de l'Agriculture, de l'Alimentation, de la Pêche et des Affaires rurales](#)

Direction Générale de l'alimentation

Sous-direction de la santé et de la protection animales

Bureau de la pharmacie vétérinaire et de l'alimentation animale

251, rue de Vaugirard

75700 Paris Cédex 15

Tél.: 01 49 55 84 65

²⁴⁷

Les textes cités peuvent être consultés sur le site : <http://www.legifrance.gouv.fr>

ITALIE

I. INTRODUZIONE

A. Fonti normative

Due sono, ad oggi (20 dicembre 2007), le principali fonti normative della regolamentazione italiana dell'esercizio, in Italia, della professione di **veterinari** da parte di chi è in possesso di un **titolo estero**:

- **Decreto legislativo 9 novembre 2007 n. 206** recante "attuazione della direttiva 2005/36 CE relativa al riconoscimento delle qualifiche professionali, nonché della direttiva 2006/100/CE che adegua determinate direttive sulla libera circolazione delle persone a seguito dell'adesione della Bulgaria e Romania" (qui di seguito: "**D. lgs. 206/2007**")²⁴⁸
- **Legge 8 novembre 1984, n. 750** recante "Diritto di stabilimento e libera prestazione di servizi da parte dei veterinari cittadini degli Stati membri della Comunità economica europea" (qui di seguito: "**Legge 750/1984**")²⁴⁹

Si rileverà che il D. lgs. 206/2007, attesa la sua recente approvazione, **non** è ancora stato completato da una **disciplina di dettaglio** relativa alla specifica **professione di veterinario**. **Si è perciò tenuto conto qui di seguito della Legge 750/1984, che è ancora in vigore, dunque è ancora oggi applicabile, quanto meno nella misura in cui è compatibile con il D. lgs. 206/2007.**

B. Interrelazione con il diritto europeo

La legge n. 364 del 15 novembre 2000 ha ratificato per l'Italia l'Accordo tra la Comunità europea ed i suoi Stati membri e la Confederazione svizzera del 21 giugno 1999 (l'« **Accordo** »). L'Accordo disciplina la **libera circolazione delle persone** tra la Comunità Europea e la Confederazione Svizzera e **stabilisce l'applicabilità delle direttive comunitarie in tema di riconoscimento delle qualifiche professionali anche ai cittadini elvetici**. Pertanto, sono state introdotte agevolazioni **tali da rendere di fatto la situazione dei cittadini elvetici analoga a quella dei cittadini comunitari**. Viene in particolare in considerazione l'art. 9 dell'Accordo, il cui testo è il seguente.

« **Articolo 9 – Diplomi certificati e altri titoli**

Per agevolare ai cittadini degli Stati membri della Comunità europea e della Svizzera l'accesso alle attività dipendenti e autonome e il loro esercizio, nonché la prestazione di servizi, le parti contraenti adottano, conformemente all'allegato III, le misure necessarie per quanto riguarda il **riconoscimento reciproco dei diplomi dei certificati e di altri titoli** e il coordinamento delle disposizioni legislative, regolamentari e amministrative delle parti contraenti in materia di accesso alle attività dipendenti e autonome e dell'esercizio di queste, nonché di prestazione di servizi ».

²⁴⁸ Il testo del decreto è consultabile sul sito del Parlamento italiano, alla pagina: <http://www.parlamento.it/leggi/deleghe/07206dl.htm>.

²⁴⁹ Il testo della legge è consultabile alla pagina: http://www.italgiure.giustizia.it/nir/lexs/1984/lexs_289977.html.

In base all'Accordo dunque, i professionisti che intendano ottenere il riconoscimento del titolo professionale conseguito nella Confederazione Svizzera possono presentare domanda al **Ministero competente** – per la **professione di veterinario, il Ministero della Sanità** (v. art. 5 D.lgs. 206/2007) – ed inviando la documentazione necessaria. Si segnala che l'art. 2 del D.lgs. 206/2007 dispone, al comma 3, che **“per il riconoscimento dei titoli di formazione acquisiti dai cittadini (...) della Confederazione svizzera, si applicano gli accordi in vigore con l'Unione europea”**.

II. RAPPORTO

A. Libertà di stabilimento

Il D. lgs. 206/2007 regola la **libertà di stabilimento** agli artt. 16 s. Tale decreto si applica, tra l'altro, come detto, **alla professione di veterinario**. Finché non verrà emanata la legislazione secondaria di **esecuzione** di tale decreto nell'ambito della professione qui in analisi, **pare logico avere riguardo alla legge 750/1984**. Distingueremo qui di seguito i due regimi, quello di cui al D. Lgs. 206/2007 (A.1) e quello di cui alla Legge 750/1984 (A.2).

A titolo di premessa, si dirà che la professione di **veterinario** rientra nelle c.d. **“professioni sanitarie”** per il cui esercizio è necessaria l'iscrizione ad un albo (v. Art. 8 del D.Lgs. 13 settembre 1946, n. 233). L'Albo è tenuto dagli Ordini dei veterinari, organizzati **su base provinciale** (art. 7 del D.Lgs. 233/1946). In effetti, **“in ogni provincia sono costituiti gli Ordini dei medici-chirurghi, dei veterinari (etc.)”** (art. 1 del D.Lgs. 233/1946). Gli Ordini provinciali sono riuniti in una Federazione nazionale con sede a Roma, nel caso dei veterinari la **Federazione Nazionale degli Ordini dei Veterinari Italiani: FNOVI (www.fnovi.it)**.

Competente per le questioni relative al riconoscimento è il **Ministero della Salute, Direzione generale risorse umane e professioni sanitarie, Via Giorgio Ribotta, 5 - 00144 Roma**.

A.1. Regime di cui al D. Lgs. 206/2007

Il D. Lgs. 206/2007 pone, al titolo III capo I, rubricato « norme procedurali », **alcune regole generali, che valgono per tutte le professioni cui esso si applica**.

1. Condizioni e domanda per il riconoscimento

Ai sensi dell'art. 17 D. Lgs. 206/2007, la domanda per il riconoscimento è **corredata** dei seguenti documenti:

- un certificato o copia di un documento che attesti la **nazionalità** del prestatore;
- una copia degli **attestati di competenza o del titolo di formazione** che dà accesso alla professione ed eventualmente un attestato dell'**esperienza professionale** dell'interessato;

Le autorità competenti – per la professione veterinaria: il **Ministero della Salute** – possono invitare il richiedente a **fornire informazioni** quanto alla sua formazione nella misura necessaria a **determinare l'eventuale esistenza di differenze sostanziali rispetto alla formazione richiesta sul territorio dello Stato italiano**. Qualora sia impossibile per il richiedente fornire tali informazioni, le autorità competenti si rivolgono al punto di contatto, all'autorità competente o a qualsiasi altro organismo pertinente dello Stato membro di origine.

Italie

Qualora l'accesso a una professione regolamentata sia subordinato ai **requisiti dell'onorabilità e della moralità** (tale è il caso della professione veterinaria: v. infra, A.2. punto 2), o l'esercizio di tale professione possa essere **sospeso o vietato** in caso di gravi mancanze professionali o di condanne per reati penali, la sussistenza di tali requisiti si considera provata da **documenti rilasciati da competenti autorità dello Stato membro di origine o dello Stato membro da cui proviene l'interessato**.

Nei casi in cui l'ordinamento dello Stato membro di origine o dello Stato membro da cui proviene l'interessato non preveda il rilascio dei documenti di cui sopra, questi possono essere sostituiti da una **dichiarazione giurata** o, negli Stati membri in cui tale forma di dichiarazione non è contemplata, da una **dichiarazione solenne**, prestata dall'interessato dinanzi ad un'autorità *giudiziaria* o *amministrativa* competente o, eventualmente, dinanzi ad un *notaio* o a un *organo qualificato* dello Stato membro di origine o dello Stato membro da cui proviene l'interessato.

Qualora l'accesso ad una professione regolamentata sia subordinato al **possesso di sana costituzione fisica o psichica**, tale requisito si considera dimostrato dal **documento prescritto** nello Stato membro di origine o nello Stato membro da cui proviene l'interessato. Qualora lo Stato membro di origine o di provenienza non prescriva documenti del genere, le autorità competenti accettano un attestato rilasciato da un'autorità competente di detti Stati.

Qualora l'esercizio di una professione regolamentata sia subordinato al possesso di **capacità finanziaria** del richiedente o di **assicurazione contro i danni derivanti da responsabilità professionale**, tali requisiti si considerano dimostrati da un **attestato rilasciato da una banca o società di assicurazione con sede in uno Stato membro**

I documenti di cui sopra al momento della loro presentazione non devono essere di data anteriore a **tre mesi**.

La domanda è corredata da un **certificato dell'autorità competente dello Stato membro di origine attestante che il titolo di formazione soddisfa i requisiti stabiliti dalla normativa comunitaria** in materia di riconoscimento dei titoli di formazione in base al coordinamento delle **condizioni minime di formazione** (Art. 17 del D. lgs. 206/2007).

La documentazione deve essere inviata a:

Ministero della salute
Dipartimento della qualità - Direzione generale delle risorse umane e delle professioni sanitarie
Via Giorgio Ribotta 5- 00144 Roma

2. Formazione richiesta

L'art. 44 del D.lgs. 206/2007 è *specificatamente* consacrato alla professione veterinaria. In esso si dispone che l'ammissione alla formazione del medico veterinario è subordinata al **possesso di un diploma di scuola secondaria superiore** che dia accesso, per tali studi, alle Università. Il diploma di laurea in medicina veterinaria si consegue a seguito di un corso di **studi universitari teorici e pratici**, della **durata minima di cinque anni**, svolti a tempo pieno, effettuati presso un'università o sotto il controllo di un'università. Il ciclo di formazione per il conseguimento del titolo di medico veterinario verte almeno sul **programma indicato nell'allegato V, punto 5.4.1 del D.lgs. 206/2007, che qui si omette**.

Italie

La formazione di medico veterinario garantisce l'acquisizione da parte dell'interessato delle **sottoelencate conoscenze e competenze**:

- adeguate conoscenze delle **scienze** sulle quali si fondano le attività di medico veterinario;
- adeguate conoscenze della **struttura e delle funzioni degli animali** in buona salute, del loro **allevamento**, della loro riproduzione e della loro igiene in generale, come pure della loro alimentazione, compresa la tecnologia impiegata nella fabbricazione e conservazione degli alimenti rispondenti alle loro esigenze;
- adeguate conoscenze nel settore del **comportamento e della protezione degli animali**;
- adeguate conoscenze delle cause, della **natura, dell'evoluzione, degli effetti, della diagnosi e della terapia delle malattie degli animali**, sia individualmente che collettivamente; fra queste, una particolare conoscenza delle **malattie trasmissibili all'uomo**;
- adeguate conoscenze della **medicina preventiva**;
- adeguate conoscenze dell'**igiene** e della tecnologia per ottenere, fabbricare e immettere in commercio i prodotti alimentari animali o di origine animale destinati al consumo umano;
- adeguate conoscenze per quanto riguarda le disposizioni legislative, regolamentari e amministrative relative alle materie summenzionate;
- un'adeguata esperienza clinica e pratica sotto opportuno controllo (Art. 44 D. lgs. 206/2007).

3. **Decisione e possibilità di ricorso ; autorità competente, istruttoria, procedura, termini**

Ai fini del riconoscimento professionale, l'interessato presenta apposita **domanda** all'autorità competente (**Ministero della salute**, ex art. 5 D. Lgs. 206/2007). Entro **trenta giorni** dal ricevimento della domanda, l'autorità accerta la **completezza** della documentazione esibita, e ne **dà notizia** all'interessato. Ove necessario, l'autorità competente richiede le eventuali necessarie **integrazioni**.

Per la valutazione dei **titoli acquisiti**, il D. Lgs. 206/2007 prevede, come regola generale, che l'autorità indica una « **conferenza di servizi** » ai sensi della legge 7 agosto 1990, n. 241 alla quale partecipano **rappresentanti**:

- delle amministrazioni dell'autorità competente;
- del Dipartimento per il coordinamento delle politiche comunitarie;
- del Ministero degli affari esteri.

Nella conferenza dei servizi sono sentiti **un rappresentante dell'Ordine o Collegio professionale** ovvero della categoria professionale interessata.

Tuttavia, la necessità di indire una « conferenza di servizi » non si applica, tra l'altro, nei casi di cui al capo IV del titolo III, sezione V, cioè per la professione di veterinario (art. 16, comma 5).

Sul riconoscimento provvede l'autorità competente con **decreto motivato**, da adottarsi nel termine di **tre mesi** dalla presentazione della documentazione completa da parte dell'interessato. Il decreto è **pubblicato** nella Gazzetta Ufficiale della Repubblica italiana.

Se l'esercizio della professione in questione è condizionato alla **prestazione di un giuramento** o ad una **dichiarazione solenne**, al cittadino interessato è proposta una formula appropriata ed equivalente nel caso in cui la **formula** del giuramento o della dichiarazione **non** possa essere utilizzata da detto cittadino (art. 16 D. lgs. 206/2007).

4. Effetti del riconoscimento

Ai sensi dell'art. 3 del D. lgs. 206/2007, in tema di « **effetti del riconoscimento** », il riconoscimento delle qualifiche professionali operato ai sensi del D. Lgs. 206/2007 permette di **accedere**, se in possesso dei requisiti specificamente previsti, **alla professione corrispondente per la quale i soggetti richiedenti sono qualificati nello Stato membro d'origine e di esercitarla alle stesse condizioni previste dall'ordinamento italiano**. La professione che l'interessato eserciterà sul territorio italiano sarà quella per la quale è qualificato **nel proprio Stato membro d'origine**, se le attività sono comparabili.

Riguardo all'uso del titolo professionale, il prestatore può usare nella professione la **denominazione del proprio titolo di studio**, ed eventualmente la **relativa abbreviazione**, nella **lingua** dello Stato membro nel quale il titolo di studio è stato conseguito. L'uso di detta denominazione o dell'abbreviazione non è tuttavia consentito se idoneo ad **ingenerare confusione** con una professione regolamentata nel territorio nazionale, per la quale l'interessato non ha ottenuto il riconoscimento della qualifica professionale; in tal caso la denominazione potrà essere utilizzata a condizione che ad essa siano apportate le modifiche o aggiunte idonee alla differenziazione, stabilite dall'autorità competente. Tuttavia, L'art. 16 comma 10 del D.lgs. 206/2007, che deroga a tale disposizione, e che pare ben applicabile alla professione di *veterinario*, prevede che i beneficiari del riconoscimento esercitano la professione **facendo uso della denominazione del titolo professionale e della sua eventuale abbreviazione, prevista dalla legislazione italiana**.

A.2. Regime di cui alla Legge 750/1984

1. Condizioni per il riconoscimento

Ai cittadini degli Stati membri delle Comunità europee, in possesso dei diplomi, certificati ed altri titoli di cui all'**allegato** alla legge 750/1984 (che qui si omette) è riconosciuto **il titolo di veterinario** ed consentito l'esercizio dell'**attività professionale di veterinario**. L'uso di tali titoli e delle relative abbreviazioni è consentito **sia nella lingua dello Stato di origine** o di provenienza, sia **nella lingua italiana**, in conformità alle corrispondenze dei titoli stessi enunciate nell'allegato (art. 1 Legge 750/1984).

2. Domanda

Per l'esercizio dell'attività di veterinario, l'interessato deve presentare al Ministero della sanità **istanza in carta da bollo** corredata dai seguenti documenti:

- **uno dei titoli** previsti dall'allegato (che qui si omette), in originale o in copia autenticata; quando il titolo sia stato rilasciato **prima** del 23 dicembre 1978 o sia stato rilasciato dopo tale data a conclusione di una formazione iniziata **prima** della medesima, esso deve essere corredato di un certificato delle autorità competenti dello Stato membro che li rilascia, in originale o in copia autenticata, **attestante che è stato conseguito sulla base della formazione prevista dalla normativa comunitaria**;
- **certificato di buona condotta**, ovvero certificato di **moralità e di onorabilità**, o equipollente, rilasciato dalla competente autorità dello Stato di origine o di provenienza e, qualora detto Stato ai fini dell'esercizio della libera professione **non richieda tale certificato**, un **estratto del casellario giudiziario** ovvero, in mancanza, un documento equipollente rilasciato dalla competente autorità dello Stato stesso.

Italia

La documentazione richiesta deve essere in data **non anteriore a tre mesi dalla presentazione della domanda** (Art. 2 Legge 750/1984).

3. Procedura

Il Ministero della sanità, d'intesa con il Ministero della pubblica istruzione, entro **due mesi** dalla data di ricezione della domanda, **accerta la regolarità della domanda stessa e della relativa documentazione e provvede alla sua trasmissione all'ordine dei veterinari della provincia nel cui albo l'interessato** intende chiedere l'iscrizione, dandone comunicazione al medesimo.

Il Ministero della sanità, nel caso di **fondato dubbio** circa l'autenticità dei diplomi, dei certificati e degli altri titoli, svolge, tramite il Ministero degli affari esteri, **i necessari accertamenti presso la competente autorità dello Stato di origine o di provenienza** e chiede conferma dell'autenticità degli stessi nonché dell'osservanza, da parte del beneficiario, di tutti i requisiti di formazione previsti dalle direttive CEE. Nel caso in cui il Ministero della sanità venga a conoscenza di **fatti gravi e specifici** verificatisi fuori del territorio nazionale che possono influire sull'ammissione del richiedente all'esercizio della professione, **chiede informazioni**, tramite il Ministero degli affari esteri, alla competente autorità dello Stato di origine o di provenienza. Per il periodo di tempo necessario ad acquisire tali informazioni il termine di cui al primo comma sospeso. La sospensione **non può eccedere i tre mesi**. La procedura di ammissione riprende alla **scadenza dei tre mesi** anche se lo Stato consultato non ha fatto pervenire la risposta. Le informazioni sono **coperte dal segreto**.

Il **rigetto** dell'istanza da parte del Ministero della sanità deve essere **motivato**. L'ordine dei veterinari, nel termine di **un mese dalla ricezione della domanda**, corredata dalla documentazione, inviata dal Ministero, adempie **alla procedura per l'iscrizione all'albo dei veterinari** (art. 3 Legge 750/1984).

4. Effetti dell'iscrizione

Il cittadino di altri Stati membri delle Comunità che abbia ottenuto l'iscrizione all'albo professionale **ha gli stessi diritti ed è soggetto agli stessi obblighi e sanzioni disciplinari stabiliti per i veterinari italiani** (art. 3 ult. comma Legge 750/1984).

Per i **procedimenti disciplinari e le relative sanzioni ai veterinari**, si applicano le disposizioni previste dal **decreto legislativo** del Capo provvisorio dello Stato 13 settembre 1946, n. 233, sulla ricostituzione degli ordini delle professioni sanitarie e per la disciplina dell'esercizio delle professioni stesse, e dal relativo regolamento di esecuzione approvato con D.P.R. 5 aprile 1950, n. 221, e successive modificazioni. A tal fine il Ministero della sanità **comunica le necessarie informazioni all'ordine dei veterinari competente per l'iscrizione temporanea all'albo o in apposito registro senza oneri per l'interessato**.

Il Ministero della sanità comunica, tramite il Ministero degli affari esteri, allo Stato di origine o di provenienza dell'interessato, le **sanzioni disciplinari** adottate, nonché quelle penali per reati concernenti l'esercizio della professione. A tal fine l'ordine dei veterinari **dà comunicazione al Ministero della sanità di tutte le sanzioni che incidono sull'esercizio professionale**. Le informazioni sono **coperte dal segreto** (art. 5 Legge 750/1984).

I veterinari sono sottoposti, in Italia, ad un **Codice deontologico** pubblicato sul sito della FNOVI (www.fnovi.it). Ai sensi dell'art. 6, rubricato "**Attività all'estero e attività in Italia dei Medici Veterinari**", "il Medico Veterinario comunitario o di Paese terzo, nell'esercizio dell'attività professionale in Italia, quando questa gli sia consentita, **è tenuto alla conoscenza e al rispetto delle norme deontologiche italiane**". **Non vi è alcun obbligo di concludere una polizza assicurativa da parte dei medici veterinari**.

B. Libera prestazione di servizi

Il D. lgs. 206/2007 regola la **libera prestazione di servizi** agli artt. 9-15. Tale decreto si applica, tra l'altro, come detto, alle professioni di *veterinario*. Finché non verrà emanata la legislazione secondaria di **esecuzione** di tale decreto nell'ambito delle professioni qui in analisi, **pare logico avere riguardo alla Legge 750/1984**, che regola la materia agli artt. 7 e 8. Si distingueranno qui di seguito i **due** regimi, quello di cui al D. lgs. 206/2007 (B.1) e quello di cui alla Legge 750/1984 (B.2).

B.1. Regime di cui al D. lgs. 206/2007

1. Condizioni per l'esercizio

La **libera prestazione di servizi** sul territorio nazionale **non** può essere limitata per ragioni attinenti alle qualifiche professionali:

- se il prestatore è **legalmente stabilito** in un altro Stato membro per esercitarvi la corrispondente professione;
- in caso di **spostamento del prestatore**; in tal caso, se nello Stato membro di stabilimento la professione **non è regolamentata**, il prestatore deve aver esercitato tale professione per almeno **due anni** nel corso dei **dieci anni** che precedono la prestazione di servizi.

Tale libertà è concessa al solo prestatore che si **sposta** sul territorio dello Stato per esercitare la professione « **in modo temporaneo e occasionale** ». Il carattere « temporaneo e occasionale » della prestazione è valutato, dall'autorità competente, **caso per caso**, tenuto conto anche della **natura** della prestazione, della **durata** della prestazione stessa, della sua **frequenza**, della sua **periodicità** e della sua **continuità** (Art. 9 D. lgs. 206/2007).

2. Comunicazione

Il prestatore che si sposta per la prima volta da un altro Stato membro sul territorio nazionale per fornire servizi è tenuto **ad informare 30 giorni prima**, salvo i casi di urgenza, l'autorità competente con una **dichiarazione scritta**, contenente informazioni sulla prestazione di servizi che intende svolgere, nonché sulla **copertura assicurativa o analoghi mezzi di protezione personale o collettiva** per la responsabilità professionale. Tale dichiarazione ha validità per l'anno in corso e deve essere rinnovata, se il prestatore intende successivamente fornire servizi temporanei o occasionali in tale Stato membro. Il prestatore può fornire la dichiarazione con **qualsiasi mezzo idoneo** di comunicazione.

In occasione della **prima** prestazione, o in qualunque momento interviene un **mutamento** oggettivo della situazione attestata dai documenti, la dichiarazione di cui sopra deve essere corredata di:

- un certificato o copia di un documento che attesti la **nazionalità** del prestatore;
- una certificazione dell'autorità competente che attesti che il titolare è **legalmente stabilito in uno Stato membro** per esercitare le attività in questione e che non gli è vietato esercitarle, anche su base temporanea, al momento del rilascio dell'attestato;
- un documento che comprovi il **possesso delle qualifiche professionali**;
- nei casi in cui la professione non è regolamentata, una prova con qualsiasi mezzo che il prestatore ha esercitato l'attività in questione per almeno **due anni** nei precedenti dieci anni;
- per le professioni nel settore della **sicurezza** la prova di **assenza di condanne penali**.

Italie

Il prestatore deve **informare** della sua prestazione, prima dell'esecuzione o, in caso di urgenza, immediatamente dopo, **l'ente di previdenza obbligatoria competente per la professione esercitata**. La comunicazione, che **non comporta obblighi di iscrizione o di contribuzione**, può essere effettuata con **qualsiasi mezzo idoneo** (Art. 10 D. lgs. 206/2007).

3. Diritti ed obblighi

In caso di **spostamento**, il prestatore è soggetto alle **norme che disciplinano l'esercizio della professione che è ammesso ad esercitare**, quali: la **definizione** della professione, l'**uso** dei titoli e la **responsabilità** professionale connessa direttamente e specificamente alla tutela e sicurezza dei consumatori, nonché alle **disposizioni disciplinari** applicabili ai professionisti che, sul territorio italiano, esercitano la professione corrispondente (art. 9 comma 4 D.lgs. 206/2007).

Per le professioni di cui al titolo III, capo IV – medico chirurgo, infermiere responsabile dell'assistenza generale, odontoiatra, veterinario, ostetrica, farmacista e architetto – la prestazione di servizi è effettuata **con il titolo professionale previsto dalla normativa italiana**.

Copia delle dichiarazioni di cui sopra è trasmessa dall'autorità competente al **competente Ordine o Collegio** professionale che provvede ad una **iscrizione automatica in apposita sezione degli albi istituiti e tenuti presso i consigli provinciali e il consiglio nazionale** con oneri a carico dell'Ordine o Collegio stessi. L'iscrizione è assicurata per la durata di efficacia della dichiarazione. L'iscrizione all'ordine **non comporta l'iscrizione ad enti di previdenza obbligatoria** (Art. 13 D.lgs. 206/2007).

Le informazioni pertinenti circa la **legalità** dello stabilimento e la **buona condotta** del prestatore, nonché l'**assenza** di sanzioni disciplinari o penali di carattere professionale sono richieste e assicurate dalle autorità competenti. Queste provvedono affinché lo **scambio di tutte le informazioni necessarie** per un reclamo del destinatario di un servizio contro un prestatore avvenga correttamente. I destinatari sono **informati** dell'esito del reclamo (Art. 14 D. lgs. 206/2007).

B.2. Regime di cui alla Legge 750/1984

1. Condizioni per l'esercizio

I cittadini degli altri Stati membri delle Comunità europee sono ammessi alla prestazione di servizi veterinari nel territorio dello Stato italiano **senza essere tenuti alla iscrizione nell'albo professionale (art. 7 comma 1 della legge 750/1984)**.

2. Comunicazione

I cittadini degli altri Stati membri delle Comunità europee che desiderano offrire **prestazioni di servizi veterinari** nel territorio dello Stato italiano devono tuttavia presentare al **Ministero della sanità**:

- dichiarazione dalla quale risulti la **natura** della prestazione che l'interessato intende effettuare ed il **luogo dell'esecuzione della stessa**
- **certificato** della competente autorità dello Stato di origine o di provenienza da cui risulti che l'interessato **esercita legalmente la specifica attività o professione in detto Stato**;

Italie

- certificato attestante che l'interessato è in **possesso del diploma, certificato o altro titolo** di cui all'allegato alla legge (che qui si omette) richiesto per la prestazione di servizi (art. 7 comma 2 della legge 750/1984).

In caso di **urgenza**, la dichiarazione, unitamente alla documentazione suindicata, pu essere presentata **successivamente all'effettuazione della prestazione**, entro il termine di **quindici** giorni. La documentazione prevista nei commi precedenti deve essere di data **non anteriore a dodici mesi** da quella di presentazione. Il Ministero della sanità **dà comunicazione** delle prestazioni di servizio **all'ordine dei veterinari della provincia interessata** (art. 7 commi 3, 4 e 5 della legge 750/1984).

3. Diritti ed obblighi

Il cittadino degli altri Stati membri, nell'esercizio dell'attività di cui al precedente articolo, ha gli **stessi diritti ed soggetto agli stessi obblighi e sanzioni disciplinari** stabiliti per i veterinari cittadini italiani (art. 8 comma 1 della legge 750/1984).

Nel caso di **abusi** o di **mancanze** tali da comportare, se commessi da veterinari cittadini italiani, la **sospensione** dall'esercizio della professione o la radiazione dall'albo professionale, l'ordine dei veterinari competente per territorio **comunica immediatamente i fatti al Ministero della sanità che, con decreto motivato, proibisce al veterinario cittadino degli altri Stati membri di effettuare ulteriori prestazioni.**

Del provvedimento data tempestiva comunicazione all'autorità competente dello Stato d'origine o di provenienza, tramite il **Ministero degli affari esteri** (art. 8 commi 2 e 3 della legge 750/1984).